Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY

332.05
BAA
1926
6

ECONOMICS

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

052.05
B A A
Economics

Die Bank

Monatshefte für Finanz- und Bankwesen

Herausgeber: **Alfred Lansburgh**

II. Halbjahr 1926

BANK VERLAG
Berlin W, Mansteinstraße 9

Digitized by Google

INHALT

Abhandlungen

Abrechnungsverkehr (Not.) 611
Aktienwesen (Not.) 407
Aktienrechts, Reform des 629
Amerikanischen „bond tables" und die Ermittlung der effektiven Verzinsung von Anleihen, Die. Von Walter Ahlefeld. 721
Amerikanische und deutsche Anleihekalkulation. Von K. Ladegast 450
Anleihe-Verzinsung und die amerikanischen „Bond tables", Die Ermittlung der effektiven. Von Walter Ahlefeld. 721
August 1926, Der 594
Ausgabe von Wertpapieren (Not.) 543
Auslandskredit und Geldmarkt. Von Alfred Lansburgh. 507

Bankbeamten-Tarif. (Not.) 674, 743
Bankbeamte und Bankenkonjunktur. (Not.) 543
Banken und Kreditsicherung. Von W. Boes. 386
Barren oder Münzen? (Die drei Goldwährungen II.) Von Alfred Lansburgh 716
Berliner Großbanken, Das Depositenkassennetz der. Von Fritz Kaul 654
Börseneinführung der Stahlvereins-Aktien, Die 565
Börsenumsatzsteuer (Not.) 611
Börse und Kapitalumlauf 497
„Bond tables", die amerikanischen, und die Ermittlung der effektiven Verzinsung von Anleihen. Von Walter Ahlefeld 721

Centralgiroverband, Deutscher (Not.) 743

Depositenbanken, öffentliche (Not.) 407
Depositenkassennetz der Berliner Großbanken, Das. Von Fritz Kaul 654
Deutscher Centralgiroverband (Not.) 743
Deutsche und amerikanische Anleihe-Kalkulation. Von K. Ladegast 450
Drei Goldwährungen, Die. Von Alfred Lansburgh 643, 716

Effektengiroverkehr (Not.) 611
Effektiven Verzinsung von Anleihen und die amerikanischen „Bond tables", Die Ermittlung der. Von Walter Ahlefeld 721
Einlagen-Statistik 761

Frankenländer, Die Nutzanwendung des „Wunder der Rentenmark" auf die. Von Alfred Lansburgh. 371

Geldmarkt und Auslandskredit. Von Alfred Lansburgh 507
Goldwährungen, Die drei. Von Alfred Lansburgh 643, 716
Großbanken, Das Depositenkassennetz der Berliner. Von Fritz Kaul 654

Herkunft des Nutzens, Ueber die. Von Alfred Lansburgh 586
Holländischer Schiffshypothekenbanken, Zusamenbruch. Von Dr. W. Christ 454
Hypotheken-Mobilisierung 496

„Interchange of Ledger Experience". Von W. Boes 519

Juli 1926, Der 525
Juni 1926, Der 458

Kapitalserhöhungen und Zwischenbilanzen 562
Kapitalumlauf und Börse 497
Kassageschäft und Terminhandel 424
Konjunkturforschung, Logische. Mit einem Exkurs: Ueber die Herkunft des Nutzens. Von Alfred Lansburgh 571
Könner oder Nichtkönner? 759
Konsum-Finanzierung. Von Alfred Lansburgh 707
Kreditprovision (Not.) 674
Kreditsicherung und Banken. Von W. Boes 386

Logische Konjunkturforschung. Mit einem Exkurs: Ueber die Herkunft des Nutzens. Von Alfred Lansburgh 571

Mai 1926, Der 392
Mobilisierung der Hypotheken 496
Mobilisierung der Reichsbahn-Obligationen, Die 627
Münzen oder Barren? (Die drei Goldwährungen II). Von A. L. 716
Münzwesen (Not.) 407, 543, 611, 674
Nutzanwendung des „Wunders der Rentenmark" auf die Frankenländer, Die. Von Alfred Lansburgh 371
Nutzens, Ueber die Herkunft des. Von Alfred Lansburgh 586

Oeffentliche Depositenbanken (Not.) 407
Oktober 1926, der 725

Postscheckverkehr (Not.) 543, 674, 743
Privatnotenbanken (Not.) 743

Reform des Aktienrechts, Die 629
Reich und Reichsbank 420
Reichsbahn-Obligationen, Die Mobilisierung der 627
Reichsbank und Reich 420
Rentenmark, Das Wunder der, und die Nutzanwendung auf die Frankenländer. Von Alfred Lansburgh 371

Scheidemünzen 762
Schiffshypothekenbanken, Zusammenbruch holländischer. Von Dr. W. Christ 454
September 1926, Der 658
Sogenannte Warenwechsel, Der 498
Sozialprodukt und Volkseinkommen. Von Alfred Lansburgh 435
Sparkassen (Not.) 543, 611, 674, 743
Stahlvereins-Aktien, Die Börseneinführung der 565

Terminhandel und Kassageschäft 424

Digitized by Google

„Valeteria“ 697
Verschuldung und Zahlungsbilanz 694
Verzinsung von Anleihen und die amerikanischen „bond tables“, Die Ermittlung der effektiven. Von Walter Ahlefeld 721
Volkseinkommen und Sozialprodukt. Von Alfred Lansburgh 435
Warenwechsel, der sogenannte 498
Wechselverkehr (Not.) 407
Wertpapieren, Ausgabe von (Not.) 543
„Wunder der Rentenmark“ und die Nutzanwendung auf die Frankenländer, Das. Von Alfred Lansburgh 371
Zahlungsbilanz und Verschuldung 694
Zweimonatsbilanzen deutscher Kreditinstitute 422, 563, 695
Zwischenbilanzen und Kapitalserhöhungen 562
Zusammenbruch holländischer Schiffshypothekenbanken. Von Dr. W. Christ 454

332.05
BA.A
1926
7-7-27

Statistik

Abrechnungsstelle der Deutschen Reichsbank 404, 473, 540, 608, 671, 740
Akt.-Ges., Gründungen von 406, 476, 542, 610, 673, 742
— Kapitalserhöhungen 406, 476, 542, 610, 673, 742
Aluminium 662
Arbeitsmarkt 394, 461, 528, 596, 660, 728
Augsburger Börse, Zulassungen an der 405, 475
Außenhandel Deutschlands 393, 460, 527, 596, 659, 727
— Englands 527, 727
— Frankreichs 527, 727
— der Ver. Staaten 528, 727
Ausweise europäischer Notenbanken 401, 469, 536, 604, 667, 736

Baumwolle 397, 465, 531, 599, 663, 731
Berliner Börse, Kurse an der 398, 466, 533, 601, 664, 733
— Zulassungen an der 405, 473, 540, 608, 671, 740
— Privatdiskont 404, 472, 538, 607, 669, 738
Blei 464, 531, 599, 662
Börsenkurse. Siehe Berliner Börse
Breslauer Börse, Zulassungen an der 405, 474, 608, 671, 740
Bremer Börse, Zulassungen an der 409, 609, 672, 741

Chemnitzer Börse, Zulassungen an der 741
Clearing. Siehe Londoner Cl.

Danziger Börse, Zulassungen an der 406, 541, 672
Devisenkurse Berlin 404, 472, 539, 607, 670, 739
Diskontsätze 401, 469, 535, 604, 667, 736
Dresdner Börse, Zulassungen an der 405, 475, 541, 672, 741
Düsseldorfer Börse 732
—, Zulassungen an der 405, 474, 540, 671, 740

Einzelfirmen 407, 476, 542, 611, 674, 742
Eisenmarkt, amerik. 396, 463, 530, 598, 662, 730
— belg. und luxemburg. 463, 598, 662
— deutscher 395, 463, 530, 598, 661, 730
— englischer 396, 530, 598, 661, 730
— französ. 530, 598, 661
Ernte 396, 464, 531, 599, 662, 731
Essener Börse 732
—, Zulassungen an der 474, 740
Europ. Notenbanken, Ausweise 401, 469, 536, 604, 667, 736

Felle 600
Frankfurter Börse, Zulassungen an der 405, 474, 540, 609, 671, 740

Geldmarkt 399, 466, 533, 602, 664, 733
Genossenschaftsgründungen 406, 476, 542, 610, 673, 742
Geschäftsaufsichten 394, 462, 529, 597, 660, 728
Getreide 396, 464, 531, 599, 662, 731
Gründungen von Akt.-Ges. 406, 476, 542, 610, 673, 742
— Einzelfirmen 407, 476, 542, 611, 673, 742
— Genossenschaften 406, 476, 542, 610, 673, 742
— offenen Handelsges. 407, 476, 542, 611, 674, 742
Gummi 532, 600, 663, 731
Hamburger Börse, Zulassgn. an der 406, 475, 541, 672, 741
Hanf 465, 600, 663, 731
Hannoversche Börse, Zulassungen an der 405, 474, 541, 609, 672, 740
Häute 600

Indices 397, 465, 532, 600, 663, 732

Jute 397, 465, 532, 600, 663, 731

Kaffee 396, 464, 531, 599, 662, 731
Kakao 396, 464, 599, 662, 731
Kali 396, 464, 531, 598, 662, 730
Kap.-Erhöhungen von Akt.-Ges. 406, 476, 542, 610, 673, 742
Kohlenmarkt, amerik. 598
— belg. 462, 730
— deutscher 395, 462, 529, 597, 661, 729, 730
— englischer 395, 462, 729
— französischer 462, 598
— polnischer 529
Kölner Börse, Zulassungen an der 474, 541, 609, 672, 740
Königsberger Börse, Zulassungen an der 474, 609, 741
Konkurse 394, 462, 529, 597, 660, 728
Kunstseide 397, 465, 532
Kupfer 397, 464, 531, 599, 662, 731
Kurse. Siehe Berliner Börse

Leipziger Börse, Zulassungen an der 405, 475, 541, 672, 741
Londoner Börse 398, 465, 532, 601, 664, 732
Londoner Clearing 400, 468, 534, 603, 665, 734
Londoner Privatdiskont 399, 467, 534, 602, 665, 733

Magdeburger Börse, Zulassungen an der 741
Mannheimer Börse, Zulassungen an der 406, 475, 609, 672
Metalle 396, 464, 531, 599, 662, 731
Münchener Börse, Zulassungen an der 405, 474, 541, 609, 672, 741

New Yorker Börse 398, 465, 532, 600, 664, 732
Notenbankausweise, europäische 401, 469, 536, 604, 667, 736

Oele 600, 731
Offene Handelsges. 407, 476, 542, 611, 674, 742

Pariser Börse 398, 466, 533, 601, 664, 732

627740

Digitized by Google

Personalgesellschaften 407, 476, 542, 611, 674, 742
Preise. Siehe Warenpreise
Privatdiskont. Siehe Geldmarkt.

Schiffahrt. Siehe Weltschiffahrt
Seide 397, 465, 532, 731
Silber 397, 464, 531, 599, 662, 731
Staatsfinanzen, deutsche u. ausländ. 393, 459, 526, 594, 658, 726
Stettiner Börse, Zulassungen an der 541, 609
Stickstoff 396, 464
Stuttgarter Börse, Zulassgn. an der 475, 541, 609, 672
Tee 396, 464, 599, 662, 731
Vollkaufleute 407, 476, 542, 611, 674, 742
Warenpreise 397, 465, 532, 600, 663, 732
Wechselkurse, amerik. 401, 469, 535, 604, 666, 735
— belg. 603, 666, 735
— deutsche 404, 472, 538, 607, 670, 738
— engl. 399, 467, 534, 602, 665, 733
— französ. 400, 468, 535, 603, 666, 735
— ital. 603, 666, 735
Weltschiffahrt 394, 461, 528, 596, 660, 727
Weltverkehr 394, 461, 528, 596, 660, 727
Weltwirtschaft 393, 460, 527, 595, 659, 726
Wiener Börse 398, 466, 533, 601, 664, 732
Wolle 397, 465, 532, 600, 66 731

Zink 464, 662
Zinn 397, 464, 531, 599, 662, 7
Zucker 396, 464, 531, 599, 66 731
Zulassungen an den deutschen Börsen 405, 473, 540, 60 671, 740
Zusammenschlußbewegung 394, 462, 529, 597, 66 729
Zwickauer Börse, Zulassg. an der 541, 741

Zentral-Notenbanken

Die Ausweise werden regelmäßig auszugsweise in der Monatsübersicht sowie vierteljährlich am Schluss der Hefte veröffentlicht. Hier finden sich auch die Ausweise der Deutschen Rentenbank. D ausführlichen Ausweise der Deutschen Reichsbank, der deutschen Privatnotenbanken der Bank von England und der Bank von Frankreich finden sich am Schlusse jeden Heftes

Deutsche Kreditbanken
(Abschlüsse, Monatsübersichten usw.)

Werden allmonatlich in alphabetischer Reihenfolge im Anschluß an die Monatsübersicht veröffentlicht

Ausländische Banken
(Abschlüsse, Monatsübersichten usw.)

Aegypten 489
Albanien 420
Argentinien 487

Belgien 690
Bolivien 487
Brasilien 487
Bulgarien 417

Chile 488
China 488
Columbien 489
Costa Rica 489

Dänemark 486, 758
Deutsch-Oesterreich 619

Ecuador 489
Egypten 489
England 490
Estland 415

Finnland 415
Frankreich 553

Griechenland 419
Großbritannien 490
Guatemala 489

Holland 750

Italien 682

Japan 486
Jugoslavien 626

Lettland 415
Litauen 416
Luxemburg 694

Marokko 489
Mexiko 489

Nicaragua 489
Niederlande 750
Nordamerika 555
Norwegen 757

Paraguay 489
Peru 490
Polen 416
Portugal 756

Rumänien 418
Rußland 689

San Salvador 490
Schweden 756
Schweiz 684
Serbien 626
Spanien 755

Tschechoslowakei 624
Türkei 419

Ungarn 622
Uruguay 490

Venezuela 490
Ver. Staaten von Nordamerika 555.

Digitized by Google

332.05
BAA
1926

Das „Wunder der Rentenmark"

und die Nutzanwendung für die Frankenländer.

Als in der ersten Hälfte des Juni der französische Franc neuerdings eine starke Wertminderung erlitt, und man für dasselbe Pfund Sterling, das noch am 2. Juni für 148 Francs erhältlich gewesen war, am 15. Juni fast 180 Francs zahlen mußte, kündigten die französischen Zeitungen an, daß die Regierung eine Reihe von Zwangsmaßnahmen gegen den Luxusverbrauch und die übermäßige Einfuhr zu verhängen gedenke. In der Tat war ein Ministerial-Ausschuß eingesetzt worden, der über Vorschläge beraten sollte, die sich von der Rationierung des Benzins und der Verkleinerung des Zeitungsformats bis zur Wiedereinführung der Brotkarte und der Schließung der Fleischereien an bestimmten Wochentagen erstreckten. Ganz so schlimme Blüten hat der Aberglaube, man könne die Kaufkraft des Franc im Inlande durch Konsumbeschränkung und im Auslande durch Einfuhr-Drosselung erhöhen, nun freilich doch nicht getrieben. Aber andere Fehler sind begangen worden: Man hat den Morgan-Kredit, der ursprünglich 100 Millionen und bis vor kurzem noch etwa 83 Millionen Dollar betrug, zum allergrößten Teil als „Manövriermasse" gegen die internationale Francs-Spekulation verbraucht — natürlich vergeblich — und hat mit der Bank von Frankreich einen hartnäckigen Kampf um ihr Gold gekämpft, das der Finanzminister ebenfalls auf dem Altar der Intervention opfern wollte Bisher ist die Bank allerdings fest geblieben, und ihr Gouverneur hat lieber seine Stellung als seine Ueberzeugung preisgegeben. Es scheint aber, als ob die Bank ihren Widerstand jetzt einstellen und ihr Gold für neue Devisenoperationen zur Verfügung stellen will. Geschieht das, ohne daß gleichzeitig der Franc von innen heraus stabilisiert wird, so muß sich in Frankreich genau derselbe Vorgang wiederholen, der sich vor drei Jahren in Deutschland abgespielt hat, als die Reichsbank die Hälfte ihres Goldvorrats opferte, mit keinem anderen Ergebnis, als daß die Entwertung der Mark nur um so rapider fortschritt.

Mit ganz ähnlichem Mangel an Weitblick hat Belgien seine Währung künstlich zu stützen versucht. Auch hier ist der Erlös mehrerer älterer Dollaranleihen und eines neuen englischen Kredits an den Versuch gewendet worden, den Kurs des belgischen Franc auf etwa 107 Frs. je £ zu stabilisieren; ein Versuch, der naturgemäß erfolglos bleiben mußte, da die Regierung den Realwert des Franc durch fortgesetzte Inanspruchnahme der Nationalbank — der Notenumlauf ist binnen eines halben Jahrs um 1 Milliarde Francs gestiegen und wird infolge eines neuen Regierungskredits bei der Bank voraussichtlich um weitere 1½ Mil-

Digitized by Google

liarden steigen — von innen heraus unterhöhlte. Hier wie in Paris starrt man wie hypnotisiert auf die Frankenflucht und die internationale Spekulation, denen man die alleinige Schuld an der Entwertung der Landeswährung beimißt, weil der Außenwert des Franc zu einer Zeit sinkt, wo sein Binnenwert noch verhältnismäßig stabil ist. Man weiß anscheinend weder hier noch dort, daß die Phasen des Währungsverfalls wechseln, und daß überall da, wo die Inflation eine gewisse Dauer und Stärke erreicht hat, der Preis der Devisen schneller auf die Geld-Aufblähung reagiert, als der Preis der Waren, der Anstoß zur Entwertung also nicht mehr von innen, sondern von außen kommt. Allerdings folgt auf ein allzuschnelles Vorauseilen der Devisenkurse leicht eine Reaktion, die den Außenwert der Währung wieder in Uebereinstimmung mit dem schwerer beweglichen Binnenwert bringt. Eine solche, für die Devisenspekulation äußerst schmerzhafte Anpassung hat in Frankreich bereits einmal, im März und April 1924, stattgefunden, als der Franc sich in London plötzlich von 130 auf weniger als 70 Frs. je £ besserte. Und eine Wiederholung dieser Anpassung hat man in Paris und Brüssel erzwingen zu können geglaubt, als man große Auslandsguthaben zum Massenankauf von Francs verwandte. Aber man vergaß, daß die Anpassung eine wichtige Voraussetzung hat: Der Franc-Kurs im Ausland muß nicht nur erheblich unter den durch den Inflationsgrad gerechtfertigten Stand gesunken sein, sondern er darf auch keine Aussicht haben, durch den Inflationsgrad einer absehbaren Zukunft nachträglich gerechtfertigt zu werden. Legt man jetzt in Paris und Brüssel die Notenpresse still, so kommt es, da der Kurs sowohl des französischen wie des belgischen Franc letzthin zu stark gesunken ist und sich bereits wieder recht weit von dem derzeitigen Realwert der beiden Währungen entfernt hat, unbedingt zu einem Rückschlage wie dem im März 1924; eine Gefahr, mit der man im Auslande viel zu wenig rechnet. Nimmt dagegen die Inanspruchnahme der Notenpresse ihren Fortgang, so kann keine Intervention und kein Goldopfer den Realwert des Franc vor dem Sinken bewahren und den Außenwert des Franc hindern, dieses Sinken durch einen neuen Rückgang vorwegzunehmen.

Das Tragische an der jüngsten Entwertung des französischen Franc ist, daß sie nicht etwa einer finanziellen Notlage, sondern lediglich einem falschen Manöver des Finanzministeriums entsprungen ist. Die französische Inflation in ihrem heutigen Stadium unterscheidet sich von derjenigen in allen anderen Ländern dadurch, daß sie in keiner Weise vom Stande des Staatsbudgets bedingt ist. Denn die Regierung nimmt die Bank von Frankreich schon seit langem nicht mehr für die Bedürfnisse der laufenden Haushaltsrechnung in Anspruch, auch nicht für die Zwecke des bald beendeten Wiederaufbaus, sondern ausschließlich zur Tilgung älterer, in Form von Schatzwechseln und Bons der nationalen Verteidigung aufgenommener Schulden, von denen im Mai wieder

Digitized by Google

rund 3 Milliarden Francs fällig geworden sind. Würden diese kurzfristigen Schulden grundsätzlich prolongiert oder fundiert werden, so stände die Staatskasse vor keiner Ausgabe, die nicht in den ordentlichen Einnahmen Deckung fände, ja es würde nach der jüngsten Steuer-Erhöhung sogar noch ein Ueberschuß verbleiben. Aber die Mehrzahl der Gläubiger fordert ihr Geld zurück, weil sie eine weitere Entwertung des Franc fürchtet, und infolge eben dieser Befürchtung tritt die Entwertung wirklich ein, weil sie die Regierung zu Zahlungen zwingt, die zur Inanspruchnahme der Notenpresse führen. Die Furcht vor der Inflation führt also die Inflation tatsächlich herbei und zieht aus ihr wieder neue Nahrung: ein circulus vitiosus, dem die Regierung binnen 24 Stunden ein Ende machen könnte. Würde sie einen Teil des Morgan-Kredits, statt ihn an die erfolglose Bekämpfung des durch ihre eigene Schuldentilgungs-Politik hervorgerufenen Franc-Sturzes zu wenden, zur Einlösung der fällig werdenden Schatzwechsel und Verteidigungs-Bons bereitstellen, so würden die Notenvermehrung und die davon ausgehende reale Entwertung des Franc aufhören, und die Furcht der Gläubiger würde schwinden; die Schuldscheine würden infolgedessen bei Fälligkeit nicht präsentiert, sondern prolongiert oder in Anleihe umgewandelt werden, so daß es zur wirklichen Inanspruchnahme des bereitgestellten Kredits gar nicht erst zu kommen brauchte. (Ganz abgesehen von der anderen Möglichkeit einer Zwangskonvertierung der Schuldscheine, die immerhin weniger schädlich und auch moralisch einwandfreier sein würde als der Volksbetrug der allgemeinen Kaufkraft-Minderung durch Geldvermehrung.)

Frankreich ist also schon seit längerer Zeit in der glücklichen Lage, die Inflation ohne jede finanzielle Maßnahme, durch einen rein suggestiven Akt, zum Stehen bringen zu können. Es braucht nur die Furcht vor der Inflation zu beseitigen. Und das ist nirgends leichter als gerade in Frankreich, wo die Wirtschaft keinen deteriorierenden Einflus auf die Zentralbank ausübt, und der Staat es ebenfalls nicht mehr tut, sobald er vor den Angst-Ansprüchen seiner Gläubiger sicher ist. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 und im ersten Quartal 1925, als der Franc dreiviertel Jahr lang beinahe wertbeständig war und in New York nur wenig um den Durchschnittskurs von 5,2 Cents oszillierte, wäre es ein leichtes gewesen, die französische Währung zu stabilisieren. Auch heute noch kann dem Franc, freilich auf einer erheblich schlechteren Wertbasis, sein festes Verhältnis zu den Goldwährungen zurückgegeben werden; und schon die Ankündigung dieses Schrittes würde die Fundierung der jeweils fällig werdenden kurzfristigen Schulden ermöglichen, den französischen Finanzminister also von seiner einzigen wirklich ernsten Sorge befreien. Aber man bringt den Mut zur Stabilisierung nicht auf, weil man sich in Frankreich wie anderwärts ganz abenteuerliche Vorstellungen von den

Digitized by Google

Schwierigkeiten einer Währungsbefestigung macht. Obwohl das Beispiel einer ganzen Reihe europäischer Groß- und Mittelmächte nachgerade deutlich gezeigt hat, mit wie wenig Mühe sich die Währung selbst finanzschwacher Länder neu verankern läßt, und auf wie vielen Wegen man zu diesem Ziele gelangen kann, scheut Frankreich heute wie vor anderthalb Jahren vor dem Schritt zurück, lediglich deshalb, weil es die Stabilisierung für eine Herkules-Arbeit hält, die nicht in Angriff genommen werden kann, bevor die umfassendsten Vorbereitungen getroffen und bedeutende Kapitalien bereitgestellt worden sind. Eine Auffassung, in der die französische Regierung leider von maßgebenden Finanzmännern des Auslands unterstützt wird, die andauernd darüber beraten, wie das komplizierte valutatechnische Gerüst beschaffen sein müsse, das man zunächst einmal aufzurichten habe, — obwohl es eines solchen Gerüsts überhaupt nicht bedarf.

Wie kommt es, daß selbst erfahrene Praktiker die Schwierigkeiten einer Währungsbefestigung so ungeheuerlich überschätzen, obwohl sie eine Anzahl wohlgelungener Lösungen vor sich haben, und obwohl zwei nordische Staaten ihnen eben jetzt zeigen, wie man eine Währung nicht nur stabilisiert, — was ganz einfach ist —, sondern sie sogar auf einem erhöhten Wertniveau stabilisiert — was ungleich schwerer und auch nicht unbedenklich ist? Das kommt daher: Man hat auch bei den meisten gelungenen Lösungen der Vergangenheit die Schwierigkeiten überschätzt und infolgedessen die wenigen Maßnahmen, auf die es wirklich ankommt, mit einer solchen Fülle durchaus überflüssiger Hilfsmaßnahmen umkleidet, daß in dem entstandenen Gewirr das Wichtige nicht mehr vom Unwichtigen, das Richtige nicht mehr vom Falschen zu unterscheiden ist. Die Reformatoren von heute stehen vor dem Reformwerk von gestern wie Zuschauer vor einem Zauberkünstler, der ihre Aufmerksamkeit mit nicht zur Sache gehörigen Handlungen, Gesten und Phrasen derartig fesselt, daß sie das einzige, worauf es wirklich ankommt, nicht mehr sehen und an ein Wunder glauben, wo es sich um einen ganz natürlichen und höchst simplen Vorgang handelt. Auch auf dem Gebiet der Währung geht in Wirklichkeit alles ganz einfach und logisch zu, und wenn eine währungspolitische Reform sich uns als eine komplizierte, mit allen Finessen der Finanztechnik ausgestattete Aktion präsentiert, dürfen wir ohne weiteres annehmen, daß drei Viertel der getroffenen Maßnahmen überflüssig, wenn nicht gar schädlich sind. Mir kommt hier immer die Erinnerung an ein Gespräch mit einem sehr erfahrenen Finanzpraktiker, der seiner Zeit maßgebend an der Sanierung einiger süd- und mittelamerikanischer Währungen mitgewirkt hat. Seine Sanierungen waren auf das raffinierteste ausgeklügelt und hatten auch Erfolg; aber im Gespräch ergab es sich, daß er den Erfolg allen möglichen Maßnahmen zuschrieb, nur nicht derjenigen, die in Wahrheit ausschlaggebend gewesen war, daß er also den Kernpunkt seiner eigenen Reform nicht erfaßt hatte.

Digitized by Google

Es läge nahe, Frankreich den Rat zu geben, es solle die deutsche Währungsreform von 1923/24 studieren und sich deren Erfolg für seine eigene Währungsbefestigung zu Nutze machen. Aber auch hier wieder liegt die Gefahr nahe, daß man das überflüssige Beiwerk, das die deutsche Sanierung noch dichter als alle anderen Sanierungen umgibt, für die Hauptsache halten und über der „Zwischenlösung", der Grundschuld-Deckung der Rentenmark, der Dawes-Anleihe, der planmäßigen Goldeinfuhr und manchem anderen die Hauptsache verkennen wird: nämlich den förmlichen Verzicht der Behörde auf die autoritative Festsetzung der Umlaufsmenge und die Regelung dieser Menge durch die Wirtschaft, herbeigeführt durch die jedem Mitglied der Verkehrsgemeinschaft verbürgte Möglichkeit, jederzeit zwischen der Reichsmark (bzw. Rentenmark) und ihrem Aequivalent in Gold bzw. Golddevisen zu wählen. Die Gefahr des Verkennens liegt um so näher, als selbst in Deutschland höchst unklare Vorstellungen von dem bestehen, was im Winter 1923/24 vor sich gegangen ist, und was die neue Reichsmark seitdem stabil erhält. Auch hier werden Nebendinge vielfach als die Hauptsache angesehen, und umgekehrt. Ein Umstand vor allem hat außerordentliche Verwirrung gestiftet und bewirkt, daß selbst denkende Volkswirte den Kern der Währungsreform in Bestimmungen sehen, die nicht das mindeste mit dem Wesen und dem Erfolg der Aktion zu tun haben: Der Umstand nämlich, daß die in Deutschland umlaufende Geldmenge sich seit dem Herbst 1923 verfünfzehnfacht hat, ohne daß diese Geldvermehrung den Wert der Mark im geringsten beeinflußt hätte. Das hat in den Köpfen vieler Volkswirte Verwirrung gestiftet und sie an der Quantitätstheorie, zu der sie sich im letzten Stadium der Inflation wohl oder übel bekennen mußten, wieder irre werden lassen.

In der Tat ist es ohne tieferes Eindringen in das Wesen des Geldes nicht leicht, sich den scheinbaren Widerspruch zu erklären, der darin liegt, daß bis zum 15. November 1923 jede Vermehrung des Zettelgeldes eine weitere Wertminderung der Mark hervorrief, nach diesem Datum aber alle Ausgaben von Zettelgeld völlig unschädlich blieben. Die Erklärung ist um so schwerer, als die klassische Deckungstheorie hier total versagt. Denn im letzten und verhängnisvollsten Stadium des Marksturzes, nämlich in den beiden der Reform unmittelbar vorhergehenden Wochen vom 1. bis 15. November, blieben nicht nur die Noten der Reichsbank, sondern alle überhaupt umlaufenden papieren Zahlungsmittel einschließlich des Notgeldes und der Gelddienste verrichtenden kleinen Abschnitte der Goldanleihe, umgerechnet zum jeweiligen Dollarkurse, erheblich hinter dem Goldbestande der Reichsbank und der vier Privatnotenbanken zurück. *) Ob-

*) Der gesamte deutsche Geldumlauf, umgerechnet über den Dollarkurs, schwankte in der ersten Novemberhälfte 1923 zwischen 300 und 400 Millionen Goldmark. Die effektive Golddeckung betrug 523 Millionen, davon 467 Mill. bei der Reichsbank und 56 Mill. bei den Privatnotenbanken.

Digitized by Google

wohl also der gesamte deutsche Geldumlauf durch den zentralen Goldschatz weit überdeckt war, sank der Markkurs immer tiefer. Dagegen blieb die Mark unmittelbar darauf, nach der Schaffung der Rentenmark, absolut wertbeständig, obwohl der Geldumlauf binnen eines halben Jahres auf annähernd 3 Milliarden Mark gesteigert wurde, und zwar bei unverändertem Goldschatz, so daß die Golddeckung, die noch Anfang November 1923 etwa 175 Prozent betragen hatte, bis Anfang Mai 1924 auf weniger als 20 Prozent zusammenschrumpfte. Auch die Banktheorie, die jeden Geldumlauf für gesund und wertbeständig hält, der sich auf produktiver Tätigkeit aufbaut und seine Deckung in reellen Warenwechseln findet, hat diesen Widerspruch nicht zu erklären vermocht. Denn die Deckung des neuen Geldes entsprach den Forderungen dieser Theorie ganz und gar nicht. Die 2 Milliarden Mark Rentenbankscheine, die bis Anfang Mai 1924 in Umlauf gesetzt wurden, hatten zu etwa zwei Dritteln ein unproduktives Darlehen an das Reich und nur zu einem Drittel Wirtschafts-Kredite zur Unterlage. Somit fehlte jede währungstheoretische Erklärung für die Tatsache, daß dieselbe Geldvermehrung, die eben noch Inflation war und die Währung untergrub, sich jetzt plötzlich als wirtschaftsgesetzlich berechtigter Akt und valutarisch unschädlich erwies, obwohl die Deckung des Geldumlaufs sich nach den Anschauungen der Metallisten verschlechtert, und nach denen der Nominalisten nicht gebessert hatte.

So kam es, daß weite Kreise die Lösung des Rätsels in der besonderen Struktur der Rentenmark sahen und die Wertbeständigkeit des neuen Geldes auf die eigenartige Deckung der Rentenmarkscheine (Schuldurkunden der Landwirtschaft und ursprünglich auch der Industrie), sowie auf das Vertrauen zurückführten, das die Bevölkerung dem neuen Gelde im Hinblick auf diese Deckung entgegenbrachte. Dabei war man sich aber wohl bewußt, daß selbst wenn man mit dieser Hypothese im Recht war, man lediglich eine Tatsache konstatiert, nicht aber eine währungstheoretisch haltbare Erklärung für die Tatsache geliefert hatte. Und so setzte sich mit der Zeit immer mehr die Auffassung durch, daß man es hier mit Vorgängen mehr psychologisch-suggestiver Natur als mit Auswirkungen ökonomischer Gesetze zu tun habe. Immer häufiger hörte und las man von dem „Wunder der Rentenmark", immer zahlreicher wurden die Stimmen, die da meinten, jedes Geld, das gleich der Rentenmark auf Grund und Boden fundiert sei, trage in sich die Gewähr der Wertbeständigkeit und könne, da ja die Rentenmark eine Verfünfzehnfachung des Geldumlaufs ermöglicht habe, ebenfalls beliebig vermehrt werden. So haben die Inflation und ihre Ablösung durch ein wertfestes Umlaufsmittel das allgemeine Verständnis für das Wesen des Geldes in Deutschland nur recht wenig gestärkt. Dafür ein paar markante Beispiele:

In der Berliner Börsen-Ztg. von 10. Januar hat ein „bekannter

Digitized by Google

Finanzmann und Bankleiter" vorgeschlagen, daß man Kredite für Landwirtschaft und Baumarkt durch Ausgabe neuer Notenmengen beschaffe; das wäre ohne weiteres möglich, „wenn man die Rentenbankkreditanstalt mit der Ermächtigung ausstatten würde, gegen erststellige Hypotheken ... Geldscheine auszugeben." — In der Baugewerkszeitung vom 18. Februar meint ein Direktor Specht, die Mittel zur Belebung des Baugewerbes seien sofort vorhanden, „wenn man sich den Rentenmarkgedanken so fortgesetzt denkt, daß ... mit weiterhin herauszugebendem Gelde neue Bauten errichtet werden." — In der Deutschen Tageszeitung vom 6. Februar fordert die Deutsche Festmarkbank: „Man gebe uns die Erlaubnis, uns unsere eigene Notenbank zu gründen. Wir beanspruchen keinen Zwangskurs für unsere Noten (gemeint ist wohl die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel; diese war bekanntlich bis zum 1. Januar 1910 nicht einmal den Noten der Reichsbank zugebilligt. A. L.); wir wollen aber, daß niemand verboten werde, die Noten zu nehmen." — Und in derselben Zeitung meint am 20. Februar Oberamtmann Schliephacke, man müsse, um die deutsche Wirtschaft finanziell zu retten, „ähnlich wie bei der Gründung der Rentenbank Wertpapiere schaffen, für die der gesamte landwirtschaftlich genutzte Grundbesitz die Bürgschaft übernimmt." Auf diese Weise würden sofort fast 3 Milliarden Mark Betriebskapital zur Verfügung stehen. (Wozu die Redaktion des Blattes skeptisch bemerkt: „Wenn man zweimal dasselbe macht, ist es nicht dasselbe.")

Wie man sieht, wird das „Wunder der Rentenmark" von den Gläubigen nicht wenig strapaziert. Die Vorstellungen, die sich selbst denkende Männer von der Ausdehnungsfähigkeit des Geldumlaufs machen, sind heute noch genau so naiv, wie sie es vor zehn Jahren gewesen sind. Man darf zwar nicht so weit gehen, zu sagen, daß der schmerzhafte Anschauungsunterricht, den die Inflation Deutschland erteilt hat, ganz erfolglos geblieben sei. Ein paar primitive Regeln sind uns denn doch so nachdrücklich eingebläut worden, daß bis auf weiteres kein Reichsbank-Präsident und kein Finanzminister sie so leicht verletzen wird; z. B. die Regel, daß der Geldumlauf nicht weiter gesteigert werden darf, sobald die Kurse der fremden Goldwechsel sich über die Parität zu erheben, die Mark im Auslande also unter die Parität zu sinken beginnt. Aber warum das so ist, warum der Stand der Wechselkurse bald einen größeren, bald nur einen kleineren Geldumlauf zuläßt, warum es bei zu großem Geldumlauf selbst bei fortgesetzten Interventionen unmöglich ist, das Wechselpari aufrechtzuerhalten, und warum umgekehrt bei einem normalen, sich automatisch regulierenden Geldumlauf ein wesentliches Steigen der Wechselkurse über die Parität undenkbar ist, — von allen diesen und manchen anderen Gesetzmäßigkeiten bestehen selbst an maßgebenden Stellen nur höchst unklare Vorstellungen. Sonst könnte die „Devisenpolitik" nicht als eine schwierige, die höchste Diplo-

Digitized by Google

matie erfordernde Geheimwissenschaft gelten, und es könnten sich nicht so ernste Befürchtungen und so uferlose Diskussionen an das harmlose Problem des „Transfer" knüpfen, das eine Bagatellfrage bildet, so lange das Geldwesen in Ordnung ist. Alle diese Unklarheiten zeigen deutlich, daß man den Vorgang der Währungsbefestigung vom Herbst 1923 nur seiner äußeren Erscheinungsform nach, nicht aber in seinem Wesen und in seiner Bedeutung erfaßt hat.

Was ist in Wirklichkeit vor sich gegangen, als am 15. November 1923 die Rentenmark ins Leben trat? Wodurch unterscheidet sich die nach diesem Datum vorgenommene Geldvermehrung, die den Geldumlauf binnen eines halben Jahrs verachtfacht und binnen eines weiteren Jahrs verfünfzehnfacht, dennoch aber die Wertbeständigkeit der Mark nicht beeinträchtigt hat, von der vorangegangenen „Inflation", die nur in wenigen ihrer Phasen eine stärkere, meist aber eine erheblich geringere prozentuale Zunahme der Umlaufsmittel mit sich gebracht hat?

Bis zum Herbst 1923 hat die Privatwirtschaft auf die Tätigkeit der Notenpresse in der Weise reagiert, daß sie — jeder Einzelne wie die Gesamtheit — mit einem kleineren als dem gewohnten Geldbestande zu wirtschaften versuchte. Der Bürger, der früher Beträge von 50 bis 100 Mark in der Tasche zu tragen pflegte, beschränkte seinen Vorrat an barem Gelde auf 20, auf 10, schließlich auf 5 Mark (Goldmark) oder noch weniger; die Bank reduzierte ihren Kassenbestand von 5 bis 10 Millionen auf 1 Million und schließlich wenige hunderttausend Mark. Das geschah, weil das Geld sich von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag, mehr entwertete und man daher gut daran tat, jedes eingenommene Geldzeichen so schnell wie möglich seiner Verwendung zuzuführen, d. h. es wieder auszugeben. Die Entwertung aber trat ein, weil die Geldmengen, welche die Notenpresse ausspie, eine zusätzliche Kaufmöglichkeit schufen, die auf dem Markte mit den alten Geldzeichen um die Waren und Leistungen konkurrierte und dadurch alle Preise und Löhne in die Höhe trieb. Daß diese Preissteigerung ihren Ursprung nicht auf der Warenseite hatte, keine reale Teuerung bedeutete, sondern nur den Minderwert des Geldes ausdrückte, in dem die Preise bezahlt wurden, ging wiederum daraus hervor, daß die ausländischen Waren gleicher Art nicht billiger waren und nicht mit Vorteil eingeführt werden konnten, sondern daß umgekehrt die scheinbar teuereren Inlandswaren leichter als bisher ins Ausland abflossen, also in Wirklichkeit unterhalb des Weltpreises standen. Der Dollar, mit dem ein Ausländer eine bestimmte deutsche Ware bezahlte, war also kaufkräftiger als die Million-Mark oder Billion-Mark, mit der schließlich ein Deutscher dieselbe Ware bezahlen mußte, und dementsprechend paßte sich der deutsche Wechselkurs, d. h. der Preis der Mark ausgedrückt in fremder Währung, dem sinkenden Binnenwerte der Mark an. Ja, er eilte sogar — genau wie es jetzt beim Franc der

Digitized by Google

Fall ist —, dem sinkenden Binnenwerte voraus, sank also noch schneller als dieser, sobald die Wahrscheinlichkeit bestand, daß die Notenpresse demnächst ihre Tätigkeit fortsetzen und den Binnenwert der Mark weiter reduzieren werde. Denn dann erhielt das wertbeständige Auslandsgeld neben seiner absolut größeren Kaufkraft auch noch einen spekulativen Liebhaberwert, der seinen Preis, ausgedrückt in Mark, über den gegenwärtigen „Inflationsfuß" hinaustrieb, seine Kaufkraft auf dem Binnenmarkt verstärkte, die Preise hier weiter steigerte und so die Mark auch im Inlande noch über das durch den Inflationsgrad gerechtfertigte Maß hinaus entwertete. Je mehr aber Binnen- und Außenwert der Mark sich auf diese Weise gegenseitig untergruben, um so schneller suchte jeder Deutsche sich der Markscheine, zu deren Annahme er wirtschaftlich und gesetzlich gezwungen war, zu entledigen, ehe ihr Wert weiter zusammenschmolz. Im letzten Stadium der Inflation warf er sie beinahe wie heißes Eisen von sich. Da ihre Weitergabe aber nur im Wege des K a u f e s möglich war, so ergoß sich neben der von der Notenpresse fortlaufend neu ausgespieenen Kaufkraft und neben der Kaufkraft, die das Ausland mit seinem hochwertigen Gelde ausübte, noch eine dritte Kaufkraft auf den Warenmarkt, die aus der beschleunigten Weitergabe jedes einzelnen Geldzeichens, d. h. aus der erhöhten Umlaufsgeschwindigkeit der Mark, entsprang, die im Volksmunde „Flucht in die Sachwerte" genannt wurde. Das Ergebnis war ein dreifaches: Erstens stiegen die Preise weit über das durch die Inflationsstärke gerechtfertigte Maß hinaus, d. h. die Mark entwertete sich nicht adäquat ihrer Mengenzunahme, sondern erheblich stärker; zweitens stieg der Liebhaberwert des Dollar nicht nur über den „Inflationsfuß", sondern auch noch über den erheblich höheren Multiplikator der Markentwertung, so daß der Dollar bereits bei 4,2 Billionen Mark angelangt war, als die innere Entwertung des entsprechenden Markbetrages noch bei 1 bis 2 Billionen hielt (damals lebten der Amerikaner und der Schwede in Deutschland „fast umsonst"); drittens wirtschaftete der Deutsche durchschnittlich nur mit 5 Goldmark Kassenbestand pro Kopf und die Volksgesamtheit mit 300 bis 400 Millionen, zeitweilig sogar noch weniger, während früher mit durchschnitlich 70 Mark pro Kopf und mit rund 5000 Millionen Mark Gesamtbestand gewirtschaftet worden war.

Diese dritte Erscheinung verdient die allergrößte Aufmerksamkeit. Wir wissen, daß die in einem Lande umlaufenden Geldzeichen nicht lediglich technische Hilfsmittel der Verkehrswirtschaft sind, die als solche in beliebig großem oder kleinem Umfange verwendet werden können, sondern daß jedes Entstehen, Vergehen und Zirkulieren eines Geldzeichens einen ganz bestimmten wirtschaftlichen Vorgang bedeutet. Die Anzahl dieser Zeichen, d. h. die Gesamtkaufkraft, die sie verkörpern, wird nicht von der Willkür bestimmt, sondern ist von der jeweiligen Art des Wirtschaftens, will sagen vom Umfang und von der

Digitized by Google

Aufeinanderfolge des Herstellens, Anbietens und Verbrauchens abhängig. Wer ein Geldzeichen im Werte von zwanzig Goldmark besitzt, der hat ein ihm zustehendes Güterbezugsrecht gleichen Werts erworben, aber noch nicht geltend gemacht. Er hat einen Anspruch auf Güter im Werte von 20 Mark weder konsumtiv noch produktiv verwertet, er hat ihn weder in Verbrauch aufgehen noch zu Kapital werden lassen, sondern er hat ihn als Anspruch konserviert, d. h. im eigentlichen Sinne des Wortes „gespart". Infolgedessen ist die Gesamtmenge bzw. Gesamtkaufkraft aller Geldzeichen eine ganz bestimmte, durch äußere Willkür nicht abzuändernde Größe. Wird die Menge dennoch zwangsweise geändert, so wird die Aenderung dadurch korrigiert, daß die Kaufkraft des einzelnen Geldzeichens sich umgekehrt proportional zu ihr bewegt, indem sie steigt, wenn die Menge verringert, und fällt, wenn die Menge vergrößert wird. Die im Gesamtumlauf verkörperte Kaufkraft ist eben festbegrenzt nach oben wie nach unten.

Und zwar ist die Kaufkraft nach o b e n zweifach begrenzt; einmal durch die jeweils gegebene Sparmöglichkeit, die zum Teil im Sparwillen der Bevölkerung, zum Teil in der Reproduktionsstärke der Wirtschaft wurzelt, zum anderen durch den Zins, d. h. durch die Prämie, die dem einzelnen Sparwilligen dafür geboten wird, daß er seine Absicht, „effektiv" zu sparen, aufgibt und statt dessen in anderer, kapitalbildenden Weise spart, indem er sein Güterbezugsrecht einem Dritten überläßt, der es an seiner Stelle ausübt. Die Masse der Geldzeichen wird durch diese Ueberlassung in rotierende Bewegung versetzt; sie zirkuliert, statt sich zu vermehren, was nur der sichtbare Ausdruck dafür ist, daß die Güterbezugsrechte nicht mehr unausgenutzt aufbewahrt, nicht mehr „effektiv gespart", sondern von den Zins-Zahlenden ausgeübt werden. Je w i r k s a m e r (nicht etwa höher!) der Zins in einem Lande ist, und je schneller infolgedessen die Güterbezugsrechte reproduktiv verwertet werden — nur wer reproduziert, kann Zinsen zahlen —, um so tiefer sinkt die obere Grenze des Gesamtbestandes an Geldzeichen, während die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldzeichen sich erhöht. Daher die bekannte Tatsache, daß die Länder der größten gewerblichen Regsamkeit nur mit einer kleinen, am Produktionsumfang gemessen sogar winzigen Geldmenge wirtschaften, dagegen mit einem um so größeren Bank- und Kreditverkehr, in dem die hohe Umlaufsgeschwindigkeit dieser kleinen Menge zum Ausduck kommt. Wird in einem Lande die natürliche Höchstgrenze der Geldmenge überschritten, sei es, weil die Menge künstlich gesteigert wird, sei es, weil veränderte Wirtschaftsbedingungen die Grenze sinken lassen, so reduziert sich die Geldmenge automatisch, in Goldwährungsländern durch Goldausfuhr, in Ländern mit nominaler (Papier-) Währung durch ein entsprechendes Einschrumpfen der im einzelnen Geldzeichen verkörperten Kaufkraft; der Grad des Einschrumpfens kann dann von der Bewegung der Preise und der Wechselkurse mehr oder weniger genau abgelesen werden.

Digitized by Google

Nach unten wird die Geldmenge begrenzt durch die wirtschaftlichen und psychologischen Hemmungen, die sich dem „Nichtsparen" des Einzelnen in den Weg stellen. Selbst wer die ihm durch seine Leistung zuwachsenden Güterbezugsrechte restlos sofort geltend machen, also sein ganzes Einkommen sofort verbrauchen möchte, wird daran durch die Sorge für den kommenden Tag gehindert. Er muß einen Bestand an Bezugsrechten in mindestens derjenigen Höhe zurückhalten, die es ihm ermöglicht, durch tägliche Geltendmachung eines kleinen Teils sein Leben bis zu dem Tage (dem Ultimo, dem Lohnzahlungstage oder dergl.) zu fristen, an dem ihm ein neues Einkommen zuwächst. Je schneller die periodischen Zahlungen von Zins, Miete, Gehalt, Lohn usw. in einem Lande auf einander folgen, mit einer umso kleineren Geldmenge wird man hier wirtschaften können. Diese Geldmenge läßt sich nochmals verkleinern, indem man statt des Landesgeldes Surrogate verwendet, also z. B. Getreide oder bestimmte Devisen zur Aufbewahrung von Güterbezugsrechten benutzt, oder indem man auf geeigneten Gebieten das Güterbezugsrecht überhaupt ausschaltet und den Geldverkehr durch den primitiveren Tauschverkehr ersetzt. Immerhin haben alle diese Möglichkeiten, die Zahl der wirtschaftsnotwendigen Geldzeichen zu beschränken, ihre Grenze. Wenn die Grenze sich auch nirgends ziffernmäßig angeben läßt, weil sie von den wechselnden Wirtschaftsgewohnheiten abhängt, so ist ihre Unterschreitung doch an äußeren Merkmalen genau so deutlich zu erkennen, wie die Ueberschreitung der oberen Umlaufsgrenze. Auch hier tritt eine automatische Korrektur ein — bei Goldwährung durch Goldeinfuhr, bei Papierwährung durch Steigen der im einzelnen Geldzeichen verkörperten Kaufkraft —, so daß der Grad der Unterschreitung im ersten Fall von der Goldbewegung, im zweiten Fall von den Wechselkursen abgelesen werden kann.

Was nun nach der Währungsbefestigung vom 15. November 1923 in Deutschland vor sich gegangen ist, kann in Kürze bezeichnet werden als das langsame selbstätige Wieder-Emporsteigen der Geldwirtschaft von der unteren Grenze, dem Minimum des praktisch möglichen Geldumlaufs, zur oberen Grenze, dem Maximum, herbeigeführt durch den Uebergang von der abnormen Wirtschaftsweise der Inflationszeit zur normalen Wirtschaftsweise der Vorkriegszeit.

Bis zum November 1923 hatte der Verkehr jede neue Inflationswelle mit einer neuen Einschränkung der verwendeten Gesamtgeldmenge bzw. Gesamtkaufkraft beantwortet. Da die Geldzeichen sich in der Hand ihrer Inhaber schnell und immer schneller entwerteten, beschränkte jedermann seinen Vorrat an effektiven Geldzeichen auf das äußerste, indem er das eingenommene Geld sofort wieder ausgab (d. h. nicht „sparte", sondern „verbrauchte"), indem er ferner wo irgend möglich Ware gegen Ware nahm und gab (d. h. nicht „kaufte", sondern „tauschte"),

Digitized by Google

und indem er endlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit wertbeständige Geldsurrogate statt des Geldes selbst verwendete. So war der Geldumlauf nach und nach derartig zusammengeschrumpft, daß trotz der Berge von Papier, die man dem Verkehr aufdrängte, schließlich eine Kaufkraft von nur noch 300 Millionen Goldmark, ja zeitweilig noch weniger, den ganzen deutschen Geldverkehr bewältigen mußte. Damit war man bei der unteren Grenze angekommen. Das Geld rotierte mit einer nicht mehr zu überbietenden Geschwindigkeit (Lohnperioden von 1 bis 2 Tagen!) und schaltete sich auf vielen Gebieten selbst aus, da es nur noch Splitter-Umsätze, aber keine Zahlungen von einigem Belang mehr vermitteln konnte.

Die Einführung der Rentenmark am 15. November bedeutete das Ende dieser unerträglichen Wirtschaftsweise. Man war zwar bei ihrem ersten Erscheinen noch keineswegs überall von ihrer absoluten Wertbeständigkeit überzeugt, wohl aber davon, daß eine etwaige Entwertung des neuen Geldes zunächst in keinem schnelleren Tempo vor sich gehen würde, als es bei der Papiermark im ersten Stadium der Inflation der Fall gewesen war. Und man war schon vollkommen damit zufrieden, jetzt wieder in einem Gelde zahlen und rechnen zu können, dessen Kaufkraft wenigstens ein paar Tage lang intakt blieb. Die nervenzerrüttende Hetzjagd hörte daher auf. Das Geld wurde nicht mehr wie pestverdächtig behandelt und sofort nach Empfang um jeden Preis fortgegeben, sondern aufbewahrt — zuerst vorsichtig und nur tageweise, später mit der alten Selbsverständlichkeit der Vorkriegszeit wochenlang und noch länger. Der Verkehr begann also wieder kurzfristig zu „sparen“ und auf diese Weise Geld zu bilden.

Hier erwarte ich den selbstverständlichen Einwurf: „Nicht der Verkehr, sondern die Rentenbank und bald darauf die Reichsbank haben das neue Geld gebildet, und zwar nach ganz bestimmten gesetzlichen und bankpolitischen Richtlinien“. So scheint es in der Tat; aber es ist nicht so. Noch niemals in der Geschichte des Geldwesens ist so deutlich wie Ende 1923 in Deutschland zu erkennen gewesen, daß das Geld sich in der Wirtschaft bildet, und daß die Emissionsinstitute, sofern die Wertbeständigkeit des Geldes nicht gefährdet werden soll, nichts anderes tun können, als diesen wirtschaftsautonomen Vorgang in die von ihnen gewünschte Form zu gießen, wobei sie aber in Bezug auf die Geldmenge den Verkehrswillen peinlichst respektieren müssen.

Was damals vor sich gegangen ist, war folgendes: Als man der Bevölkerung das Ende der Geldentwertung ankündigte, gab die große Mehrzahl die Inflationsgewohnheit auf, ihr Einkommen noch in der Stunde des Entstehens in Sachwerte umzuwandeln; man gab das Geld, das man einnahm, nicht sofort wieder aus, sondern behielt es, um damit sukzessive den Bedarf der nächsten Tage zu decken. Die Bezugsrechte auf Güter wurden also nicht ausgeübt, sondern aufbewahrt, und umgekehrt wurden bisher als

Digitized by Google

„Sachwerte" hochgeschätzte Güter auf den Mark geworfen, weil man sie in Bezugsrechte umwandeln wollte. So entstand die Stabilisierungskrisis: die Güter sanken im Preis, und das Geld wurde entsprechend kaufkräftiger. Darin kam zum Ausdruck, daß zwischen der Geldmenge (300 bis 400 Millionen Goldmark) und dem Geldbedarf, d. h. dem Sparwillen *), ein Mißverhältnis bestand, daß die „untere Grenze" der wirtschaftlich notwendigen Geldmenge unterschritten war, und daß deshalb eine der beiden automatischen Korrekturen eintreten mußte, von denen weiter oben die Rede gewesen ist: Goldzufluß im Lande der Goldwährung, Besserung der Relation zwischen dem Gelde und den fremden Währungen im Lande der Papierwährung — beides herbeigeführt durch die Zunahme der im Gelde verkörperten Kaufkraft und die verstärkte Ausfuhr der verbilligten Inlandsware bzw. die nachlassende Einfuhr der entsprechend verteuerten Auslandsware; herbeigeführt ferner durch die Reaktion, welche die dem „Inflationsfuß" weit vorausgeeilten Devisenkurse in dem Moment erfahren mußten, wo die bereits kursmäßig eskomptierte weitere Inflation ausblieb.

In Deutschland, das damals kein reines Papierwährungsland mehr, bis zum Bankgesetz vom 30. August 1924 aber auch noch kein Goldwährungsland war, trat die Korrektur der Tendenz nach auf beide genannten Arten ein: Es floß Gold (in Form von Golddevisen) herein, und die Devisenkurse zeigten eine Wertsteigerung der Mark über die Goldparität hinaus an. In der Schweiz wurde die neue Rentenmark bzw. die ihr gleichwertige Billionmark im Durchschnitt der zweiten Dezemberhälfte 1923 und des Januar 1924 mit 1,350 Franc bezahlt (Parität 1,235), in Schweden mit 0,90 Kr. (Parität 0,888 Kr.), und auch in New York wurde die Mark trotz ihrer offiziellen Verankerung auf der Parität im Dezember mehrfach mit einem kleinen Aufgeld gehandelt. Umgekehrt wurden die erwähnten Goldvaluten in Deutschland unter ihrer Goldparität bezahlt, d. h. die Mark hatte eine höhere Kaufkraft als die ihr äquivalente Goldmenge. Die Bedeutung dieser Kaufkraft-Steigerung der Mark ist, daß der Verkehr eine Vermehrung des umlaufenden neuen Geldes nicht nur anstrebte, sondern daß er sie durch Vergrößerung der jeder Marknote innewohnenden Kaufkraft auch selbsttätig vornahm, d. h. die Vermehrung auf qualitativem statt auf quantitativem Wege herbeiführte, insoweit ihr der letztere, natürliche Weg versperrt wurde. (Es ist dies die Umkehrung des Vorgangs während der Inflation, wo der Verkehr die ihm aufgedrängten Zettelmassen

*) Der Geldbedarf im Lande ist immer so groß wie der Sparwille der Bevölkerung, d. h. wie der Wille und die Fähigkeit, Einkommen weder auszugeben noch auszuleihen („Kapital werden zu lassen"), sondern für künftigen Bedarf aufzubewahren. Mit diesem eigentlichen Sparwillen darf der Wille zur Kapitalbildung, der infolge einer gewissen Sprachармut ebenfalls „Sparwille" genannt wird, nicht verwechselt werden. Der letztere, uneigentliche Sparwille ist kein Geldbedarf, sondern setzt im Gegenteil dem Geldbedarf eine Schranke (die vorher erwähnte „obere Grenze"), da seine Absicht nicht dahin geht, Einkommen zum Zweck der künftigen Verwendung aufzuspeichern, sondern es gegen Zins fortzugeben, es „anzulegen"). Das Geld ist unverwendetes, das Kapital produktiv verwendetes Einkommen.

Digitized by Google

durch fortgesetzte Verminderung ihrer Kaufkraft auf den Real-Umfang zurückführte, der seinem „Sparwillen", d. h. seinem Bedürfnis, Kaufkraft zu konservieren, entsprach.)

Hätte damals die deutsche Währungspraxis den Verkehr grundsätzlich daran gehindert, den Geldumlauf numerisch auf die den veränderten Verhältnissen entsprechende Höhe zu bringen, sondern hätte man es bei einem Umlauf von 300 bis 400 Millionen Goldmark belassen so würde der Verkehr die qualitative Geldvermehrung so lange fortgesetzt haben, bis die Mark ihr Goldpari um 500, 1000 oder noch mehr Prozent überstieg. Jede Billionmark oder Rentenmark würde alsdann die fünf- oder zehnfache Kaufkraft ihres gesetzlichen Goldäquivalents besessen haben, und jene 300 bis 400 Millionen hätten im Verkehr die Dienste eines Umlaufs von zwei, vier oder mehr Milliarden ausgeübt. Die Währungspraxis hat diese Geldvermehrung durch Qualitäts- oder besser Intensitäts-Steigerung nur dadurch verhindert, daß sie es dem Verkehr möglich machte, sich die gewünschten Geldzeichen zum Pari-Wert in entsprechend größerer Menge zu beschaffen. Das geschah zum kleineren Teil dadurch, daß die Reichsbank dem Verkehr gegen Einreichung des in Gestalt von Golddevisen einfließenden Goldes neue Marknoten aushändigte, zum größeren Teil aber in der Weise, daß die Rentenbank direkt oder durch die Reichsbank dem Verkehr Rentenbankscheine zur Verfügung stellte, sobald er auf dem Wege über die Devisenkurse, d. h. durch Steigerung der Kaufkraft der Mark, den Wunsch nach Vermehrung erkennen ließ. Zweimal glaubten Rentenbank bzw. Reichsbank die Geldvermehrung autoritativ vornehmen zu können, also ohne den Befehl der Wirtschaft oder ihr wechselkursmäßig erkennbares Bedürfnis abzuwarten. Das eine Mal im November 1923, unmittelbar nach Schaffung der Rentenmark, als die beiden Institute binnen zwei Wochen den Geldumlauf von 450 auf 1600 Millionen steigerten, noch ehe die neuen Verkehrsgewohnheiten eine so starke Geldvermehrung rechtfertigten, so daß es vorübergehend zu einer neuen Wertminderung der Mark kam. Das zweite Mal im März 1924, als die Reichsbank den Geldumlauf nochmals übersteigerte und der Verkehr sich anschickte, eine am Devisenmarkt deutlich wahrnehmbare Korrektur an der Geldmenge — durch Wertverringerung — vorzunehmen, so daß die Reichsbank zu einer scharfen Kreditrestriktion gezwungen wurde. Seit jener Zeit aber ist der Verkehrswille so genau wie möglich befolgt und nicht mehr Geld in Umlauf gesetzt worden, als der Verkehr sich durch Goldeinfuhr oder Kaufkraft-Stärkung der Mark selbst beschafft haben würde, wenn ihm Rentenbank und Reichsbank — seit dem Herbst 1924 nur noch die letztere — den technischen Teil der Umlaufs-Regulierung nicht abgenommen hätten.

Das ist das „Wunder der Rentenmark" — ein höchst einfacher Vorgang, bei dem die begleitenden Gesetze und die kompli-

Digitized by Google

zierten organisatorischen Maßnahmen, als da sind: Ausstattung eines besonderen Instituts mit 3,2 Milliarden Mark Kapital, Belastung der Wirtschaft mit einer Grundschuld, Ausstellung von Rentenbriefen, spätere Aufnahme eines Auslandskredits (Dawes-Anleihe) und so manches andere nur belangloses Beiwerk darstellen. Die technische Konstruktion der Geldreform hat zwar den Effekt gehabt, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken und ihre Abkehr vom Prinzip des Wirtschaftens mit einem minimalen, rasend schnell rotierenden Geldumlauf zu beschleunigen; sachlich aber bedeutete sie nicht viel mehr als den Hokus-Pokus, mit dem der Zauberkünstler die Aufmerksamkeit der Zuschauer von seinem wirklichen Handeln abzieht. In Oesterreich, Ungarn, Tschechien, vorübergehend auch in Rußland und Polen, hat man dasselbe Resultat auf andere und einfachere Weise erzielt. Wo immer man das Prinzip verfolgte, dem Verkehr nicht mehr und nicht weniger Zahlungsmittel zuzuleiten, als er ausweislich der Wechselkurse und der Golddevisen-Fluktuation verlangte, und als er sich selbsttätig geschaffen haben würde, wenn man ihm die geforderte Menge vorenthalten hätte, überall da ist die Geldreform geglückt, ohne Rücksicht auf die besondere konstruktive Einkleidung des Reformwerks. Und am vollkommensten wird die Stabilisierung des Geldes immer da sein, wo man dem Verkehr auch äußerlich die Bestimmung über die Geldmenge überläßt, indem man ihm Geldzeichen aushändigt, sobald er den Bedarf an solchen durch Einreichung von Gold oder Golddevisen nachweist, und ihm Geldzeichen abnimmt, sobald er durch Rückforderung von Gold und Golddevisen erkennen läßt, daß der Sättigungspunkt überschritten ist.

Daraus sollte Frankreich und sollten die übrigen Länder mit noch unbefestigter Währung die Nutzanwendung ziehen. Statt das Gold ihrer Notenbanken und den Auslandskredit des Staates für Interventionen zu opfern, die immer nur ein Symptom der Geldentwertung beseitigen können, und auch dies nur vorübergehend, sollten sie zu dem einfachen und ehrlichen Prinzip zurückkehren, den Geldumlauf dem Verkehrswillen anzupassen. Will man in Frankreich den Franc auf der z. Zt. geeignetsten Basis von ca. 150 Francs je Pfund Sterling stabilisieren, so ist zu diesem Zweck nichts anderes erforderlich, als die Erklärung, daß jedermann für ein Pfund Sterling in Gold oder Golddevisen 150 Francs, und jeder Einreicher von 150 Francs ein Pfund Sterling erhalten könne. Der Geldumlauf paßt sich dann automatisch dem bei der genannten Parität erforderlichen Zahlungsmittelbedarf an, und der Franc bleibt stabil. Der Einwand, eine solche Erklärung könne nicht abgegeben werden, solange das Staatsbudget infolge der Fälligkeit von Schatzwechseln und Nationalverteidigungs-Bons unausgeglichen sei und den Rückgriff auf die Notenpresse erforderlich mache, ist unsittlich, denn er besagt, die Staatsfinanzen ließen sich nur durch Diebstahl an der Volkskaufkraft

Digitized by Google

im Gleichgewicht halten. Der Einwand ist aber auch falsch. Denn selbst wenn man glaubt, die fälligen Schulden nicht aus Steuern oder langfristigen inneren Anleihen decken oder sie zwangsweise prolongieren zu können, würde ein Kredit im Ausmaß des jetzt erfolglos verschwendeten Morgan-Darlehens völlig genügen, um die Fälligkeiten mehrerer Jahre zu bestreiten. Und sollte ein solcher Kredit nicht erhältlich sein, so würde der gleiche Zweck sich mit einem ganz kleinen Bruchteil des französischen Goldbestandes erreichen lassen, oder vielmehr schon mit der Ankündigung seiner Hergabe; denn es würde in diesem Falle zur restlosen Prolongation der fälligen Schulden kommen, die heute nur deshalb zurückgefordert werden, weil die Gläubiger einen ferneren Wertschwund ihrer darin verbrieften Francs-Forderungen fürchten.

Alfred Lansburgh.

Banken und Kreditsicherung.

Von Handel und Industrie wird lebhaft darüber Klage geführt, daß die Banken bei der Einräumung von Krediten mehr als früher darauf halten, Realsicherheiten von den Kreditnehmern zu erlangen, d. h. sich Effekten oder Waren verpfänden, sich Produktionsmittel oder Lagerbestände übereignen, sich Hypotheken bestellen oder sich offene Buchforderungen abtreten zu lassen. Man differenziert bei der Bemängelung allerdings zwischen den einzelnen Arten von Sicherungen. Die Kredite gegen Effekten-Unterlage und die Vorschüsse auf lagernde, rollende oder schwimmende Ware werden weniger beanstandet; die Kritik richtet sich vielmehr vor allem gegen die Gepflogenheit der hypothekarischen Sicherstellung, der Sicherungs-Uebereignung und der Abtretung von Forderungen. Was die letztgenannten Kategorieen anbelangt, so lebt in der an den Banken geübten Kritik der schon Jahrzehnte alte Kampf gegen diese durch die Judikatur längst sanktionierte Methode der „Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen über das Pfandrecht" wieder auf; man verübelt es den Banken, daß sie sich zur eigenen Sicherung einer zwar rechtlich anerkannten, moralisch aber umstrittenen Form der Pfandbestellung bedienen.

Hier muß nun eine Unterscheidung gemacht werden. Die Banken haben sich der „Sicherungs-Uebereignung" überhaupt erst bemächtigt, als sie sich im Verkehr längst eingebürgert hatte, und haben anfangs nur ungern von ihr Gebrauch gemacht. Dagegen sind die Banken in Bezug auf die „Abtretung von Forderungen" ein wenig kompromittiert durch die vor dem Kriege eingeführte sogenannte „Diskontierung offener Buchforderungen" *). Immerhin sind sie auch hiermit lediglich einem Kreditbedürfnis entgegengekommen, das von Handel und Industrie besonders stark em-

*) Vergl. Jahrgang 1910, S. 595: „Die Beleihung von Buchforderungen."

Digitized by Google

pfunden wurde, und das ohne besondere Sicherungen zu befriedigen die Banken nicht verantworten zu können glaubten.

Es scheint demnach angebracht, die Frage der Verantwortlichkeit für den gegenwärtigen, wie wir sehen werden durchaus bedauerlichen Zustand auszuscheiden und überhaupt von der Erörterung unerwünschter Kreditformen abzusehen, soweit sie einer verflossenen Wirtschaftsepoche angehören. Es ist zwar zuzugeben, daß schon vor dem Kriege hier und dort Stimmen laut wurden, die es bemängelten, daß „die Banken vornehmlich gedeckten Kredit geben, wohingegen die Kaufleute regelmäßig ungedeckten Kredit einräumen müßten“ *); aber es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß damals der Umfang ungedeckter Bankkredite im Verhältnis zu dem der gedeckten ein ganz beträchtlicher war. Im Auslande, namentlich in Frankreich, hat man sogar gegen das Ausmaß der Blanko-Kredite der deutschen Banken oft genug polemisiert.

Im übrigen geht es bei der Kritik des pfandgesicherten Kredits vielfach recht unlogisch zu. In der Zeit der ausgesprochenen „Kreditnot“ haben wir oft beobachten können, daß Kaufleute über die Schwierigkeit wehklagten, von den Banken überhaupt Kredit zu bekommen, in demselben Atemzuge aber den direkten Geldkredit zwischen Kaufleuten befürworteten; man bedachte nicht, daß die direkt ausgeliehenen Gelder den Banken notwendig fehlen mußten, und daß diese nur in dem Maße als Geldgeber auftreten konnten, wie ihnen selbst Geld zufloß. Ganz ähnlich geht es jetzt mit der Klage über die Kreditsicherungen. Eben hat man sich darüber entrüstet, in einer Gläubigerversammlung festgestellt zu sehen, daß die Bank für ihre Forderungen gedeckt war, alle anderen Gläubiger aber, weil ungedeckt, leer ausgehen mußten, und schon stellt man an die Bank das unlogische Ansinnen, eben denselben ungedeckten Kredit zu gewähren, dessen Gefahr sich so deutlich gezeigt hat. Man erwartet also von privatwirtschaftlichen Unternehmungen, daß sie das Gegenteil von dem tun, was Erfahrung und geschäftliche Klugheit ihnen vorschreiben!

Unzweifelhaft stellt es sich seit der Stinnes-Krise in den Gläubigerversammlungen meist heraus, daß die kreditgebende Bank durch Realsicherheiten gedeckt ist, wobei der Wert der übereigneten Objekte weit über den Betrag des eingeräumten Kredites zuzüglich Zinsen und Provisionen hinausgeht. Dieser Mehrwert an Sicherheiten ist allerdings gewöhnlich nur fiktiv. Wenn auch in der ersten Gläubigerversammlung meist noch ein krasses Mißverhältnis zwischen dem Bankkredit und den zu seiner Sicherung übereigneten Objekten zu bestehen scheint, schmilzt, sobald es erst an die praktischen Versuche der Verwertung geht, der Mehrwert der Sicherheiten schnell zusammen. Nur der Interessengegensatz zwischen Bank und Warengläubiger hindert den letzteren

*) Vergl. „Kreditversicherung“, Die Bank 1911, S. 25.

Digitized by Google

daran, diesen Wertschwund anzuerkennen und nachträglich als kluge Voraussicht zu bezeichnen, was er selbst anfänglich als eine „übertriebene Sicherheitsforderung" angesehen hat. Trotzdem ist die Entrüstung der Warengläubiger begreiflich, namentlich dann, wenn sich herausstellt, daß die von ihnen auf Kredit gelieferten Waren von dem Gemeinschuldner nur dazu benutzt worden sind, der Bank neue Sicherheiten zu bestellen, sodaß die betreffenden Waren im Momente der Zahlungseinstellung und der Gläubigerversammlung zwar noch vorhanden sind, aber lediglich als fiduziarisches Eigentum der Bank. Vorgänge dieser Art machen neuerdings auch im Auslande böses Blut. So berichtete z. B. die Frankfurter Zeitung am 1. Mai über eine gewisse Erregung bei holländischen Tabakgroßhändlern, deren Lieferungen in Deutschland den Gläubigerbanken der Empfänger übereignet worden waren.

Angesichts dieser Verhältnisse ist es verständlich, wenn die Warengläubiger nach Abhilfe rufen und die hauptsächlich vom Zentralverband des Deutschen Großhandels ausgehenden Bestrebungen zur Herbeiführung eines gesetzlichen Registerpfandrechtes unterstützen. Es ist auch verständlich, wenn sich in verschiedenen Gewerben die Tendenz geltend macht, Warenkredite ebenfalls nur noch gegen entsprechende Sicherungen zu gewähren. Vielfach werden bereits, wo sich aus rein juristischen Gründen der Eigentumsvorbehalt an der noch nicht bezahlten Ware nicht wirksam aufrechterhalten läßt, Sicherungshypotheken, Bürgschaften, Zessionen von Betriebseinrichtungen usw. gefordert. Die Warenkaufleute folgen also ganz dem Beispiel der Banken, und wenn sie ihre Forderungen nicht immer durchsetzen können, so liegt dies teils in ihrer eigenen schwachen Position begründet, teils darin, daß die Zahl der Käufer, die überhaupt in der Lage sind, derartige Sicherungen auch ihren Warengläubigern zu bewilligen, nur beschränkt ist. Die Banken sind hier naturgemäß die Stärkeren, weil die Ware, über die sie verfügen, die Ware „Kredit", sehr begehrt ist, während die Waren des Lieferanten einer starken Konkurenz ausgesetzt sind, die den Verkäufer in Nachteil bringt. Die Bank ist Herrin über die Bedingungen, während der Warenlieferant meist der Sklave der Bedingungen ist, zumal das Ringen um den Absatz das allgemeine Kreditbedürfnis noch verstärkt und die Banken weiter in Vorteil setzt. Gewiß ein höchst bedauerlicher Gegensatz, zu dessen Milderung aber die Banken nichts tun können.

Neben diesem immer deutlicher wahrnehmbaren Versuch der Warenkaufleute, sich auch ihrerseits weitestgehend gegen Kreditverluste zu sichern, wirken noch andere Faktoren in der gleichen Richtung. Seit Jahren schon bildet die gewerbmäßige treuhänderische Pfandhalterschaft nicht mehr einen ergänzenden, nur in zweiter Linie betriebenen Geschäftszweig der Treuhand-Gesellschaften; sie ist vielmehr nach und nach mit in die

Digitized by Google

erste Reihe gerückt. Immer zahlreicher werden die Institute, die überhaupt nur wegen dieses besonderen Geschäftszweiges ins Leben gerufen worden sind, wie z. B. die „Deutsche Kreditsicherungsbank" sowie einige Waren-Treuhand-Gesellschaften. Das Wirken derartiger Organisationen war allerdings durch die außergewöhnlichen ökonomischen Verhältnisse einer abnormen Epoche bedingt. Aber ihre Zeit dürfte auch jetzt noch nicht vorüber sein, selbst wenn die eine oder die andere besondere Voraussetzung für ihre Gründung (es sei an das deutsch-niederländische Kreditabkommen erinnert) in Wegfall kommt. Als eine weitere Form der Kreditsicherung, wenn auch auf ganz anderer Grundlage, hat sich in den letzten Jahren die Kreditversicherung entwickelt, die letzten Endes darauf hinausläuft, dem Gläubiger eine bürgschaftsähnliche „Sicherung" zu geben, die ihm früher nicht geläufig war.

Nicht nur im Verhältnis zwischen Bank und Kreditnehmer, sondern auf der ganzen Linie des gewerblichen Kredits sehen wir also ein einheitliches Streben, den Kredit mit Sicherungen zu umgeben. Ein Streben, das sich aus Umständen erklärt, denen die Banken als solche ebenso machtlos gegenüberstehen wie jeder der anderen Erwerbszweige für sich. Immerhin erhebt sich die Frage, ob und wie weit die Banken von dem Verlangen nach Realsicherheiten wieder abgehen könnten, bzw. welche Voraussetzungen für eine solche Wandlung erfüllt sein müßten. Ohne Frage erhalten einige der großen und größten Unternehmungen auch heute wieder Blanko-Kredite, aber es dürfte unbestritten bleiben, daß es sich dabei um Ausnahmen handelt. Andererseits ist es berechtigt, sich schon jetzt die Frage vorzulegen, wie weit die Verflüssigung des Marktes der kurzfristigen Gelder ihre Rückwirkung auf das langfristige Kreditgeschäft und auf die Emissionstätigkeit ausüben wird. Optimistische Beurteiler erblicken in dem derzeitigen Ueberfluß an kurzfristigem Geld und in der Tatsache, daß verschiedene größere Anleihen letzthin am heimischen Markte leicht untergebracht werden konnten, bereits die Anzeichen der Wiedererstarkung des Kapitalmarktes und erwarten von der neu beginnenden Konkurrenz der Geldgeber eine baldige Umgestaltung der Kreditbedingungen. Aber wenn auch die Entwickelung nach dieser Richtung gehen sollte, wäre es dennoch durchaus verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß alsbald und ganz allgemein die Aera „normaler Kreditmodalitäten" wieder anbricht. Vielmehr würden von einem solchen Wandel zunächst wiederum nur die Großen profitieren, während zahllose Unternehmungen, die früher auf den „normalen" Bankkredit angewiesen waren und es zum Teil heute wieder im noch erhöhtem Maße sind, auch weiterhin mit den veränderten Allgemeinbedingungen werden rechnen müssen.

Oberflächliche Beurteiler haben die Neigung, den Zwiespalt zu verkennen, der das moderne Bankwesen als solches be-

Digitized by Google

herrscht: Delkrederefunktion und Liquidität, beides aufgebaut auf dem Gesetz der großen Zahl, auf Wahrscheinlichkeit-Rechnungen. Jeder einzelne Kreditor einer Bank weiß wohl, daß diese mit seinem Gelde „arbeitet"; aber daß deshalb ihr Schuldversprechen ihm gegenüber weitgehend abstrakt ist und sein muß, das ist ihm kaum noch bewußt, denn es gehört zu den Selbstverständlichkeiten, über die man nach langer Zeit der Gewöhnung nicht mehr nachdenkt. Bezüglich des Rückforderungstermines gibt es im Verhältnis zwischen Bank und Kreditor nicht den Schimmer eines Gedankens an die clausula rebus sic stantibus. Man weiß zwar, daß die Banken ihrerseits im Verkehr mit den Debitoren ihren eigenen, außerordentlich weitreichenden Verpflichtungen Rechnung tragen müssen, was ihnen ja durch das Gesetz der großen Zahl und durch die Anwendung des Prinzips der Risikenmischung und der Risikenteilung ermöglicht wird. Man übersieht aber, daß auch auf der Kreditoren-Seite die gleichen Gesetze und Prinzipien wirksam sind, und daß hier eine gegen früher grundlegend geänderte Struktur vorherrschend geworden ist: Zahl, Mischung und Teilung der Kreditoren sind nicht entfernt mehr die gleichen wie vor dem Kriege. Die Zahlen sind kleiner, die Mischung ist nicht mehr so ausgeprägt, und auch die Teilung ist eine ganz andere geworden. Für die Banken ergibt sich daraus der Satz: Die Natur der Kreditoren nötigt zu einer vorsichtigeren Wahrscheinlichkeitsrechnung. Was bedeutet das? Die Banken entscheiden zwar selbst über Zahl, Mischung und Teilung der Debitoren, aber auf das Ergebnis der von ihnen anzustellenden Wahrscheinlichkeitsrechnung bleibt ihnen naturgemäß nur ein bedingter Einfluß. Hieraus ergeben sich empirisch gewisse Liquiditätsregeln, die man freilich auch früher schon kannte, wie: „Mit Bankkredit darf nicht gebaut werden", oder: „Der Bankier darf nie zum Unternehmer werden". Und daß der Bankkredit nicht dazu Verwendung finden darf, die laufenden Unkosten eines ertraglosen Unternehmens zu decken, ist schlechthin selbstverständlich. Wenn wir aber alle diese Regeln der Banktheorie Revue passieren lassen, so sehen wir, daß sich bei ihrer konsequenten Anwendung heute die größte Zahl der Kredite von selbst verbieten würde. Wenn sie dennoch gewährt werden, so kann dies nur unter Anwendung früher unbekannter Sicherungen geschehen. Und so scheint es fast, als ob in vielen Fällen die Realsicherheit lediglich das Aequivalent für den Verstoß gegen die Grundregeln des Bankwesens darstellt.

Häufig wird der Liquiditätsbegriff so eng mit währungstechnischen Problemen verquickt, d. h. der Rückgriff auf die Reichsbank so sehr als die eigentliche Reserve der Banken angesehen, daß sich schließlich Bankenliquidität und Geldschöpfung identifizieren. Wo aber die reinliche Scheidung dieser Begriffe beginnt, da beginnt zugleich auch die Erkenntnis, die in den Worten Aus-

Digitized by Google

druck findet: „Das Bankwesen stellt seiner ganzen Zweckbestimmung nach eine organisierte Illiquidität dar". *) Daran ändert das erfolgreichste Streben nach Kreditsicherung nichts. Denn auch Realsicherheiten sind nur sehr bedingt als Schutz gegen Illiquidität zu werten. Jede Wertbestimmung, jede Einschätzung des Schmelzwertes einer Kreditdeckung, beruht auf der Kontinuität ökonomischen Geschehens. Wo die Kontinuität durch außergewöhnliche Ereignisse (Krieg, Inflation, Krisis) oder durch massenpsychologische Einflüsse unterbrochen wird, erhöht sich das Moment der Unsicherheit. Weltwirtschaftliche Verflechtungen sprechen ebenfalls stark dabei mit. Für Verzehrgüter sind die Absatzmöglichkeiten, für Produktionsmittel ist die künftige Rentabilitätsgestaltung nicht abzuschätzen, wo das Moment der Beharrung fehlt. Bei der Bewertung der Sicherheiten müssen mithin die Banken, da sie grundsätzlich nicht selbst Unternehmer sein wollen und sollen, zurückhaltender sein als die ihnen verschuldeten Unternehmer selbst. Leben wir in einer Periode, die daran krankt, daß infolge der in kurzem Ablauf vollzogenen gewaltsamen Umwälzungen allenthalben mit hohen Unsicherheits-Koeffizienten gerechnet wird, so muß sich das bei der Kreditpolitik den Banken potenziert bemerkbar machen. Der eigentliche langfristige Direkt-Kredit muß mehr und mehr dem Effektenkapitalismus, der sogenannten Mobilisierung immobilen Kapitals, weichen, die starre Kreditfrist muß durch die Möglichkeit der jederzeitigen Realisierbarkeit am Markte ersetzt oder mindestens ergänzt werden. Und ebenso tritt im Laufe der Entwickelung die „Frist" beim kurzfristigen Kreditgeschäft immer mehr in ihrer eigentlichen Bedeutung zurück gegenüber dem Phantom der „jederzeitigen Realisierbarkeit". Solange Wechsel als Anlagematerial erster Ordnung galten, drehte sich alles um die Aufrechterhaltung der Fiktion ihrer jederzeitigen Begebbarkeit (Diskontmöglichkeit). Da aber heute die Voraussetzungen für die Ausweitung des Wechselverkehrs noch immer nicht ganz wieder hergestellt sind, das allgemeine Vertrauen in die Wechselunterschriften und die breite Basis des Marktes noch immer fehlen, so richtet sich das Streben der Banken naturgemäß auf ein Ersatz-Anlagematerial mindestens gleicher Sicherheit und Liquidität, und dieses Material finden sie im Buchkredit nur dann, wenn er durch Realsicherheiten in einem Umfange gedeckt ist, der den Gefahren der wirtschaftlichen Diskontinuität hinreichend Rechnung trägt.

Die derzeitigen Verhältnisse berechtigen leider noch nicht zu einer grundsätzlichen und generellen Förderung der Blanko-Kredite, denn der früher gern zitierte Satz, daß sie die sichersten Kredite seien, kann vorläufig noch nicht wieder Anspruch auf Geltung erheben. Die Banken können also — da die ehemals so beliebte Effekten-Deckung heute weit seltener als früher zur Verfügung steht — auf materielle Kreditsicherungen bis auf weiteres nicht

*) Argentarius (Lansburgh): Die Kreditbank, II. Teil, S. 23 und 73.

Digitized by Google

verzichten. Trotzdem bestehen zwei wichtige Einschränkungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Realsicherheiten. Erstens: Das Pfandrecht (oder das fiduziarische Eigentum) an Waren, welche der Schuldner seinen Lieferanten noch nicht oder noch nicht voll bezahlt hat, ist unbedingt verwerflich. Abgesehen von den Fällen, in denen die Bank selbst einer Täuschung seitens des Schuldners zum Opfer gefallen ist, beweist nämlich die Inpfandnahme unbezahlter, sinngemäß also noch dem Lieferanten gehörender Waren, daß die Bank den Kredit eingeräumt hat ohne zuvor die Verhältnisse des Schuldners überhaupt zu prüfen. Einer Bank, die so verfährt, wird man mit Fug und Recht unsolide Kreditgewährung vorwerfen. Zweitens: Die moralisch bedenklichsten gedeckten Kredite sind diejenigen, die aus vorher gewährten Blanko-Krediten entstanden sind, denen man also erst nachträglich und auf Kosten der anderen Gläubiger eine Deckung untergeschoben hat. Für die Banken gilt zwar wie für alle Kaufleute in Notzeiten innerhalb des Rahmens des rechtlich Zulässigen der Grundsatz „Rette sich, wer kann". Aber jede Bank, die sich auf Kosten Dritter durch nachträglich genommene Sicherheiten rettet, gefährdet ihren Ruf, denn sie beweist durch die verspätete Sicherung, daß bei der ursprünglichen Kreditgewährung ein bedenklicher Mangel an Solidität und Vorsicht obgewaltet hat.

W. Boes.

Der Mai 1926.

Ueber die Zusammensetzung des **Völkerbundsrates** ist auch im Mai noch keine Entscheidung gefallen. Dagegen gelang gegen Ende des Monats England die wenigstens vorläufige Regelung seiner Differenzen mit der Türkei bzgl. des Irak durch einen Vertrag, der Mossul dem englischen Interessengebiet einverleibt. In Polen unternahm Pilsudski einen Militärputsch, der aber durch den Landtag rasch legalisiert wurde. Anstelle des alten Präsidenten ist Pilsudski's Kandidat Mosicki gewählt worden; Pilsudski selbst begnügte sich mit dem Kriegsministerium. — In Marokko ist es Frankreich und Spanien gelungen, Abd el Krim zur Unterwerfung zu zwingen; dieser hat sich den Franzosen ergeben. Indes begegnet die Regelung der marokkanischen Hoheitsrechte noch immer europäischen, hauptsächlich von Italien ausgehenden diplomatischen Schwierigkeiten. In Syrien haben die Franzosen die Drusen-Hauptstadt Sueida eingenommen. In Frankreich selbst hat die zeitweilig starke Entwertung des Franc zu neuen politischen Teilkrisen geführt, die aber immer wieder im Keime erstickt werden konnten und Briand nicht gefährlich wurden. — Zu Kabinettskrisen ist es auch in Südslavien und Belgien (hier infolge Mißlingens der Stabilisierung des Franc) gekommen.

Digitized by Google

— In Deutschland erfuhr die innerpolitische Lage, von der Flaggen-Frage ausgehend, eine scharfe Zuspitzung. Ein Mißbilligungsantrag der Linken zwang Dr. Luther zum Rücktritt; an seiner Stelle übernahm Marx, der Justizminister, das Reichskanzleramt, aber die Frage des Volksentscheids über die Fürstenabfindung ließ die Krisenstimmung andauern. Putschpläne der Rechten und der Linken, die bekannt wurden, steigerten die Spannung.

Staatsfinanziell ist, soweit Deutschland in Frage kommt, besonders wichtig, daß der Reparationsagent die Absicht hat, gewisse nicht allzu große Spitzenbeträge der Reparationsleistung demnächst im Wege des Bartransfer zu zahlen. Auch das Schiedsgerichtsurteil, das die Beschlagnahme des Chorzower Stickstoffwerkes durch Polen für vertragswidrig erklärt, ist finanziell bedeutsam, weil es eine erhebliche Schuld Polens an Deutschland entstehen läßt. — Die deutschen Reichseinnahmen betrugen im April 584,6 Millionen Rm. gegen 466,7 Mill. im März, weil die Vierteljahreszahlungen die April-Ziffern stärker haben anschwellen lassen; die monatlichen Vergleichszahlen (z. B. Lohnsteuer) zeigen eine Verminderung. — Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages hat 120 Millionen Rm. Zwischenkredit zur Förderung des Wohnungsbaus bewilligt. — Verhandlungen über die Emission eines Teils der Reichsbahn-Vorzugsaktien führten erst im Juni zum Abschluß. — Berlin brachte die Hälfte einer 7 %igen 45 Millionen-Anleihe zu 90 % heraus und erzielte eine bescheidene Ueberzeichnung, Dresden emittierte 20 Mill. Mk. 7 % Anleihe zu 88¾ %. Das Ausland ist im Mai nur wenig beansprucht worden; der größte Abschluß war der des Kalisyndikats (siehe später). Die seit Monaten laufenden Verhandlungen der Türkei mit ihren Gläubigern betr. Regelung der alten Schulden wurden ohne Ergebnis abgebrochen, sollen aber demnächst in Paris wieder aufgenommen werden. — Italien hat Rumänien eine politische Anleihe von 200 Millionen Lire, zu 8 % verzinslich, Uebernahmekurs 85 %, gewährt. — Brasilien hat 35 Millionen Dollar 6½ % Anleihe zu 90% untergebracht, Neuseeland 6 Millionen Pfund 5 % Anleihe zu 98½ %.

In Genf hat Anfang Mai die vorbereitende **Wirtschaftskonferenz** ihre erste Tagung beendet; die nächste Tagung wird erst im Oktober stattfinden. — Die Lage der Weltwirtschaft war auch im Mai recht verworren, nicht zum wenigsten deshalb, weil sich die Folgen des zehntägigen englischen allgemeinen Ausstandes, dem ein (Mitte Juni noch laufender) Bergarbeiterausstand folgte, nicht klar übersehen ließen. Widerspruchsvoll sind auch die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten, wo aber doch eine gewisse Verlangsamung des wirtschaftlichen Rhythmus unverkennbar ist. — Der deutsche Außenhandel wird für den April mit 723 Millionen Mk., Einfuhr (März 645) und mit 779

Digitized by Google

(923) Millionen Mk. Ausfuhr angegeben; der im 1. Quartal stark angeschwollene Ausfuhrüberschuß ist also wieder erheblich zusammengeschrumpft. Besonders stark gestiegen sind in der Einfuhr die Lebensmittel, am stärksten zurückgegangen bei der Ausfuhr Textilfertigwaren, Leder, Papierwaren, chemische Waren und Maschinen.

Die Lage der **Weltschiffahrt** hat sich auch im Mai nicht durchgreifend geändert, denn der Steigerung der nordamerikanischen Getreideverschiffungen infolge Aufgehens der kanadischen Osthäfen stand ein weiterer Rückgang in der La-Plata-Fahrt gegenüber. Auch die englischen Ausstände haben die Lage in den anderen Ländern nicht günstig beeinflußt; im Gegenteil kam es allgemein zu einem weiteren Druck auf die Frachtsätze, weil die Hoffnung auf längere Ausschaltung der britischen Handelsflotte eine Unzahl aufgelegter Schiffe wieder in Fahrt treten ließ. Der Bericht über den Verkehr im Suez-Kanal während des vorigen Jahres weist 26,7 Millionen Netto-Tonnen Durchfahrt auf (i. V. 25,1 Mill.). — Gegen Ende des Monats starb der erste Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Oeser.

Am **Arbeitsmarkt** muß vor allem der Vorgänge in England gedacht werden, die dort vorübergehend zu einer Steigerung der Arbeitslosenziffer bis nahe an 2 Millionen — außer den Streikenden — geführt haben. In Deutschland ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Mai etwas zurückgegangen, die Saisonbelebung aber wiederum geringer gewesen, als erwartet war. Massenkündigungen nordbayerischer Industriellenverbände scheinen zum Teil politische Gründe gehabt zu haben. — Ueber die Lage im April berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß die Krankenkassen eine Zunahme der Beschäftigten um 3,7 % (März 0,9 %) gemeldet haben, und daß die Fachverbände 18,6 % Arbeitslose (März 21,4 %) und 19,1 % Kurzarbeiter (21,7 %) zu verzeichnen hatten. Die Arbeitsgesuche sind bei Männern von 826 auf 736 je 100 offene Stellen gefallen, bei Frauen von 409 auf 411 gestiegen. Als erwerbslos sind Mitte Mai 1,73 Millionen Haupt-Unterstützungsempfänger gemeldet gewesen.

Die Anzahl der **Konkurs**eröffnungen und der Geschäftsaufsichten ist im Mai weiter zurückgegangen. Es wurden eröffnet:

im März	1924	62	Konk.	1925	705	Konk.	1926	1893 Konk.
„ April	1924	135	„	1925	664	„	1926	1288 „
„ Mai	1924	304	„	1925	778	„	1926	1052*) „

*) Dazu Geschäftsaufsichten: 742.

In Argentinien (Buenos Aires) hat der Banco Commercial del Azul mit 50 Millionen Pesos Depositen seine Zahlungen eingestellt.

Greifbare Fortschritte hat die **Zusammenschlußbewegung** in Deutschland während des Mai nicht gemacht; wohl aber zeigte sich die starke Anziehungskraft der neuen „Vereinigten Stahlwerke", die einen großen Teil der Stumm'schen Anlagen mitsamt

Digitized by Google

ihren Quoten in den Verbänden erwarben. — Die Allianz-Versicherungsgesellschaft hat einen großen Teil ihrer Untergesellschaften aufgenommen, ähnlich hat die Frankfurter Allgemeine Versicherungsgesellschaft neben der Berliner Allgemeinen jetzt auch den Deutschen Lloyd in ihre Kreise gezogen. — Der schwedische Zündholz-Trust fusioniert allmählich seine deutschen Beteiligungen; im Mai nahmen Stahl und Nölke die Deutsche Zündholz A. G. auf. — Der größte Teil der deutschen Linoleumwerke hat sich zu einer Interessen-Gemeinschaft zusammengeschlossen. — An dieser Stelle sei auch der Beteiligung mehrerer Frankfurter Bankfirmen an der London and Eastern Trade Bank gedacht.

Der deutsche **Kohlen**bergbau geriet in allmählich zunehmendem Maße unter den Einfluß des englischen Bergarbeiterausstandes, der ihm Käufer aus dem Auslande zuführte und auch ein gewisses Vordringen im strittigen Gebiet gestattete. Die Anzahl der Wagengestellungen ist gegenüber dem Aprildurchschnitt um meherere Tausend gestiegen, und auch die Förderziffern nahmen allmählich auf den höchsten in diesem Jahr erreichten Stand zu. Für den Ruhrbergbau errechnet man in Mai eine Mehrförderung von etwa ¾ Millionen To, außerdem haben die Halden abgenommen, wenn auch nur in bescheidenem Maße, weil die dort befindlichen Sorten nicht sonderlich gängig sind. — Für den April wird die gesamte deutsche Steinkohlenförderung mit 10,09 (März 11,42) Millionen t. angegeben, die Braunkohlenförderung mit 10,07 (11,83). Zwischen dem Ruhrkohlensyndikat und dem Reiche war vor dem Reichswirtschaftsgericht ein Rechtsstreit anhängig, weil sich das Syndikat nicht mit dem Weltmarktpreise für Reparationskohle begnügen wollte, sondern den deutschen Inlandspreis, also eine verschleierte Subvention, forderte. Das R. W. G. legte eine Einigung auf mittlerer Linie nahe, die aber, wie Anfang Juni bekannt wurde, nicht zustande kam. — Nachgelassen hat, wie stets im Sommer, der Braunkohlenabsatz. — In England mußte Ende Mai infolge der Streiks und der schnellen Abnahme der Kohlenvorräte eine Rationierung des Verbrauchs erfolgen. — Der Weltmarkt für Kohlen stand selbstverständlich völlig unter dem Einfluß des Ausstandes in England, und die Preise haben um 1 bis 2 Mark angezogen.

Für den deutschen **Eisen**markt dürfte eine amerikanische Maßnahme bedeutsam werden, nämlich eine Verfügung, nach der auf die meisten deutschen Eisen- und Eisenwarenarten ein Zollzuschlag in Höhe der deutschen Ausfuhrrückvergütung erhoben werden soll; die Amerikaner behaupten, dies als Dumping ansehen zu müssen. In der Lage des Marktes selbst haben sich wesentliche Veränderungen nicht vollzogen: die Preise wie die Einschränkungen sind überall gleichgeblieben. Lediglich der Siegerländer Eisenstein-Verein kündigte eine Ermäßigung der Erz-Preise um 2 Mark an, falls ihm von Preußen und dem Reiche der gleiche Betrag als Subvention gegeben werde; die Entscheidung

Digitized by Google

war bis Anfang Juni noch nicht gefallen. Der Schrottmarkt lag weiter sehr ruhig bei wenig veränderten Preisen. Sehr geklagt wurde von einem Teil der weiterverarbeitenden Industrien, insbesondere aus dem Maschinen- und Wagenbau. — An Roheisen wurden im April rund 668 000 t (März 716 000 t) erblasen, an Rohstahl rund 869 000 t (950 000 t) hergestellt. Die Leistung der deutschen Walzwerke betrug 744 000 (808 000) t.

Die englischen Eisenpreise haben infolge der Ausstände etwas angezogen, obwohl gleichzeitig das Dumping der Frankenländer zunahm. — Aus den Vereinigten Staaten wird offiziell über etwas besseren Geschäftsgang berichtet. Der im April scharf gesunkene Auftragsbestand der großen Werke soll im Mai wieder etwas zugenommen haben. Der Stahltrust arbeitete mit etwa 85 %, die anderen Werke mit etwa 80 % ihrer Leistungsfähigkeit. Obwohl aber vereinzelte Preise in die Höhe gesetzt wurden, ist der Durchschnittspreis für Stahl- und Eisenerzeugnisse um etwa ½ Punkt gesunken.

Das **Kali**syndikat hat den zweiten Abschnitt seiner Anleihe, 4 Millionen £, zu 97 % in London untergebracht. Der Absatz ist im Mai wie stets etwas gesunken und hat nur ca. 0,4 Mill. t. Reinkali betragen; die Einführung von Sommerrabatten führte aber um die Monatswende bereits zu einer Belebung des Beschäftigungsgrades. Uebrigens nimmt der Anteil des Auslandes am Geschäft langsam weiter zu. — Das Stickstoffsyndikat hat eine allgemeine Preisermäßigung um etwa 10 % vorgenommen, die in erster Reihe den Chile-Salpeter weiter zurückdrängen soll. Die I. G. Farbenindustrie kündigt an, daß sie jetzt auch hochphosphathaltigen Mischdünger in den Handel bringen werde.

Die Welt**getreide**preise unterlagen im Mai wieder stärkeren Schwankungen, weil auf der einen Seite die Saaten in Amerika sich günstiger entwickeln als im vorigen Jahr, auf der anderen Seite aber das späte Frühjahr mit einer ebenfalls verspäteten Ernte rechnen läßt. In West-Europa werden die vorjährigen großen Erträge wohl nicht voll erreicht werden. — In Deutschland ist die Roggenvalorisations-Gesellschaft (Getreidehandels-Ges.) jetzt endgültig errichtet worden, obwohl Getreidehandel und Mühlen eine Beteiligung abgelehnt haben.

Die **Zucker**preise blieben bei geringen Schwankungen niedrig, weil die großen kubanischen Bestände auf den Markt drückten. Auch wirkt die allgemeine ungünstige Lage der Massen, ebenso wie das kalte Frühjahr, auf den Zuckerverbrauch zurück. — Beim Kaffee sind die brasilianischen Ernteschätzungen plötzlich stark erhöht worden, was aber auf die Preise nur sehr geringen Einfluß hatte. Der „Ausfuhrregelung" hat sich jetzt auch Rio de Janeiro für seinen gesamten Bezirk angeschlossen. — Tee unterlag mäßigem Preisdruck, während Kakao etwas anzog.

An den Welt**metall**märkten setzte sich das Abbröckeln der Preise auch im Mai im allgemeinen weiter fort, ohne daß, von dem

Digitized by Google

englischen Ausstande abgesehen, neue Gründe dafür bekannt geworden wären. Besonders Zinn war stärker angeboten. Aber auch bei Kupfer wuchs die Verstimmung, weil der Großhandel, den das Internationale Kupferhandelskartell (siehe vor. Heft) angeblich kaltstellen will, sich in der Kreditgewährung scharf zurückhält. Eine leichte Erholung erfuhr Silber, weil Ostasien etwas stärker als Käufer auftrat.

Die **Baumwoll**märkte zeigten auch weiter nur außerordentlich kleine Schwankungen. Das späte Frühjahr erweckt zwar auch hier gewisse Bedenken, die Wirkung wird aber durch die schlechte Lage in den weiterverarbeitenden Bezirken aufgehoben; verlautete doch Ende des Monats in England, daß die Spinnervereinigung vorschlagen wolle, einen Teil der Spindeln für die Dauer des Bergarbeiterausstandes stillzulegen. Der Valorisationsversuch der ägyptischen Regierung wurde, da erfolglos, abgebrochen. — Die Mai-Versteigerung von Wolle in London ist, wie im vor. Heft erwähnt, infolge des Streiks unterblieben, dagegen wurde eine andere am 1. Juni eröffnet. Im Mai hielten sich die Preise im allgemeinen gut, auch kleine Versteigerungen in den Kolonien boten ein günstiges Bild. — Schärfer rückgängig war Jute; auch am Kunstseidenmarkt überwog das Angebot, was auf Naturseide nicht ohne Einfluß blieb.

Der amtliche deutsche Großhandelsindex zeigt für den Mai mit 123,2 gegen 122,7 eine leichte Steigerung, die aber der Statistik der „Frankfurter Zeitung" und ebenso der des „Berliner Tageblatts" widerspricht; bei beiden werden leichte Rückgänge errechnet, stärkere Steigerung eigentlich nur bei Lebensmitteln. Die Lebenshaltungskennziffer blieb fast unverändert. — Unsere Tafel der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	29. 5. 25	30. 4 26	11. 5. 26	21. 5. 26	1. 6. 26		
Weizen (New York)	207 3/4	186 1/2	186 7/8	186 1/2	172 3/4	cts.	f. bush
Weizen (Berlin)	265 1/2	294 1/2	298	—	—	M.	„ 1000 kg
Roggen (Berlin)	216	172 1/2	178 1/2	178 1/2	177 1/2	M.	„ 1000 „
Mais (New York)	128 1/4	83.25	83 3/4	83	83	cts.	„ bush.
Baumwolle (N. Y.)	23.75	18.63 1/2	19.10	18.75	18.75	cts.	„ Pfd.engl.
Baumwolle (Bremen)	26,25	19.85	20.20	19 97	20.20	cts.	„ „ „
Wolle (Bradford) [1]	—	47	48	48	47 1/2	d.	„ „ „
Zucker (New York) [2]	—	2 47	2.39	2.41	2.47	cts.	„ „ „
Zucker (Magdeburg) [3]	16.80	13 80	13.95	14.—	14.65	M.	„ 50 kg
Kaffee (New York)	21	19 50	19 11/16	20	20	cts.	„ Pfd.engl.
Schmalz (Chicago)	16.17 1/2	14.55	15.40	15.67 1/2	16.07 1/2	Doll.	„ 100 lb.
Leinsaat (London)	20 3/4	14 5/8	14 3/8	14 5/8	14 5/8	sh	„ long ton
Gummi (London) [4]	2.8 1/2	2—	1.11 1/2	1.10 1/4	1.8 3/4	sh	„ Pfd engl.
Silber (London)	31 3/8	29 3/4	30 1/8	30 1/16	30 1/16	d.	„ Unze std.
Kupfer (London)	60 3/8	57 3/16	56 1/2	56 1/4	56 1/4	Pfd.	„ long ton
Kupfer (Berlin [5])	—	115 5/8	116 1/2	116 5/8	115 5/8	M.	„ 100 kg
Zinn (London)	251 5/8	274 3/8	273	266 3/4	266	Pfd.	„ long ton
Zinn (Hamburg)	—	557	560	544	543	M.	„ 100 kg
Zink (London)	34 1/2	31 7/8	31 7/8	31 15/16	32 3/16	Pfd.	„ long ton
Zink (Berlin) [6]	69 1/2	64	64	64 1/2	64 3/4	M.	„ 100 k:
Blei (London)	33	27 7/8	28 9/16	29 1/2	29 3/16	Pfd.	„ long ton
Blei (Berlin) [3]	—	—	56 1/8	58 1/4	59 1/8	M.	„ 100 kg

[1]) 64er Kammzug; [2]) unverzollt nächste Sicht; [3]) nächste Sicht; [4]) first crepe; [5]) raff; [6]) frei.

Digitized by Google

Die **Weltbörsen** zeigten im Mai eine überwiegend günstige Haltung. Das gilt vor allem von New York, wo zwar zunächst die englischen Berichte über den Generalstreik den Druck weiter verschärften, dann aber eine beträchtliche Erholung eintrat. Obwohl die höchsten Kurse im weiteren Verlaufe des Monats nicht voll behauptet werden konnten, ergibt sich nach der Statistik der Irving-Bank ein Plus von etwa 3 Punkten bei Industrieaktien und von 5 Punkten bei Eisenbahnaktien. — Die Londoner Börse stand zunächst unter dem Einfluß des Generalstreiks, nach dessen Beendigung aber trotz des Bergarbeiterstreiks die Stimmung freundlicher wurde; es wird allerdings behauptet, das gute Aussehen der Kurse während der Streikzeit sei zum Teil eine Folge der „Disziplin" der City gewesen, die diesmal darin bestand, daß große Banken die ihnen zugehenden Verkaufsaufträge einfach nicht ausführten. Die Statistik von Bankers Magazine ergibt eine Steigerung um 0,6 %, fast ausschließlich auf Dividendenwerte entfallend. — Die Pariser Börse war infolge der innerpolitischen und der Währungsschwierigkeiten still und uneinheitlich; selbst die „Siege" in Marokko und Syrien animierten den Markt nur ganz vorübergehend. — Sehr still und eher schwächer lag wieder Wien.

An der **Berliner Börse** ist zwar die allgemeine Aufwärtsbewegung im Mai zum Stillstand gekommen, dafür hat sich die Kaufneigung aber Einzelgebieten zugewandt, und zwar in erster Reihe den Aktien der I. G. Farbenindustrie sowie den Elektro-, Montan- und Bankwerten; hier in solchem Maße, daß es Ende des Monats hieß, der Börsenvorstand und die Liquidationskasse wollten eine „Warnung" ergehen lassen. Auf anderen Gebieten und insbesondere am Kassamarkt haben die Umsätze trotz der Ermäßigung der Maklergebühren nachgelassen. Nach der Statistik der Commerz-Bank ist die Zahl der auf und über pari stehenden Werte von 26,5, auf 28,4% weiter gestiegen, ebenso hat aber auch die Zahl der unter 50 % notierenden Werte von 24,2 auf 26,4 % zugenommen; die Menge der nahe an pari stehenden Werte ist von 22,3 auf 18,6 % zurückgegangen.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Mai	Anfang	Mitte	Ende	Mai	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	0,395	0,38	0,39	Dt.-Luxemburg	96,75	93,25	1:0
4% „	0,3875	0,36	0,365	Bln. Karlsr. Ind.	63,25	58	62,25
3½% „	0,38	0,355	0,3625	Harpener	115	112,5	129,5
3% „	0,4725	0,4725	0,4175	Hirsch Kupfer	90	87,25	87,75
Darmst. u. Natbk.	126,75	125	135,75	Hohenlohe	18⅜**	15,25**	15,5**
Deutsche Bank	125	122,5	132,75	J. G. Farbenind.	151,75	156,5	192,5
Disc.-Komm.	122	119,75	128,25	Laura	38⅞	36,25	36
Dresdner Bank	110,25	108,5	114,75	Mannesmann	89⅝	89	105⅞
Hambg.-Amerika	133	134	132	Oberbedarf	52,5	50	51,5
Hamburg-Süd	105⅛	104,75	106	Oberschl. Eisen	55	50,5	53
Hansa	134	133⅞	130	Orenst. & Koppel	79,25	74,5	76
Norddtsch. Lloyd	130	130⅞	127,5	Phönix	79,75	74,75	86
Bergmann	103⅞	100,25	124,75	Rheinstahl	94⅞	92⅛	120
Bochumer Guß	91	89,25	105	Rombacher	33⅛	23,75	23⅞
Daimler	66	60,5	66⅞	Schuckert	98⅛	95⅞	114⅞
Deutsche Kali	121	109,5	118,5	A. E. G.	110,5	108	123,5

*) in Rm. %. **) in Billionen %.

Digitized by Google

Am **Londoner Geldmarkt** wirkte der kurze Generalstreik vorübergehend versteifend, ohne jedoch den ziemlich flüssigen Grundton des Marktes nachhaltig zu beeinflussen. Das fortgesetzte Einströmen ausländischen Geldes, verursacht nicht nur durch die „Flucht aus dem Franc", sondern auch durch die abnorm niedrigen Sätze für kurzfristiges Geld in New York, Berlin und Amsterdam, kommt dem Londoner Geldmarkt ebenso wie der englischen Valuta zustatten. Tägliches Geld war durchschnittlich zu 3½ bis 4 %, in den Tagen des Generalstreiks mit 4½ bis 5 %, erhältlich, Wochengeld andauernd mit 4 %. Die Schatzwechsel der Regierung fanden zu einem von 4,6 langsam auf 4,3 % sinkenden Zinse Unterkunft, und der Privatdiskont notierte:

1. Mai	5. Mai	10. Mai	16. Mai	25. Mai	31. Mai	höchst	niedrigst
4 1/4	4 9/16	4 5/8	4 1/4	4 5/16	4 5/16	4 5/8	4 1/4

Die Bank von England zeigte in ihrem Ausweis vom 5. Juni (Streikzeit) eine stärkere Beanspruchung, die aber, wie das gleichzeitige Ansteigen der Privatguthaben mutmassen läßt, nur dem Wunsche einer Vorversorgung für alle Fälle entsprungen ist. Schon der nächste Ausweis zeigt wieder ein normales Bild. Die Bank hat die Streiktage mit ihrer erschwerten Goldverschiffung und ihrem Anziehen der Fracht- und Versicherungssätze, wodurch die Konkurrenz um das am Markt befindliche Gold verringert wurde, zur Verstärkung ihres Goldvorrates ausgenutzt. Sie fuhr mit den Goldkäufen auch später fort, obwohl der Marktpreis (84 s 11½ d) um 1½ bis 2 d über dem gesetzlichen und normalen Kaufpreise (77 s 9 d für Standardgold = 84 s 9 1/5 d für Feingold) lag und stärkte so, trotz fortgesetzter Abzuge für indische, holländische, spanische etc. Rechnung ihren Goldbestand künstlich um 2,7 Millionen £. Ob auch Privatbanken (z. B. Midland Bank) ihr leihweise Gold überlassen haben, ist nicht erkenntlich. Eine Diskontermäßigung, die der Markt Mitte Mai erwartete, unterblieb wiederum aus Währungsgründen. — Der Umlauf an currency notes sprang während der Streiktage bis auf 303,5 Mill. £, d. h. bis dicht an das gesetzliche Maximum, um Ende des Monats auf 300,3 Mill. £ zurückzugehen, was noch immer eine beträchtliche Zunahme gegen den Vormonat bedeutet.

Der Londoner Wechselkurs sank zunächst in den Streiktagen ein wenig, stieg dann aber wieder und erreichte am 15. Mai zum ersten Male seit 1914 Amerika gegenüber den Paristand (4,867). Die fortgesetzte amerikanische und kontinentale Nachfrage nach Sterlingwechseln rein finanziellen Ursprungs erwies sich stärker als die rein merkantile Zahlungsbilanz, die passiv ist und passiv bleibt, solange die englische Währung nicht von innen heraus reformiert ist. Bis auf weiteres erleichtert jedenfalls der nach London gerichtete Zug der internationalen Geldreserven, der London wieder zum finanziellen Weltzentrum macht, der Bank von England die Aufrechterhaltung der sachlich noch nicht gerecht-

Digitized by Google

fertigten und daher noch immer bedrohten Parität — wenigstens so lange London seine Geldsätze erheblich über New York und den kontinentalen Plätzen beläßt und die Flucht aus den romanischen Währungen anhält. Ende Mai notierte in London: Kabel New York 4,86$^{9}/_{16}$ Doll., Montreal 4,86 Doll., Amsterdam 12,10½ Fl., Schweiz 25,12 Frs., Bombay 1 s 5$^{7}/_{8}$ d, Yokohama 1 s 11¼ d.

Die Ziffern des Londoner Clearingverkehrs, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, lauten wie folgt (in Millionen £):

1924			1925			1926		
1. 5.— 8. 5.	816		30. 4.— 7. 5.	943		29. 4.— 5. 5.	881	
9. 5.—15. 5.	745		8. 5—14. 5.	774		6. 5.—12. 5	768	
16. 5.—22 5.	757		15. 5.—21 5.	700		13. 5.—19. 5.	742	
23. 5.—29. 5.	752		22. 5.—28. 5.	726		20. 5.—26 5.	642	
1. 5.—29. 5.		3 070	30 4.—28. 5.		3 143	29. 4.—26. 5		3 033
1. 1.—30 4		13 510	28. 12.—30. 4.		14 169	31. 12.—28. 4		13 328
1. 1.—29. 5.		16 580	28. 12.—28. 5.		17 312	31. 12.—26. 5.		16 361

Die Bank von Frankreich ist im Mai nicht in dem Maße beansprucht worden, wie man angesichts der Fälligkeit von 3,16 Milliarden Frs. Schatzscheinen (am 20. Mai) befürchtete. Immerhin mußte der Staat die Bank mit mehr als der Hälfte dieses Betrages, nämlich mit 1¾ Milliarden, neu in Anspruch nehmen, wovon der größere Teil erst im Ausweis vom 3. Juni sichtbar wird. Der Notenumlauf der Bank ist zwar nicht voll entsprechend gestiegen, aber die Inflationsfurcht war doch so lebendig, daß der Pariser Wechselkurs Mitte Mai jäh auf ca. 176 Frs. je Pfund Sterling stieg. Die Schuld wurde vielfach der Bank von England beigemessen, die Francs abgegeben haben soll, um das Pfund zu befestigen, liegt aber mehr auf der Seite der internationalen Spekulation, die wieder einmal eine Katastrophe des Franc wittert, durch eine rechtzeitige Stabilisierung aber bitter enttäuscht werden könnte. Starke Interventionen der Bank von Frankreich bezw. Lazard Frères, die den größeren Teil des noch mit ca. 83 Mill. Dollar vorhandenen Morgan-Kredits beanspruchten, besserten den Kurs vorübergehend auf ca. 145, konnten aber einen neuen Rückgang nicht verhindern, der sich allerdings erst im Juni voll auswirkte. Zwischen der Bank und der Regierung ist es über die Mittel, mit denen dem Franc-Rückgang Einhalt geboten werden kann, zu einem ernsten Konflikt gekommen. Ende Mai notierte der Franc in London 151 Frs., in New York 3,265 Cents.

Am New Yorker Geldmarkt machte die Flüssigkeit im Mai solche Fortschritte, daß man um die Monatswende hie und da bereits mit einer neuen Ermäßigung der Bundes-Reserve-Rate (in New York 3½ %) rechnete. Tagesgeld gab bis 3½ %, Bankakzepte bis 3¼ %, Warenwechsel bis 4 % nach, und selbst die höchsten Sätze des Monats liegen nur wenig darüber. Die Bundes-Reserve-Bank New York kaufte, um ihre Anlagen nicht zusammenschmelzen zu lassen, Akzepte im offenen Markt auf, was die

Digitized by Google

Flüssigkeit noch verstärkte, Uebertragungen nach London zur Folge hatte und dem Sterlingskurs zu gute kam. Die Wechselkurse bewegten sich trotzdem eher zu Gunsten New Yorks, so daß den B. R.-Banken Gold zufloß, und notierten Ende Mai: Kabel London 4,865 Doll., Amsterdam 40,15 Doll., Stockholm 26,75 Doll., Buenos-Ayres 110 Goldpesos, Rio de Janeiro 15,10 Doll., Montreal 100,05 Doll.

Die Diskontsätze sind im Mai mit Ausnahme Danzigs (am 11. Mai Ermäßigung von 8 auf 7%) unverändert geblieben.

Ausweise europäischer Notenbanken

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt
Deutsche Reichsbank [Millionen Rm.]:								
7. 5.	1491.5	94.6	347.6	1219.8 [13]	6.7	622.1		2941.3
15. 5.	1491.6	96.1	272.3	1249.0 [13]	9.3	671 6		2783 2
22. 5.	1491.8	100.8	296.6	1175.2 [13]	7.8	715.9		2663 0
31. 5.	1491.9	98.4	387.5	1244.3 [13]	86.7	578.9		2877.9
Bank von England [Millionen Pfund Sterling]:								
5. 5.	147.4		—	115.7 [3]		16 7	107 3	141.2
12. 5.	148.2		—	114.7 [3]		21.2	102 1	141 6
19. 5.	148.9		—	113.2 [3]		18.8	104 3	141.0
26. 5.	149.0		—	112.8 [3]		20.2	103.0	140.6
Bank von Frankreich [Millionen Francs]:								
6. 5.	5548.4 [2]	333.9	577.1	3875.2	43059 0	19.5	2661.2	53181 3
13. 5.	5548.4 [2]	333.9	573.5	4433.4	42660 9	2.6	2553 2	52643.1
20. 5.	5548.4 [2]	334 0	574.7	4583.6	42824 9	14.4	2769 1	52657 5
27. 5.	5548.4 [2]	334.9	576.5	4584.3	43510.0	30.2	3196.7	52735.0
Oesterreichische Nationalbank [Millionen Schilling]:								
7. 5.	14.8 [10]	1,7	493 2 [4]	84.6	0.23	49 4		787.9
15. 5.	18 3 [10]	1,7	489 7 [4]	74.7	0.22	69.1		759.1
23. 5.	18.3 [10]	1,6	491 4 [4]	72 2	0.20	87.6		744.3
31. 5.	18.3 [10]	1,4	495.0 [4]	89.2	0.19	39.9		820 3
Ungarische Nationalbank [in Millionen Pengö] [9]								
7. 5.	93.7 [10]	0.9	146.5 [4]	162.1	0 02	181.1	12.7	392.9
15. 5.	102.1 [10]	0.9	131 2 [4]	150.7	0.02	189 5	10.1	371.7
23. 5.	108.4 [10]	0.9	121 1 [4]	147.9	0.02	202 2	12.4	347.5
31. 5.	110.5 [10]	0.9	128.5 [4]	174.9	0.02	187.8	16.4	387.5
Tschechoslowakische Nationalbank [Millionen tschechoslowakische Kronen]:								
7. 5.	1072.4		1205 4	135 9	67.4	1151.8		6786.1
15. 5.	1059 7		1236.7	128.4	65.2	1392.2		6553.9
23. 5	1059.9		1229 1	115.2	65.3	1456 6		6434.0
31. 5	1057.9		1262.6	110.5	65.2	940.1		6929.6

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt
Bank von Italien [Millionen Lire]:								
10. 4.	892.7	86.3	662.5	14691.0		1422.7		14306.2
20. 4.	892.7	85.5	656.2	14111.2		1415.8		14018.5
30. 4.	892.7	85.6	655.2	14675.1		1412.5		14120.8
Bank von Finnland [Millionen finnische Mark]:								
8. 5.	331.2 [12])	9.0 [12])	1051.9	448,7		281.1	54.7	1323.0
15. 5.	331.2 [12])	9 0 [12])	1039.6	467.4		281,0	62.5	1311.5
22. 5.	331 2 [12])	8 9 [12])	982.8	473.4		274 9	75.9	1286.8
30. 5.	331.0 [12])	8.6 [12])	915.2	500.2		224.3	67.3	1319.7
Niederländische Bank [Millionen Gulden]:								
3. 5.	427.9	25.8	184.0	74.1	172.8	—	23,4	887.5
10. 5.	427.7	25.7	184.2	73.4	135.3	—	25.1	854.1
17. 5.	427.5	25.9	196.3	70.2	139.7	9.0	30.2	838.9
25. 5.	427.4	26.4	196.5	69.7	140.4	25.9	35.1	820.1
31. 5.	332.2	26,8	195,1	68.3	186.5	16.2	23.2	844,2
Schweizerische Nationalbank [Millionen schweiz. Francs]:								
7. 5.	418.5	88.6	24.2	296.4	53.3	105.8		768.2
15. 5.	418 6	88 7	16.8	303 7	45.0	127.1		750.4
22. 5.	418.8	89.1	14.3	297.6	44.4	114.2		741.8
31. 5.	418.9	88.8	15.0	300.5	45.7	85.2		780.8
Schwedische Reichsbank [Millionen schwedische Kronen]:								
1. 5.	229.2	—	138.5	296.9		136.9		499.9
8. 5.	229.2	—	136.5	282.5		146.5		471.3
15. 5.	229.1	—	136.6	274.4		148.9		465 5
22. 5	229.0	—	131.2	251.7		138.3		447.5
29. 5.	229.0	—	131.0	272.0		134.2		471.6
31. 5.	229.0	—	131.0	280.0		148.3		488.8
Bank von Norwegen [Millionen norw. Kronen]:								
7. 5.	147.2		86.9	279.1		130.6		338.7
15. 5.	147.2		86.9	278.4		132.3		334.6
22. 5.	147.2		86.9	279.8		135.0		333.5
31. 5.	147.2		87.1	278.3		132.7		335.3
Nationalbank von Dänemark [Millionen dän. Kronen]:								
31. 5.	209.1	15.0	51.8	101.3	24.2	28.6		400.1
Bank von Polen [Millionen Zloty]:								
10. 5.	134.3	0.6	53.5	299.1	29.3	100.2		379.4
20. 5.	134.3	1.2	54.7	300 4	29 4	104.1		379.5
31. 5.	134.3	0.7	53.4	302.9	30.4	73.2		412.9
Nationalbank von Rumänien [Millionen Lei]:								
1. 5.	6958.2	11.5	—	8177.9	1391.4 [5])	7571.7		20871.1
8. 5.	7004.4	11.3	—	8206 2	1394.8 [5])	7525.3		20967.5
15. 5.	7004.4	11.2	—	8221.5	1378.4 [5])	7774.2		20967.8
Bulgarische Nationalbank [Millionen Lewa]:								
30. 4.	59.5	103.6	459.6	357.7	521.9	2368.7		8806.9

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6])	Auslandsguthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt
Griechische Nationalbank [Millionen Drachmen]:								
13. 3.	47.5 [2])	9.7	1767.4	642 5	2080.2 [8])	—	1686.7	4247.2
31. 3.	47.5 [2])	9.7	1736.8	643.7	2072.0 [8])	—	1763.6	4271.5
Belgische Nationalbank [Millionen Francs]:								
6. 5.	273 8	91.4	30.2	1337 4	509.8	—	331.6	7983.7
12. 5.	273.8	90.8	30.2	1443.1	506.2	—	433.4	8171.3
20 5.	273 8	90.6	30.2	1646.8	469 8	—	496 3	8307 3
27. 5.	273.8	90.4	30.2	1768.1	450.9	—	602.7	8346.3
Russische Staatsbank, Notenabteilung [in 1000 Tscherwonetz]:								
15. 5.	14657 3 [11])	—	5137.8	50886 4	85 8	—	—	70832.0
1. 6.	14653.6 [11])	—	5006.7	51021.2	85.8	—	—	70126.0

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Einschl. Gold im Ausland. — [3]) Einschl. Regierungssicherheiten. — [4]) Devisen und Valuten. — [5]) Ohne Regierungsschuld (11 Milliarden Lei) — [6]) Meist einschl. unedler Scheidemünzen. — [7]) Einschl. Schuld des Staates. — [8]) Ohne Vorschüsse an den Staat. — [9]) 1 Pengö = 12500 Kronen. — [10]) Die Devisenbestände sind nach der Spalte „Auslandsguthaben" übertragen. — [11]) Ferner Platinbestände (am 1. 6.: 3,04 Mill. Tscherwonetz). — [12]) Effektivwert in Mill. finn. Mark. — [13]) Ferner 198,6 bezw. 149,1 bezw. 149,2 bezw. 37,7 Mill. bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel.

Am **Berliner Geldmarkt** ist der Umschwung, den Marktkenner erwarteten, und dessen Befürchtung auch die Reichsbank bis in den Juni hinein von einer Diskontermäßigung abgehalten hat, im Mai wiederum ausgeblieben. Die Flüssigkeit hat sich im Gegenteil so verstärkt, daß Mitte Juni der Privatdiskont offiziell auf 4⅞% herabgesetzt werden mußte (nachdem verschiedentlich schon zu 4⅞ % diskontiert worden war), und daß die Seehandlung den Zins für Preuß. Schatzanweisungen um ¼ % (auf 4¾ bzw. 4¼ %) ermäßigte. Tägliches Geld war für erste Häuser zu 3½ bis 4 % erhältlich, prima Warenwechsel bedangen ca. 5¼%, waren aber oft auch schon zu 5 % angeboten, da das Ausland (Holland, Schweiz) stark um sie konkurrierte. Der Ultimo verlief leicht und affizierte den Geldmarkt nur einen Tag lang, indem er tägl. Geld auf 5½ bis 6 % anziehen ließ; im übrigen erfolgte die Versorgung über den Devisenmarkt, durch Abstoßen von Dollar- und Pfund-Wechseln, die neuerdings den Hauptbestandteil der Bankreserven ausmachen. Die Reichsbank brauchte daher kaum in Anspruch genommen zu werden und nahm statt Markwechsel die abgestoßenen Devisen herein, wobei der Markt den hohen Bankdiskont glatt umging.

Der Berliner Wechselkurs ist von der Wiedereinführung des Devisentermingeschäfts (Mark gegen Valuta, statt Dollar gegen Valuta) nicht beeinflußt worden. Es ist der Reichsbank andauernd leicht, die Mark auf pari zu erhalten, so daß der Reparationsagent bereits mit dem Gedanken des Bartransfer umgeht.

Digitized by Google

Devisenkurse (in R.-Mark).*)

	1. Mai	7. Mai	15. Mai	20. Mai	26. Mai	31. Mai
Amsterdam [Gulden]	168,80	168,80	169,00	168,90	168,75	168,84
Kopenhagen [Kr.]	109,93	109 82	110,30	110,35	110,34	110,50
Stockholm [Kronen]	112,47	112,30	112,35	112,40	112,38	112,40
Oslo [Kronen]	91,24	90,57	90,88	90,85	90,75	91,35
Helsingfors [F.-M.]	10,57	10,572	10,567	10,572	10,57	10,57
Schweiz [Francs]	81,21	81,23	81,21	81,24	81,31	81.31
Madrid [Pesetas]	60.53	60,33	60,57	60,70	61,25	63,70
Italien [Lire]	16,875	16,835	14.81	16,11	15,61	15,82
London [Pfund]	20,418	20.400	20,435	20,430	20.428	20,430
New York [Dollar]	4,2	4.2	4,2	4,2	4,2	4,2
Paris [francs]	13,87	13,275	12,675	12,50	13,66	13 62
Brüssel [francs]	14,255	13,04	13,70	12,53	13,25	12,93
Wien [Schilling]	59.30	59,27	59,285	59,36	59,315	59,365
Prag [Kronen]	12,437	12,44	12,437	12.436	12,443	12,438
Buenos Aires [Pesos]	1,686	1,690	1,690	1,685	1,683	1,681
Rio de Janeiro [Milr.]	0,605	0.6 '8	0,610	0,620	0,641	0,640
Japan [Yen]	1,979	1,970	1,970	1,966½	1,975	1,974
Bulgarien [Lewa]	3,050	3,050	3,050	3,052	3,055	3,050
Jugoslavien [Dinar]	7,407	7,42	7,417	7,407	7,412	7,415
Budapest [Kronen]	5,875	5,87	5,865	5,865	5,865	5,875
Lissabon [Eskudo]	21,450	21,420	21,460	21,455½	21,460	21,470
Danzig [Danz. Guld.]	80,97	80,89	81,03	81,—	80,97	81,01
Athen [Drachm.]	5,25	5,25	5,25	5,55	5,60	5,45
Konstantinop. (tk.Pfd.)	2,190	2,19½	2,190	2,240	2,290	2,32½
Montevideo [Peso]	4,330	4,320	4,320	4,300	4,310	4,300
Canada [Dollar]	4,200	4,20½	4,202	4,200	4,199	4,202

*) Die Notiz versteht sich bei Pfund, Dollar, arg. Pap.-Peso, Yen, türk. Pfd., Milreis und urug. Goldpeso für je 1 Einheit, bei ungar. Kronen für 100000 Einheiten, bei allen übrigen Auslandswerten für je 100 Einheiten.

Die **Deutsche Reichsbank** hat immer größere Mühe, ihre Anlagen auf dem durch die Umlaufsmenge bedingten Stande zu erhalten, lenkt die früher an Post, Bahn etc. weitergegebenen Privatdiskonten jetzt in ihr eigenes Portefeuille und kauft auch selbst Bankakzepte am offenen Markt. Im übrigen nimmt sie, wie schon erwähnt, die als Reserven von den Privatbanken gehaltenen Devisen herein, sobald sie an Zahlungstagen zum Angebot kommen; sie versorgt den Markt also statt zum Bankdiskont zu den niedrigen Sätzen des Auslands mit Ultimokredit. Der Notenumlauf (einschl. Rentenbankscheinen) war Ende Mai etwa ebenso hoch wie Ende April (ca. 4250 Mill. Rm.). Der Goldbestand hat sich kaum verändert, der Devisenbestand hat, soweit die Ausweise es erkennen lassen, sehr stark geschwankt.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigte im Mai und den Vergleichsmonaten das folgende Bild:

	1921 [1])	1922 [1])	1923 [1])	1924 [2])	1925 [3])	1926 [3])
März	74 284	170 356	7 257 658	1 356 673 543 [4])	4 094,7	4 411,2
April	75 255	175 977	8 177 378	1 058 451 242 [5])	4 165,5	4 468,3
Mai	66 453	179 370	12 345 002	1 151 905 005 [6])	4 102,8	4 501,1

[1]) In Millionen P.-Mark [2]) In Billionen P.-Mark. [3]) In Millionen R.-M. [4]) ferner 479,4 Mill. Rentenmark. [5]) ferner: 1 906,4 Mill. Rentenmark. [6]) ferner 1793,3 Mill. Rentenmark.

Digitized by Google

Zulassungen an den deutschen Börsen im Mai 1926.

I. Börse zu Berlin.

R.-M. 10 Millionen Komm.-Obl. d. Preuß. Bodenkredit-Aktienbank
„ 10 „ Komm.-Obl. d. Deutschen Hypothekenbank Meiningen
„ 4 „ 8 % Pfandbfe d. Preuß. Landes-Pfandbriefanstalt, Reihe 3
„ 10 „ 8 % Pfandbfe d. do. do. Reihe 4
„ 20 „ 6 % Anl. d. Stadt Berlin von 1924
„ 10 „ 8 % Pfandbfe d. Norddtsch. Grundkreditbank Erweitgsausg. 3
„ 5 „ 8 % Pfandbfe d. Mecklburg. Hyp.- u. Wechselbank „ 2
Danz. Gulden 7,5 Millionen Bank von Danzig, Akt.
R.-M. 0,25 Millionen Berliner Kindlbrauerei, jg. Prior.-St.-Akt.
„ 3 „ 10 % Pfandbfe d. Stadt Mannheim
„ 5,7 „ 8 % Komm.-Obl. d. Braunschweig. Staatsbank
„ 10 „ 8 % Rentenbfe d. Roggenrentenbank Berlin, Reihe 5
„ 0,3 „ Schlesische Bodenkreditaktienbank, jg. Akt.
„ 20 „ 8 % Pfandbfe d. do. do.
„ 0,9 „ Rhein-Main-Donau-A. G., Vorzgs.-Akt. B.
„ 20 „ 7 % Pfandbfe d. Hypothekenbank in Hamburg, Reihe B
„ 20 „ 6½ % Württemberg. Staatsschatzanweisungen
„ 10 „ 7 % Pfandbfe d. Westdeutschen Bodenkreditanstalt
„ 10 „ 8 % Pfandbfe d. Leipziger Hypothekenbank
„ 5,7 „ 8 % Komm.-Anl. d. Braunschweig. Staatsbank, Reihe 1b
„ 12 „ 7 % Thüringer Staatsanleihe von 1926
„ 5 „ 6½ % Schatzanweisgn. d. Freistaats Mecklbg.-Schwerin
„ 1 666 640 Barmer Bankverein, jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

R.-M. 20 Millionen 8 % Pfandbfe d. Schles. Boden-Credit-Aktien-Bank, Reihe 5

III. Börse zu Düsseldorf.

R.-M. 6 Millionen Papierfabrik Reisholz, Akt.
„ 13,6 „ Rheinisch-Westfäl. Elektrizitätswerk, jg. Inh.-Akt.

IV. Börse zu Essen-Ruhr.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

R.-M. 20 Millionen Norddeutscher Lloyd, jg. Inh.-Akt.
„ 17 „ 8 % Pfandfbe d. Pfälzischen Hypothekenbank
„ 10,5 „ 8 % Pfandbfe der Preuß. Central-Bodenkredit-A. G. (Erweitrgsaug. 1924)
„ 10 „ 8 % Pfandbfe d. Württemberg. Kreditvereins
„ 1,2 „ Mech. Trikotweberei Mattes u. Lutz, Akt.

VI. Börse zu Hannover.

R.-M. 3 Millionen 5 % Obl. d. Ritterschaftl. Kreditinstit. d. Fürstentums Lüneburg

VII. Börse zu Köln a. Rhein.

Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

R.-M. 15 Millionen 8 % Pfandbfe d. Süddt. Bodenkreditbank, Reihe 5
„ 10 „ 8 % Kommunal-Obl. d. Bayer. Vereinsbank, Reihe 1—10

XII. Börse zu Augsburg.

R.-M. 15 Millionen 8 % Pfandbfe d. Süddeutschen Bodenkreditbank

XIII. Börse zu Dresden.

R.-M. 10 Millionen 8 % Pfandbfe d. Leipziger Hypothekenbank, Reihe 3

XIV. Börse zu Leipzig.

R.-M. 20 Millionen Norddeutscher Lloyd, jg. Akt.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

Digitized by Google

XVI. Börse zu Stuttgart.
Keine Zulassung.
XVII. Börse zu Mannheim.
R.-M. 3 Millionen 10 % Anl. d. Hauptstadt Mannheim
XVIII. Börse zu Bremen.
R.-M. 20 Millionen Norddeutscher Lloyd, jg. Akt.
XIX. Börse zu Hamburg.
R.-M. 20 Millionen Norddeutscher Lloyd, jg. Akt.
„ 5 „ 6½ % Schatzanweisgn. d. Freistaats Mecklenburg-Schwerin

XX. Börse zu Danzig.
Danz. Gulden 7,5 Millionen Bank von Danzig, Akt.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Aktiengesellschaften in das Handelsregister hat im Mai stark abgenommen, dagegen haben die Kapitalserhöhungen auch diesmal wieder beinahe eine Verdoppelung erfahren. Die Statistik zeigt (nach der „Frkf. Ztg.") das folgende Bild:

Industriezweig	Kapitalserhöhungen: Zahl der Ges. April	Kapitalserhöhungen: Zahl der Ges. Mai	Kapitalserhöhungen: Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M. April	Kapitalserhöhungen: Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M. Mai	Neugründ. v. Akt.-Ges.: Zahl der Ges. April	Neugründ. v. Akt.-Ges.: Zahl der Ges. Mai	Neugründ. v. Akt.-Ges.: Nominal-Betrag in 1000 G.-M. April	Neugründ. v. Akt.-Ges.: Nominal-Betrag in 1000 G.-M. Mai
Banken	4	3	3818	2610	—	2	—	2050
Versicherungsgesellsch.	2	4	1001	2406	—	—	—	—
Metall und Maschinen	8	4	5314	21[5]8	1	1	100	750
Bergbau und Hütten	1	1	40	799940	—	—	—	—
Chem. Industrie	2	5	1810	8413	1	1	50	50
Elektr. Gaswerke	5	4	8640	3800	—	—	—	—
Textilindustrie	1	3	700	4006	1	—	400	—
Nahrungs- u. Genußmittel	5	3	23157	1460	1	1	60	50
Steine und Erden	2	—	290	—	1	—	6000	—
Papierindustrie	1	1	10	98	1	—	60	—
Bauindustrie	3	3	1500	2250	2	1	155	50
Verkehrszw.	2	1	585	1200	—	1	—	125
Leder und Gummi	—	2	—	1924	—	1	—	50
Verschiedene Industrien	2	8	1740	1200	—	2	—	550
Zusammen	38	42	48605[2])	831465[3])	8	10	6825	3675

[1]) bei Versicherungs-Gesellschaften eingezahlter Betrag.
[2]) darunter drei Gesellschaften, die Kapitalserhöhungen beantragen ohne Angabe des Aktienbetrages.
[3]) darunter 4 Gesellschaften, die Kapitalserhöhungen beantragen ohne Angabe des Aktienbetrages.

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Mai laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften m. unb. H.	Kreditgenossenschaften m. b. H.	Konsumgenossenschaften m. unb. H.	Konsumgenossenschaften m. b. H.	Sonstige Genossenschaften m. unb. H.	Sonstige Genossenschaften m. b. H.
14	0	16	22	2	94
Dagegen im Mai 1925:					
98	30	0	1	3	180

Insgesamt sind also gegründet worden:

Mai 1926: 30 Genossenschaften m. unb. H. und 118 Genossenschaften m. b. H.
„ 1925: 101 „ „ „ „ „ 211 „ „ „ „

Digitized by Google

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Mai zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten oder Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	81	in Düsseldorf	23	in Leipzig	11
„ Bremen	11	„ Elberfeld	11	„ Mannheim	13
„ Breslau	28	„ Essen-Ruhr	16	„ München	28
„ Chemnitz	16	„ Frankfurt a. M.	10	„ Stettin	10
„ Dresden	16	„ Hamburg	55	„ Stuttgart	17
		„ Warburg	12		

In ganz Deutschland werden nach den Veröffentlichungen im Mai 1926

928 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Münzwesen. Ende Mai waren ausgeprägt und in Umlauf gesetzt: 535,56 Mill. Rm. Silber- und 201,58 Mill. Rm. sog. Pfennigmünzen. Die sächsischen Handelskammern fordern wiederholt die Herstellung von Porzellangeld durch die staatl. Porzellanmanufaktur in Meissen.

Aktienwesen. Ende 1925 bestanden in Deutschland 14 978 Akt.-Gesellschaften, von denen 13 010 die Umstellung auf 19,1 Milliarden Rm. Kapital vollzogen hatten; 1968 Gesellsch. waren noch nicht umgestellt. Weitere 1958 Gesellsch. befanden sich in Liquidation oder in Konkurs. (Ende Sept. 1909 bestanden 5222 Ges. mit 14,7 Milliarden M. Kap., Ende Dez. 1919 5710 Ges. mit 21 Milliarden M. Kap.).

Wechselverkehr. Nach den Eingängen der Wechselstempelssteuer sind im April 2,86 Milliarden Rm. Wechsel ausgestellt worden, gegen 3,15 Milliarden im März und 2,99 Milliarden im Februar.

Oeffentliche Depositenbanken. Eine preußische Ausführungsanweisung vom 23. April zum Gesetz über Depot- und Depositengeschäfte vom 26. Juni 1925 regelt die Zulassung der öffentlichen Banken, Sparkassen und Girozentralen zum Depotgeschäft. Eine Mustersatzung für zuzulassende Kommunalbanken geht den Aufsichtsbehörden demnächst zu.

Die deutschen Banken im Mai 1926.

Reichsbank. Eine Novelle zum Bankgesetz, die der Reichsbank die Diskontierung und Lombardierung von 400 Mill. Rm. Reichsschatzwechseln gestattet, wird vom Generalrat (und Anfang Juni auch von der Reparationskommission) gutgeheißen. Das Reichsgericht weist die Revision gegen zwei Kammergerichts-Urteile, welche die Aufwertung der alten Reichsbanknoten ablehnen, zurück. Die Bank veranstaltet eine Untersuchung über die Zinshöhe bei den Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten. Will zum Zweck der Ernte-Finanzierung landwirtschaftliche Genossenschaftswechsel mit dem Giro der Preußenkasse diskontieren. Die bisherige Beschränkung des Rediskonts von Bankakzepten auf 50 % des Eigen-Kapitals (einschl. Reserve) der Banken, die seit Frühjahr 1925 besteht, kommt in Fortfall. Die Bank bevorschußt künftig auch längerfristige (bisher nur kurzfristige) Wechsel, die aus Exporten nach Ländern mit schwachen Währungen stammen, aber auf eine stabile Währung lauten. Präsident Dr. Schacht erfährt scharfe Angriffe infolge von Aeußerungen, die er vor dem Landwirtschaftsrat in Darmstadt über das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft macht. Er fährt zu Besprechungen mit dem Gouverneur der Bank von England nach London. Entkräftet in einem Brief den Vorwurf, er habe sich in der Inflation an einer Hypothek bereichert, und weist Beanstandungen seines Gehalts und seiner Reisespesen zurück. Die Abrechnungsstellen bei den Bankstellen in Freiburg i. Br. u. Rostock werden Abrechnungsstellen im Sinne des Scheckgesetzes. Siehe Preuß. Staatsbank.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Das Institut, das bisher 1,5 Millionen Rm.

Digitized by Google

Kleinkredite für die kleinbäuerlichen Kreise zur Verfügung gestellt hat, will weitere 4 Mill. Rm. kreditieren. Siehe Deutsche Golddiskontbank.

Deutsche Golddiskontbank. Im Preuß. Abgeordnetenhaus wird die Vorlegung einer Statistik über die Verteilung der über die Rentenbank-Kreditanstalt gewährten landwirtschaftl. Zwischenkredite nach Größenklassen gefordert. Im Reichstag wird eine Beschleunigung der Kredit-Aktion verlangt. (Bis Anfang Mai sind erst 60 Mill. Rm. statt der zunächst vorgesehenen 250 Mill. ausgezahlt worden, bis Ende Mai 92 Mill. Rm.).

Reichskredit-Ges. A. G. Ist weiter unten alphabetisch eingereiht.

Preußische Staatsbank. (Seehandlung.) Ermäßigt am 17. Mai den Diskontsatz für die unverzinslichen preußischen Schatzanweisungen um ¼ %; die Abgabe erfolgt also an Banken u. Sparkassen zu 4¾ %, an Private zu 4¼ %. Erhöht am 5. Mai die Beleihungsgrenze für die bei der Reichsbank beleihbaren Goldpfandbriefe von 66⅔ auf 75 %. Setzt den Zinssatz für den Reichs-Mittelstands-Kredit auf ½ % unter dem jeweiligen Reichsbankdiskont fest. Legt mit der Deutschen Bank u. A. 22,5 Mill. Rm. 7 % Berliner Stadtanleihe zu 90% auf, die um rund 25% überzeichnet werden. Der frühere Direktor des Instituts Rühe wird im Kutisker-Prozeß vernommen; das Geschäftsgebahren bei der Kreditgewährung in und unmittelbar nach der Inflationszeit stellt sich dabei als leichtfertig heraus.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse.) Verhandelt mit den Mecklenburger Domänenpächtern über einen Kredit von 5 Mill. Rm. unter Bürgschaft des Mecklenburgischen Landes. Stundet der Deutschen Raiffeisenbank (s. d.) den bestehenden Kontokorrent- und Diskont-Kredit (10 Mill. Rm.) auf 12 Jahre.

Deutsche Bank. Schließt für sich, die Disconto-Ges. u. die Dresdner Bank ein Abkommen mit der Stadt Buenos-Ayres, wonach der Stadt 550 000 £, die im Kriege in London beschlagnahmt worden waren, ausgezahlt werden. Fordert mit denselben Banken Submissionsangebote auf 425 700 Goldpesos zu tilgende Argentinische 5 % innere Goldanleihe von 1907 ein. Beantragt mit der Disconto-Ges., der Darmstädter u. Natbk. u. A. die Zulassung der Aktien der Bayerischen Motorenwerke, München, zur Berliner u. mit denselben Banken und der Dresdner Bank die der jungen Aktien des Norddeutschen Lloyd zur Frankfurter Börse; an letzterer Börse führt die D. B. mit den Genannten und der Commerz- u. Privatbank sowie der Mitteldeutschen Creditbank auch 3 Mill. Rm. 10 % Anleihe der Stadt Mannheim von 1925 ein. Die Bank führt das Emissionskonsortium für 5 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Emscher-Genossenschaft (Emiss. Kurs 95 %). Die Gen.-Verslg. der Bugsier-, Reederei- u. Bergungs-A. G., Hamburg, deren Aktien-Mehrheit aus den Händen von M. M. Warburg, Hamburg, u. der Hamburg-Amerika-Linie in den Besitz der Reederei Schuchmann, Geestemünde, übergegangen ist, beschließt im Sinne des neuen Großaktionärs und gegen die Interessen der D. B. die Abberufung des Vorstands und Anderes; die Bank ficht die Beschlüsse an. Direktor Oskar Schlitter wird in den Aufsichtsrat der neu gegründeten Ver. Stahlwerke A. G. berufen. Siehe Preuß. Staatsbank u. „Amylo" Deutsche Getreideimportbank.

Disconto-Gesellschaft. Begibt mit der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, der Dresdner Bank und der Commerz- und Privatbank eine 8 % Anleihe der Chemnitzer Aktienspinnerei. Die dem Institut, der Norddeutschen Bank in Hamburg u. S. Bleichröder, Berlin, nahestehende Kreditbank, Sofia, schüttet für 1925 wieder 9 % Dividende aus; die von dem Institut mit H. Albert de Bary gegründete Waren-A. G. vorm. von Bary u. Co., Berlin, bleibt dividendenlos. Die Bank übernimmt mit der Handels- u. Gewerbebank, Heilbronn, und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, Mannheim, 4 Mill. 8 % Anleihe der Neckarsulmer Fahrzeugwerke. Beantragt (mit Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin), die Zulassung der jungen Aktien der Bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank und der Aktien der Versicherungsges. Thuringia zur Berliner Börse, mit der Deutschen Girozentrale die Zulassung von 10 Mill. 8 % Pfandbriefen des Württemberg. Kreditverein und der jungen Aktien der Ges. für Spinnerei u. Weberei, Ettlingen, zur Frankfurter Börse. Geschäftsinhaber Dr. Arthur Salomonsohn tritt in den Aufsichtsrat der Ver. Stahlwerke, Dr. Eduard Mosler in den der A. G. für Verkehrswesen, Berlin, Dr. Solmssen in den der „Revision" Treuhand-A. G., Direktor Dr. Schoeller

Digitized by Google

in den der Linoleumfabrik Maximiliansau, Konsul Federer in den der Minimax A. G. für Süddeutschland, Stuttgart, Direktor Dr. Mandel, Berlin, in den der Niederbayerischen Zellulosewerke, Kelheim, u. Direktor Sachau, Frankfurt a. M., in den Ausschuß des dortigen Bank- u. Börsenverein ein. Siehe Deutsche Bank, Revisions-Treuhand A. G. u. Schwarzburgische Landesbank.

Dresdner Bank. Fordert mit der Commerzbank, Danatbank, Dt. Effekten-Wechsel-Bank und M. M. Warburg die Inhaber der bisher notleidenden Budapester 4½ % Stadtanl. von 1914 auf, dem Vergleichsvorschlag der Stadt (Zinsreduktion bis 1931) zuzustimmen. Hat einigen ihr nahestehenden Personen 0,7 Mill. Rm. zur Uebernahme des Besitzes der Muscate, Bethke-A. G., Danzig, vorgeschossen; die Forderung ist gefährdet, die Firma M. B. & Co. in Konkurs. Beantragt mit der Danatbank die Zulassung von 6 Mill. Dz. Gulden 8 % Pfandbriefen des Danziger Hyp. Bank zur Berliner Börse. Die dem Institut nahestehende Treuhand-Vereinigung A. G., Berlin, schüttet für 1925 eine Dividende von 8 (i. V. 0) % aus. Die Bank begibt mit Delbrück, Schickler u. Co. u. A. 1,5 Mill. Rm. 8% Anleihe der Cröllwitzer Aktienpapierfabrik. Die von der D. B. und Deutschen Bank dem Stumm-Konzern gewährten Stützungskredite sind aus dem Verkaufserlös von Stumm'schen Beteiligungen an die Ver. Stahlwerke A. G. abgedeckt worden. Direktor Henry Nathan tritt in den Aufsichtsrat der Ver. Stahlwerke, Direktor Klemann in den der Emil Busch A. G., Rathenow, u. Direktor Dr. Hans Simon, Aachen, in den der Aachener Kleinbahn-Ges. ein. Siehe Deutsche Bank, Disc.-Ges., Deutsche Orientbank, Deutsch-Südamerikanische Bank u. Sächs. Bodenkreditanstalt.

Darmstädter und Nationalbank. Dementiert das Gerücht einer bevorstehenden Kapitalserhöhung, auf die hin die Aktien der Bank eine beträchtliche Kurssteigerung erfahren haben. Wirkt durch die Internationale Bank, Amsterdam, an der Unterbringung des holländischen Teils der 7,5 Mill. Dollar-Anleihe der Ilseder Hütte sowie von Obligationen der Mansfeld A. G. mit. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Kölsch-Fölzer-Werke, Siegen, und der 8 % Obl. der Grube Leopold (mit der Berl. Handels-Ges.) zur Berliner Börse. Geschäftsinhaber Jakob Goldschmidt wird in den Aufs.-Rat der Ver. Stahlwerke, Direktor Lau, Dresden, in den der Sächs. Cartonnagen-Maschinen-A. G. u. Direktor Hass, Cassel, in den der Baumann u. Lederer A. G. berufen. Siehe Deutsche Bank, Dresdner Bank u. Deutsch. Südamerikanische Bank.

Commerz- und Privatbank. Uebernimmt das alte Bankhaus Friedheim u. Co., Cöthen (Anhalt.), und begibt 1,5 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Stadt Gera. Beantragt die Zulassung der jungen Aktien der B. Polack A. G., Waltershausen, zur Berliner Börse. Direktor Curt Sobernheim wird in den Aufs.-Rat der Cons. Alkaliwerke, Westeregeln, gewählt. Siehe Deutsche Bank u. Disc.-Ges.

Mitteldeutsche Creditbank. Siehe Deutsche Bank.

Berliner Handels-Gesellschaft. Die dem Institut nahestehende Handelsges. für Grundbesitz, Berlin, bleibt für 1925 dividendenlos. Geschäftsinhaber Carl Fürstenberg tritt in den Aufs.-Rat der Ver. Stahlwerke u. Gesch.-Inh. S. Bieber in den der mit 5 Mill. Rm gegründeten Commercial Investment Trust A. G., Berlin, ein. Siehe Darmst. u. Natbk.

Allgemeine Beamten-Creditbank für Süddeutschland A. G., i. Liq., München. Das Geschäftsjahr 1925 schließt, nach Absorbierung der Reserve u. des Delkederefonds mit 4404 Rm. Verlust. Die beabsichtigte Umwandlung in eine e. G. m. b. H. unterbleibt. Die Aktienmehrheit ist von der Deutschen Beamtenzentralbank, Berlin, wieder auf die Vorbesitzerin, die Deutsche Länderbank, übergegangen. Es wird mit einem Liquidationserlös von etwa 95 % gerechnet.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca), Leipzig. Die in Liquidation befindliche Pfandbrief-Abteilung bietet für ihre alten 3½ und 4 % Pfandbriefe eine Barabfindung von 25 %. Siehe Disc.-Ges. u. Sächs. Bodenkreditanstalt.

Alterum Kredit-A. G., Berlin. (Hugenberg-Gruppe). Siehe Roggenrentenbank.

Digitized by Google

„Amylo" Deutsche Getreideimportbank, Münster i. W. Das der Deutschen Bank nahestende Institut beantragt für 1925 eine Dividende von 8 %.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Zwei Konsortien, deren eines von der Sächsischen Bank u. dem Bankhaus, und das andere von der Deutschen Effekten- u. Wechselbank, Frankfurt a. M., geführt wird, übernehmen 20 Mill. Rm. 7% Anleihe der Stadt Dresden von 1926. Das Bankhaus begibt mit Anderen 1,5 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Stadt Weimar. Siehe Bank für Brauindustrie, Sächs. Bodenkreditanstalt u. Thüringische Staatsbank.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin. Schüttet für 1925 aus 0.20 (i. V. 0.14. Mill. Rm. Reingewinn wieder 10 % Dividende aus. Der Geschäftsbericht wendet sich gegen die Staatshilfe für schwach gewordene Unternehmungen.

Bank des Berliner Kassenvereins. Ruft eine weitere Reihe von Aktien zur Einlieferung in das Sammeldepot auf.

Bank für Brauindustrie, Berlin. (Gebr. Arnhold.) Die Gen.-Versig. vertagt die Genehmigung der Bilanz auf Antrag der Münchener Bankfirma Heilbronner, die eine Dividendenerhöhung von 11 auf 18 % wünscht und die Berichterstattung bemängelt.

Bank für Handel und Grundbesitz, Leipzig. Die Gen.-Versig. genehmigt die vorgeschlagene Dividende von 8 (i. V. 4) % und heißt die beantragte Kap.-Erhöhung gut.

Bank für Landesproduktenhandel, Berlin. Die Geschäftsaufsicht ist durch Zwangsvergleich beendet.

Bank für Textilindustrie, Berlin. Siehe S. Bleichröder.

Bankverein Artern. Die Gen.-Versig. setzt die Dividende auf wieder 7½ % fest u. wählt Rittergutsbesitzer Bernhard Lüttich, Espestedt, neu in den Aufs.-Rat.

Bankverein Mayen. Kehrt eine Dividende von 8 (i. V. 6) % aus.

Bank von Danzig. Setzt den Diskontsatz am 11. Mai von 8 auf 7% herab.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Comp. Die Aktien des Instituts werden zum Terminhandel an der Berliner Börse zugelassen. Die Bank übernimmt die von der Deutschen Effekten- u. Wechselbank, Frankfurt a. M., abgestoßene Kommanditbeteiligung an der Bankfirma Siegfried Falk, Düsseldorf.

Bayern-Bank A. G., Nürnberg. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Bayerische Getreidekreditbank, München. Siehe Bayerische Kohlenhandelsbank.

Bayerische Handelsbank, München. Das Aufs.-Rats-Mitglied Komm.-Rat Dr. Freiherr von Michael-Raulino ist gestorben.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Darf weitere 20 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe begeben. Siehe Disc.-Ges.

Bayerische Kohlenhandelsbank, München. Der Reingewinn von 2444 Rm. wird vorgetragen. Die Personalunion mit der Bayerischen Getreidekreditbank ist Ende 1925 gelöst u. statt dessen eine Verbindung mit der Bayerischen Landesproduktenbank eingegangen worden.

Bayerische Landesproduktenbank, München. Verteilt wieder 8 % auf die Stamm- und 6 % auf die Vorzugsaktien. Die Frist zur Durchführung der Kaperhöhung bis zu 1 Mill. Rm. ist bis Ende Dez. 1928 verlängert. Siehe Bayerische Kohlenhandelsbank.

Bayerische Staatsbank, München. Der Reingewinn für 1925 beträgt 5,54 (i. V. 7,57) Mill. Rm., 2 Mill. Rm. fließen in die Staatskasse, 3,19 Mill. dienen zur weiteren Erhöhung des Kap., das i. V. von 12,27 auf 18,63 Mill. stieg.

Bayerische Treuhand A. G., München. Die Gen.-Versig. des der Bayer. Vereinsbank nahestehenden Instituts genehmigt die vorgeschlagene Dividende u. die Kaperhöhg. Bankier Hermann Münzing tritt in den Aufs.-Rat ein.

Bayerische Vereinsbank, München. Direktor Komm.-Rat Christian u. Aufs.-Rats-Mitglied Komm.-Rat Freiherr von Michel-Raulino sind ge-

Digitized by Google

storben; der erstere hat Selbstmord begangen (Nervenzerrüttung). Siehe Bayerische Treuhand-A. G.

Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Die Gen.-Verslg. setzt die Dividende auf 8 (i. V. 6) % fest.

Bankhaus S. Bielschowsky A. G., Breslau. Verteilt für 1925 eine Dividende von 8 (i. V. 10) %.

S. Bleichröder, Berlin. Kurt von Bleichröder tritt in den Aufs.-Rat der A. G. für medizinische Produkte, Berlin, Bankier Kritzler in den der Bank für Textilindustrie, Berlin, ein. Siehe Disc.-Ges.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Die Preuß. Central-Bodenkredit-A. G. beantragt die Zulassung von 6 Mill. 8 % Komm.-Obl. des Instituts zur Berliner Börse. Das Aufs.-Rats-Mitglied Geh. Komm.-Rat Emil L. Meyer, der beiden Instituten angehörte, ist gestorben.

Braunschweigische Staatsbank. Präsident Stübben scheidet aus dem Aufs.-Rat der Deutschen Holzwirtschaftsbank, Berlin, aus.

Bremen-Amerika-Bank. Schlägt für 1925 wieder 5 % Dividende vor.

Chemnitzer Kreditbank. Bleibt für 1925 dividendenlos.

Danziger Hypothekenbank. Siehe Dresdner Bank.

Delbrück, Schickler u. Co., Berlin. Siehe Dresdner Bank.

Dessauer Creditbank A. G. Das mit 0,1 Mill. Rm. arbeitende Institut beantragt die Liquidation.

Deutsche Ansiedlungsbank, Berlin. Geh. Rat Frisch (Dresdner Bank) tritt in den Aufs.-Rat.

Deutsche Beamtenzentralbank, Berlin. Siehe Allgemeine Beamten-Creditbank für Süddeutschland.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Direktor Dr. Hahn tritt in den Ausschuß des Bank- u. Börsenvereins, Frankfurt a. M., ein. Siehe Dresdner Bank u. Barmer Bankverein.

Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalbank, Berlin. Bildet mit der Hauptbank für Hypothekenschutz, Berlin eine Arbeitsgemeinschaft zwecks Ablösung von Aufwertungshypotheken auf städt. Grundbesitz. Siehe Disc.-Ges.

Deutsche Grundkreditbank, Gotha. Beantragt die Zulassung von 20 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefen zur Berliner Börse.

Deutsche Hansabank, München. Die Gen.-Verslg. setzt die Dividende auf wieder 6 % fest.

Deutsche Holzwirtschaftsbank, Berlin. Siehe Braunschweig. Staatsbank.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Beantragt mit der Preuß. Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin, die Zulassung von 10 Mill. 8 % Pfandbriefen der Leipziger Hypbk. u. von 10 Mill. 7% Pfandbriefen der Westdeutschen Bodenkreditanstalt zur Berliner Börse.

Deutsche Hypothekenrentenbank, Mannheim. Das der Rheinische Hypothekenbank nahestehende Institut, das nur noch 8000 Rm. Kap. hat, verabfolgt gegen 1200 Rm. eigene Obligationen Reihe 1 u. 2 und 1884 Rm. Oblig. Reihe 3 je 120 Rm Aktien der Rhein. Hypbk.

Deutsche Kredit-Sicherungs A. G., Berlin. Die der Bank nahestehende German Credit and Investment Co. bewilligt mehrere fünf und mehrjährige Industriekredite.

Deutsche Länderbank, Berlin. Siehe Allgemeine Beamten-Creditbank für Süddeutschland.

Deutsche Landwirtschaftsbank i. Liqu., Berlin. Das Institut, dessen Konkurs im Januar d. J. mangels Masse abgelehnt wurde, und das dauernd unauffindbar ist, hat einen gleichfalls unauffindbaren Liquidator ernannt.

Deutsche Orientbank, Berlin. Die neu eröffnete Zweigstelle in Kairo des der Dresdner Bank zugehörigen Instituts ist als Garantiestelle bei Regierungsaufträgen zugelassen worden.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Die Preuß. Zentralgenossenschaftskasse (s. d.) übernimmt einen 12 jährigen Stillhaltekredit von insgesamt 40 Mill. Rm. Der Verlust für 1925 wird mit nur 1,70 Mill. Rm. angegeben (i. V.

Digitized by Google

1,60 Mill. Gewinn); der Dolkrederefonds von 1,30 Mill. Rm. wird aufgelöst, nicht aber die Reserve von 0,85 Mill., vielmehr ein Verlustsaldo von 0,42 Mill. Rm. vorgetragen.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Der Abschluß für 1925 kann noch nicht vorgelegt werden, da infolge des Wechsels der Aktienmehrheit (früher Michael-Gruppe) kein beschlußfähiger Aufs.-Rat besteht. Eine Gen.-Versig. wählt einen neuen Aufs.-Rat. Vorsitzender desselben wird Julius Wertheimber (L. & E. Wertheimber), Frankfurt a. M. Die Bank veräußert die Aktien der Kronenberger u. Co., Komm.-Ges. a. Akt, Mainz, ihrer früheren Kommandite, an deren Inhaber. Siehe Frankfurter Bank.

Deutsche Volksbank, Essen-Ruhr. Die dem „Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehende Arbeitnehmerbank bleibt für 1925 wieder dividendenlos.

Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin. Das Institut, dessen Aktienkap. von 20 Mill. Rm. sich zu über ¾ im Besitz der Dresdner Bank u. im übrigen in den Händen der Darmstädter u. Natbk. befindet, weist für 1925 einen Bruttogewinn von 9,64 (i. V. 6,89) Mill. Rm. u. einen Reingewinn von 1,50 (1,28) Mill. Rm. aus. Eine Dividende wird wieder nicht verteilt. Die Gen.-Versig. wählt Valentin Graf Henckel von Donnersmarck, Berlin, u. Bankier Ernst Proehl, i. F. Proehl u. Gutmann, Amsterdam, in den Aufs.-Rat. Direktor Wilh. Tang wird in den Aufs.-Rat der Emil Busch A. G., Rathenow, berufen.

Dresdner Privatbank. Das Reichswirtschaftsgericht entzieht dem Institut die Berechtigung zum Betrieb von Depot- u. Depositengeschäften.

Eichborn u. Co., Breslau. Eduard von Eichborn scheidet aus dem Aufsichtsrat der Ceres Maschinenfabrik, Liegnitz, aus.

Frankfurter Bank. Die Gen.-Versig. wählt den s. Zt. wegen Differenzen mit der Dt. Vereinsbank ausgeschiedenen Direktor Eduard Oppenheim, wieder in den Aufs.-Rat. Beantragt mit Anderen die Zulassung von 5 Mill. Rm. 10 % Oblig. des Kommunalen Elektrizitätswerks Mark, Hagen i. W., zur Frankfurter Börse.

Frankfurter Hypothekenbank. Beantragt die Zulassung von 15 Mill. 8 % eigenen Pfandbriefen Reihe 3 zur Frankfurter Börse.

Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Ein Teil der 12 Mill. M. Vorratsaktien der Gemeinschaftsbanken soll Anfang Juni in New York zur Zeichnung aufgelegt werden. Im Preuß. Landtag wird bemängelt, daß die Gemeinschaftsgruppe Häuser, die dem Hochwasser ausgesetzt sind, nicht beleiht.

Getreide-Kredit-A. G., Mannheim. Die im Vorjahr beschlossene Kaperhöhg. um bis 0,2 auf 0,3 Mill. Rm. soll bis Ende Dez. d. J. durchgeführt werden.

Girozentrale Hannover. Siehe Wirtschaftsbank f. Niederdeutschland.

Girozentrale Sachsen, Dresden. Aus dem Reingewinn von 1,63 Mill. Rm. wird das erhöhte Kap. mit 10 % verzinst.

Grund- und Hypothekenbank, Plauen i. Vogtl. Schüttet 6 (i. V. 5) % Dividende aus.

Hamburgische Bank von 1923. Die Liquidationsbilanz der Bank, die s. Zt. „Giro-Goldmark" ausgegeben hat, schließt mit 0,21 Mill. Rm. Gewinn; seine Verteilung bedeutete 175 % Dividende (!) auf die Aktien, die bestehen bleiben, da von einer eigentlichen Liquidation abgesehen wird.

Handels- und Gewerbebank Heilbronn. Siehe Disc.-Ges.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Siehe Disc.-Ges.

Hauptbank für Hypothekenschutz, Berlin. Siehe Deutsche Girozentrale.

Von der Heydts Bank A. G., Berlin, (früher Nordsternbank.) Schüttet für 1925/26 eine Dividende von 6 (i. V. 2 % auf ein Vierteljahr) aus. Ist zu dem Bankgeschäft F. W. Krause u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Berlin, in ein Freundschaftsverhältnis getreten.

Hypothekenbank in Hamburg. 20 Mill. Rm. 7 % Pfandbriefe Reihe B (Erweiterungsgabe) sind zur Berliner u. Hamburger Börse zugelassen worden.

Bankgeschäft F. W. Krause Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Siehe von der Heydts Bank.

Digitized by Google

Kreditbank, Berlin, (früher Osteuropäische Bank- u. Handels-A. G.). Verteilt 8 (i. V. 0) % Dividende.

Kreditbank für Industrie und Landwirtschaft, Berlin. Die Verbindung mit der Reichsbundbank, Berlin, wird gelöst. Für 1925 dürfte sich ein Verlust von 0,3 Mill. Rm. ergeben.

Kreisbank, Düsseldorf. Das Aktkap. des in stiller Liquidation befindlichen Instituts ist verloren; der Gesamtverlust von 4 Mill. Rm. wird vom Kreis gedeckt.

Kronenberger u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Mainz. Diese frühere Kommandite der Deutschen Vereinsbank (s. d.) schließt mit 0,053 (i. V. 0,066) Mill. Rm. Reingewinn.

Landesbank bayerischer Grund- und Handelsbesitzervereine, München. Die Gen.-Versig. setzt die Dividende auf 6 % fest.

Landeskreditbank Sachsen-Anhalt A. G., Halle a. S. Schlägt wieder 8 % Dividende vor.

Landwirtschaftliche Pfandbriefbank, Berlin. Ist die neue Firma der Roggenrentenbank.

Leipziger Hypothekenbank. Widerspricht Kaperhöhungs-Gerüchten. 10 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 3 werden zur Dresdner Börse zugelassen Siehe Deutsche Hypothekenbank Meiningen.

Magdeburger Bau- und Kreditbank. Beantragt wieder 5 % Dividende.

Mayener Volksbank. Die Gen.-Versig. setzt die Dividende auf wieder 10 % fest.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Erweiterung der Reihe 2 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Max Meerbothe u. Co., Bank-Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt die Geschäftsbücher.

Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt, Greiz. Die Teilungsmasse für alte Pfandbriefe beträgt 10,39 Mill. Rm. gegenüber 42,25 Mill. Rm. umlaufenden alten Pfandbriefen; die Masse für Rentenbriefe beträgt bei 21,06 Mill. Rm. Umlauf 4,38 Mill. Rm.

Norddeutsche Grundkreditbank, Weimar. 10 Mill. 8% Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Oberhausener Bank. Die Gen.-Versig. setzt die Dividende auf 5 % fest und beschließt die Einziehung der Vorzugsaktien.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Berlin-Königsberg. (Hugenberggruppe). Verteilt wieder 8 % Dividende.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. 17 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Die Bank begibt eine weitere (7.) Reihe ihrer 8 %Pfandbriefe.

Preußische Boden-Credit-Aktienbank, Berlin. 10 Mill. Komm.-Obl. werden zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Deutsche Hypothekenbank Meiningen.

Preußische Centralbodenkredit-A. G., Berlin. Begibt 20 Mill. Rm. 8 % Komm.-Obl. Beantragt die Zulassung von 6 Mill. 8 % Komm.-Obl zur Berliner Börse. 10,5 Mill. 8 % Pfandbriefe werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. 312,79 Mill. Rm. alten Pfandbriefen stehen 63,46 Mill. Rm. Teilungsmasse gegenüber, 100,35 Mill. Komm.-Obl. eine solche von 7.14 Mill. u. 4,07 Mill. Kleinbahn-Obl. eine solche von 0,60 Mill. Rm.

Reichskredit-Ges. A. G., Berlin. Direktor S. Ritscher tritt in den Aufs.-Rat der Hermes Kreditversicherungsbank ein.

Reichsbundbank, Berlin. Prof. Dr. Peters, Bankdirektor Otto Jahn u. Bankier Mathesius scheiden infolge Loslösung der Kreditbank für Industrie u. Landwirtschaft (s. d.) aus dem Aufs.-Rat aus.

„Revision" Treuhand-A. G., Berlin. Das der Disc.-Ges. nahestehende Institut kehrt 8 (i. V. 0) % Dividende aus.

Digitized by Google

Rheinische Creditbank, Mannheim. Direktor Komm.-Rat Dr. Jahr tritt in den Aufs.-Rat der Mohr u. Co. A. G., München, ein. Siehe Deutsche Hypothekenrentenbank.

Rheinische Volksbank, Köln. Die Gen.-Verslg. beschließt 8 % Dividende.

Roggenrentenbank, Berlin. Die Gen.-Verslg. ändert die Firma in „Landwirtschaftliche Pfandbriefbank". Ein Posten Aktien des Instituts wird von der Alterum Kredit-A. G. (Hugenberg) in einer Versteigerung zu 119 % erworben. 10 Mill. Rm. 8 % Rentenbriefe Reihe 5 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Saarhandelsbank, Saarbrücken. Verteilt für 1925 aus 0,58 Mill. Frcs. Reingewinn 7 % Dividende.

Sächsische Bodenkreditanstalt, Dresden. Beantragt eine Kapverdopplung auf 3 Mill. Rm.; Bezugsangebot erfolgt durch die Dresdner Bank (deren Vertreter im Aufsichtsrat der Anstalt bleiben), die Allg. Deutsche Creditanstalt u. Gebr. Arnhold zu 104%.

Sächsische Staatsbank, Dresden. Präsident Degenhardt tritt in den Aufs.-Rat der Horchwerke, Zwickau, ein.

Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank, Breslau. 20 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 5 werden zur Berliner u. Breslauer Börse zugelassen.

I. F. Schröder, Bank Komm.-Ges. a. Akt., Bremen. Beantragt eine Kaperhöhung von 10 auf 15 Mill. Rm.

Schwäbische Treuhand-A. G., Stuttgart. Schüttet 10% Dividende aus.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Wird aufgelöst. Einen Teil der Bankstellen, darunter die in Sondershausen, übernimmt die Thür. Staatsbank, einen anderen die Disconto-Ges.; beide Banken haben dem Institut bereits nahegestanden.

Stettiner Kreditanstalt, (früher Industrie- u. Commerzbank, Charlottenburg.) Geht in den Besitz der „National" Allgemeine Versicherungs A. G., Stettin, über.

Süddeutsche Bodenkreditbank, München. 15 Mill. 8 % Pfandbriefe Reihe 5 werden zur Münchener u. Augsburger Börse zugelassen.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Siehe Disc.-Ges.

Thüringische Landeshypothekenbank, Weimar, (früher Bank für Goldkredit.) Das der Thür. Staatsbank gehörende Institut bleibt bei 0,15 (i. V. 0,11) Mill. Rm. Reingewinn wieder dividendenlos.

Thüringische Staatsbank, Weimar. Ueberweist den Ueberschuß von 0,12 (i. V. 0,026) Mill. Rm. der Reserve. Begibt mit Gebr. Arnhold u. A. 1,5 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Stadt Weimar von 1926. Siehe Thür. Landeshypothekenbank u. Schwarzburgische Landesbank.

Treuhand-Vereinigung A. G., Berlin. Siehe Dresdner Bank.

Vereinsbank, Nürnberg. Die Aufertungs-Teilungsmasse beträgt 65,06 Mill. Rm. bei 249,96 Mill. alten Pfandbriefen. In der Masse der alten Komm.-Obl. liegen 33 938 Rm. bei 372 477 Rm. Aufwertungs-Berechtigungen.

Volksbank Memmingen. Beantragt 8 % Dividende. Will eine Interessengemeinschaft mit einer neu zu errichtenden Kreditgenossenschaft eingehen.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Siehe Deutsche Bank und Dresdner Bank.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. 10 Mill. Rm. 7% Pfandbriefe des Instituts werden zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Deutsche Hypothekenbank Meiningen.

Wirtschaftsbank für Niederdeutschland. Hannover der Institut, dessen Aktienmehrheit die Girozentrale Hannover besitzt, beantragt 5% Dividende.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Die Aufwertungs-Teilungsmasse enthält 39,14 Mill. Rm. denen 177,32 Mill. alte Pfandbriefe gegenüberstehen.

Wrttembergische Vereinsbank, Stuttgart. Die Teilungsmasse beträgt 5,73 Mill. Rm., Aufwertungsberechtigt sind 28,19 Mill. Pfandbriefe.

Digitized by Google

Württembergische Kreditverein A. G., Stuttgart. 10 Mill. 8% Pfandbriefe werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Siehe Disc.-Ges.
Zentralgenossenschaftsbank A. G., Saarbrücken. Verteil aus 0,12 Mill. Francs Reingewinn 15 % Dividende.

Zahlungseinstellungen. In **Zahlungsschwierigkeiten** gerät das Münchener Bankhaus Heinrich Siemader, über dessen Vermögen der **Konkurs** verhängt wird. — In Konkurs geraten ferner: Die Bankfirma Louis David, Bonn, (Sämtliche Depots fehlen! Ein geflüchteter Inhaber wird in Zürich verhaftet. Den Passiven von 3,56 Mill. Rm. stehen Aktiven von nur 44 000 Rm. gegenüber), das Bankgeschäft Gottlieb Maier & Co., Command. Ges., München, das Bankgeschäft Hermann Herz, Limburg a. d. Lahn, frühere Hauptniederlassung Weilburg, die Ländliche Genossenschaft e. G. m. b. H., Königsberg i. Pr., der Bankgeschäftsinhaber Hans Lauterbach, Waldsassen, und die Spar- und Kreditbank e. G. m. b. H. in Liqu., Düsseldorf. — Unter **Geschäftsaufsicht** wird neu gestellt die Bayern-Bank A. G., Nürnberg. — Die Geschäftsaufsicht über das Bankgeschäft Karl Kiefer & Co., Hanau, endet mit einem Vergleich von 50 %. — **Liquidation** beantragt die Dessauer Creditbank A. G. (Kap. 0,1 Mill. Rm.). — Siehe Bank für Landesproduktenhandel, Berlin, Deutsche Landwirtschaftsbank in Liqu., Berlin, und Max Meerbothe u. Co., Berlin.

Die ausländischen Banken im II. Halbjahr 1925.

XII. Osten- und Randstaaten.

Finnland. Währung. Am 10. Dezember beschließt der Reichstag die Wiedereinführung der Goldwährung. Einheit bleibt die F. Mark in ihrem Gegenwartswert (39,7056 F. M. = 1 Dollar). Es sollen Goldmünzen à 100 und 200 F. M. geprägt werden. Die Staatsschuld bei der Bank soll bis Ende 1928 aus einer Auslandsanleihe getilgt werden. Die Bank löst ihre Noten nach eigener Wahl in Gold oder in Devisen ein. Ende Dezember werden 192½ finnische Mark in London gleich einem Pfund Sterling bewertet gegen 193 Fmk. Ende Juni (alte Parität 25,21 Fmk.). In New York notiert die finn. Mark Ende Dezember unverändert 39,70 Fmk. je Dollar (alte Parität 5,18).

Bank von Finnland. Der Diskontsatz wird am 14. August von 9 auf 8 % und am 29. Oktober auf 7½ % herabgesetzt. Das „Monthly bulletin" der Bank enthält in der Dezbr.-Nr. den Wortlaut des neuen finn. Währungsgesetzes (siehe Währung).

Bankwesen. Die Einlagen aller finnischen Aktienbanken betragen Ende September 6,7 Milliarden F. M.

Estland. Währung. In London gilt Ende Dezember ein Pfund Sterling 1820 estn. Mark (gegen 1830 estn. Mk. Ende Juni). Eine neue Münzreform soll die estn. Mark in feste Bezeichnung zur schwedischen Krone (100 e. M. = 1 Krone) bringen.

Bank von Estland. (Eesti-Bank). Der Diskontsatz bleibt unverändert 10%. Die Golddeckung der umlaufenden Noten wird im Hinblick auf die Währungsreform langsam gesteigert (von 27,8 % Ende Juni auf 35,7 % Anfang November).

G. Scheel u. Co. A. G., Reval. Die russische Handelsvertretung in Reval beantragt eine Revision der Tätigkeit der Bank in den Jahren 1920 und 1921, da sie sich durch seinerzeit in ihrem Auftrag getätigte Verkäufe russischen Goldes benachteiligt fühlt.

Lettland. Währung. In London notieren Ende Dezember 25,18 Lats gleich einem Pfund Sterling, gegen 25,19 Lats Ende Juni. In Libau notiert der Dollar 5,20 Lat. Dieses Pari soll aufrecht erhalten werden. Siehe die nächste Notitz.

Bank von Lettland. Der Diskontsatz beträgt seit dem 16. Febr. 1924 unverändert 8 % (Rediskont). Am 1. November 1925 laufen um 37,3 Mill. Lats

Digitized by Google

Rentenscheine, 30 Mill. Banknoten und 28,5 Mill. Hartgeld, zusammen 95,8 Mill. Lats (1922: 48 Mill. Rentenscheine u. 5,40 Mill. Noten, zus. 53,40 Mill.). Weitere 10 Mill. Hartgeld (Silber und Kupfer) sollen in Umlauf gesetzt werden. Die Bank schränkt im Interesse der Währung die Import-Lombardkredite ein.

Handels- und Industriebank Lettlands. Die Dividende für 1924 beträgt 5⅓ %.

Lettländische Commerzbank. Kehrt für 1924 eine Dividende von 9 % aus.

Libauer Bank. Verteilt für 1924 eine Dividende von 8 %.

Rigaer Commerzbank. Schüttet für 1924 eine Dividende von 5% aus.

Rigaer Creditbank. Die Dividende für 1924 beläuft sich auf 12 %.

Rigaer Internationale Bank (Rigas Starptautiska Banka). Der Reingewinn für 1924 beläuft sich auf 0,43 (i. V. 0,24) Mill. Lats, die Dividende auf wieder 12 %. Direktor Moritz Schultze (Commerz- u. Privatbank, Berlin) tritt in den Aufsichtsrat ein.

Rigas Starptautiska Banka. Siehe Rigaer Inernationale Bank.

Litauen. Währung. Ende Dezember werten in London 49 Litas gleich einem Pfund Sterling (gegen 49,25 Litas Ende Juni).

Litauische Bank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7 %. Die Bank kündigt um die Jahreswende eine Kreditrestriktion um ein Drittel an und fordert die Banken zur Stärkung ihrer Liquidität auf.

Jüdische Zentralbank. Siehe Zentralbank.

Litauische Commerzbank. Dementiert Gerüchte von Zahlungsschwierigkeiten; sie habe ihre Verpflichtungen stets voll erfüllt.

Zentralbank A. G. zur Unterstützung der jüdischen Genossenschaften, Kowno (Volksbank). Stellt nach einem Sturm auf ihre Kassen die Zahlungen ein. Ortsansässige Freunde wollen 1 Million Litas aufbringen. Die Bank erhält ein einjähriges Moratorium und trifft ein Abkommen mit ihren ausländischen Gläubigern.

Polen. Währung. Infolge der Uebersättigung des Verkehrs mit Scheidenmünze sinkt der Kurs der Zloty stark. Trotzdem fährt die Regierung in ihrer Finanznot, die sie zur Verpachtung des Zündholzmonopols u. dergl. zwingt, mit der Prägung fort. Ende Dezember notiert der Dollar in Warschau amtlich 8,35 Zloty gegen 5,18½ Zloty (Parität) Ende Juni. In New York erhält man ca. 9½ Zloty für den Dollar, nachdem Ende November bereits 11½ Zloty erhältlich gewesen waren. In Wien hat im September die Notierung von Dollarnoten vorübergehend eingestellt werden müssen, weil aus Polen eine nicht zu befriegende Nachfrage nach diesen Noten kam. Siehe Bank Polski.

Polski Bank. Weigert sich Ende November, nach Erschöpfung ihres verfügbaren Devisenfonds, weitere Interventionen am Devisenmarkt vorzunehmen; ein Kredit des amerik. Bundes-Reserve-Amts von 10 Mill. Dollar ist aufgebraucht. Um durch Verknappung des Geldmarktes der Valutaspekulation entgegenzuarbeiten, beschränkt das Institut die Diskontkredite und diskontiert einige Tage lang überhaupt keine Wechsel; es durchbricht jedoch infolge der Bankenkrisis (s. d.) in Einzelfällen seine Kreditsperre und räumt vertrauenswürdigen Banken erhöhte Kredite ein. Versucht, zur Abdeckung ihrer Verpflichtungen eigene Aktien in London oder New York unterzubringen. (Ihrem Devisenfonds steht eine hohe Devisenschuld gegenüber). Die Zahl der protestierten Wechsel steigt bei der Bank im November auf 9.4 %. Der Diskontsatz wird am 13. August von 10 auf 12 % erhöht.

Devisen-Ordnung. Mitte Dezember werden Zahlungen nach dem Auslande, die nicht dem Handelsverkehr entspringen, mit Strafe (Gefängnis) bedroht. Allen Banken außer den Devisenbanken wird der Devisenhandel untersagt.

Bankenkrisis. Das Bankhaus S. Nathanson u. Söhne, eines der ältesten Warschauer Bankinstitute, wird aufgelöst. Siehe Bank der polnischen christlichen Kaufleute und Industriellen, Bank für gegenseitigen Kredit, Bank für Handel und Industrie, Warschau, Bank Handlowy, Bank Przemysiowy, Industriebank, Vereinigte Bank, Warschau, Danziger Bank und Warschauer Unionbank. Das Finanzministerium stellt 25 Mill. Zloty zur Stützung der Banken zur Verfügung.

Digitized by Google

Bank der polnischen christlichen Kaufleute und Industriellen, Lemberg. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt.

Bank für gegenseitigen Kredit, Lemberg. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten.

Bank für Handel und Industrie, Warschau. (Korfanty-Bank). Wird bis 1. März 1926 unter Geschäftsaufsicht gestellt und tritt in Liquidation. Von 165 Niederlassungen in Polen sind bereits 35 liquidiert; 7 Auslandsfilialen bleiben bestehen

Bank Handlowy, Warschau. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten. Ein Versuch, sie mit der Bank Przemyslowy, Warschau, und der Bank Zwiazku, Posen, zu fusionieren, mißlingt. Sie erhält einen größeren Staatskredit und deponiert 52 % ihrer Aktien bei der Banca Commerciale Italiana, Mailand, die 2 Mill. Dollar ausländische Schulden des Instituts übernimmt und sich einen weitgehenden Einfluß auf dessen Verwaltung sichert. Siehe Stadthagen A. G., Bromberg.

Bank Przemyslowy, Warschau. Gerät in Zahlungsverzug. Siehe Bank Handlowy.

Bank Przemyslowcow, Posen. Gerüchte über Schwierigkeiten der Warschauer Filiale werden dementiert.

Bank M. Stadthagen A. G., Bromberg. Siehe Stadthagen.

Bank Zwiazku Spolek Zarobkowych, Posen. Siehe Bank Handlowy.

Handelsbank, Warschau. Siehe Bank Handlowy.

Industriebank, Posen. Gerät in Zahlungsstockung.

Lodzer Handelsbank. Vorkriegs-Pensionswechsel der Bank, die zur Sicherung der Forderung eines deutschen Bankhauses in Paris hinterliegen, sind von der Reparations-Kommission beschlagnahmt worden.

Polnische Industriebank, Lemberg. Die Zloty-Bilanz per 1. Jan. 1925 zeigt 6 Mill. Zl. Aktkap. Der Reingewinn wird mit 70 700 Zl. vorgetragen.

Bank M. Stadthagen A. G., Bromberg. Ein Kassensturm ruft eine vorübergehende Zahlungsstockung hervor, doch ist die Bank aktiv und weder Kreditoren noch Aktkap. gefährdet. Die Bank Handlowy (s. d.) besitzt Aktien des Instituts.

Unionbank, Warschau. Siehe Warschauer Unionbank.

Vereinigte Bank, Warschau. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten.

Warschau-Danziger Bank. Bricht zusammen.

Warschauer Unionbank. Wird unter Geschäftsaufsicht gestellt, da sie nur 10 % der Einlagen auszahlen konnte.

XIII. Balkanstaaten.

Bulgarien. Währung. Die Wechselkurse bleiben bis Ende 1925 stabil. Der Lewa notiert Ende Dezember in Zürich 3,77 gegen 3,70 Francs Ende Juni für 100 Einheiten. In London wertet ein Pfund Sterling gleich 672 Lewas gegen 680 Lewas. (Parität 25,22). In New York notiert der Lewa 139.

Bulgarische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 10%.

Banca Commerciale Italiana e Bulgara, Sofia. Dieses Tochterinstitut der Banca Commerciale Italiana, Mailand, schüttet für 1924 aus 2,7 Mill. Lewa Reingewinn wieder 10 % Dividende aus.

Banque Bulgare de Commerce, Sofia. Das der Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris, zugehörige Institut verteilt für 1924 aus 6,3 Mill. Lewa Reingewinn 16 % Dividende.

Banque de Crédit National, Sofia. Kehrt für 1924 aus 1,4 Mill. Lewa Reingewinn 10 % Dividende aus.

Banque de Sofia. Verteilt für 1924 eine Dividende von 15 % wie in den beiden Vorjahren.

Banque Franco-Belge de Bulgarie, Sofia. Das der Banque Belge pour l'Etranger, Brüssel, nahestehende Institut schüttet für 1924 aus 5,2 Mill. Lewa Reingewinn 8 % Dividende aus.

Banque Franco-Bulgare pour le Commerce International, Sofia. Der Reingewinn für 1924 beträgt 4,6 Mill. Lewa, die Dividende 12%.

Banque Générale de Bulgarie, Sofia. Das Institut, das der Pester Ungarischen Commerzialbank, der Allgemeinen Oesterreich. Bodenkreditanstalt und

Digitized by Google

der Banque de Paris et des Pays-Bas nahesteht, verteilt für 1924 wieder 6 % Dividende. Das Kap. ist von 12 auf 50 Mill. Lewa erhöht worden.

Banque Hongroise-Bulgare, Sofia. Das der Britisch-Ungarischen Bank, Budapest, nahestehende Institut verteilt für 1924 eine Dividende von 7%.

Bulgarska Banka, Sofia. Schüttet für 1924 aus 2,9 Mill. Lewa Reingewinn 8 % Dividende aus.

Kreditbank, Sofia. Das der Disconto-Ges. und dem Bankhaus S. Bleichröder, Berlin, nahestehende Institut erzielt 1924 einen Reingewinn von 2,0 (i. V. 0,73) Mill. Lewa; die Dividende (i. V. 7%) ist auf 9% erhöht worden.

Rumänien. Währung. Die Devise Bukarest notiert nach vorübergehender Verschlechterung im Herbst Ende Dezember in London 1055 Lei gegen 1057,50 Lei je Pfund Sterling Ende Juni, und in New York unverändert 0,46 cents je Leu. Siehe Rumänische Nationalbank und Moratorium.

Rumänische Nationalbank. Das Privileg ist bis Ende 1960 verlängert worden. Der Staat bildet einen Fonds zur Tilgung seiner Bankschuld binnen 15 Jahren. Der Diskontsatz wird auf 6 % belassen. Das Institut weist für das erste Halbjahr 1925 16,61 Mill. Lei (ganzes Jahr 1924: 32,18 Mill.) Reingewinn aus. Beschränkt Ende Dezember in Verfolg seiner Restriktionspolitik die Kredite an Volksbanken und Genossenschaften, da der Leu im November zu sinken drohte. Siehe Société Nationale de Crédit Industriel.

Postsparkasse. Die Errichtung einer rumän. Postsparkasse steht für Anfang 1926 bevor.

Das Moratorium für Privatschulden im Ausland wird gegenüber solchen Ländern, die noch in keine langfristige Amortisation gewilligt haben, bis Mitte März 1926 verlängert.

Bankgründungen. Siehe Banque Roumaine-Française.

Zahlungseinstellungen. Siehe Klausenburger Verkehrsbank.

Banca Chrissoveloni, Bukarest. Verteilt für 1924 aus 41,7 Mill. Lei Reingewinn 12% Dividende. Nationalisiert die bisher der Pester Ungarischen Commercialbank nahestehende Siebenbürgische Bank und Sparkassen A. G., Klausenburg, deren Aktkap. auf 40 Mill. Lei erhöht wird; die Pester Commercialbank führt führt die Siebenburger Geschäfte weiter. Chr. verhandelt mit letzterer, die früher Kommanditistin von Marmorosch, Blank u. Cie war, wegen einer Arbeitsgemeinschaft und löst die Interessengemeinschaft mit der Banque de Crédit Roumain.

Banca Commerciala Romana, Bukarest. Schüttet für 1924 aus 9,4 Mill. Lei Reingewinn 10 % Dividende aus.

Banca de Credit Roman, Bukarest. (Banque de Crédit Roumain). Verteilt für 1924 aus 42,8 Mill. Lei Reingewinn 15 % Dividende. Siehe Banca Chrissoveloni.

Banca Commertului, Craiova. Uebernimmt 10 Mill. Lei neue Aktien der Ersten Temesvarer Sparkasse und besitzt dann die Aktienmehrheit. Siehe Banca Chrissoveloni.

Banca Romaneasca, Bukarest. Nationalisiert die bisher mit ungarischen Bankkapital finanzierte Nitrogenfabrik A. G., deren Kap. von 20 auf 100 Mill. Lei erhöht wird, wovon 30 Mill. den ungarischen Aktienbesitzern zugestanden werden.

Banca of Roumania Ltd., Bukarest. Verteilt für 1924 auf 0,3 Mill. engl. Pfund Aktkap. aus 18,551 Pfd. Reingewinn 6 Schilling Dividende.

Bank Marmorosch, Blank u. Co., Bukarest. Der Reingewinn für 1924 beträgt 49,7 Mill. Lei, die Dividende 24 %. Die Aktienmehrheit der Arader Maschinen- u. Waggonfabrik Astra geht von Camillo Castiglioni auf das Institut über. Siehe Banca Chrissoveloni.

Banque de Crédit Roumain. Siehe Banca de Crédit Roman.

Banque Roumaine-Française, Bukarest. Wird mit 8 Mill. Lei Aktkap., das auf 50 Mill. erhöht werden kann, errichtet.

Erste Temesvarer Sparkasse. Erhöht ihr Kapital von 20 auf 30 Mill. Lei. Siehe Banca Commertului.

Klausenburger Verkehrsbank A. G. Gerät durch verfehlte Devisenspekulationen in Konkurs.

Digitized by Google

Marmorosch, Blank & Co., siehe Bank M., B & Co.

Schweizerische und Rumänische Bank, Bukarest. Der Reingewinn für 1924 beträgt 15,09 (i. V. 14,02) Mill. Lei, die Dividende wieder 15%.

Siebenbürgische Bank und Sparkassen A. G., Klausenburg. Siehe Banca Chrissoveloni.

Société Nationale de Crédit Industriel. Diese von der Regierung und der Rumänischen Nationalbank gegründete, halboffizielle Kreditorganisation erhöht das Aktkap. um 300 auf 500 Mill. Lei. Davon übernimmt der Staat 20 % und die Rum. Natbk. 30 %.

Zentralsparkasse A. G., Nagykaroly (Siebenbürgen). Gegen die Leitung wird ein Verfahren wegen fahrlässiger Kreditgewährung eingeleitet.

Griechenland. Währung. Die Drachme notiert Ende Dezember in London 381 Drachmen gegen 289½ Drachmen je Pfund Sterling Ende Juni (Parität 25,225), und in New York 1,29 gegen 1,7 cents je Drachme. Eine Devisenverordnung von Mitte November verbietet den Banken, mehr Devisen im Portefeuille zu halten, als am 31. Juli vorhanden waren, nachdem bereits im August ein Dekret die Devisenspekulation von Bankdirektoren mit Todesstrafe (!) bedroht hat. Die Regierung läßt bei Krupp, Berndorf, 65 Mill. Drachmen Kupfermünzen prägen.

Griechische Nationalbank. Der Diskontsatz wird am 11. August von 8½ auf 10% erhöht. Das Institut beginnt die fälligen Bons der Nationalen Verteidigung zurückzuzahlen (rund 300 Mill. Drachmen). Die Bank gerät wegen des Sinkens der Drachme in Differenzen mit der Regierung. Will in New York eine Agentur errichten. Siehe Banque de Crédit Foncier.

Bankgründungen. Die Errichtung von Genossenschaften mit unbeschr. Solidarhaftung für die Vermittlung von Krediten auf Grundbesitz wird vorbereitet. Weitere Neugründungen sind nachstehend erwähnt.

Banque Commerciale de Grèce, Athen. Das Institut, das sein Aktkap. von 14 auf 50 Mill. Drachmen erhöhen will, zahlt für das erste Halbjahr 1925 eine Dividende von 20 Drachmen.

Banque de Crédit Foncier, Athen. Die Griech. Natbk. plant die Ausgabe einer inneren oder äußeren Anleihe, deren Erlös zur Gründung dieser Grundkreditbank dienen soll. Siehe Jan.-Heft 1926 S. 50.

Banque de Crédit Athénien, Athen. Ist mit 15 Mill. Dr. Aktkap. errichtet worden.

Banque de Commerce et de l'Industrie de Volo, Volo. Ist mit 17 Mill. Dr. Aktkap. gegründet worden.

Banque d'Epire, Athen. Ist mit 10 Mill. Dr. Aktkap. ins Leben gerufen worden zwecks Belebung des Handels mit Epirus (Südalbanien).

Banque Pavlou, Athen. Ist mit 8 Mill. Dr. Aktkap. errichtet worden. Das Institut hat Niederlassungen in Saloniki, Volo und Chalcis.

Banque d'Orient, Athen. Schüttet für das erste Halbjahr 1925 eine Dividende von wieder 2.50 Frcs. aus.

Handelsbank von Griechenland, Athen. Siehe Banque Commerciale.

Kreditbank der Flüchtlinge, Athen. Das Kap. beträgt 300 (nicht 500) Mill. Dr.; es sollen Obligationen bis zu 1 Milliarde Dr. begeben werden. Auf die den Flüchtlingen überlassenen Ländereien im Werte von ca. 4,2 Mill. Pf. Sterl. wird das Institut den Flüchtlingen, die Ansprüche auf Entschädigungen haben, Vorschüsse gewähren.

Türkei. Währung. Der Beschluß, das alte Papiergeld durch neues zu ersetzen, und zwar in unveränderter Menge, ohne Rücksicht auf den natürlichen Notenschwund, weckt Inflationsbefürchtungen. Der Kurs des türk. Pfundes verschlechtert sich daher von Anfang November bis Ende Dezember von ca. 850 Piaster (8½ t. Pfund) auf 912 Piaster je engl. Pfund. Die Regierung zwingt die Banken, auch die Ottomanbank, einen weiteren Rückgang durch Interventionen zu verhindern. Siehe die nächste Notiz.

Die Börse in Konstantinopel wird wegen übermäßiger Devisenspekulation im September vorübergehend geschlossen.

Digitized by Google

Ottomanische Bank, Konstantinopel, (Banque Ottomane, früher Banque Impériale Ottomane). Infolge dauernder Verluste am französ. Franc hat die Bank seit 1921 (5 %) keine Dividende verteilt. Auch 1924 bleibt dividendenlos. Die Bilanz per 31. Dez. 1924 gibt den Notenumlauf mit 0,78 (i. V. 0,82) Mill. Pfd. an neben 1,29 (0,85) Mill. Pfd. Depositen, 12,71 (13,26) Mill. Pfd. Kreditoren und 1,05 (0,70) Mill. Pfd. sonstigen Verbindlichkeiten.

Banque Agricole. Hat im letzten Geschäftsjahr allein dem Tabakbau 26 Mill. t. Pfund Kredite gewährt.

Albanien. Währung. Die neue Geldeinheit ist der Leka = 1 Goldfranc.

Nationalbank. Ist mit 12,6 Mill. Leka (Goldfrancs) Kapital von italienischen Banken gegründet worden; davon sind 0,6 Mill. Vorzugsaktien. Ein Teil der Stammaktien ist in albanischen und schweizerischen Händen. Hauptsitz ist Tirana, Filialen bestehen in Durazzo und an anderen Plätzen. Die Bank hat das alleinige Münz- und Notenrecht.

Umschau.

REICH UND REICHSBANK.

Dem Reichstag ist in der zweiten Junihälfte eine Novelle zugegangen, durch die das Bankgesetz vom 30. August 1924 in einem Punkt abgeändert wird, dem das Dawes-Komité, die Reparationskommission, die öffentliche Meinung und auch die Reichsbank selbst bisher stets eine hohe grundsätzliche Bedeutung beigemessen haben. Es handelt sich um den § 25 des Gesetzes, der den Direktkredit des Reichs bei der Reichsbank auf 100 Millionen Rm. begrenzt, in Verbindung mit dem § 21, dessen Wortlaut die Diskontierung von Reichsschatzwechseln, also eine bestimmte Art des indirekten Kredits an das Reich, bisher ausgeschlossen hat. In Zukunft soll es der Reichsbank gestattet sein, bis zu 400 Millionen Reichsschatzwechsel, aus denen außer dem Reiche noch ein weiterer zahlungsfähiger Verpflichteter haftet, zu diskontieren oder anzukaufen. Danach würde das Reich künftig — neben dem beschränkten Sonderkredit, den Post und Eisenbahn beanspruchen dürfen, — bei der Bank über einen normalen Bewegungskredit von 500 Millionen Rm. verfügen, von denen es 100 Millionen unmittelbar, und den Rest im Wege der Begebung an Großbanken flüssig machen kann. Ursprünglich war beabsichtigt worden, die von der Reichsbank diskontierten Reichsschatzwechsel den Privatwechseln gleichzustellen, sie also wie diese als Notendeckung zuzulassen. Die Absicht erfuhr aber eine scharfe Kritik, insbesondere im Reichswirtschaftsrat, und wurde fallen gelassen; es wird also bei den Bestimmungen der Vorkriegszeit bleiben, die den Reichsschatzwechsel nicht als „Wechsel" sondern als „Schuldverschreibung" ansahen und ihn als solche von der Notendeckung ausschlossen. Der Einspruch gegen die Deckungsqualität des Schatzwechsels gründet sich auf dieselbe Besorgnis, die schon das sogenannte „Autonomiegesetz" vom 26. Mai 1922 beherrscht und später im neuen Bankgesetz zu einer weitgehenden Trennung von Reich und Bank geführt hat; auf die Besorgnis nämlich, daß eine lediglich vom elastischen Umfang der Notenemission abhängige Kreditnahme des Reichs bei der Reichsbank leicht mißbraucht werden und zu einer neuen Inflation führen könne. Aus 400 Millionen würden sehr bald ungleich höhere Schuldbeträge werden. Diese Möglichkeit glaubte man ausschalten zu können, indem man den neuen Kredit in keine Beziehung zur Banknote setzte, vielmehr die Reichsbank nötigte, den Kredit im Fall seiner Inanspruchnahme aus ihrem Eigenkapital und den Girogeldern zu gewähren. Damit hat man aber entschieden mehr starren Dogmatismus als Weitblick bewiesen. Die bankgesetzliche Begrenzung des Reichs-Kreditanspruchs durch die bereiten Mittel der Reichsbank, also die Diskriminierung des Staatswechsels gegenüber dem Privatwechsel, ist überflüssig, solange eine in Währungsdingen klarsehende und gewissenhafte Bankleitung die Geschäfte führt, und sie ist wertlos, sobald das Gegenteil der Fall ist. Das hat die Geschichte der Reichsbank bis zum 4. August 1914, dem eigentlichen Geburtstage der Inflation, deutlich gezeigt. Bis zum Kriegsausbruch hat das Reich niemals mehr als einen kleinen Bruchteil der Kredite in Anspruch genommen, die ihm bankgesetzlich zu-

Digitized by Google

gebilligt waren; als dann aber plötzlich der große Kriegsbedarf an die Regierung herantrat, wurde die Scheidewand zwischen Reichskredit und Notenumlauf einfach niedergerissen und der Schatzwechsel dem Privatwechsel im Verordnungswege gleich gestellt. Die Garantieen gegen den Mißbrauch der Notenpresse liegen eben nicht in irgend einem Paragraphen, der auch in künftigen Kriegs- und Umsturz-Zeiten stets aufgehoben werden wird, sondern bei der jeweiligen Bankleitung und ihrem beratenden Einfluß auf die Regierung. Aber selbst wenn die Beschränkung des öffentlichen Kreditanspruchs auf den Umfang des Kapitals und der Girogelder der Reichsbank dauernd in Kraft bleibt und peinlichst respektiert wird, bietet sie dennoch nicht die mindeste Gewähr gegen Mißbrauch, sobald eine schwache Bankleitung einer willensstarken Regierung gegenübersteht. Die Reichsbank braucht nur veranlaßt zu werden, bestimmten Banken einen regulären Diskontkredit bis zum Vielfachen des normalen Kreditkontingents einzuräumen. Alsdann ist die Regierung ohne weiteres in der Lage, entsprechende Mengen Schatzwechsel bei den Banken unterzubringen, und es kommt zu einer übermäßigen Notenausgabe, ohne daß ein einziger Schatzwechsel zur Bank fließt, und ohne daß irgend eine Vorschrift des Bankgesetzes verletzt wird. Derartiges ist im vorigen Jahre tatsächlich mehrfach bei der Bank von Frankreich vorgekommen, die zeitweilig den Privatbanken Vorschüsse lediglich zu dem Zwecke gewährte, damit sie ihrerseits Schatzwechsel der Regierung übernehmen könnten. Andererseits hat es dem englischen Geldwesen hundert Jahre lang nicht geschadet, daß die Bank von England innerhalb ihres Notenkontingents offen und ehrlich Schatzwechsel und Staatsschuldverschreibungen in unbegrenztem Umfange angekauft oder diskontiert hat. Diese Praxis hat sich vielmehr als sehr zweckmäßig erwiesen, indem sie es der Bank ermöglichte, durch Rediskontierung oder Weiterverkauf der übernommenen Staatspapiere den Geldmarkt unter Kontrolle zu halten. Auf solche Gründe ist es denn wohl auch zurückzuführen, daß die Reparationskommission gegen die ursprünglich beabsichtigte Gleichstellung der 400 Millionen Rm. Schatzwechsel mit den Privatwechseln bzw. gegen ihre Deckungs-Eigenschaft nichts einzuwenden gehabt hat. Eine ganz andere Frage ist es, ob das Reich den Zusatzkredit von 400 Millionen Rm., gleichviel in welcher Form er gewährt wird, überhaupt braucht. Vor dem Kriege ist das Reich mit einem Bewegungs-Kredit von insgesamt 100 bis 200 Millionen Mark gut ausgekommen, obwohl es damals noch für den wechselnden Finanzbedarf der Post aufkommen mußte und keine nennenswerten Fonds zur Verfügung hatte. Heute arbeitet es mit einem Kassenüberschuß von mehr als 700 Millionen Rm., der es ihm gestattet, auf die Wirtschaft einen vielfach recht fragwürdigen Einfluß auszuüben. Es hat ferner eine Stütze an der Reichskreditgesellschaft und kann sich schließlich nach § 21 Abs. 3 des Bankgesetzes auf dem Umwege über die Privatbanken den Lombardkredit der Reichsbank weitgehend nutzbar machen. Von einem wirklichen Bedürfnis nach zusätzlichem Kredit kann also gar keine Rede sein. Und da auch der neue Diskontkredit dem Reiche nur dann zur Verfügung steht, wenn außer dem Reiche noch ein weiterer zahlungsfähiger Verpflichteter haftet, die Schatzwechsel also an eine Bank begeben worden sind, so beschränkt sich der praktische Effekt der ganzen Gesetzesänderung auf eine rein äußerliche Umformung des Verkehrs zwischen Reich, Privatbanken und Reichsbank: Statt vom Reiche Schuldverschreibungen zu übernehmen, die sie nur zu drei Vierteln ihres Werts und zum hohen Lombardsatze bei der Reichsbank beleihen lassen können, werden die Banken künftig Reichsschatzwechsel übernehmen, die sie zum vollen Betrage und zum niedrigeren Bankdiskontsatz bei der Reichsbank rediskontieren können. Es handelt sich somit in Wirklichkeit weit mehr um eine Frage der Bequemlichkeit und der Zinsersparnis für die Abnehmer der Reichspapiere als um die Schaffung zusätzlicher Kreditmöglichkeiten für das Reich.

ZWEIMONATSBILANZEN.

Wie die Gebäude und Bahnanlagen eines Landes sich normalerweise auch unter schlechten wirtschaftlichen Bedingungen zu vermehren pflegen, weil die neu entstandenen Kapitalien, wo immer sie sich gebildet haben, in ihnen Anlage suchen, die etwa verloren gegangenen Kapitalien ihre Zahl aber nicht vermindern, so haben auch die Einlagen bei den Banken die natürliche Tendenz der Zunahme. Denn

Digitized by Google

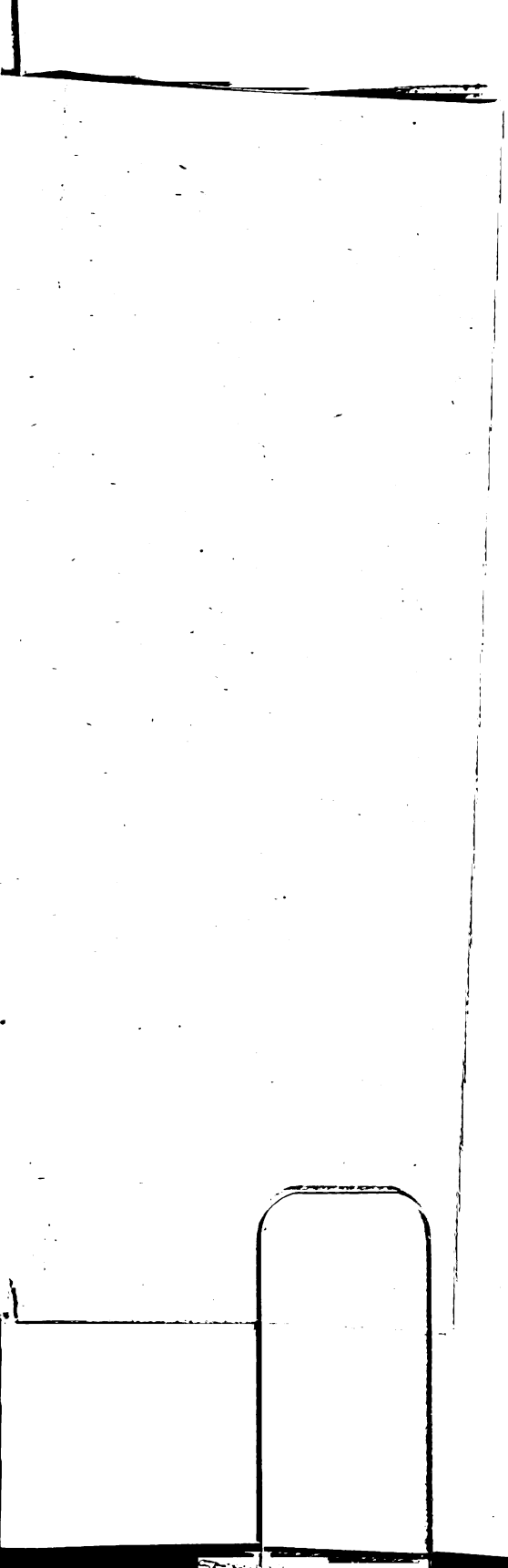
Zweimonatsbilanzen deutscher Kreditinstitute

per 28. Februar 1926.

in Millionen RM.	Deutsche Bank	Disconto-Gesellsch.	Dresdner Bank	Darmstädt.- u. National-bank	Commerz- und Privat-Bank	Mitteld. Creditbank	6 Berliner Banken	83 Kredit-banken (inkl. Berlin)	20 Staats- u. Landes-banken	3 Hypoth.-banken	14 Giro-zentralen
Aktiva											
Kasse, Sorten u. Kupons	25,2	7,3	16,0	12,3	8,2	12,6	81,6	104,5	8,1	6,6	6,6
Guthaben b. Notenbank.	11,1	2,4	9,1	10,9	4.2	0,7	38,4	55,5	11,8	5,6	4,9
Eigene Akzepte	—	—	—	0,2	0,1	—	0,3	2,9	2,2	0,6	—
Eigene Ziehungen . . .	—	—	—	—	—	—	—	1,7	6,4	—	—
Solawechs. d. Kundschaft	—	—	—	—	—	—	—	0,9	—	—	—
Sonstige Wechsel und Schatzanweisung. .	367,6	219,4	325,3	269,6	171,1	29,5	1382,6	1735,6	443,4	69,7	160,6
Nostroguthaben bei Banken	158,9	87 2	145,6	137,5	50,8	12,2	592,2	754,4	345,7	51,2	212,6
Effekten-Reports	37,0	30,7	46,3	36,2	71,2	9,1	230,6	284,4	68,0	—	53,6
Warenvorschüsse . . .	88,6	45,2	133,5	77,7	36,3	2,9	384,3	445,4	2,1	—	—
davon gedeckt:											
a) durch Waren- oder Frachtscheine . . .	43,6	34,0	49,7	56,4	14,6	0,4	198,8	236,3	1,7	—	—
b) durch a. Sicherheiten	17,8	8,4	42,0	9,7	3,3	1,7	83,0	97,4	0,4	—	—
Effekten, davon											
a) Staatsanleihen und verzinsl. Schatzanw.	5,1	—	1,6	2,9	0,7	—	10,4	11,6	13,7	9,2	8,8
b) sonst bei der Reichsbank beleihbar . .	3,9	2,1	2,5	3.6	1,2	0,3	13,7	20,8	14,6	9,7	23,7
c) sonst. börsengängige	8,7	4,9	11,9	13,9	11,2	—	50,7	70.5	7,6	7,8	15,9
d) weitere Effekten . .	2,0	1.8	0,9	1,6	0,9	—	7,4	21,3	3,3	5,4	—
Konsortialbeteiligungen	17,5	21,9	10,0	16,1	8,0	—	73.6	92,5	16,1	4,7	0,6
Dauernde Beteiligungen	22,7	70,0	23,6	21,0	3,6	—	140,9	191.1	6,5	11,6	23,0
Debitoren, gedeckt . . .	368.9	2-5,5	297.7	339,4	246.2	45,2	1583,0	2153,4	944.8	116,8	371,4
Debitoren, ungedeckt . .	349,0	101,7	187,5	148,1	75.7	9,1	871.0	1079.6	172,1	60,2	
Bankgebäude	46,5	30,7	30,0	25,0	23,5	8.2	163,9	249,5	15,8	12,1	16,8
Sonstige Immobilien . .	3,5	5,6	1.3	—	2,6	2.5	15,5	26,3	4,2	2,2	4,5
Sonstige Aktiven . . .	11,2	—	—	—	—	3,4	14,6	44,5	156,9	299,0	17,1
Passiva											
Aktienkapital	150,0	100,0	78,0	60,0	42,0	22,0	452,0	721,1	112,0	51,5	84,6*)
Reserven	55,0	35.0	25,0	40,0	22.0	2,2	179,2	245,9	18,4	14,4	18,7
Kreditoren	1229,9	725.5	1095,0	960,8	616,4	104,0	4731,6	5952,1	1962,4	275,0	1197,6
a) Nostroverpflichtung.	1,2	—	0,5	1,1	0,2	—	3,0	19,5	60,9	—	4,8
b) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	76,7	38.6	85,2	35.6	19.5	0,3	255,9	307,2	4,9	—	1,3
c) Bankguthaben . . .	134.4	215,7	156.8	156.6	47,6	21,8	732,9	867.4	209.3	24,4	192,0
d) provisionsfr. Einlag.	707,6	298,5	385,2	504,5	340,6	44,7	2281,1	2873,6	1457,1	215,8	990,9
1. innerhalb 7 Tagen fällig	362,2	175,6	170,3	210,9	213,0	22,1	1154,1	1395,8	580,3	99,9	412,2
2. von da bis zu 3 Monaten fällig .	336,9	120,1	209,9	283,9	119,2	22,0	1092,0	1383.6	680,4	106,2	460,7
3. nach 3 Monaten fällig	8.5	2,7	5,0	9,6	8,3	0,6	34,7	94,1	196,4	9,6	118,0
e) Sonstige Kreditoren	309,9	172,7	467,1	262,9	208,5	37,1	1458,2	1884,3	230,1	34,8	8,5
1. innerhalb 7 Tagen fällig	251,5	108,3	236,2	138,4	56,3	22,9	813,6	1073,6	102,1	31,2	6,5
2. von da bis zu 3 Monaten fällig . .	52,5	52,4	210,1	112,3	152,0	13,9	593,2	730,1	86,4	3,5	1,6
3. nach 3 Monaten fällig	5,8	12,0	20.8	12,2	0,2	0,2	51,2	80,5	41,5	0.1	0,4
Akzepte	81,1	43,1	38,2	39,2	23,8	4,3	229,7	305,0	13,5	23,0	—
Schecks	5,4	3,8	2,3	0,8	0,9	—	13,2	13,8	—	—	0,5
Sonstige Passiva	6,1	9,4	4,5	15,4	10,8	3,3	49,5	111,4	153,9	308,1	32,5
Außerdem:											
Avale	99,1	21,9	53,7	38,6	24,6	2,2	240,1	329,8	22,2	25,1	24,4
Eigene Ziehungen überh.	—	—	—	—	—	—	—	6,3	7,8	—	—
davon f. Rechnung Dritter	—	—	—	—	—	—	—	2,6	0,9	—	—

*) Betriebskapital.

Digitized by Google



Digitized by Google

Wir bitten unsere Leser, im **Maiheft** Seite 260 die Spalte, die überschrieben ist:

„89 Kreditbanken (inkl. Berlin)“

unter Benutzung der nebenstehenden Ersatzspalte zu **überkleben,** da die in der erstgenannten Spalte angegebenen Ziffern **falsch** sind.

Bank Verlag.

88 Kreditbanken (inkl. Berlin)
86,4
55,7
3,0
1,6
1,2
1549,1
804,1
228,3
435,4
253,8
134,1
5,9
18,1
69,1
19,4
80,8
186,5
2054,3
1105,2
249,6
25,6
41,1
719,3
240,9
5671,6
19,7
381,1
726,1
2748,8
1293,7
1361,5
93,4
1795,3
1014,9
680,5
99,9
306,2
13,0
132,5
320,4
6,3
2,9

Digitized by Google

ein Teil des sich laufend neubildenden Vermögenszuwachses sucht seine Anlage nicht direkt, sondern passiert die Zwischeninstanz der Banken. Trotzdem überrascht es, daß die Einlagen bei den 6 Berliner Banken, die ihre Ausweise zweimonatlich bei der Reichsbank einreichen, sich von Ende Februar bis Ende April um 201 Millionen, und bei der Gesamtheit der Ausweise liefernden 83 Privatbanken um 281 Millionen vermehrt haben, obwohl inzwischen notorisch große ausländische Kredite von den Mark-, Dollar-, Pfund- etc. Konten der Banken zurückgezogen worden sind. Am stärksten und geradezu auffallend ist die Zunahme bei der Danatbank, am schwächsten und in ihrer Bedeutungslosigkeit wiederum auffallend, bei der Disconto-Ges. Der Grund der Gesamtzunahme dürfte in einem Umstande zu suchen sein, dem wohl mancher keine Einlagen-steigernde, sondern eher eine entgegengesetzte Wirkung zuschreiben möchte: der im April noch immer ziemlich akuten Kreditnot. Der Gewerbetreibende konnte um jene Zeit und kann auch heute noch nicht auf die Kreditbereitschaft seiner Bank rechnen und mußte daher für etwaige unvorhergesehene Fälle eine Reserve unterhalten, die er sonst nicht in gleicher Höhe unterhalten hätte. Ein hoher Prozentsatz der Bank-Einlagen dürfte also ausgesprochenen Reserve-Charakter haben. Bei dem größeren Teil der Gelder springt diese Eigenschaft in die Augen: Fast zwei Drittel der Einlagen Steigerung bei den Berliner Banken rührt nämlich aus der Zunahme der „Bankguthaben", also der Reservegelder von Provinzbanken her, die sich auf diese Weise eine verstärkte Sicherung gegen überraschende Abziehungen seitens ihrer Kundschaft geschaffen haben. Aber auch bei der Gesamtheit der Einlagen ist ein solcher Sicherungs-Charakter aus ihrer Befristung zu folgern: Die täglich bzw. binnen sieben Tagen rückforderbaren Gelder haben erheblich stärker zugenommen als die länger befristeten, und die Kategorie der Drei- und Sechsmonatsgelder ist sogar etwas eingeschrumpft. In Uebereinstimmung mit dieser allgemeinen Sicherungs-Tendenz steht die Tatsache, daß die Kassenvorräte bei den Banken, speziell bei den Berliner Instituten, erheblich zugenommen haben. Und wenn dem eine kleine Abnahme der Reichsbank-Guthaben gegenübersteht, so ist die letztere nur natürlich: Die Berliner Banken nutzen ihr Kreditkontingent bei der Reichsbank seit Monaten in so verschwindendem Maße aus, daß sie in diesem Kontingent eine Reserve besitzen, die ihnen die Unterhaltung eines Giroguthabens über das durch das tägliche Clearing erforderte Maß hinaus erspart. Auf der Aktivseite der Bilanzen sind zwei Veränderungen bedeutungsvoll: erstens die weitere Abnahme der Nostroguthaben (zum größten Teil im Auslande), eine natürliche Folge des Rückgangs der ausländischen Kredite und des Sicherung-Bedürfnisses gegen deren Abforderung; ferner die Abnahme der Warenvorschüsse, die ihre Ursache im Rückgang der Einfuhr und infolgedessen der Rembourskredite haben dürfte. Die Wechselbestände haben zwar beträchtlich zugenommen, doch ist das nicht so bemerkenswert, wie ihre veränderte Zusammensetzung: Der Inlandwechsel wird — was aus den Bilanzen leider nicht ersichtlich ist — immer mehr von der Devise abgelöst, die heute wichtige Reservefunktionen zu erfüllen hat. Daß die Report- und Lombardvorschüsse eine beträchtliche Zunahme, aber doch nicht diejenige Steigerung zeigen, die man angesichts der Lebhaftigkeit des Börsengeschäfts erwarten sollte, ist wohl darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der Börsenkredite, auch der „eigentlichen", seine Verbuchung unter den gedeckten Debitoren gefunden hat, was wiederum damit zusammenhängen dürfte, daß die Banken vielfach Effekten nicht von Fall zu Fall und im Einzelgeschäft, sondern en bloc im Kontokorrent bevorschussen und dabei auf dauernd starke Ueberdeckung sehen — eine Vorsicht, die angesichts mancher Uebertreibungen an der Börse verständlich ist. Auf denselben Umstand ist es denn wohl auch zurückzuführen, daß ungeachtet der Zurückhaltung aller Banken im regulären Kreditgeschäft die Debitoren überall mit Ausnahme der Dresdner Bank zugenommen haben. Die Steigerung der gedeckten Debitoren auf Kosten der ungedeckten dürfte diesmal kaum noch mit der verstärkten Vorsicht und dem Hunger nach Sicherungen zusammenhängen, sondern mit dem notorischen Uebergang vom geschäftlichen Betriebskredit zum Effektenkredit, der ja seiner Natur nach stets ein gedeckter ist. — Auch bei den Girozentralen hat eine recht beträchtliche Zunahme der Einlagen — hier bemerkenswerterweise der längerfristigen — stattgefunden. Dagegen zeigt die Einlagen-Bewegung bei den Staats- und Landesbanken einen Stillstand.

Digitized by Google

TERMINHANDEL UND KASSAGESCHÄFT.

Die Deutsche Bank hat in dem Juniheft ihrer wirtschaftlichen Mitteilungen festgestellt, daß die an der Berliner Börse gehandelten Terminpapiere in der Zeit vom 4. Januar bis 4. Juni ihren durchschnittlichen Kursstand von 74,3% auf 121,2% verbessert haben, während sämtliche Kassapapiere sich von durchschnittlich 65,2% nur auf 87,5% gehoben haben. Sowohl das absolute Kursniveau wie das Ausmaß der prozentualen Steigerung liegen also bei den Terminpapieren ungleich höher als bei den Kassapapieren. Die Bank führt das auf den starken spekulativen Einschlag zurück, den das Zeitgeschäft im Gegensatz zum Kassageschäft hat, und warnt vor Uebertreibungen: Das Tor, aus dem die Spekulation eines Tages wieder heraus will, sei eng und einem Massenandrang kaum gewachsen. Das ist richtig. Aber wir erinnern uns aus der Zeit des Kampfes um die Börsengesetz-Reform einer Denkschrift des Banken-Zentralverbandes, in der statistisch nachzuweisen versucht wurde, daß die Kursschwankungen am Terminmarkt ungleich kleiner seien als diejenigen am Kassamarkt, was mit der Tätigkeit der Baissespekulation und der Bremswirkung ihrer Deckungskäufe begründet wurde. Es scheint, daß die Deutsche Bank kein sonderliches Vertrauen zu dieser Bremswirkung hat, und zwar mit Recht. Denn wenn auch in der Theorie eine Hausse- und eine Baissespekulation sich in etwa gleicher Kampfstärke gegenüberstehen und das Zünglein an der Kurswage zu einer gewissen Beharrung zwingen, in der Praxis pflegt die Spekulation immer höchst einseitig orientiert zu sein und in kompakter Masse bald nach oben, bald nach unten zu liegen; statt des Gegengewichts von Deckungen macht sich daher in erregten Zeiten die den Kurssturz noch verstärkende Wirkung neuer Baisse-Engagements geltend. Die Einseitigkeit der Terminspekulation ist es ja auch zu einem großen Teil, was den jetzigen überstarken Auftrieb der im Zeitgeschäft gehandelten Papiere gegenüber dem Zurückbleiben der Kassapapiere bewirkt. Daneben dürfen aber auch eine Reihe anderer Gründe nicht außer Acht gelassen werden. Nur die Favoriten der Banken, die von ihnen mit besonderer Liebe behandelten und mit Kredit versorgten Großunternehmungen, stellen das Kontingent der Terminpapiere; dank dieser Bevorzugung sind es tatsächlich oder vermeintlich die besten, jedenfalls die repräsentativsten Papiere, die im Termingeschäft gehandelt werden, so daß ihre absolute Kurshöhe nur natürlich ist. Es kommt hinzu, daß die im Zuge der Zeit liegende Tendenz der Konzentration, Fusion und Gemeinschaftsbildung nicht den kleineren, sondern den größten Gesellschaften zu gute kommt, die dank ihrer Stärke und ihrer Favoritstellung dazu prädestiniert sind, den Kern gegenwärtiger und künftiger Konzerne zu bilden. Daß neben ihrer absoluten Kurshöhe auch ihre relative Steigerung bei günstiger Börsenlage weit stärker ist als die der Kassapapiere, hat aber noch zwei besondere Ursachen: Einmal die Unterstützung ihrer Aufwärtsbewegung durch die Reportgelder der Banken, eine Unterstützung, die bewußt im Hinblick darauf geleistet wird, daß eine tragfähige Terminspekulation die Bankoperationen bei Kapitalserhöhungen, Fusionen etc. wesentlich erleichtert, weil sie große Aktienpakete, die unauffällig abgestoßen werden sollen, leicht aufsaugt, und umgekehrt planmäßige Aufkäufe von Aktien durchzuführen gestattet, ohne daß die Oeffentlichkeit vorzeitig auf die Käufe aufmerksam wird. Die zweite Ursache ist in einer Eigentümlichkeit der Berichterstattung durch die Presse zu erblicken. Das Auge des Börsenberichterstatters wird erfahrungsgemäß durch die Bewegung der Terminpapiere, die sich während der ganzen Börsenzeit und unter großem Stimmaufwand aller Beteiligten vollzieht, einseitig auf diese Papiere gelenkt und vom Kassamarkt, dessen Geschäfte sich in der Stille des amtlichen Schrankenverkehrs abwickeln, abgezogen. Kurssteigerungen bestimmter Gruppen von Terminpapieren lassen den faszinierten Berichterstatter oft völlig übersehen, daß die übergroße Zahl der Börsenwerte, 98% der Gesamtheit, eine andere, vielleicht sogar entgegengesetzte Tendenz zeigt. Bestenfalls schreibt er in seinem auf Hausseton gestimmten Bericht ein paar vom Leser leicht übersehene Worte wie: „Der Kassamarkt lag ruhig", oder „Die zu Einheitskursen gehandelten Papiere neigten eher zur Schwäche". Daß er auf diese Weise nicht über die eigentliche Börse berichtet, sondern lediglich über die Protuberanzen der Börse, kommt ihm nicht zum Bewußtsein. Er lenkt dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit tatsächlich auf ein Sondergebiet, macht für dieses Gebiet durch die Einseitigkeit seiner Beobachtung sozusagen Reklame und zieht so den Verkehr noch über das natürliche Maß hinaus vom

Digitized by Google

Kassaverkehr zum Terminverkehr hinüber. Hier sollte die Presse eine Remedur eintreten lassen. Andernfalls macht sie sich zum Mitschuldigen an den von den Banken selbst festgestellten Uebertreibungen.

Literatur

Andree — Heiderich — Sieger: Geographie des Welthandels. Eine wirtschaftsgeographische Erdbeschreibung. Von Franz Heiderich, Herman Leiter und Robert Sieger. Erster Band: **Europa.** Wien 1926. Verlag von L. W. Seidel & Sohn, 4. Auflage. (Ganzleinenband Mk. 42,—). — Aus dem Inhalt: Alt- und Jung- Mitteleuropa. — Das Deutsche Reich. — Die geographischen und kulturellen Grundlagen der Wirtschaft. — Die Natur und Wirtschaft der deutschen Landschaften. — Die Betriebskräfte der Industrie. — Der deutsche Außenhandel. — Oesterreich. — Die Schweiz. — Die Tschechoslowakische Republik. — Polen. — Ungarn. — Rumänien. — Jugoslawien. — Bulgarien. — Frankreich. — Belgien. — Die Niederlande. — Großbritannien und Irland. — Die Pyrenäenhalbinsel. — Italien. — Albanien. — Griechenland. — Die Europäische Türkei. — Dänemark. — Schweden und Norwegen. — Finnland. — Estland, Lettland und Litauen. — Rußland. — 11 Kartenbeilagen

Drei Pfeiler des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Von Albrecht von Hoffmann. Hamburg 1925. Verlag Wirtschaft und Freiheit. (Mk. 1,30). — Aus dem Inhalt: Entwurf zu einem Währungsgesetz. — Entwurf zu einem Gesetz betr. Steuer zur Tilgung der Kriegslasten. — Entwurf zu einem Gesetz betr. Eigentum an Grundstücken (Landrecht).

Wie helfen wir uns? Wege zu wirtschaftlichem Wiederaufstieg von Gustav Böß, Oberbürgermeister von Berlin. Berlin 1926. Alfred Metzner. (Mk. 1,—). Aus dem Inhalt: Der Ertrag der deutschen Wirtschaft 1925. — Die Reichsfinanzwirtschaft seit 1924. — Die Preisabbauaktion der Reichsregierung. — Die Personalfrage in Staat und Wirtschaft. — Wohnungsbau. — Das Arbeitslosenproblem.

Die Form bankmäßiger Transaktionen im inneren chinesischen Verkehr. Von Dr. rer. pol. Ku Sui-lu. Hamburg 1926. Kommissionsverlag L. Friederichsen & Co. (Mk. 5,—). — Aus dem Inhalt: Grundzüge der Entwicklung des chinesischen Bankwesens. — Die Aktienbanken. — Die National- und Zentralbanken. — Der Bankkrach 1910/11. — Die Organisation des Vereins der Banken. — Das Notengeschäft. — Die Zentralnotenbanken. — Chinesische Muster.

Die Umsatzsteuererklärung 1926 nach dem neuen Umsatzsteuergesetz. Mit Musterformularen in Zweifarbendruck ausgefüllt und für die Praxis ausführlich erläutert. Von Dr. Fritz Koppe, Rechtsanwalt, Hauptschriftleiter der „Deutschen Steuer-Zeitung", Berlin. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 3,50).

Steuerabzüge. Was kann bei der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer abgezogen werden? Enthält alle statthaften und nicht statthaften Abzüge in alphabetischer Reihenfolge. Bearbeitet von R. Ritter und W. Stern. Fünfte Auflage, neu bearbeitet von W. Stern. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 2,80).

Die Körperschaftsteuererklärung 1926 auf Grund des neuen Körperschaftsteuergesetzes. Mit Musterformularen in Zweifarbendruck ausgefüllt und für die Praxis ausführlich erläutert von Dr. Richard Rosendorff. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 3,80).

Die Deutsche Rentenbank und Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Von Dr. O. Berthold und Dr. E. Seelmann-Eggebert. Berlin 1926. Verlag von Reimar Hobbing (Leinenband 12 Mk.). — Aus dem Inhalt: Geschichte der Deutschen Rentenbank. — Gesetzestexte. — Vorgeschichte und Gründung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, deren Aufgabenkreis, Organe, Kapital etc. — Die Golddiskontbank-Anleihe der Dt. Rentenbank-Kredit-Anst. — Statist. Material.

Das gesamte Aufwertungsrecht. Kommentar zum Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925. Von Dr. Oskar Mügel, 16.—20. Tausend. Unveränderter Neudruck. Berlin 1926. Verlag von Otto Liebman. (Mk. 15,— geb.). — Aus dem Inhalt: Das Aufwertungsrecht im allgemeinen. — Einzelne Rechtsverhältnisse. — Aufwertung von Hypotheken. — Rangvorbehalt für den Eigentümer. — Herabsetzung

Digitized by Google

der Aufwertung. — Aufwertung von Grundschulden, Rentenschulden und Reallasten, Schiffs- und Bahnpfandrechten. — Aufwertung von Industrieobligationen. — Aufwertung von Sparkassenguthaben. — Ferner: Die rechtspolitische und wirtschaftliche Bedeutung des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1926. (Von Landgerichtsdirektor Dr. Hans Wunderlich).

Versicherungsbetriebslehre. Von Professor Dr. Albrecht Patzig. Eßlingen a. N. 1925. Verlag von Wilh. Langguth. (Mk. 6,50). — Aus dem Inhalt: Das Wesen der Versicherung. — Das Wagnis und die Prämie. — Die Formen der Versicherungsbetriebe. — Die gesetzliche Regelung der Versicherung. — Die Versicherungszweige.

Die Kartellgerichtspraxis und ihre Auswirkung. Von Prof. Dr. phil. Nikodem Caro, Dr. Ing. h. C., Geheimer Regierungsrat. München 1926. Verlag Max Hueber. (Mk. 1,60).

Grundbuch- und Aufwertungsfragen. Von Dr. M. Nadler, Kammergerichtsrat. Zweite, völlig neubearbeitete Auflage. Berlin 1926. Verlag Hermann Sack. (Mk. 8,—). — Aus dem Inhalt: Grundbuchamt und Aufwertungsstelle. — Die Wiedereintragung gelöschter Hypotheken. — Der Rangvorbehalt für den Eigentümer. — Das Aufwertungsverfahren. — Die Berechnung des Goldmarkbetrages. — Die Aufwertung der Hypothek. — Die Aufwertung für den früheren Gläubiger. — Allgemeine Verfügungen und Entscheidungen.

Vom Reichtum der Nationen. Von Prof. Dr. Robert Liefmann. Karlsruhe 1925. Verlag G. Braun. (Mk. 4,20). — Aus dem Inhalt: Die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas und die Reparationsfrage. — Theorie des wirtschaftlichen Reichtumsausgleichs. — Reichtumsausgleich durch Warenausfuhr der ärmeren Länder. — Reichtumsausgleich durch Leistungen. — Reichtumsausgleich bei Tributleistungen. — Internationale Verschuldungs- und Währungsprobleme.

Staub's Kommentar zur Wechselordnung. Elfte Auflage bearbeitet von Justizrat Dr. M. Stranz und Martin Stranz. Berlin und Leipzig 1926. Walter de Gruyter & Co. (Mk. 16,—). — Aus dem Inhalt: Die Entstehungsgeschichte der Wechselordnung. — Die dinglichen Rechte am Wechsel. — Von der Wechselfähigkeit. — Von gezogenen Wechseln. — Verpflichtungen des Ausstellers. Indossament. — Präsentation zur Annahme. — Annahme (Akzeptation). — Erfüllung der Wechselverbindlichkeit. — Regreß mangels Zahlung. — Intervention. — Wechselverjährung. — Ausländische Gesetzgebung. — Gesetz, betreffend die Erleichterung des Wechselprotestes. — Wechselsteuergesetz. — Alphabetisches Register.

Die Generalversammlung der Aktiengesellschaft und die Opposition. Von Dr. Helmut Möhring. Frankenstein. Schles. 1926. Verlag der E. Philipp'schen Buchhandlung. (8,— Mk.). — Aus dem Inhalt: Die wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaften. — Die rechtliche Stellung der Generalversammlung. — Die Generalversammlung in ihrer Stellung zu den Organen der Akt.-Ges., der Minderheit der Aktionäre und dem Einzelaktionär. — Die Opposition in der Generalversammlung.

Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter. Erinnerungen von Karl von Lumm. Leipzig 1926. Verlag von C. L. Hirschfeld. (in Ganzleinen Mk. 6,—). — Aus dem Inhalt: Biographisches, Vorbereitungen und Arbeitsfeld. — Praktisches Wirken. — Wissenschaftliche Betätigung. — Akademische Laufbahn. — Die Schöpfung der Rentenmark. — Die Persönlichkeit. — Verzeichnis der Werke und Schriften Helfferichs.

Die moderne Konzernierung. Das Konzentrationsproblem in der deutschen Großunternehmung unter besonderer Berücksichtigung der Spät- und Nachinflationszeit. Von Dr. jur., Dr. rer. pol. Werner Löffler. Frankenstein in Schles. 1926. E. Philipp's Buchhandlung G. m. b. H. (Mk. 6,50).

Zweckmäßige Büro-Organisation. Band I. Die Organisation der Buchhaltung. Von Hans Czekalla. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 4,20). — Aus dem Inhalt: Die Gestaltung der Buchhaltung. — Rechtliche Bedeutung der kaufmännischen Buchführung. — Das Buchsystem. — Das Kontensystem. — Die Buchhaltung im Dienste der kaufmännischen Kontrolle.

Die Abschreibungn des buchführenden Kaufmanns nach dem Einkommen- und

Digitized by Google

Körperschaftsteuergesetz vom 10. August 1925. Von Hans Eckstein, Steueramtmann beim Finanzamt München II. München 1926. Dr. Franz A. Pfeiffer, Verlag. (Mk. 2,70).

Praxis der Bilanzkritik. Von Dr. Walter le Coutre. Band I: Ziele und Grundlagen der Bilanzkritik. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 4,20). — Aus dem Inhalt: Die betriebswirtschaftliche Funktion der Bilanz. — Die Bilanzkritik. — Methoden der Bilanzkritik. — Hilfsmittel der Bilanzkritik. — Das praktische Vorgehen bei der Bilanzkritik.

Einführung in die Buchführung. Von Prof. Dr. Georg Obst. Vierte, vollständig neu bearbeitete Auflage. Stuttgart 1926. C. E. Poeschel Verlag. (Ganzleinen Mk. 5,70). — Aus dem Inhalt: Einfache Buchführung. — Erweiterte einfache Buchführung. — Doppelte Buchführung. — Arten und Theorien der doppelten Buchführung. — Buchführung und Bilanzen der offenen Handelsgesellschaften, der Aktiengesellschaften etc. — Die kameralistische (Verwaltungs-) und die konstante Buchführung.

Aufwertungs-Betrug und Wirtschaftsmord. Von Erwin Piechottka. 2. Auflage. Leipzig 1926, Hammer Verlag. (1,— Mk.). — Fordert u. a. die volle Aufwertung der alten Reichsanleihen und Befriedigung jedes angeforderten Produktionskredits durch die Reichsbank.

Handbuch der Reichsversicherung 1925/26. Jahrbuch für die gesamte Sozialversicherung. Von Regierungsrat J. Eckert und Oberregierungsrat Otto K. Hartmann, unter Mitwirkung von Dr. O. Paul, Reichsversicherungsamt. Berlin 1926. Verlag von Reimar Hobbing. (Ganzleinen Mk. 20,—). — Aus dem Inhalt: Geschichtliche Entwicklung der deutschen Reichsversicherung bis zum 31. Dezember 1924. — Aenderungen der Reichsversicherung im Jahre 1925. — Statistik-Rechnungsergebnisse. — Gesetze, Verordnungen usw. — Wichtige Büchererscheinungen. — Die obersten Reichsbehörden. — Verbände und Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger. — Oberste Landes- und Provinzialbehörden.

Die Organisation im deutschen Genossenschaftswesen. Von Dr. Josef Robens. Mannheim, Berlin und Leipzig 1926. J. Bensheimer. (Mk. 4,—). — Aus dem Inhalt: Grundlagen der Organisation. — Zweck der Arbeit. — Die Bezirksorganisation. — Die Provinzialorganisation. — Die Zentral- oder Anwaltschaftsverbände. — Die Reichsorganisation.

Einführung in die Finanzmathematik. Von Dr. A. Flechsenhaar. Leipzig und Berlin 1926. Verlag B. G. Teubner. (Mk. 2,40). — Aus dem Inhalt: Zinseszinsrechnung. — Rentenrechnung. — Kobminatorik. — Wahrscheinlichkeitsrechnung. — Versicherungsrechnung.

Volkswirtschaftslehre. Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft. Von Dr. h. c. Carl Jentsch. Neu bearbeitet von Dr. Heinrich Rose. Achte, vermehrte und verbesserte Auflage. Leipzig 1926. Verlag von Wilh. Grunow. (Mk. 6,50). — Aus dem Inhalt: Der Mensch als Zweck und Träger der Volkswirtschaft. — Vom Werte. — Die Arbeit. — Das Kapital. — Geld, Währung, Preisbildung. — Kredit, Zins, Wucher. — Güterumlauf, Handel, Handelsbilanz, Freihandel und Schutzzoll, Börse. — Die volkswirtschaftlichen Lehren des Weltkrieges und der Revolution.

Die Arbeitsintensivierung im industriellen Großbetriebe. Von Diplom-Kaufmann Adolf Nimbach. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 2,80). Aus dem Inhalt: Betrachtungen über einige Grundbedingungen für eine erfolgreiche Intensivierung. — Einwirkungen auf den Arbeitenden zwecks Herbeiführung der Intensivierung des Produktionsprozesses.

Die deutschen Reichssteuergesetze. Von Dr. Erich Stolz und Dr. Karl Schröder. Hamburg 1926. Verlagsbuchhandlung Broschek & Co. (Mk. 4,80). — Aus dem Inhalt: Wechselwirkungen zwischen Wirschaft und Besteuerung. — Die deutschen Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Erbschaftsteuergesetze und ihre Wirkung auf ausländisches Einkommen und Vermögen sowie auf Personen mit Wohnsitz im Ausland. — Acht tabellarische Uebersichten.

Das Steuermilderungsgesetz vom 31. März 1926 mit Erläuterungen von Dr. Fritz Koppe. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 6,20). — Aus dem Inhalt: Gesetz über Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage. — Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer mit Erläuterungen.

Digitized by Google

— Durchführungsbestimmungen zu dem Steuermilderungsgesetz. — Sonstige Milderungsvorschriften.

Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich (1925). Von Geh. Reg. Rat. Dr. Heinrich Herkner. Vortrag gehalten im Wissenschaftlichen Klub des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel. Jena 1926. Kommissionsverlag von Gustav Fischer. (32 S.).

Das Pfandbriefgeschäft als Kapitalquelle der deutschen Hypothekenbanken. Von Dr. Wilhelm Auler. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 6,—). — Aus dem Inhalt: Die Organisation des Bodenkredits. — Die Emission der Hypothekenpfandbriefe. — Der Pfandbriefverkauf. — Die Konzentrationsbewegung im Hyphotekenbankgewerbe und ihr Einfluß auf den Pfandbriefabsatz. — Die Aufwertung der Hypotheken und Pfandbriefe nach dem Aufwertungsgesetze.

Steuerschuldrecht. Von Dr. Wilhelm Merk. Tübingen 1926. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). (Mk. 7,60). — Aus dem Inhalt: Die Steuer und die Steuerschuld im allgemeinen. — Die Subjekte des Steuerschuldverhältnisses. — Die Begründung des Steuerschuldverhältnisses. — Der Inhalt des Steuerschuldverhältnisses. — Die Bestärkung und Sicherung der Steuerschuld. — Die Steuerentrichtung. — Die Verjährung. — Die Erstattung der Steuerleistung.

Technik der Kontrolle im Bankbetrieb. Von Dr. Heinrich Schmandt. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 4,—). — Aus dem Inhalt: Wesen und Wirken der modernen Großbank. — Das Wesen der Kontrolle. — Die Hilfsmittel der Kontrolle. — Zusammenwirken von Kontrollträgern und Kontrollmitteln. — Die Durchführung der Kontrolle.

Münzverbrechen und ihre Bekämpfung. Von Ubald Tartaruga. München, Berlin und Leipzig 1926. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier). (Mk. 1,60). — Aus dem Inhalt: Begriffliches und gesetzmäßige Herstellung von Münzen und Papiergeld. — Wie Falsifikate entstehen. — Merkmale der Falsifikate.

Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. (Mk. 3,75). — Aus dem Inhalt: Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten. — Aus dem sozialen Leben Amerikas. — Das Heer der Erwerbstätigen. — Einige allgemeine Arbeiterfragen. — Lohn und Lebenshaltung in Amerika. — Die Gewekschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten. — Die Arbeiterbanken.

Bankverwahrung und Konkurs nach der neuesten Gestaltung des Depotgesetzes. Von Dr. jur., Dr. rer. pol. Georg Schumann. Leipzig 1926. Verlag von Theodor Weicher. (Mk. 3,—). — Aus dem Inhalt: Der neue Rechtszustand. — Das Konkursvorrecht des § 7 a. — Die Stellung der Kommittenten im Konkursabwendungsverfahren. — Die neueste Entwicklung des Giroeffektenverkehrs.

Grundzüge der Eisenbahnwirtschaftslehre. Von Sir William M. Acworth. Aus dem Englischen übertragen von Dr. Heinrich Wittek. Wien, Berlin 1926. Verlag von Julius Springer. (Mk. 7,80). — Aus dem Inhalt: Eisenbahnkapital. — Eisenbahnausgaben. — Eisenbahneinkommen. — Tarifieren, soweit der Verkehr es trägt. — Der Sinn dieses Ausdruckes. — Die Methode der Tarifierung. — Klassifikation und Tarife. — Die Eisenbahnen im Kriege. — Der Eisenbahntarifgerichtshof.

Grundprobleme des Völkerbundes. Von Dr. Hans Wehberg. Berlin-Friedenau 1926. Verlag Hensel & Co. (108 S.). — Aus dem Inhalt: Der Völkerbund als Friedensgemeinschaft. — Die Sicherheitsfrage. — Zukunftsaufgaben des Völkerbundes. — Die Satzung des Völkerbundes. — Völkerbundliteratur. — Personenregister.

Das Saarländische Umsatzsteuerrecht hinsichtlich Einfuhr und Ausfuhr. Ein Rechtsgutachten, der Handelskammer zu Saarbrücken erstattet von Reichsfinanzrat Dr. Franz Scholz. Herausgegeben von der Handelskammer zu Saarbrücken. (43 S.).

Usancen der Berliner Fonds-Börse. Ein Handbuch zum praktischen Gebrauch für Börsen-Interessenten. Bearbeitet von Kurt Hartung. Berlin 1926. Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G. (Mk. 18,—). — Aus dem Inhalt: Auszug aus dem Börsengesetz. — Börsen-Ordnung für Berlin. — Verordnungen über Zulassung, Goldumstellung und Börsenpreis von Wertpapieren. — Die Bank des

Digitized by Google

Berliner Kassen-Vereins. — Die Liquidationskasse. — Die Reichsbank. — Die Berliner Scheck-Austauschstelle. — Bedingungen für die Geschäfte an der Berliner Wertpapier-Börse. — Sämtliche an der Berliner Börse gehandelten Wertpapiere nebst wissenswerten Angaben.

Rechtsprechung und Schrifttum in Reichssteuersachen. Herausgegeben von Dr. R. Kloss, Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof, Sächsischem Geheimen Rat. VII. Band, enthaltend das Jahr 1925. München, Berlin und Leipzig 1926. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier). (Mk. 7,—). Für die Reihenfolge der behandelten Gesetze ist die alphabetische Ordnung, bezogen auf die beim RFH. üblichen Abkürzungen der Gesetzesüberschriften, beibehalten worden.

Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofes zum Rechte der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Zusammengestellt und bearbeitet von Dr. Oscar Goetz, Berlin, Frankenstein i. Schles. 1926. E. Philipps Buchhandlung G. m. b. H., Abteilung Verlag. (Mk. 8,—).

Administration Financière des Entrepreises et des Sociétés. Von Albert Calmès. Paris 1925. Payot. (335 Seiten). — Aus dem Inhalt: Le capital fixe et le capital circulant. — Le capital propre et le capital emprunté. — Les organes du crédit. — Les emprunts par obligations. — Le remboursement des obligations. — Les sociétés de personnes et les sociétés de capitaux. — Les actions. — L'augmentation du capital. — La diminution et le remboursement du capital. — La société en commandite par actions.

Engländer. Von Rudolf Kircher, London. Frankfurt a. M. 1926. Frankfurter Societäts-Druckerei. (Mk. 10,—). — Aus dem Inhalt: Der Scholar Politician: Arthur Balfour. — Die Chamberlains. — Ein Diener des Staates: Lord Curzon. — Die neue Botschaft: Stanley Baldwin. — David Lloyd George. — Ramsay Macdonald. — Winston Churchill. — Neue Typen: Sir Philip Cunliffe-Lister, Edward Wood. — Der Jude als Vizekönig: Lord Reading. — Das Werk Northcliffes.

Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe. Von Dr. Ernst Walb. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 13,—): — Aus dem Inhalt: Die Elemente der Erfolgsrechnung. — Die rechnungsmäßige Darstellung des Erfolges. — Die besondere Gestaltung von Konten der Zahlungsreihe und der Leistungsreihe in der kaufmännischen doppelten Buchhaltung. — Der Rechnungsapparat der Kameralistik. — Die materielle Gestaltung der Erfolgsrechnung. — Die Erscheinungsformen des Erfolgs. — Die Erscheinungsformen der Geldwertkorrekturen. — Der kalkulatorische Erfolgsbegriff.

Die Aufwertungsgesetze. (Hypothekenaufwertungsgesetz, Anleiheablösungsgesetz.) Von Dr. Otto Warneyer und Dr. Fritz Koppe. III. wesentlich erweiterte Auflage. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 10,20). — Aus dem Inhalt: Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) vom 16. Juli 1925. — Durchführungsbestimmungen zum Aufwertungsgesetz. — Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925. — Durchführungsbestimmungen zum Anleiheablösungsgesetz. — Aufwertungskalender. — Goldmarktabellen.

Wechselordnung nebst Wechselsteuergesetz. Von Karl v. Gareis. Dreizehnte Auflage. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (Leinen Mk. 3,50). — Aus dem Inhalt: Der Wechselbrief und das Wechselrecht. — Formulare. — Von der Wechselfähigkeit. — Von gezogenen Wechseln. — Von eigenen Wechseln. — Wechselsteuer.

Das Recht der deutschen Sozialversicherung. Systematische Einführung in die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz. Von Prof. Dr. Ernst Cahn. Berlin-Lichterfelde 1926. Verlag der „Arbeiter-Versorgung" A. Troschel. (Mk. 6,—). — Aus dem Inhalt: Krankenversicherung. — Unfallversicherung. — Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. — Angestelltenversicherung. — Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu dritten Verpflichteten.

Scheckschwindel und Dokumentenfälschungen. Von P. Michligk. Charlottenburg 1926. Verlag für Spezialliteratur. (Mk. 2,—). — Aus dem Inhalt: Wie wird gefälscht? — Wer ist haftbar? — Wie kann man sich schützen?

Digitized by Google

Reichsbank und Deutsche Privatnotenbanken im Mai 1926.

(In Millionen Reichs-Mk.)

Reichsbk.		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfäh. Devisen	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks*)	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staats-guth.	Privat-guthaben	An Kündigungs-frist geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 5.		1586,1 (1491,5)	347,6	19,8	1219,8	6,7	89,0	835,7	122,8	237,0	2941,3	622,1		—	181,7
15. 5.		1586,2 (1491,6)	272,3	28,0	1249,0	9,3	89,0	797,2	122,8	237,0	2783,2	671,6		—	218,0
23. 5.		1592,6 (1491,8)	296,6	33,5	1175,2	7,8	89,0	769,0	122,8	237,0	2663,0	715,9		—	225,1
31. 5.		1590,3 (1491,9)	387,5	13,0	1244,3	86,7	89,0	517,5	122,8	237,0	2877,9	578,9		—	111,8
Bayer. Notenbank	7.	28,5	6,0	2,9	63,1	0,5	6,9	5,6	15,0	14,3	68,6	1,6		0,2	1,7
	15.	28,5	6,0	1,9	63,4	0,5	7,9	4,8	15,0	14,3	69,0	1,2		0,2	1,1
	23.	28,5	6,0	2,6	59,8	0,6	8,9	6,0	15,0	14,3	67,8	1,2		0,3	1,7
	31.	28,5	6,0	1,8	55,3	0,7	8,9	11,3	15,0	14,3	66,5	1,6		0,3	12,3
Sächs. Bank	7.	21,0	12,1	4,2	48,6	0,5	3,1	10,7	15,0	3,5	61,7	7,4		4,2	2,6
	15.	21,0	12,1	4,0	46,7	0,5	3,1	11,2	15,0	3,5	60,9	6,4		4,4	2,7
	23	21,0	12,1	3,8	45,9	0,5	3,1	10,9	15,0	3,5	60,9	6,4		4,3	2,8
	31	21,0	12,1	4,7	46,3	0,5	3,6	16,4	15,0	3,5	61,4	13,2		4,1	2,9
Württemb. Noten-Bank	7.	8,1	4,5	4,4	38,9	4,4	8,7	36,6	7,0	1,7	26,6	8,2		51,2	4,4
	15.	8,1	4,5	3,4	37,3	6,5	8,7	37,2	7,0	1,7	25,9	9,5		50,9	4,4
	23.	8,1	4,5	3,4	36,1	6,8	8,7	37,8	7,0	1,7	25,9	9,9		50,1	4,6
	31.	8,1	4,5	3,4	36,5	6,7	8,7	37,9	7,0	1,7	25,7	9,7		49,8	4,5
Badische Bank	7.	8,1	3,2	3,1	34,3	0,2	9,2	29,6	8,3	2,1	24,6	17,3		27,7	2,3
	15.	8,1	2,9	2,8	34,7	0,3	9,0	30,1	8,3	2,1	24,5	17,7		27,5	2,4
	23.	8,1	2,9	3,0	33,3	0,5	9,0	31,2	8,3	2,1	24,7	19,8		25,3	2,5
	31.	8,1	2,9	0,7	32,7	0,7	8,7	30,8	8,3	2;1	22,7	19,1		24,5	2,5

*) Ohne die von der Reichsbank bei öffentlichen Stellen rediskontierten Wechsel (am 31. 5.: 37,7 Mill. Rm.).

Digitized by Google

Bank von England

Wochenausweise im Mai 1925-1926 (Mill. Pfd. Sterlg.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier. Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bankdisk. %
					staatl.	priv.	absolut	l.° od. tägl. fäll. Verb.	
1926 5. 5.	147 4	42.2	73.5	141.2	16.7	107.3	26.0	20.98	5
12. 5.	148.2	46 1	68.6	140 6	21 2	102.1	26.3	21.36	5
19 5.	148 9	44 2	69.0	141.0	18.8	104.3	27.6	22 46	5
26. 5.	149.0	41.0	71.8	140.6	20.2	103.0	28.1	22.86	5
1925 7. 5.	154.7	36 6	72.7	148.3	11.0	107.7	26.1	22.02	4
14. 5.	153 6	33 3	78.3	147.6	17.4	102.1	25.7	21.54	5
21. 5.	155.9	35 5	72.0	147.2	15 7	102 2	28.4	24.08	5
28. 5.	156.7	37.0	75.0	148 2	15.8	106.7	28.3	23.07	5

Bank von Frankreich

Wochenausweise im Mai 1925-1926 (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	Unverfallene Wechsel	gestund. Wechsel	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen		Bankdisk. %
								staatl.	priv.	
1926 6. 5.	5548,4	333,9	577,1	3874,6	0,6	43059,0	53181,3	19,5	2661,2	6
13 5	5548,4	333,9	573,5	443 ,8	0,6	42660,9	52643,1	2,6	2553,2	6
20. 5.	5548,4	334,0	574,7	4543,0	0,6	42824,9	52657,5	14,4	2769,1	6
27. 5.	5548,4	334,9	576,5	4583,7	0,6	43510,0	52735,0	30,2	3196,7	6
1925 8. 5.	5546,2	317,4	578,5	4869,5	6,1	32006,1	43408,8	12,1	1911,8	7
15. 5.	5546,3	317,4	578,2	4703,9	6,1	32043 7	42991,2	42,9	1999,6	7
22. 5.	5546,5	317,4	578,3	4272,4	6,0	32 73,4	42749,8	5,5	1922,7	7
29. 5.	5546,5	314,5	578,4	4595,3	6,0	31851,7	42702,6	52,3	2124,0	7

[1]) Einschl Gold im Ausland (am 27. Mai: 1864,3 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Vorschüsse an den Staat (am 27. Mai: 35 900 Mill. Frcs. einschl. des ewigen Vorschusses) sowie die Vorschüsse an Verbündete. (am 27. Mai 5 338 Mill. Frcs.)

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. schweiz. Francs).

Ausweis-Tag	Metallbestand		Wechsel	Darlehen	Korrespondent*)	Kurzfäll. Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Diskont %
	Gold	Silber						
7. 1.	467.1	89,8	303,9	67,8	20,8	142,7	806,9	3,5
15 1.	457 1	91,4	293.3	46,9	30.5	162,8	757,7	3,5
23. 1.	447.0	92,0	282,0	44,8	17.7	137,7	737,7	3,5
31. 1.	447,2	91,9	285,5	43,7	21,2	103,1	776,2	3,5
7. 2.	437,1	92,1	283,1	45,3	15.8	108,2	754,0	3,5
15 2.	426,9	92.8	272 8	44,5	22 0	132.6	725,3	3,5
23. 2.	427,1	93 8	242,8	44,9	15,7	124,0	721,0	3,5
27. 2.	427,1	92,8	268,9	45,4	15,6	93,5	775,3	3,5
7. 3.	417,2	92,8	288,4	45,6	22 9	120,3	743,4	3,5
15. 3.	417,1	92,7	283,2	44,9	15,7	120 1	742,7	3,5
23. 3.	417,3	93,0	273,1	47,4	16,8	120 8	732,9	3,5
31. 3	417,6	91,9	290,5	48,3	17,5	69,5	808,0	3,5

*) Einschl. Devisen.

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1925. (Mill. Lei).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen*)	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
3. 10.	6899,7	5,7	8465,5	1268,4	7398,6	20682.6	6
10. 10.	6899,7	5,6	8538,8	1268,3	7447,0	20656,9	6
17. 10.	6899,8	5,6	8494,8	1330,7	7408,8	20594,3	6
24. 10.	6899,9	5,6	8462,2	1342,6	7449.6	20493,7	6
31. 10.	6900,0	5,7	8440,2	1341,2	7430,3	20368,9	6
7. 11.	6900,1	5,5	8420,8	1353,9	7462,1	20411,7	6
14. 11.	6900,1	5,4	8407,8	1361,5	7477,7	20244,1	6
21. 11.	6900,1	5,4	8385,8	1370,0	7503,8	20184,6	6
28. 11.	6900,1	5,6	8388,7	1392,0	7539.3	20216,3	6
5. 12.	6900.3	5,3	8362,3	1407,1	7522,6	20060,7	6
12. 12.	6900.4	5,1	8355,1	1407,0	7554.3	19952,4	6
19. 12.	6900.4	5,0	8236,1	1363,7	7485,5	19940,0	6
26. 12.	6900.5	4,7	8313,4	1401,3	7480,0	20222,0	6

*) Ohne 11 Milliarden Lei Regierungsschuld.

Nationalbank von Griechenland.

Halbmonatsausweise von Oktober bis Dezember 1926. (Mill. Drachmen.)

Ausweis-Tag	Metallbestand*)	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen**)	Tägl. fällige Verbindlichkeiten ***)	Notenumlauf	Bankdiskont %
15. 10.	55,1	2726,9	722,7	2097,4	1569,7	5953,9	11
31. 10.	55,3	2771,9	720,6	2088,1	1595,0	5636,6	10
14. 11.	55.4	2839,2	714,2	2084,8	1601,7	5570,1	10
30. 11.	55,7	2772,4	696,6	2009,6	1580,5	5483,3	10
15. 12.	56,0	2567,3	677,9	2239,8	1603,0	5395,0	10
31. 12.	56,9	2304,5	680,3	2148,2	1421,5	5268,7	10

*) einschließlich Silber und 15 Mill. Frcs. Gold bei der Bank von England.
**) einschließlich landwirtschaftl. und hypothekar. Kredite.
***) In der Tabelle Juli bis September, Februarheft S. 129, sind die langfristigen Depositen mitenthalten.

Bulgarische Nationalbank

Monatsausweise von Oktober bis Dezember 1925. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag	Metalldeckung	Scheidemünze	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen*)	Tägl fäll. Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
31. 10.	58,4	85,9	365,1	452,8	504,4	1963,6	4073,8	10
30. 11.	58,6	80,4	368,6	419,7	511.4	2143,8	3819,7	10
30. 12.	58,7	72,8	478,3	364,3	516,1	2304,3	3655,3	10

*) ohne Darlehen an den Staat (am 31. 12. 4530,5 Mill.).
*) In der Tabelle Juli bis September, Februarheft S. 129, sind die langfristigen Depositen mitenthalten.

Digitized by Google

Oesterreichische Nationalbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. Schilling).

Ausweis-Tag	Metall, Valuten und Devisen	Wechsel, Warrants und Effekten	Darlehen gegen Handpfand	Banknoten-Umlauf	Giroguthaben und sonstige tägl. fällige Verbindl.	Bank-Diskont %
7. 1.	502,4	166,5	0,36	816,6	90.5	9
15. 1.	482,2	140,3	0,42	783,1	84,5	9
23. 1.	478,6	123,9	0.42	762,3	99,4	9
31. 1.	493,2	144,2	0,41	852,5	45,3	8
7. 2.	489,5	125.7	0.39	806,7	62,7	8
15. 2.	481,2	104,7	0,38	779.3	65,4	8
23. 2.	492,5	97,7	0,40	749,2	92.8	8
28. 2.	505,5	110,5	0,40	826,8	28,0	8
7. 3.	502,6	102,9	0,28	803,9	49,6	8
15. 3.	504,8	84,9	0,26	814,4	65,6	8
23. 3.	504,5	74,8	0,22	816,8	84,6	8
31. 3.	504,6	75,9	0,23	890,0	85,3	7½

Ungarische Nationalbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1926
(Millionen Pengö [1 P. = 12 500 Kr.])

Ausweis-Tag	Metallbestand einschl. Devisen	Wechsel, Warrants usw.	Guthaben des Staats	Guthaben der Privaten	Staatsnoten-Umlauf	Diskont %
7. 1.	263,8	132,7	225,7	10,8	383.1	7
15. 1.	256,6	141,7	227,8	10,7	366,4	7
23. 1.	255,0	145,4	228,0	19,5	353,5	7
31. 1.	253,7	150,8	185,3	10.0	404,7	7
7. 2.	256,8	152,2	203,5	10,6	392,3	7
15. 2.	254,9	147 7	213,4	25,3	364,9	7
23 2.	255,7	146,1	209,6	37,4	354 0	7
28. 2	249,9	149,4	176,9	29,9	393,5	7
7. 3.	249,0	140,1	201,4	14,2	375,6	7
15. 3.	245,4	133 2	205,1	16,3	356,4	7
23. 3.	241,1	132,1	204,1	22,7	344,3	7
31. 3.	242,3	133,4	205,6	21,8	348,9	7

Bankamt beim tschechoslowakischen Finanzministerium.

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. tschechosl. Kronen).

Ausweis-Tag	Metall	Auslands-guthaben	Wechsel	Lombard-Darlehen	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Bank-Diskont %
7 1.	1069,8	1201,2	854,0	429,1	7635,6	1484,4	6,5
15. 1.	1070,1	1207,3	769,2	424,0	7124.7	1778,5	6
23. 1.	1070,3	1193,7	732,6	422,0	6824,8	1995,5	6
31. 1.	1070,6	1180,4	680,9	422,1	7244,8	1635,3	6
7. 2.	1070,9	1162.0	612,4	418,1	7014,6	1531,1	6
15. 2.	1071,6	1173.2	583,1	377,6	6676,9	1837,7	6
23. 2.	1071,8	1160,9	567,3	377,0	6525,2	1996,6	6
28 2.	1072,1	1178,7	554,4	377,8	7073,6	1476,4	6
7. 3.	1072,1	1175,8	520,2	377,7	6895,9	1623,3	6
15. 3.	1073,6	1169,9	509,1	374,8	6666,2	1788,3	6
23. 3.	1037,7	1202,2	539,4	373,3	6468.0	2096,3	6
31. 3.	1074,2	1202,8	616,3	368,3	7147,3	1446,0	6

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. schwed. Kronen.)

Datum	Gold	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Schwed. u. ausländische Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
2. 1.	230,0	168,1	47,2	425,8	272,8	525,6	4,5
9. 1.	230,0	168,0	47,2	383,9	284,9	466,4	4,5
16. 1.	230,0	168,0	47,2	355,3	267,2	452,7	4,5
23. 1.	230,0	167,8	47,2	332,1	264,3	432,8	4,5
30. 1.	229,9	166,5	47,2	295,7	207,1	474,8	4,5
6. 2.	229,9	152,2	47,2	285,3	174,7	461,9	4,5
13. 2.	229,8	152,2	47,2	274,0	172,9	451,8	4,5
20. 2.	229,7	147,5	47,2	269,3	174,0	440,1	4,5
27. 2.	229,7	147,2	47,2	279.8	162,6	489,1	4,5
6. 3.	229,7	143,4	47,2	283,1	156,3	471,3	4,5
13. 3.	229,6	142,6	47,2	265,8	145,5	468,8	4,5
20. 3.	229,6	142,4	47,2	268,8	153,5	457,5	4,5
27. 3.	229,5	143,5	47,2	263,3	146,6	458,8	4,5
31. 3.	229,5	144,9	47,2	299,5	140,2	527,4	4,5

Bank von Norwegen.

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. norw. Kronen).

Datum	Goldbestand einschl. des im Ausland befindlichen	Guthaben im Auslande	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
7. 1.	147,2	54,4	299,4	93,1	346,2	5
15 1.	147,2	59,3	296,9	104,4	337,5	6
22. 1.	147,2	60,0	295,9	109,4	333,5	6
31. 1.	147,2	60,4	298,0	110,7	334,8	6
8. 2.	147,2	61,4	294,5	114,3	328,8	6
15. 2.	147,2	75,6	294,7	137,0	324,3	6
22. 2.	147,2	84,0	282,9	150,6	322,9	6
27. 2.	147,2	90,3	285,6	147,9	330,0	6
8. 3.	147,2	90,3	283,0	150,2	325,3	6
15. 3.	147,2	90,9	287,9	156,3	324,0	6
22. 3.	147,2	88,8	291,1	155,2	328,1	6
31. 3.	147,2	86,5	295,7	136,6	349,9	6

Nationalbank von Dänemark.

Monatsausweise von Januar bis März 1926 (Mill. dän. Kronen).

Ultimo	Metallbestand		Ausländ. Guthaben	Wechsel	Darlehen	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
	Gold	Silber						
Januar	209,3	14,8	64,7	101,5	15,4	40,2	402,8	5,5
Februar	209,3	15,1	73,1	94,8	14,9	41,5	398,6	5,5
März	209,3	15,4	55,7	115,5	14,9	36,2	411,3	5,5

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paul Gaumert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Volkseinkommen und Sozialprodukt.

Vor zwei Jahren hat in Deutschland eine Enquete des Reichswirtschaftsrats über die Verhältnisse in der Textilindustrie stattgefunden. Auf Grund der gewonnenen Einblicke hat die Enquete-Kommission damals die Forderung formuliert: In der Textilindustrie wie überhaupt in der gesamten deutschen Wirtschaft müsse der Arbeitseffekt vermehrt und der Leerlauf vermindert werden. Zur Wiederherstellung normaler Produktions- und Verteilungs-Verhältnisse sei eine Reinigung in allen Stufen der Wirtschaft nötig, denn das Eindringen zu vieler Menschen habe die Erzeugungskosten weit über das gerechtfertigte Maß gesteigert.

Was damals gefordert worden ist, das ist heute erfüllt. Die viel zu vielen Menschen, die in den deutschen Erzeugungs- und Verteilungs-Prozeß haben eindringen können, sind heute zum allergrößten Teil aus ihm entfernt, und insoweit sind die Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe auf den meisten Gebieten wieder hergestellt. Die Kehrseite ist aber, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1926 im Durchschnitt der Monate 1 800 000 Arbeitslose Anspruch auf Unterstützung durch Reich, Länder und Gemeinden erhoben haben.

Da man einen so erheblichen Bruchteil der arbeitenden Bevölkerung — mit Familienangehörigen etwa 7 % der Gesamt-Volkszahl — nicht seinem Schicksal überlassen kann, so muß man entweder den Arbeitslosen ermöglichen, sich wieder irgendwie in den Wirtschaftsgang einzuschalten, sich also zu ermäßigten Lohnbedingungen, ohne Begrenzung der Arbeitszeit und notfalls für wenig mehr als das tägliche Brot auf dem Arbeitsmarkt anzubieten; oder man muß sie während der Dauer der unfreiwilligen Arbeits- und Einkommmenslosigkeit aus öffentlichen Mitteln unterstützen. Die erstere Möglichkeit scheidet unter dem herrschenden System des Achtstundentages und der Tarifverträge aus, das es den Unbeschäftigten verbietet, eine Arbeit anzunehmen, die länger als acht Stunden dauert, oder die nicht nach den Sätzen der Tarifskala entlohnt wird. Demnach muß die öffentliche Unterstützung zur Anwendung kommen. Da ihre Kosten sich auf durchschnittlich 55 Mark für den Mann und den Monat belaufen, so muß die Wirtschaft ihre Reinigung von den Vielzuvielen und das Recht, rationell zu produzieren, zur Zeit mit etwa 1⅕ Milliarden Mark im Jahr bezahlen.

Selbst die Arbeitnehmer betrachten das nur als einen Notbehelf und nicht als eine Lösung. Denn die Sinnlosigkeit liegt hier auf der Hand. Nicht nur, daß der Arbeiter, der längere Zeit zum Müssiggang verurteilt ist, einen Teil seiner Arbeitseignung und meist auch seiner Arbeitslust verliert. Vor allem fehlt das Erzeugnis, das er herstellen könnte, wenn man ihm zu arbeiten

Digitized by Google

erlaubte, der Volksgemeinschaft. Man hat den Gesamtverlust, der dem Volksganzen aus diesem Fehlen der Erzeugnisse von 1 800 000 Arbeitslosen erwächst, zu berechnen versucht und ihn auf 4½ Milliarden Mark im Jahre beziffert. Deshalb berät man seit längerer Zeit darüber, wie man das Prinzip der sozialen Hilfeleistung ändern und die unterstützten Arbeitslosen in den Dienst volkswirtschaftlich nützlicher Aufgaben stellen könne. Muß man ein solches Heer schon bezahlen, so will man das lieber für Tätigkeit als für Untätigkeit tun.

In einem gewissen Umfange ist das auch früher schon geschehen. Zahlreiche, zum Teil höchst überflüssige Bauten namentlich der Kommunen verdanken ihre Entstehung hauptsächlich dem Wunsche, die Arbeitlosen in einer Form zu unterstützen, die sie ihrer Arbeit zurückgibt. Neuerdings aber will man das Prinzip der „produktiven Erwerbslosenfürsorge" im Großen anwenden und es wo irgend möglich an die Stelle der einfachen, an keine Leistung gebundenen Unterstützung setzen. Der Reichstag hat — übrigens schon im November vorigen Jahres — seinen volkswirtschaftlichen Ausschuß mit der Sache betraut, der Ausschuß hat sie an einen Unterausschuß weitergegeben, und dieser hat Ende Juni eine Reihe von Notstandsarbeiten vorgeschlagen, die etwa 500 000 Arbeitslose laufend zu beschäftigen erlauben würden. Die Vorschläge betreffen Straßenbauten, Oedlandkultur, Fluß- und Kanal-Regulierungen, Wasserkraft-Anlagen, Wohnungsbauten und Bahn-Elektrifizierung. Sie decken sich mit den Forderungen, die von den Gewerkschaften erhoben worden sind, und entsprechen auch ungefähr dem Bilde, das sich die öffentliche Meinung vorher schon von einem Notstandsprogramm gemacht hat. Freilich, daß einzelne Teile des Programms, wie z. B. das des Wohnungsbaus, nach der Ankündigung des Reichsarbeitsministers erst im Herbst aufgestellt werden, dafür aber volle drei Jahre in Kraft bleiben sollen, also auch noch zu einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit wirtschaftsgesetzmäßig längst überwunden sein muß, das dürfte der öffentlichen Meinung außerhalb der Ausschüsse, Unterausschüsse und des Aemterapparates weniger einleuchten.

Indessen sind das alles Nebendinge. Von weitaus größerer, weil grundsätzlicher Bedeutung ist die Frage: Ist das Prinzip der produktiven Erwerblosenfürsorge, rein wirtschaftlich angesehen, wirklich jenem anderen, charitativen Prinzip der Unterstützung ohne Gegenleistung überlegen? Und von noch ungleich größerer Wichtigkeit ist die Frage: Läßt sich die ganze heutige Arbeitsverfassung mit ihrer Zweiteilung der arbeitenden Bevölkerung in eine vom Tarifschutz eingezäunte, gegen die lohndrückende Konkurrenz der außerhalb des Zaunes Stehenden geschützte Gruppe von Beschäftigten, und in eine zweite Gruppe der Unbeschäftigten, die dafür, daß sie außerhalb des Zaunes bleibt, auf Kosten der Allgemeinheit erhalten oder mit Notarbeiten versehen

Digitized by Google

wird, ist diese Arbeitsverfassung mit den ökonomischen Gesetzen und den Forderungen der Wirtschaftlichkeit vereinbar?

Die erste dieser beiden Fragen beantwortet sich von selbst, sobald man sich der Tatsache bewußt ist, daß das Betriebskapital, über das eine Nationalwirtschaft verfügt, und das ihren Arbeitsgang befruchtet, stets irgendwie in der Wirtschaft gebunden ist. Es gibt kein müssig gehendes Betriebskapital, auch wenn es manchem so scheinen mag, der da liest, daß am Geldmarkt Kapital auf kürzeste Frist zu 2 Prozent Zins angeboten wird. Wer keinen Denkfehler begeht, wird sich sagen müssen, daß eben dieser niedrige Zins dartut, mit welcher Energie das sich jeweils bildende, noch nicht im Produktionsprozeß gebundene Kapital selbst dann nach Arbeit drängt, wenn es nur wenige Tage zur Verfügung seines Inhabers steht; um nicht müßig zu gehen und dafür die Strafe völliger Zinslosigkeit zu erleiden, stellt es sich selbst zum denkbar niedrigsten Zinse zur Verfügung jenes Markts, der es auf mannigfachen, oft recht spekulativen Umwegen dem Arbeitsprozeß zuleitet. Ist man sich dieser Tatsache bewußt, so erkennt man ohne weiteres, daß das Kapital, das im Wege der Anleihe aufgenommen und in den Dienst der produktiven Erwerbslosenfürsorge gestellt wird, an anderen Stellen der Wirtschaft fehlt; daß man es zunächst einmal Arbeiten, die Zins bzw. Rente abwerfen, und die daher die Präsumtion der Nützlichkeit für sich haben, entzieht, um es in Arbeiten von reinem Notstandscharakter zu stecken; und daß man daher, um eine Anzahl von Arbeitslosen irgendwie zu beschäftigen, einer Anzahl von Arbeitenden eine im einzelnen zwar unbekannte, tatsächlich aber vorhandene Beschäftigung entzieht. Werden die erforderlichen Mittel im zweiten möglichen Wege, dem der Steuer oder Umlage aufgebracht, so gilt für den Teil des Aufkommens, der sich andernfalls zu Kapital umgebildet haben würde, das Vorhergesagte; während der Rest, der ohne das Auftreten eines Steueranspruchs konsumtiv verwendet worden wäre, mit seiner Nachfrage vom Markt verschwindet, den normalen Absatz entsprechend einschrumpfen läßt (um dafür irgend einen anormalen Absatz, z. B. von Kies oder Pflastersteinen, zu ermöglichen) und so wiederum zu einer Gefahr für den Arbeismarkt wird. Wie jeder planmäßige Eingriff in die freie Wirtschaft krankt also auch der Eingriff zu Gunsten der produktiven Erwerbslosenfürsorge daran, daß man wohl seine positive, nicht aber seine negative Seite sieht und über seinen offen liegenden Vorteilen seine verborgenen Nachteile nicht erkennt oder für unbeachtlich hält.

Es wäre an sich sehr reizvoll, den unsichtbaren Einflüssen nachzugehen, die das Umleiten des Kapitals vom Zentrum des Arbeitsprozeßes, von der freien Erwerbstätigkeit, nach den Außenforts, den Notstandsarbeiten, auf das Wirtschaftsganze ausübt. Eine solche Untersuchung würde möglicherweise zu dem Ergebnis führen, daß die wirtschaftlichen Schäden der Kapitalumleitung

Digitized by Google

schon deshalb in Kauf genommen werden müssen, weil bei Anwendung der rein charitativen Form der Erwerbslosenfürsorge nicht wieder gut zu machende Schäden moralischer und physischer Natur entstehen würden. Aber vorher muß erst die andere, grundsätzliche Frage beantwortet sein, ob denn überhaupt der Fürsorgegedanke — in seiner produktiven wie unproduktiven Form — dem Sinn der Wirtschaft und dem wirklichen Interesse der Arbeitnehmer entspricht. Nur wenn diese Kardinalfrage bejaht, wenn also festgestellt ist, daß die Arbeitslosenunterstützung an sich ein gesundes Prinzip ist, hat es einen Zweck, des weiteren festzustellen, in welcher Form das Prinzip sich mit dem größeren Nutzen verwirklichen läßt.

Sobald wir aber auf jene Kardinalfrage eingehen und sie an ihrer Wurzel packen, indem wir uns die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihren wirtschaftlichen Sinn klar zu machen suchen, stossen wir auf jenes Kernproblem der Lehre von der Gütererzeugung und Güterverteilung, das Gelehrten wie Laien so schweres Kopfzerbrechen macht, und das kurz gefaßt etwa lautet: Da die Gesamterzeugung einer Volksgemeinschaft (das Sozialprodukt) gleich ist dem Einkommen der Volksgemeinschaft (dem Volkseinkommen), ja schlechthin identisch mit ihm ist; da somit das Sozialprodukt restlos im Volkseinkommen aufgeht und umgekehrt das Volkseinkommen das Sozialprodukt restlos absorbiert: so muß eine ökonomische Harmonie bestehen, die Erzeugung und Verbrauch, Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht hält; und es kann infolge dieses Gleichgewichts weder Erzeugnisse geben, die „mangels genügender Kaufkraft" keinen Absatz finden, noch kann es Arbeitskräfte geben, die „mangels genügender Absatzmöglichkeit" keine Erzeugnisse herstellen dürfen und daher beschäftigungslos bleiben müssen.

Von diesen Sätzen, deren Richtigkeit an sich nicht bestritten werden kann, obwohl sie anscheinend mit der Wirklichkeit auf das schärfste kontrastieren, gehen die wissenschaftlichen Vertreter der Arbeiterschaft aus, wenn sie von den Unternehmern fordern: „Erhöht die Löhne der Arbeiter! Ihr könnt es gefahrlos tun, denn der höhere Lohn des Arbeiters kehrt restlos als erhöhte Nachfrage zu Euch zurück. Ihr könnt die Kaufkraft der Massen und damit die Verkäuflichkeit Eurer Erzeugnisse nicht besser steigern, als indem Ihr Euren Arbeitern höhere Löhne zahlt." Dieser Appell der Arbeiterführer mit seiner Behauptung, daß in der Lohnfrage Altruismus und Egoismus gleichbedeutend seien, stützt sich auf die erwähnte ökonomische Harmonie, nach der Produktion und Kaufkraft, Angebot und Nachfrage jederzeit im Gleichgewicht sind und jede Steigerung auf der einen Seite ohne weiteres eine Steigerung auf der anderen Seite zur Folge haben muß.

Es bedeutet nun nicht den geringsten Zweifel an dem tatsächlichen Bestehen einer solchen Harmonie, wenn man trotzdem die Forderung der wissenschaftlichen Arbeitervertreter für ebenso

Digitized by Google

unwissenschaftlich wie undurchführbar hält. Man kann diese Forderung als einen Verstoß gegen die Wirtschaftsgesetze ablehnen, und doch ihre Prämisse zugeben, daß Sozialprodukt und Volkseinkommen sich immer und ausnahmslos decken müssen, gleichviel nach welchem Schlüssel sich die Gesamtsumme der Einkommen auf Unternehmer, Arbeiter und andere Klassen verteilt. Die Argumentation der Arbeitervertreter ist nämlich ein Trugschluß: Weil das Totale der Einkommen identisch mit dem Totalen der Gütererzeugung ist und bleibt, gleichviel, welche Verschiebungen auf der Einkommenseite vorgenommen werden, unterstellt man ohne weiteres, daß sich auch in der Zusammensetzung des Totalen nichts ändert, also das Realeinkommen keiner Klasse geschmälert wird, wenn das Realeinkommen des Arbeiters sich erhöht. Was offenbar eben deshalb falsch ist, weil das Volkseinkommen niemals über das Sozialprodukt hinauswachsen kann, vielmehr im Rahmen dieses letzteren jedem Mehreinkommen des einen ein Mindereinkommen des anderen entspricht. Die Argumentation ist aber auch noch aus einem anderen Grunde falsch: Sie übersieht das Streben nach dem Nutzen (das „Profitstreben"), diesen wichtigsten Motor des Erwerbslebens, ohne den keine Wirtschaft, auch keine durchsozialisierte, lebensfähig ist. Selbst wenn die Unternehmer die Gewißheit haben, daß der Mehrlohn, den sie ihren Arbeitern gewähren, unverkürzt in Gestalt einer entsprechenden Nachfrage zu ihnen selbst zurückkehrt — schon diese Voraussetzung wird kaum je erfüllt sein —, bedeutet dies nur, daß sie einen Mehrabsatz in Höhe des Mehrlohns haben, nicht aber, daß ihnen ein Nutzen zuwächst. Im Gegenteil: Für alle nicht aus „Arbeit" bestehenden Kostenelemente der Erzeugnisse, die sie im Austausch für den von ihnen selbst gezahlten Mehrlohn hingeben, bleiben sie unentschädigt; in Höhe dieser Kostenelemente treten sie eigenes Einkommen oder gar eigenes Vermögen an die Arbeiter ab.

Es wäre auch hier wieder sehr interessant, dem Trugschluß der Arbeitervertreter bis auf die Wurzel nachzugehen; es würde sich dann herausstellen, daß man hier nicht nur den Faktor „Nutzen", sondern auch die Faktoren „Rente", „Verschleiß", kurz alle Faktoren mit Ausnahme des Faktors „Arbeit" übersehen hat. Aber das würde uns vom eigentlichen Thema ablenken. Das im Hinweis auf die Identität von Volkseinkommen und Sozialprodukt erhobene Verlangen nach Mehrlöhnen ist hier überhaupt nur deshalb kurz betrachtet worden, weil es deutlich zeigt, zu welchem Widersinn falsche Nutzanwendungen aus mißverstandenen Wirtschaftsgesetzen führen.

Es besteht in der Tat eine ökonomische Harmonie, und diese Harmonie hat überall da, wo der natürlichen Wirtschaftsweise kein Zwang angetan wird, nicht nur zur Folge, daß jedermann, der an der Herstellung des „Sozialprodukts" mitwirkt, einen Rechtsanspruch auf einen Teil dieses Produkts hat; sondern sie

Digitized by Google

hat zur weiteren Folge, daß niemand gehindert werden kann, das Sozialprodukt durch Hergabe seiner Arbeit zu vermehren und sich dadurch den genannten Rechtsanspruch, d. h. ein Einkommen, zu verschaffen. Jede Wirtschaft ist letzten Endes Tauschwirtschaft, und jeder, der sein eigenes Produkt verwerten, also verkaufen will, muß auch kaufen, d. h. einem Anderen die Herstellung und Lieferung eines äquivalenten Produkts gestatten. Handelt er anders, verweigert er grundsätzlich die Annahme jedes aus fremder Arbeit entstandenen Produkts, so fehlt auf dem Markt die Nachfrage nach seinem eigenen Erzeugnis, und dieses wird unverkäuflich. Denn die Vorbedingung für die Möglichkeit, ein Produkt auf dem Markt zu verwerten, ist das Vorhandensein einer entsprechenden Kaufkraft, und diese fehlt, wenn der Verkauflustige sie nicht selbst bildet, indem er durch seine Nachfrage ein fremdes Produkt verkäuflich macht. Er muß als Käufer auftreten und dadurch „Arbeitsgelegenheit schaffen", damit das Erzeugnis seiner eigenen Arbeit auf dem Markt einer Nachfrage begegnet und aus einer unverwertbaren Spielerei oder aus einem Gegenstande zum Eigengebrauch zu einem Teil des Sozialprodukts wird.

Angesichts unserer heutigen Verhältnisse mag dies reichlich theoretisch klingen. Aber es klingt nur so, weil die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge fast in allen Ländern zerrissen und durch künstliche Konstruktionen und Zwangsmaßnahmen ersetzt sind. Falls es möglich ist, der Wirtschaft ihre Freiheit wiederzugeben — worauf später einzugehen ist —, wird es sich ohne weiteres herausstellen, daß die ökonomische Harmonie durchaus kein theoretisches Hirngespinst ist, daß vielmehr jedermann, der bereit ist, mit seiner körperlichen oder geistigen Arbeit an der Vermehrung des Sozialprodukts mitzuwirken, nicht nur ein natürliches „Recht auf Arbeit" und einen natürlichen Anspruch auf ein seiner Mitwirkung entsprechendes Einkommen hat, sondern auch imstande ist, seinen Anspruch durchzusetzen. Und zwar wird sich das, sobald bestimmte Fesseln von der Wirtschaft fallen, selbst dann herausstellen, wenn die Wirtschaft in ihrer Struktur keine Veränderung erfährt, also ganz wie heute individual-kapitalistische Geldwirtschaft ist.

Es scheint freilich so, als ob bei dieser Wirtschaftsweise sich nicht weniger als drei Widerstände der Harmonie zwischen Sozialprodukt und Einkommen, zwischen Angebot und Nachfrage, in den Weg stellen: Nämlich erstens das Moment des zeitlichen Intervalls, das mit der Umwandlung des „einfachen" Tauschs in den „zerlegten" Tausch (Kauf und Verkauf) zusammenhängt und durch das Geld in die Wirtschaft hineingetragen wird. Zweitens das Moment des Produzierens pro incerto desiderio, für einen unbekannten Bedarf, das der Eigenschaft unserer (und jeder) Wirtschaft als einer Vorratswirtschaft entspringt. Drittens das Moment der Kapital-Beschränktheit, das in der ka-

Digitized by Google

pitalistischen Wirtschaftsweise wurzelt, das heißt darin, daß die Arbeit der Gegenwart in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Produkten der vorgeleisteten Arbeit früherer Perioden (Kapital) steht. Wir werden aber sofort sehen, daß jeder dieser drei Widerstände, die der kapitalistischen Geldwirtschaft eigentümlich sind, sich auf bestimmte Weise selbst beseitigt, sofern die Fähigkeit der Selbstheilung nicht durch gewaltsame Eingriffe von außen unterbunden wird.

Da ist also zunächst das Moment des zeitlichen Intervalls. Während beim „einfachen" Tausch Leistung und Gegenleistung zeitlich zusammenfallen, so daß niemand etwas liefern oder leisten kann, wenn er nicht bereit ist, eine Gegenlieferung oder Gegenleistung dafür anzunehmen, ermöglicht der durch das Geld in zwei selbständige Akte, den Verkauf und den Kauf, aufgelöste „zerlegte" Tausch, etwas zu liefern oder zu leisten, ohne sofort eine Gegenleistung dafür zu beziehen. Das Geld entpersönlicht den Tausch, indem es zwischen die beiden Tauschenden ein Drittes, den „Markt", einschiebt. Diesem Markt kann der eine Teil eine Ware oder eine Leistung zuführen, auch wenn er ihm seinerseits zunächst keine Gegenware oder Gegenleistung entnehmen will. In diesem Falle erhält er im Austausch für seine Arbeit oder sein Arbeitsprodukt „Geld", d. h. ein Bezugsrecht, das er geltend machen kann, wann es ihm beliebt. Er kann das Geld sofort wieder ausgeben, also die ihm zustehende Gegenleistung a tempo in Empfang nehmen, in welchem Falle der Tauschakt beendet ist. Er kann das Geld aber auch aufbewahren, um es erst später, bei eintretendem Bedarf, auszugeben. In diesem Falle ist der Tauschakt nur zur Hälfte durchgeführt; die Leistung ist erfolgt, ohne daß eine Gegenleistung in Anspruch genommen, ohne daß eine Kaufkraft ausgeübt worden wäre. Irgend jemand findet also auf dem Markte keine Nachfrage für seine Arbeit oder sein Arbeitsprodukt vor und bleibt wider Willen unbeschäftigt. Denkt man sich diesen Vorgang vervielfältigt, die Aufbewahrung empfangenen Geldes in einem größeren Maßstabe erfolgt, so hat man das Bild einer Wirtschaft, in der auf der einen Seite ein großes Angebot, auf der anderen eine verhältnismäßig kleine Nachfrage herrschen und zahlreiche Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft arbeitslos sind, weil das Geld ein Intervall zwischen die Leistung und die Gegenleistung geschoben hat.

Auch wenn man darauf verzichtet, in eine tiefgründige Untersuchung der hier obwaltenden Zusammenhänge einzutreten, vielmehr an der Oberfläche der Erscheinungen bleibt, drängt sich dennoch sofort eine Ueberlegung auf: Das Geld ist nur in beschränkter Menge vorhanden. Da es niemals etwas anderes darstellt als einen Anspruch auf Gegenleistung — was jeder einzelne auch ohne geldtheoretisches Studium feststellen kann, indem er sich die Herkunft des zufällig in seiner Tasche befindlichen Geldes vergegenwärtigt —, so entspricht seine Menge immer dem Gesamtwert der

Digitized by Google

Leistungen (der Verkäufe), für die zunächst noch keine Gegenleistung in Anspruch genommen (noch nichts gekauft) worden ist. Seine Menge entspricht mithin genau dem noch unverwendeten (ungekauften), weder konsumierten noch zu Kapital gewordenen Markt-Vorrat an Gütern aus einer vorhergehenden Produktionsperiode. Auch das läßt sich durch eine praktische Probe ohne weiteres feststellen. Sobald jemand das in seiner Tasche befindliche Geld ausgeben, also das darin verkörperte Bezugsrecht ausüben und die ihm für eine frühere Leistung zustehende Gegenleistung in Empfang nehmen will, wird er finden, daß die als Gegenleistung von ihm beanspruchten Güter für das Geld ohne weiteres erhältlich sind, wenn auch nicht immer in genau der gewünschten Gattung und Güte, so doch in dem beanspruchten Gesamtwert. Es hat — außer in Inflationszeiten, d. h. in Zeiten betrügerischer Geldherstellung, — noch niemals jemand Geld gehabt, ohne dafür etwas kaufen zu können, also Güter entsprechenden Werts auf dem Markte vorzufinden. Diese Güter sind aber nur aus dem Grunde vorhanden und ohne effektive Leistung, d. h. ohne Ersatz durch gleichwertige Güter, lediglich gegen Hingabe von Geld, erhältlich, weil in Höhe des Geldbetrages, den jener in der Tasche trägt, der Markt vorher mit Gütern versorgt worden ist, ohne daß gleichzeitig eine Entnahme von Gütern gleichen Werts stattgefunden hätte; denn der Betreffende hat ja damals anstelle der ihm zustehenden Güter den entsprechenden Geldbetrag in Empfang genommen, und er hat das getan, weil er die Gewißheit hatte, das Geld nachträglich zu jeder Zeit in die Güter umtauschen zu können, die er interimistisch am Markte belassen hat.

Die Aufspeicherung von Geld, will sagen, der zeitweilige Verzicht auf Güter und Leistungen, die sofort beansprucht werden würden, wenn der gesellschaftliche Verkehr ein Tausch- und kein Geldverkehr wäre, bedeutet eine Verminderung der Nachfrage nach Gütern und Leistungen bei zunächst unverändertem Angebot, also Absatzstockung und Arbeitslosigkeit. (Die Zu- und Abnahme der Geldaufspeicherung — nicht zu verwechseln mit der Geldausgabe durch eine Notenbank — als Konjunktur-beeinflussendes Moment wird von der Volkswirtschaftslehre viel zu sehr vernachlässigt; hier weit mehr als im mechanischen Anhäufen von Bergen statistischen Materials und deren Destillierung zu einem Extrakt von Indexziffern bietet sich ein dankbares Feld für die wirtschaftliche Konjunkturforschung). Aber der Aufspeicherung von Geld ist eine dreifache Grenze gesetzt, die immer dann, wenn die Wirtschaft nicht vergewaltigt wird, vollauf ihre Schuldigkeit tut und das Entstehen einer größeren Arbeitslosigkeit von dieser Seite her verhindert.

Erstens: Niemand wird Geld in einem mehr als normalen, seinen Bedarf bis zur Neubildung von Einkommen — am nächsten Zahlungs-, Zins-, Lohntage — deckenden Umfange aufspeichern, wenn er weiß, daß er bei Eintritt unvorhergesehenen Mehrbedarfs

Digitized by Google

ohne weiteres Kredit erhalten kann. Ein geregelter Kreditverkehr, der nicht nur den kapitalkräftigen, sondern auch den kapitalschwachen Mitgliedern der Verkehrsgemeinschaft einen Notkredit sichert, macht die Unterhaltung eines übergroßen Vorrats an barem Gelde, d. h. einen übergroßen Verzicht auf den Bezug von Gütern und auf die Inanspruchnahme von Arbeitskraft, unnötig. (Man sieht, wie wichtig es ist, daß in Krisenzeiten der ängstliche „kleine Mann" vermehrte, und nicht etwa verminderte Kreditgelegenheit erhält.)

Zweitens: Niemand, der sich trotz des Vorhergesagten eine größere Notreserve bilden will, wird dies in der Form baren Geldes tun, wenn er denselben Zweck durch Niederlegung des Geldes bei einer Bank oder eine Sparkasse erreichen und sich gleichzeitig ein Mehreinkommen in Gestalt von Zinsen verschaffen kann. Voraussetzung ist ein gesundes Bank- und Sparwesen und vor allem ein freier Zins, der durch keine fürsorgliche Politik gehindert wird, stets denjenigen Stand einzunehmen, der zur Erfüllung seiner Aufgabe nötig ist. Zuweilen, namentlich in politisch unruhigen Zeiten, wird nur ein sehr hoher Zins imstande sein, die schädliche Neigung zum Aufspeichern anormal großer Beträge baren Geldes zu bekämpfen. Hindert man alsdann den Zins, auf die Höhe zu steigen, bei der er wirksam wird, so hat das eine verstärkte Kassenbildung zur Folge, d. h. einen zunehmenden Verzicht auf normalen Güterbezug, mithin Absatzstockung und Arbeitslosigkeit.

Drittens: Sobald Absatzstockung und Arbeitslosigkeit einen größeren Umfang annehmen, wird der schädlichen Bargeld-Aufspeicherung dadurch entgegengewirkt, daß den Aufspeichernden eine Prämie für die Hergabe des thesaurierten Geldes bzw. für die Ausübung der darin steckenden Kaufkraft geboten wird. Und zwar nimmt die Prämie die Form besonderer Preisvergünstigungen an. Diejenigen Warenbesitzer und Arbeitnehmer, die durch die Enthaltsamkeit der Geldinhaber in Bedrängnis geraten, weil sie infolge der Absatzstockung Schuldverpflichtungen nicht erfüllen, oder infolge der Arbeitslosigkeit den Lebensunterhalt nicht bestreiten können, bieten ihre Waren oder ihre Arbeit zu ermäßigten Preisen an und locken das thesaurierte Geld durch eine „nie wiederkehrende Kaufgelegenheit", oder wie die Reizmittel sonst heißen mögen, an den Markt. Die Unterbietungen und Schleuderausverkäufe werden freilich bei einer bestimmten Verfassung der Verteilungswirtschaft, nämlich wenn der Zwischenhandel gewohnheitsmäßig hoch verschuldet ist, als recht störend empfunden. Wie sich aber bei fast jeder Erscheinung, die dem Kurzsichtigen als „Auswuchs" erscheint, bei genauerem Zusehen irgend ein wirtschaftlicher Zweck erkennen läßt, so haben auch die durch Kartelle, Konventionen, Innungen usw. so schwer bekämpften Schleuderpreise die wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, der Thesaurierung entgegenzuwirken und das Geld aus seinen Verstecken zu holen. Sie

Digitized by Google

teilen sich mit dem Zinse in die Funktion, das „Intervall", während dessen die Kaufkraft des Geldes ruht, abzukürzen. Auch der billigere Preis, zu dem die Arbeit sich dem thesaurierenden Geldinhaber anbietet, übt diese Funktion aus, und Lohntarife, die den Arbeitnehmer von der Annahme einer niedriger bezahlten Arbeit abhalten, beseitigen ein wichtiges Reizmittel, mit dem sich vermehrte Kaufkraft auf den Markt locken läßt.

So viel über das zeitliche Intervall, das sich in der Geldwirtschaft zwischen Leistung und Gegenleistung schiebt. Man sieht, daß dieses Intervall an sich eine Störung der ökonomischen Harmonie ist — wohlgemerkt auch nach der entgegensetzten Seite der Mehrnachfrage und des Minderangebots —, daß aber in der sich selbst überlassenen Wirtschaft Kräfte am Werk sind, welche die Störung wieder aufheben. Es existiert übrigens neben den drei genannten Kräften — Kredit, Zins und Preis — noch ein Viertes, das der Aufspeicherung von Geld eine natürliche Grenze setzt. Es ist dies eine bestimmte Geldverfassung, bei der das Geld mit einem Gut von notorischer Weltgeltung — z. B. Gold — identifiziert bzw. körperlich verschmolzen wird. Wo dies der Fall ist, da vermehrt sich das Geld automatisch, sobald die Thesaurierungsneigung seiner Inhaber es dem Umlauf entzieht und ihm einen gewissen Seltenheitswert gegenüber dem Stoff verleiht, mit dem es identisch ist, oder aus dem es hergestellt wird. Doch würde ein genaueres Eingehen auf dieses sehr interessante Phänomen zu weit führen, und so mag es bei dieser Andeutung sein Bewenden haben.

Ein weitere Störung des natürlichen Gleichgewichts zwischen Herstellung und Verbrauch wird in die Wirtschaft getragen durch die Art und Weise, auf welche die menschliche Gemeinschaft ihre Bedürfnisse befriedigt, nämlich durch die schon erwähnte Methode der Produktion pro incerto desiderio, der Erzeugung für einen unbekannten, lediglich geschätzten Bedarf. Jede menschliche Wirtschaft ist V o r r a t s w i r t s c h a f t und muß es sein, schon deshalb, weil die Natur uns ihre Gaben nicht perennierend, in zeitlicher Uebereinstimmung mit unserem täglichen Bedarf, sondern stoßweise liefert, und weil aus der Vorversorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen ohne weiteres eine Vorerzeugung folgt. Die Wirtschaft eines Landes ist immer dann in einer gesunden Verfassung, wenn es ihr bei der Erzeugung für den künftigen Bedarf gelingt, die spätere Nachfrage richtig einzuschätzen und ein entsprechendes Arbeitsprogramm innezuhalten. Aber auch die gesundeste und erfolgreichste Wirtschaft muß mit Fehlgriffen rechnen und sich darauf gefaßt machen, daß sie unter anderem auch Erzeugnisse herstellt, die später keiner Nachfrage begegnen, und daß es daher auf den betreffenden Erzeugungsgebieten zu Absatzkrisen und zu Arbeitslosigkeit kommt.

Um ein beliebiges Produktionsgebiet als Beispiel herauszugreifen: Die Hersteller von Baumwollstrümpfen geben ihrer Er-

Digitized by Google

zeugung denjenigen Umfang, der ihren Produktions-Einrichtungen entspricht, die ihrerseits wieder auf den durch Erfahrung und laufende Nachfrage festgestellten Konsumanspruch zugeschnitten sind. Da wechselt die Mode, die Nachfrage bevorzugt Strümpfe aus Kunstseide, und die Hersteller von Baumwollstrümpfen erkennen mit Schrecken, daß sie einen unverkäuflichen Artikel hergestellt haben und noch immer herstellen. Sie schränken also den Betrieb ein und entlassen einen großen Teil ihrer Arbeiter.

Wie stimmt dieser Vorgang zur ökonomischen Harmonie, nach der doch die vorhandene Kaufkraft der Einkommen gleich dem Sozialprodukt ist und daher auch imstande sein muß, jeden Teil des Sozialprodukts zu einem alle Kosten plus Profit deckenden Preise zu absorbieren? Antwort: Der Vorgang hat mit der ökonomischen Harmonie schlechterdings gar nichts zu tun. Denn nicht der Wille der Unternehmer, auch nicht die auf ein bestimmtes Erzeugnis verwendete Arbeit, sondern erst die spätere Verkaufsmöglichkeit, also der Erfolg, macht das Erzeugnis zu einem Teil des Sozialprodukts. Ist das Erzeugnis unverkäuflich, so unterscheidet es sich in nichts von dem selbstverfertigten Papierdrachen des Knaben und dem Blumenkranz des Mädchens; es ist, volkswirtschaftlich genommen, eine Spielerei, und die darauf verwendete Arbeit ist vergeudet. Die Kaufkraft der für diese Arbeit bezahlten Löhne bildet allerdings einen Teil des Volkseinkommens. Aber ihr steht die größere Einbuße gegenüber, die das Volkseinkommen durch den Verlust des erfolglosen Unternehmers oder seines Kreditgebers erlitten hat, und die sich auf der Seite des Sozialprodukts im Fehlen der marktfähigen Erzeugnisse äußert, die bei richtiger Verwendung der Arbeit vorhanden sein würden. Volkseinkommen und Sozialprodukt haben sich also gleichmäßig verringert, und die Uebereinstimmung zwischen ihnen ist nicht gestört. Sie kann auch, wenn man das früher behandelte Moment des zeitlichen Intervalls außer Betracht läßt, gar nicht gestört werden, da, wie immer wieder betont werden muß, die beiden Größen identisch sind: Das Einkommen entscheidet darüber, wie viel gekauft werden kann, und wie viel unverwertbar ist; und das Sozialprodukt seinerseits, d. h. das Totale der verwertbaren Erzeugnisse im Lande, bestimmt die dem Volkseinkommen innewohnende reale Kaufkraft und damit das Volkseinkommen selbst.

Nun sind die Dinge aber in Wirklichkeit selten so kraß, daß Erzeugnisse, an die Kapital und Arbeit gewendet worden sind, absolut wertlos sind und restlos aus dem Kreise des Sozialprodukts ausscheiden, weil kein noch so kleiner Bruchteil der Einkommen seine Kaufkraft für sie hergeben will; vielmehr finden sich für fast jedes Erzeugnis Mittel und Wege, sich in den Kreis des Sozialprodukts einzudrängen. Da sind die Mittel der Reklame und des geschickten Vertriebs, die manches minderwertige oder minder beliebte Produkt auf Kosten besserer oder beliebterer Produkte verkäuflich machen. Da ist aber vor allem wieder das uns be-

Digitized by Google

reits bekannte Mittel des Preisnachlasses, das schon das störende Moment des zeitlichen Intervalls so erfolgreich überwunden hat. Mit seiner Hilfe können die von der Mode benachteiligten Fabrikanten von Baumwollstrümpfen den Absatz ihrer Erzeugnisse erzwingen und einen Teil der Volkskaufkraft an sich reißen — natürlich auf Kosten anderer Erzeugnisse, hier der von der Mode begünstigten kunstseidenen Strümpfe, die entsprechend zurückgedrängt werden; wenn deren Fabrikanten ihren Artikel im feststehenden Rahmen des Volkseinkommens halten und nicht aus dem Kreise des Sozialprodukts herausdrängen lassen wollen, so müssen sie ebenfalls Preiskonzessionen machen. Das Ergebnis all dieser Preisnachlässe ist, daß mehr Erzeugnisse als vorher auf das Totale des Volkseinkommens entfallen, daß die Einkommen also kaufkräftiger werden und dem erweiterten Kreise des Sozialprodukts ein entsprechend erhöhtes Realeinkommen gegenüberstellen.

Noch stärker als durch Mode und individuelle Liebhaberei wird im Rahmen der herrschenden Vorratswirtschaft das natürliche Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch gestört durch das Moment der Kapitalbildung, indem bald ein größerer, bald ein kleinerer, im voraus nicht abzuschätzender Teil des Volkseinkommens lieber „spart", als „verbraucht", d. h. lieber auf dem Umwege über Banken, Kapitalmarkt und Industrie Güter höherer Ordnung, Produktivgüter, erwirbt, als direkt Güter minderer Ordnung, also Konsumgüter. Nicht nur der Fabrikant von Baumwollstrümpfen, sondern auch derjenige der von der Mode begünstigten kunstseidenen Strümpfe läuft Gefahr, sein Erzeugnis aus dem Kreise des Sozialprodukts herausgedrängt zu sehen, wenn in der Bevölkerung infolge beliebiger Umstände eine verstärkte Sparneigung zum Durchbruch kommt und die Konsumgewohnheit entsprechend zurückgedrängt wird; was zum Beispiel immer dann der Fall sein wird, wenn der Zins, jener machtvolle Ueberwinder des „zeitlichen Intervalls", seine Schuldigkeit in solchem Grade tut, daß sich eine Vorliebe für das Renten-Einkommen herausbildet und weite Kreise dazu übergehen, einen Teil ihrer Kaufkraft nicht mehr persönlich und zu Verbrauchszwecken zu verwenden, sondern sie Dritten zu Produktivzwecken zu überlassen. In solchen Zeiten nimmt zwar das Sozialprodukt als Ganzes nicht ab, aber es erfährt eine veränderte Zusammensetzung; die Konsumgüter werden von den Produktivgütern, in unserem Beispiel also die Strümpfe jeglicher Art durch die Strumpf-Wirkmaschinen, zurückgedrängt. Auch in diesem Falle können sich die Konsumgüter nur durch das Mittel der Preisermäßigung im Kreise des Sozialprodukts behaupten, d. h. dadurch, daß ihr verbilligtes Angebot den konsumbereiten Teil des Volkseinkommens kaufkräftiger macht und es diesem ermöglicht, ein vergrößertes Güterquantum zu absorbieren als früher. Dieses Schutzmittel hat, wenn es in großem Maßstabe und auf zahlreichen Konsumgebieten ange-

Digitized by Google

wendet wird, auch die Wirkung, das Verhältnis zwischen Sparneigung und Konsumneigung wieder zu Gunsten der letzteren zu verschieben, da die Preisverbilligung nicht nur zu verstärktem Konsum anreizt, sondern auch durch Verringerung des Unternehmerprofits von der Kapitalbildung abschreckt.

Aber das Schutzmittel der Preisherabsetzung hilft nur den Warenbeständen, die in einer vorhergehenden Produktionsperiode für den falsch eingeschätzten Bedarf der Gegenwart hergestellt worden sind. Es hilft nicht den Arbeitern, die derzeit mit der Herstellung gleichartiger Waren beschäftigt sind. Für sie ist das Ergebnis des Kampfes zwischen den Produzenten und der ihnen ungünstigen Konsumrichtung, daß sie infolge Einschränkung der unlohnend gewordenen Erzeugung in stärkstem Maße arbeitslos werden. Es sei denn, daß auch sie das Mittel anwenden, dessen sich die Produzenten bedienen: daß sie also auch ihrerseits zu Preiskonzessionen bereit sind, sich also den Arbeitgebern zu ermäßigten Lohnsätzen anbieten und dadurch den Artikel, an dessen Herstellung sie mitwirken, trotz seines verbilligten Preises wieder zu einem lohnenden, d. h. Nutzen abwerfenden Gegenstand der Fabrikation machen. Es steht auch noch ein anderes Schutzmittel gegen Arbeitslosigkeit zu ihrer Verfügung. Sie können aus den weniger lohnend gewordenen Erwerbszweigen in die Gebiete der bevorzugten und besser rentierenden Produktionsgebiete abwandern. Aber da sie hier nicht die persönliche Eignung mitbringen, die sie auf den Gebieten ihrer ursprünglichen Tätigkeit gehabt haben, sich also als „ungelernte" Arbeiter anbieten müssen, obwohl sie bisher die Eigenschaft von Qualitätsarbeitern gehabt haben, so ist auch dieser Berufswechsel mit einer Lohn-Einbusse verbunden.

Es kommt noch hinzu, daß die Aufnahmefähigkeit der von der Mode oder der Verbrauchsrichtung begünstigten Produktionsgebiete für die entbehrlich gewordenen Arbeiter der unlohnend gewordenen Gebiete nicht unbegrenzt ist, sondern von der Anzahl der vorhandenen Maschinen und dem Umfange der sonstigen Betriebseinrichtungen abhängt. Und damit sind wir bei der dritten Störung des natürlichen Gleichgewichts zwischen Erzeugung und Verbrauch: Jede fortgeschrittene Wirtschaft ist eine kapitalistische (privat- oder sozial-kapitalistische) Wirtschaft; sie arbeitet mit einem ganz bestimmten Anlage- und Betriebskapital, und dieses Kapital findet bei den begünstigten Gewerben nicht ohne weiteres eine Zunahme, wenn das entsprechende Kapital bei den benachteiligten Gewerben brach liegt. Das zur Aufnahme des sich anbietenden Arbeiters verfügbare Kapital ist also begrenzt, selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das in der Neubildung begriffene Sparkapital der Bevölkerung durch die hohe Rente der begünstigten Industrieen zu diesen hingezogen wird. Es ergeht somit dem Arbeiter auf seiner Suche nach Beschäftigung genau so, wie es den schwer verkäuflichen Waren auf

Digitized by Google

ihrer Suche nach Absatz ergeht: Wie diese sich den Platz innerhalb des Sozialprodukts durch Preisnachlaß erkämpfen müssen so müssen die Arbeiter sich die Möglichkeit ihrer Beschäftigung durch das beschränkte Kapital durch eine weitere Verminderung ihrer Lohnansprüche erkämpfen. Nur wenn sie hierzu bereit sind, sich also mit einem geringeren Anteil am Volkseinkommen begnügen, stellen sie die gestörte Harmonie wieder her, die auf der Seite des Sozialprodukts durch das verbilligte Angebot der Ware wiederherzustellen versucht wird.

Wie dieser automatischen Anpassung auf der Warenseite die Einrichtungen der Kartellierung, der Preiskonvention, der Verbote des sog. „Schleuderverkaufs" usw. entgegenstehen, so stehen ihr auf der Seite der Arbeiterschaft die Tarifverträge entgegen, die es dem einzelnen Arbeiter verbieten, sich zu einem niedrigeren als dem tariflich festgesetzten Lohn anzubieten, und ihm auch nicht gestatten, in ein ihm fremdes Arbeitsgebiet einzudringen. Natürlich haben die Tarifverträge einen ganz bestimmten und durchaus einleuchtenden Sinn: Sie wollen verhindern, daß durch die Konkurrenz der Arbeiter um die Arbeitsgelegenheit die Löhne auf der ganzen Linie gedrückt werden, zu Gunsten des Unternehmer-Profits, der dadurch angeblich eine entsprechende Steigerung erfährt. Wie aber auf so vielen Gebieten, so wird auch hier über der positiven und offen zu Tage liegenden Seite des Problems die weniger sichtbare negative Seite übersehen, nämlich daß durch die Festsetzung unterer Lohngrenzen ein Teil der Arbeiter gehindert wird, sich innerhalb des festen, vom Sozialprodukt bestimmten Rahmens des Volkseinkommens einen Anteil an diesem Einkommen zu sichern; daß durch die Lohngrenzen eine Zweiteilung der Arbeiterschaft herbeigeführt wird, wobei der eine Teil gar keinen, der andere Teil aber einen ensprechend zu hohen Anteil am Volkseinkommen hat.

Und hier entsteht die so außerordentlich bedeutungsvolle prinzipielle Frage: Ist es richtig, eine solche Zweiteilung der Arbeiterschaft vorzunehmen und ihre größte Härte dadurch zu beseitigen, daß man den künstlich aus dem Volkseinkommen ausgeschalteten Teil — durch charitative oder produktive Erwerbslosenfürsorge — auf Kosten der Volksgesamtheit vor der Verelendung bewahrt? Oder ist es richtiger, der Wirtschaft in dieser Hinsicht ihre volle Freiheit zu geben und den Markt der Arbeit (ebenso wie den Warenmarkt) der Selbstregulierung durch uneingeschränktes Anbieten und Nachfragen zu überlassen?

Die heutige Praxis, wonach die Arbeitnehmer durch Zwangslöhne in einen relativ zu gut bezahlten beschäftigten, und einen vom Volkseinkommen ausgeschalteten bzw. auf öffentliches Almosen angewiesenen unbeschäftigten Teil gespalten werden, geht von der Voraussetzung aus, daß der Lohndruck, den der unbeschäftigte Teil durch das billige Angebot seiner Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt ausüben würde, den Unternehmerprofit ent-

Digitized by Google

sprechend steigern und das Realeinkommen der ganzen Arbeiterschaft herunterdrücken würde. Diese Voraussetzung ist falsch, und daß sie falsch ist, das ist historisch erwiesen. Noch niemals, auch nicht zu den Zeiten der Lohnfreiheit, hat es Erwerbsgebiete gegeben, bei denen eine anormal hohe Rente der Unternehmer sich durch längere Perioden hindurch erhalten hätte. (Ausgenommen natürlich solche Gebiete, auf denen der Patentschutz oder ein hochwertiges Geheimverfahren einem Einzelbetriebe Monopolgewinne sichert, die auch unter der Herrschaft der Tarifverträge nicht dem Arbeiter, sondern dem Unternehmer zu Gute kommen.) Und zwar ist das gerade deshalb noch niemals vorgekommen, weil die herrschende Unternehmungsform die kapitalistische ist. Jeder, dem Kapital zur Verfügung steht, ist ohne weiteres in der Lage, sich dem Erwerbsgebiet der höchsten Rente zuzuwenden und durch seine Zusatzproduktion eine zeitweilig etwa vorhandene anormal hohe Rente sehr bald auf das Niveau des Normal-Unternehmergewinns herunterzudrücken. Wie die Erfahrung lehrt, pflegt die Anziehungskraft der Rente auf das Kapital sogar so hoch zu sein, daß jedes Erwerbsgebiet, das einen auch nur um ein geringes höheren Gewinn abwirft als der Durchschnitt der anderen Gebiete, schon in kürzester Zeit in einem Maße mit Kapital bzw. neuen Betrieben übersetzt ist, das seine Rente nicht nur auf, sondern noch unter das Normalniveau gedrückt wird. Die von den Arbeitervertretern gefürchtete Wirkung der Freiheit auf dem Arbeitsmarkt, daß sie nämlich den Profit des Unternehmertums ungebührlich und auf Kosten der Arbeiter steigere, tritt also in Wirklichkeit nicht ein. Wohl aber tritt etwas anderes ein: Das in zeitweilig hoch rentierende Erwerbsgebiete eindringende Kapital bewirkt, daß die Arbeit, die sich angesichts der zunächst noch beschränkten Betriebsmittel der betreffenden Erwerbsgebiete zu niedrigen Konkurrenzlöhnen anbieten mußte, hier sehr bald einen Seltenheitswert erlangt, der von selbst wieder zu ihrer höherer Entlohnung führt.

Die Dinge verhalten sich gerade umgekehrt, wie die Arbeitervertreter es glauben: Nicht die freie Konkurrenz am Arbeitsmarkt, sondern die Ausschaltung dieser Konkurrenz durch die Tarifverträge schanzt den Unternehmern der von Mode, Zeitströmung usw. begünstigten Erwerbsgebiete anormal hohe Profite zu. Denn das Kapital wird durch die fehlende Gelegenheit, genügend Arbeiter für neue Konkurrenzbetriebe heranzuziehen, und durch die Unmöglichkeit, gewisse zunächst noch fehlende Maschinen durch billige manuelle Arbeit zu ersetzen, von der Errichtung der neuen Betriebe abgeschreckt, so daß die bestehenden Produktionsstätten der starken Nachfrage ein Monopol entgegensetzen und ihr die Preise diktieren können. Nicht das Eindringen billiger Arbeitskraft, sondern das Fehlen konkurrierenden Kapitals erzeugt einen anormal hohen Unternehmerprofit, und da billige Arbeitskraft konkurrierendes Kapital heran-

Digitized by Google

zieht, macht sie dem Monopolprofit ein Ende. Der Einwand, daß das Kapital sich ja ohnehin irgendwo anbieten und Arbeit beschäftigen müsse, wenn nicht auf dem eben erwähnten Gebiet, so auf einem anderen, ist hinfällig, denn solange die Bevölkerung frei wählen darf zwischen konsumtiver und produktiver Verwendung ihres Einkommens, zwischen Verbrauchen und Sparen, senkt sich das Zünglein an der Wage auf die Seite des Verbrauchens, wenn nicht eine hohe Rente und der Wunsch, an dieser Rente teilzunehmen, die Sparneigung fördert. Das Kapital würde sich also, wenn es von den begünstigten Gebieten ferngehalten wird, nicht anderen Gebieten zuwenden, aus dem einfachen Grunde, weil es dann gar nicht vorhanden wäre.

Vor allem aber: Jede Mehrleistung, welche die billig angebotene, aus ihrem Ursprungsgebiet verdrängte Arbeit der Gesamtwirtschaft ermöglicht, erhöht das Sozialprodukt und dadurch das Realeinkommen der Bevölkerung. Und wer durch Tarifverträge oder andere Kunstmittel die Arbeit hindert, sich da anzubieten, wo Gelegenheit zu Mehrleistung vorhanden ist, verringert das Sozialprodukt und schwächt das Gesamteinkommen, aus dem die untätige Arbeitnehmerschaft unterhalten wird. Er verringert das Sozialprodukt auch dann, wenn er den Unterhaltungsbeitrag in die Form der sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge kleidet. Denn Notstandsarbeiten, die schon ihrem Wesen nach nur überflüssige oder bestenfalls dem Interesse späterer Perioden dienende Leistungen ermöglichen, bereichern das Sozialprodukt weit weniger als solche Arbeiten, nach denen die Wirtschaft durch die Besonderheit ihrer Nachfrage ein aktuelles, sofortige Befriedigung heischendes Verlangen bekundet.

Somit sind alle künstlichen Bindungen, durch die der freie Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt verhindert und ein Heer von 1 800 000 unfreiwillig Untätigen geschaffen wird, gegen das Interesse der Gesamtheit und jedes Einzelnen, insbesondere aber gegen das der Arbeitnehmer gerichtet und, so sozial sie sich auch geberden, in Wirklichkeit unsozial.

Alfred Lansburgh.

Deutsche und amerikanische Anleihe-Kalkulation.

Bei Verhandlungen, die zwischen deutschen und amerikanischen Banken über die Aufnahme von Dollaranleihen stattfanden, konnte verschiedentlich beobachtet werden, daß die Berechnungen, die von beiden Seiten über die sich aus den Anleihekonditionen ergebende effektive Zinsbelastung angestellt wurden, nicht unwesentlich differierten. Es zeigte sich, daß die bei den amerikanischen Emissionspraktikern übliche Berechnung von Effek-

Digitized by Google

tivverzinsungen, wie sie den dortigen speziellen Verhältnissen entspricht, in Anwendung auf unsere Verhältnisse durchweg zu niedrige Resultate liefert. Da die Unterbringung deutscher Anleihen im Auslande voraussichtlich noch geraume Zeit erfolgen wird, dürfte es zweckmäßig sein, die Differenz in den Auffassungen zu klären und den deutschen interessierten Kreisen zu zeigen, wie sie eine Uebereinstimmung mit ihren amerikanischen Geschäftsfreunden erzielen können.

Wie sich herausgestellt hat, ist ein Teil der Differenz darauf zurückzuführen, daß wir in Deutschland — in Anpassung an die Berechnungsweise der „Beratungsstelle für Auslandskredite" — genötigt sind, die Verteuerung zu berücksichtigen, die durch halbjährige Zahlungsweise der Zinsen gegenüber der jährlichen Zahlungsweise hervorgerufen wird. Die Berücksichtigung dieses Umstandes ist im allgemeinen nicht üblich; es soll hier, da die Differenz sich rechnerisch leicht feststellen läßt, nicht weiter auf ihn eingegangen werden.

Der in Deutschland gebräuchlichste Anleihetypus ist derjenige der Tilgungsanleihe. Die übliche Form ist die Tilgung durch gleichbleibende Annuitäten, gewöhnlich ausgedrückt in dem Satz: „Die Tilgung erfolgt zu ...% zuzüglich der ersparten Zinsen". Diesem Anleihetypus entsprechen auch unsere Tabellenwerke, z. B. das von Spitzer, die es gestatten, die effektive Verzinsung sehr schnell zu berechnen.

Der Anleihetypus, mit dem man in Nordamerika in der Regel rechnet, ist der einer fixen, d. h. an einem festen Termin fälligen Anleihe. Um für derartige Anleihen aus dem Kurse die Effektivverzinsung, bzw. aus der Effektivverzinsung den Kurs zu bestimmen, verwendet man die „bond-tables", wie sie in sehr bequemer und übersichtlicher Weise von Harris, Forbes & Co. herausgegeben sind. Diese „bond-tables" gestatten es, die gesuchte Zahl unmittelbar ohne besondere Rechnung abzulesen.

Um nun die „bond-tables" für eine Tilgungsanleihe der bei uns gebräuchlichen Form anwenden zu können, geht man von folgendem einfachen Gedanken aus: Die in den einzelnen Jahren zu tilgenden Teilbeträge der Anleihe haben Laufzeiten, die sich zwischen einem Jahre und der Gesamtlaufzeit der Tilgungsanleihe bewegen. Faßt man diese Teilbeträge wieder zur Gesamtanleihe zusammen, so muß man eine mittlere Laufzeit bestimmen und diese mittlere Laufzeit dann für die Anwendung der „bond-tables" verwenden können.

Die roheste Abschätzung für die mittlere Laufzeit erhält man, wenn man sie einfach gleich dem Mittel zwischen 1 und der Gesamtlaufzeit setzt. Ein anderes Verfahren besteht darin, aus dem vorliegenden Tilgungsplan zu entnehmen, welche Beträge 1 Jahr, 2 Jahre usw. laufen, und die durchschnittliche Laufzeit als Mittel der einzelnen Laufzeiten unter Berücksichtigung der ihnen entsprechenden Tilgungsbeträge zu berechnen. Das Verfahren ist

Digitized by Google

außerordentlich langwierig, wird aber doch praktisch angewandt. Es hat den Vorzug plausibel zu sein und keine besonderen Vorkenntnisse zu erfordern. Es läßt sich übrigens erheblich abkürzen durch Anwendung folgender Formel für die mittlere Laufzeit:

$$\frac{n \,.\, a - 1}{i}$$

Darin bedeutet „n" die Gesamtlaufzeit, „a" die Annuität, „i" den nominellen Zinsfuß. Die beiden letzten Größen sind als Verhältniszahlen anzugeben, d. h. es ist z. B. bei einem Zinssatz von 7 % und einer Annuität von 10 % „i" = 0,07, „a" = 0,10.

Der Nachteil der Methode liegt — außer in der eben erwähnten Schwerfälligkeit — in der einleitend hervorgehobenen erheblichen Abweichung von unseren Berechnungen, wie sich aus nachstehendem Beispiel ergibt, das sich auf eine 6 %ige Anleihe von 25jähriger Tilgungsdauer bezieht. Für diese Anleihe beträgt die mittlere Laufzeit nach obiger Formel 15,93 Jahre, und es stellt sich:

bei einem Uebernahmekurse von:	die Effektivverzinsung	
	nach Spitzer	nach den Bond Tables
85 %	7,79 %	7,64 %
84 „	7,93 „	7,76 „
83 „	8,07 „	7,89 „
82 „	8,21 „	8,02 „
81 „	8,36 „	8,15 „
80 „	8,51 „	8,28 „

Wie aus diesem Beispiel zu ersehen ist, sind die Differenzen recht beachtlich: sie betragen bis ca. ¼% und nehmen mit der Größe des Ausgabe-Disagios zu. Bei einem einigermassen belangreichen Disagio ist die Abschätzung also zu roh.

Beseitigen läßt sich dieser Unterschied nicht; er beruht auf der ganz verschiedenen Struktur der betreffenden Tabellenwerke. Da er aber unter Umständen auf Unterhandlungen von nachteiligem Einfluß sein könnte, ist es nötig, wenigstens einen Weg zur Milderung zu suchen. Dem Verfasser ist es gelungen, eine Formel zu finden, die zwar nicht in demselben Masse wie die obige unmittelbar verständlich ist, aber doch eine schnelle praktische Anwendbarkeit besitzt und als einzige Hilfsmittel die Anwendung einer Logarithmentafel, die ja überall leicht zu beschaffen ist, erforderlich macht. Sie lautet:

$$n + 1 - m = \frac{\log (n \,.\, a)}{\log (1 + i)}$$

Die Bezeichnungen haben dieselbe Bedeutung wie oben, „m" bedeutet die mittlere Laufzeit. Die Anwendung der Formel ist sehr einfach und geschieht in der Weise, daß man den Logarithmus des Produktes aus Laufzeit und Annuität durch den Logarithmus des Aufzinsungs-Faktors $(1 + i)$ dividiert und das Ergebnis von der um 1 vermehrten Gesamtlaufzeit abzieht. Daß es sich tatsächlich

Digitized by Google

um einen Mittelwert der Laufzeit handelt, ergibt sich aus folgenden Bemerkungen: das Produkt n . a stellt die Gesamtleistung für Verzinsung und Tilgung dar. Der in dieser Summe liegende Teilbetrag für Zinsen muß geringer als n . i sein. Wenn man das Produkt n . a durch (1 + i) dividierte, würde also das Ergebnis kleiner als n ausfallen. Dadurch, daß man nicht diese Zahlen selbst, sondern ihre Logarithmen durch einander dividiert, wird der Charakter des Ergebnisses als Mittelwert nicht geändert, ebenso wenig dadurch, daß man das Ergebnis der Division von n + 1 subtrahiert. Die Größe m, die man nach obiger Formel berechnet, ist also wirklich ein Mittelwert der Laufzeit.

Die praktische Auswirkung des hier vorgeschlagenen Rechnungsweges, der nur geringen Zeitaufwand erfordert, ist aus den folgenden Beispielen ersichtlich.

Bei der schon erwähnten 6 %igen Tilgungsanleihe von 25jähriger Gesamtlaufzeit beträgt die mittlere Laufzeit nach der ursprünglichen Methode 15,93, nach der verbesserten 14,42 Jahre.

Es ergibt sich:

bei einem Uebernahmekurse von:	eine Effektivverzinsung nach den Bond Tables ursprüngl. Meth.	verbess. Meth.	nach Spitzer
85 %	7,64 %	7,75 %	7,79 %
84 „	7,76 „	7,88 „	7,93 „
83 „	7,89 „	8,01 „	8,07 „
82 „	8,02 „	8,14 „	8,21 „
81 „	8,15 „	8,28 „	8,36 „
80 „	8,28 „	8,42 „	8,51 „

Wie man aus einem Vergleich dieser Tabelle mit der früheren entnimmt, ist die erzielte Verbesserung erheblich. Während nach der alten Methode die Differenz sich zwischen 0,15 und 0,23 % bewegte, ist sie jetzt auf 0,04—0,09 % zurückgegangen. Auch die hier geschilderte Rechnungsmethode liefert allerdings etwas zu geringe Effektivverzinsungen, und die Fehler werden umso erheblicher, je weiter der Ausgabekurs von Pari entfernt ist. Falls aber das Ausgabe-Disagio sich in mäßigen Grenzen hält, dürften die Differenzen, wie man aus dieser und den nachstehenden Tabellen ersieht, praktisch ohne besonderen Belang sein.

Bei einer 6½ % Anleihe von 15 Jahren Tilgungsdauer beträgt die mittlere Laufzeit nach der ursprünglichen Methode 9,16, nach der verbesserten 8,58 Jahre.

Es ergibt sich:

bei einem Uebernahmekurse von:	eine Effektivverzinsung nach den Bond Tables ursprüngl. Methode	verbess. Methode	nach Spitzer
92 %	7,74 %	7,80 %	7,83 %
91 „	7,90 „	7,97 „	8,01 „
90 „	8,06 „	8,14 „	8,19 „
89 „	8,23 „	8,32 „	8,37 „
88 „	8,40 „	8,50 „	8,56 „
87 „	8,58 „	8,68 „	8,75 „

Digitized by Google

Auch aus diesem Beispiel ist die bedeutende Verbesserung ersichtlich. Die Differenzen sind von 0,09—0,17 auf 0,03 bis bis 0,07 % zurückgegangen.

Die letzte Tabelle betrifft eine 7 %ige Anleihe von 20jähriger Tilgungsdauer. Die mittlere Laufzeit ist 12,68 bezw. 11,60 Jahre.

Es ergibt sich:

bei einem Uebernahmekurse von:	eine Effektivverzinsung nach den Bond Tables ursprüngl. Methode	verbess. Methode	nach Spitzer
95 %	7,62 %	7,65 %	7,67 %
94 „	7,75 „	7,79 „	7,81 „
93 „	7,88 „	7,93 „	7,95 „
92 „	8,02 „	8,07 „	8,10 „
91 „	8,16 „	8,22 „	8,25 „
90 „	8,29 „	8,36 „	8,40 „

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß durch die angegebene Formell die Differenz auf weniger als die Hälfte ihres ursprünglichen Betrages zurückgeführt wird, sodaß sie praktisch in den am häufigsten vorliegenden Fällen fast keine Rolle mehr spielt.

K. Ladegast.

Zusammenbrüche holländischer Schiffshypothekenbanken.

Die Hauptkreditgeber der deutschen Mittel- und Kleinschifffahrt waren in der Vorkriegszeit die holländischen Schiffshypothekenbanken. Infolge schwerer Verluste in der deutschen Inflation haben diese aber ihr Geschäft in Deutschland eingeschränkt, und die deutsche Regierung beabsichtigt daher, den bestehenden drei deutschen Schiffshypothekenbanken mit größeren Krediten auszuhelfen, um ihnen die Wiederaufnahme ihres Geschäfts im Interesse der deutschen Schiffahrt zu ermöglichen. Der Entwurf ist im Reichsverkehrsministerium ausgearbeitet und nach Genehmigung durch das Reichsfinanzministerium der Reichsregierung zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Aus diesem Anlaß mag es erwünscht erscheinen, die holländischen Schiffshypothekenbanken, die Besonderheit ihres Geschäfts und den Einfluß der Inflation auf dasselbe einer Betrachtung zu unterziehen. Schon deshalb, weil Holland die eigentliche Heimat und das Ursprungsland dieses besonderen Typus von Hypothekenbanken ist, und weil die Ursachen, die zum Zusammenbruch einer großen Anzahl dieser Banken geführt haben, wenn auch zu einem erheblichen Teil, so doch nicht ausschließlich in dem zufälligen Eintreten der deutschen Inflation zu suchen sind. Es haben auch Ursachen grundsätzlicher Natur

Digitized by Google

zu ihrem Verfall geführt, so daß sich aus dem Schicksal der holländischen Banken allgemeine Regeln auch für nicht-holländische und anders organisierte Institute gleicher Zweckbestimmung ableiten lassen.

Die ersten beiden Schiffshypothekenbanken sind in Holland im Jahre 1899 entstanden. Sie nahmen zunächst eine sehr günstige Entwicklung, so daß sich ihnen bald weitere Neugründungen anschlossen. Ihre Gesamtzahl stieg bis zum Jahre 1918 auf im ganzen 13 Banken. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die niederländischen Schiffshypothekenbanken grundsätzlich nur 10% ihres Nominalkapitals zur baren Einzahlung anfordern. Die restlichen 90 % werden als Reserve angesehen und nur bei eintretendem Bedarf nachgefordert. An Schiffspfandbriefen wird meist das Fünf- bis Siebenfache des Nominalkapitals ausgegeben. Das Verhältnis zwischen dem eigenen eingezahlten und dem fremden Kapital stellt sich also auf etwa 1 : 50, ja sogar noch darunter. Berücksichtigt man die Möglichkeit der Einziehung des restierenden Aktienkapitals, so stellt sich das Verhältnis auf 10 bzw. 7 : 50. Man sieht, daß hier ein äußerst vorsichtiges Geschäftsgebahren nötig ist, weil ein einziger größerer Verlust mit einem Schlage das gesamte eingezahlte Kapital aufzehrt, die Akionäre vor die Nachzahlungspflicht stellt und unter Umständen sogar die Gläubiger gefährdet.

Bis zum Kriege war das Schiffbeleihungsgeschäft durchaus günstig. Es konnten Dividenden bis zu 25 % ausgeschüttet werden, und die Reserven übertrafen bisweilen das eingezahlte Kapital um ein Mehrfaches. Während des Krieges waren die wirtschaftlichen Ergebnisse womöglich noch besser, und die Banken glaubten, dem neuen Friedensgeschäft in sicherer Position entgegensehen zu können. Aber jetzt zeigten sich sehr bald Schwierigkeiten, denen die Banken in ihrer großen Mehrzahl nicht gewachsen waren.

Ein recht erheblicher Teil der holländischen Schiffshypotheken war auf deutsche Fahrzeuge ausgeliehen worden, und so wurden einzelne Banken mit in den Strudel der deutschen Inflation gezogen. Infolge der Geldentwertung war es den deutschen Schuldnern meist nicht möglich, ihre Zinsen und Rückzahlungen zu leisten, wenn diese in holländischer Valuta ausbedungen waren. Es ging ihnen ähnlich wie den deutschen Schuldnern von Grundstückshypotheken gegenüber ihren schweizerischen Gläubigerbanken. Daher kam es 1921 zu Verhandlungen zwischen einem neugebildeten Schutzverband der deutschen Schuldner und den beteiligten holländischen Banken. Diese gewährten einen Nachlaß von 30 % auf die rückständigen Zinsen und schlugen den verbleibenden Rest zum Kapital. Auch die Rückzahlung der Hauptsumme wurde durch lange Friststellung erleichtert. Die Verluste, die die Banken durch diese Regelung erlitten, waren somit nicht bedeutend.

Digitized by Google

Andere Banken aber hatten ihre Darlehen in deutscher Valuta gegeben und mußten daher alle Fährnisse der Inflation mitmachen. Ihre Lage war außerordentlich bedrohlich, weil sie, obwohl sie ihre Rückzahlungen nur in stark entwertetem deutschen Gelde erhielten, auf der anderen Seite ihre eigenen Schiffspfandbriefe in der holländischen Edelvaluta verzinsen und einlösen mußten. Die Hauptgeschädigten waren die Veenkoloniale Bank in Sappemeer, die Hollandsche Scheepsverband Maatschappij, Amsterdam, und die Algemeene Groninger Scheepshypotheekbank in Groningen. Der Zusammenbruch der Veenkolonialen Bank, einer Gründung aus dem Jahre 1903, die wiederholt 15 % Dividende verteilt hatte, erfolgte 1921. Es gelang dieser Bank indes, sich aus eigener Kraft zu sanieren. Die Aktionäre mußten die volle Resteinzahlung von 90 % leisten, behielten aber infolge des Gläubiger-Anspruchs trotzdem nur 1 Prozent Anteil am Aktienkapital. Sie haben also 99 Prozent ihres Geldes verloren, und auch das ihnen verbleibende 1 Prozent ist auf lange Jahre hinaus unverzinslich. Die Inhaber der Pfandbriefe büßten zwar 70% des Nominalwertes ihrer Forderung ein, erhielten aber dafür auf je 1000 Gulden Nominalwert einen Anteil von 100 Gulden an dem neuen Aktienkapital, der als voll eingezahlt galt.

Etwas später brach die Algemeene Groninger Scheepshypotheekbank zusammen, da sie an deutschen Beleihungen ca. 10 Mill. M. verloren hatte. Eine Sanierung aus eigener Kraft war hier nicht mehr möglich, obwohl die Aktionäre ihre Resteinzahlungen mit 90 % leisteten. Der Betrieb der Bank wurde durch die Eerste Nederlandsche Scheepshypotheekbank übernommen, die den Inhabern, der Schiffspfandbriefe der Groninger Bank eigene Aktien, und zwar in halber Höhe ihres Kapitalanspruchs, überließ. Den Aktionären wurden 20 Prozent ihres eingezahlten Kapitals in Aktien der übernehmenden Gesellschaft gewährt.

Die dritte beteiligte Bank, die holländische Scheepsverband Maatsch., hatte Verluste in Höhe von ca. 5 Mill. M. zu beklagen. Durch Inanspruchnahme ihrer Reserven und ihrer gesamten Einnahmen versuchte sie jahrelang, die allmählich immer mehr anwachsenden Verluste zu decken. Auf dem Höhepunkt der deutschen Inflation zeigte es sich aber, daß alle diese Opfer nicht ausreichten. Eine grundlegende Sanierung wurde vorgenommen, sobald die Einführung der Rentenmark in Deutschland erfolgt war und der Endverlust ziffernmäßig feststand. Das noch ausstehende Kapital wurde eingezogen, und auch die Pfandbriefinhaber erlitten große Ausfälle.

Alle diese drei Banken waren ältere und angesehene Unternehmungen, die seit 1902 bzw. 1903 bestanden und meist 14—15% Dividende bei starken Reservestellungen hatten ausschütten können. Aus der Geschichte ihres Zusammenbruchs und den Verlusten einiger weiterer, nicht ganz so hart getroffener Banken

Digitized by Google

ergibt sich die Lehre, daß Schiffshypothekenbanken (ebenso wie Grundstücksbeleiher) ihrer Ausleihungen nur in derselben Währung abschließen dürfen, in der die Rückzahlung der Schiffspfandbriefe (bzw. der Hypothekenpfandbriefe) zu erfolgen hat. Diejenigen holländischen Banken, die diesen Grundsatz beherzigt haben, sind zwar ebenfalls nicht ohne Verluste, jedoch wenigstens mit dem Leben und der Gesundheit aus jener kritischen Zeit herausgekommen.

Ganz ohne Verluste sind auch sie nicht davongekommen, weil die deutsche Inflation nicht das einzige Uebel jener Tage war. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich für die Banken, und zwar für sämtliche, aus der Krise auf dem Frachtenmarkt, die sich von 1920 an bemerklich machte und bald immer schärfere Formen und einen immer größeren Umfang annahm. Die Schiffspreise sanken rasch und fielen in Einzelfällen um über 60 %, wobei berücksichtigt werden muß, daß sie während und nach dem Kriege infolge des Schiffraummangels stark gestiegen waren. Da die Beleihungsquote der Banken 50 bis 60 % des Taxwertes der Schiffe beträgt, so war bei einem derartigen Sinken der Schiffspreise die Gefahr von Verlusten für die Banken nahe gerückt. Es kam hinzu, daß manche Banken, besonders jüngere ohne Vorkriegserfahrung, ihre Werttaxen nicht mit der nötigen Vorsicht ermittelt hatten, sondern ohne weiteres von den hohen Preisen der ersten Nachkriegszeit ausgegangen waren. Von den so betroffenen Banken verloren die Internationale Scheepshypotheekbank, die Maatschappij vor Scheepscrediet, die Zuid-Nederlandsche Scheepshypotheekbank und die Maatschappij voor Scheepsverband größere Beträge, die das gesamte eingezahlte Kapital in einem Falle ungefähr erreichten, in den anderen Fällen sogar erheblich überstiegen.

Auch diese zweite Gruppe von Verlusten entspringt der Nichtbeachtung bestimmter Grundsätze und Regeln, deren strikte Befolgung für die Schiffshypothekenbanken von außerordentlicher Bedeutung ist. Da ist zunächst das strenge Gebot der vorsichtigen Taxierung, wozu bei dem außerordentlichen Schwanken der Schiffspreise noch ein Abschlag für abnorme Verlustgefahr kommen muß. Ein weiteres Gebot ist das der Risikenmischung und Größenbeschränkung. Zwei Banken erlitten dadurch schwere Verluste, daß sie Objekte beliehen, die im Verhältnis zu ihren eigenen Mitteln viel zu groß waren. Unter dem Gesichtspunkt der Risikenmischung spielt schließlich noch eine wichtige Rolle die richtige Verteilung der Beleihung auf Küsten- und Seeschiffe und möglichst auch auf Schiffe verschiedener Nationalität. Einige Banken haben geglaubt, besonders vorsichtig und klug zu handeln, indem sie nach Ausbruch des Krieges nur noch holländische Schiffe beliehen; das Prinzip hat sie vor Verlusten aber nicht geschützt.

Das faktische Ergebnis des Verstoßes der meisten holländischen Schiffshypothekenbanken gegen eine Reihe von Grundre-

Digitized by Google

geln des Beleihungsgeschäfts ist, daß von sämtlichen dreizehn Banken nur vier die Krisis heil überstanden und auch weiterhin ihre normalen Dividenden beibehalten haben. Wo aber überhaupt Dividenden haben gezahlt werden können, da ist ihr Prozentsatz ungewöhnlich hoch, nämlich 16 bis 40 Prozent; ein Beweis, daß bei Anwendung der nötigen Vorsicht sich das Risiko der Schiffsbeleihung so gut wie ganz ausschalten läßt.

Dr. Werner Christ.

Der Juni 1926.

Die Verhandlungen über die Zusammensetzung des **Völkerbundrates** gingen durch den ganzen Juni weiter, nachdem Brasilien, das ja schon auf der letzten Völkerbundversammlung Obstruktion getrieben hat, seinen Austritt erklärt hatte. — Spanien schien sich ebenfalls von den Arbeiten des Bundes zurückziehen zu wollen, hat aber eine entsprechende Erklärung nicht abgegeben. In der zweiten Hälfte des Monats kam es in Spanien zu einem, in seinen Verzweigungen und Wirkungen noch nicht ganz zu übersehenden Militärputsch, den aber die Diktatur rasch unterdrücken konnte. — In Polen herrschte noch immer Unrast, man stritt sich im Juni um die von Pilsudski verlangten Verfassungsänderungen. — In Frankreich ist eine der rasch aufeinander folgenden Teilkrisen für das Kabinett Briand doch gefährlicher geworden, als die früheren; sie führte zur Aufnahme von Caillaux in das Kabinett (als Finanzminister), und um die Monatswende schien es, als ob dieser Mann, von dem man die „Rettung des Franc" erwartet, sehr bald die gesamte Macht bei sich vereinigen werde, falls er nicht über einen Mißerfolg bei der Währungsreform stürzen sollte. Zunächst hat er den Rücktritt des Gouverneurs Robineau der Bank von Frankreich erzwungen, da dieser sich der Hergabe oder Verpfändung von Gold zwecks Stützung der Valuta widersetzte. — Kabinettswechsel hat es auch noch in Schweden und Canada gegeben; in letzterem Lande folgte dem Uebergang der Verwaltung an die Konservativen rasch eine Parlamentsauflösung, die im Herbst zu Neuwahlen führen wird. Bis dahin werden die Konservativen trotz liberalen Einspruchs die Regierungsgeschäfte weiterführen. — Die sog. „kleine Allianz" zwischen Tschechien, Rumänien und Südslawien ist auf 3 Jahre verlängert worden. — In Deutschland vereinigte der **Volksentscheid** über die Fürstenvermögen fast 14½ Millionen Stimmen auf sich, was aber die Ablehnung einer entschädigungslosen Enteignung bedeutete, da die Hälfte aller deutschen Stimmen annähernd 20 Millionen beträgt. Der Reichstag erwies sich zu einer Lösung der Frage unfähig und wurde nach sechsmonatlicher Verlängerung des Sperrgesetzes, das den

Digitized by Google

Austrag der Streitfrage vor den Gerichten untersagt, in die Ferien geschickt. Er hat vorher noch die Getreidezölle stark erhöht, allerdings nur befristet bis Ende des Jahres und als auf Abschlag eingerichtete Verhandlungszölle.

Staatsfinanziell ist, soweit Deutschland in Frage kommt, vor allen Dingen eine Niederlage zu erwähnen, die die Regierung in einem Schiedsgerichtsverfahren gegen den Reparations-Kommissar für die verpfändeten Steuern erlitten hat. Der Kommissar hatte Einspruch dagegen erhoben, daß die beschlossene Erhöhung der Biersteuer bis Ende des Jahres hinausgeschoben wird, und die deutsche Regierung hatte das Haager Schiedsgericht angerufen, aber nicht des Spezialfalles wegen, sondern um die grundsätzliche Frage entscheiden zu lassen, ob der Kommissar gegen jede Verringerung der verpfändeten Steuern Einspruch erheben dürfte oder nur gegen solche, welche die Erfüllung des Dawes-Planes gefährden könnten; die holländischen Schiedsrichter sprachen sich für die erste Alternative, also zu Gunsten des Kommissars aus. Ueber die Biersteuererhöhung selbst wurde um die Monatswende noch verhandelt. — Der Eisenbahnkommissar hat sich in einem Gutachten dagegen ausgesprochen, daß die Obligationen der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft jetzt an den Markt kommen. — Die Reichseinnahmen betrugen in Mai 435 (April 584) Millionen Mark. — Es ist eine neue Hilfsaktion für die deutsche Landwirtschaft über die Preußenkasse und unter Mitwirkung der Reichsbank in die Wege geleitet worden, bei der im wesentlichen bei den Genossenschaften eingelagerte Getreidebestände den Landwirten bis zu zwei Dritteln gegen Akzept beliehen werden sollen; die Akzepte wandern über die Preußenkasse falls nötig zur Reichsbank. — Der Altbesitz an Papiermark-Reichsanleihen wird nach den bisherigen Anmeldungen etwa doppelt so hoch geschätzt wie ursprünglich, nämlich auf 40,3 Milliarden. — Bei den Stadtanleihen wird es nun doch zu einer gemeinsamen Sammelablösungsanleihe kommen, deren Begebung unter Führung der Deutschen Girozentrale erfolgen soll. — Die Reichsbahn-Gesellschaft hat 150 Millionen Rm. 7%ige reichsmündelsichere Vorzugsaktien begeben, davon 100 Millionen Mark zu 95½ % am offenen Markte. Die Anleihe wurde gewaltig überzeichnet, die eingeteilten Quoten lagen um 5%. Von größeren Privatanleihen ist die des neuen deutschen Stahltrust (Vereinigte Stahlwerke A. G.) zu erwähnen, die jedoch erst im Juli im Ausland und in Deutschland aufgelegt werden wird (in New York wurde ein Teilbetrag schon Ende Juni vorweg angeboten), ferner eine Dollar-Anleihe (5 Mill. Doll.) des Thyssen-Konzerns, die 6% und unter der Hand in Amerika begeben worden ist. — Die österreichische Finanzkontrolle ist aufgehoben worden, noch nicht dagegen die ungarische. — Das amerikanisch-französische Schuldenabkommen ist in der Union ratifiziert worden, während in Frankreich noch immer sehr starke Widerstände dagegen vor-

Digitized by Google

handen sind. — Großbritannien verzeichnet im 1. Vierteljahr 78 Millionen Pfund Sterling Defizit, nicht zum wenigsten infolge der Kosten, die die beiden Streiks (General- und Kohlenstreik) verursacht haben. — Die Niederlande konvertieren rund 150 Millionen Gulden 6%ige Anleihe in 4½ %ige. — Auch Indien versucht eine Konversion seiner 6 und 5½ %igen Kriegs- und Nachkriegsanleihen in 4 %ige. — Australien hat 6 Millionen Pfund Sterling 5 %ige Anleihe zu 99½ herausgebracht, Brasilien weitere 25 Millionen Dollar 6½ %ige Anleihe zu 90½. — Mexico hat die staatlichen Zinszahlungen mit dem 1. Juli wieder aufgenommen, noch nicht dagegen die der Eisenbahn-Anleihen. — Rußland hat 100 Millionen Rubel 8 %ige sechsjährige innere Anleihe ausgeschrieben. — An dieser Stelle muß auch das Schiedsgerichts-Urteil über die ungerechtfertigte polnische Beschlagnahme der Chorzower-Stickstoffwerke aus deutschem Besitz und größerer Liegenschaften in Ostoberschlesien erwähnt werden, das zu deutschen Gunsten ausgefallen ist und in seinen Auswirkungen eine starke Belastung der polnischen Finanzen bedeutet.

Für die **Weltwirtschaft** ist neben dem großen englischen Kohlenstreik vor allem das Zustandekommen des 2½jährigen und 4½jährigen Deutschlandskredits an Rußland von Bedeutung, der 300 Millionen Mark umfassen soll. Die allgemeine Exportkreditversicherung in Deutschland ist jetzt durch Aufnahme auch des sog. „Hamburger Planes" einer Exportkreditversicherung ergänzt worden. Die deutsche Regierung hat sich vor dem Auseinandergehen des Reichstags von diesem noch ermächtigen lassen, Handelsvertrags-Provisorien bis zu 3 Monaten selbst in Kraft zu setzen. Der deutsch-schwedische Vertrag, ebenso wie einzelne kleinere Verträge sind angenommen worden. Der deutsch-russische Vertrag vom 24. April ist Ende Juni ratifiziert worden. — Die allgemeine weltwirtschaftliche Lage hat sich im Juni nicht geklärt und, wie es scheint, auch nicht weiter verbessert. Für Europa liegen offizielle Aeußerungen nicht vor, für die Ver. Staaten sagt der Bericht des Bundesreserveamtes vom Monatsende, daß die Erzeugung in den grundlegenden Gewerben ein weiteres leichtes Nachlassen zeige, wie stets um diese Jahreszeit, und daß in den letzten Monaten die Bauarbeiten etwas unter die vorjährigen gesunken seien. Die Berichte der Eisen-erzeugenden Industrien widersprechen dem jedoch und melden eine stärkere Belebung. — Die deutschen Außenhandelsziffern zeigen Rückgänge, und zwar in der Ausfuhr stärker als in der Einfuhr. Es werden für Mai angegeben die Einfuhr mit 706 (April 729), die Ausfuhr mit 731 (782) Millionen Mark. In der Ausfuhr entfällt fast der ganze Rückgang auf Fertigwaren. Die Rohstoff- und Halbzeugeinfuhr ist stärker zurückgegangen als die Gesamtziffer, die Lebensmitteleinfuhr dagegen gestiegen.

Digitized by Google

In der Lage der **Weltschiffahrt** wirkte sich im Juni der englische Bergarbeiterausstand mit wachsender Stärke aus; die Frachten zogen außer in der Australien- und Schwarzmeerfahrt überall an, und zwar nicht nur die Kohlen-, sondern auch die Getreide-, Reis-, Oelfrucht- etc. Frachten. Die Südamerika-Linie verhandeln über die Ausdehnung des Pools auch auf die Heimreise. — Das amerikanische Schiffahrtsamt hat mit Rücksicht auf das Interesse der dortigen Landwirtschaft an niedrigen Frachtsätzen beschlossen, 59 Gereideschiffe mit 519 000 t Rauminhalt der Staatsflotte anzugliedern. — Bereits wenige Stunden nach dem im vorigen Heft erwähnten Tode Dr. Oeser's wählte der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft dessen Stellvertreter Dr. Dorpmüller zum Generaldirektor; dessen Bestätigung stand zu Anfang Juli noch aus, weil die Reichsregierung sich übergangen fühlte und für die Zukunft Vorsorge gegen Ueberrumpelung treffen will; außerdem war der Posten als repräsentativer Posten für den früheren Reichskanzler Luther gedacht. Der erste Jahresbericht der Reichsbahn schließt mit 818,8 Millionen Mark Betriebsüberschuß.

Der Welt-**Arbeitsmarkt** weist im letzten Monat zwei Vorgänge von grundsätzlicher Bedeutung auf. In Italien hat Mussolini durch Verordnung den neunstündigen Normalarbeitstag eingeführt, in England hat die Regierung ein Gesetz eingebracht, das den Berkwerken die Rückkehr zum Achtstundentag gestattet. Die Versuche, den Bergarbeiterausstand zu beenden, blieben während des ganzen Juni fruchtlos. Die Zahl der Arbeitlosen, die während des Generalstreiks bis auf 2 Millionen gestiegen war, um dann schnell auf ca. 620 000 zu sinken, hat gegen Ende Juni 635 000 betragen. — In Deutschland hat die Lage im Juni eine kleine weitere Besserung erfahren, insbesondere im Bergbau, wo die Feierschichten infolge des Fortfalls der englischen Kohle in den umstrittenen Exportgebieten völlig aufgehört haben, und in der Eisenindustrie. Auch in den Spinnstoffgewerben zeigt sich eine freilich nur geringe Belebung. Nicht gebessert hat sich die Beschäftigung dagegen am Baumarkt. Der im vorigen Heft erwähnte nordbayerische Arbeitskampf konnte durch Schiedsspruch, der die bisherigen Vertragsverhältnisse nur unwesentlich ändert, beigelegt werden. — Ueber die Lage im Mai berichtet das Reichsarbeitsblatt, daß die Besserung sich nicht ganz im früheren Maasse fortgesetzt habe. Bei den Krankenkassen stieg die Zahl der Mitglieder zwar weiter, aber nur noch um 1,1 (Vormonat um 3,7) %. Die Fachverbände wiesen 18,1 (18,6) % Arbeitslose und 18,2 (19,1) % Kurzarbeiter auf. Bei den Arbeitsnachweisen stieg der Andrang wieder etwas, und zwar auf 757 (736) Männer und 434 (411) Frauen auf je 100 offene Stellen. Am Monatsende verblieben nach rund 428 000 durchgeführten Vermittlungen noch 28 000 offene Stellen gegenüber 2,34 Millionen Arbeitsgesuchen. An Hauptunterstützungsempfängern (Voll-Arbeits-

Digitized by Google

losen) waren Mitte Juni 1,75 Millionen gemeldet; Ende Juni ging die Zahl auf 1,63 Millionen zurück.

Auf dem Gebiete des **Konkurswesens** brachte der Juni eine weitere Anzahl von Bankenschwierigkeiten im Auslande. In Italien brach die Banca Agricola in Parma mit 29 Millionen Lire Passiven und 6 Millionen Lire Aktiven zusammen; die Bilanzen sollen seit langer Zeit gefälscht gewesen sein, die Bank selbst war stark faszistisch orientiert. In Belgien hat eine weitere Bank, der Crédit Général Hypothécaire et Immobilier, ihre Schalter geschlossen, wie es heißt nur vorübergehend. In Deutschland ist die Zahl der neuen Konkurse und Geschäftsaufsichten weiter zurückgegangen. Trotzdem liegen die Halbjahresziffern natürlich immer noch erheblich über den Vergleichs-Zahlen des Vorjahrs. Es wurden eröffnet:

Im April	1924	135	Konk.	1925	684	Konk.	1926*)	1288	(918) Konk.
„ Mai	1924	304	„	1925	778	„	1926	1052	(742) „
„ Juni	1924	595	„	1925	740	„	1926	949	(486) „
„ II. Quartal	1924	1034	„	1925	2182	„	1926	3289	(2146) „
„ I Quartal	1924	132	„	1925	2163	„	1926	6013	(4641) „
„ I. Halbj.	1924	1166	„	1925	4345	„	1926	9302	(6787) „

*) In Klammern: Geschäftsaufsichten.

Die **Zusammenschlußbewegung** in Deutschland erfaßt immer weitere Gewerbe. Binnen kurzem werden wahrscheinlich die deutschen Zündholzfabriken eine gemeinsame Verkaufsgesellschaft errichten, was zwangsläufig zur Stillegung einer Reihe von ihnen führen dürfte. Die Daimler und die Benz A.-G. haben fusioniert, die Vereinigten Stahlwerke haben jetzt auch die Siegerländer Betriebsstätten der Charlottenhütte übernommen. Aus der Zusammenfassung der bedeutendsten Eisengesellschaften Oberschlesiens ist jetzt die „Ver. Oberschles. Hüttenwerke A. G." entstanden. — Aus dem Ausland ist der Uebergang des österreichischen Teiles der Anglo-Austrian Bank an die Creditanstalt zu erwähnen. — In Amerika haben sich drei der größeren Kunstseidefabriken zusammengeschlossen.

Für den deutschen **Kohlen**bergbau bedeutet das Urteil des Reichswirtschaftsgerichts, das ihm für die Reparationskohle den Inlandspreis mit unwesentlichen Abzügen zuspricht, eine Art Subvention, die auf 10 bis 15 Millionen Mark monatlich zu schätzen ist. Uebrigens haben Belgien und Frankreich jetzt den freien Kohlenbezug aus Deutschland gestattet, was ebenso wie das Verschwinden der Feierschichten im deutschen Kohlenbergbau, — es sind sogar vereinzelt bereits wieder Ueberschichten verfahren worden — eine unmittelbare Folge des englischen Ausstandes ist. Damit hängt natürlich auch die Besserung der gesamten deutschen Kohlenmarktlage zusammen, von der das Syndikat allerdings behauptet, sie mache sich im Inland nicht bemerkbar, hier sei teilweise sogar eine weitere Verschlechterung eingetreten. Tatsache ist aber, daß die Haldenbestände scharf zusammengeschrumpft

Digitized by Google

sind, und daß es zeitweilig geradezu zu einer Verstopfung der Bahnhöfe im Ruhrrevier gekommen ist. — Auch in Oberschlesien ist die Förderung stetig gestiegen, und ebenso lauten die Berichte aus dem Braunkohlenbergbau besser. Die Wagengestellung im Ruhrgebiet, ein guter Gradmesser für die Förderung, ist im Juni um mehr als 10% gegenüber dem Vormonat gestiegen. — Die belgischen Kohlenpreise sind um 10—25 Francs erhöht worden, auch in den übrigen Ländern sind Preissteigerungen zu verzeichnen.

Der deutsche Eisenmarkt hat ebenfalls eine deutliche Belebung zu verzeichnen, die dazu geführt hat, daß die Betriebseinschränkung, die seit 11 Monaten auf 35 % stand (und, wie häufig behauptet wurde, lange Zeit den tatsächlichen Einschränkungen noch nicht einmal voll entsprochen habe) auf 32½ % heruntergesetzt wurde. Auch die Schrottpreise zogen um die Monatswende an, für Kernschrott auf etwa 50 Mark (Vormonat 48½). Man verspricht sich für die nächste Zukunft eine Belebung davon, daß die Läger des Handels und der Gesellschaften — insbesondere in Stabeisen — stark zurückgegangen sind. Die Verbandspreise sind unverändert, neue Inlandsverbände nicht zustandegekommen. Dagegen ist der Roheisenverband um 5 Jahre verlängert worden. Dem Siegerländer Erzbergbau ist die im Vorheft erwähnte Staatssubvention von 2 Mk. je Tonne zugestanden worden, was zu der gleichen Preisermäßigung und zur Belebung des Absatzes führte. Die Erzfracht Stettin-Oberschlesien ist beträchtlich heruntergesetzt worden. Infolge Senkung der Weltmarktpreise, eine Folge des neuen Francs-Rückganges, sind die Ausfuhrvergütungen bis zu 8 Mark in die Höhe gesetzt worden; trotzdem haben die Ver. Staaten die im vorigen Heft erwähnten Zuschlagszölle vorläufig nicht in Kraft gesetzt, weil der „Dumping"-Charakter der Ausfuhrvergütung zweifelhaft ist. — Die deutsche Roheisenerzeugung ist im Mai auf rund 736 000 (April 668 000) t gestiegen, die Zahl der betriebenen Hochöfen um 3. An Walzerzeugnissen wurden 901 000 (867 000) t hergestellt. — In den weiterverarbeitenden Industrien ist die Lage nicht einheitlich, Lokomotivbau und Waggonbau liegen infolge größerer Exportaufträge etwas besser, nicht dagegen die Kleineisenindustrie aller Art. Im Maschinenbau ist die Lage sogar schlechter geworden. — In der englischen Eisenindustrie wird nur eingeschränkt und mit ausländischen Brennstoffen gearbeitet, was die Preise stark beeinflußt. Ende Mai waren nur 23 (!) Hochöfen im Feuer gegen 147 Ende April. — Die Frankenmärkte liegen fest, aber unsicher und uneinheitlich. Belgien ist schon in starkem Maße zum Eisen-Verkauf in Edelvaluta übergegangen. In den Vereinigten Staaten hat sich der Eingang von Specificationen stark gebessert.

Von den verschiedenen internationalen Eisensyndikaten, über die seit vielen Monaten bald in Köln, bald in Paris und London verhandelt wird, ist jetzt das Röhrensyn-

Digitized by Google

dikat angeblich zustande gekommen, ohne daß allerdings Bedingungen und Beteiligte schon zu übersehen wären. Das Schienenkartell wird zwar immer wieder als perfekt gemeldet, aber die Unterzeichnung wird dauernd hinausgeschoben. Die Bildung eines Syndikats für Drahtgeflecht stößt wegen der großen Zahl der Betriebe auf erhebliche Schwierigkeiten.

Die **Kali**werke, auch die Wintershallgruppe, streben eine Preiserhöhung an, deren Ausmaß zwischen 10 und 20 % zu liegen scheint. Die entscheidenden Sitzungen waren aber um die Monatswende noch nicht einberufen. Der Juniabsatz hat sich mit 828 000 Doppelzentner Reinkali etwa verdoppelt. — Das Stickstoffgeschäft hat sich ebenfalls belebt, Zahlen fehlen zurzeit noch.

Die Welt**getreide**preise schwanken im Juni nur wenig, weil den europäischen Klagen vorzügliche Meldungen aus Nordamerika die Wage hielten, und die Ernte in der Union erheblich früher begonnen hat als erwartet. Um die Juliwende kam es indes infolge der andauernd heißen und trockenen Witterung in Amerika zu einer Steigerung der Weizenpreise. In Canada hat der Pool für die neue Ernte gut ⅔ der Gesamtfläche hinter sich gebracht. — In Deutschland sind die Zölle, wie erwähnt, um 1½ bis 2 Mark für Brotgetreide und prozentual noch stärker für Futtergetreide, in die Höhe gesetzt worden; die Einfuhrscheine dagegen bleiben, soweit nicht vorherige Einfuhr zu den höheren Zollsätzen nachgewiesen werden kann, auf den alten Sätzen. Uebrigens ist nachträglich der organisierte Handel doch in den Verwaltungsrat der Roggenvalorisationsgesellschaft hineingegangen.

Die **Zucker**preise sind zunächst noch weiter abgebröckelt, vermochten sich aber dann infolge größerer spekulativer Käufe leicht zu befestigen. — Der Kaffeemarkt zeigt deutlich den befestigenden Einfluß der großen neuen brasilianischen Anleihen; aus Brasilien wird jetzt berichtet, daß man sich darauf vorbereiten wolle, notfalls statt 4 Mill. auch 8—9 Millionen Sack einzulagern. — Tee ist infolge großer Ernten und des zurzeit geringen englischen Bedarfes ziemlich scharf zurückgegangen, Kakao und Reis gut behauptet.

Die Welt**metall**märkte standen unter dem Druck des englischen Ausstandes, der allerdings nicht auf allen Gebieten gleichmäßig wirkte. Die Monatswende Mai-Juni brachte zunächst eine Belebung infolge der unerwartet kurzen Dauer des allgemeinen Ausstandes. Dann aber bröckelten die Preise ab, je länger sich der Streik im Kohlenbergbau hinzog. Auf Kupfer wirkte noch ungünstig ein, daß das Welt-Handelssyndikat nicht so rasch zustande kommt, wie zunächst gemeldet worden war. Auf Blei und Zink drücken die großen Weltbestände. Verhältnismäßig am besten gehalten hat sich Zinn, am schlechtesten Wolfram und Antimon. — Der Silbermarkt stand zwar unter dem ungünstigen Einfluß des verspäteten indischen Monsuns, war aber doch unter mäßigen Schwankungen einigermassen behauptet.

Digitized by Google

An den **Baumwollmärkten** blieben die Veränderungen klein, die Grundrichtung der Preise aber zeigte abwärts, weil die Ernteaussichten in Amerika immer günstiger angesehen werden; der erste amtliche Bericht für Ende Juni rechnet mit über 15½ Millionen Ballen. Die für die Entwicklung der Baumwollstauden bedenklichsten Monate liegen allerdings noch vor uns. Die Lage in den weiterverarbeitenden Bezirken ist überall ziemlich ungünstig, der New Yorker Locopreis wird weiter stark manipuliert. — Wolle war leidlich behauptet, Jute und Hanf fester. Seiden- und Kunstseiden-Preise lagen ruhig.

Der amtliche deutsche Großhandelsindex zeigt für den Juni eine leichte weitere Steigerung, wiederum im Gegensatz zu einzelnen Privatindices, die die landwirtschaftlichen Produkte nicht so in den Vordergrund schieben. Die Lebenshaltungskennziffer ist auf 140,5 (139,9) gestiegen. Die Auslandsindices zeigen überwiegend Rückgänge. — Die Warenpreise stellten sich wie folgt:

	30. 6. 25	1. 6. 26	11. 6. 26	21. 6. 26	30. 6. 26		
Weizen (New York)	181 3/8	172 3/4	170 5/8	165 5/8	155 1/8	cts.	f. bush
Weizen (Berlin)	—	—	—	—	—	M.	„ 1000 kg
Roggen (Berlin)	221,50	177 1/2	180	195,50	204	M.	„ 1000 „
Mais (New York)	115	83	88 3/8	81 3/4	80	cts.	„ bush.
Baumwolle (N. Y.)	24.80	18.75	18.15	18.30	18.40	cts.	„ Pfd. engl.
Baumwolle (Bremen)	28,03	20.20	20.02	19.83	19.62	cts.	„ „ „
Wolle (Bradford)[1]	—	47 1/2	47 1/2	47 1/2	48	d.	„ „ „
Zucker (New York)[2]	272	2.47	2.52	2.56	2.53	cts.	„ „ „
Zucker (Magdeburg)[3]	16.65	14.65	14.47 1/2	14.67 1/2	14.55	M.	„ 50 kg
Kaffee (New York)	21	20	19 15/16	20 1/8	19 7/8	cts.	„ Pfd. engl.
Schmalz (Chicago)	17.07 1/2	16.07 1/2	16.65	16.32 1/2	16.10	Doll.	„ 100 lb.
Leinsaat (London)	19	14 5/8	15 3/8	16	16 1/8	sh	„ long ton
Gummi (London)[4]	3.1 1/2	1.8 3/4	1.8 3/4	1.8 3/4	1.8 1/4	sh	„ Pfd. engl.
Silber (London)	32 1/16	30 1/16	30 5/16	30 7/16	30 3/16	d.	„ Unze std.
Kupfer (London)	60	56 1/4	57	57 1/8	56 7/8	Pfd.	„ long ton
Kupfer (Berlin[5])	119 1/2	115 5/8	116	116 5/8	115 5/8	M.	„ 100 kg
Zinn (London)	252 3/4	266	267 1/4	270 3/4	272	Pfd.	„ long ton
Zinn (Hamburg)	575	543	546	557	561	M.	„ 100 kg
Zink (London)	34 3/8	32 3/16	33 1/2	33 1/8	33 11/16	Pfd.	„ long ton
Zink (Berlin[6])	68 1/2	64 3/4	67 1/4	67 1/2	67 3/4	M.	„ 100 kg
Blei (London)	33 9/16	29 3/16	30 1/8	39 1/4	30 7/16	Pfd.	„ long ton
Blei (Berlin[3])	67 1/4	59 1/8	60 3/8	60 3/8	60 5/8	M.	„ 100 kg

[1]) 64er Kammzug; [2]) unverzollt nächste Sicht; [3]) nächste Sicht; [4]) first crepe; [5]) erste Sicht; [6]) frei.

Die **Weltbörsen** zeigten auch im Juni fast durchweg eine feste, zum Teil sogar eine sehr feste Haltung. Wiederum gilt das besonders von New York, wo sich im weiteren Verlaufe des Monats eine immer schärfere Hausse durchsetzte. Es sind zum Teil ganz ungewöhnliche Kurssteigerungen zu verzeichnen, sowohl bei Bahnen- wie bei Industriewerten. Von diesen stiegen z. B. American Smelting um 12, Dupont de Nemours um fast 30 Dollar. Stahltrust haben mit 143¼ ihren überhaupt höchsten Kurs erreicht. — An der Londoner Börse war das Geschäft allerdings nicht übermäßig lebhaft, aber die Statistik von Bankers Magazine zeigt doch eine neue Steigerung um 0,7 %, fast ausschließlich auf Dividen-

Digitized by Google

denwerte, insbesondere auf solche spekulativer Art entfallend. — In Paris prägt sich der Frankensturz immer deutlicher an der Börse aus. Heimische Renten bröckeln ab, die sonstigen heimischen Werte steigen je nach ihrem Valutagehalt, die ausländischen erheblich stärker. — Wien war eine Kleinigkeit besser, aber sehr still.

An der **Berliner Börse** hat sich die Aufwärtsbewegung im Juni nach kurzer Pause weiter fortgesetzt und besonders im letzten Monatsdrittel außerordentlich scharfe Formen angenommen. Die Zusammensetzung blieb jedoch die im vorigen Hefte geschilderte, d. h. Kassewerte waren gegenüber den Terminpapieren vernachlässigt. Die Zahl der auf und über pari stehenden Aktien ist nach der Statistik der Commerzbank weiter auf 32,2 (Mai 28,4) % gestiegen. Am Ultimo Juni zeigen sich die Börseneinrichtungen in Berlin, wohl infolge allzu scharfen Beamten-Abbaues, dem Geschäftsandrang nicht gewachsen. Kennzeichend für das Mißtrauen, das man in den Bestand der Hausse setzt, ist die Tatsache, daß ein Teil der Reportgeber den zu hinterlegenden Effekten-Einschuß erhöht hat. — Wie s. Zt. die Aktien der I. G. Farbenindustrie, sollen jetzt auch die der Vereinigten Stahlwerke ohne Innehaltung des usancegemäßen Sperrjahrs an der Berliner Börse eingeführt werden. — Eine Reihe anderer deutschen Börsen, so Hamburg und Breslau, haben ebenfalls den Terminhandel wieder aufgenommen.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Juni	Anfang	Mitte	Ende	Juni	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	0,38	0,405	0,44	Dt.-Luxemburg	109	117	147
4% „	0,3475	0,39	0,415	Bln. Karlsr. Ind.	63	68⅜	92,5
3½% „	0,355	0,385	0,4175	Harpener	125,25	131	148,25
3% „	0,42	0,5	0,56	Hirsch Kupfer	86,5	109	112
Darmst. u. Natbk.	135	145	174	Hohenlohe	15,5**	18**	17,9**
Deutsche Bank	131,5	137	154	J. G. Farbenind.	189,75	195	253
Disc.-Komm.	127,25	132,5	148	Laura	35,5	38,25	49,5
Dresdner Bank	114⅜	117,25	132	Mannesmann	101,75	109	129,5
Hambg.-Amerika	133,25	133,25	152	Oberbedarf	52	53,5	76⅛
Hamburg-Süd	107	104,75	127	Oberschl. Eisen	53	57,5	84
Hansa	131	129	141	Orenst. & Koppel	75	74	100
Norddtsch. Lloyd	130	128,75	145,75	Phönix	85	91	122,75
Bergmann	124⅜	118,5	128	Rheinstahl	119,5	121	145.5
Bochumer Guß	104	115	146,5	Rombacher	24,5	24,25	28⅞
Daimler	65,75	64	80	Schuckert	111⅛	112,75	129
Deutsche Kali	114	118,5	149	A. E. G.	125	123	147,5

*) in Rm. %. **) in Billionen %.

Der **Londoner Geldmarkt** hat im Juni wiederum von dem Einströmen flüchtender Gelder aus den Frankenländern Nutzen gezogen. Da auch Amerika seine Guthaben im allgemeinen stehen ließ, ja zeitweilig noch vergrößerte, und da andererseits der Kohlenstreik die Geld-Nachfrage verringert, indem er die gewerbliche Tätigkeit verlangsamt, so war das Geld den ganzen Monat über sehr flüssig. Es tat der Flüssigkeit auch keinen Abbruch, daß die Bank von England, die einen niedrigen Zins aus Währungsgründen nicht brauchen kann, wiederholt im Markte „aufborgte", d. h. Schatzwechsel abstieß. Auch die Zahlung von ca. 19 Mill. £

Digitized by Google

für den Dienst der englischen Kriegsschuld an Amerika ist — am Geld- wie am Devisenmarkt — so ohne Einfluß geblieben, als hätte sie gar nicht in natura stattgefunden, sondern wäre im Kreditwege geregelt worden. Tägliches Geld bewegte sich zwischen 3 und 4 % und war meist zu 3½ bis 3¾ % erhältlich. Die Schatzwechsel der Regierung wurden gegen Ende des Monats mit 4¼ % Diskont getendert und Wochengeld war den ganzen Monat hindurch mit 4% angeboten. Der Privatdiskont hatte infolge der andauernden Nachfrage der Frankenländer nach prima Bank-Material die deutliche Neigung, sich in zwei Notizen, eine für Standard-Material und eine niedrigere (bis zu 4⅛ % herunter) für Akzepte der ersten Finanzhäuser zu spalten. Die offiziellen Notierungen blieben während des ganzen Monats fast ohne Veränderung; sie lauten:

1. Juni	7. Juni	14. Juni	19. Juni	25. Juni	30. Juni	höchst	niedrigst
4⅝	4¼	4¼	4¼	4¼	4¼	4⅝	4¼

Die Bank von England ist im Juni teils infolge der Marktflüssigkeit, teils infolge des geschäftshemmenden Einflusses des Kohlenstreiks von privater Seite ungewöhnlich wenig in Anspruch genommen worden. (Man darf sich durch die Ziffern des letzten Juni-Ausweises nicht täuschen lassen, der auf den Ultimo fällt und daher ausnahmsweise einmal die Ansprüche erkennen läßt, die an einem Halbjahrtermin an die Bank gestellt werden.) Das Schatzamt scheint die Bank etwas stärker in Anspruch genommen zu haben, was aus der Ziffer der Regierungssicherheiten insofern hervorgeht, als sie auch nach Weitergabe von Schatzwechsel-Posten an den Markt (siehe oben unter Londoner Geldmarkt) noch immer ziemlich erheblich ist. Der Goldbestand der Bank hat sich wiederum erhöht. Die Bank kauft das Gold fortgesetzt zum Marktpreise von 84 s 11½ d auf, der für sie ein Liebhaberpreis ist, in dem Bestreben, ihren Goldbestand wieder auf die Höhe zu bringen, die er vor der Wiedereinführung der Goldwährung hatte. Wenn sie im Juni trotzdem nur eine Zunahme um ca. 1¼ Mill. £ durchgesetzt hat, so liegt das an den fortgesetzten Goldentnahmen Spaniens und namentlich Hollands. Es fällt auf, daß die Niederländische Bank, die im vorigen Jahre die englische Goldpolitik nachdrücklich unterstützte, schon seit längerer Zeit nichts gegen die holländischen Goldbezüge unternimmt. — Der Umlauf an currency notes ist im Juni nicht unerheblich, nämlich auf 292,7 Mill. £, zurückgegangen.

Der Londoner Wechselkurs ist von der Bank von England, über deren „undurchsichtige Politik" der Markt übrigens neuerdings vielfach Klage führt, auf der Goldparität, verschiedentlich auch etwas darüber, zu halten versucht worden, was ihr mit Hilfe von Goldabgaben und fortgesetzten Rückkäufen von Gold zu höheren Preisen auch durchaus gelungen ist. Ob die Bank zu gleichem Zweck amerikanische Kredite zu Hilfe genommen hat,

Digitized by Google

ist nicht erkennbar und auch den ersten Häusern der City unbekannt. Die wirkliche Verfassung der englischen Währung wird sich erst dann erkennen lassen, wenn London seine Praxis, die Geldsätze künstlich über New York und einzelnen kontinentalen Geldmärkten zu halten, aufgibt und den Zins frei über die Gold- bzw. Devisenbewegung entscheiden läßt. Im übrigen wird es interessant sein, zu beobachten, wie lange sich die Sterlingdevise mit künstlichen Mitteln über der inneren Kaufkraft des Pfundes halten läßt. Ende Juni notierte in London: Kabel New York 4,867 Doll., Montreal 4,859 Doll., Amsterdam 12,11½ Fl., Schweiz 25,13 Frs., Bombay 1 s $5^{15}/_{16}$ d, Yokohama 1 s $11^{1}/_{16}$ d.

Der Londoner Clearingverkehr, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, weist im Juni folgende Ziffern aus (in Mill. £):

1924			1925			1926		
29. 5.— 5. 6.		812	29. 5.— 4. 6.		748	27. 5.— 2. 6.		826
6. 6.—12. 6.		614	5. 6.—11. 6.		790	3. 6.— 9. 6.		828
13. 6.—19. 6.		787	12. 6 —18. 6.		786	10. 6.—16. 6		759
20. 6.—26. 6.		719	19. 6.—25. 6.		703	17. 6.—23. 6.		654
27. 6.— 3. 7.		908	26. 6.— 2. 7.		942	24. 6.—30. 6.		819
29. 5.— 3. 7.	3	840	29. 5.— 2. 7.	3	969	27. 5.—30. 6.	3	886
1. 1.—28 5.	16	580	28. 12.—28. 5.	17	312	31. 12.—26. 5.	16	361
1. 1.— 3. 7.	20	420	28. 12.— 2. 7.	21	281	31. 12.—30. 6.	20	247

Die Bank von Frankreich hat im Juni im Mittelpunkt der französischen inneren Politik gestanden. Der Premier Briand versuchte angesichts des neuen Francesturzes vergeblich, die Bank zur Bereitstellung eines Teils ihres Goldschatzes zu Interventionen oder als Unterpfand für Kredite zu bewegen. Der Gouverneur Robineau, der mit Recht jede Franc-Stützung für verfehlt hält, die nicht von einer Einstellung der Notenvermehrung begleitet ist, hat, als der neue Finanzminister Caillaux einen Zwang ausüben wollte, lieber demissioniert, als das Gold der Bank zur Verwendung an falscher Stelle herzugeben. Die Inanspruchnahme der Bank durch den Staat hielt sich übrigens in bescheidenen Grenzen. Obwohl die Regierung Mitte Juni vor der Fälligkeit von mehr als 3 Milliarden Francs bons de la défense usw. stand, hat sie nur 1,45 Milliarden Frs. Schatzwechsel bei der Bank untergebracht. Der Notenumlauf nahm noch um etwas weniger, nämlich um 1,2 Milliarden zu. Das brauchte an sich nicht beunruhigend zu wirken. Trotzdem verschlechterte sich der französische Wechselkurs, der Ende Mai durch gewaltsame Intervention unter Opferung des größten Teils des Morgan-Kredits auf 145 heruntergedrückt worden war, Mitte Juni panikartig auf 180 Frs. je £. Das Vertrauen des In- und Auslands in den Franc erweist sich als derartig erschüttert, daß selbst stärkste Mittel (abgesehen von der Stabilisierung, zu der man sich noch immer nicht entschließen kann,) jetzt nur noch tageweise wirken können. Eine kleine Erholung gegen Ende des Monats, die von den Hoffnungen auf Caillaux ausging, ging auch bald wie-

Digitized by Google

der verloren; am 1. Juli war der Stand von 180 sogar etwas überschritten. In New York notierte der Franc Ende Juni 2,78 Cents.

Am New Yorker Geldmarkt hielt die Flüssigkeit in der ersten Monatshälfte an, so daß man zeitweilig eine Diskontermäßigung der Bundes-Reserve-Bank New York erwartete. Diese blieb jedoch aus, und im weiteren Verlauf des Monats schienen die Geldsätze im Zusammenhang mit der Ankündigung neuer Angebote ausländischer Anleihen (z. B. Obligationen des Deutschen Stahlvereins) etwas anziehen zu wollen, ohne daß es jedoch zu bemerkenswerten Veränderungen gekommen wäre. Tägliches Geld war meist mit 3½ bis 4, späterhin mit 4¼%, am Ultimo mit 5% erhältlich, Bankakzepte fanden zu 3⅜, Ende des Monats zu 3½ % Unterkunft, Warenwechsel zu 4 bis 4¼% nach 3¾ bis 4%. In der Geldbewegung New York-London trat keine sichtbare Aenderung ein, die amerikanischen Guthaben in London sind eher noch etwas vermehrt worden. — Die Wechselkurse blieben im allgemeinen günstig, so daß Goldeinfuhren stattfanden und der Goldbestand des Bundes-Reserve-Amts sich im Laufe des Monats um rund 40 Millionen Dollar erhöhen konnte. Ende Juni notierten: Kabel London 4,86¾ Doll., Amsterdam 40,17 Doll., Stockholm 26,84 Doll., Buenos Ayres 109,40 Goldpesos, Rio de Janeiro 15,81 Doll., Montreal 99,50 am. Doll.

Bei den Diskontsätzen der Notenbanken sind im Juni zwei Veränderungen zu verzeichnen, und zwar Ermäßigungen um je ½ Prozent bei der Deutschen Reichsbank und der Dänischen Nationalbank. Die Sätze lauten:

Deutsche R.-Bk. b. 6. 6.: 7;	bis 30. 6.	6½	Lettland	bis 30. 6.	8
England	„ 30. „	5	Estland	„ 30. „	10
Bank von Frankreich	„ 30. „	6	Litauen	„ 30. „	7
Oesterr. Nationalbank	„ 30. „	7½	Danzig	„ 30. „	7
Ungarn	„ 30. „	7	Norwegen	„ 30. „	5½
Banca d'Italia	„ 30. „	7	Dänemark bis 23. 6.: 5½;	„ 30. „	5
Bank von Spanien	„ 30. „	5	Niederld. Bank	„ 30. „	3½
Bank von Portugal	„ 30. „	9	Rumän. Nationalbank	„ 30. „	6
Schweiz. Nationalbank	„ 30. „	3½	Bank von Finnland	„ 30. „	7½
Schwed. Reichsbank	„ 30. „	4½	Tschech. Bankamt	„ 30. „	6
Rußland	„ 30. „	10	Bank von Belgien	„ 30. „	7
Jugoslavien	„ 30. „	7	Bank von Polen	„ 30. „	12
Bulgarien	„ 30. „	10	Griech. Nationalbank	„ 30. „	10

New York bis 30. 6.: 3½

Ausweise europäischer Notenbanken

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber[6])	Auslandsguthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt
Deutsche Reichsbank [Millionen Rm.]:								
7. 6.	1492.0	99.6	355.9	1240 3[13])	6.2	647.3		2794 9
15. 6.	1492.1	107.3	205.4	1283.1[13])	6.4	763 0		2612.8
22. 6.	1492.2	113.8	149 8	1223.9[13])	5.3	764.0		2498 1
30. 6.	1492.2	107.5	324.8	1288.2	143.3	526.9		2971.2

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6])	Auslandsguthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt
Bank von England [Millionen Pfund Sterling]:								
2. 6.	148.7		—	120.4 [3])		11.4	118.7	141.0
9. 6.	149 0		—	107.4 [3])		9.7	108 2	140.4
16. 6.	149.9		—	107.8 [3])		14.2	105.3	140.0
23. 6.	150.1		—	107 3 [3])		18.6	100.3	140.4
30. 6.	150.8		—	154.7 [3])		10.4	154.6	141.7
Bank von Frankreich [Millionen Francs]:								
3. 6.	5548.4 [3])	335.2	574.5	5714.1	44553 9	7.7	3105.5	53389.5
10. 6.	5548.5 [3])	335.2	574.4	4682.2	44146.2	35.8	2822 2	53353.5
17. 6.	5548.5 [3])	335.9	576.3	4488.2	44124 2	15.5	2769.8	53032.6
24. 6.	5548.5 [3])	337.1	576.2	4743:7	44281.4	17.7	2908.6	53073.2
1. 7.	5548.5 [3])	337.5	575.8	5605.6	44974.9	28.3	3204.0	53914.2
Oesterreichische Nationalbank [Millionen Schilling]:								
7. 6.	18.3 [10])	1,3	484 8 [4])	78.8	0.20	54.4		787.7
15. 6.	18.3 [10])	1,8	479.8 [4])	71 1	0 19	79.3		752.1
23. 6.	18.4 [10])	1,6	480.7 [4])	67.3	0.18	99.1		735.0
30. 6.	18.6 [10])	1,5	514.3 [4])	80.6	0.19	61.9		886.3
Ungarische Nationalbank [in Millionen Pengö] [9])								
7. 6.	110.6 [10])	0.9	128.3 [4])	160.8	0.02	194.2	12.6	873.9
15. 6.	115.5 [10])	0.9	128 1 [4])	150.9	0.02	197.3	9.9	861.6
23. 6.	119.0 [10])	0.9	111.7 [4])	147.2	0.02	192.6	11.6	854.3
30. 6.	121.1 [10])	0.9	107.1 [4])	165.1	0.02	166.1	9.4	895.4
Tschechoslowakische Nationalbank [Millionen tschechoslowakische Kronen]:								
7. 6.	1058.0		1251.4	112.6	64 2	1126 2		6770.5
15. 6.	1058.0		1232.0	101.9	63.5	1253.2		6548.1
23. 6.	1048.1		1259 0	104.2	62 6	1392.7		6437.1
30. 6.	1041.3		1283.8	111.3	64.5	685.4		7219.9
Bank von Italien [Millionen Lire]:								
10. 5.	978.4	677.2	5105.8	8126.2		1483.2		13924.6
20. 5.	978.4	676.1	5153.7	8508.1		1604.5		13582.6
30. 5.	978.9	677.8	5451.5	8265.4		1558.5		13842.5
Bank von Finnland [Millionen finnische Mark]:								
8. 6.	331.0 [12])	8.7 [12])	915.2	500.2		224.3	67.3	1808.1
15. 6.	331.0 [12])	8 6 [12])	894.9	510.7		222,5	68.4	1289.5
23. 6.	330 6 [12])	8 3 [12])	859.4	506 6		221.7	56.8	1278.1
30. 6.	330.6 [12])	8.3 [12])	899.9	516,2		269.1	57.6	1297.7
Niederländische Bank [Millionen Gulden]:								
7. 6.	432.0	26.8	195.1	66.7	129 3	14.9	32,6	827.1
14. 6.	431.8	27.0	195.1	64.8	140.0	26.9	34 8	815.3
21. 6.	426.7	27.5	198.3	55 8	139.6	33.3	37.0	798.9
28. 6.	426.5	27.8	198.4	54.8	141.6	32.4	31.5	809.2
Schweizerische Nationalbank [Millionen schweiz. Francs]:								
7. 6.	419.0	88.4	12.7	303 6	46 5	104.0		755.9
15. 6.	419.2	88.8	12.4	302.1	42.9	184.1		731.4
23. 6.	419.3	89.1	12.4	303 1	43.1	129.2		728.1
30. 6.	419.1	89.0	14.3	316.6	43.1	83.3		800.4

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf insgesamt
Schwedische Reichsbank [Millionen schwedische Kronen]:								
5. 6.	228.9	—	131.5	298.9		147.0		481.3
12. 6.	228.8	—	126.3	288 3		144.0		466.9
19. 6.	228.5	—	124.6	293.0		141.6		476 5
26. 6.	228.4	—	125.6	283.7		135.1		468 6
30. 6.	228.4	—	125.8	315.0		133.1		527.9
Bank von Norwegen [Millionen norw. Kronen]:								
7. 6.	147.2		87.3	277.2		133.5		382.7
15. 6.	147.2		87.3	296.3		152.5		333.2
22. 6.	147.2		81.7	328.6		182.5		335.1
30. 6.	147.2		81.2	338.9		184.1		343.0
Nationalbank von Dänemark [Millionen dän. Kronen]:								
30. 6.	209.1	15.3	50.5	101.0	22.6	22.1		400.1
Bank von Polen [Millionen Zloty]:								
10. 6.	134.5	0.9	71.0	302.8	29.5	92.3 [14]		423.6
20. 6.	134.6	1.5	72.3	305 4	29.0	104.6 [14]		415.5
30. 6.	134.7	0.6	78.5	301.3	29.8	78.3 [14]		448.0
Nationalbank von Rumänien [Millionen Lei]:								
22. 5.	7004.4	10.9	—	8290.7	1375.4 [5]	7757.5		20964.7
29. 5.	7004.4	10.8	—	8349.0	1378.1 [5]	7753.3		20988.1
5. 6.	7004.5	10.7	—	8382 0	1370.1 [5]	7737.3		20985.6
12. 6.	7004.6	15.6	—	8398.7	1377.2 [5]	7727.7		20991.0
Bulgarische Nationalbank [Millionen Lewa]:								
31. 5.	59.7	110.3	303.0	848.2	523.1	2373.2		3619.3
Griechische Nationalbank [Millionen Drachmen]:								
15. 4.	47.5 [2]	9.8	1652.4	639 3	2054.3 [8]	—	1667.7	4374.0
29. 4.	47.5 [2]	10.0	1789.2	621.8	2022.3 [8]	—	1688.2	4474.4
15. 5.	47.5 [2]	10.0	1740.0	618.9	2021.9 [8]	—	1751.1	4355.1
Belgische Nationalbank [Millionen Francs]:								
3. 6.	273.8	90.4	30.2	1569.7	497.6	—	437.2	8370 5
10. 6.	273.8	89.8	30.2	1554.6	391.4	—	425.4	8336.2
17. 6.	273.8	89.5	30.2	1465.2	411.9	18.3	443.4	8277.5
24. 6.	273.8	89.2	30.2	1509.0	353.6	35.8	468.9	8276.5
Russische Staatsbank, Notenabteilung [in 1000 Tscherwonetz]:								
16. 6.	14659 9 [11]	—	5010.9	51010.6	85.8	—	—	72781.4
1. 7.	14682.9 [11]	—	5025.4	52972.9	85.8	—	—	72668.1

[1] Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2] Einschl. Gold im Ausland. — [3] Einschl. Regierungssicherheiten. — [4] Devisen und Valuten. — [5] Ohne Regierungsschuld (11 Milliarden Lei). — [6] Meist einschl. unedler Scheidemünzen. — [7] Einschl. Schuld des Staates. — [8] Ohne Vorschüsse an den Staat. — [9] 1 Pengö = 12500 Kronen. — [10] Die Devisenbestände sind nach der Spalte „Auslandsguthaben" übertragen. — [11] Ferner Platinbestände (am 1. 7.: 3,04 Mill. Tscherwonetz). — [12] Effektivwert in Mill. finn. Mark. — [13] Ferner 38,2 bezw. 3,7 bezw. 3,7 Mill. Rm. rediskontierte Wechsel. — [14] Dazu 45,5 Mill. Zloty bezw. 46,2 Mill. bezw. 48,7 Mill. Devisenschulden.

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich die Flüssigkeit bis kurz vor dem Ultimo unverändert erhalten, ja sie erfuhr nach der Ermäßigung des Bankdiskonts am 7. Juni noch eine Accentuierung, obwohl der Satz von 6½ % um mehr als 2 % über dem Privatdiskontsatz liegt, also eine Fühlung zwischen Markt und Bank garnicht

Digitized by Google

besteht. Für die großen Geldgeber fehlte es derartig an täglich flüssig zu machenden Anlagen, daß vielfach tägliches Geld in großen Beträgen zu 2 % hingegeben wurde und der Privatdiskont offiziell weiter auf 4½%, im Bankverkehr auf 4¼% zurückging. Von längerfristigen Anlagen wurden Monatsgeld mit 5¼ bis 5½ und bankgirierte Warenwechsel (nicht unbedingt rediskontfähig) mit 5 bis 5¼ % gehandelt. Etwa 1½ Mill. £ belgische Goldschatzwechsel, die sich mit ca. 5½ % verzinsen, fanden Unterkunft in Berlin, und größere Posten deutscher Dollaranleihen wurden für deutsche Rechnung zurückgekauft. Die benötigten Dollar wurden der Reichsbank zum festen Kurse entnommen, wogegen man Pfundwechsel, die etwas über Parität lagen, nach London remittierte — eine risikolose Arbitrage auf dem Rücken der Reichsbank (siehe „Der starre Dollarkurs", Juniheft S. 366). In Verbindung mit dieser Transaktion spielte das Devisen-Leihgeschäft eine große Rolle. Für Dollar wurden ca. 5 Proz., für Pfund ca. 5¾ Proz. Leihgeld gezahlt. Die starken Zeichnungen auf die 150 Mill. Rm. Vorzugsaktien der Reichsbahn-Gesellschaft blieben ohne jeden Einfluß auf die Marktlage. Erst kurz vor dem Ultimo trat eine plötzliche Versteifung ein, die alle Sätze ein paar Tage lang ansteigen ließ (auch der Privatdiskont stieg auf 4½% für lange und 4⅝% für kurze Sicht). Es fanden unerwartete Geldentziehungen seitens der Provinz (Reiseverkehr) und der öffentlichen Banken (Beamten-Gehälter) statt, die zu einer Art kurzer Klemme geführt haben würden, wenn die Reichsbank zum erhöhten Privatdiskontsatz nicht in großem Maßstabe als Käuferin für Bankenwechsel aufgetreten wäre und so zwischen Bank und Markt für ein paar Tage eine bessere Fühlung hergestellt hätte.

Der Berliner Wechselkurs hat im Juni keine bemerkenswerten Veränderungen erfahren. Nur gegenüber London lag er meist etwas über Parität, was von der Devisenarbitrage auf die vorerwähnte Art zu Tauschoperationen gegen Dollar benutzt wurde.

Devisenkurse (in R.-Mark).*

	1. Juni	7. Juni	12. Juni	18. Juni	24. Juni	30. Juni
Amsterdam [Gulden]	168,86	168,75	168,76	168,69	168,72	168,74
Kopenhagen [Kr.] .	110,80	110.10	111,50	111,40	111,40	111,37
Stockholm [Kronen]	112,40	112,40	112,44	112,60	112,70	112,70
Oslo [Kronen] . .	92,08	92,85	92,65	92,75	92,60	92,20
Helsingfors [F.-M.] .	10,57	10,57	10,564	10,572	10,57	10,572
Schweiz [Francs] .	81,31	81,295	81,32	81,295	81,305	81.33
Madrid [Pesetas]	63,50	63,60	65,80	67,70	68,20	67.70
Italien [Lire] . .	16	15,85	15,84	15,11	15,27	15,17
London [Pfund] . .	20,429	20,437	20,440	20,439	20,434	20,441
New York [Dollar] .	4,2	4.2	4,2	4,2	4,2	4,2
Paris [francs] . .	13,72	12,91	12,42	11,60	12,08	11.81
Brüssel [francs] . .	13,17	12,92	12,49	11,80	12,10	11,73
Wien [Schilling] . .	59,365	59,37	59,32	59,36	59,43	59,42
Prag [Kronen] . .	12,44	12,44	12,438	12.44	12,438	12,438
Buenos Aires [Pesos]	1,680	1,693	1,693	1,697	1,690	1,695
Rio de Janeiro [Milr.]	0,640	0.645	0,648	0,654	0,667	0,663
Japan [Yen] . . .	1,973	1,977	1,965	1,962	1,968	1,972

Digitized by Google

Devisenkurse (in R.-Mark).*)

	1. Juni	7. Juni	12. Juni	18. Juni	24. Juni	30. Juni
Bulgarien [Lewa] .	3,050	3,050	3,062	3,01½	3,027	3,040
Jugoslavien [Dinar]	7,415	7,417	7,42	7,445	7,44	7,437
Budapest [Kronen] .	5,877	5,875	5,878	5,87	5,88	5,88
Lissabon [Eskudo] .	21,470	21,470	21,470	21,460	21,400	21,440
Danzig [Danz. Guld.]	80,99	81,03	81,07	81,06	81,13	81,18
Athen [Drachm.] . .	5,40	5,40	5,20	5,20	5,30	5,30
Konstantinop. (tk.Pfd.)	2,32,5	2,290	2,23½	2,240	2,23½	2,240
Montevideo [Peso] .	4,250	4,280	4,260	4,240	4,230	4,190
Canada [Dollar] . .	4,202	4,202	4,202	4,204	4,20½	4,20½

*) Die Notiz versteht sich bei Pfund, Dollar, arg. Pap.-Peso, Yen, türk. Pfd., Milreis und urug. Goldpeso für je 1 Einheit, bei ungar. Kronen für 100000 Einheiten, bei allen übrigen Auslandswerten für je 100 Einheiten.

Bei der **Deutschen Reichsbank** stechen zwei Momente besonders in die Augen: Erstens die starke, erst Ende des Monats korrigierte Abnahme des sichtbaren Devisenbestandes (der unsichtbare scheint ebenfalls eine Verminderung erfahren zu haben), die mit der Abziehung von Dollar-Devisen seitens der Arbitrage zusammenhängt, zweitens das völlige Verschwinden des früher an öffentliche Stellen weiterbegebenen Diskontmaterials, das die Bank in Ermangelung hinreichender Anlagen jetzt für sich selbst einbehält. Ebenfalls infolge unzureichender Diskontgelegenheit ist die Bank während des ganzen Monats, speziell aber am Monatsschluß, als Käuferin von Privatdiskonten aufgetreten. Erst am Ultimo wurde sie stärker in Anspruch genommen, und zwar durch erhebliche Rückverkäufe von Devisen sowie durch umfangreiche Lombardierungen, auch solche von Markwechseln. Man lombardiert die längerfristigen Wechsel lieber für 5 Tage, als daß man sich für ihre ganze Laufzeit den nur um 1% niedrigen Bankdiskontsatz abziehen läßt. Daß die Diskontermäßigung vom 7. Juni nur ½ Prozent betrug, wurde von der Bank damit begründet, daß die Leichtigkeit am Geldmarkt „vorübergehender Natur" sei, was sie nun schon seit vielen Monaten behauptet. Demgemäß hat sie denn auch mit einer weiteren Ermäßigung ihres Diskontsatzes bis zum 6. Juli gewartet.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im Juni und den Vergleichsmonaten das folgende Bild:

	1921 [1])	1922 [1])	1923 [1])	1924 [2])	1925 [3])	1926 [3])
April	75 255	175 977	8 177 378	1 058 451 242 [4])	4 165,5	4 468,3
Mai	66 453	179 370	12 345 002	1 154 905 005 [5])	4 102,8	4 501,1
Juni	68 764	191 413	28 475 345	687 641 800 [6])	4 302,4	4 613,3

[1]) in Millionen P.-Mark [2]) in Billionen P.-Mark. [3]) in Millionen R.-M. [4]) ferner 1906,4 Mill. Rentenmark. [5]) ferner: 1 793,3 Mill. Rentenmark. [6]) ferner 1416,6 Mill. Rentenmark.

Zulassungen an den deutschen Börsen im Juni 1926.

I. Börse zu Berlin.

R.-M.	5	Millionen	8 %	Stadtschaftsbriefe des Berliner Hypothekenbankvereins
„	8	„	8 %	Obl. d. Grube Leopold
„	20	„	8 %	Pfandbriefe der Deutschen Grundcreditbank Gotha

Digitized by Google

R.-M. 6 Millionen Ferdinand Rückforth Nach., Akt.
„ 5 „ Bayerische Motorenwerke, Akt.
„ 20 „ 8 % Obl. der Continental Caoutchouc Co.
„ 30 „ 6½ % Preußische Staatsschatzanweisungen
„ 10 „ 8 % Kommunalobl. d. Berl. Hypothekenbank erweiterte Reihe 1
„ 20 „ 8 % Deutsche Kommunal-Anl. der Deutschen Girozentrale
„ 6 „ 8% Kommobl. der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbk.
„ 20 „ 8 % Schlesische landschaftliche Pfandbriefe, Reihe 3 u. 4
„ 70 „ 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost
„ 10 „ 7 % Pfandbriefe d. Landesbank der Rheinprovinz

II. Börse zu Breslau.

R.-M. 4 Millionen 8 % Schlesiche Landschaftliche Pfandbriefe

III. Börse zu Düsseldorf.

R.-M. 10 Millionen 7 % Pfandbriefe d. Landesbank der Rheinprovinz
„ 30 „ 6½ % Preuß. Staatsschatzanweisungen
„ 70 „ 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

IV. Börse zu Essen-Ruhr.

R.-M. 1 666 640 Barmer Bankverein, jg. Akt.
„ 30 Millionen 6½ % Preuß. Staatsschatzanweisungen
„ 10 „ 7 % Pfandbriefe d. Landesbank der Rheinprovinz
„ 50 „ 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

V. Börse zu Frankfurt a. M.

R.-M. 3 Millionen 10 % Anleihe der Hauptstadt Mannheim von 1925
„ 15 „ 8 % Pfandbriefe d. Frankfurter Hypothekenbank
„ 5 „ 10 % Obl. d. Kommunalen Elektrizitätswerk Mark, Reihe 2
„ 5 „ 8 % Anl. der Nassauischen Landesbank, Reihe 1 u. 2
„ 5 „ 8 % Komm.-Anl. der do. do. Reihe 1
„ 0,9 „ Rhein-Main-Donau-A. G., Inh.-Vorzgsakt. B
„ 1,13 „ Schraubenspund-Fabrik Kromer, Akt.
„ 5 „ 8 % Pfandbfe d. Rheinischen Hypothekenbank, Reihe 6
„ 30 „ 6½ % Preuß. Staatsschatzanweisungen
„ 70 „ 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost
„ 10 „ 7 % Pfandbriefe d. Landesbank der Rheinprovinz

VI. Börse zu Hannover.

R.-M. 0,54 Millionen Vorwohler Portlandzementfabrik, jg. Akt.
„ 0,525 „ Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, jg. Akt.
„ 2 „ 8 % Obl. d. Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheimschen Ritterschaftl. Kreditverein
„ 2 „ 8 % Obl. d. Bremenschen Ritterschaftl. Kreditverein
„ 20 „ 8 % Obl. d. Continental Caoutchouc Comp. von 1926

VII. Börse zu Köln a. Rhein.

R.-M. 10 Millionen 7 % Pfandbriefe der Landesbank der Rheinprovinz
„ 10 „ 7 % Pfandbfe der Westdeutschen Bodenkreditanstalt, Reihe 10
„ 30 „ 6½ % Preuß. Staatsschatzanweisungen
„ 70 „ 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

R.-M. 0,62 Millionen Ostdeutsche Hefewerke, Akt.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

R.-M. 5 Millionen 8 % Pfandbfe der Bayerischen Vereinsbank
„ 53 500 050 Disconto-Ges., jg. Akt.
„ 0,9 „ Rhein-Main-Donau-A. G., Inh.-Vorzgsakt. B
„ 4 „ 8 % Pfandbfe d. Bayer. Landwirtschaftsbank

Digitized by Google

R.-M.	20	Millionen	8 %	Pfandbfe d. Bayer. Hyp.- u. Wechselbank
„	10	„	8 %	Pfandbfe d. Pfälz. Hypothekenbank, Reihe 6
„	70	„	6½ %	Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

XII. Börse zu Augsburg.

R.-M.	20	Millionen	8 %	Pfandbfe d. Bayr. Hyp. und Wechselbank, Reihe 5

XIII. Börse zu Dresden.

R.-M.	1,3	Millionen		Leipziger Hypothekenbank, jg. Akt.
„	10	„	10 %	Pfandbfe der Mitteldeutschen Bodencreditanstalt, Reihe 1
„	2	„	10 %	do. do. Reihe 2
„	5	„	10 %	do. do. Reihe 3
„	5	„	8 %	do. do. Reihe 2
„	6	„		Aktienbrauerei zum Hasen, Akt.
„	10	„	7 %	Pfandbfe des Landwirtschaftl. Creditver. Sachsen Reihe 2
„	5	„	8 %	Pfandbfe der Sächs. Landespfandbriefanstalt, Reihe 2

XIV. Börse zu Leipzig.

R.-M.	6	Millionen	10 %	Obl. der Leipz. Bierbrauerei Riebeck u. Co.
„	2	„	8 %	Pfandbfe der Grundrentenanstalt Dresden, Reihe 2
„	10	„	8 %	Pfandbfe des Erbländischen Ritterschaftl. Creditverein Sachsen, Reihe 3
„	30	„	7 %	Schatzanweisungen des Freistaats Sachsen, Reihe 1 u. 2
„	10	„	7 %	Pfandbfe des Landwirtsch. Kreditvereins Sachsen, Reihe 2
„	5	„	8 %	Pfandbfe der Sächs. Landespfandbriefanstalt, Reihe 2

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

R.-M.	70	Millionen	6½ %	Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

XVII. Börse zu Mannheim.

R.-M.	10	Millionen	8 %	Anleihe der Hauptstadt Mannheim

XVIII. Börse zu Bremen.
Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Hamburg.

R.-M.	0,9	Millionen		Rhein-Main-Donau-A. G., Inh.-Vorzgsakt. B
„	30	„	6½ %	Preuß. Staatsschatzanweisungen
„	70	„	6½ %	Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Aktiengesellschaften in das Handelsregister hat sich im Juni gegenüber dem Vormonat mehr als verdoppelt, ist aber noch immer relativ geringfügig. Die Kapitalserhöhungen, in denen im Mai die Aktienausgabe der Vereinigten Stahlwerke steckte (mit 799,94 Mill. M.), haben diesmal allerdings einen sehr starken Rückgang erfahren. Läßt man indes die Ver. Stahlwerke außerhalb des Vergleichs, so ergibt sich fast eine Vervierfachung der Kapitalserhöhungen. Die Statistik zeigt (nach „Fkft. Ztg.") das folgende Bild:

Digitized by Google

Industriezweig	Kapitalserhöhungen				Neugründ. v. Akt.-Ges.			
	Zahl der Ges.		Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M.		Zahl der Ges.		Nominal-Betrag in 1000 G.-M.	
	Mai	Juni	Mai	Juni	Mai	Juni	Mai	Juni
Banken	3	4	2610	1550	2	1	2050	1050
Versicherungsgesellsch.	4	2	2406	750	—	1	—	50
Metall und Maschinen	4	8	2158	7767	1	4	750	5760
Bergbau und Hütten	1	2	799940	6400	—	—	—	—
Chem. Industrie	5	2	8413	5250	1	—	50	—
Elektr. Gaswerke	4	1	3800	250	—	—	—	—
Textilindustrie	3	1	4006	500	—	—	—	—
Nahrungs- u. Genußmittel	3	6	1460	15172	1	1	50	500
Steine und Erden	—	2	—	18790	—	1	—	100
Papierindustrie	1	1	98	100	—	—	—	—
Bauindustrie	3	2	2250	810	1	1	50	800
Verkehrszw.	1	2	1200	62050	1	—	125	—
Leder- und Gummi	2	—	1924	—	1	—	50	—
Verschiedene Industrien	8	12	1200	2676	2	3	550	200
Zusammen	42	45	831465[3])	122065[2])	10	13	3675	8460

[1]) bei Versicherungs-Gesellschaften eingezahlter Betrag.
[2]) darunter zwei Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.
[3]) darunter 3 Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.

Am **Genossenschaftsgründungen** haben im Juni laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
15	19	0	3	12	133
Mai (berichtigt):					
14	22	0	2	16	94
Dagegen im Juni 1925:					
52	18	0	2	14	158

Insgesamt sind also gegründet worden:

Juni 1926: 27 Genossenschaften m. unb. H. und 155 Genossenschaften m. b. H.
„ 1925: 66 „ „ „ „ „ 178 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Juni zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	109	in Frankfurt a. M.	15	in München	23
„ Chemnitz	23	„ Hamburg	47	„ Stuttgart	10
„ Düsseldorf	21	„ Leipzig	30	„ Zwickau	12

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Juni 1926

941 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

und im ersten Halbjahr 1926

5761 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im Juni 1926.

Reichsbank. Der Diskontsatz wird am 7. Juni auf 6½ % (bisher 7%) herabgesetzt, der Lombardzinsfuß auf 7½ (bisher 8 %). Das Bankgesetz wird durch eine Novelle abgeändert, die der Bank das Diskontieren, Kaufen und Beleihen von Reichsschatzwechseln bis zu 400 Mill. Rm. gestattet, wozu der Reparationsagent seine Einwilligung gegeben hat (siehe Juli-Heft, Umschau, S. 420). Der jeweilige Bestand der durch Diskontierung oder Kauf von der Reichsbank erworbenen oder von ihr beliehenen Reichsschatzwechsel ist im wöchentlichen Status auszuweisen und gilt nicht als Notendeckung. Infolge des überaus großen Eingangs von Zeichnungen auf die 150 Mill. Rm. 7 % Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, über welche die Reichsbank Zertifikate ausstellt, wird die Zeichnung am ersten Zeichnungstag geschlossen. Das Institut nimmt den Ankauf von Wechseln und Schecks auf Estland, Lettland und Litauen auf, sofern die Verfallzeit drei Monate nicht übersteigt. Kauft, da die Einreichung von Wechseln zum Diskont durch den zu hohen Bankdiskontsatz (2½, später 2 % über Marktsatz!) unterbunden wird und es ihr an Deckungsmaterial für die Noten fehlt, Privatdiskonten im offenen Markt; sie beauftragt auch die Frankfurter Bankfirma I. Ph. Kessler mit dem kommissionsweisen Ankauf von Privatdiskonten in Frankfurt a. M. und Süddeutschland. Stellt aus demselben Grunde die Weiterbegebung von Rediskonten an öffentliche Stellen vollständig ein und behält das Wechselmaterial als eigene Anlagen. Am 30. Juni enthält der Ausweis der Bank daher den Posten „bei öffentl. Stellen rediskontierte Wechsel" nicht mehr. Die im Juli-Heft (Seite 407) erwähnte Aktion der Ernte-Finanzierung mit Dazwischentreten der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse kommt zustande. Das Institut widerspricht der schweizerischen Angabe, daß die in der Schweiz verschuldeten deutschen Städte für ihre Valutascheine die Rückbürgschaft der Bank, der Devisenzentrale oder einer anderen staatlichen Stelle erhalten hätten. Die Bank habe die Kredite lediglich vermittelt. Präsident Dr. Schacht tritt aus der Deutschdemokratischen Partei aus. Das frühere Mitglied des Direktoriums Geh. Oberfinanzrat Schneider wird in den Aufsichtsrat der Ostbank für Handel und Gewerbe, Berlin-Königsberg, gewählt.

Deutsche Rentenbank. Gibt neue Scheine über 5 Rentenmark mit Ausstellungsdatum vom 2. Januar 1926 aus als Ersatz ihrer Scheine vom 1. November 1923, die bis auf Weiteres aber ihre Gültigkeit behalten. Ermäßigt die Zinsen auf ihre landwirtschaftl. Personalkredite so, daß der Höchstzins, den der Landwirt dem vermittelnden Institut zu zahlen hat, 8¾ % beträgt. Die Monats-Ausweise für April bis Juni bringen wir am Schluß des Heftes unter Tabellen.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Setzt die Zinsen für Personalkredite auf 6½ %, für bevorzugte Institute mit mehreren Zwischenstellen auf 6 bzw. 5½ % (Genossenschaften) herab. Der Reichsrat genehmigt, daß die Beleihungsgrenze fortan 50% des Grundstückswertes nicht übersteigen darf, gegen bisher 60% des Wertes. Tatsächlich sind Beleihungen über 33½ % hinaus bisher nicht vorgenommen worden. Die Hypothekar-Institute erheben Einspruch dagegen, daß die von der Golddiskontbank beleihbaren landwirtsch. Hypothekarschuldscheine des Instituts (bis Ende Juni sind ca. 135 Mill. Rm. Kredite gewährt, davon der größte Teil von der Rentenbank-Kreditanst. selbst) die Mündelsicherheit erhalten sollen; die Bank zieht daher den betr. Antrag zurück. Direktor Geh. Finanzrat Dr. Kissler tritt in den Aufsichsrat der Deutschen Länderbank, Berlin, (Conzern I. G. Farbenindustrie) ein. Siehe Dt. Golddiskontbank.

Deutsche Golddiskontbank. In der Kreditaktion des Instituts für die Landwirtschaft sind bis Ende Juni etwa 135 Mill. Rm. ausgezahlt worden, davon das meiste von der Rentenbank-Kreditanstalt, ohne Rückgriff auf D. G. B. Weitere ca. 120 Mill. Kredite sind in Bearbeitung. Man erwartet, daß die Rentenbank-Kreditanst. im Herbst, wo 290 Mill. M. Landwirtschafts-Kredite fällig werden, stärker auf das Institut zurückgreifen wird; sollten dessen Eigen-Mittel nicht ausreichen, wird eine Plazierung der Hypothekar-Schuldscheine am offenen Mark erfolgen.

Digitized by Google

Reichskredit-Ges. A. G. Ist weiter unter alphabetisch eingereiht.

Preußische Staatsbank. (Seehandlung.) Ermäßigt die Soll-Zinsen von 9 % auf 8 % für Private, den Banken, Sparkassen usw. werden 7½ % borechnet; die Haben-Zinsen bleiben unverändert (3½ % für Banken u. 4½ % für Sparkassen, Berufsgenossenschaften usw. bei Guthaben bis 100 000 Rm.) Erhält vom Deutschen Reich und Preußen infolge deren Stützungsaktion für die Ver. Oberschlesischen Stahlwerke 36 Mill. Rm. früher gewährte Kredite zurück (siehe Mai-Heft, Seite 286). Die von dem Institut, der Reichskredit-Ges., der Deutschen Bank, der Mitteldeutschen Creditbank und der Berliner Handels-Ges. gegründete British and German Trust Ltd. (Juni-Heft, Seite 347) nimmt Anfang Juni ihre Tätigkeit auf. Die Pr. St. beantragt die Zulassung der jungen Aktien der Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn-A. G. zur Berliner Börse. Im Preuß. Abgeordnetenhaus wird konstatiert, daß die s. Zt. an den Barmat- und Kutisker-Krediten erlittenen Verluste bis auf 4¼ Mill. Rm. durch laufende Gewinne getilgt seien. Das frühere Direktionsmitglied Geh. Rat. Rugge wird in den Aufs.-Rat der Ostbank für Handel und Gewerbe berufen. Siehe Reichsbank.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse. (Preußenkasse.) Die Verhandlungen über die Ernteefinanzierung durch das Institut (mit Hilfe der Reichsbank und der Seehandlung) sind abgeschlossen. Das Institut wird landwirtschaftl. Genossenschaften, hauptsächlich aber wohl dem „Valorisierungs-Institut" (Getreidehandels G. m. b. H.), Lagergetreide mit 60 % auf Wechsel bevorschüssen. Siehe Reichsbank u. Landkreditbank Sachsen-Anhalt.

Deutsche Bank. Eine Schweizer Gläubigerfirma fordert vom belgischen Sequester-Verwalter der zwangsverwalteten Brüsseler Filiale des Instituts die Auszahlung ihres Vorkriegs-Guthabens. Der Verwalter verweigert die Zahlung und verweist den Petenten gemäß Friedensvertrag an die D. B. in Berlin. Die Bank führt ein Konsortium, dem von Berliner Banken nur die Berliner Handels-Ges. nicht angehört, und das Rußland auf Grund der 60 % Kreditgarantie des Reichs einen mit dem Bankdiskont wechselnden, zunächst 9,4 prozentigen, Importkredit von 120 bis 150 Mill. Rm. gewährt. Ist mit einer Forderung an der Insolvenz der Schraubenfabrik Burgtorff u. Kirchner, Düsseldorf, beteiligt, deren Konkurs mangels Masse eingestellt wird. Bei dem mit der Disconto-Ges. vorgenommenen Rückkauf von 5 % chilenischer Staatsanleihe von 1911 (zwecks Amortisation) liegen Angebote in Höhe von 57 853 Rm. vor, zum Kurse von 84,5 % hiesiger Usance, die voll angenommen werden. Die Bank beantragt mit der Disconto-Ges., der Dresdner Bank und der Darmst. u. Natbk. die Zulassung von jungen Aktien der Miag zur Berliner Börse. Legt mit der Disc.-Ges., der Darmst. u. Natbk., sowie der Commerz- u. Privatbank 4 Mill. Rm. 7 % Elberfelder Stadtanleihe zur Zeichnung auf. Direktor Dr. von Stauß und Direktor Dr. Weigelt treten in den Aufs.-Rat der Deutschen Luft-Hansa A. G., Berlin, Direktor Blinzig in den der Magdeburger Feuerversicherungs-Ges., Direktor Dr. Theusner, Breslau, in den der Schlesischen Boden-Credit-Aktienbank, Direktor Kiehl in den der Reemtsma A. G., Altona-Bahrenfeld, Direktor Kehl in den des Essener Bergwerksverein König Wilhelm und Direktor Freiherr von Roessing in den der A. G. Weser, Bremen, ein. Siehe Preuß. Staatsbank und Disc.-Ges.

Disconto-Gesellschaft. Begibt mit der Darmst. u. Natbk., der Dresdner Bank, der Allgemeinen Elsässischen Bankges., Kronenberg u. Co. Komm.-Ges. a. Akt., und der Mitteldeutschen Creditbank 1,5 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Mainzer Aktien-Bierbrauerei. Beantragt die Zulassung der Aktien der Ver. Stahlwerke an deutschen Börsen und mit der Berliner Handels-Ges., der Darmst. u. Natbk., der Dresdner Bank u. S. Bleichröder die Zulassung der jungen Aktien der Deutsch-Atlantischen Telegrafen-Ges. zur Berliner Börse. 53,5 Mill. Rm. Kommanditanteile des Instituts werden zur Münchener Börse zugelassen. Geschäftsinhaber Dr. Solmssen u. Dr. Sippel werden in den Aufs.-Rat der Deutschen Luft-Hansa A. G., Berlin, Dr. Eduard Mosler in den der Chemischen Fabrik Buckau, Dr. Sachan in den der Frankfurter Maschinenbau-A. G. vorm. Pokorny u. Wittekind und Direktor Paul Kregel in den der Hannoverschen Eisengießerei u. Maschinenfabrik delegiert. Siehe Deutsche Bank, Darmst. u. Natbk., Bank für Thüringen und Norddeutsche Bank.

Digitized by Google

Dresdner Bank. Schließt Ende Juni ihre Filiale in Viersen und verkauft das Gebäude an die Kreisbank M. Gladbach. Gründet mit Zuckerhandelsfirmen die Oderbruch A. G., Wriezen, (Kap. 1,5 Mill.), welche die Zuckerfabrik Thöringswerder in der Zwangsversteigerung übernimmt. Beantragt mit der Darmst. u. Natbk. die Zulassung der jungen Aktien der Preß-, Stanz- u. Ziehwerke Chillingworth zur Berliner Börse. Direktor Henry Nathan wird in den Aufs.-Rat der Deutschen Luft-Hansa A. G., Berlin, Direktor Geheimrat Dr. Frisch in den der „Miag", Direktor Schmidt-Branden in den des Essener Bergwerksvereins König Wilhelm u. der Norddeutschen Hütte A. G., Bremen, Dr. Hans Pilder, Hamburg, in den der Reemtsma A. G. und Direktor Sally Bachrach in den der Frankfurter Hof A. G. delegiert. Große Käufe der Bank und der Reichskredit A. G. in Goldobligat. der österr. Elisabethbahn erregen Aufsehen. Siehe Deutsche Bank und Disc.-Ges.

Darmstädter und Nationalbank. Begibt mit deutschen Banken 126 Mill. Rm. 7 % Anleihe der Ver. Stahlwerke; ein weiterer, mit 6½ % verzinslicher Betrag von 30 Mill. Dollar wird von einer amerikanischen Bankengruppe unter Führung von Dillon, Read u. Co. in Amerika zur Zeichnung aufgelegt. Die erfolgreiche Durchführung der Gründung und Finanzierung der Ver. Stahlwerke A. G. löst eine starke Hausse in Danatbk.-Aktien aus, die den höchsten Kurs unter allen Großbank-Aktien erreichen. Die Bank gibt Ende Juni ihre (unerhebliche) kommanditarische Beteiligung bei dem Bankgeschäft Fiorino und Sichel, Kassel, auf, da sie dort eine eigene Niederlassung eröffnet hat. Verzichtet im Konkurs der Verwertungsstelle für ausländische Währungen, Zürich, im Vergleichswege auf ihre rechtskräftig zuerkannte Forderung von 506 000 Francs, wogegen die Schuldnerin ihre Anfechtunsgklage gegen das Institut betr. 310 000 Francs zurückzieht und auf die ihr durch Urteil zugesprochene Summe von ca. 92 000 Francs verzichtet. Die der Danatbank nahestehende Merkurbank in Wien stellt ihr Aktkap. im Verhältnis von 50 zu 9 auf 12 Mill. Schilling um und verteilt für 1925 auf die umgestellten Aktien eine Dividende von 2,5 Schilling = 12½ %. Die Danatbank beantragt die Zulassung von 15 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefen Reihe 5 der Süddeutschen Bodencreditbank, München, zur Berliner Börse. Geschäftsinhaber Jakob Goldschmidt tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Luft-Hansa A. G., Berlin, Direktor Heinemann, Hannover, in den der Alkaliwerke Sigmundshall (anstelle des Vorgenannten), Dr. Caspar in den der Hannoverschen Eisengießerei, Direktor Gutmann in den der C. A. Roscher Nachf. A. G., Direktor Curt Nebelung, Dresden, in den der Sachsenwerk Licht- und Kraft A. G., Direktor Schneider in den der Nassauischen Kleinbahn, Berlin, Direktor Rehfeld, München, in den der Hürnerbräu A. G. und Herr Komaiks in den der Ostdeutschen Stanz- und Emaillierwerke, Küstrin, ein. Das Aufsichtsratmitglied Bankier Carl Hagen, Mitbegründer des Berliner Bankhauses Wiener, Levy u. Co., begeht den siebzigsten Geburtstag. Siehe Reichsbank, Deutsche Bank, Disc.-Ges. und Dresdner Bank.

Commerz- und Privatbank. Bietet mit der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Leipzig, der Sächsischen Staatsbank und der Bankfirma Deichmann u. Co., Köln, den Aktionären des Vereins Chemischer Fabriken, Zeitz, dessen Aktkap. fast verloren ist, den Umtausch der umlaufenden 10 Mill. Zeitzer Aktien (Gesamtkapital 13 Mill.) im Verhältnis von 10 zu 1 in 1 Mill. Rm. Aktien der Saccharinfabrik Fahlberg, List u. Co., Magdeburg, an. Direktor Pilster wird in den Aufs.-Rat der Bergbau A. G., Lothringen, Direktor Dr. Carl Harter in den der Deutschen Luft-Hansa A. G. und Direktor Moritz Schultze in den der Georg A. Jasmatzi A. G., Dresden, berufen. Der frühere Direktor Dr. Otto Fischer, jetzt Reichskredit-Ges., scheidet aus dem Aufs.-Rat der Schlesischen Dampfer Co.-Berliner Lloyd und das Aufsichtsratmitglied Gen.-Konsul Eugen Landau (aus Gesundheitsrücksichten) aus den Aufs.-Räten des Deutschen Lloyd und der Internationalen Lloyd-Versicherungs-A. G. aus. Siehe Deutsche Bank.

Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Reinhart tritt in den Aufs.-Rat der Deutschen Luft-Hansa A. G. ein. Siehe Preuß. Staatsbank u. Disc.-Ges.

Berliner Handels-Gesellschaft. Die dem Institut nahestehende Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft schüttet für 1925 aus 6,16 (i. V. 6,12) Mill. Schilling Reingewinn eine Dividende von 12½ % auf die 12 Schilling-Aktien (i. V, 3,750 % auf 400 Papierkronen) aus. Siehe Preuß. Staatsbank, Deutsche Bank und Disc.-Ges.

Digitized by Google

Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca), Leipzig. Direktor Mauritz scheidet aus der Direktion aus und soll in den Aufs.-Rat gewählt werden. Siehe Commerz- u. Privatbank und Leipziger Immobiliengesellschaft.

Allgemeine Treuhand A. G., Dresden. Die zur Gruppe Gebr. Arnhold gehörige Gesellschaft schlägt für 1925 eine Dividende von wieder 10% vor.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Beantragt mit S. Bleichröder, der Deutschen Effekten- und Wechselbank u. A. die Zulassung von 10 Mill. 8% Anleihe von 1926 der Hauptstadt Mannheim zur Berliner Börse. Dr. Kurt Arnhold tritt in den Aufs.-Rat der Speicherei- und Speditions-A. G. Riesa ein. Siehe Allgemeine Treuhand A. G. und Bank für Brauindustrie.

Badische Bank, Mannheim. Der Diskont wird am 7. Juni um ½% auf 6½ % ermäßigt. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Komm.-Rat Dr. Robert Kölle ist gestorben.

Badische Girozentrale, Mannheim. Das Betriebskapital wird für 1925 aus 0,51 (i. V. 0,67) Mill. Rm. Reingewinn mit 8 % verzinst.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin. Uebernimmt 0,75 Mill. Rm. junge Aktien der Oskar Skaller A. G., Berlin.

Bank des Berliner Kassenverein. Ruft eine weitere Reihe von Aktien zur Einlieferung in das Sammeldepot auf.

Bank für Brauindustrie, Berlin-Dresden. Die neue Gen.-Verslg., die neben den Regularien (Juli-Heft S. 410) eine Kaperhöhung von 4 auf 6 Mill. Rm. beschließen soll, wird am 13. Juli stattfinden.

Bank für Grundbesitz, Leipzig. Siehe Leipz. Immobilienges.

Bank für Handel und Gewerbe, Leipzig. Die sächsichen Gastwirtverbände übernehmen Aktien des Instituts. Die Kap.-Erhöhung von 0,25 auf 0,5 Mill. Rm. ist durchgeführt. Der im Mai-Heft S. 289 erwähnte englische Kredit kommt nicht zustande, da die englischen Geldgeber ein Drittel des Aktkap. fordern.

Bank für Hessen, vorm. Rudolf Ballin, Komm.-Ges. a. Akt., Cassel Bleibt für 1925 dividendenlos; der Verlust von 2 667 Rm. wird laut Gen.-Verslgs-Beschluß aus dem Reservefonds gedeckt.

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Die Gen.-Verslg. genehmigt den Abschluß mit 0,21 Mill. Rm. Reingewinn (i. V. 0,20 Mill.), von dem der weitaus größte Teil auf den Vorjahrs-Vortrag entfällt. Sie beschließt ferner die Einziehung von 1 Mill Rm. Vorratsaktien (Ges. Kap. 5,5 Mill.), die mit 505 00 Rm. zu Buch stehen. Der Plan einer Verschmelzung mit der Ostbank für Handel und Gewerbe, Berlin-Königsberg (Hugenberg-Gruppe), ist fallen gelassen worden. Es sind Verluste aus den Schwierigkeiten von Landbundgenossenschaften zu verzeichnen, so ist ein Kredit von 1½ Mill. M. an die Reichslandbund-Verkaufsgesellschaft notleidend geworden. Der Verkauf von Kali- und chemischen Beteiligungen soll zwecks Beschaffung flüssiger Mittel fortgesetzt werden. Dr. Hugo Greffenius (Miag), Frankfurt a. M., scheidet aus dem Aufs.-Rat aus.

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Der bisherige Filialdirektor Binckebank des von der Disc.-Ges. übernommenen Instituts gründet eine „Bank für Ruhla Erich Binckebank u. Co., Komm.-Ges."

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Comp. Beantragt die Zulassung seiner jungen Aktien zur Frankfurter und Münchener Börse; die Aktien werden zur Hamburger Börse zugelassen.

Bayerische Bank für Industrie und Landwirtschaft, Nürnberg. Stellt den Eventualantrag auf Liquidation oder auf Kap.-Erhöhg. um bis 150 000 auf 225 000 Rm.

Bayerische Bodencreditanstalt, Würzburg. Die jungen Aktien von 0,75 Mill. Rm. werden den Aktionären 1 : 1 zu 107 % zum Bezug angeboten.

Bayerische Handelsbank, München. Darf 4 Mill. Rm. 7,5 % Pfandbriefe, Fortsetzung der Reihe 4, begeben.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Begibt mit der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale), der Bayer. Staatsbank, der Bayer. Vereinsbank, der Deutschen Girozentrale, Hardy u. Co. und A. 15 Mill. Rm. 7 % Anleihe des Bayer. Sparkassen- und Giroverbandes.

Bayerische Landesbank, München. 4 Mill. Rm. Pfandbriefe werden zur Münchener Börse zugelassen.

Digitized by Google

Bayerische Landes-Gewerbebank, München. Das der Bayer. Volksbank nahestehende Institut beantragt die Verdoppelung des Kapitals auf 1 Mill. Rm. (Namens-Stammaktien).

Bayerische Notenbank. Setzt am 7. Juni den Diskont um ½ % auf 6½ % und den Lombardsatz auf 7½ % herab.

Bayerische Staatsbank, München. Uebernimmt die Liquidationskasse des Liquidationsvereins für Zeitgeschäfte an der Münchener Effektenbörse anläßlich der dortigen Einführung des Effekten-Terminhandels. Siehe Bayer. Hyp.- und Wechselbank .

Bayerische Vereinsbank, München. Darf weitere 10 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe begeben. 5 Mill. 8 % Pfandbriefe Reihe 61 bis 65 werden zur Münchener Börse zugelassen. Siehe Bayer. Hyp.- und Wechselbank.

Bayerische Volksbank, München. Siehe Bayerische Landes-Gewerbebank.

Beamtenbank A. G., Berlin. Will den im Dez. 1924 gefaßten, bisher nicht durchgeführten Kap.-Erhöhgs-Beschluß erneuern.

Beamtensparkasse A. G., München. Die Gen.-Versig. beschließt, den Reingewinn von 3053 Rm. (i. V. 73 412 Rm. Verlust) vorzutragen.

Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Bietet für tägliches Geld 6, für Monatsgeld 8 %, was auf entsprechend hohe Debetzinsen deutet.

Berliner Hypothekenbank. 10 Mill. Rm. 8 % Komm.-Obl. von 1926 Reihe 1 (Erweiterte Ausgabe) werden zur Berliner Börse zugelassen.

S. Bleichröder, Berlin. Geschäftsinhaber Paul von Schwabach tritt in das Internationale Bankierkomitee für die mexikanischen Anleihen und R.-A. Schlipphake in den Aufs.-Rat der Georg A. Jasmatzi A. G., Dresden, ein. Siehe Disc.-Ges. und Gebr. Arnhold.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. 6 Mill. Rm. 8 % Komm.-Obl. von 1926 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt.) Der Reingewinn für 1925 beträgt 0,74 (i. V. 0,64) Mill. Rm.; der Reservefonds erhält 0,2 (i. V. 0,15) Mill. Rm., die Staatskasse wieder 0,45 Mill. Rm.

Bremen-Amerika-Bank. Die Gen.-Versig. genehmigt die vorgeschlagene Dividende von 5 % u. wählt neu in den Aufs.-Rat Hans Hohner und Direktor Stegemeyer, Bremen.

China Export, Import und Bank Compagnie, Hamburg. Schüttet aus 1,1 Mill. Rm. Reingewinn eine Dividende von 50 % aus. Das Unternehmen wird in China nationalisiert.

Commercial Investment Trust A. G., Berlin. Hat ihre Tätigkeit begonnen (Automobil- etc. Verkaufsfinanzierung).

Creditbank für Industrie und Landwirtschaft, Berlin. Weist für 1925 einen Verlust von 0,24 Mill. Rm. aus. Das Sperrjahr bei der liquidierenden Eisenacher Bank läuft im Juli ab; der erhoffte Gewinn dürfte ausbleiben, aber auch ein Verlust nicht eintreten. Die Verbindung mit der Bank des Reichsbundes der höheren Beamten ist gelöst.

Deutsche Bauernbank A. G., Berlin. Die Gen.-Versig. genehmigt die vorgeschlagene Dividende von 10 % für das Ende August 25 zu Ende gegangene Geschäftsjahr und von 12% p. r. t. für das Zwischen-Geschäftsjahr Sept. bis Dez. 1925 auf das um 0,4 Mill. Rm. (mit 25 % Einzahlung) erhöhte Kap. Siehe Rheinische Bauernbank.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Beantragt mit der Deutschen Girozentrale u. A. die Zulassung von 5 Mill. Rm. 8% Anleihe der Stadt Pforzheim zur Berliner u. Frankfurter Börse, desgl. mit der Erstgenannten, der Deutschen Vereinsbank, der Frankfurter Bank u. A. die Zulassung von 10 Mill. 8 % Anleihe der Hauptstadt Mannheim und der Aktien der Schraubenspundfabrik Wm. Kroner, Freiburg i. Br. (Goldumstellung) zur Frankfurter Börse. Die Aktien, die jetzt über 60 Rm. lauten, sollen unter entsprechender Stimmrechtsänderung in solche über 1200 Rm. umgetauscht werden. Siehe Gebr. Arnhold.

Deutsche Gartenbau-Kredit-A. G., Berlin. Die Gen.-Versig. erhöht das Kapital von 0,1 Mill. Rm. um 0,1 Mill St.-Aktien u. 50 000 Rm. vierstimmige Vorzugsaktien.

Digitized by Google

Deutsche Genossenschaftshypothekenbank, Berlin. Beantragt die Zulassung von 5 Mill. Rm. 7 % eigenen Pfandbriefen Reihe 3 und von 3 Mill. Rm. 8 % eigenen Komm.-Obl. Reihe 2 zur Berliner Börse.

Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalbank, Berlin. Verhandelt mit der sanierungsbedürftigen Centralbank Deutscher Sparkassen in Wien wegen Uebernahme von Aktien und event. Kreditgewährung. Die im Dezember vor. Jahres geplante Zusammenfassung der in Frankfurt a. M. tätigen öffentlichen Bankinstitute, einschließlich der Nassauischen Landesbank, unter dem Namen „Nassauische Kommunalbank" kommt nicht zustande; vielmehr tritt vom 30. Juni ab der Bezirksverband Wiesbaden bezw. die Nass. Landesbank, Wiesbaden, als haftendes Mitglied dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin, bei, und beteiligt sich an der Frankfurter Zweiganstalt der Deutschen Girozentrale, die mit einem eigenen Betriebskapital von 2 Mill. Rm. und 0,2 Mill. Rm. Reserven ausgestattet wird. 20 Mill. Rm. 8 % Deutsche Kommunalanleihe des Instituts von 1925 werden zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Bayerische Hyp.- u. Wechselbank, Deutsche Effekten- und Wechselbank und Heimbank.

Deutsche Grundcreditbank, Gotha. 20 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Abtlg. 5 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Deutsche Handelsbank, Freiburg i. Br. Der Sitz soll aus organisatorischen Gründen nach Frankfurt a. M. verlegt werden.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Das frühere Vorstands- und jetzige Auf.-Rats-Mitglied Max Boeszoermeny begeht den 75 Geburtstag.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Stundet der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen sächsischen Industriestadt Glashütte ein 1924 gewährtes 8%iges Darlehen vom 1. April ds. J. ab mit 8½% Zinsen bis Ende 1927.

Deutsche Kreditsicherung A. G., Berlin. Beantragt für 1925 eine Dividende von 20 (i. V. 15) % auf 0,5 (0,1) Mill. Rm. Kapital.

Deutsche Länderbank, Berlin. (Konzern I.-G. Farbenindustrie.) Die Gen.-Verslg. genehmigt für 1925 aus 0,41 Mill. Rm Reingewinn die vorgeschlagene Dividende von 6 % und wählt u. A. Geh. Finanzrat Dr. Kissler (Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt) in den Aufs.-Rat. Von 10 Mill. Rm. Kapital sind 3¾ Mill. noch nicht eingezahlt.

Deutsche Orientbank, Berlin. An der neuen Filiale Kairo (siehe Juliheft) ist englisches Kapital, namentlich das Haus Hambro, beteiligt.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Die Gen.-Verslg., die den bekannten Verlustabschluß genehmigen soll, setzt eine Untersuchungskommission ein, zu der jeder angeschlossene Verband einen Vertreter bestellt, zwecks Nachprüfung etwaiger Pflichtverletzungen des Vorstands u. Aufs.-Rats. Die Entlastung dieser beiden Organe wird bis zum Vorliegen des Prüfungsberichts ausgesetzt. In den Aufs.-Rat werden Reichsminister a. D. Dr. Hermes und der Vizepräsident des Preuß. Landtages von Kries neu berufen. Im September besteht die Deutsche Raiffeisenbank, vorm. Zentraldarlehenskasse, Neuwied, fünfzig Jahre.

Deutscher Creditverein A. G., Berlin. Die Gen.-Verslg. des der Hugenberggruppe zuzählenden Instituts setzt für 1925 die Dividende auf 8% fest. Geh. Rat Wessig wird in den Aufs.-Rat gewählt.

Deutsche Revisions- und Treuhand A. G. Direktor Dr. Adler tritt in den Aufs.-Rat der Deutschen Luft-Hansa A. G., Berlin, ein.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Der Ueberschuß für 1925 beträgt 92 581 Rm., dessen Vortrag auf neue Rechnung die Gen.-Verslg. beschließt. (i. V. 0.22 Mill. Rm. Reingewinn u. 6 % Dividende). Siehe Disc.-Ges. und Deutsche Effekten- und Wechselbank.

Deutsche Verkehrskreditbank, Berlin. Erhält von den 50 Mill. Rm. des vorweg plazierten Postens der Reichsbahn-Vorzugsaktien für Zeichnungen der Eisenbahnbeamten 1 Mill. Rm. Siehe Reichsbank.

Deutsch-Nordische Handelsbank, Berlin. Die Gen.-Verslg genehmigt den dividendenlosen Abschluß sowie eine Kap.-Erhöhg. auf 2 Mill. Rm. um 0,1 Mill. Rm. fünfstimmige Vorzugs- und 0,4 Mill. Rm. Stammaktien. Professor August Kamineki, Berlin, wird in den Aufs.-Rat berufen.

Disconto- und Handelsbank, Berlin. 35 Gläubiger der unter Geschäftsaufsicht befindlichen Bank haben Forderungen von 90 420 Rm. geltend gemacht; eine Quote von 30 % liegt in der Masse.

Digitized by Google

Düsseldorfer Baubank. Die Dividende wird auf 5 (i. V. 0) % geschätzt.

Eisenbahn-Bank, Frankfurt a. M. Fordert ebenso wie die Eisenbahn-Renten-Bank die Besitzer ihrer Vorkriegs-Obligationen zu einer Gläubigerversammlung auf zwecks Bestellung eines Vertreters gemäß § 34 des Aufwertungsgesetzes (Abwertungs-Antrag). Ueber den Aufwertungssatz der beschlagnahmten Prioritätsaktien, insbesondere ungarischer Lokaleisenbahnen, kann noch immer nichts gesagt werden.

Eisenbahn-Renten-Bank, Frankfurt a. M. Siehe Eisenbahn-Bank.

Eisenacher Bank in Liqu. Siehe Creditbank für Industrie und Landwirtschaft.

Alfred Fester u. Co., Bankkommanditges. a. Akt., Berlin. Die Gen.-Versig. des zur Wiener Bosel-Gruppe gehörigen Instituts genehmigt die mit einem Verlust von 0,35 Mill. Rm. abschließende Rechnung für 1925 (i. V. 6% Dividende) Die Reserve von 0,2 Mill. Rm. wird zur Teildeckung des Verlustes aufgelöst, der Rest wird vorgetragen. Aufs.-Rats-Vors. ist nunmehr Komm.-Rat B. Manasse, Berlin; neu tritt ein Bankdirektor Dr. Max Grotter, Wien.

Finanzbank A. G., Hamburg, (Sloman-Gruppe.) Verdoppelt das Kap. auf 1 Mill. Rm.

Frankfurter Bank. Siehe Deutsche Effekten- und Wechselbank.

Frankfurter Hypothekenbank. 15 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 3 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Frankfurter Kreditanstalt. Der Verlust für 1925 beträgt 1401 Rm., wodurch sich der Gewinnvortrag auf 57 417 Rm. ermäßigt.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken, Berlin. Die Vorratsaktien von etwa 10 Mill. Rm. sollen im Inland, nicht, wie bisher beabsichtigt, in New York veräußert werden.

Girozentrale Hannover, Oeffentliche Bankanstalt. Schließt nach Abwicklung von Verlusten aus der Wirtschaftskrise das Jahr 1925 mit einem Reingewinn von 0,32 (i. V. 1,34) Mill. Rm. ab; die Einlagen der angeschlossenen Organe werden nicht verzinst (i. V. erhielten sie 0,48 Mill. Rm.), dagegen wird mit der statutarischen 4½ % Verzinsung der Betriebskapitalanteile (Erfordernis 87 438 Rm.) begonnen; 0,20 Mill. Rm. verbleiben als Vortrag.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf u. Co. Eröffnet in Hettstedt eine Filiale.

Hallesche Effekten- und Wechselbank. Der Institut, das im Mai 1925 sein Kap. von 0,2 auf 4,2 Mill. Rm. erhöhen und die Firma in Deutsch-Amerikanische Bank, Berlin, ändern wollte, (wogegen die Deutsch-Südamerikanische Bank A. G., Berlin, Widerspruch erhob), hebt diese Beschlüsse auf. Das Jahr 1925 schließt mit einem kleinen Verlust ab, der aus den Reserven gedeckt wird.

Hamburger Bankverein. Die Geschäftsaufsicht wird durch Zwangsvergleich beendet. Das Institut hat die Hälfte seines Aktkap. von 0,5 Mill. Rm. eingebüßt und beantragt die Liquidation. Eine Versteigerung von 17 620 Rm. Aktien des Vereins erbringt einen Kurs von 5 %.

Hamburgische Bank von 1923. Die Gen.-Versig. beschließt, nunmehr das reguläre Bankgeschäft zu pflegen. Die Bank hat seinerzeit „GiroGoldmark" ausgegeben). Siehe Juli-Heft S. 412.

Handels- und Verkehrsbank, Hamburg. 8 560 Rm. Aktien des Instituts werden zu Kursen von 85 bis 90 % versteigert.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Verlegt das mit dem Kalenderjahr zusammenfallende Geschäftsjahr auf den 31. März. Für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 25 wird ein Gewinn von 0,29 Mill. Rm. u. für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 3. 26 einer solcher von 1,41 Mill. Rm. ausgewiesen (1924: 1,06 Mill.); über die Verwendung verlautet, wie in früheren Jahren, nichts. Anfang 1925 ist das Kap. um 2,5 auf 12,5 Mill. Rm. erhöht werden. Siehe Bayer. Hyp.- u. Wechselbank.

Heimbank A. G., Berlin. Das der Deutschen Girozentrale nahestehende Institut verteilt eine Dividende von 5 %.

Internationale Handelsbank, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. (Michael-Gruppe). Bleibt für 1924/25 dividendenlos. Beantragt die Zulassung von 0,25 Mill. auf Rm. umgestellten und 0,75 Mill. Rm. jungen Aktien der Mitteldeut-

Digitized by Google

schen Bodenkreditanstalt, Greiz, zur Berliner Börse. Errichtet auf Grund ihrer Beziehung zur Stadtschaft der Provinz Brandenburg (Dir. Pabst ist im Aufsichtsrat der I. H.) eine Hypothekenabteilung.

Kommunalbank, Bochum. Kehrt für das 1. Geschäftsjahr 5 % Dividende aus.

Kreishypothekenbank Lörrach. Trägt per Ende 1925 einen Ueberschuß von 23 000 (i. V. 7 500. Rm. vor. Die Gen.-Versig, beschließt die Erhöhg. des Kap. von 132 000 auf 700 000 Rm.; die neuen Aktien werden den Depositengläubigern als Entschädigung angeboten.

Kronenberger u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Mainz. Siehe Disc.-Ges.

Landesbank der Rheinprovinz. 10 Mill. Rm. 7% Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Landbank A. G., Berlin. Beansprucht den Härteparagraphen 34 („grobe Unbilligkeit") des Aufwertungsgesetzes für ihre 20 Mill. M. Oblig. von 1900 und 1907; die Aufwertung soll auf Null (!) herabgesetzt werden.

Landkreditbank Sachsen-Anhalt, Halle a. S. Die Gen.-Versig. setzt die Dividende auf wieder 8 % fest u. wählt Staatsfinanzrat Bönisch, Berlin (Preußenkasse), neu in den Aufs.-Rat.

Landeskreditkasse, Kassel. Darf 10 Mill. Rm. neue Komm.-Obl. begeben.

Leipziger Immobiliengesellschaft-Bank für Grundbesitz. Die Gen.-Versig. genehmigt die vorgeschlagene Dividende von 6 % auf die Stammaktien, nachdem die Verwaltung einem Aktionär-Antrag, 1 bis 2 % mehr Dividende auf Kosten der Aufwertungsreserve zu verteilen, widersprochen hat. Das Institut ist mit Unterstützung der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt eine Beteiligung an der Handels- und Boden-A. G., Berlin, eingegangen.

Lübecker Getreidekredit-A. G. Das 1923 errichtete Institut beantragt die Aufhebung des Kaperhöh.-Beschlusses um 0,2 auf 0,4 Mill. Rm. vom Juli vor. Jhrs. und eine neue Beschlußfassung über eine Erhöhung auf 0,6 Mill. Rm. durch Ausgabe von 0,1 Mill. Rm. mehrstimmige Vorzugs- u. 0,3 Mill. Rm. Stammaktien.

Magdeburger Bank A. G. in Liqu. Die Gen.-Versig. vertagt die Liquidationseröffnungsbilanz per 3. 7. 1925 mit 0,73 Mill. Rm. Verlust u. Beschlußfassung über den Abschluß per 31. 12. 25 mit 0,87 Mill. Rm. Verlust (bei 1,25 Mill. Rm. Kap.).

Memeler Bank für Handel und Gewerbe, Memel (Klaipeda). Bleibt mit 53 646 (i. V. 81 298) Lit. dividendenlos. (i. V. 6 %).

Metallbank-Metallurgische Gesellschaft, Frankfurt a. M. Direktor Dr. Julius Schütz, Köln, tritt in den Aufs.-Rat der A. G. für Chemische Industrie, Gelsenkirchen-Schalke, ein.

Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt, Greiz. Siehe Internationale Handelsbank.

Münchener Bankverein. Beantragt eine Kap.-Erhöhg. um bis 0,35 Mill. Rm. neue Aktien auf 0,5 Mill. Rm.; von den jg. Aktien sollen zunächst nur 0,1 Mill. Rm. begeben werden.

Nassauische Landesbank, Wiesbaden. Siehe Deutsche Girozentrale.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Dr. F. Jessen gehört dem neugebildeten Aufs.-Rat der Hannoverschen Eisengießerei an. Siehe Disc.-Ges.

Oldenburgische Spar- und Leihbank. Beantragt die Zulassung von 1 Mill. Rm. eigenen jungen Aktien zur Berliner Börse.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Berlin und Königsberg. (Hugenberg-Gruppe). Das frühere Mitglied des Reichsbankdirektoriums Geh. Oberfinanzrat Schneider und das ehemalige Generaldirektionsmitglied der Preuß. Staatsbank Geh.-Rat Rugge treten in den Aufs.-Rat ein. Siehe Bank für Landwirtschaft, Berlin.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen a. Rh. Darf weitere 10 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe begeben. Direktor Geheimrat Dr. Troeltsch tritt in den Aufs.-Rat der Mannheimer Versicherungsges. u. der Continentalen Versicherungsges. ein.

Digitized by Google

Reichskredit-Ges. A. G., Berlin. Veröffentlicht am 1. Juli einen gehaltvollen Bericht über „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1926." Die von dem Institut kontrollierte Friedrich Wasmuth A. G. für Baustoffhandel, Berlin, trägt den Reingewinn von 13 187 (i. V. 18 506) Rm. vor. Siehe Preuß. Staatsbank, Dresdner Bank und Commerz- und Privatbank.

Revisions- und Treuhand-A. G., Stuttgart. Die Gen.-Versig. der Treuhand-Bank A. G. beschließt diese neue Firma.

Rheinische Bauernbank, Köln. Direktor Ferdinand Schwedler scheidet aus dem Aufs.-Rat der Deutschen Bauernbank, Berlin, (s. d.) aus.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Das Aufs.-Rats-Mitglied Geh. Komm.-Rat Dr. Robert Kölle ist gestorben.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 6 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Sächsische Bank, Dresden. Ermäßigt am 7. Juni den Diskont um ½ auf 6½ % und den Lombardsatz von 8 auf 7½ %.

Sächsische Bodencreditanstalt, Dresden. Die Gen-Versig. genehmigt die Kap.-Verdoppelung auf 3 Mill. Rm.

Sächsische Staatsbank, Dresden. Die 1922 von dem Institut mit der Elektra-A. G. usw. gegründete Debag, Deutsche Betriebsstoff-A. G., Dresden, tritt in Liquidation. Siehe Commerz- und Privatbank.

Sauerländischer Bankverein A. G., Meschede (Westfalen). Der Reingewinn von 17 213 (i. V. 65 567) Rm. wird vorgetragen.

Schlesische Boden-Credit-Aktienbank, Breslau. Siehe Deutsche Bank.

L. F. Schröder, Bank.-Komm.-Ges. a. Akt., Bremen. Die Gen.-Versig. genehmigt eine Kap.-Erhöhg. um 2,5 auf 12,5 Mill. Rm.; Zeichnungskurs 125 %; die Heranziehung ausländ. Kapitals unterbleibt. Der Anfechtungsprozeß des Instituts gegen die Kap.-Umstellung der Preßluftwerkzeug- und Maschinenbau-A. G., Berlin, (10 : 1) wird vom Kammergericht zugunsten der Letzteren entschieden.

Staatliche Kreditanstalt, Oldenburg. Darf weitere 1 Mill. Rm. verzinsl. oder unverzinsl. Schatzanweisungen begeben.

Bankhaus E. von Stein, Breslau-Berlin. Iwan Kutisker wird zu 5 Jahren Zuchthaus und 4 Mill. M. Geldstrafe verurteilt; er legt Berufung ein.

Süddeutsche Bodenkreditbank, München. 15 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 5 des Instituts werden auf Antrag der Darmst. u. Natb. zur Berliner Börse zugelassen.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Herr Josef Schirmer in Mosbach i. B. hat in den seitherigen Räumen der Depositenkasse des Instituts sein früheres Bankgeschäft wieder eröffnet.

Thüringische Landes-Hypothekenbank, Weimar (früher Bank für Goldkredit). Die Dividendenzahlung ist trotz eines Jahresgewinns von 0,15 Mill. Rm. unterblieben, weil die Thüring. Staatsbank eine Verstärkung der Reserve auf 50 % des Kapitals wünscht.

Thüringische Staatsbank, Weimar. Gewährt der Mitteldeutschen Industrie e. G. m. b. H., Weimar, mehrere Millionen Rm. fünfjährigen Kredit. Die Bank erklärt in einer Zuschrift, daß sie der Schwarzburg. Landesbank (siehe Juliheft) früher noch nicht nahegestanden habe. Siehe Thüring. Landes-Hypothekenbank.

Treuhand-Bank A. G., Stuttgart. Siehe Revisions- u. Treuhand-A. G.

Union-Compagnie-Bank für Grundbesitz A. G., Berlin. (früher mit Zusatz „für den Orient"). Schlägt eine Kap.-Herabsetzung von 1,25 auf 0,95 Mill. Rm. durch Aktien-Einziehung vor.

Westbank, Frankfurt a. M. Beantragt nunmehr die Wieder-Zulassung ihrer auf Goldmark umgestellten 0,8 Mill. Rm. Aktien zur Frankfurter Börse.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. Beantragt die Zulassung von 2 Mill. Rm. eigenen jungen Aktien zur Berliner Börse. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Komm.-Rat Dr. Robert Kölle ist gestorben.

Westdeutsche Terrain- und Baubank A. G., Essen. Die Gen.-Versig. genehmigt den Abschluß mit 29 705 Rm. Verlust, wodurch sich der Verlustvortrag auf 78 189 Rm. erhöht.

Digitized by Google

Wirtschaftsbank für Niederdeutschland, Hannover. Die Gen.-Versig. heißt die Dividende von 5 (i. V. 6) % gut.

Württembergische Notenbank, Stuttgart. Setzt am 7. Juni den Diskontsatz um ½ auf 6,5 % und den Lombardsatz von 8 auf 7,5 % herab.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Direktor Hermann Köhler wird in den Aufs.-Rat der C. D. Magirus A. G., Ulm, und in den der Neckar A. G., Stuttgart, berufen. Direktor Dr. Kramm scheidet aus dem Aufs.-Rat der Berliner Wäschefabrik vorm. Gebr. Ritter aus.

Zahlungseinstellungen. Im Konkurs Louis David, Bonn, bestreitet der Konkursverwalter alle von Banken angemeldeten Forderungen. — Das Konkursverfahren über das Vermögen der Bankiers Franz Bernatz und Willy Schloesser, beide zu Frankfurt a. M., wird mangels Masse eingestellt. — Die **Geschäftsaufsicht** über das Berliner Bankhaus Laband, Stiehl u. Co., Komm.-Ges. und über Karl Kiefer & Co., Aschaffenburg, wird durch Vergleich beendet. — Die seit November 1925 unter Geschäftsaufsicht stehende Bankfirma Otto Schindler Komm.-Ges., Leipzig, hofft die Effektengläubiger mit 40 % und die Kontokorrentgläubiger mit 12 % abfinden zu können. Die Mehrheit der Gläubiger ist einverstanden. — Gegen den flüchtigen Bankier Heinrich Simader, München, ist Haftbefehl wegen Verdachts der Depotunterschlagung erlassen; die Verbindlichkeiten der Bankfirma werden auf etwa 0,6 Mill. Rm. angegeben. — Siehe Diskont- und Handelsbank, Berlin, Eisenacher Bank in Liqu. und Hamburger Bankverein.

Die ausländischen Banken im II. Halbjahr 1925.

Nachtrag zu XI. Dänemark.

Privatbank, Koponhagen. Die Bank legt Wert auf die Feststellung, daß der Verlust von ca. 25 Mill. Kr. (vgl. Juniheft S. 364) eine Summe von 11,2 Mill. Kr. enthält, die gemäß Rücksprache mit der Bankinspektion einem Dispositionsfonds für etwa noch eintretende Verluste zugeführt wurde. Neben dem voll eingezahlten Kapital verbleibt der Bank selbst für den Fall, daß die 11,2 Mill. Kr. als verloren angesehen werden müßten, ein Reservefonds von 15,8 Mill. Kr.

XIV. Japan.

Währung. Der Yen notiert Ende Dezember in London 1 sh $9^3/_8$ pence gegen 1 sh $8^1/_8$ pence Ende Juni. (Parität 2 sh $^9/_{16}$ pence) und in New York 43,30 cents gegen 40,78 cents. (Parität 49,85 cents.) Der Notenumlauf der 3 Notenbanken (Bk. v. Japan, Bk. v. Chosen und Bk. v. Taiwan) hat sich in ¾ Jahr (bis Ende Septb.) um 20 Prozent ermäßigt. Das Notgeld ist aufgerufen und durch Scheidemünze ersetzt worden. Das Ausfuhrverbot für Silber ist Mitte Dezember aufgehoben worden; das Goldausfuhr-Verbot bleibt für Private bestehen. Siehe Bank von Japan.

Bank von Japan. Arbeitet gemeinsam mit der Regierung auf eine Besserung der Währung hin. Sendet mehrfach Regierungsgold nach New York. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7,3%. Siehe Bankwesen.

Bankwesen. Im Jahre 1925 haben 14 Banken liquidiert, zehn wurden saniert, 154 Banken sind fusioniert worden. — Zum ersten Mal eröffnet eine japanische Bank (Yokohama Specie Bk.) eine Niederlassung in Indien.

Bank of Chosen, (Korea). Hat beträchtliche Verluste erlitten und plant daher eine Reorganisation.

Bank of Taiwan. Muß infolge bedeutender Verluste saniert werden.

Industrial Bank of Japan. Ltd. (Nippon Kogyo Ginko), Tokio. Im ersten Halbjahr 1925 betrug der Reingewinn 3,41 Mill. Yen gegen 4,03 Mill. im 2. Halbjahr 1924. Nach Zuführung von 0,5 Mill. an die Reserve werden 4 % Dividende für das Halbjahr (2. Halbjahr 1924: 5 % = 10 % p. a) ausgeschüttet.

Digitized by Google

Nippon Kogyo Ginko, Tokio. Siehe Industrial Bank of Japan.

Yokohama Specie Bank Ltd. Eröffnet eine Filiale in Brit.-Ostindien (Karachi). Erzielt im 1. Halbjahr 1925 wieder etwas mehr als 9 Mill. Yen Reingewinn wie in den beiden Semestern des Vorjahres. Verteilt wieder eine Halbjahrsdividende von 6 % (= 12 %, p. a) auf 100 Mill. Yen Aktienkapital bei unverändert 5,42 Mill. Yen Vortrag auf neue Rechnung.

XV. Verschiedene Staaten.

Argentinien. Währung. Ende Dezember notiert der Goldpeso in London 46½ pence gegen $45^{5}/_{16}$ pence Ende Juni und in New York 106,40 gegen 109,50 Goldpesos für 100 Dollar. In Berlin notiert der Papierpeso 1,735 Reichsmark gegen 1,69 Rm. Ende Juni, in New York 2,40 Pesos je Dollar. Eine Währungsreform will als Geldeinheit den „Nacional" schaffen, der auf Basis von 0,322 Gramm Gold ($^{9}/_{10}$ fein) dem Wert von 20 Cents der Ver. Staaten von Nordamerika entsprechen und zu 50 % mit Gold gedeckt sein soll. Da durch diese Relation die jetzige Goldreserve beträchtlicht vermindert werden würde, macht sich gegen die Maßnahme eine ernste Opposition geltend.

Banco Espanol del Rio de la Plata, Buenos Aires. Das Institut, das im Frühjahr 1924 das Aktkap. von 100 auf 25 Mill. Pap.-Peso herabsetzte und 25 Mill. 7%ige kumulative Vorzugsaktien schuf, verzeichnet für 1924/25 (1. Juli bis 30. Juni) einen Bruttogewinn von 2,30 Mill. Pesos. Erneute Abschreibungen auf Debitoren erfordern 1,8 Mill.; der Reingewinn beträgt 0,36 Mill., die Dividende auf die (anscheinend nur zum kleinsten Teil ausgegebenen) Vorzugsaktien 7 %; die Stammaktien gehen leer aus. Die Depositen in Argentinien sind von 172,61 auf 204,69 Mill. gestiegen, diskontierte Wechsel und laufende Vorschüsse von 188,58 auf 224,17 Mill. Die Niederlassungen in London, Paris, Genua, Hamburg u. Montevideo unterstehen nicht mehr dem Madrider Inspektorat, sondern direkt dem Stammsitz in Buenos Aires. Infolge ernster Meinungsverschiedenheiten zwischen den überseeischen und spanisch- nationalen Interessen sind das Madrider Verwaltungskomite sowie der Direktor der Madrider Filiale und Generalinspektor sämtlicher spanischen Sitze, Maximo Ortiz de Orbina, zurückgetreten; der Direktor des Hauptsitzes in Buenos Aires ist interimistisch in die Leitung der Madrider Filiale delegiert worden.

Bolivien. Währung. Ende Dezember sind in London $17^{5}/_{8}$ Bolivianos für ein Pfund Sterling erhältlich gegen $17^{15}/_{16}$ Bolivianos Ende Juni.

Banco Aleman Transatlantico. Siehe Deutsche Ueberseeische Bank.

Deutsche Ueberseeische Bank (Banco Aleman Transatlantico), Berlin. Die Filialen in La Paz und Oruro vermitteln den Umtausch der alten Markanleihen des Deutschen Reiches in Ablösungsanleihe.

Brasilien. Währung. Der Milreis steigt infolge planmäßiger Deflation des Banco do Brasil (s. d.) und notiert Ende Dezember in London $7^{3}/_{8}$ pence gegen 5½ pence Ende Juni (Parität 16 pence), in New York 14,62 gegen 11,05 cents (Parität 32,42 cents).

Banco do Brasil (Brasilianische Staatsbank). Hat wieder größere Beträge Banknoten sowie im September und Oktober je 13 000 Contos de Reis Staatspapiergeld aus dem Verkehr gezogen, wonach Ende 1925 noch ca. 585 000 Contos Banknoten umlaufen, während der Umlauf an Staatspapiergeld Ultimo November 2 125 000 Contos beträgt. Die großen Handelsvereinigungen ersuchen die Regierung, das Institut zur Milderung der Kreditrestriktion zu veranlassen; die Regierung verhält sich, um eine neue Steigerung des Notenumlaufs zu verhindern, ablehnend. Die Deflationskrise solle sich auswirken. Die Handelskammer Sao Paolo erhebt Einspruch gegen diese Katastrophenpolitik.

Bankwesen. Ende 1924 betrugen die kurzfrist. Einlagen bei allen brasil. Banken 2,73 Mill. Contos, die langfrist. Depositen 0,83 Mill. Contos, die Spareinlagen 0,30 Mill. Contos.

Kaffee-Valorisation. Ein Institut für Kaffeeschutz ist in Sao Paolo errichtet worden; es hat in London, Holland und der Schweiz 5 Mill. Pfund 7½% Anleihe zu 90 % emittiert.

Digitized by Google

Banco Brasileiro Allemao (früher Brasilianische Bank für Deutschland), Rio de Janeiro. Das seit 22. Sept. 1924 auf brasilianische Währung umgestellte Institut erzielt bis Ende Juni 1925 einen Reingewinn von 2 633 715 Milreis; die Dividende beträgt 8 %. Die Bank tritt für den Bau neuer Bahnen in Brasilien ein.

Banco Allemao Transatlantico (Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin, Rio de Janeiro. Ist Umtauschstelle für die alten Markanleihen des Deutschen Reiches in Ablösungsanleihe.

Banco Germanico da America do Sul (Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin), Rio de Janeiro. Vermittelt den Umtausch der alten Markanleihen des Deutschen Reiches in Ablösungsanleihe.

Banco Norte do Brasil S. A., Maceio (Staat Alagaos). Ist mit 1500 Contos de Reis Aktkap. errichtet worden.

Deutsche Ueberseeische Bank. Siehe Banco Allemao.

Deutsch-Südamerikanische Bank. Siehe Banco Germanico.

Chile. Währung. Der Papier-Peso notiert Ende Dezember in London 39,60 Pesos je £ gegen 41,70 Pesos Ende Juni. Das neue chilenische Münzgesetz von 16. Septb., das am 1. Jan. 26 wirksam wird, stabilisiert den Peso auf der Basis von 40 Pesos je £, d. h. einem Goldwert von 0,183 Gramm Feingold. Zehn Pesos sind ein „Condor", der mit 90 % Reingehalt ausgeprägt werden soll. 3 Papierpesos bezw. neue Goldpesos sind gleich einem alten Goldpeso. Ferner werden Silbermünzen zu 5, 2 und 1 Peso hergestellt.

Banco Central de Chile, Santiago. Wird mit 150 Mill. Pesos Kapital errichtet. Die Aktien werden teils vom Staat, teils von den inländ. und ausländ. Banken nach bestimmtem Schlüssel übernommen; die letzteren haben 10% ihres Eigenkapitals in den Aktien anzulegen. Die Bank hat das alleinige Recht der Notenausgabe. Die Noten sind in Gold oder Devisen einzulösen. Die Golddeckung soll in der Regel 50 % betragen; bei Unterdeckung ist eine Notensteuer zu zahlen. Alle staatlichen Noten sollen aus dem Verkehr gezogen werden. Die Bank soll 8 % ordentliche und aus etwaigen Mehrgewinnen eine außerordentliche Dividende zahlen. Bei mehr als 8 % Dividende fällt die Hälfte des Mehrgewinns, bei mehr als 12 % Dividende drei Viertel an den Staat. Die Bank beginnt ihre Tätigkeit am 11. Januar 1926.

Bankgesetz. Ein Bankgesetz vom 26. Septb. 25 bestellt einen Generalkommissar, der die Aufsicht über die Banken auszuüben hat und einen Stab von Revisoren zur Seite hat. Er ist amtlicher Liquidator bei jeder Bankinsolvenz. Bei Zahlungseinstellungen ausländischer Banken in Chile haben die inländischen Gläubiger den Vorrang. Bezüglich der Kreditfristen, der Erwerbung eigener Aktien, der Darlehen an die eigene Verwaltung etc. sind strenge Vorschriften erlassen.

Zahlungseinstellungen. Siehe Banco Espanol de Chile.

Banco Aleman Transatlantico. (Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin), Santiago. Vermittelt den Umtausch der alten deutschen Reichsanleihen in Ablösungsanleihe.

Banco du Chile. Verteilt aus 9,21 (i. V. 9,24) Mill. Dollar Reingewinn für 1924 wieder 9 Dollar Dividende.

Banco Espanol de Chile, Santiago. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten und erhält ein zweimonatliches Moratorium bis zur Prüfung seiner Verluste, die angeblich aus Währungsschwankungen entstanden sind. Ein Reorganisationsplan veranschlagt den Verlust auf ein Drittel des Aktkap. Das Institut will liquidieren und die Kundschaft einem neu zu gründenden „Banco Espanol" abtreten.

Deutsche Ueberseeische Bank. Siehe Banco Aleman.

China. Währung. Der Shanghai-Tael notiert Ende Dezember in London 3 sh 1½ pence gegen 3 sh 8½ pence Ende Juni.

Banque Industrielle de Chine. Der Verwaltungsrat der Bank wird (in Paris) vom Appellationsgericht zu Geldstrafen wegen Verteilung fiktiver Dividenden verurteilt. Die in der ersten Instanz gegen Direktor Pernotte verhängte Gefängnisstrafe wird fallen gelassen.

Digitized by Google

Columbien. Währung. Ende Dezember sind in London 98,38 col. Dollar gegen 100, 38 col. Dollar Ende Juni für 20 engl. Pfund erhältlich. (Parität 100). Der Umlauf der verschiedenen Arten Staatspapiergeld ist vom 30. Juni 23 bis zum 30. Juni 25 von 6,42 Mill. col. Doll. auf 1,89 Mill. zurückgegangen.

Banco de la Republica. Die Goldreserve beträgt am 30. Juni 26,3 Mill. col. Doll. einschließlich des Golddepots in New York, der Notenumlauf 23,4 Mill. Dollar.

Costa Rica. Währung. Ende Dezember werden wie Ende Juni 18,92 Colones (Parität 10,45) in London mit einem Pfund Sterling bezahlt.

Ecuador. Währung. Der Sucre notiert Ende Dezember in London 22 gegen 22,70 Sucres je Pfund (Parität 10,15). Es soll eine Zentralnotenbank errichtet werden.

Egypten. Währung. Das englische Pfund gilt in London Ende Dezember 97½ Piaster wie Ende Juni.

National Bank of Egypt, Cairo. Hat einen Prozeß gegen die Danatbank, Berlin, betr. Vorkriegsguthaben, gewonnen und von der Deutschen Regierung daraufhin ca. 0,7 Mill. engl. Pfund erhalten.

Land Bank of Egypt, Kairo. Für das Geschäftsjahr 1924/1925 ergibt sich ein Reingewinn von 0,199 (i. V. 0,190) Mill. egypt. Pfund. Die Dividende beträgt 15 sh 3 pence (19 sh. 10 d) je Aktie und 8,14 (12,10) Pfd. Stlg. je Anteil.

Guatemala. Währung. Ende Dezember werden in London wieder 292 Papier-Pesos gleich einem engl. Pfund bewertet. Das neue Münzgesetz führt den Quetzal = 1 Dollar = 60 Papierpesos ein (1 Quetzal = 1,50 Gramm Feingold).

Banco Central de Guatemala. Ist durch Gesetz vom 23. Dezember 25 errichtet worden. Kapital 10 Mill. Quetzales (Dollar). Alleiniges Notenprivileg. Die umlaufenden Staatsnoten sind durch Banknoten zu ersetzen.

Marokko. Marokkanische Staatsbank, Tanger. Schließt mit der Bank von Algerien ein Abkommen, nach dem jedes der Institute auf direkte oder indirekte Tätigkeit im Land des anderen verzichtet. Die in Marokko noch umlaufenden Noten der Bank von Algerien werden zum Nennwert gegen marokkanische Staatsbank-Noten umgewechselt.

Mexico. Währung. Der mex. Goldpeso wird Ende Dezember in London mit 24,25 pence gegen 24,50 pence Ende Juni (Parität 24,58) bewertet. Um eine feste Parität zwischen den mexikanischen Silber- und Goldmünzen herzustellen, wird beschlossen, das Prägen von Silber-Pesos und von Tostons bis auf weiteres auszusetzen, dagegen Goldpesos verstärkt auszuprägen. Vom Juni bis Ende Oktober sind 21,9 Mill. Pesos Goldmünzen geprägt worden.

Banco de Mexico. Das ursprünglich unter dem Namen „Banco Unico" geplante neue Noteninstitut (100 Mill. Pesos Kap.) nimmt als „Bank von Mexiko" am 1. September die Tätigkeit auf; seine Noten sollen grundsätzlich mit 50% in Gold gedeckt sein, zunächst soll jedoch auf Voll-Golddeckung gehalten werden. Die Notenprivilegien der anderen Notenbanken (z. B. Banco Nacional) sind erloschen.

Banco de Londres y Mexico. Die Regierung tilgt ihre Schuld von 21 Mill. Pesos an das Institut mit 6,30 Mill. Pesos in neuen Banknoten oder Gold, 8 Mill. Pesos in Aktien der Banco de Mexico und den Rest mit aus dem Verkehr gezogenen Banknoten des Instituts selbst. Die Bank nimmt demnächst ihre Tätigkeit wieder auf, muß aber ihr Kapital auf die Hälfte zusammenlegen (von 21,5 auf 10,75 Mill. mex. Pesos.).

Banco Nacional. Siehe Banco de Mexico.

Nicaragua. Währung. Ende Dezember werden, wie Ende Juni, 4,80 Cordobas gleich einem englischen Pfund bewertet. (Parität 4,86).

Paraguay. Währung. Der Peso notiert Ende Dezember in London 40,62 pence gegen 40,60 pence Ende Juni.

Digitized by Google

Banco Germanico de la America del Sud, (Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin), Asuncion. Vermittelt den Umtausch der alten deutschen Reichsanleihen in Ablösungsanleihe.

Peru. Währung. Das peruanische Pfund wird Ende Dezember gegenüber dem engl. Pfund mit einem Aufgeld von 22⁷/₈ % gegenüber 17¼ % Ende Juni bezahlt. — Die Goldausfuhr wird freigegeben, doch werden erst 2 % ad valorem, später 7 peruan. Pfund je Kilogramm, Ausfuhrzoll erhoben.

San Salvador. Währung. 9,75 Pesos gelten Ende Dezember gleich einem engl. Pfund gegenüber 9,85 Pesos Ende Juni (Parität 9,74).

Uruguay. Währung. Der Peso wird Ende Dezember in London mit 50,75 pence gegen 48 pence Ende Juni bewertet (Parität 51).

Bankwesen. Ein neues Bankgesetz wird vorbereitet und soll demnächst dem Parlament zugehen. Das Ziel der Vorlage ist hauptsächlich das inländische Bankwesen zu stärken und die Niederlassung ausländischer Banken zu erschweren.

Venezuela. Währung. Ende Dezember notieren in London 25,13 Bolivares gleich einem Pfund Sterling gegenüber 25,30 Bolivares Ende Juni.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1926.

I. England.

Bank von England. Verteilt für das am 28. Febr. beendete Halbjahr aus 0,689 Mill. £ Reingewinn wieder eine Halbjahrs-Dividende von 6% (gleich 12% p. a.). Hält mit Rücksicht auf die Währung und die durch den Kohlenstreik geschaffene ungeklärte Wirtschaftslage am Diskont von 5% fest, obwohl die City im Hinblick auf die starke Disparität gegenüber New York und der Privatdiskontrate wiederholt eine Herabsetzung erwartet. Die Bank kann durch fortgesetzte Goldankäufe, meist über Parität, den Goldverlust seit Einführung des Goldstandards (Anfang Januar ca. 11½ Mill. £) bis auf 5,863 Mill. £ abdecken, obwohl ihr fortgesetzt Gold für kontinentale und indische Rechnung entzogen wird. Der Netto-Goldzufluß im 1. Halbjahr 1926 beträgt 5 732 000 £. Auch die Großbanken gehen auf Veranlassung der B. v. E. dazu über, Gold zur Anlegung eigener Barreserven und zur event. Ueberlassung an die Bank anzukaufen. — Im April wird Montagu C. Norman wiederum zum Präsidenten (7. Amtsjahr) gewählt. — Die Labour Party hat im Parlament einen von vornherein aussichtslosen Antrag auf Verstaatlichung der B. v. E. eingebracht. — Es haben erneute Besprechungen mit den Leitern der großen Notenbanken stattgefunden, so u. a. mit Mr. Strong und Dr. Schacht, als deren Gegenstand meist die „Kooperation der Banken" angegeben wird. Der Belgien zugesagte Stützungskredit wird abgelehnt, da Belgien sich auf die Deckungsforderungen nicht einlassen will, dagegen werden kurzfristige Kredite zur Verfügung gestellt. Die Bank gewährt Pressemeldungen zufolge der Bank von Polen einen Kredit von 1 Mill. £ gegen Verpfändung von Gold.

Geldmarkt. Bei einem Durchschnitts-Bankdiskont von 5 % (1. Halbj. 1925: 4 £ 12 s) betrug die Marktrate für 3 Monats-Wechsel im Durchschnitt 4 £ 9 s 6 d. (4 £ 4 s); das bedeutet eine Spanne von 10 s 6 d gegen 8 s i. V. Der Satz für 3 Monats-Schatzwechsel schwankte im 1. Viertelj. 1926 zwischen 4 £ 17 s 11 d (8. Jan.) und 4 £ 2 s 3 d (26. Febr.), im 2. Viertelj. zwischen 4 £ 11 s 3 d (7. Mai) und 4 £ 5 s 1 d (25. Juni).

Währung. Das Pfund notierte in:

	New York	Amsterdam	Paris	Italien	Madrid	Stockholm	Buenos Aires
Anfang Juli 1914	4,87⁹/₁₆	12.11	25,15	25,2	26.26	18,24	47³/₁₆
Ende Dezemb. 1925	4,85¹/₁₆	12,05⁵/₈	129 50	120 ¹/₂	34,35	18,08¹/₂	47¹/₂
Ende Juni 1926	4,86¹¹/₁₆	12,11³/₈	173 ¹/₈	134 ³/₄	30,08¹/₂	18,18	45⁵/₈

Digitized by Google

An currency notes waren Ende Juni im Umlauf 294,0 Mill. £ (Ende 1925: 296,77 Mill.), denen als Deckung gegenüberstanden 6,55 Mill. £ Silber und 56,25 Mill. £ B. v. England-Noten.

Indische Währung. Der Kurs der Devise Calcutta in London oszilliert um 1 s 6 d (Ende Dez. 1925: 1 s $6^3/_{16}$ d, Ende Juni 26: 1 s 5 $^{29}/_{32}$ d). Man nimmt an, daß dieser Kurs von 1 s 6 d die Basis für die endgültige Stabilisierung bilden wird. Die Währungskommission hat ihre Arbeit noch nicht vollendet. Man erwartet, daß sie die Einführung des Gold-Münzfußes vorschlagen wird. Im Jahre 1925 hat Indien 737 Mill. Rup. (45 Mill. £) Gold und 242 Mill. Rup. Silber eingeführt. — Die Imperial Bank of India setzt ihren Diskont am 20. Mai auf 5 % und am 10. Juni auf 4 % herab. — Der indische Notenumlauf beträgt am 22. Juni 1926 (22. Juni 1925) in Lacs Rupien: 18,996 (17,653), der Goldvorrat unverändert 2,232, der Silberbestand 8,944 (7,703), der Bestand an indischen Schatzanleihen 5,721 (5,718) und an britischen Staatsanleihen 2,099 (2,000).

Kanadische Währung. Der kanadische Finanzminister teilt im Unterhaus Anfang Juni mit, daß Canada am 1. Juli zum Goldstandard zurückkehren werde. — Der kanadische Dollar gewinnt im Laufe des Frühjahrs nach längerer geringer Unterwertigkeit ein kleines Agio gegenüber dem amerikanischen (1. Juli 26: 99,50 can. cents für 1 USA-Dollar).

Gold und Silber. Die Goldproduktion der Welt betrug 1925: 19,06 Mill. Unzen gegen 18,81 Mill. Unzen in 1924. Indien führte in 1925 insges. ca. 45 Mill. £ ein und nur 0,35 Mill. £ Gold wieder aus. (Vergl. Indische Währung.) Die Bank von England hat nur einen Teil der Goldzugänge am offenen Markt gekauft, den Rest hat sie direkt aus Südafrika erhalten. In letzter Zeit treten als Goldkäufer neben Indien besonders Spanien und Holland auf, zu Anfang d. J. auch Deutschland. — Die Silberproduktion der Welt betrug 1925: 241,6 (239,1) Mill. Unzen. Der Preis ging langsam zurück, von $31^{11}/_{16}$ d zu Anfang 1926 auf $30^1/_{16}$ d zu Ende Juni. Gründe sind: der nachlassende Bedarf der kontinentalen Notenbanken, die verminderte Einfuhr Indiens und die Furcht, daß Indien beim Uebergang zur Goldwährung große Silberbestände auf den Markt werfen wird.

Gold in Südafrika. Von den 10,42 Mill. Unzen Gold, die 1925 in Südafrika (incl. Westafrika) erzeugt wurden, sind 5,8 Mill. zum Zweck der Wiedereinführung der Goldwährung in der Südafrik. Union an die dortigen Banken verkauft worden. Nach Indien flossen 3.29 Mill. Unzen, davon 2,5 Mill. Unzen nicht über London, sondern direkt über Durban. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Länder; nur 60 000 Unzen gingen direkt an die Bank von England, 0,2 Mill. Unzen an den Londoner Goldmarkt.

Bankwesen. Ende 1925 betrugen bei sämtlichen Banken des Ver. Königreichs (ohne die Bank von England und die Banken im Freistaat Irland) lt. „Economist": Kapital und Reserven 165,6 (i. V. 161,4), fremde Gelder 2125,0 (2136,3), Darlehen und Wechsel 1355,1 (1309,7) Mill. £. — Ueber die Abrechnungsstellen liefen im Town-Clearing im 1. Halbj. 1926: 17 637,9 Mill. £ gegen 18 347,4 Mill. £ im 1. Halbj. 1925.

Australische Banken. Ende 1925 haben bei allen austral. Banken mit Ausnahme der Commonwealth-Bank die Depositen 247,1 Mill. £, die Darlehen 222,4 Mill. £ betragen (1924: 234,7 und 210,5 Mill.).

Staatsfinanzielles. Die Staatsschuld betrug am 31. 3. 26: 7616 Mill. £, davon 704,2 Mill. £ schwebende Schuld. — Mit Italien ist Ende Januar ein Schuldenabkommen zustande gekommen, das auch über das Golddepot von 22,2 Mill. £ (vergl. Februarheft Seite 116 unter Bank von England) Verfügung trifft. Das Golddepot wird von 1928/29 bis 1931/32 in acht Halbjahrsraten zu 125 000 £, und vom 15. 9. 1932 bis 15. 9. 1987 in hundertelf Halbjahrsraten zu 191 000 £ freigegeben, sofern Italien seine 62 Annuitäten von je ca. 4 Mill. £ pünktlich zahlt.

Emissionen. Die Emissionen im 1. Halbjahr 1926 betrugen lt. „Economist" insgesamt (ohne Schatzwechsel und sonstige kurzfristige Papiere) 120,77 Mill. £ gegen 112,01 im 1. Halbj. 1925. Davon entfielen auf England 66,53 (78,70) Mill. £, darunter Geldbedarf der Regierung 7,57 (6,95) Mill. £ und Dominions 32,70 (28,12) Mill. £, und auf fremde Länder 21,53 (5,19) Mill. £. Von den Kolonial-Emissionen sind die größten eine 5% Anleihe von 6 Mill. £ des Commonwealth of Australia, eine 5 % 4 Mill. £ Anleihe von New South Wales, eine 6 Mill. £ Anleihe zu 5 % von New Zealand, eine 3 Mill. £ Anleihe zu

Digitized by Google

5 % d. Regierung von Viktoria, und unter den ausländ. Emissionen zwei 7½ % Anleihen à 4 Mill. £ des Kaffee-Institutes von Sao Paolo und eine 6% chilenische Anleihe von 2,8 Mill. £.

Alexanders Discount Co., London. Fremde Gelder Ende 1925: 17,53 (i. V. 17,86), disk. Wechsel 20,17 (19,47), Rediskonten 4,81 (4,08) Mill. £.

Anglo-South American Bank, London. Arbeitet mit anderen Banken und der brasil. Regierung an der Reform der brasilianischen Währung.

Bank of Liverpool and Martins, Liverpool. Verteilt für 1925 16 % Dividende aus 0.572 (i. V. 0,530) Mill. £ Reingewinn. Ende 1925 betrugen Fremde Gelder 59,8 (61,3), Darlehen u. Wechsel 39,7 (40,8) Mill. £. Die Bank hat im Jahre 1925 insges. 13 neue Filialen errichtet.

Barclays Bank, London. Die Bank verlegt ihr Geschäftsjahr von Januar-Dezember auf Oktober-September. Ende 1925 betragen: Fremde Gelder 306,3 (i. V. 301,0), Darlehen 153,0 (140,1), Wechsel 32,0 (33,2) Mill. £. Die Anzahl der Filialen betrug Ende 1925: 1837 gegen 1778 Ende 1924. Siehe auch Barclays Bank (Dominion, Colonial and Overseas) weiter unten.

Baring Brothers & Co., London. Ende 1925 betragen die fremden Gelder 26,41 (i. V. 20,28) Mill. £. Die Firma legt zus. mit I. Henry Schröder und M. N. Rothschild & Sons 2,5 Mill. £ 7½ % Sao Paolo Wasserwerks-Anleihe auf.

Coutts & Co., London. Ende 1925 betragen die fremden Gelder 17,08 (i. V. 17,1;) Mill. £.

District Bank, London. Ende 1925 betragen fremde Gelder: 54,05 (i. V. 54,79), Darlehen 25,56 (24,05), Wechsel 4,10 (3,67) Mill. £. Eröffnet in 1925 insges. 6 neue Filialen.

Glyn, Mills & Co., London. Ende 1925 betragen die fremden Gelder 31,03 (i. V. 30,15) Mill. £.

Helbert, Wagg & Co., London. Gewähren durch Vermittelung der Disconto-Ges., Berlin, der Zellstoff Waldhof A. G., Mannheim, ein mit 6½ % verzinsl. langfristiges Hypothekendarlehen von 0,75 Mill. £, das von 1927—46 in jährl. Raten tilgbar ist. — Gründen im Mai 1926 zus. mit mehreren Versicherungsgesellschaften (u. a. Prudential Life) die British & German Trust Co., London, an der auch eine Reihe führender Berliner Großbanken (Seehandlung, Reichskreditges., Deutsche Bank, Berl. Handelsges., Mitteldeutsche Kreditbank) beteiligt sind, mit 1 Mill. £ volleingezahltem Kapital. Zweck ist die Gewährung von kleineren Krediten (100 000 bis 500 000 Rm.) an die mittlere deutsche Industrie.

Lazard Brothers & Co., London. Legen 2 Abschnitte von je 4 Mill. £ einer 7½% Anleihe des Instituto de Cafe do Estado Sao Paolo, und zwar 4 Mill. £ im Januar zu 94 % und 4 Mill. £ im Juni zu 97½ % auf. Weitere Abschnitte der Anleihe von je 1 Mill. £ gelangen in Holland und der Schweiz zur Ausgabe.

Lancashire and Yorkshire Bank, Manchester. Fremde Gelder Ende 1925: 24,99 (i. V. 25,51), Darlehen und Wechsel 13,89 (13,37) Mill. £.

Lloyds Bank, London. Fremde Gelder Ende 1925: 337,18 (i. V. 339,99), Darlehen 183,33 (164,71), Wechsel 41,62 (43,89) Mill. £. Das Nominal-Kapital wird im Februar auf 74 Mill. £ erhöht durch die Ausgabe von 1,5 Mill. £ „B" Aktien im Nennwert von 1 £, von denen 1,437 Mill. £ (aus dem Gewinn beim Verkauf von Beteiligungen vollgezahlt) den Aktionären gratis überlassen werden. Die Bank legt u. a. zusammen mit der Charterhouse Investment Trust Ltd. und der Commercial Bank of Scotland 0,6 Mill. £ Vorzugsaktien der International Pulp and Chemical Co. zu pari auf. Beteiligt sich mit Hambros Bank (s. diese) an der Finanzierung der russischen Holzausfuhr.

London Merchant Bank, London. Verteilt für 1925 wieder 7 % auf die „A"- und 5 % auf die „B"-Aktien aus 0,076 (i. V. 0,071) Mill. £ Reingewinn. Siehe Anglo-Austrian Bank.

Manchester & County Bank, Manchester. Verteilt für 1925 wieder 16¼ % Dividende aus 0,199 (i. V. 0,193) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 20,21 (20,99) Mill. £.

Digitized by Google

Midland Bank, London. Ende 1925 betragen: Fremde Gelder 348,63 (i. V. 355,77), Darlehen 196,75 (190,69), Wechsel 41,89 (50,82) Mill. £. Die Bank hat im Jahre 1925 insges. 49 neue Filialen eröffnet. Sie wird häufig als Käuferin am Goldmarkt beobachtet (vergl. Goldkäufe der Großbanken unter Bank von England).

National Discount Co., London. Fremde Gelder Ende 1925: 28,68 (i. V. 26,83), Disk. Wechsel 44,85 (48,54), Rediskonten 20,34 (24,79) Mill. £.

National Provincial Bank, London. Ende 1925 betragen: Fremde Gelder 252,74 (i. V. 254,92), Darlehen und Wechsel 169,50 (168,34) Mill. £. Die Bank legt u. a. als Führerin des Emissionskonsortiums 2,5 Mill. £ 7½ % Obligationen der Skodawerke zu 95 % auf, kann jedoch zunächst nur 20 % der Emission unterbringen und muß den Rest provisorisch selbst übernehmen. Präsident Schuster führt in der Gen. Vers. die starke Mehreinfuhr Englands im Jahre 1925 auf die Safeguarding Act. zurück, die alle Länder veranlasse, noch schnell so viel Ware wie möglich nach England zu schaffen (!)

Union Bank of Manchester, Manchester. Verteilt für 1925 wieder 20 % Dividende aus 0,214 (i. V. 0,221) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 18,28 (18,84) Mill. £.

Union Discount Co., London. Fremde Gelder Ende 1925: 40,79 (i. V. 40,10), Disk. Wechsel 45,46 (47,02), Rediskonten 8,84 (11,05) Mill. £.

Westminster Bank, London. Verteilt für 1925 neben der üblichen Dividende von 20 % auf die 20 £-Aktien und 12½ % auf die 1 £-Aktien noch einen Bonus in Form von je einer 1 £-Gratisaktie auf je 5 Aktien zu 20 £, alles dies aus 2,20 (2,01) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 271,38 (i. V. 272,83), Darlehen und Wechsel 166,52 (163,92) Mill. £.

Williams Deacon's Bank, Manchester. Ende 1925 betrugen die fremden Gelder 32,79 (i. V. 34,84) Mill. £.

Yorkshire Penny Bank. Fremde Gelder Ende 1925: 28,27 Mill. £.

Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für 1925 wieder 16 % Dividende aus 0,368 (i. V. 0,366) Mill. £ Reingewinn. Ende 1925 betrugen: Einlagen 29,90 (31,43), Notenumlauf 3,05 (3,23) Mill. £.

British Linen Bank, Edinburgh. Verteilt wieder 16 % Dividende aus 0,320 (i. V. 0,317) Mill. £ für das am 15. 1. 26 endende Geschäftsjahr. Fremde Gelder am 15. 1. 26: 27,08 (i. V. 26,65), Notenumlauf 2,70 (2,68) Mill. £.

Clydesdale Bank, Glasgow. Verteilt für 1925 (per 15. 1. 26) wieder 18% Dividende aus 0,34 (i. V. 0,345) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder am 15. 1 26: 30,18 (31,07), Notenumlauf 2,71 (2,85) Mill. £.

Commercial Bank of Scotland, Edinburgh. Siehe Lloyds Bank.

Royal Bank of Scotland, Edinburgh. Gewährt mehreren Ostsee-Randstaaten (z. B. Estland und Lettland) Darlehen bzw. Anleihen von je mehreren hunderttausend Pfund. Ist bei den Zahlungsschwierigkeiten der Russisch-Baltischen Werft in Reval mit einer großen Forderung beteiligt.

Union Bank of Scotland. Verteilt für das am 30. 4. 26 abgelaufene Geschäftsjahr wieder 18 % Dividende wie i. V. aus 0,316 (i. V. 0,330) Mill. £ Reingewinn. Ende April 1926 betragen: Fremde Gelder 27,10 (27,68), Notenumlauf 2,63 (2,55) Mill. £.

Belfast Banking & Co. Verteilt für 1925 wieder 11 % Dividende aus 0.105 (i. V. 0,107) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 15,38 (15,43), Notenumlauf 1,05 (1,27) Mill. £.

Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für 1925 eine steuerfreie Dividende von 14 % (i. V. 12% Dividende + 1 % Bonus) aus 0,59 (0,60) Mill. £ Reingewinn. Ende 1925 betragen die fremden Gelder 37,6 (41,9), davon Regierungs-Guthaben 5,5 (9,2) Mill. £.

Hibernian Bank, Dublin. Verteilt Ende 1925 wieder eine Halbjahrsdividende von 5 % (10 % p. a.) aus 0,052 (i. V. 0,056) Mill. £ Halbjahrsgewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 12,7 (13,6) Mill. £.

Digitized by Google

Munster and Leinster Bank. Verteilt Ende 1925 eine steuerfreie Halbjahrsdividende von 18 % p. a. (für das ganze Jahr 1924/25: 19 % steuerfreie Dividende) aus 0,14 (0,14) Mill. £ Reingewinn einschl. Vortrag von 0,047 Mill. £. Fremde Gelder am 31. 12. 25: 25,5 (26,5) Mill. £.

National Bank of Ireland, Dublin. Verteilt Ende 1925 eine Halbjahrsdividende von 14 % p. a. wie i. V. aus 0,21 Mill. £ Halbjahrsdividende. Fremde Gelder Ende 1925: 37,4 (i. V. 40,5) Mill. £.

Provincial Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für das am 31. 12. 25 abgelaufene Halbjahr wieder eine Dividende von 14½ % wie i. V. Fremde Gelder Ende 1925: 14,9 (15,8) Mill. £.

Anglo-Austrian Bank, London. Trifft mit der Oesterreichischen Kreditanstalt ein Abkommen, wonach ihre Wiener Niederlassung auf die Oe. K. übergeht. Ueber den Verkaufspreis wird nichts mitgeteilt, doch heißt es, daß die englische Finanzgruppe nur etwa ein Drittel der in das Wiener Geschäft gesteckten Kapitalien wieder bekäme. Der Kreditanstalt wird im Zusammenhang damit ein mehrjähriger Pfundkredit von über 0,5 Mill. £ zugesagt. Zweifelhafte Forderungen und Beteiligungen werden nicht übertragen, auch nicht die beiden Wiener Bankpaläste. In dem mitübertragenen Effektenportefeuille ist u. a. ein großer Posten Alpine Aktien enthalten. Beide Banken tauschen zwei Verwaltungsratsmitglieder aus. — Mit der Budapester Niederlassung soll ähnlich verfahren werden, so daß die Anglo-Bank dann nicht mehr direkt, sondern nur durch Beteiligungen im Ausland vertreten sein wird. — Gerüchte, daß die Bank sich mit der London Merchant Bank verschmelzen werde, haben sich nicht bewahrheitet.

Anglo-South-American Bank, London. Legt eine 6 % chilenische Staatsanleihe von 2,81 Mill. £, die zur Finanzierung von Hafenanlagen dient, zu 94 % auf. Verteilt eine Interimsdividende von 5 sh je Aktie von nom. £ 10 (zur Hälfte eingezahlt).

Bank of Adelaide. Verteilt für das am 31. 3. 26 abgelaufene Geschäftsjahr wieder 10 % Dividende aus 0,10 (i. V. 0,12) Mill. £ Reingewinn.

Bank of Australasia, London. Verteilt für das am 12. 10. 25 abgelaufene Geschäftsjahr wieder 10% steuerfreie Dividende + 3% Bonus aus 0,63 (i. V. 0,63) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder am 12. 10. 25: 28,7 (28,0) Mill. £.

Bank of British West Afrika, London. Verteilt für das am 31. 3. 26 endende Geschäftsjahr wieder 5 % Dividende aus 0,114 (i. V. 0,112) Mill. £ Reingewinn.

Bank of London and South America, London. Errichtet in Juiz de Fora und Bello Horizonto im Staat Minas Geraes Filialen, da man von dem zwischen diesem Staate und dem Kaffee-Institut in Sao Paolo geschlossenen Abkommen über Valorisierungsmaßnahmen erhöhte Geschäftsmöglichkeiten erwartet. Die Bank hatte bereits 15 Filialen in Brasilien.

Bank of Montreal. Eröffnet eine Filiale in Tampico (Mexico).

Bank of New South Wales, Sidney. Verteilt Anfang 1926 für das Geschäftsjahr 1924/25 eine Dividende von 10 % und einen Bonus von 2½ %. Die Reserve steigt auf 4,4 Mill. £ bei 6 Mill. £ Kapital.

Bank of New Zealand, Wellington. Verteilt per 31. 3. 1926 wieder 13⅓ % Dividende wie i. V. aus 0,91 (0,82) Mill. £ Reingewinn.

Bank of Nova Scotia, Halifax. Verteilt für 1925 wieder 16 % Dividende aus 2,48 (i. V. 2,11) Mill. Doll. Reingewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 189,5 (179,9), Notenumlauf 14,7 (14,1) Mill. Doll.

Barclays Bank (Dominion, Colonial and Overseas), London. Die Fusion zwischen der Anglo-Egyptian, der National Bank of South Africa und der Colonial Bank unter obiger Firma ist im März durchgeführt worden. Das Kapital beträgt 10 Mill. £. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Oktober bis 30 Septb.

British Bank of South America, London. Verteilt für 1925 aus 0,64 (i. V. 0,66) Mill. £ Reingewinn wieder 10 % p. a. Dividende. Fremde Gelder Ende 1925: 11,46 (10,39) Mill. £.

Britsh Overseas Bank, London. Gewährt der polnischen Zuckerindustrie mehrfach Kredite, und zwar einen Kredit von 3 Mill. £ und einen solchen von 1,2 Mill. £. Sie stellt für Ende d. J. weitere Kredite in Aussicht.

Digitized by Google

Canadian Bank of Commerce, Toronto. Verteilt für 1925 wieder 13 % Dividende wie i. V. Fremde Gelder am 30. 11. 25: 86,27 (i. V. 82,8), Notenumlauf 6,06 (5,84) Mill. £.

Chartered Bank of India, Australia and China, London. Verteilt für 1925 wieder 20¼ % steuerfreie Dividende aus 0,97 (i. V. 0,99) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder am 31. 12. 25: 51,1 (42,0) Mill. £.

Commercial Banking Co. of Sidney. Verteilt für 1924/25 aus 0,48 (i. V. 0,45) Mill. £ Reingewinn wieder 10 % p. a. Dividende. Fremde Gelder p. 30. 6. 25: 36,93 (33,59) Mill. £.

Commonwealth Bank of Australia, Sidney. Ende 1925 betragen: Kontokorrent-Kreditoren 31,5 (i. V. 29,0), Spareinlagen 43,9 (40,9), Notenumlauf 53,9 (56,9), Goldreserve 26,3 (24,9) Mill. £.

Dominion Bank, Toronto. Verteilt für 1925 wieder 13 % Dividende. Fremde Gelder am 31. 12. 25: 96,2 (i. V. 91,3) Mill. £.

Hambros Bank, London. Verteilt wieder 18 % steuerfreie Dividende für das am 31. 3. 26 abgelaufene Geschäftsjahr. Fremde Gelder am 31. 3. 26: 16,2 (i. V. 15,8) Mill. £. Bringt eine 7 % Anleihe der Athen-Piräus-Bahn von 400 000 £, die zu Elektrifizierungszwecken dienen soll, privatim unter. Verhandelt mit Griechenland über die Auflegung der zweiten Tranche der Völkerbundsanleihe. Stellt zusammen mit Lloyd Bank zwei russischen Holztrusts zur Finanzierung der Holausfuhr zunächst 0,1 Mill. £ zur Verfügung.

Hongkong and Shanghai Banking Corporation. Verteilt für 1925 wie i. V 8 % Dividende aus 15,9 (16,9) Mill. mex. Dollar Reingewinn. Fremde Gelder Ende 1925: 550,9 (523,1), ausgegeb. Noten 45,30 (49,61) Mill. Doll., Silberreserve 26,5 (25,5) Mill. Doll.

Imperial Bank of India, Bombay-Calcutta-Madras. Verteilt Ende 1925 wieder 16 % p. a. Halbjahrsdividende wie i. V. — Weist per 31. 12. 25 aus (in 1000 Rupien): öffentliche Depositen 5,46,44 (i. V. 7,50,26), Andere Depositen 77,83,32 (46,71,21), Staatsanleihen 15,79,54 (15,14,67), Debitoren 35,77,51 (33,34,19), Inlandswechsel 4,88,62 (11,58;97), Kassa 17,46,82 (15,60,25).

Imperial Bank of Persia, London. Verteilt für das am 20. 3. 26 abgelaufene Geschäftsjahr 10 % steuerfreie Dividende (i. V. nur 9%).

London and Eastern Trade Bank, London. Zwei Frankfurter Bankhäuser (Metzler und Homberger) beteiligen sich mit 0,1 Mill. £ an der Bank, deren Kapital 0,6 Mill. £ beträgt.

Mercantile Bank of India, London. Verteilt für 1925 aus 0,42 (i. V. 0,40) Mill. £ Reingewinn wieder 16 % Dividende. Fremde Gelder am 31. 12. 25: 14,7 (12,2) Mill. £.

National Bank of Egypt, Cairo. Siehe unter „Egypten" bei den ausländ. Banken im 2. Halbjahr 25.

National Bank of India. Verteilt für 1925 wieder 20% steuerfreie Dividende wie i. V. aus 0,76 (0,73) Mill. £ Reingewinn. Fremde Gelder am 31. 12. 25: 33,2 (32,5) Mill. £.

National Bank of New Zealand. Verteilt für das letzte Halbjahr eine Schlußdividende von 6 %, dazu 2 % Bonus, somit für 1925/26 wieder 14 % steuerfreie Dividende wie i. V.

Royal Bank of Australia, Melbourne. Verteilt für das am 31. 3. 26 abgelaufene Geschäfsjahr aus 0,101 (i. V. 0,125) Mill. £ Reingewinn wieder 10 % Dividende.

Royal Bank of Canada, Toronto. Verteilt für 1925 wieder 14 % Dividende. Am 30. 11. betragen: Fremde Gelder 641,7 (i. V. 461,8), Notenumlauf 41,5 (29,8) Mill. Doll. (die starke Steigerung der Bilanzziffern rührt von der Fusion mit der Bank of Central South America und der Union Bank of Canada her). Auf die Filiale der Bank in Havanna erfolgt ein Run, weil Gerüchte umlaufen, daß die Regierung von Cuba ein Moratorium verhängen wolle.

Standard Bank of South Africa, London. Verteilt per Ende März eine Halbjahrsdividende von 7 % und 2 sh 6 d Bonus, mithin für das ganze letzte Geschäftsjahr 16½ % (i. V. 14) Dividende.

Digitized by Google

Umschau.

HYPOTHEKEN-MOBILISIERUNG.

Am 1. Januar 1932 werden nach dem Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 alle in Deutschland noch bestehenden oder wieder auflebenden Hypotheken mit 25 Prozent ihres ursprünglichen Betrages zur Rückzahlung fällig. Man schätzt den Betrag der dabei in Frage kommenden Hypotheken auf rund 40 Milliarden, die rückforderbare Quote mithin auf rund 10 Milliarden Rm. Aus dem Fälligwerden eines derartigen Betrages, der die gesamte Kapitalbildung eines Jahres derzeit weit übersteigt, insbesondere aus seinem Fälligwerden an einem einzigen Termin, ergeben sich nun zwei grundsätzliche Gefahren. Die erste Gefahr besteht darin, daß ein erheblicher Teil der Hypothekengelder von den Gläubigern tatsächlich zurückgefordert werden wird. Auch vor dem Kriege sind von dem damaligen Gesamt-Hypothekenbestande jährlich schätzungsweise zehn Milliarden Mark fällig geworden. Aber der Hypothekenmarkt befand sich im Zustand der Ruhe, die Hypotheken wurden von den Gläubigern als festangelegtes Rentenkapital angesehen, und zahlreiche Institute waren laufend bereit, etwa dennoch gekündigte Gelder durch neue, allenfalls etwas höher verzinsliche Hypotheken zu ersetzen. So kam es praktisch an jedem Zahlungstermin zur Prolongierung fast der gesamten Hypotheken-Fälligkeiten. Diesmal ist mit einer solchen quasi-automatischen Prolongation nicht zu rechnen. Durch die Inflation und die späteren Kämpfe um die Aufwertung haben die Hypotheken ihren Anlage-Charakter in den Augen der meisten Gläubiger eingebüßt; sie sind zu einem Bar-Anspruch geworden, den sie um so eher und um so schneller geltend zu machen wünschen, als sie zur Stetigkeit der Rechtsetzung und Rechtsprechung noch kein unbedingtes Vertrauen haben und daher auch an den ewigen Bestand ihres grundbuchlich gesicherten Anspruchs nicht ohne weiteres glauben. Man hat also prinzipiell damit zu rechnen, daß ein großer Teil jener 10 Milliarden am 1. Januar 1932 tatsächlich aufgebracht werden muß, zumal die Realkreditinstitute, die auf Grund ihrer hypothekarischen Ausleihungen Pfandbriefe ausgegeben haben, grundsätzlich gehalten sind, die Pfandbrief-Besitzer aus der sog. Teilungsmasse ihrerseits bar auszuzahlen. Nun wird allerdings die Gefahr, daß der deutsche Kapitalmarkt am Stichtage vor der Unmöglichkeit stehen wird, die angeforderten Beträge aufzubringen, durch eine ganze Reihe von Umständen wesentlich gemildert. Da ist zunächst der Art. 74 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz, der den Hypothekenschuldnern, soweit sie Instituts-Hypotheken aufgenommen haben, die Rückzahlung in den alten Pfandbriefen der Institute gestattet, für die ein funktionsfähiger Markt besteht. Da ist ferner der Art. 84 derselben Verordnung, der die Hypothekenbanken ermächtigt, neue Goldpfandbriefe zu schaffen und die Inhaber der alten Pfandbriefe mit diesen zu befriedigen, „soweit hinreichende bare Masse noch nicht vorhanden ist." Die Ausgabe solcher Ersatz-Pfandbriefe steht für die nächste Zeit bevor. Ferner haben die Organisationen der städtischen Hausbesitzer eine Spezialbank, die „Hauptbank für Hypothekenschutz", errichtet, die den Hypothekenschuldnern die Rückzahlung erleichtern soll; die Hausbesitzer sollen 20 Jahre lang Ratenzahlungen leisten, wogegen die genannte Bank die auf der Aufwertungshypothek lastende Rückzahlungs-Verpflichtung übernimmt. Sie hofft zu diesem Zwecke von den Sparkassen und sonstigen öffentlichen Instituten genügend Kapital hereinzubekommen, setzt dabei allerdings voraus, daß diese Institute, soweit sie selbst Gläubiger sind, in eine Stundung oder Prolongation willigen werden. Entsprechende Abmachungen sind bereits mit der Deutschen Girozentrale als dem Spitzeninstitut der Sparkassen getroffen worden. Endlich wird auch das ausländische Kapital in den Dienst der Rückzahlung gestellt. Eine „International Mortgage and Investment Corp.", die amerikanischen Banken nahesteht, hat bereits mit dem Aufkauf erststelliger Aufwertungs-Hypotheken begonnen, und auch sonstige Auslandskapitalien dürften sich durch den hohen Zwischenzins der Hypotheken bzw. das große Disagio, mit dem sie erworben werden können, zur Teilnahme an der Kapitalbeschaffung reizen lassen. Wenn, wie vorausgesetzt werden darf, die vermittelnden deutschen Banken dafür sorgen, daß die fremden Gelder Anfang 1932 nicht zurückgefordert, sondern in feste Hypothe-

Digitized by Google

ken umgewandelt werden, wird nicht nur die Kapitalversorgung erleichtert, sondern es kommt auch zur Verteilung der Kapitalbewegung auf eine Reihe von Jahren und zur Milderung der sonst am 1. Januar 1932 eintretenden Zerrung am Kapitalmarkt. Aber durch alle diese Vorkehrungen wird die Gefahr nur gemildert, nicht beseitigt, und vor allem bleibt eine zweite Gefahr in nur wenig verringertem Grade bestehen: Die Gefahr nämlich, daß Gelder, die in einem Prozeß von Jahrzehnte-langer Dauer zu Kapital geworden und unlöslich an Stein und Boden gebunden sind, ihren Kapitalcharakter aufzugeben und sich in Verbrauch aufzulösen suchen werden. Es wurde bereits gesagt, daß der private Hypothekengläubiger seine Forderung heute mit ganz anderen Augen ansieht als früher. Der Glaube an die Unverletzlichkeit grundbücherlich gesicherter Rechte ist erschüttert, und außerdem ist die Forderung durch ihr Zusammenschmelzen auf ein Viertel meist unter den Betrag gesunken, den der Gläubiger noch als „Kapital" ansieht. Selbst wenn also die erforderlichen Gelder am Stichtage bereitstehen, und selbst wenn die Institute einen großen Prozentsatz der in den Aufwertungshypotheken verkörperten Kredite weitergewähren werden, droht der deutschen Wirtschaft noch immer die Auflösung eines erheblichen Bruchteils des angesammelten Sparprodukts und seine Umwandlung in konsumbereite Kaufkraft, das heißt, um die Zeit des Stichtags herum dürfte das laufende Volkseinkommen sich in ungewöhnlichem Maße der Kapitalbildung entziehen und sich in Verbrauch zersplittern. Es ist das die natürliche Folge des Hauptfehlers, den die Aufwertungsgesetzgebung begangen hat, indem sie das Prinzip der Mobilisierung statt des in diesem Falle gebotenen Prinzips der längeren Festschreibung, d. h. der grundsätzlichen Umwandlung der Aufwertungs-Hypotheken in Amortisations-Hypotheken, gewählt hat.

KAPITALUMLAUF UND BÖRSE.

Herr Leopold Merzbach, Frankfurt a. M., schreibt: Die Ausführungen des Herausgebers über den „Umlauf des Kapitals" im Juniheft der „Bank" waren wirklich zur Aufklärung weiter Kreise notwendig. Findet sich doch selbst in großen Tageszeitungen zuweilen im Bericht über einen die Nachfrage übersteigenden und zu Kursermäßigungen führenden Verkaufsandrang die Bemerkung, an einem Börsentage seien mehr Verkäufe als Käufe erfolgt. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Kapitalumlaufs sind weiten Kreisen zweifellos unklar, und der Zweck dieser Zeilen ist, den scheinbaren Widerspruch zwischen Theorie und Praxis weiter aufzuklären und die Argumente Lansburghs noch in einigen Punkten zu ergänzen. Nach ihm folgert der Praktiker aus fortdauernder Börsenhausse knappere Geldverhältnisse und teureren Zins. Zur Begründung sind eine Reihe von Momenten bereits angeführt. Aber es kommt noch ein weiteres Moment hinzu: Freizügigkeit der Anlagewerte vorausgesetzt, muß eine starke Kurssteigerung deutscher Werte zu Realisationen seitens des Auslands führen, weil die Kurse der deutschen Papiere gegenüber den eigenen heimischen Anlagen der Ausländer nicht mehr den genügenden Anreiz zum Weiterbesitz bieten. Zwar kommt in der heutigen Situation dieses Argument nicht zur Geltung. Die letzte starke Börsenhausse in Deutschland wurde zum erheblichen Teil veranlaßt durch die Kapitalflucht französischer, belgischer und italienischer Kreise, die unter anderen auch deutsche Werte aufkauften. Diese Kategorie von Anlage-Erwerbern trifft ihre Dispositionen ziemlich unabhängig von der relativen Preishöhe der Effekten, läßt sich beim Kauf vielmehr von der pessimistischen Beurteilung ihrer Währung leiten. Sie bezweckt mit der Anlage nicht die Beteiligung an bestimmten Unternehmungen oder den Erwerb bestimmter Schuldverschreibungen, sondern nur ganz allgemein die Investition in einer wertbeständigen ausländischen Valuta. Wie sehr solche Kapitalflucht das Kursniveau beeinflußt, haben wir während der deutschen Inflation erlebt. In normalen Zeiten jedoch veranlaßt ein hohes Preisniveau die ausländischen Besitzer, sich von ihrem Effektenbesitz zu trennen. Alsdann steht dem inländischen Käufer ein ausländischer Verkäufer gegenüber. Es erfolgt dann nicht eine Besitzübertragung zwischen zwei Kontrahenten, die im Verrechnungswege zahlen, sondern Geld fließt ins Ausland, und der Geldmarkt wird verengt. — Auf noch ein weiteres Moment möchte ich hinweisen, das geeignet ist, den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis zu mildern. Mit jeder

Digitized by Google

Darlehensgabe ist ein Risiko verbunden. Der Zinssatz besteht infolgedessen aus zwei Komponenten: dem eigentlichen Leihwert des Geldes und der Risikoprämie. *) Wir in Deutschland haben diese Risikoprämie gründlich kennen gelernt. Wenn im November 1923 der Zinssatz für den Monat auf 1000 % und darüber stieg, so stellte das keine Leihgebühr dar, sondern zum weitaus größten Teil die Risikoprämie für die gefürchtete allgemeine Markentwertung. Nach Stabilisierung der Valuta fiel diese Befürchtung fort. Dafür bildete sich aber ein neues Risiko heraus: die Solvenz der Schuldner. Namentlich im Herbst 1925 bestand eine starke Zinsspanne zwischen kurzfristiger Geldgabe gegen Deponierung von erstklassigen Effekten mit doppeltem Einschuß und langfristigem Personalkredit. Diese Spanne war meist nichts anderes als die Risikoprämie. Die Zeiten haben sich zwar inzwischen geändert, aber dennoch spielen auch heute noch die Natur des Geldgeschäfts und die jeweils zu berücksichtigende Gefahr eine bedeutende Rolle für den Umfang des Geldangebots und die Höhe des Zinsfußes. Geld auf kurze Termine für Börsenfirmen ist entweder durch die Qualität des Geldnehmers oder durch Depotstellung in erstklassigen Werten gesichert und infolgedessen reichlich zu niedrigem Satze zu haben. Halbmonatliche, von einer Börsenfirma für Reportzwecke genommene Geldleihe unterliegt infolge der Deckungsvorschriften der Liquidationskasse nur einem minimalen Risiko und bedingt daher auch nur eine geringfügige Risikoprämie. Anders liegt aber der Fall, wenn eine Börsenfirma ihren Kunden Reportgeld gibt. Sie kann in den seltensten Fällen eine strikte Nachschußpflicht bedingen, noch viel weniger sie wirksam machen, wie dies durch die Liquidationskasse ihr selbst gegenüber geschieht. Je höher die Kurse, um so größer die Gefahr, daß bei einem Preissturz die reportierten Effekten nicht mehr ausreichende Sicherung bieten. Der Praktiker sagt sich daher mit Recht, daß infolge des zunehmenden Risikos bei einer Börsenhochkonjunktur das Geld an der Börse knapper und nur zu teureren Sätzen angeboten wird. Wenn der Theoretiker die Einbeziehung der entsprechenden Risikoprämie in den Zinssatz berücksichtigt, so wird auch er zu dem Schlusse kommen, daß steigende Kurse eine Verknappung und Verteuerung des Börsengeldes verursachen müssen.

DER SOGENANNTE WARENWECHSEL.

In einer kleinen Schrift, betitelt: „Das natürliche Gesetz der Arbeit", verfaßt von Karl Böhmer und verlegt bei Max Volkering, Minden i. W., wird ein ganz alltäglicher Vorgang aus der Kreditpraxis folgendermaßen geschildert: Ein Warenposten wird von Fabrikanten an den Großhandel gegen Dreimonatsakzept verkauft, und der Großhandel gibt die Ware ebenfalls gegen Dreimonatsakzept weiter. Der Fabrikant diskontiert seinen Wechsel bei einer Bank, der Großhändler den seinigen ebenfalls, und da er sein Akzept erst nach drei Monaten einzulösen braucht, so wird er sofort „unter Ausnutzung des Kassa-Skontos" wieder Ware einkaufen, die an einen anderen Einzelhändler geht. Die Produktion, die in diesem Falle wirtschaftlich nur einen einmaligen Kredit rechtfertigt, hat somit den Kredit übersetzt und zu doppeltem Wareneinkauf Veranlassung gegeben, obwohl er noch nicht einmal wirklich vom Konsum bezahlt ist. — Dem Verfasser ist es bei dieser Schilderung eines alltäglichen Vorkommnisses um zweierlei zu tun: Einmal um den Nachweis, daß Handel und Industrie ganz gewohnheitsmäßig Bankgeschäfte betreiben, indem sie Kredit nehmen, um ihn ihrerseits geben zu können, was aus den Bilanzen der Industrie- und Handelshäuser deutlich zu ersehen ist; fast überall steht hier den Kreditoren ein ungefähr gleicher Betrag an Debitoren gegenüber. Der Unterschied zwischen diesem uneigentlichen und dem wirklichen Bankgeschäft ist nur, daß das Kreditgeschäft den Industriellen und Händlern nichts einbringt, da diese wohl hohe Zinsen zahlen müssen, aber ihrerseits keine Zinsen vereinnahmen. (Hierin, in dem unbefugten Bankierspielen der Warengewerbe mit Hilfe fremden Geldes, liegt in der Tat ein Erzübel und eine Hauptursache der Ketten-Insolvenzen, die das Gefüge der Wirtschaft so oft er-

*) Vergleiche hierzu meine Ausführungen auf dem Bankiertag am 14./16. September 1925, abgedruckt in den „Verhandlungen des VI. Allgemeinen Deutschen Bankiertages zu Berlin" Seite 86 und folgende.

Digitized by Google

schüttern; und die Banken haben mindestens so viel Grund, sich über den Kreditunfug des Warenverkehrs zu beklagen, wie dieser, über die Beschlagnahme der Warendeckung seiner Kredite durch die Banken zu zetern.) Zum zweiten will Böhmer in dieser gewohnheitsmäßigen Uebersetzung des Kredits den oder wenigstens einen Ursprung der zu hohen Warenpreise erblicken, da die Zinsen, die Dubiosen, die Kosten der Prozesse usw. auf die Ware geschlagen werden müssen. Noch interessanter aber und unter dem Gesichtspunkt der Kredit- und Banktheorie auch lehrreicher scheint uns ein anderer Gedankengang zu sein, der sich namentlich dann aufdrängt, wenn man berücksichtigt, daß in Wirklichkeit das Fabrikat nicht z w e i Stadien passiert, ehe es an den zahlenden Konsum gelangt, sondern meistens drei oder vier, und daß in sämtlichen Stadien Wechsel gezogen und diskontiert werden. Alle diese Wechsel haben, in so viel Bankportefeuilles sie auch ruhen, und so oft sie auch mit Befriedigung als „legitime Warenwechsel" registriert werden, tatsächlich eine und dieselbe Ware zur Unterlage. Von drei Kettenwechseln ist also immer nur einer wirklich gedeckt und nach drei Monaten aus dem Verkauf der Ware flüssig zu machen. Die anderen Wechsel stellen de facto keinen Warenkredit, sondern einen Blankokredit dar, mit dem die Industriellen und Händler arbeiten, und der ihnen nicht entzogen werden darf, vielmehr periodisch immer erneuert werden muß, wenn die Wechselschuldner nicht zu Fall kommen sollen. Es ist in diesen Heften schon häufig darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Bankkredit seinem ganzen Wesen nach nur in den seltensten Fällen der flüssige Betriebskredit ist, als den er sich geriert, und den die Banktheorie in ihm erblickt, daß er vielmehr in den meisten Fällen ein schwer liquidierbarer Anlagekredit ist, auch wenn die Banken selbst ihn im Hinblick auf seine Wechselform anders einschätzen. Aber an keinem praktischen Beispiel ist diese Tatsache so deutlich zu erkennen, wie an der oben kurz skizzierten, durchaus der normalen Wirklichkeit entsprechenden Entstehungsgeschichte der Wechsel, die auf dem Wege vom Fabrikanten zum Abnehmer via Großhandel, Agentur und Kleinhandel pilzartig aus der Erde schießen. Wobei überdies noch zu berücksichtigen ist, daß der Wechselkredit keineswegs immer erst beim Fabrikanten beginnt, sondern oft schon ein „Vorleben" hat, das sich im intimen Kreise der Rohstoff-Lieferanten und deren Banken abspielt.

Literatur

Kapital und Arbeit im industriellen Betrieb. Volkswirtschaftliche Studie von M. H a l l e r, Direktor der Siemens & Halske A. G. und der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H. (Zweite Auflage) Berlin 1926. Verlag von Julius Springer. (Mk. 2,—). — Der Verfasser zeigt, wie eng Kapital und Arbeit miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind.

Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Band II, Jahrgang 1926. F i n a n z v e r l a g G. m. b. H., Berlin. — (Preis M. 40,— geb.). — Der Band II des bekannten Werks gibt die Namen der Verwaltungsmitglieder geordnet nach den Gesellschaften wieder, in denen die Mitglieder tätig sind. Er unterrichtet über die ressortmäßige Besetzung der Direktoren-, Prokuristen- und Bevollmächtigten-Posten, sowie über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates aller führenden deutschen Aktiengesellschaften. In der Neuausgabe wurden nicht nur alle seit Erscheinen der Erstausgabe eingetretenen Veränderungen, sondern auch die inzwischen vollzogenen Neugründungen berücksichtigt. Im vorliegenden Band sind nahezu 2700 deutsche Aktiengesellschaften enthalten und so dargestellt, daß bei jedem Unternehmen schnell die für den Geschäftsverkehr wichtige Kenntnis über die Personalbesetzung und Ressorteinteilung vermittelt wird.

Arbeiter und Maschine. Mit einer Einleitung von P a u l M o m b e r t, (20. Band der ausgewählten Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie). Karlsruhe 1926. Verlag G. Braun. (Mk. 4,—). — Aus dem Inhalt: Maschine und Maschinenzeitalter (Schmoller, Marx). — Der Einfluß der Maschine auf Arbeitsmarkt und Arbeitslohn (Ricardo, Sismondi, Owen, v. Mangoldt). — Mensch und Maschine (Hobson, Herkner, Penty).

Digitized by Google

Die Sachwertpfandbriefe und der Kapitalmarkt. Von Dr. W. M. Frhr. von Bissing. Berlin 1926. Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H. (Mk. 2,50). — Aus dem Inhalt: Die Sachwertpfandbriefe und ihre Entstehung. — Die Faktoren der Preisbildung. — Der Pfandbriefindex. — Die tatsächliche Preisbildung. — Weitere Entwicklungsmöglichkeiten.

Zivilprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz. Textausgabe mit Verweisungen und alphabetischem Sachverzeichnis. 16. Auflage. Herausgegeben von Heinrich Schultz, Senatspräsident am Oberlandesgericht München. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (Leinenband Mk. 4,50). — Aus dem Inhalt: Das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. — Die Gerichtsverfassung. — Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Das Miet- und Pachtwesen. — Das gerichtliche Gebühren- und Kostenwesen. — Die Gebühren und der Stand des Anwalts.

Die deutsche Elektrizitätswirtschaft. Von Dr. Gerhard Dehne. 91. Heft der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen. Stuttgart 1926. Verlag von Ferdinand Enke. (Mk. 4,50). — Aus dem Inhalt: Die Grundlagen. — Die Energiequellen. — Statistisches. — Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk. — Das Kommunale Elektrizitätswerk Mark. — Die Reichs-Elektrowerke. — Das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt. — Konzentration und Partikularismus. — Elektrizitätswirtschaft und Staat.

Die deutschen Banken im Jahre 1924. Zugleich eine Statistik der deutschen Banken seit dem Jahre 1912. Herausgegeben von „Der Deutsche Oekonomist". Verlag Wilhelm Christians. (Mk. 12,—). — Das Werk ist in vier Abschnitte eingeteilt und behandelt die deutschen Kreditbanken, die deutschen Hypothekenbanken, die deutschen Notenbanken und zum ersten Male auch die öffentlichrechtlichen Banken, deren Bedeutung während des Krieges, vor allem aber in der Nachkriegszeit, sehr erheblich gewachsen ist.

Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung. 1. Jahrgang — 1926 — Heft 1. Berlin 1926. Verlag von Reimar Hobbing. (90 Seiten Groß Quart). — Aus dem Inhalt: Weltwirtschaftliche Zusammenhänge des Konjunkturverlaufes. — Die deutsche Konjunktur. — Die Konjunktur im Ausland. — Deutsche Wirtschaftszahlen. — Internationale Wirtschaftszahlen. — Zur Kreditbelastung der Landwirtschaft. — Die Statistik des Elektrizitätsverbrauchs. — Neuerscheinungen zur Konjunkturforschung.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union. Von Peter und Irma Petroff. Berlin 1926. Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland. (312 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union. — Die Lage der Landwirtschaft in der UdSSR. — Die staatliche Industrie der UdSSR. — Arbeitslöhne. — Finanzwesen. — Außenhandel. — Binnenhandel. — Die Konsumgenossenschaften.

Die neueste Entwicklung der Welterdölwirtschaft und die Mineralöllage Deutschlands. Von Dr. Alfred Faber. Mit 17 Abbildungen und 58 Tabellen. Halle (Saale) 1926. Verlag von Wilhelm Knapp. (Mk. 5,20). — Aus dem Inhalt: Oelfeuerung, Motorschiff, Kraftfahrwesen. — Erdölvorräte der Welt. — Erdölverbrauch und — handel. — Erdölpreise, Gliederung der ausländischen Mineralölwirtschaft.

Kursparität bei Fusionen. Von Reg. Rat Dr. Bernhard Lembke. Danzig 1926. Danziger Verlags-Gesellschaft m. b. H. (50 Seiten). — Aus dem Inhalt: Grundformen der Parität. — Modellformen einfacher Unparität. — Paritätsverletzung. — Paritätsgefährdung. — Doppelfusionen mit Verwicklungen.

Die Betriebsräte in Deutschland. Von Marcel Berthelot. (Uebersetzt von Otto Bach). Mannheim/Berlin/Leipzig 1926. J. Bensheimer. (Mk. 6,—). — Aus dem Inhalt: Die Arbeitervertretungen im Kaiserreich und während der Revolution. — Das Gesetz vom 4. Februar 1920 über die Betriebsräte. — Die Entwicklung der Betriebsräte seit 1920. — Die Betriebsräte und ihr Platz in der Gesamtorganisation eines Systems von Wirtschaftsräten.

Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte. Dargestellt unter Benutzung amtlichen Aktenmaterials. Erwiderung auf die Schrift „Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918" des Reichstagsabgeordneten Dittmann. Von Konteradmiral a. D. Brüninghaus. Berlin 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. (Mk. 2,—).

Digitized by Google

Zur Rationalisierung der öffentlichen Wirtschaft. Von Ministerialrat a. D. Walter Moll. (Mit einer Vorbemerkung von Staatsminister a. D. Saemisch und Staatsminister v. Loebell) 2 Teile (Preis je M. 3,—). — 1. Teil: Die reichsrechtlichen Vorschriften. — 2. Teil: Die landesrechtlichen Vorschriften Preußens einschließlich seiner Gemeindeverfassungsgesetze.

Die Zivilprozeßordnung für das Deutsche Reich. Erläutert von Friedrich Stein. 12. Auflage bearbeitet von Dr. Martin Jonas. 2 Bände, in Lieferungen von je 10—15 Druckbogen. (Bogenpreis 0,45 M.). Bisher erschienen 6 Lieferungen Band I, 2 Lieferungen Band II. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. — Der Kommentar ist einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen worden. Die Novellengesetzgebung der letzten Jahre, vor allem die Verordnung vom 12. Febr. 24 ist in den systematischen Aufbau der Darstellung einbezogen, Rechtsprechung und Wissenschaft der letzten 14 Jahre sind vom Kommentator sorgfältig verarbeitet worden. Legislative Fragen sind dabei nur dort berührt, wo es für das Verständnis des geltenden Rechts erforderlich erschien. Das Werk ist wertvoll als Nachschlagebuch und als Mittel der systematischen Vertiefung in das Prozeßrecht.

Die englische Wirtschaft von heute und ihre Entwicklung seit 1913. Von Dr. Theodor Merten. M. Gladbach 1926. Volksvereins-Verlag. (Mk. 1,20). — Aus dem Inhalt: Die Handels- und Zahlungsbilanz Englands. — Währung, Geldwesen und Preise. — Industriewirtschaft. — Handelspolitik.

Chile als Land der Verheissung und Erfüllung für Deutsche Auswanderer. Zweite Auflage. Von Otto Bürger. Leipzig 1926. Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung. (Mk. 10.—). — Aus dem Inhalt: Chile als Land und Staat. — Die Bevölkerung. — Chile als Glied der Weltwirtschaft. — Die Landwirtschaft. — Die Bodenschätze. — Die Industrie und das Handwerk. — Der Handel. — Die Verkehrsmittel. — Die Geldwirtschaft. — Chile als Einwanderungsland.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1925. Hamburg 1926. Verlag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung m. b. H. (668 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Lohn- und Arbeitstarife im Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften. — Gemeinden als Konsumvereinsmitglieder. — Mittelstand und Konsumvereine. — Das Wesen der Konsumgenossenschaft und deren Berücksichtigung in der deutschen Steuergesetzgebung der Vor- und Nachkriegszeit. — Der Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung und die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Tabellenwerk.

Das Umsatzsteuergesetz in der Fassung vom 8. Mai 1926. Erläutert von Dr. Koppe und Dr. Ball. Elfte Auflage. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 9,50). — Aus dem Inhalt: Gesetzestexte. — Das Umsatzsteuergesetz und die Uebergangsbestimmungen mit Erläuterungen. — Die Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. — Sonstige Verordnungen. — Freilisten. Umsatzsteuerkalender, Umsatzsteuerumrechnungskurse, landwirtschaftliche Umsatzsteuerrichtzahlen.

Einführung in die Nationalökonomie. IV. 1. Armut und Reichtum. Von Dr. Oskar Stillich. Würzburg 1926. Kabitzsch & Mönnich, Univ.-Verlagsbuchhandlung. (Mk. 2,50). — Aus dem Inhalt: Das Problem. — Hemmungen der Reichtumsmehrung. — Die Entstehung großer Vermögen. — Die Inflation als Schöpferin großer Privatvermögen.

* * *

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Lederer). 55. Band, Heft 3. — Aus dem Inhalt: Die Sozialpolitik als Theoretische Disziplin (Pribram). — Darstellung und Kritik des Keynes'schen Währungsprogramms (Tismer).

Zeitschrift für Versicherungswissenschaft (Manes), Juli 1926. — Aus dem Inhalt: 25 Jahre deutsche Versicherungs-Reichsaufsicht (Manes). — Aufwertung in der Haftpflichtversicherung (Georgii).

Plutus-Briefe zur Heranbildung leitender Bankbeamten (Bernhard-Buchwald). 1926. Brief 6. — Inhalt: Ausländische Fondsbörsen I.

Die Arbeit (Leipart). 1926, 5. Heft. — Aus dem Inhalt: Die jüngste Etappe des Kapitalismus (Schulze-Gaevernitz).

La Revue bancaire Belge (Chlepner u. A.) 1926, Heft 3. — Aus dem Inhalt: Unification des législations des sociétés par actions (Wauwermans).

Digitized by Google

Reichsbank und Deutsche Privatnotenbanken im Juni 1926.

(In Millionen Reichs-Mk.)

Reichsbk.		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfäh. Devisen	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks*)	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staats-guth.	Privat-guthaben	An Kündigungs-frist geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 6.		1591,6 (1492,0)	355,9	20,5	1240,3	6,2	89,0	616,7	122,8	237,0	2794,9	647,3		—	118,1
15. 6.		1599,4 (1492,1)	205,4	28,8	1283,1	6,4	89,0	680,9	122,8	237,0	2612,8	763,0		—	157,4
23. 6.		1606,0 (1492,2)	149,8	36,9	1223,9	5,3	89,5	670,9	122,8	237,0	2498,1	764,0		—	160,4
30. 6.		1599,7 (1492,2)	324,8	10,6	1288,2	143,3	89,5	521,6	122,8	237,0	2971,1	526,9		—	119,9
Bayer. Notenbank	7.	28,5	6,0	2,4	54,7	0,7	8,9	9,1	15,0	14,3	66,1	1,6		0,3	0,9
	15.	28,5	6,0	1,4	56,1	0,6	9,3	9,4	15,0	14,3	66,8	1,9		0,3	0,9
	23.	28,5	6,0	1,2	59,6	0,6	10,3	5,2	15,0	14,3	66,9	1,9		0,3	0,9
	30.	28,5	6,0	1,5	59,1	0,7	10,4	6,9	15,0	14,3	68,3	1,5		0,3	1,5
Sächs. Bank	7.	21,0	12,1	3,2	45,8	0,5	3,6	10,6	15,0	3,5	60,7	6,0		4,1	2,9
	15.	21,0	12,1	3,0	45,0	0,6	3,8	10,4	15,0	3,5	59,7	5,9		4,2	3,0
	23.	21,0	12,1	2,8	46,8	0,6	3,8	8,3	15,0	3,5	60,2	6,2		4,2	3,2
	30.	21,0	12,1	3,0	47,7	1,1	3,9	10,3	15,0	3,5	64,4	5,7		4,2	3·1
Württemb. Noten-Bank	7.	8,1	4,5	2,2	34,6	6,9	8,7	38,8	7,0	1,7	24,0	9,2		51,0	4,6
	15.	8,1	4,5	2,8	33,2	6,9	8,7	38,7	7,0	1,7	24,1	8,4		51,0	4,3
	23.	8,1	4,5	2,5	31,8	7,3	8,7	39,0	7,0	1,7	24,0	9,1		49,5	4,4
	30.	8,1	4,5	1,1	31,6	8,4	8,7	37,2	7,0	1,7	25,0	6,5		48,8	4,4
Badische Bank	7.	8,1	2,9	4,4	31,5	0,5	8,8	30,4	8,3	2,1	26,2	17,6		24,5	2,6
	15.	8,1	3,1	4,0	29,8	0,6	8,9	29,0	8,3	2,1	25,7	15,4		23,9	2,7
	23.	8,1	8,1	4,2	28,3	0,6	8,6	29,4	8,3	2,1	26,1	17,8		20,2	3,0
	30.	8,1	8,3	2,2	28,1	0,6	8,5	28,8	8,3	2;1	24,6	16,6		19,6	3,1

*) Ohne die von der Reichsbank bei öffentlichen Stellen rediskontierten Wechsel (am 30. 6.: sind solche nicht mehr vorhanden).

Digitized by Google

Deutsche Rentenbank

Monatsausweise von April bis Juni 1926. (Mill. Rentenmark).

Ausweis-Tag	Darlehen an das Reich verzinslich	Darlehen an das Reich unverzinslich	Darlehen an die Wirtschaft	Kasse, Giro usw.	Umlaufende Rentenbankscheine	Umlaufende Rentenbriefe	Guthaben der Rentenbank-Kreditanstalt
30. April	1 037,5	—	547,9	78,5	1 556,4	0,15	0,12
31. Mai	1 010,2	—	547,9	81,2	1 529,1	0,15	—
30. Juni	1 001,0	—	547,9	83,9	1 520,0	0,15	—

Bank von England

Wochenausweise im Juni 1925-1926 (Mill. Pfd. Sterlg.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier. Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Reserve absolut	Reserve l.° od. tägl. fäll. Verb.	Bank-disk. %
1926 2. 6.	148 7	51.5	68.9	141.0	11.4	118.7	27.5	21.15	5
9. 6.	149.0	39.4	68.0	140 4	9.7	108.2	28.3	24 03	5
16. 6.	149.9	40.9	66.9	140.0	14.2	105.3	29 5	24.71	5
23. 6.	150.1	40.1	67.2	140.4	18.6	100.3	29.4	24.75	5
30. 6.	150.3	51.6	103.1	141.7	10.4	154.6	28.4	17.19	5
1925 4. 6.	156.5	43.0	73.1	148.8	11.6	114.1	27.4	21.79	5
11. 6.	157.1	39.0	70.5	148.0	8.9	112.4	28.8	23.72	5
18. 6.	157.6	38 5	70.9	145.9	13.4	109 6	31.3	25 20	5
25. 6.	157.2	39.0	79.0	145 3	13.5	118.2	31.6	24.02	5
2. 7.	157.6	42.6	96.3	146.6	11.6	143.9	30.7	19.74	5

Bank von Frankreich

Wochenausweise im Juni 1925-1926 (Mill. Francs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	Unverfallene Wechsel	gestund. Wechsel	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Bank-disk. %
1926 3. 6.	5548,4	335,2	574,5	5713,5	0,6	44553,9	53389,5	7,7	3105,5	6
10. 6.	5548,5	335,2	574,4	4681,6	0,6	44146,2	53353,5	35,8	2822,2	6
17. 6.	5548,5	335,9	576,3	4482,6	0,6	44124,2	53032,6	15,5	2769,8	6
24. 6.	5548,5	337,1	576,2	4743,7	—	44281,4	53073,2	17,7	2908,6	6
1, 7.	5548,5	337,5	575,8	5905,6	—	44974,9	53914,2	23,3	3204,0	6
1925 5. 6.	5546,6	314,6	576,9	5177,4	6,0	33268,3	43642,1	27,2	2040,4	7
12. 6.	5546,6	314,6	577,3	3770,8	6,0	33404 8	43387,3	4,0	2024,8	7
19. 6.	5546,6	313,8	578,1	3743,8	6,0	33308,5	43053,8	20,7	2117,5	7
26. 6.	5546,6	312,9	578.4	3835,3	6,0	33751,2	43000.1	36,1	2409,4	7
2. 7.	5546,7	312,3	575,9	4327,0	5,9	35767,1	43799,5	29,8	3077,8	7

[1]) Einschl. Gold im Ausland (am 1. Juli: 1864,3 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Vorschüsse an den Staat (am 1. Juli: 37 350 Mill. Frcs. einschl. des ewigen Vorschusses) sowie die Vorschüsse an Verbündete. (am 1. Juli. 5371 Mill. Frcs.)

Digitized by Google

Niederländische Bank.

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. holl. Gulden).

Ausweis-Tag	Metall: Gold	Metall: Silber	Inlands-Wechselbestand	Darlehen an Private	Laufende Rechnung (Passiv-Saldo)	Noten-Umlauf	Bank-Diskont %
4. 1.	441,5	24,0	94,6	138,2	40,4	912,3	3,5
11. 1.	439,7	24,7	93,8	127,2	49,6	884,3	3,5
18. 1.	438,8	25,2	89,8	129,6	72,5	858,8	3,5
25. 1.	437,8	25,7	86,3	133,3	96,3	833,1	3,5
1. 2.	436,2	25,7	83,5	136,2	65,4	865,4	3,5
8. 2.	435,2	25,8	80,3	124,3	77,9	839,7	3,5
15. 2.	432,8	26,2	82,9	118,5	78,3	829,5	3,5
22. 2.	431,6	26,4	82,3	120,9	76,7	818,4	3,5
1. 3.	430,7	26,0	91.3	140,0	42,9	850,8	3,5
7. 3.	429,8	25,6	95,2	129,4	41,3	825,1	3,5
15. 3.	429,9	25,5	94 6	128,2	41,0	824,4	3,5
22. 3.	429,7	25.7	74,4	130,1	40,1	810.4	3,5
31. 3.	429,2	25.8	71,7	137,2	34,8	821,0	3,5

Bank von Italien.

Dekadenausweise von Januar bis März 1926 (Millionen Lire).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausländ. Guthaben	Wechsel und Vorschüsse	Creditoren und Depositen	Umlaufende Noten	Diskont %
10. 1.	891,8	85,1	696,0	14 677,6	1 415,7	15 047,2	7
20. 1.	892,0	85,2	692,1	14 176,2	1 413,8	14 616,4	7
31. 1.	892,2	85,2	683,3	14 103,2	1 409,0	14 623,7	7
10. 2.	892.2	85,3	669,7	14 070,6	1 340.6	14 439,1	7
20. 2.	892,2	85,3	664.4	14 470,9	1 477,0	14 085,4	7
28. 2.	892,3	85,3	665,4	14 754,8	1 396,3	14 217,8	7
10. 3.	892,4	85,3	659,0	14 335,9	1 335,0	14 149,0	7
20. 3.	892,5	85,4	664,0	13 918,2	1 311,2	14 049,1	7
31. 3.	892,6	85,5	661,3	14 553,0	1 424,8	14 424,1	7

Belgische Nationalbank

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. belg. Francs).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen	Staatsguthaben	Privatguthaben	Notenumlauf	Diskont %
7. 1.	273,8	91,1	1 140,0	779,7	2,5	383,3	7 649,5	7
14. 1.	273,8	91,0	1 110,2	711,4	1,8	487,1	7 608,9	7
21. 1.	273,8	91,1	1 089,7	754,7	3,5	478,6	7 483,1	7
28. 1.	273,8	91,3	1 125,2	561,1	20,3	323,9	7 462,4	7
4. 2.	273,8	91,1	1 058,7	574,1	9,1	276,7	7 467,4	7
11. 2.	273,8	91,3	1 062,8	558,7	36,7	253,9	7 450,0	7
18. 2.	273,8	91,3	1 045,8	488,8	0,4	289,4	7 363,7	7
25. 2.	273,8	91,4	983,6	474,7	59,2	102,5	7 415,1	7
4. 3.	273,8	91,4	903,8	583,9	13,6	85,7	7 507,4	7
11. 3.	273,8	91,3	958,5	605,7	3,4	176,7	7 502,6	7
18. 3.	273,8	91,6	1 222,5	567,6	22,5	435,3	7 449,3	7,5
28. 3.	273,8	91,8	1 305,6	446,7	12,1	361,2	7 495,0	7,5

Digitized by Google

Russische Staatsbank, Notenabteilung.

Halbmonatsausweise von Januar bis März 1926. (in 1000 Tscherwonetz).

Ausweis-Tag	Metallbestand *)	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen	Notenumlauf	Diskont %
1. 1.	18 239,4	5 062,3	52 228,6	85,8	78 136,3	10
16. 1.	17 999,4	5 093,6	51 447,3	85,8	75 992,2	10
1. 2.	17 722,8	5153,4	51 664.1	85,8	75 992,2	10
16. 2.	16 555,4	5 140,0	52 835,0	85,8	75 823,0	10
1. 3.	15 334,5	5 110,6	54 027,7	85,8	75 891,9	10
16. 3.	14 237,7	5 234,3	55 182,1	85,8	74 216,5	10

*) Dazu Platinbestände von ca. 3,3 Mill. Tscherwonetz.

Bank von Polen

Dekadenausweise von Januar bis März 1926 (Millionen Zloty).

Ausweis-Tag	Metall	Guthaben b. ausländ. Banken	Wechsel	Lombard-Darlehen	Giroguthaben	Devisenschulden	Umlaufende Noten	Diskont %
10. 1.	133,9	72,0	288,1	33,3	114,3	37,7	365,1	12
20. 1.	134,2	63,3	279,8	27.4	104,1	37,1	354,3	12
31. 1.	134,8	61,3	284,6	30,2	100,7	35,9	361,9	12
10. 2.	134,4	58,1	281,1	30,1	101,2	36,4	356,5	12
20. 2.	137,7	45,4	285,3	26,9	94,8	35,0	350,0	12
28. 2.	134,2	60,0	294,1	29,0	87,9	41,8	376,9	12
10. 3.	134,5	55.8	290,1	25,8	99,6	41,8	366,7	12
20. 3.	134.9	54.6	294,8	25,6	100,5	43,2	368,7	12
31. 3.	134,6	49,3	301,4	29,5	87,7	44,7	389,4	12

Bank von Finnland

Wochenausweise von Januar bis März 1926 (Mill. finn. Mark).

Ausweis-Tag	Gold*)	Silber	Ausländ Guthaben (Saldo)	Wechsel u. Vorschüsse	Tägl.fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Bankdiskont %
7. 1.	331,6	0,9	1415,9	416,8	589,7	1269,1	7,5
15. 1.	331,5	0,9	1371.3	427,7	588,6	1248,9	7,5
23. 1.	331,5	0,9	1358,6	421,4	554,9	1239,6	7,5
30. 1.	331,5	9,3*)	1360,8	421,0	489,7	1291,5	7,5
8. 2.	331,7	9,3	1207,3	447,9	497,4	1296,9	7,5
15. 2.	331.7	9 3	1187,4	476,3	509,4	1310,0	7,5
23. 2.	331,7	9,3	1196,4	420,8	523,2	1299,4	7,5
27. 2.	331,8	9,3	1226,5	433,1	501.0	1349,8	7,5
8. 3.	331,8	9,3	1203,2	409,6	472,8	1365,3	7,5
15. 3.	331,7	9,3	1880.8	405,7	447,5	1363,3	7,5
23. 3.	331,6	9,3	1170,8	417.3	455,1	1347,6	7,5
31. 3.	331,5	9,1	1182,2	437,7	422,5	1385,8	7,5

*) Effektivwert.

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien

Wochenausweise von Januar bis März 1926. (Mill. Lei).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen*)	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
9. 1.	6901,4	4,8	8223,4	1396,0	7658,0	19906.6	6
16. 1.	6901,4	4,5	8213,0	1388,3	7620,1	19897,0	6
23. 1.	6901,6	4,5	8217,1	1390,5	7627,3	19787,4	6
30. 1.	6901,6	10,0	8229,5	1411,3	7602,3	19880,9	6
6. 2.	6901,7	8,2	8225,2	1396,2	7621,2	19852,5	6
13. 2.	6901,7	9,8	8226,1	1407,8	7639,2	19853,9	6
20. 2.	6902,1	9,6	8206,5	1512,4	7585,4	19886,0	6
27. 2.	6902,1	9,6	8198,5	1378,8	7638,3	19988,8	6
6. 3.	6902,3	9,5	8172,8	1194,0	7728.8	20093,6	6
13. 3.	6902.3	9,9	8248,5	1215,1	7742.0	20247,2	6
20. 3.	6902.5	10,4	8246,9	1360,4	7674.7	20334,0	6
27. 3.	6902.5	11,1	8248,6	1369,5	7512,6	20342,9	6

*) Ohne 11 Milliarden Lei Regierungsschuld.

Nationalbank von Griechenland.

Halbmonatsausweise von Januar bis März 1926. (Mill. Drachmen.)

Ausweis-Tag	Metallbestand*)	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen**)	Tägl. fällige Verbindlichkeiten ***)	Notenumlauf	Bankdiskont %
15. 1.	56,9	2284,7	691,9	2146,6	1516,5	5235,9	11
30. 1.	57,0	1975,7	663,5	2121,9	1923,9	4557,2	10
15. 2.	57,1	2140,9	658,0	2092,0	2033,7	4116,9	10
27. 2.	57,2	1993,2	651,1	2470,9	1825,7	4257,2	10
13. 3.	57,2	1767,4	549,7	2080,3	1686,7	4247,2	10
31. 3.	57,2	1736,8	547,5	2072,0	1763,6	4271,5	10

*) einschließlich Silber; ferner 15 Mill. Frcs. Gold bei der Bank von England.
**) einschließlich landwirtschaftl. und hypothekar. Kredite.
***) In der Tabelle Juli bis September, Februarheft S. 129, sind die langfristigen Depositen mitenthalten.

Bulgarische Nationalbank

Monatsausweise von Januar bis März 1926. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag	Metalldeckung	Scheidemünze	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen*)	Tägl fäll. Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
81. 1.	58,8	70,3	301,7	323,1	516,2	2462,9	3460,0	10
28. 2.	58,9	80,1	412,6	324 ,9	519.7	2639,4	3410,3	10
81. 3.	59,2	93,6	392,0	341,7	521,6	2568,5	3465,8	10

*) ohne Darlehen an den Staat (am 31. 3. 4602,5 Mill.).

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paul Gaumert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Auslandskredit und Geldmarkt.

Als ich vor drei Monaten an dieser Stelle das „Athmen des Geldmarkts", d. h. die Mechanik des Eindringens und Abströmens der Kapitalien an diesem Markte schilderte, mußte ich, um die Klarheit der Darstellung nicht zu gefährden, zwei wichtige Vorgänge zunächst unbehandelt lassen: Erstens den Prozeß, mittels dessen sich die am Markt gebundenen, hier durch Verrechnung von Hand zu Hand gehenden Kapitalbeträge beim Eintritt bestimmter Voraussetzungen in bares Geld auflösen. Und zweitens die Wirkung, die das Eindringen beträchtlicher Kapitalien vom Auslande her auf den Geldmarkt ausübt, an dem sie sich mit den Geldern heimischen Ursprungs scheinbar zu einer homogenen Masse verbinden. Von den beiden Lücken, die somit noch in meiner Darstellung des Kapitalumlaufs klaffen, soll die erste demnächst, die zweite durch die nachfolgenden Ausführungen bereits heute geschlossen werden.

Sobald der Laie von einer großen Kreditoperation hört, durch die Auslandsgelder mehr als normalen Umfangs zur Verfügung des Inlands gestellt werden, verbindet sich für ihn mit diesem Vorgange ohne weiteres die Vorstellung einer gewissen Anreicherung des Geldmarkts und einer entsprechenden Zinsverbilligung. Der Gelehrte dagegen stellt eine solche Beeinflussung des Geldmarkts durch den Zufluß ausländischen Kapitals in Abrede, weil er weiß, daß die Kapitalübertragung von Land zu Land sich nicht in der Geldform, sondern in der Warenform vollzieht, daß der Auslandskredit also als Mehreinfuhr in Erscheinung tritt, nicht aber als ein den Geldmarkt affizierender Zustrom von Zahlungsmitteln irgend welcher Art. *) Läßt dann der Laie die Tatsachen sprechen, indem er darauf hinweist, daß auf den vorjährigen Zufluß von 3 bis 3½ Milliarden Mark Auslandskapital in Deutschland unleugbar eine starke Sättigung des Geldmarkts und ein beispielloser Zinsrückgang gefolgt sei, so führt der Gelehrte zu Gunsten seiner Auffassung die deutschen Außenhandels-Ziffern ins Feld. Aus diesen ergibt sich, daß dem bis zum November 1925 in besonderer Stärke anhaltenden Kapitalzufluß ein ungefähr ebenso großer Einfuhrüberschuß (Januar bis November 3,6 Milliarden Mark ohne Gold und Silber) parallel gegangen ist, daß dieser aber sofort einer Mehrausfuhr (Dezember 1925 bis Mai 1926: 600 Millionen Mark) Platz gemacht hat, als die Kapitalbewegung umschlug und Deutschland per Saldo größere Zahlungen nach dem Ausland leistete als von dort empfing. In der Tat haben die Fakta

*) Der Begriff „Wareneinfuhr" ist im folgenden immer in seinem weitesten Sinne zu verstehen. Er umfaßt also auch die ausländischen Dienstleistungen (Transporte, Versicherungen, Bankkommissionsgeschäfte etc.), sowie die Inanspruchnahme ausländischer Erzeugnisse und Dienste im Ausland selbst.

Digitized by Google

hier mit seltener Eindringlichkeit die theoretische Erkenntnis von der Waren-Eigenschaft der internationalen Zahlungen bestätigt. Und so folgert denn der Gelehrte, daß, nachdem die Wirkung des Kapitalzuflusses sich restlos am Gütermarkt erschöpft habe, sie unmöglich ein zweites Mal am Geldmarkt beobachtet worden sein könne. Die nachfolgende Geldüberfülle und Zinsverbilligung, welche Gründe sie auch haben möge, stehe jedenfalls in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der vorangegangenen starken Kapitaleinfuhr; post hoc, non propter hoc.

Man wird die Veränderungen, die eine Kapitalübertragung von Land zu Land in der Wirtschaft des zahlenden und des empfangenen Landes hervorruft, am deutlichsten erkennen, wenn man sich einen bestimmten konkreten Fall vergegenwärtigt. Nehmen wir deshalb den — mit den tatsächlichen Vorgängen der letzten Jahre weitgehend übereinstimmenden — Fall an, daß einige amerikanische Bankenkonsortien mehreren deutschen Industriekonzernen Kredite in Höhe von insgesamt 250 Millionen Dollar oder rund 1 Milliarde Mark einräumen, indem sie den Konzernen den entsprechenden Betrag bei bestimmten Banken in New York zur Verfügung stellen. Welches sind die unmittelbaren Folgen dieser Kreditgewährung in Amerika und in Deutschland? Wie vollzieht sich die Kapitalübertragung? Welche Wirkungen ergeben sich etwa aus ihr am Devisenmarkt, am Warenmarkt und am Geldmarkt?

Doch zuvor eine Einschaltung: Es ist immer vom Uebel, einen wirtschaftlichen Vorgang von einiger Bedeutung einfach als gegeben zu unterstellen, ohne zuvor zu prüfen, ob denn die Voraussetzungen erfüllt sind, die ihn ökonomisch überhaupt erst möglich machen. Pallas Athene mag spontan in voller Rüstung dem Kopfe des Zeus entsprungen sein: Wirtschaftliche Vorgänge von beispielmäßiger Bedeutung entspringen nur scheinbar der willkürlich schaffenden Phantasie; tatsächlich keimen sie langsam im Boden bestimmter Vorbedingungen. Unsere Hypothese, daß amerikanische Banken deutschen Konzernen einen großen Kredit anbieten, ist so lange müßige Gedankenspielerei, wie wir uns nicht bewußt sind, daß sie eine ganz bestimmte Verfassung sowohl des amerikanischen wie des deutschen Kapitalmarkts voraussetzt.

In Amerika müssen zunächst einmal an zentraler Stelle, bei den Banken, Spargelder verfügbar sein, denen der Zins, den die heimische Wirtschaft für ihre Ueberlassung zu zahlen bereit ist, nicht genügt. Das setzt eine relative Uebersättigung (nicht unbedingt der Wirtschaft überhaupt, wohl aber) derjenigen Erwerbsgebiete voraus, die nach Maßgabe der gegebenen Kreditorganisation von den Banken mit Kapital versorgt werden; was wiederum bestimmte Vorbedingungen hat, darunter in erster Reihe das zeitweilige Ueberwiegen der dem Sparprozeß zugewendeten Einkommensteile über die in Konsum aufgehenden Teile. Aber auch das Uebergewicht der Spargelder ist kein Zufall. Es ist in Amerika

Digitized by Google

zur Zeit nur deshalb Tatsache und gestattet uns die Unterstellung einer Kapitalübertragung nach Deutschland nur deshalb, weil bestimmte politische und wirtschaftliche Vorgänge Amerika zum Weltgläubiger gemacht haben, der fortlaufend Kontributionen aus dem Ausland erhält. An sich bilden diese Kontributionen zwar (unmittelbar oder als Quelle entsprechender Steuer-Ersparnis) einen Teil des privaten Einkommens der amerikanischen Staatsbürger, in deren Belieben es steht, den Einkommens-Zuwachs zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung, also konsumtiv, zu verwenden. Da aber die fremden Zahlungen die äußere Gestalt der Wareneinfuhr annehmen und das Konsumbedürfnis befriedigen, ohne daß es auf den so versorgten Gebieten einer entsprechenden national-amerikanischen Produktion bedarf, so setzen sie Kapital frei, das in dieser Produktion gebunden sein würde, wenn die Auslandszahlungen fehlten. Und der relativ niedrige Zins ist nur der marktmäßige Ausdruck für das Angebot dieser freigesetzten Kapitalien, die nunmehr vor der Wahl stehen, ihre Kapitaleigenschaft als unlohnend aufzugeben und sich in zusätzlichen Konsum aufzulösen, oder sich als Kapital dem schlechter versorgten und höheren Zins bewilligenden Ausland anzubieten; wodurch sie das Eindringen der fremden Kontributionen, das am Geldmarkt wie am Warenmarkt gleich störend empfunden wird, weitgehend neutralisieren.

Auch in Deutschland müssen bestimmte Vorbedingungen erfüllt sein, damit die Unterstellung eines großen amerikanisch-deutschen Kreditgeschäfts wirklichkeitstreu sei. Die Bildung inländischen Sparkapitals muß hier hinter dem Beadrf stark zurückbleiben und sich selbst zu einem so beträchtlichen Zinse, wie es das Auslandskapital für sein Einspringen zu fordern pflegt, nicht auf die Höhe des Bedarfs steigern lassen. Dabei ist der „Bedarf" — ein Begriff, mit dessen Anwendung der Volkswirt gar nicht vorsichtig genug sein kann — nicht etwa demjenigen Kapitalbetrage gleich, der in der Hand der kreditnehmenden Produzenten und Händler einen Ueberschuß über seine Verzinsung läßt. Es gibt Momente, die den Bedarf bald unter diesen Kapitalbetrag sinken, bald über ihn steigen lassen, und das letztere ist seit der Stabilisierung der Währung in Deutschland der Fall. Wirtschaftliche Verwerfungen besonderer Art, vor allem die in der Inflationspsychose erfolgte Herstellung übergroßer Produktionsanlagen mit Bankkredit, der kurzfristig zurückgezahlt werden mußte, ferner die Notwendigkeit einer Betriebs-Reorganisation, ohne die jene Anlagen ihren Kapitalcharakter zu verlieren und Alteisen zu werden drohten, haben einen Bedarf an Barkapital entstehen lassen, der die durch die Proportion zwischen Zins und Nutzen gezogene theoretische Grenze weit übersteigt. Wozu noch die Anforderung von Kapital zu gemeinnützigen und planwirtschaftlichen Zwecken tritt, bei denen die öffentlichen Verbände hoher und niederer Ordnung nicht ängstlich kalkulieren, weil sie die allgemeine

Digitized by Google

Steuerkraft für sie anspannen zu dürfen glauben. Die Neubildung von Kapital ist in Deutschland zwar erheblich größer, als man noch vor kurzer Zeit erwarten durfte, aber sie bleibt doch stark hinter den Ansprüchen zurück, die eine ungewöhnliche ökonomische und sozialpolitische Konstellation an sie stellen. Somit sind die Voraussetzungen, unter denen ein Großkredit von Amerika nach Deutschland gelegt werden kann, in beiden Ländern tatsächlich gegeben, und wir haben den Einwand nicht zu fürchten, daß der hypothetische 250 Millionen Dollar-Vorschuß amerikanischer Banken an deutsche Industriekonzerne mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Bedingtheiten in Widerspruch stehe.

Der Finanzakt, mittels dessen amerikanische Bankengruppen eine viertel Milliarde Dollar heimischen Sparkapitals auf längere Zeit dem Auslande überlassen, ist für sich allein betrachtet das Ergebnis einer Kalkulation, angestellt vom nüchternen Geschäftsgeist privater Unternehmungen, mit keinem anderen Ziele als dem eines höchstmöglichen Profits. Scheinbar wurzelt also der Akt in arbiträren Erwägungen unbeeinflußt urteilender Finanzmänner. Aber das Ergebnis der Erwägungen würde ein anderes sein, wenn nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen, von denen wir soeben gesprochen haben, dem Urteil der Finanzmänner, ihnen selbst kaum bewußt, eine bestimmte Richtung gäben. Inwieweit der praktische Entschluß, die viertel Milliarde Dollar nicht inländischen, sondern ausländischen Kreditnehmern zu überlassen, geeignet ist, Veränderungen in der amerikanischen Wirtschaft herbeizuführen und die Voraussetzungen, denen er selbst entsprungen ist, nachträglich etwa zu korrigieren, darüber werden sich die Finanzmänner kaum ganz klar sein. Sie werden ihrer rein privatkapitalistischen Handlungsweise wohl überhaupt keine große Allgemein-Bedeutung beilegen und sehr erstaunt sein, wenn Andere darin eine Quelle wichtiger Verschiebungen innerhalb der nationalen und internationalen Wirtschaft erblicken. Aber wie der vermeintlich einer reinen Privatinitiative entsprungene Finanzakt in Wirklichkeit das Ergebnis bestimmter volkswirtschaftlicher Voraussetzungen ist, so bildet er seinerseits auch wieder die Ursache ganz bestimmter, zwangsläufig eintretender Folgen.

Aus der nationalökonomischen Perspektive gesehen bedeutet der nach Deutschland gelegte 250 Millionen Dollar-Kredit für die amerikanische Wirtschaft zunächst nichts anderes, als daß am dortigen Warenmarkt eine Kaufkraft gleicher Höhe nicht von inländischen, sondern von ausländischen Käufern ausgeübt wird. Der Betrag wird normalerweise in amerikanischem Gelde zur Verfügung gestellt und muß, gleichviel in welcher Weise über ihn verfügt werden mag, zur Ausfuhr amerikanischer Waren in genau derjenigen Werthöhe führen, in der Waren vom Inlande absorbiert werden würden, wenn der Kredit nicht Ausländern, sondern Inländern zu Gute käme. Wird aus beliebigen Gründen der Betrag in einer dritten Währung, etwa in Pfund Sterling, zur Ver-

Digitized by Google

fügung gestellt, so tritt warenmarktmäßig überhaupt keine Veränderung ein. Das erforderliche Pfund-Guthaben der amerikanischen Finanzhäuser hat sich nur bilden können, weil Amerika ein entsprechendes Quantum Weltware nicht bezogen hat, sondern sich „gutschreiben" ließ; das Guthaben ist dann bestehen geblieben, weil Amerika den Bezug der Ware auch fernerhin unterlassen hat; und wenn das Guthaben nunmehr einem dritten Lande abgetreten wird, so unterbleibt der amerikanische Warenbezug endgiltig bzw. während der ganzen Laufzeit des eingeräumten Pfund-Kredits. Die unmittelbare Wirkung der Kreditoperation auf den Warenmarkt, diesen als Einheit genommen, scheint also gleich null zu sein. Im ersten Fall, dem der Dollar-Zahlung, erfährt der Warenabsatz weder eine Verringerung noch eine Vermehrung, sondern lediglich eine Richtungsänderung, indem ein Quantum amerikanischer Ware vom Ausland statt vom Inland absorbiert wird. Und im zweiten Fall, dem der Ueberlassung eines Valuta-Guthabens an deutsche Kreditnehmer, wechseln nur die Personen der Schuldner: An die Stelle der englischen Bankhäuser, bei denen die Pfund-Guthaben unterhalten worden sind, treten als Debitoren im hier unterstellten Fall bestimmte deutsche Industrie-Konzerne.

Das Bild ändert sich aber ganz erheblich, sobald man der Kreditoperation nicht mehr die Einheit „Warenmarkt" gegenüberstellt, sondern die einzelnen Teilgebiete, in die der Warenmarkt zerfällt. Es zeigt sich alsdann ganz deutlich, daß der Kredit nicht lediglich eine Richtungsänderung des Absatzes oder einen Personenwechsel der Schuldner zur Folge hat, sondern tiefgehende Veränderungen in der Zusammensetzung des heimischen und internationalen Güterverbrauchs. Denn das Inland konsumiert anders als das Ausland. Und der zeitweilige Verzicht auf Wareneinfuhr, den die Unterhaltung eines Guthabens im Auslande mit sich bringt, der aber beim Eintritt einer neuen Preis- oder Zins-Konstellation jederzeit beendet werden kann, unterscheidet sich wesentlich von dem Dauer-Verzicht, der mit der Einräumung eines langfristigen Kredits an das Ausland verbunden ist. Für Amerika bedeutet der Dollar-Kredit an deutsche Industriekonzerne nicht nur eine Begünstigung aller Produktionsgebiete, die vom Exportgeschäft befruchtet werden, zum Nachteil aller derjenigen Gebiete, die auf den ganz anders gearteten Binnenabsatz angewiesen sind, (bzw. im Falle des Pfund-Kredits eine Schädigung aller auf den Import angewiesenen Gebiete zu Gunsten der bodenständigen Erzeugung), sondern es tritt darüber hinaus eine empfindliche Schwächung der nationalen Produktionskapazität ein. Denn die Summen, die der heimischen Wirtschaft entzogen und einer fremden Wirtschaft zugeleitet werden, sind Sparkapital, das sich seiner Natur nach nur produktiv betätigen kann. Und da es diese Betätigung nunmehr im Ausland statt im Inland ausübt, so unterbleibt in Amerika im Ausmaße der nach Deutschland über-

Digitized by Google

führten Beträge eine Produktionssteigerung, die erfolgt sein würde, wenn die Kapitalausfuhr unterblieben wäre.

Am amerikanischen Devisenmarkt hat die Veräußerung der Deutschland zur Verfügung gestellten 250 Millionen Dollar zunächst die Wirkung, daß die äußere Kaufkraft des Dollars, d. h. der amerikanische Wechselkurs, unter den Stand gedrückt wird, den die Dollarwährung sonst einnehmen würde. Bei der Ueberlassung von Pfund Sterling besteht die Wirkung in einem entsprechenden Druck auf die englische Währung. Beide Geldwert-Aenderungen sind aber nicht von Dauer, sondern unterliegen einer Reaktion, die den normalen Währungsstand wiederherstellt, sobald ihr ökonomischer Zweck erfüllt ist, d. h. sobald sie diejenigen Warenbewegungen herbeigeführt haben, in die der Zahlungsakt sich notwendig auflöst: einen Abfluß amerikanischer Ware im Fall der Dollar-Zahlung, einen Warenabfluß aus den in englischem Gelde rechnenden Ländern im Fall der Pfund-Zahlung. Denn das Angebot bezw. der Kursdruck, dem die betreffenden Währungen unterliegen, öffnet das Ventil für eine entsprechend verstärkte Warenausfuhr und hört automatisch auf, wenn das Ventil sich nach Durchführung der Transaktion wieder schließt. Alles unter der Voraussetzung, daß keine dem Sinne der Wechselkurs-Bewegung entgegengesetzte Währungspolitik die Devisenkurse willkürlich korrigiert, und daß keine die Richtung des Zahlungsaktes kreuzende Kreditpolitik die tatsächliche Durchführung der Zahlung verhindert, indem sie Gegenzahlungen mit kompensatorischer Wirkung erzeugt.

Am amerikanischen Geldmarkt sollte der 250 Millionen-Kredit, der Theorie nach, überhaupt keine Veränderung herbeiführen, da die Zahlung ja de facto durch Warenlieferung bewirkt wird, wobei, wie eben festgestellt, der Wechselkurs die Weiche ist, die den Zahlungsakt vom Geld-Gleis auf das Waren-Gleis hinüberleitet. Tatsächlich wird der Geldmarkt jedoch in hohem Grade durch die Operation affiziert. Der Fortfall einer Kreditmöglichkeit in Höhe von 250 Millionen Dollar führt notwendigerweise zu einem steigenden Marktzinse, denn gerade ihr Vorhandensein hat bis zum Moment des Kreditabschlusses mit Deutschland den Zins unter Druck gehalten. Dem amerikanischen Unternehmertum als Ganzem einschließlich seiner Schrittmacher an der Börse geht ein Betrag verloren, der ihm im Falle des Nichtabschlusses jenes Kreditgeschäfts unbedingt angeboten worden wäre, ja der ihm sogar tatsächlich bereits angeboten und nur infolge unzureichender Zinsofferte nicht zugeschlagen worden ist. Müßig ist der Betrag auch bisher nicht gegangen; da seine Ausleihung auf lange Frist zu einem den Banken angemessen erscheinenden Zinse nicht möglich war, so ist er bis zum Abschluß der Verhandlungen über seine definitive Unterbringung provisorisch auf kurze Frist am Geldmarkt ausgeliehen worden. Und in dem Maße, in dem die deutschen Kreditnehmer über ihn verfügen,

Digitized by Google

steht der amerikanische Geldmarkt unter dem Einfluß der Rückzahlungspflicht, die den Zins absolut steigert, wenn die deutschen Abhebungen — die sich mittelbar in Warenbezüge auflösen — größer sind als die Neuzuflüsse aus der laufenden Einkommensbildung, und die ihn relativ steigert, wenn die Abhebungen kleiner sind als die Neuzuflüsse. War, wie wir früher gesehen haben, der niedrige amerikanische Marktzins eine wichtige Voraussetzung dafür, daß der 250 Millionen Dollar-Kredit überhaupt zu Stande kommen konnte, so trägt dessen Zustandekommen nunmehr dazu bei, jene Voraussetzung zu beseitigen und damit dem Abfluß von Kapital nach dem Auslande eine Grenze zu setzen.

Daß eine solche weitgehende Beeinflussung des Geldmarkts stattfindet, obwohl das Kreditgeschäft in Wirklichkeit gar keine Geldzahlung, sondern eine Warenbewegung zwischen Amerika und dem Ausland ausgelöst hat, ist eine natürliche Folge der bereits erwähnten Umbildung, die der Warenmarkt dadurch erfährt, daß ein Betrag von 250 Millionen Dollar vom Ausland statt vom Inland zu Warenbezügen verwendet wird. Das Inland würde für den Betrag Produktivgüter einschließlich des produktivsten Guts „Arbeitskraft" erworben und dem derzeitigen Konsum eine allmählich steigende Erzeugung entgegengesetzt haben. Das Ausland bezieht für den Betrag verbrauchsreife Güter, setzt also — gerade umgekehrt — der derzeitigen Erzeugung einen steigenden Konsum entgegen. Der Effekt ist eine Verknappung des Markts, die der laufenden Produktion einen Seltenheitswert verleiht, mithin eine (absolute oder relative) Preis- und Gewinnsteigerung, die eine verstärkte Investition von Sparkapital lohnend macht und erhöhte Zinsgebote am Geldmarkt selbst dann herbeiführt, wenn der verfügbare Kapitalbetrag durch den 250 Millionen Dollar-Kredit ziffernmäßig keine Verringerung erfahren hat —, was immer dann der Fall sein wird, wenn der Abzug der Gelder durch die deutschen Kreditnehmer und ihre Ueberführung in die Hände des amerikanischen Warenhandels in einer Weise erfolgt, die ausschließlich Giro- und Clearing-Zahlungen auslöst, die Gelder somit am Geldmarkt beläßt. *)

Die Uebertragung von Kapital ins Ausland wird also im übertragenden (Gläubiger-) Lande stets den Geldmarkt in Mitleidenschaft ziehen und hier eine Zinserhöhung zur Folge haben — gerade weil die Kapitalübertragung in der Warenform stattfindet. Die Zinserhöhung wird eine absolute und daher sichtbare immer dann sein, wenn der Kapitalabfluß größer ist als die Zuflüsse aus der laufenden Einkommensbildung und aus den Auslande; sie wird eine nur relative und daher unsichtbare sein, wenn der Kapitalabfluß kleiner ist als die Summe jener Zuflüsse. Ganz unberührt aber wird eine Kapitalausfuhr den Geldmarkt niemals lassen.

*) Vergl. „Der Umlauf des Kapitals", Juniheft 1926, insbesondere S. 319.

Digitized by Google

Etwas verwickelter als im Lande der Kapitalausfuhr sind die Zusammenhänge im Kapital-einführenden Lande, in unserem Beispiel also in Deutschland, weil den Empfängern des Kapitals hier verschiedene Wege der Empfangnahme offenstehen. Zwar führen alle diese Wege zu demselben Ziele: zur Einfuhr von Auslandsware*) im genauen Umfang der tatsächlichen Kapitaleinfuhr. Deshalb vollziehen sich auch sowohl am Warenmarkt wie am Devisenmarkt analoge Vorgänge wie an den entsprechenden Märkten des Kapital-ausführenden Landes, nur nach der entgegengesetzten Richtung. Am Geldmarkt des Empfängerlandes aber sind die Wirkungen, obwohl sie auch hier im Grunde immer nur der Revers des Effekts im Geberlande sind, schwieriger zu erkennen, weil jede der verschiedenen Arten, auf die das Kapital in Empfang genommen und verwertet werden kann, von einer anderen Seite auf den Geldmarkt einwirkt.

Die Empfangnahme der 250 Mill. Dollar durch die deutschen Kreditnehmer erleidet zahlungstechnisch dadurch eine Komplikation, daß sie mit einer Umwandlung des Betrages aus einer Währung in die andere verbunden ist. Die New Yorker Banken haben Dollar (der Sonderfall der Pfund-Zahlung kann hier außer Betracht bleiben) zur Verfügung gestellt, d. h. eine Kaufkraft, die ausschließlich am amerikanischen Markt ausgeübt werden kann. Die deutschen Industriekonzerne haben aber mit dem Kreditabschluß von vornherein die Absicht verbunden, jene Kaufkraft in der Hauptsache nicht in Amerika, sondern in Deutschland auszuüben. Sie müssen also die ihnen bei den New Yorker Banken gutgeschriebenen Dollar in Reichsmark umtauschen. Dabei bieten sich ihnen praktisch drei verschiedene Möglichkeiten: Der Verkauf der Dollar am Berliner Devisenmarkt, oder ihre Umwandlung in beliebige Fremdwährungen und deren Austausch gegen Reichsmark (Arbitrage), oder ihre Einreichung bei der Reichsbank. Alle diese Verwertungsarten laufen, solange die Verwertung ordnungsmäßig, d. h. ohne Affizierung der deutschen Währung durch Schaffung neuer Marknoten, geschieht, auf denselben wirtschaftlichen Vorgang hinaus: Damit die Umwandlung gelingt, müssen in jedem Fall Käufer für 250 Millionen Dollar gefunden werden, und zwar Käufer aus den Kreisen des Welthandels, die bereit sind, eine entsprechende Kaufkraft am Dollar-Warenmarkte auszuüben und dadurch jene amerikanische Mehrausfuhr herbeizuführen, durch die der Akt der Kapitalhergabe überhaupt erst perfekt wird. Die Käufer müssen aber auch imstande sein, den deutschen Industriekonzernen den Kaufpreis in deutscher Währung zu zahlen, wozu sie nur imstande sind, wenn zuvor eine Freisetzung entsprechender Mengen deutscher Kaufkraft, hier also in Höhe von rund 1 Milliarde Reichsmark, stattgefunden hat,

*) Der Begriff „Wareneinfuhr" ist, wie schon in einer früheren Anmerkung hervorgehoben, in seinem umfassendsten Sinne, also unter Einschluß aller ausländischen Leistungen, zu verstehen.

Digitized by Google

und wenn durch diese Freisetzung am Warenmarkt, am Devisenmarkt oder an beiden Märkten diejenigen Veränderungen herbeigeführt worden sind, die zur Mehreinfuhr nach Deutschland führen und dadurch den ergänzenden Teil des Kreditgeschäfts, die Kapital-Empfangnahme, ermöglichen.

Die erste und nächstliegende Art der Dollar-Verwertung ist der Verkauf am freien Devisenmarkt. Es springt in die Augen, daß durch sie auch der Geldmarkt in ganz bestimmter Weise berührt wird, allerdings in einer Weise, die oberflächlich angesehen keine Veränderung der Marktverfassung mit sich bringt. Die kreditnehmenden Industriekonzerne oder die von ihnen beauftragten Banken ziehen durch Verkauf von 250 Millionen Dollar Auszahlung New York 1 Milliarde Reichsmark an sich, geben diese Milliarde aber sofort wieder her, indem sie die Summe den Verwendungszwecken zuführen, für die sie den Kredit in Amerika aufgenommen haben, oder indem sie die zunächst nicht verwendeten Teile der Summe kurzfristig den Banken überlassen, die sie ihrerseits dem Geldmarkt zur Verfügung stellen. Ziffernmäßig decken sich also die beanspruchten Gelder mit den hergegebenen Geldern. Wirtschaftlich aber handelt es sich hier um zwei ganz verschiedene Vorgänge, die am Geldmarkt trotz der ziffernmäßigen Uebereinstimmung von Zufluß und Abfluß eine völlig veränderte Unterströmung hervorrufen.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß der Zweck des Dollarkredits gewesen ist, bei den Industriekonzernen eine Kaufkraft zu zentralisieren, die der deutsche Geldmarkt herzugeben nicht bereit oder nicht imstande war. Mit Hilfe der Milliarde, welche die Konzerne nach Durchführung der Devisen-Operation dem Geldmarkt zuleiten, wird also ein Programm durchgeführt, das ohne die Aufnahme des Dollarkredits nicht durchgeführt worden wäre. Die zunächst am Geldmarkt verbleibenden Teile der Milliarde ebenso wie die Summen, die dem Geldmarkt aus den Einkommen zufließen, deren Bildung durch das neue Programm der Konzerne ermöglicht wird, bilden hier ein Plus, das ohne den Dollarkredit nicht vorhanden sein würde und vorher tatsächlich nicht vorhanden war; denn wäre es vorhanden gewesen, so hätte es des Dollarkredits nicht bedurft. Das Plus aber wirkt sich am Geldmarkt als verstärktes Kapital-Angebot aus und drückt den Marktzins unter die Sätze, die bisher gegolten haben, und deren Höhe die Veranlassung zum Abschluß des Kreditgeschäfts in Amerika gebildet hat.

Dem steht nun scheinbar ein entsprechender Abfluß vom Geldmarkt gegenüber, denn die Käufer der 250 Millionen Dollar haben die Milliarde Mark, die sie den Konzernen zahlten, und die diese jetzt ihrer Verwendung zuführen, vorher irgendwo entnehmen müssen. Und die landläufige Auffassung geht dahin, daß es der Geldmarkt gewesen sei, der die Milliarde hergegeben hat. Aber diese Auffassung ist falsch. Wir haben soeben bereits fest-

Digitized by Google

gestellt, daß der deutsche Geldmarkt zur Hergabe der Milliarde nicht bereit oder nicht imstande war, und daß gerade dieser Umstand den Dollarkredit zum Entstehen gebracht hat. Woher stammt aber dann die Milliarde, die sich im Laufe des Dollar-Verkaufs bei den Industriekonzernen sammelt und von ihnen aus teils dem Geldmarkt unmittelbar zufließt, teils in zylindrischer Spirale (vergl. Juniheft S. 319) zum Geldmarkt aufsteigt? Sie stammt aus der abseits des Geldmarkts sich vollziehenden laufenden Einkommensbildung. Sie ist identisch mit demjenigen Teil der Einkommen, der ohne das Dazwischentreten des Dollarkredits eine produktive oder konsumtive Verwendung am deutschen Waren- und Arbeitsmarkt gefunden haben würde, jetzt aber dadurch entbehrlich wird, daß an die Stelle der deutschen Waren und Leistungen jene ausländischen Waren und Leistungen treten, zu deren Einfuhr der Dollarkredit bezw. die Uebernahme der Dollar durch den deutschen Importhandel geführt hat. Die Käufer der Dollar substituiren die durch Ausnutzung der ihnen zuwachsenden amerikanischen Kaufkraft in ihren Besitz gelangten Ueberseewaren einem deutschen Warenquantum entsprechenden Werts und überlassen die Markbeträge, die andernfalls zum Kauf der betreffenden deutschen Waren gedient haben würden, jetzt aber frei geworden sind, den Industriekonzernen und deren Banken als Zahlung für die von ihnen übernommenen Dollar.

Die Mechanik, mittels deren sich die Auslandsware an die Stelle der Inlandsware setzt, wodurch Dollar-Beträge gebunden und Reichsmark-Beträge freigesetzt werden, kann hier nur angedeutet werden. Wir haben bereits gesehen, daß den Warenpreisen und den Wechselkursen dabei eine wichtige Rolle zufällt, insofern durch ihre Gestaltung Auslandskäufe lohnend werden, die es bisher nicht waren, und umgekehrt Inlandskäufe sich verbieten, die bisher rationell erschienen. Aber auch gewisse Veränderungen, die sich im Gefolge der Dollar-Operation auf dem Gebiete des Kredits vollziehen, wirken bei der Verdrängung der Inlandsware durch die Auslandsware mit. Neben der allgemein bekannten Reserve-Armee der Arbeiter gibt es nämlich in jedem Lande auch eine weniger bekannte Reserve-Armee der Käufer, d. h. eine große Anzahl von Händlern und Fabrikanten, die eine Ware oder einen Rohstoff nur deshalb nicht kaufen, weil ihnen das Kapital bezw. der Kredit dazu fehlt, die aber sofort zu Käufen schreiten, wenn ihnen Kredit zu erträglichen Bedingungen angeboten wird. Und zwar spaltet sich diese Reserve-Armee in zwei Gruppen, in eine Gruppe für inländische und eine solche für ausländische Käufe. Durch das Auftreten eines starken Angebots von Valuten, wie es die Dollar-Operation im Gefolge hat, verbessern sich nun die Darlehensbedingungen für die zweite Gruppe, die der Importeure, während sie sich für die erste Gruppe, die der Inlandskäufer einschließlich der Exporteure, entsprechend verschlechtern; denn die Banken, die den Verkauf der Dollar nicht

Digitized by Google

überstürzen, sondern ihn, um einen allzu starken Druck auf die Devisenkurse zu vermeiden, über eine längere Zeitspanne verteilen, stellen den Erlös fällig werdender Kredite jetzt mit Vorliebe solchen Darlehensnehmern zur Verfügung, die nicht Markkredite, sondern Valutakredite fordern. Die Importeure, die für solche Kredite allein Verwendung haben, konstatieren mit Befriedigung, daß die Banken jetzt weit entgegenkommender sind, als sie es früher waren, und sie insbesondere freigebig mit „Rembourskrediten" unterstützen. Sie schreiten zu vermehrten Käufen im Ausland, weil die Kreditfazilitäten es ihnen erlauben, und ahnen nicht im entferntesten die wirkliche ökonomische Ursache ihrer Käufe: Das Eindringen eines Valutakredits, der nicht im Inlande, sondern nur im Auslande kaufkräftig ist.

So führt denn der 250 Millionen Dollar-Kredit notwendig zwei bedeutsame volkswirtschaftliche Erscheinungen herbei. Auf dem Warenmarkt löst er einen Prozeß der Verdrängung der Inlandsware durch die Einfuhr und damit eine Krisis auf denjenigen Gebieten aus, die der Verdrängungsgefahr am meisten ausgesetzt sind. (Eine branchenmäßige Untersuchung der vorjährigen deutschen Krisis würde über den Zusammenhang zwischen Auslandskredit und Warengeschäft interessante Aufschlüsse geben.) Auf dem uns hier in erster Linie angehenden Geldmarkt bewirkt der Dollar-Kredit ein merkliches Mehrangebot von Kapital, indem er entsprechende Summen, die bisher im heimischen Warenumsatz gebunden waren, zentralisiert und direkt oder mittelbar zu neuer Verwendung an den Markt bringt. (Auch hier würde eine mehr mit Geist als mit Ziffern geführte Untersuchung über die jüngsten Veränderungen am deutschen Geldmarkt zu wichtigen Aufschlüssen über den Zusammenhang zwischen Auslandskredit und Zinsgestaltung führen können.)

Bisher haben wir nur die nächstliegende Art der Dollar-Verwertung, die des Verkaufs am freien Markt, auf ihre Wirkungen geprüft. Die Wirkungen sind aber genau dieselben, wenn eine der beiden anderen Verwertungsarten zur Anwendung kommt. Wird über den Dollarkredit im Wege der Arbitrage verfügt, so daß zunächst seine Umwandlung in Pfund, Gulden, Kronen etc. erfolgt, so spielen sich die Vorgänge, die zum Devisenangebot, zur Verdrängung von Inlandsware und zur Konzentration freigesetzter Gelder am Geldmarkt führen, genau wie im ersten Falle ab, nur daß die hereinströmenden Auslandswaren anderer geographischer Herkunft sind. Und im dritten Falle, dem des Verkaufs der Dollar an die Reichsbank, prägen sich die Wirkungen des Dollarkredits sogar noch markanter aus. Die Reichsmarknoten, welche die Bank im Austausch gegen die Dollar hergibt, müssen, wenn die Bank nicht die Notenpresse anspannt und Inflation treibt (ein Fall, der hier schon deshalb außer Betracht gelassen werden soll, weil er den tatsächlichen Vorgängen des vergangenen Jahres widersprechen würde), notwendig zur Zurückziehung der Noten

Digitized by Google

aus anderen Verwendungsgebieten führen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Zurückziehung direkt und sichtbar durch Kreditrestriktion, oder indirekt und unsichtbar durch Hochhaltung des Diskonts weit über dem Marktzins, oder endlich in der Weise erfolgt, daß durch die marktmäßige Weitergabe der Dollar der Import gefördert, so die vorstehend geschilderte Verdrängung bezw. ein Preisrückgang am Markt der Inlandsgüter herbeigeführt und dadurch wieder der Kreditanspruch der zu teilweisem Leerlauf verurteilten heimischen Produktion vermindert wird. Es wird bei dieser Art der Dollar-Verwertung besonders sichtbar, daß bestimmte Gattungen alter Kredite eine Verminderung erfahren müssen, damit eine bestimmte Gattung neuer Geldansprüche befriedigt werden kann. Sichtbar wird auch, daß die Verminderung der alten Kredite Wirtschaftskreise trifft, die nur dem Warenmarkt und nicht dem Geldmarkt nahestehen, daß dagegen die an deren Stelle tretenden neuen Kredite Wirtschaftskreisen zu Gute kommen, die schon dadurch, daß es ihnen möglich war, einen 250 Millionen Dollar-Kredit aufzunehmen, ihre enge Beziehung zum Geldmarkt kundtun; so daß nicht der Abfluß, wohl aber der Zufluß der Gelder am Markte wirksam wird.

(Der Fall, daß die von der Reichsbank übernommenen Dollarbeträge nicht an den Devisenmarkt gelangen, sondern — als Notendeckungs-Plus — im Portefeuille der Bank bleiben, braucht in diesem Zusammenhange nicht behandelt zu werden, weil er unserer Voraussetzung, daß 250 Millionen Dollar Kredit aufgenommen und wirklich verwendet werden, nicht entsprechen würde. Denn jeder Dollarwechsel, den die Reichsbank im Besitz hat, und jedes Dollarguthaben, das sie in New York unterhält, stellt einen Diskont- oder Buchkredit an amerikanische Banken dar und hebt somit einen entsprechenden Teil des 250 Millionen Dollar-Kredits wieder auf.)

Es ergibt sich also, daß große Auslandskredite auf den Geldmarkt wie ein Zufluß zusätzlichen Kapitals wirken, weil sie die — dem gleichmäßigen Gange der Wirtschaft höchst abträgliche — Folge haben, daß die Kaufkraft der sich laufend neubildenden Einkommen zu einem entsprechenden Teil vom Warenmarkt abgezogen und bei Wirtschaftsstellen zentralisiert wird, von denen aus sie direkt oder auf Umwegen an den Geldmarkt fließt.

Alfred Lansburgh.

Digitized by Google

"Interchange of Ledger Experience"

Als vor dem Kriege die sogenannte „Diskontierung offener Buchforderungen" sich einbürgerte, gingen die österreichischen Banken dazu über, etwaigen Mißbräuchen seitens der Kreditnehmer durch die Einrichtung einer besonderen Kontrollstelle entgegenzutreten. Die von ihnen geschaffene „Evidenzzentrale" hatte den Zweck, darüber zu wachen, daß Doppeldiskontierungen unterblieben, daß also nicht etwa eine und dieselbe Forderung gleichzeitig an zwei Banken abgetreten würde. Schon das Bewußtsein des Bestehens einer Kontrolle mußte naturgemäß sehr heilsam wirken, und es sind auch in der Tat durch die Evidenzzentrale nur sehr selten Doppeldiskontierungen festgestellt worden.

Seltsamerweise ist nur die Gefahr der Doppeldiskontierungen von den Banken so hoch eingeschätzt worden, nicht aber die Gefahr des Kreditmißbrauchs überhaupt. Wenigstens haben die Banken damals nichts dagegen getan, daß ein Kreditnehmer den Bankkredit überspannte, indem er bei mehreren Banken gleichzeitig Kredite in Anspruch nahm, keine von ihnen aber von den sonst laufenden Kreditverpflichtungen unterrichtete. Auch heute noch sind die Banken nach dieser Richtung untätig. Dagegen haben die amerikanischen Exporteure schon vor einigen Jahren Schutzmaßnahmen getroffen, indem sie ihre Erfahrungen über die ausländischen Abnehmer unter einander austauschten und sich zugleich auch die Beträge angaben, mit denen sie gerade bei den betreffenden Abnehmern engagiert waren. Dieses System der „Zentralkreditauskunftsstellen", bei denen neben Allgemeinurteilen über die Bonität die Ziffern der jeweils laufenden Kreditverpflichtungen registriert werden, hat neuerdings auch in Deutschland Eingang gefunden, und zwar in solchen Geschäftszweigen, wo die Warenbezieher gleichzeitig bei mehreren Lieferanten zu kaufen pflegen, die sämtlich einem und demselben Verbande angehören. So kaufen z. B. die Metallgießereien gewöhnlich zu gleicher Zeit von mehreren Metallgroßhändlern; es lag also nahe, daß diese Händler aus ihrem Berufsverbande heraus eine derartige Kreditkontrolle organisierten. Die Voraussetzungen für eine solche Einrichtung bestehen noch in einer ganzen Reihe anderer Branchen; ihre volle Wirksamkeit wird sich jedoch erst dann ergeben, wenn mehrere Verbände, die gemeinsam einen relativ fest umgrenzten Abnehmerkreis beliefern, sich unter einander verständigt haben werden.

Das bei einer Reihe von Industrie- und Großhandels-Verbänden vorhandene lebhafte Interesse an solchen Kreditkontrollstellen

Digitized by Google

scheint die Veranlassung zu einer Anregung gewesen zu sein, die erstmalig in der Frankfurter Zeitung vom 21. März ds. Js. in dem Artikel „Die Großbanken im Krisenjahr", und später, am 1. Mai, nochmals in der Notiz „Sicherungsübereignung und Auslandskredit", aufgetaucht ist. Die erste Anregung erfolgte im Zusammenhange mit der Besprechung der vielen Zusammenbrüche des Vorjahres, die zweite aus Anlaß der Beschwerden der Warengläubiger über das Gebahren der Banken bei der Kreditsicherung. Die prinzipielle Seite der Sache ist bereits an dieser Stelle behandelt worden.*) Bevor wir uns aber mit den Vorschlägen der Frankfurter Zeitung auseinandersetzen, bedarf es einiger Erläuterungen über das Wesen des „Interchange of ledger experience", wie es die Amerikaner nennen.

Daß gerade in der jetzigen Zeit die Auskunfteien vielfach versagen, ist die natürliche und notwendige Folge der letzten wirtschaftlichen Umwälzungen, und es ist töricht, die gegenwärtige Unzulänglichkeit der Auskunftei-Berichte zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gegen das Auskunftswesen überhaupt zu benützen. Denn trotz aller Mängel erweisen die Auskunfteien auch heute noch Dienste, deren Wert die dafür aufgewendeten Kosten wesentlich übersteigt. Man darf nicht außer Acht lassen, daß sich bei einem Auskunftsinstitut im Laufe vieler Jahrzehnte Daten ansammeln, die eine ziemlich vollständige Charakteristik der im kaufmännischen Leben stehenden Persönlichkeiten darstellen, und daß diese Daten insbesondere dann von großem Wert sind, wenn die Beauskunfteten ihr Domizil und ihr Tätigkeitsfeld häufig gewechselt haben, um ihre Spuren zu verwischen. Es ist hinlänglich bekannt, daß gegenüber solchen Spezialisten kaufmännischer Unzuverlässigkeit Branchen-Auskunfteien versagen müssen, daß sie dagegen von dem zentralisierten alten Archiv-Material der großen Auskunfts-Institute immer wieder erfaßt werden. In den letzten Jahren ist es oft genug vorgekommen, daß Personen mit recht zweifelhafter Vergangenheit in leitende Stellungen an sich guter Gesellschaften gelangten; ein vorsichtiger Kaufmann, der durch eine Auskunftei entsprechend informiert ist, wird sich in einem derartigen Falle auch gegenüber einer sonst nicht ungünstig zu beurteilenden Gesellschaft eine gewisse Reserve auferlegen. Immerhin bleiben die Auskunfteien in ihrer bisherigen Form beschränkt auf die Wertung von Personen nach deren Vorleben und auf Allgemeinurteile. Einen Einblick in die tatsächlichen finanziellen Verhältnisse der Beauskunfteten werden sie nur selten vermitteln können, denn das setzt die Kenntnis der jeweils laufenden Kreditverpflichtungen voraus.

Hier bietet das Auskunfts-Clearing innerhalb der Branchen eine wertvolle Ergänzung. Die von einigen Auskunfteien geschaffene Einrichtung der „Kreditfrage" ist demgegenüber nur ein dürftiger Notbehelf. Man kann zwar die Frage stellen:

*) Vergl. „Banken und Kreditsicherung", Juliheft 1926.

Digitized by Google

„Ist die Firma gut für M.....?" und erhält darauf eine unverbindliche Antwort. Aber diese Antwort hat recht wenig Wert. Und wenn auch die Auskunftei aus der Tatsache, daß von mehreren Seiten derartige bezifferte Anfragen einlaufen, gewisse Rückschlüsse ziehen kann, so sind doch auch diese nur von geringer Zuverlässigkeit, denn oft werden Kreditfragen schon im Stadium der Vorverhandlungen über eine erst beabsichtigte Geschäftsverbindung gestellt, die dann doch nicht zustandekommt; und andererseits wenden sich wohl kaum je alle Lieferanten eines und desselben Abnehmers an die gleiche Auskunftei. Melden hingegen die Mitglieder eines Branchenverbandes in regelmäßigen Zeitabständen ihre Außenstände einer dafür geschaffenen Treuhandstelle, so können sie bei dieser jederzeit erfahren, welche Gesamtkreditverpflichtungen ihre Abnehmer haben. Allerdings ist die Einrichtung nur dann vollkommen, wenn durch das Auskunfts-Clearing wirklich alle bedeutenderen Kreditverpflichtungen erfaßt werden, weil die Einkäufe ausschließlich bei Mitgliedern des gleichen Lieferantenverbandes getätigt werden. Diese Voraussetzung trifft aber in vielen Branchen zu, und wo sie nicht zutrifft, kann sie durch entsprechende Verständigungen von Branche zu Branche leicht ersetzt werden.

Ganz wertlos ist aber auch ein unvollständiges Auskunfts-Clearing nicht. Entzieht sich ein Teil der Kreditverpflichtungen eines Abnehmers der Registrierung, so bleiben immer noch die faktisch gewonnenen ziffernmäßigen Resultate von Bedeutung. Es läßt sich aus ihnen auch im Falle der Lückenhaftigkeit häufig entnehmen, daß bei dem betreffenden Einkäufer sich eine ungünstige Entwicklung anbahnt. Stellt es sich auf Grund der vorliegenden Daten beispielsweise heraus, daß ein bedeutendes Unternehmen immer mehr dazu übergeht, auch für kleine Beträge eigene Akzepte zu geben, oder daß mehrere Lieferanten des Unternehmens relativ kleine Summen als längst überfällig bezeichnen, oder daß wiederholt erst nach Klageandrohung Zahlung erfolgt ist, so wird jeder Lieferant, der einen Auftrag erhält, sich die Ausführung reiflich überlegen. Ebenso wird der Lieferant Zurückhaltung üben, wenn ein kleiner Betrieb mit nur wenigen Arbeitern in einer Zeit, in der für das von ihm gebrauchte Rohmaterial Baisse-Stimmung herrscht, Einkäufe — auf Ziel — zu machen sucht, deren Menge weit über das in absehbarer Zeit verbrauchbare Quantum hinausgeht. Ist es in der betreffenden Branche überdies üblich geworden, daß die einzelnen Kreditgeber bei ihren Meldungen auch angeben, ob sie Sicherungen erhalten haben, d. h. ob ihnen Waren oder Werkseinrichtungen übereignet, oder ob ihnen Außenstände abgetreten worden sind, so kann die Kreditkontrollstelle bei jeder neuen Anfrage sehr wertvolle Auskünfte erteilen. Wendet sich dann ein Kreditnehmer an einen neuen Lieferanten, und erfährt dieser durch die Kreditkontrollstelle, daß die bisherigen Lieferanten durch Faustpfand oder

Digitized by Google

Uebereignung gesichert waren bezw. noch sind, so wird er sich seinerseits hüten, einen Blankokredit zu gewähren. In dieser Beziehung können also die Kreditauskunftsstellen dem Registerpfandrecht zuvorkommen und wer gegen dessen Einführung Bedenken hat, weil er in ihm eine Erschwerung des geschäftlichen Lebens erblickt, der wird zweifellos den Weg der privaten Initiative, wie er beim Auskunfts-Clearing beschritten worden ist, der öffentlich-rechtlichen Regelung vorziehen.

Zur Vervollständigung sei bemerkt, daß es bei einer derartigen Einrichtung natürlich darauf ankommt, die Diskretion unbedingt sicherzustellen; sonst würde jeder Kaufmann mit Recht zögern, sich der Auskunfts-Organisation anzuschließen. Durch ein zuverlässig funktionierendes Geheimschlüssel-System läßt sich jedoch die Diskretion leicht erreichen. Zugleich kann durch geeignete organisatorische Maßnahmen der Apparat aufs äußerste beschränkt werden, sodaß die Kosten der Kreditkontrollstellen nur minimale sind.

Es erhebt sich danach die Frage, ob für die Banken derartige Kreditkontrollstellen zweckmäßig sind, und ob gerade die Banken sich solche Organisationen überhaupt schaffen dürfen. Ueber die Zweckmäßigkeit läßt sich wohl kaum streiten. Zwar bilden auch die Bankkredite meist nur einen Teilausschnitt aus den Gesamtkreditverpflichtungen eines Unternehmens; bald werden sie den Hauptposten darstellen, bald werden sie gegenüber den Lieferantenkrediten weit zurücktreten. Dafür besteht aber gerade hier der Uebelstand der Parallel-Kredite. Die Zahl der Firmen ist nicht gering, die bei mehreren Banken gleichzeitig Kredite in Anspruch nehmen, ohne daß die eine Bank von der anderen weiß. Schon aus diesem Grunde würde sich angesichts der geringen Einrichtungs- und Unterhaltungs-Kosten eine Kreditkontrollstelle verlohnen; nur durch eine solche Stelle würde beim Uebergang des Kreditnehmers von einer Bankverbindung zur anderen der neue Kreditgeber ein authentisches Ziffernmaterial über die Höhe der bisherigen Verpflichtungen erlangen können. Der Kreditnehmer wäre alsdann nicht mehr in der Lage — wie es jetzt so oft der Fall ist — mittels unrichtiger Angaben die Konkurrenten gegeneinander auszuspielen.

Nun ist es aber die Frage, ob die Banken in Anbetracht des Bankgeheimnisses überhaupt in der Lage sind, derartige Organisationen zu schaffen. Das Bankgeheimnis ist in der einschlägigen Literatur bisher in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkte des Rechtes der Zeugnisverweigerung beurteilt worden, und hierbei auch fast ausschließlich im Verhältnis zu Behörden. Die Auskunftserteilung seitens der Banken wiederum ist im allgemeinen nur behandelt worden in Bezug auf die Haftung einmal gegenüber dem Empfänger der Auskunft, dann aber auch gegenüber dem Beauskunfteten, soweit die Auskunft eine kreditschädigende Wirkung hat. An sich bietet hier der Be-

Digitized by Google

griff der Wahrnehmung berechtigter Interessen dem Auskunfterteilenden einen gewissen Schutz. Wenn z. B. ein Kaufmann sich bei einer Bank um einen Kredit bemüht, dieser gegenüber aber leugnet, daß er bisher bei einer anderen Bank Kredit hatte und daß dieser ihm gekündigt wurde, wenn dann die betreffende Bank dennoch die bisherige Bankverbindung ausfindig macht, sich ohne Wissen des Kreditsuchenden bei derselben erkundigt und hier eine ungünstige Auskunft erhält, so wird in diesem Falle die Wahrnehmung berechtigter Interessen vorliegen. Hierfür ist nämlich nicht unbedingt die Tatsache freundschaftlicher Beziehungen der anfragenden zur angefragten Bank erforderlich; berechtigte Interessen können vielmehr auch dann vorhanden sein, wenn es sich um fremde Interessen handelt, und ihr Schutz kommt generell auch den Kreditschutzverbänden zu Gute.

Aber eine Kreditkontrollstelle des Bankgewerbes unterscheidet sich sachlich nicht unwesentlich von solchen Kreditschutzverbänden. Ihre Auskünfte müssen erheblich präziser als die der letzteren sein, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Aus dem eben gewählten Beispiel des beabsichtigten Uebergangs von einer Bank zur anderen ist das noch nicht ersichtlich. Hier handelt es sich normalerweise nur um die übliche Auskunft, nämlich um ein Allgemeinurteil. Es würde der befragten Bank wohl nicht einfallen, der anfragenden Bank auch das vorhandene Ziffernmaterial zu überantworten, eben im Hinblick auf das sogenannte Bankgeheimnis. Die Tragweite dieser im Einzelfalle nicht besonders fixierten, vielmehr aus der Verkehrsanschauung heraus entstandenen vertraglichen Schweigepflicht ist wiederholt eingehend behandelt worden, so von Dr. Jacusiel im Bank-Archiv vom 1. April 1915. Aber dabei handelt es sich ausschließlich um Auskunftserteilung an Nichtbankiers, und es bleibt noch immer die Frage offen, ob von einer Verletzung der Schweigepflicht die Rede sein kann, wenn Banken untereinander — die ja alle an die gleiche Pflicht gebunden sind — über Allgemeinurteile hinaus auch Ziffernmaterial austauschen; insbesondere dann, wenn dieser Austausch den Umweg über eine besonders geschaffene Stelle wählt, die eine eigene Rechtsperson ist (allerdings zur Wahrung der Diskretion nach außen besonders streng verpflichtet), und wenn eben dieser Rechtsperson der Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen zur Seite steht. Das Reichsgericht hat einmal dahin entschieden, daß die Verpflichtung zur Verschwiegenheit vor höheren sittlichen Pflichten zurücktreten kann (Bd. 53 S. 315). Damit ist zwar nicht gesagt, daß höhere sittliche Pflichten die Schaffung einer Kreditkontrollstelle der Banken und die dadurch bedingte Durchbrechung der Schweigepflicht rechtfertigen; immerhin zeigt die Reichsgerichtsentscheidung, daß im Prinzip auch Begriffe wie das Bankgeheimnis nicht zu eng ausgelegt zu werden brauchen. Ohnehin wird eine Durchbrechung des Bankgeheimnisses in der Praxis akut durch

Digitized by Google

die neuartige Einrichtung der Kreditversicherung. Es wird sicherlich schon vorgekommen sein, daß Banken für ihre Außenstände — und zwar ohne Wissen der Kunden — Kreditversicherungen beantragt und dabei den Versicherungsgesellschaften Ziffernmaterial überantwortet haben, ohne sich in diesem Zusammenhange über das Bankgeheimnis den Kopf zu zerbrechen.

Solange indes die Rechtslage nicht einwandfrei zu Gunsten der Banken dahin geklärt ist, daß diese als berechtigt angesehen werden dürfen, ein „pooling" der Ziffern der bei ihnen laufenden Kredite an einer dafür besonders geschaffenen Stelle vorzunehmen, würden sie sich dem Vorwurf der Verletzung des Bankgeheimnisses aussetzen, wenn sie Versuche in dieser Richtung machten. Allerdings würde die Frage praktisch erst dann akut werden, wenn ein Bankkunde nachwiese, daß ihm durch die Verletzung der Schweigepflicht ein Schaden zugefügt worden wäre. Dieser Fall kann aber sehr leicht eintreten; er kann sogar eintreten, ohne daß direkt ungünstige Erfahrungen ausgetauscht worden wären. So ist z. B. denkbar, daß eine Firma seit Jahren bei zwei Banken Kredit genießt, keine aber von dem Verhältnis des Kunden zur anderen Bank etwas weiß. Hat der Kunde nun bei jeder Bank einen Höchstkredit von M. 50 000.—, und sehen beide Banken diese Summe als das Maximum an, das man dem Kunden bei korrekt bankmäßiger Beurteilung bewilligen kann, so würde die Folge eines Ziffernaustausches sein, daß zum mindesten eine der engagierten Banken zur Restriktion, wenn nicht gar zur Kündigung des Kredits schreitet. Der Kunde aber, der bis dahin seinen Verpflichtungen gegenüber beiden Banken immer pünktlich nachgekommen ist, und über den auch sonst nichts Nachteiliges gesagt werden kann, wird unter diesen Umständen wahrscheinlich nicht zögern, zu behaupten, daß der ihm durch die Kreditrestriktion entstehende Schaden einem Vertrauensbruch der beiden Banken zuzuschreiben ist. Die Banken würden dem Kunden für jeden aus der Verletzung der vertraglichen Schweigepflicht entstehenden Schaden gemäß § 276 BGB haften. Denn wenn man das Auskunfts-Clearing unter Banken, soweit dabei Ziffern weitergegeben werden, als einen Bruch der Schweigepflicht ansieht, ist die Anwendung des § 276 BGB ohne weiteres gegeben.

Nun könnten sich die Banken helfen, indem sie sich mit einem auf die Namensangabe der Debitoren beschränkten Clearing begnügten, also in den Statuten ihrer Kontrollstelle festlegten, daß mit dem Beitritt ein für alle Mal die Frage nach den Namen der Debitoren aller Beteiligten, nicht aber nach den Debetziffern, verknüpft sei. Jedes Mitglied würde alsdann permanent an jedes andere Mitglied die Frage richten: „Ist X Ihr Debitor?". Dann würden zwar keine Ziffern preisgegeben und damit der Wert der ganzen Einrichtung stark reduziert werden; der Effekt für den Kreditnehmer wäre aber unter Umständen der gleiche: es würden sich auch aus dieser Form der Auskunftserteilung Kreditrestrik-

Digitized by Google

tionen ergeben können. Bei solcher Handhabung stünde den Banken als Schutz der Einwand der Wahrnehmung berechtigter Interessen zur Seite. Von einer Verletzung der Schweigepflicht würde hier nicht die Rede sein können. Denn so gut eine Bank einer anderen Auskunft erteilen darf, wenn die Anfragende die Nachforschungen ohne Wissen und Willen des Kunden anstellt, und ohne daß die Auskunfterteilende von dem Kunden zu Mitteilungen an die andere Bank ermächtigt ist, so gut darf eine Bank der anderen auf deren Anfrage auch die Namen ihrer Debitoren mitteilen, wenn es sich dabei tatsächlich nur um Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt.

Das ganze Problem mag manchem als von nur vorübergehendem Interesse erscheinen. In der Tat liegt die Annahme nahe, daß ein so weitgehender Kreditschutz, wie ihn die geschilderten Kreditkontrollstellen herbeiführen sollen, nur in der gegenwärtigen Periode der Desorganisation des Kreditwesens und der infolge des Krieges und der Inflation gelockerten kaufmännischen Moral vonnöten ist, sich aber späterhin wieder erübrigt. Demgegenüber ist aber zu berücksichtigen, daß eine Periode der gestörten Kreditbeziehungen sich nur sehr langsam überwinden läßt, und daß eine Reinigungskrise gerade in Bezug auf die Wegräumung kaufmännisch unzuverlässiger und unqualifizierter Elemente eine längere Zeitspanne erheischt. Ein Auskunfts-Clearing würde sicherlich das Tempo des Gesundungsprozesses beschleunigen und sollte daher überall da angewendet werden, wo es seiner Natur nach brauchbar ist. Im Bankgewerbe spricht daneben noch ein Argument spezieller Art für eine organisierte Kredit-Erkundung und Kredit-Ueberwachung. Das zwischen dem Privatbankier und seiner Kundschaft früher bestehende Vertrauensverhältnis ist im Zeitalter der Aktienbanken verschwunden, und damit hat der Bankkredit seinen Charakter völlig verändert. Er ist mechanisiert worden, unterliegt wie alles Mechanische der Mißbrauchs-Gefahr und bedarf daher einer Kontrolle, die früher unter der Herrschaft der individuellen Beziehung zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer nicht nötig war.

W. Boes.

Der Juli 1926.

Obgleich in diesem Jahre eine gewisse Sommerruhe in der **Politik** herrscht, hat doch auch der Juli eine Anzahl wichtiger Ereignisse gebracht. In erster Reihe ist hier der englisch-türkische Vertrag über das Mossul-Gebiet zu nennen, in dem die Türkei die sogenannte Brüsseler Linie anerkennt und dafür eine Beteiligung an allen Erdölvorkommen im Irak eintauscht. — In Frankreich hat sich das Kabinett Briand-Caillaux nicht

Digitized by Google

lange halten können. Es wurde nach einem weiteren heftigen Franc-Sturz und nach einem zweitägigen Zwischenspiel Herriot von einem Kabinett Poincaré abgelöst, in dem der Premier das Finanzministerium übernahm, und in dem u. a. auch Briand und Herriot sitzen. Der Bericht der im Mai bestellten Währungskommission ist im Juli erschienen und empfiehlt eine Franc-Stabilisierung mit Hilfe großer Auslandskredite; doch waren bis zur Monatswende die finanziellen und valutarischen Pläne Poincarés noch nicht klar ausgearbeitet. In Syrien machen neue Aufstände der Drusen Frankreich zu schaffen. — In Deutschland sind das Justizministerium und das Ministerium der besetzten Gebiete mit dem Zentrumspolitiker Bell besetzt worden. — In Rußland haben die Kämpfe innerhalb der kommunistischen Partei ziemlich scharfe Formen angenommen; Sinowjeff ist von einem großen Teile seiner Aemter abberufen worden, neben ihm auch eine Anzahl minder bedeutsamer Parteimitglieder. — In Polen hat Pilsudski den größten Teil der von ihm erstrebten Verfassungsänderungen durchgesetzt. — In Portugal hat ein neuer Staatsstreich, in Luxemburg ein Kabinettswechsel stattgefunden. — In den Vereinigten Staaten hat die herrschende republikanische Partei bei den sommerlichen Vorwahlen ziemlich schlecht abgeschnitten.

Staatsfinanziell ist in erster Reihe der Vierteljahres-Ausweis über die deutschen Reichseinnahmen zu erwähnen, der mit 1455,3 Millionen Rm. abschließt gegenüber 1616,3 Mill. Rm. Voranschlag; dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß von den 400 Millionen Rm. jährl. Vermögenssteuer in der betr. Periode nichts eingezogen worden ist. Der Hauptrückgang liegt bei der Umsatz- und Einkommensteuer, ein starkes Mehr bei den Zöllen. — Ein öffentliches größeres Arbeitsbeschaffungs-Programm („produktive Erwerbslosenfürsorge") soll demnächst zu einer starken Inanspruchnahme des Kapitalmarkts führen. Die Schätzungen der Beträge, die innerhalb eines halben Jahres in Frage kommen, schwanken zwischen ¾ und 1¼ Milliarden Mark, und die erste Emission, 80 Millionen 6½% Schatzanweisungen der Post, fällt bereits in den August. — Preußen löst seine Schatzscheine von 1921/23 bar ein und hat anderseits 40 Millionen Mark 6½% vierjährige Schatzscheine zu 91½ verkauft. — Die kleinen und mittleren deutschen Städte werden ihre Vorkriegsanleihen nicht einzeln, sondern kollektiv durch Ausgabe einer „Sammelablösungsanleihe" umtauschen. — Von neuen Anleihen im Ausland sind zu nennen 15 Mill. 6½% Anl. der Sächsischen Werke, Emiss. Kurs in New York 91½%, und 835000 £ 7% Anl. der Provinz Westfalen, aufgelegt in London zu 98½%. — Das von Frankreich abgeschlossene, aber noch nicht ratifizierte Uebereinkommen mit England sieht 62 Jahre lang laufende Zahlungen von je 12,5 Millionen Pfund Sterling vor, die aber diese Höhe erst im fünften Jahre erreichen. — Oesterreich hat für die zusammenge-

Digitized by Google

brochene Zentralbank der deutschen Sparkassen aus politischen Gründen eine Bürgschaft von 60 Millionen Schilling übernommen. — Von der indischen Konversionsanleihe ist der mit Schatzscheinen von 1926 zu deckende Teil sowie die Barquote sofort absorbiert worden, der Rest der Zeichnung läuft noch. — Von der australischen Anleihe (siehe voriges Heft) verblieben den Garanten nicht weniger als 61 %. — Canada ist am 1. Juli zur Goldwährung zurückgekehrt.

Weltwirtschaftlich ist es bemerkenswert, wie rasch die deutschen Pläne staatlicher Exportkreditversicherung zu ähnlichen Maßnahmen in anderen Ländern geführt haben. Auch England, wo die Einrichtung schon 1919 geschaffen, aber bald eingeschlafen ist, will sie wieder aufleben lassen. — Der deutsche Außenhandel ist im Juli wieder passiv geworden, im ersten Halbjahr beträgt der Ausfuhrüberschuß aber immerhin noch über 400 Millionen Mark. Die Ausfuhr in dieser Zeit ist im Vergleich mit der des vorigen Jahres um rund 650 Millionen Mark gestiegen, die Einfuhr hat (ohne Gold und Silber) um mehr als 2000 Millionen Mark nachgelassen. In einzelnen betrugen (in 1000 Rm.):

	Einfuhr			Ausfuhr		
	Juni 1926	Jan./Juni 1926	Jan./Juni 1925	Juni 1926	Jan./Juni 1926	Jan./Juni 1925
I. Lebende Tiere	10 004	44 935	60 301	1 151	5 939	9 411
II. Lebensmittel und Getränke	292 892	1 514 180	1 888 787	27 036	242 621	264 309
III. Rohstoffe und halbf. Waren	386 861	2 106 919	3 375 082	179 554	1 004 846	722 857
IV. Fertige Waren	102 167	562 619	1 069 008	551 015	3 514 991	3 120 600
Rein. Warenverkehr	791 924	4 228 653	6 393 178	758 756	4 768 397	4 117 177
V. Gold- u. i) Silber	4 018	140 717	443 09 5	1 823	21 764	14 909
Zusammen:	795 942	4 369 370	6 836 273	760 579	4 790 161	4 132 086

Der englische Außenhandel im ersten Halbjahr zeigt bereits die Wirkungen der großen Ausstände. Bei der Vergleichung mit dem ersten Halbjahr 1925 ist allerdings zu berücksichtigen, daß damals wegen der Mc Kenna-Zölle starke Voreindeckungen stattgefunden haben. Bei der Ausfuhr sind auch die Preisrückgänge des letzten Jahrs in Betracht zu ziehen. Im einzelnen betrugen (in Millionen Pfund Sterling):

1. Halbjahr	1922	1923	1924	1925	1926
Einfuhr	478,18	538,78	598,42	677,54	602,56
Ausfuhr	351,76	382,78	378,46	392,66	338,21
Durchfuhr	55,67	63,86	74,13	77,45	66,60

Die französische Handelsbilanz, die während des Mai vorübergehend leicht aktiv gewesen war, fiel im Juni wieder in starke Passivität zurück, und der Einfuhrüberschuß betrug im

Digitized by Google

ersten Halbjahr etwa ebensoviel, wie im vorigen Jahr der Ausfuhrüberschuß. Es betrugen (in Millionen Francs):

1. Halbjahr	1922	1923	1924	1925	1926
Einfuhr	10,107	14,659	19,873	18,836	29,414
Ausfuhr	10,636	14,149	21,282	21,624	26,723

Die amerikanische Ausfuhr ist im zweiten Vierteljahre gegenüber dem vorigen Jahr um rund 8 % zurückgeblieben. Für das ganze Rechnungsjahr hat der Ausfuhrüberschuß um rund 750 Millionen Dollar nachgelassen, zum Teil infolge der niedrigen Baumwollpreise bei der Ausfuhr und der hohen Gummipreise bei der Einfuhr. Von den 12 Monaten des Jahres zeigten 8 sogar Einfuhrüberschüße. Im einzelnen betrugen (in Millionen Dollar):

Ganzes Jahr	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25	1925/2
Einfuhr	2,608	3,789	3,554	3,824	4,467
Ausfuhr	3,771	3,966	4,311	4,867	4,754

Die Lage der **Weltschiffahrt** war im Juli in verstärktem Maße durch den englischen Bergarbeiterausstand beeinflußt, und die Frachten zogen scharf weiter an. — Die Hapag hat sich mit Harriman über den Ankauf der United States Lines durch die deutsche Gesellschaft geeinigt und auch mit dem Lloyd ein Abkommen über die Ausschaltung des Wettbewerbs geschlossen. Zwischen einer Reihe kleinerer Reedereien kam es zu Abmachungen über die Spanien- und die Hollandfahrt. — In der halbjährlichen Hafenstatistik zeigt Hamburg zum erstem Mal seit längerer Zeit einen scharfen Rückgang; es ist damit der Tonnenzahl nach hinter seine beiden Wettbewerber Rotterdam und Antwerpen gesunken. Die starke Zunahme des Verkehrs in Rotterdam ist eine Folge des englischen Kohlenarbeiterausstandes. Die Ziffern für die einzelnen Häfen lauten: Hamburg 6298 (Vorjahr 6740) Schiffe mit 7,94 (8,49) Millionen Netto-Tonnen; Rotterdam 5955 (Vorjahr 5416) Schiffe mit 9,32 (8,16) Millionen Netto-Tonnen; Antwerpen 5205 (Vorjahr 4892) Schiffe mit 9,15 (8,27) Millionen Netto-Tonnen. — In Deutschland steht die Vorlage eines Gesetzes bevor, das die Verwaltung der Binnenwasserstraßen in Reichshand legen soll. — Die Bestätigung Dr. Dorpmüllers als Generaldirektor der Reichsbahn stand auch um die Juliwende noch aus. Der Güterverkehr auf der Reichsbahn wurde durch den starken Kohlenexport belebt. Die Tageseinnahmen beliefen sich im Juli-Durchschnitt auf 16,64 (Vorjahr 17,16) Millionen Mark, die Gesamteinnahmen im Juni auf 372,7 Millionen.

Der Welt**arbeitsmarkt** zeigte im Juli keine besonderen Veränderungen; der englische Kohlen-Ausstand schleppte sich weiter, obwohl die Neigung der Bergarbeiter, der Streikleitung Gefolgschaft zu leisten, sichtlich abnahm. Das Parlament hat, unbekümmert um die Streikziele, den Achtstundentag im Bergbau wieder eingeführt. — Ein kleiner lokaler Streik der Dockarbeiter im Antwerpener Hafen ist nach Bewilligung der Lohnforderungen schnell wieder beigelegt worden. — In Deutschland ist das

Digitized by Google

Lohnabkommen im rheinisch-westfälischen Bergbau von den Gewerkschaften gekündigt worden. Eine öffentliche Erörterung wies zahlenmäßig darauf hin, wie stark der deutsche Arbeitsmarkt bereits wieder durch die großen Mengen ausländischer, insbesondere östlicher Arbeiter, belastet wird. Im übrigen begann man im Juli große Hoffnungen auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu setzen. Im Juni hielt die Arbeitslosigkeit noch in fast unverändertem Maaße an; die von der Landwirtschaft herkommende Erleichterung machte sich ziffernmäßig kaum bemerkbar. Der Andrang bei den Arbeitsnachweisen sank für männliche Arbeitsuchende für je 100 offene Stellen nur auf 752 (Vormonat 757), für weibliche stieg er sogar auf 455 (434). Die Beschäftigtenziffer bei den Krankenkassen nahm nur noch um 0,1 (1,1) % zu, die Ziffer der Arbeitslosen bei den Fachverbänden betrug unverändert 18,1 %, die der Kurzarbeiter sank auf 17,2 (18,2) %. An Hauptunterstützungsempfängern wurden Ende Juni 1,63 Mill., Ende Juli nur noch 1,56 Mill. ausgewiesen.

Die **Konkurs**ziffer ist weiter gesunken, ebenso die der Geschäftsaufsichten. Von größeren Konkursen ist der des Bankhauses Lewinsky, Retzlaff & Co., Berlin, zu erwähnen, von sonstigen Zahlungsschwierigkeiten die einer großen Hamburger Südfruchtfirma. Es wurden eröffnet:

Im Mai	1924	304 Konk.	1925	778 Konk.	1926*)	1052	(918)	Konk.
„ Juni	1924	595 „	1925	740 „	1926*)	949	(742)	„
„ Juli	1924	1185 „	1925	788 „	1926*)	698	(486)	„

*) In Klammern: Geschäftsaufsichten.

In der **Zusammenschluß**bewegung brachte der Juli wiederum einen grundsätzlich wichtigen Fortschritt, die Anlehnung der Köln-Rottweil-Gruppe an die I. G. Farbenindustrie. Die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann hat die Ludwig Hupfeld A.-G. aufgenommen. — Die auf Konzentration gerichteten Vorgänge in der Schiffahrt seien auch hier nochmals erwähnt.

Der deutsche **Kohlen**bergbau stand völlig unter dem Einfluß des englischen Ausstandes, „dessen günstige Auswirkungen", wie der Bericht der Handelskammer Essen-Bochum sagt, „mit der Dauer des Streiks zunehmen". Der Syndikatsversand ins bestrittene Gebiet ist um etwa 12 % weiter gestiegen, und die Ziffer würde noch weit höher sein, wenn nicht eine große Anzahl der wichtigsten Umschlagsplätze wegen Verstopfung hätte gesperrt werden müssen. Die arbeitstägliche Förderung ist über den Friedensstand hinausgegangen, und die Feierschichten haben völlig aufgehört. Vereinzelt kam es sogar zu Ueberschichten. Die Kündigung des Lohnabkommens ist bereits an anderer Stelle erwähnt. — Auch in den übrigen Steinkohlenbezirken konnte die Förderung weiter erhöht werden, in den Braunkohlenbezirken dagegen hat die Nachfrage etwas nachgelassen. — Das polnische Kohlensyndikat ist nach monatelangen Verhandlungen zustande gekommen, zum Teil im Zusammenhange mit großen Verkäufen

Digitized by Google

nach Rußland. — Die Weltmarktkohlenpreise sind weiter gestiegen. — Die deutsche Kohlenförderung stellte sich im ersten Halbjahr (in Millionen t) wie folgt:

(jetziger Gebietsumfang ohne Saargebiet)	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks
1926	65,75	66,30	12,13
1925	64,56	67,31	13,99
1913	69,88	41,90	14,63

Auch am deutschen Eisenmarkt hat die Belebung weiter um sich gegriffen, hier allerdings nicht die Tiefe angenommen wie am Kohlenmarkt. Die Produktions-Einschränkung ist für August und September weiter (auf 30 %) vermindert worden, nach den tatsächlichen Erzeugungsziffern aber hätte man bereits im Juni mit 25 % auskommen können. Die Halbzeugausfuhr nach England ist weiter gestiegen. Die deutsche Reichsbahn hat 500 000 t Oberbaustoffe bestellt und sich weitere 150 000 t gesichert. Um die Monatswende sperrte der Stahlwerksverband die Ausfuhrverkäufe auf 8 bis 10 Tage, und zwar im Zusammenhang mit den, wie es heißt, günstig fortschreitenden Verhandlungen über den internationalen Vertrag. Das deutsch-französisch-luxemburg-belgische Röhrenabkommen ist jetzt für 3 Jahre unter Dach gebracht. und auch das Schienenkartell ist fast perfekt. Beide Verträge sind jedoch so lose, daß ihr praktischer Nutzen vielfach angezweifelt wird. — Die Schrottpreise haben bei lebhaftem Geschäft weiter angezogen, die sämtlichen Verbandspreise dagegen sind unverändert geblieben; nur für die Ausfuhr konnten sie vor der Sperre etwas in die Höhe gesetzt werden, bei Halbzeug z. B. um 4 bis 7 Mark. — Die deutsche Roheisen- und Rohstahlerzeugung im ersten Halbjahr betrug (in tausend t):

	Juni 1926	Mai 1926	Juni 1925	Januar bis Juni 1926	Januar bis Juni 1925
Roheisen	720,1	736,2	941,2	4161,9	5571,8
davon Thomas-Roheisen	*453,2*	*466,0*	*537,6*	*2583,4*	*3153,8*
Stahlblöcke u. Formguß	977,3	899,8	1108,8	5294,6	6833,7
davon Martinblöcke	*526,0*	*475,0*	*605,1*	*2819,7*	*3821,5*
vorh. Hochöfen, Anzahl	208	208	212	208*)	212,8*)
davon in Betrieb „	80	83	119	81*)	118,8*)

*) Im Monatsdurchschnitt.

Die französischen Werke haben ihre Preise in der Zeit des Frankenfalles scharf erhöht und sind dazu übergegangen, den Preis am Lieferungstage maßgebend zu machen. — In England liegen infolge des Kohlenstreiks fast alle Hochöfen still. Die Eisenpreise haben weiter angezogen. — Die Vereinigten Staaten berichten über eine wesentliche Besserung, die dem Stahltrust z. B. wieder zu etwa 87 % Beschäftigung gäbe. Die Lieferzeiten dehnten sich erneut aus. Der Stahltrust weist für das zweite Vierteljahr Einnahmen von 47,8 Millionen Dollar aus (gegen 45,06 im ersten) und zahlt wieder 7 % p. a. Dividende auf beide Aktiengattungen.

Digitized by Google

Die **Kali**werke haben die erstrebte Preiserhöhung (siehe voriges Heft) auch im Juli nicht durchsetzen können; die Verhandlungen zogen sich bis tief in den August hin, und schließlich begegnete der zustimmende Beschluß des Reichskalirats einem Einspruch des Wirtschaftsministers. — Der Juliabsatz ist auf 0.85 Millionen Dz. Reinkali weitergestiegen, bleibt aber hinter dem Absatz des vorjährigen Juli (0,96 Mill.) noch zurück.

Die Welt**ernte** liessen sich auch Ende Juli noch nicht mit Sicherheit übersehen, weil besonders die amerikanischen Nachrichten einander dauernd widersprachen. Die amtlichen Schätzungen der Sommerweizenernten in der Union und in Canada lauten verhältnismäßig ungünstig, werden aber nicht allgemein geglaubt; der Winterweizenertrag übertrifft die Erwartungen. Im ganzen dürfte die Ernte nicht unerheblich über die vorjährige hinausgehen, während die europäische Ernte, wie bekannt, wohl etwas kleiner ausfallen wird. Hier scheint nur der Südosten, besonders Rumänien, große Erträge zu haben. —Die Märkte waren unsicher, nicht zum wenigsten, weil die Ungewißheit über die neuen deutschen Getreidezölle bis zum letzten Augenblick angehalten hatte, im ganzen zeigten die Preise eher die Neigung, nachzugeben.

Der **Zucker**markt blieb gedrückt, weil die amerikanische Nachfrage den hochgespannten Hoffnungen nicht entsprach: auch läßt die Entwicklung in den europäischen Rübengebieten große Erträge erwarten. — Auf den Kaffeemarkt drückten die günstigen Ernte-Aussichten in Brasilien und die über Erwarten großen Zufuhren milder Arten. Ueberdies scheint die Valorisationskasse sich übernommen zu haben und auch scharfen politischen Angriffen zu begegnen.

An den Welt**metall**märkten hat sich die Spekulation stark betätigt und erhebliche Preiserhöhungen durchgesetzt. Das gilt besonders vom Zinn, dessen sichtbare Bestände scharf zurückgingen und jetzt nur noch etwa einem Monatsweltverbrauch entsprechen. — Die Kupferausfuhrvereinigung stößt in Amerika auf gesetzliche Schwierigkeiten; Anfang August wurde indes behauptet, die Verträge seien abgeschlossen und die Vereinigung werde am 1. Oktober zu arbeiten beginnen, was den Preis stark anziehen ließ. — Auf dem Bleimarkt wirkten Wertsicherungen der Frankenländer (Bleikäufe gegen Francs-Abgaben) befestigend ein. — Beim Silber trat der seltene Fall ein, daß China einen großen Posten nach London verschiffte. Der Markt lag schwach, weil China überlastet ist und Indien sich in immer stärkerem Masse dem Gold zuwendet. (Der Bericht des indischen Währungsausschußes, der den Uebergang zur Goldwährung empfiehlt, könnte unter diesem Gesichtswinkel starken Einfluß auf den Silbermarkt gewinnen.)

Im Stande der **Baumwoll**felder ist im Juli eine gewisse Verschlechterung eingetreten, die sich aber angesichts der Stagnation in den europäischen Verarbeitungsbezirken marktmäßig nicht voll

Digitized by Google

auswirken konnte; überdies sind die Weltbestände unverhältnismäßig groß. Immerhin zeigen die Preise eine steigende Tendenz. Die englische Spinner amerikanischer Baumwolle haben sich zu einem Pool zusammengeschlossen, ohne daß bisher eine Wirkung zu erkennen wäre. — Die Londoner Juli-Wollversteigerung zeigte zunächst leicht anziehende Preise, dann aber einen Rückgang, weil die englischen Spinner und Kämmer sich stark zurückhielten. — Seide lag ruhig, Jute schwächer.

Die erwartete Einschränkung der Gummiausfuhr aus Ostasien ist nicht eingetreten; die Verbraucher haben während der letzten Wochen des Monats das ganze an den Markt kommende Angebot aufgenommen und so den Durchschnittspreis des Vierteljahres um einen winzigen Bruchteil über dem Stichpreis (1 s 8 d) gehalten.

Die amtliche deutsche Großhandelsziffer für den Juli zeigt eine leichte weitere Steigerung, und zwar stellte sie sich Ende des Monats auf 126.8 (Vormonat 124.6) %; der größte Teil der Steigerung kommt auf die landwirtschaftlichen Preise. Die Lebenshaltungsziffer ist ebenfalls gestiegen, und zwar auf 142,4 (140,5) %. Die Auslandsindices zeigen ebenfalls ein leichtes Anziehen. — Die Warenpreise stellten sich wie folgt:

	31. 7. 25	30. 6. 26	12. 7. 26	21. 7. 26	30. 7. 26		
Weizen (New York) .	163 1/4	155 1/8	156 3/4	159 1/2	153 3/8	cts.	f. bush
Weizen (Berlin) . .	246 1/2	—	—	—	—	M.	„ 1000 kg
Roggen (Berlin) . .	189,5	204	211	189 1/2	195	M.	„ 1000 „
Mais (New York) .	119 7/8	80	89 1/4	96 3/4	97	cts.	„ bush.
Baumwolle (N. Y.) .	24.85	18 40	17.85	18.80	19.15	cts.	„ Pfd.engl.
Baumwolle (Bremen)	28,41	19.62	20.41	20.66	21.39	cts.	„ „ „
Wolle (Bradford)[1] .	—	48	48	48	48	d.	„ „ „
Zucker (New York)[2]	2.56	2.53	2 46	2,37	2.41	cts.	„ „ „
Zucker (Magdeburg)[3]	16.13	14 55	14.55	14.55	14.27	M.	„ 50 kg
Kaffee (New York) .	20 1/2	19 7/8	19 3/4	19 3/4	19 1/4	cts.	„ Pfd.engl.
Schmalz (Chicago) .	17.25	16.10	15.95	15.60	15.70	Doll.	„ 100 lb.
Leinsaat (London) .	19 5/8	16 1/8	16 3/8	16 3/4	17 1/8	sh	„ long ton
Gummi (London)[4] .	38. 1/4	1.81/4	1.8 5/8	1.8	1.8 1/8	sh	„ Pfd.engl.
Silber (London) . .	32	30 3/16	30	29 9/16	29 7/16	d.	„ Unze std.
Kupfer (London) . .	62 1/8	56 7/8	56 7/8	57 3/4	59	Pfd.	„ long ton
Kupfer (Berlin[5]) . .	—	115 5/8	118 3/8	118 3/4	122 5/8	M.	„ 100 kg
Zinn (London) . .	263 1/2	272	277 1/4	285 1/8	291 5/8	Pfd.	„ long ton
Zinn (Hamburg) . .	—	561	572 1/2	592 1/2	604 1/2	M.	„ 100 kg
Zink (London) . .	35 9/16	33 11/16	34 5/16	33 15/16	34	Pfd.	„ long ton
Zink (Berlin)[6] . .	71	67 3/4	69	69	69 1/2	M.	„ 100 kg
Blei (London) . .	37 1/8	30 7/16	31 3/16	32 1/4	33 1/4	Pfd.	„ long ton
Blei (Berlin)[3] . .	—	60 5/8	62 5/8	64 5/8	66 5/8	M.	„ 100 kg

[1]) 64er Kammzug; [2]) unverzollt nächste Sicht; [3]) nächste Sicht; [4]) first crepe; [5]) erste Sicht; [6]) frei.

Die Haltung der **Weltbörsen** war im Juli nicht einheitlich. New York lag wiederum ganz außerordentlich fest. Dort sind gegen Ende des Monats bei sehr lebhaftem Geschäft die höchsten Kurse des Jahres überholt worden; in erster Reihe erstreckten sich die Steigerungen auf Industriewerte, so General Motors (plus 43 Dollar). — Die Londoner Börse lag eher gedrückt, weil man die Folgen des Kohlenarbeiter-Ausstands auf das Gesamtge-

Digitized by Google

schäft fürchtet. Dazu kamen Einzelereignisse, wie der plötzliche Rückschlag bei dem größten englischen Kunstseidenunternehmen, Courtaulds. — Die Pariser Börse folgte völlig den Bewegungen des Franc, die Wiener Börse lag schwächer.

In **Berlin** sind jetzt über 200 Papiere in das Sammeldepot überführt, und zwar in Anteilen, die zwischen 15 % (meist für süddeutsche Werte) und 83,6 % schwanken. Dem Giro-Effektenverkehr schließt sich jetzt auch Hamburg an. Der Berliner Börsenvorstand hat sich entschlossen, vorerst keine weiteren Papiere ins Zeitgeschäft zu übernehmen, wird dagegen wahrscheinlich den Schwankungsverkehr stärker ausdehnen. — Nach dem Bericht der Liquidationskasse sind die Umsätze im Zeitgeschäft von 6,8 Millionen Mark (Oktober) auf 218 Millionen Mark (Juni) gestiegen. — Eine Ankündigung der Reichskredit-A.-G., daß sie ihre Reportgelder einschränken wolle, verstimmte zu Beginn des Monats vorübergehend. Dann aber gerieten die Kurse, wenn auch unter Schwankungen, erneut ins Steigen, und gegen Ende Juli standen zum ersten Male wieder mehr als ein Drittel der Aktien über pari. Die Führung lag im allgemeinen bei den Aktien der I. G. Farbenindustrie, daneben traten Banken, Elektrizitäts- und Montanwerte zeitweilig schärfer in den Vordergrund.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Juli	Anfang	Mitte	Ende	Juli	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	0,4575	0,47	0,5	Dt.-Luxemburg	139	140	149 1/8
4% „	0,4325	0,4475	0,4575	Bln. Karlsr. Ind.	86,25	85,75	91,5
3½% „	0,4225	0,435	0,46	Harpener	143	139,5	154 1/8
3% „	0,54	0,5025	0,52	Hirsch Kupfer	111	121,5	113
Darmst. u. Natbk.	169	176,5	187	Hohenlohe	18 3/8**	17**	18 3/8**
Deutsche Bank	154	164	170	J. G. Farbenind.	249	245,75	255,75
Disc.-Komm.	146,5	153,5	156,5	Laura	60	53 1/8	58 1/8
Dresdner Bank	131,5	136 3/8	139 3/8	Mannesmann	125	122	129,75
Hambg.-Amerika	149	149,5	151,75	Oberbedarf	74	66,5	69,75
Hamburg-Süd	123	133,5	136	Oberschl. Eisen	79	77,5	79,75
Hansa	141	146,25	160	Orenst. & Koppel	100	93,75	96,25
Norddtsch. Lloyd	144	144,5	148	Phönix	116,25	110	118 1/8
Bergmann	129,5	124,75	132	Rheinstahl	141	132	140 1/8
Bochumer Guß	138,5	137,5	144 5/8	Rombacher	28,5	17 1/8	17
Daimler	84,5	89	87,5	Schuckert	127,25	121,5	125 1/8
Deutsche Kali	122	118,25	112,25	A. E. G.	144,25	139,75	141,75

*) in Rm. %. **) in Billionen %.

Der **Londoner Geldmarkt** behielt im Juli zunächst seine Flüssigkeit bei, versteifte sich aber im Laufe des Monats, wenn auch nicht erheblich, unter dem Einfluß der Steuerfälligkeiten und der beginnendem Reisesaison. Auch setzte die Bank von England ihre Politik des „Aufborgens" fort, um die Spanne zwischen dem offiziellen und dem privaten Diskontsatz zu verringern, und im letzten Monatsdrittel, als die Frankenwährungen sich von ihrem Sturz erholten, waren Abzüge von Londoner Guthaben, insbesondere solche französischen Ursprungs, zu beobachten. Tägliches Geld hob sich von einem Durchschnitt von 3½ bis 3¾ % allmählich auf einen solchen von 4 %, Wochengeld war zu 4% erst vorwiegend angeboten, später eher gefragt, der Diskont der im Tender-Verfahren angebotenen Schatzwechsel stieg von ca. 4 1/8 % auf

Digitized by Google

mehr als 4¼ % (4 £ 7 s), und nur der Privatdiskont erfuhr, nachdem er gleichfalls angezogen hatte, unter der Wirkung holländischer, schweizer und deutscher Devisenkäufe Ende des Monats wieder einen kleinen Rückgang; er notierte:

1. Juli	6. Juli	12. Juli	17. Juli	23. Juli	31. Juli	höchst	niedrigst
4 3/16	4 1/8	4 5/16	4 5/16	4 3/8	4 5/16	4 3/8	4 1/8

Die Bank von England hat während des ganzen Juli ihre Politik des Goldankaufs fortgesetzt und ihren Metallbestand dadurch um 1,8 Millionen £ gesteigert, obwohl ihr große Posten Goldmünzen — hauptsächlich für Rechnung Spaniens, wo die Umrechnung der Goldzölle den Bezug von Sovereigns lohnend machte, — entzogen wurden. Die private Inanspruchnahme der Bank war geringfügig, die öffentliche scheint größer gewesen zu sein, ist aber aus den Ausweisen nicht ersichtlich, weil die Bank übernommene Schatzwechsel vielfach am Markte weiterbegeben hat; die Bank zieht es andauernd vor, die privaten Leihsätze zu steigern, statt ihren eigenen Satz zu ermäßigen, weil sie das Pfund nur so lange auf der Parität oder in deren Nähe halten kann, wie ein hoher Zins Auslandsgelder nach London zieht. — Der Umlauf an currency notes hat sich zunächst erheblich vermindert, Ende Juli aber wieder 293,9 Mill. £ betragen (gegen 294,0 Mill. Ende Juni einschließlich und 292,7 Mill. ausschließlich der eingezogenen, aber noch nicht vernichteten Noten.)

Der Londoner Wechselkurs ist im Laufe des Juli wieder von der Parität herabgeglitten und hat sich Ende des Monats etwa um 1/8 % unter derselben bewegt. Es zeigt sich immer wieder, daß die Erreichung des Goldpari Abzüge von Auslandsguthaben herbeiführt, und daß, abgesehen vom Anreiz eines besonders hohen Zinses, nur die Möglichkeit, Pfund Sterling unter der Parität zu erwerben, das Ausland als Ganzes veranlaßt, neue Guthaben nach London zu legen und dadurch die natürliche (neuerdings durch den Kohlenstreik noch verschärfte) Ungunst der Zahlungsrichtung zu korrigieren. Ende Juli notierten in London: Kabel New York 4,86 3/16 Doll., Montreal 4,85 3/8 Doll., Amsterdam 12,10 Fl., Schweiz 25,12 Frs., Bombay 1 s 5 7/8 d, Yokohama 1 s 11 3/8 d.

Der Londoner Clearingverkehr, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, weist im Juli folgende Ziffern aus (in Millionen £):

1924		1925		1926	
4. 7.—10. 7.	776	3. 7.— 9. 7.	811	1. 7.— 7. 7.	850
11. 7.—17. 7.	737	10. 7—16. 7.	757	8. 7.—14. 7.	763
18. 7.—24. 7.	694	17. 7.—23. 7.	688	15. 7.—21. 7.	705
25. 7.—31. 7.	700	24. 7.—30. 7.	704	22. 7.—28. 7.	732
26. 6.—31. 7.	2 907	3. 7.—30. 7.	2 960	1. 7.—28. 7.	3 050
1. 1.— 3. 7.	20 420	28. 12.— 2. 7.	21 281	31. 12.—30. 6.	20 247
1. 1.—31. 7.	23 327	28. 12.—30. 7.	24 241	31. 12.—28. 7.	23 297

Digitized by Google

Am Pariser Geldmarkt wurde tägliches Geld im allgemeinen mit 5 bis 5½ % gehandelt, Zeitgeld mußte infolge der Gefahr der Franc-Entwertung mit etwa 11 % bezahlt werden. — Die Bank von Frankreich hat am 31. Juli ihren Diskontsatz unerwartet von 6 auf 7½ % erhöht, um die Inanspruchnahme von privater Seite einzudämmen und für staatliche Entnahmen Platz zu schaffen, ohne daß der Notenumlauf gesteigert zu werden braucht. Im Laufe des Juli (ab 1. Juli gerechnet) hat der Umlauf um mehr als 2 Milliarden zugenommen, obwohl der Staat die Bank ziffernmäßig nur mit 100 Mill. Frcs. neu in Anspruch nahm. Eine indirekte Inanspruchnahme scheint aus der Zunahme der Wechselbestände hervorzugehen (mit deren Diskonterlös die Banken wohl Schatzscheine und bons de la défense übernommen haben, deren Zins ebenfalls erhöht worden ist), sowie aus einer Zunahme des Postens „diverse Aktiva", in dem vermutlich Vorschüsse stecken, welche die Bank gegen Ueberweisung des ca. 30 Mill. Dollar betragenden Rests der Morgan-Anleihe gewährt hat. — Der französische Wechselkurs erfuhr um die Zeit des Kabinettsturzes Briand-Caillaux eine katastrophale Verschlechterung, vorübergehend bis zu 245 Frcs. je £, erholte sich aber nach der Bildung des Sammlungskabinetts Poincaré auf ca. 175 und schließt in London mit 200 Frcs., in New York mit 2,40 Cents.

Der New Yorker Geldmarkt hat im Juli eine leichte Versteifung erfahren. Der Rückgang, den die Depositen beim Bundes-Reserve-System im Laufe des Monats erfahren haben, deutet auf stärkere Inanspruchnahme der Banken durch Industrie und Handel hin, die Steigerung der Vorschüsse an Börsenmitglieder auf verstärkten Geldbedarf der Spekulation (der dann im August durch die Diskonterhöhung der New Yorker Reserve-Bank entgegengetreten worden ist.) Tägliches Geld zog um die Zeit des Juli-Ultimo vorübergehend auf 4½ bis 5 % an, um sich dann bei ca. 4¼ % zu konsolidieren, Bankakzepte bedangen meist 3½ %, Warenwechsel meist 4¼, gelegentlich 4½ %. — Der Wechselkurs blieb im allgemeinen günstig, nur Canada gegenüber, das am 1. Juli zur Goldwährung zurückgekehrt ist, führte er zu größeren Goldausfuhren. Ende Juli notierten: Kabel London 4,86¼ Doll., Amsterdam 40,18 Doll., Stockholm 26,77 Doll., Buenos Ayres 109,30 Goldpesos, Rio de Janeiro 15,25 Doll., Canada 99½ canad. Doll.

Bei den Diskontsätzen der Notenbanken haben im Juli mehrere Veränderungen stattgefunden, und zwar eine Erhöhung in Frankreich, dagegen Ermäßigungen in Deutschland, Polen, Danzig (zweimal) und Portugal. Die Sätze lauten:

Deutsche R.-Bk. 5. 7.: 6½;	bis	31. 7.	6	Lettland	bis 31. 7. 8
England	„	31. „	5	Estland	„ 31. „ 10
Frankreich bis 30. 7.: 6; .	„	31. „	7½	Litauen	„ 31. „ 7
Oesterr. Nationalbank .	„	31. „	7½	Danzig b. 6: 7.; b. 28.: 6½;	„ 31. „ 5½
Ungarn	„	31. „	7	Norwegen	„ 31. „ 5½
Banca d'Italia . . .	„	31. „	7	Dänemark	„ 31. „ 5
Bank von Spanien .	„	31. „	5	Niederld. Bank . . .	„ 31. „ 3½

Digitized by Google

Bank von Portugal .	„	31.	„ 8	Rumän. Nationalbank .	„	31.	„ 6
Schweiz. Nationalbank	„	31.	„ 3½	Bank von Finnland .	„	31.	„ 7½
Schwed. Reichsbank .	„	31.	„ 4½	Tschech. Bankamt . .	„	31.	„ 6
Rußland	„	31.	„ 10	Bank von Belgien . .	„	31.	„ 7
Jugoslavien	„	31.	„ 7	Polen 6. 7.: 12; . .	„	31.	„ 10
Bulgarien	„	31.	„ 10	Griech. Nationalbank .	„	31.	„ 10

New York bis 31. 7.: 3½

Ausweise europäischer Notenbanken

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber[6]	Auslandsguthaben[1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Deutsche Reichsbank [Millionen Rm.]:								
7. 7.	1492.2	105.7	344.4	1273 1	7.6	579.4		2892.7
15. 7.	1492.3	110.2	335.4	1192.5	12.9	705.6		2738.9
22. 7.	1492.5	115.8	308.4	1130.4	8.3	748.7		2644.0
31. 7.	1492.5	109.5	494.8	1298.8	80.3	538.1		3106.5
Bank von England [Millionen Pfund Sterling]:								
7. 7.	150.5		—	112.0[3])		16.5	105.6	142.2
14. 7.	151.3		—	111.7[3])		9.3	114 0	141.4
21. 7.	151.7		—	110.4[3])		7.6	114.9	141.3
28. 7.	152.1		—	103.4[3])		9.7	105.5	142.0
Bank von Frankreich [Millionen Francs]:								
8. 7.	5548 6[2])	337.5	576.2	4869.7	45450.1	38.5	3342 2	54861.9
15. 7.	5548.6[2])	337.7	577.0	5225.8	45490.8	12.9	3220.8	54918.0
22. 7.	5548.6[2])	337.7	576.4	5218.0	46079 8	38.2	3846.7	55005.8
29. 7.	5548.6[2])	337.7	576.5	6709.9	45127.3	17.2	4326.3	56021.6
Oesterreichische Nationalbank [Millionen Schilling]:								
7. 7.	19.0[10])	1,5	514.0[4])	84.8	0 19	57.3		843.5
15. 7.	36.6[10])	1,6	496 7[4])	79 5	0.21	85.0		816.7
23. 7.	37.1[10])	2,3	500.0[4])	75.8	0.21	114.9		795.8
31. 7.	37.6[10])	1,2	509.0[4])	90.1	0.20	48.3		885.0
Ungarische Nationalbank [in Millionen Pengö][9]:								
7. 7.	127.1[10])	0.9	103.6[4])	164.3	0.02	178.2	11.8	382.1
15. 7.	132.7[10])	0.9	99 0[4])	147.1	0.02	172.9	19.3	366.3
23. 7.	136.9[10])	0.9	102.5[4])	142.6	0.02	194.5	15.5	359.2
31. 7.	141.1[10])	0.9	93.6[4])	161.5	0.02	150.5	8.4	424.3
Tschechoslowakische Nationalbank [Millionen tschechoslowakische Kronen]:								
7. 7.	1038.2		1289.0	159.8	65.2	937 5		7018.1
15. 7.	1038.7		1269.0	147.2	67.7	1160.3		6719.7
23. 7.	1039.0		1258.2	140.8	65.9	1259.8		6570.0
31. 7.	1033.3		1290.4	128.0	66.5	849.4		7199.3
Bank von Italien [Millionen Lire]:								
10. 5.*)	978.4		677.2	5105.8	8126.2	1483.2		13924.6
20. 5.*)	978.4		676.1	5153.7	8508.1	1604.5		13582.6
31. 5.*)	978.9		677.8	5451.5	8265 4	1558.5		13842.5
10. 6.	979.0		?	5296.0	7744.3	1434.8		13893.1
20. 6.	979 2		?	5361.2	7920.2	1581.4		13904.5
30. 6.	979.3		?	5972.6	8279.7	1627.7		14098.6

*) wiederholt, weil die Ziffern im Augustheft verstellt sind.

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6])	Auslandsguthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Bank von Finnland [Millionen finnische Mark]:								
8. 7.	330.5 [12])	8.2 [12])	864.1	517.2		226.3	57.1	1283.0
15. 7.	330.3 [12])	8 1 [12])	849.1	516.3		207.1	72.2	1260.0
23. 7.	330 3 [12])	8 0 [12])	870.8	510.8		202,3	76.1	1252.1
31. 7.	330.1	7.9	890.1	484.4		216.7	8.6	1289.4
Niederländische Bank [Millionen Gulden]:								
5. 7.	426.3	27.3	203.3	57.4	137.4	—	34.4	841.7
12. 7.	426.1	27.1	203.6	56.3	143.7	13.2	32,2	833.0
19. 7.	421.0	27.4	211.2	55.3	145.8	27.9	38.5	822.4
26. 7.	425.9	27.7	223.7	54.2	140.4	47.8	27.9	814.2
Schweizerische Nationalbank [Millionen schweiz. Francs]:								
7. 7.	419.4	88.1	13.5	311.0	48.9	104.6		770.6
15. 7.	419.7	88.5	11.1	310.6	43.8	126.3		752.8
23. 7.	419.8	88.8	11.1	309.5	42.9	109.6		753.9
31. 7.	420.0	88.1	14.6	321.1	42.2	80.6		803.4
Schwedische Reichsbank [Millionen schwedische Kronen]:								
8. 7.	228.4	—	126.4	326.2		143.2		509.6
10. 7.	228.4	—	126.5	290.1		140.6		473.4
17. 7.	228.3	—	125 3	265.6		127.2		462.1
24. 7.	228.3	—	126.5	248.2		122.8		448 7
31. 7.	228.1	—	125.5	241.8		88.2		494.2
Bank von Norwegen [Millionen norw. Kronen]:								
7. 7.	147.2		81 6	341.7		184.8		344.9
15. 7.	147.2		78.1	336.1		179.5		339.7
22. 7.	147.2		77.5	334.6		180.2		337.0
31. 7.	147.2		76.8	340.4		183.2		339.5
Nationalbank von Dänemark [Millionen dän. Kronen]:								
31. 7.	209.1	15.3	39.3	85.2	22.8	26.2		388.7
Bank von Polen [Millionen Zloty]:								
10. 7.	134.8	0.3	94.8	301.8	29.8	99.3 [13])		456.0
20. 7.	134.9	0.8	94.8	296 7	26.9	97.1 [13])		455.1
31. 7.	135.2	0.2	91.3	304.2	33.4	86.2 [13])		511.1
Nationalbank von Rumänien [Millionen Lei]:								
19. 6.	7004.7	22.0	—	8434 1	1375.6 [5])	7686.8		20997.0
8. 7.	7004.7	20.8	—	8438 4	1389.9 [5])	7616.7		20970.8
10. 7.	7005.1	21.3	—	8466.8	1386.8 [5])	7632.0		21005.1
17. 7.	7005.4	21.3	—	8429.5	1381.4 [5])	7617.6		21000.3
Bulgarische Nationalbank [Millionen Lewa]:								
30. 6.	59.9	115.6	251.3	350.4	529.2	2472.0		3569.4
7. 7.	59.9	115,3	236,4	348.2	528.5	2498.1		3650,7
Griechische Nationalbank [Millionen Drachmen]:								
31. 5.	47.5 [2])	10.1	1680.7	643.4	2314.1 [8])	—	1800.9	4867.0
15. 6.	47.5 [2])	10.2	1819.1	636.1	2298.6 [8])	—	1821.2	4476.5

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Belgische Nationalbank [Millionen Francs]:								
1. 7.	273.8	89.0	30.2	1361.8	570.3	37.0	392.0	8513.9
8. 7.	273.8	88.3	30.2	1390.7	621.4	43.3	432.8	8631.4
15. 7.	273.8	88.0	30.2	1635.8	688.7	5.0	492.4	8946.9
22. 7.	273.8	87.2	30.2	1709.3	607.5	14.4	599.2	8896.2
29. 7.	273.8	87.3	30.2	1919.4	545.1	321.1	359.9	8975.3
Bank von Danzig [Mill. Danz. Gulden]:								
15. 7.	3,1 [14])		37,3 [15])	12,1	0,5	4,5		31,8
31. 7.	2,7 [14])		36,2 [15])	15,0	0.4	3,0		34,5
Russische Staatsbank, Notenabteilung [in 1000 Tscherwonetz]:								
16. 7.	14728.4 [11])	—	5025.0	52911.6	85.8	—	—	74662.5
1. 8.	14768.6 [11])	—	5027.2	56869.2	85.8	—	—	75161.9

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Einschl. Gold im Ausland. — [3]) Einschl. Regierungssicherheiten. — [4]) Devisen und Valuten. — [5]) Ohne Regierungsschuld (11 Milliarden Lei) — [6]) Meist einschl. unedler Scheidemünzen. — [7]) Einschl. Schuld des Staates. — [8]) Ohne Vorschüsse an den Staat. — [9]) 1 Pengö = 12500 Kronen. — [10]) Die Devisenbestände sind nach der Spalte „Auslandsguthaben" übertragen. — [11]) Ferner Platinbestände (am 1. 8.: 3,05 Mill. Tscherwonetz). — [12]) Effektivwert in Mill. finn. Mark. — [13]) Dazu 51,3 Mill. Zloty bezw. 51.8 Mill. bezw. 31,3 Mill. Devisenschulden. [14]) Danziger Metallgeld einschl. Gold. — [15]) Guthaben bei der Bank von England und Valuten.

Am **Berliner Geldmarkt** herrschte nach der kurzen Unterbrechung vom Juni-Ende wieder die alte Flüssigkeit, auf die auch die verschiedenen Inlands-Emissionen (Ver. Stahlwerke-Obl., Preuß. Schatzanweisungen usw.) ohne Einfluß blieben. Tägliches Geld war je nach Bonität und Unterlage zu 3 bis 5 %, Monatsgeld zu 5 bis 5½ % zu haben, und der Privatdiskont (offiziel 4½ % für lange Sicht) wurde meist um ⅛ bis ¼ % unterboten. Die gegen bestimmte Bankkreise gerichtete Einschränkung der Reportgeld-Abgabe durch die Reichskreditgesellschaft blieb ohne Wirkung, da andere Banken mit zusätzlichen Geldern in die Bresche traten. Es kam hinzu, daß aus dem Auslande wieder größere Erlöse dort begebener deutscher Anleihen einflossen. Allerdings gingen andererseits erhebliche Beträge aus Berlin zur kurzfristigen Anlage nach London; die dort hereingenommenen Pfundwechsel haben die Bestimmung einer Liquiditäts-Reserve, die bei eintretendem Bedarf am Markt zum Verkauf kommen soll, (und dann von hier aus oder auch direkt der Reichsbank zufließt.) Dieses Verfahren wird mehr und mehr zur Verkehrsgewohnheit, so daß die Devise in immer zunehmendem Maße den Inlandswechsel als Mittel der Ultimobereitschaft ersetzt. Diesmal flossen übrigens mehr Dollar- als Pfund-Devisen zur Reichsbank, weil der sinkende Pfundkurs die Banken veranlaßte, ihr englisches Material zunächst nicht herzugeben. der starre Dollarkurs dagegen jedes Risiko ausschloß.

Der Berliner Wechselkurs ist weder unter dem Einfluß der zuströmenden Auslandsgelder in günstigem, noch durch die

Digitized by Google

Geldübertragungen nach London in ungünstigem Sinne verändert worden, da die Abgaben und Aufnahmen der Reichsbank als Puffer wirkten.

Devisenkurse (in R.-Mark).*)

	1. Juli	7. Juli	15. Juli	21. Juli	26. Juli	30. Juli
Amsterdam [Gulden]	168,73	168.66	168,77	168,98	168,75	168,78
Kopenhagen [Kr.] .	111,37	111 38	111,38	111,36	111,32	111,39
Stockholm [Kronen]	112,68	112,60	112,45	112,45	112,41	112,40
Oslo [Kronen] . .	92,29	92,20	92.05	92,15	92,20	92,00
Helsingfors [F.-M.] .	10,57	10.567	10,57	10.572	10,57	10,57
Schweiz [Francs] .	81,26	81,28	81,28	81,28	81,29	81.23
Madrid [Pesetas] .	67.93	66,85	66,48	66,03	65,35	64 60
Italien [Lire] . . .	15,13	14,14	14.19	13,70	13,95	13,52
London [Pfund] . .	20,439	20.427	20,427	20,431	20.420	20,420
New York [Dollar] .	4,2	4.2	4,2	4,2	4,2	4,2
Paris [francs] . .	11,45	11,26	10,41	8,96	10,75	10 105
Brüssel [francs] . .	11,54	10,74	9,54	9,55	11,05	10,59
Wien [Schilling] . .	59.37	59,38	59,38	59,36	59,40	59.42
Prag [Kronen] . .	12.441	12,442	12,441	12.442	12,442	12,438
Buenos Aires [Pesos]	1,691	1,698	1,702	1,708	1,692	1,700
Rio de Janeiro [Milr.]	0,661	0 666	0,661	0,646	0,641	0,647
Japan [Yen] . . .	1,972	1,967	1,971	1,983	1,985	1,949
Bulgarien [Lewa] .	3,040	3,020	3,04½	3,040	3,04½	3,03½
Jugoslavien [Dinar]	7,44	7,43	7.415	7,422	7,422	7,40
Budapest [Kronen] .	5,88	5,875	5,88	5,882	5,885	5,882
Lissabon [Eskudo] .	21,430	21,450	21,450	21,430	21,450	21,480
Danzig [Danz. Guld.]	81.18	81,11	81,19	81.47	81,70	81,70
Athen [Drachm.]. .	5,20	5,20	5,20	5,10	5,00	4,80
Konstantinop. (tk.Pfd.)	2,250	2.300	2,300	2,230	2,350	2,35½
Montevideo [Peso] .	4,180	4.180	4.220	4,210	4,180	4,160
Canada [Dollar] . .	4 204	4,204	4,203	4,203	4,202	4,203
Kairo [ägypt. Pfund]	20,970	20,965	20,950	20,960	20,950	20,950

*) Die Notiz versteht sich bei Pfund, Dollar, arg. Pap.-Peso, Yen, türk. Pfd., Milreis und urug. Goldpeso für je 1 Einheit, bei ungar. Kronen für 100000 Einheiten, bei allen übrigen Auslandswerten für je 100 Einheiten.

Die **Deutsche Reichsbank** schritt, zwar am 6. Juli wieder zu einer halbprozentigen Diskontermäßigung, blieb aber infolge der noch immer ca. 1¾% betragenden Spanne zwischen Bank- und Privatdiskont aus dem laufenden Diskontgeschäft mit den Banken ausgeschaltet, da jede Art der kurzfristigen Geldbeschaffung für die Banken billiger war als die Rediskontierung bei der Reichsbank. Die Anlagen der letzteren gingen daher von Woche zu Woche mehr zurück, und erst der Ultimo mit seinem starken Zufluß von Devisenmaterial (siehe weiter oben) brachte eine Zunahme, die von einer erheblichen Verminderung der Giroguthaben begleitet war und die Bank zu einer mehr als gewöhnlichen Vergrößerung des Geldumlaufs zwang. An Banknoten und Rentenbankscheinen waren Ende Juli 4233 Mill. M., oder 577 Mill. mehr als in der Vorwoche, im Umlauf, denen aber ein höherer Prozentsatz von Gold, Deckungsdevisen und freien Devisen gegenüber stand als je zuvor seit der Stabilisierung der Mark.

Digitized by Google

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im Juli und den Vergleichsmonaten das folgende Bild:

	1921 [1])	1922 [1])	1923 [1])	1924 [2])	1925 [3])	1926 [3])
Mai	66 453	179 370	12 345 002	1 154 905 005 [4])	4 102,8	4 501,1
Juni	68 764	191 413	28 475 345	687 641 800 [5])	4 302,4	4 613,3
Juli	78 337	243 490	76 624 491	695 309 600 [6])	4 609,1	4 898,8

[1]) In Millionen P.-Mark. [2]) In Billionen P.-Mark. [3]) In Millionen R.-M. [4]) ferner 1793,3 Mill. Rentenmark. [5]) ferner: 1 416,6 Mill. Rentenmark. [6]) ferner 1460,4 Mill. Rentenmark.

Zulassungen an den deutschen Börsen im Juli 1926.

I. Börse zu Berlin.

R.-M.	1,2	Millionen	Polack A. G. Waltershausen, jg. Akt.
„	1	„	Oldenburgische Spar.- u. Leihbank, jg. Akt
Danz. Guld.	1	Millionen	8 % Pfdbfe der Danziger Hypothekenbank, Reihe 9
„	5	„	8 % do. do. Reihe 10—14
R.-M.	10	Millionen	8 % Pfdbfe der Mecklbg. Hyp.- u. Wechselbank
„	10	„	8 % Kommobl. d. do. do. Reihe 3
„	15	„	7 % Sächsische Staatsschatzanweisungen 1
„	15	„	8 % Pfdbfe d. Süddtschn. Bodenkreditbank. Reihe 5
„	5	„	8 % Anleihe d. Stadt Pforzheim von 1926
„	5	„	7 % Pfdbfe d. Dtsch. Genossenschaftshypothekenbank, Reihe 3
„	3	„	8 % Kommobl. d. do. do. Reihe 2
„	10,5	„	8 % Pfdbfe d. Preuß. Central-Boden-Kredit-A. G., Erweitg. 1924
„	2	„	Westdeutsche Bodenkreditanstalt, jg. Akt.
„	10	„	8 % Kommobl. d. Preuß. Pfandbriefbank, Reihe 17
„	20	„	7 % Pfdbfe d. Preuß. Hypothekenaktienbank. Reihe 6
„	10	„	8 % Pfdbfe d. Dtschn. Hypothekenbank Meiningen. Reihe 8
„	10	„	8 % Pfdbfe d. Preuß. Boden-Creditaktienbank
„	10	„	7 % Kommobl. d. do. do.
„	10	„	7 % Pfdbfe d. Westfäl. Pfandbriefamts für Hausgrundstücke
„	0,8	„	Preß- u. Ziehwerke Chillingworth, jg. Akt.
„	10	„	8 % Mannheimer Stadtanleihe von 1926
„	625 000		Deutsch-Atlantische Telegrafenges., jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

Keine Zulassung.

III. Börse zu Düsseldorf.

R.-M.	1 666 640		Barmer Bankverein, jg. Akt.

IV. Börse zu Essen-Ruhr.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

R.-M.	1 666 640		Barmer Bankverein, jg. Akt.
„	80	Millionen	Rheinische Stahlwerke, jg. Akt.
„	21	„	7½ % Anl. d. do. do.
„	30	„	7 % Sächs. Staatsschatzanweisungen 1 u. 2
„	20	„	6½ % Württbg. Staatsschatzanweisungen
„	15	„	8 % Pfdbfe d. Süddeutschen Bodencreditbank, Reihe 5
„	10,5	„	8 % Pfdbfe d. Preuß. Central-Bodenkredit A. G. K-O
„	10	„	8 % Pfdbfe d. Württbg. Hypothekenbank, Reihe 1
„	8	„	8 % Pfdbfe d. do. Reihe 2
„	10	„	8 % Anl. d. Stadt Mannheim von 1926
„	5	„	Zellstoffabrik Waldhof, jg. Akt.
„	5	„	8 % Anl. d. Stadt Pforzheim von 1927
„	2	„	Ges. für Spinnerei Ettlingen, Akt.
„	0,8	„	Westbank, Akt.
„	0,75	„	10 % Anl. d. Israelitischen Gemeinde Frankfurt

Digitized by Google

VI. Börse zu Hannover.

R.-M. 30 Millionen 8 % Obl. d. Hannoverschen Landeskreditanstalt

VII. Börse zu Köln a. Rhein.

R.-M. 1 666 640 Barmer Bankverein, jg. Akt.
„ 2 Millionen Westdeutsche Bodenkreditanstalt, jg. Akt.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

R.-M. 6 Millionen Ferd. Rückforth Nachf. A. G., Akt.

XI. Börse zu München.

R.-M. 1 666 640 Barmer Bankverein, jg. Akt.
„ 4 Millionen 7½ % Pfdbfe d. Bayer. Handelsbank, Reihe 4
„ 1 „ Ver. Werkstätten für Kunst im Handwerk, Akt.
„ 1,5 „ Landshuter Keks- u. Schokoladenfabrik, Akt.
„ 6 „ Aktienbrauerei zum Hasen Augsburg, Akt.
„ 5 „ Bayerische Motorenwerke, Akt.
„ 4 „ 8 % Pfdbfe d. Bayer. Landwirtschaftsbank, Reihe 16—19

XII. Börse zu Augsburg.

Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

R.-M. 30 Millionen 7 % Schatzanweisgsanl. des Freistaats Sachsen, Reihe 1. u. 2

XIV. Börse zu Leipzig.

R.-M. 495 000 Leipz. Handels- u. Verkehrsbank. jg. Akt.

XV. Börse zu Zwickau.

R.-M. 5 Millionen 8 % Pfdbfe d. Sächs. Landespfandbriefanstalt, Reihe 2
„ 15 „ 7 % Sächs. Staatsschatzanweisungen, Reihe 1
„ 15 „ 7 % do. Reihe 2

XVI. Börse zu Stuttgart.

R.-M. 20 Millionen 6½ % Württemberg. Staatsschatzanweisungen
„ 1 „ Schuldverschrbn. d. Stadt Esslingen a. N.

XVII. Börse zu Mannheim.

Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.

Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Hamburg.

R.-M. 1 666 640 Barmer Bankverein, jg. Akt.
„ 30 Millionen 7 % Sächsische Staatsschatzanweisungen, Reihe 1 u. 2
„ 5 „ 7 % Schatzanweisungen d. Stadt Lübeck

XX. Börse zu Danzig.

Danz. Gulden 6 Millionen 8 % Pfdbfe d. Danziger Hypothekenbank Reihe 9—14

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Aktiengesellschaften in das Handelsregister ist im Juli eine ganz geringfügige gewesen. Dagegen haben die Kapitalserhöhungen zugenommen. In den letzteren stecken diesmal u. a. 100 Mill. M. Reichseisenbahn-Vorzugsaktien. Die Statistik zeigt (nach der „Frkft. Ztg.") das folgende Bild:

Digitized by Google

Industriezweig	Kapitalserhöhungen: Zahl der Ges. Juni	Juli	Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M. Juni	Juli	Neugründ. v. Akt.-Ges.: Zahl der Ges. Juni	Juli	Nominal-Betrag in 1000 G.-M. Juni	Juli
Banken	4	1	1550	150	2	1	1050	1000
Versicherungsgesellsch.	2	1	750	350	1	—	50	—
Metall und Maschinen	8	—	7767	—	4	1	5760	150
Bergbau und Hütten	2	3	6400	1140	—	1	—	60
Chem. Industrie	2	3	5250	1825	—	—	—	—
Elektr. Gaswerke	1	3	250	1064	—	—	—	—
Textilindustrie	1	—	500	—	—	1	—	50
Nahrungs- u. Genußmittel	6	2	15172	2536	1	1	500	500
Steine und Erden	2	4	18790	4982	1	1	100	50
Papierindustrie	1	1	100	40	—	1	—	200
Bauindustrie	2	1	810	427	1	3	800	850
Verkehrszw.	2	3	62050	122344	—	1	—	320
Leder und Gummi	—	1	—	250	—	—	—	—
Verschiedene Industrien	12	11	2676	6652	3	4	200	1200
Zusammen	45	34	122065[2])	141176[3])	13	15	8460	3880

[1]) bei Versicherungs-Gesellschaften eingezahlter Betrag.
[2]) darunter zwei Gesellschaften, ohne Angabe desErhöhungsbetrages.
[3]) darunter 3 Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Juli laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften m. unb. H.	m. b. H.	Konsumgenossenschaften m. unb. H.	m. b. H.	Sonstige Genossenschaften m. unb. H.	m. b. H.
11	19	0	1	11	107

Dagegen im Juli 1925:

36	26	1	3	9	112

Insgesamt sind also gegründet worden:

Juli 1926: 22 Genossenschaften m. unb. H. und 127 Genossenschaften m. b. H.
„ 1925: 46 „ „ „ „ „ 144 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Juli zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	96	in Frankfurt a. M.	23	in Hannover	14
„ Bremen	13	„ Freiburg i. Br.	11	„ Leipzig	25
„ Chemnitz	34	„ Düsseldorf	12	„ Mannheim	10
„ Dresden	20	„ Hof	16	„ München	24
„ Essen-Ruhr	13	„ Hamburg	67	„ Stettin	32
		„ Stuttgart	23		

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Juli 1926

975 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen.

* * *

Digitized by Google

Kleine Chronik. Münzwesen. Der Gesamtumlauf an Scheidemünzen hat Ende Juli betragen: 266,5 Mill. Rm. Einmarkstücke, 139,1 Mill. Rm. Zweimarkstücke, 152,3 Mill. Rm. Dreimarkstücke, 8,4 Mill. Rm. Fünfmarkstücke; ferner 2,8 Mill. Rm. Ein-, 5,0 Mill. Zwei-, 27,7 Mill. Fünf-, 56,9 Mill. Zehn- und 109,8 Mill. Fünfzig-Pfennigstücke. Insgesamt 566,4 Mill. Rm. Silber- und 202,2 Mill. Rm. sonstige Münzen. Die Prägegrenze für Silbermünzen beträgt 650 Mill. Rm.

Postscheckverkehr. Ende Juli waren 877 259 Postscheck-Konten vorhanden. Die Guthaben betrugen im Monatsdurchschnitt 554,1 Mill. Rm. Im Ueberweisungsverkehr mit dem Ausland sind 3,1 Millionen Rm. umgesetzt worden.

Sparkassen. Ende Juni betrugen die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen 2362,1 Millionen Rm., bei den preußischen 1570,0 Mill. Rm. Die Giroeinlagen betrugen 1077,9 bezw. 717,0 Mill. Rm.

Ausgabe von Wertpapieren. Im ersten Halbjahr 1926 sind in Deutschland ausgegeben worden (in Klammern 1. Halbjahr 1925): öffentl. Anleihen 566 (16) Mill., sonst. Schuldverschreibungen 708 (668) Mill., Aktien 299 (361) Mill.. Auslandswerte 15 (5) Mill., insgesamt 1588 (1050) Mill. Rm.

Bankbeamte und Bankenkonjunktur. Eine Vorstandskonferenz des Deutschen Bankbeamten-Vereins hat in Darmstadt Protest erhoben „gegen die in den Bankbetrieben wieder überhand nehmende Ueberarbeit, hervorgerufen durch eine viel zu stark herabgeminderte, für das seit Monaten anhaltende außerordentlich lebhafte Geschäft völlig ungenügende Beamtenzahl."

Die deutschen Banken im Juli 1926.

Reichsbank. Der Diskontsatz wird am 6. Juli von 6½ auf 6 %, der Lombardzinsfuß von 7½ auf 7 % ermäßigt. Die Weiterbegebung von Privatdiskonten an öffentliche Stellen unterbleibt auch im Juli. Eine Einreichung von Reichsschatzwechseln bezw. deren Lombardierung (siehe Augustheft Seite 477) hat noch nicht stattgefunden. Die Erhebungen des Instituts über die Höhe der Bank-Zinsen ergeben einen im Allgemeinen „angemessenen Abbau des Zinsniveaus." Belgische Zeitungen berichten, der Reichsbank-Präsident habe mehrfach deutsche Valuta-Kredite zur Befestigung des belgischen Franc unter der Bedingung einer Rückgabe von Eupen und Malmédie an Deutschand angeboten; französische Meldungen besagen, der Präsident habe Frankreich betr. der Stabilisierung des Franc „nützliche Ratschläge" erteilt. Das Institut begibt 70 Mill. Rm. Reihe 2 von insgesamt 150 Mill. Rm. 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost zu 99½ %. Die Erntefinanzierungs-Aktion der Preuß. Centralgenossenschaftskasse, bei der die Reichsbank als Rediskontstelle in Betracht kommt, sieht eine Bevorschussung bis zu 60 % des Wertes der abgelieferten Ware gegen Genossenschafts-Akzept vor. Die Reichsbank stellt am 29. Juli den Kauf von Wechseln auf Paris, Brüssel und Mailand ein, nachdem sie schon vorher Zurückhaltung geübt hat. Von den Gerichten abgewiesene Inhaber rotgestempelter 1000 M.-Scheine, die dem Präsidenten auf offener Postkarte „erdreistete Lügen" vorwerfen, werden zu 500 Rm. Geldstrafe verurteilt.

Deutsche Rentenbank. Infolge der Ermäßigung des Reichsbanksatzes setzen das Institut und die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt am 6. Juli die Zinsen auf die von ihnen gewährten Personalkredite um ½ auf 6% herab, für Institute, die mehrere Zwischenstellen haben, auf 5½ bezw. 5 % (Preuß. Zentralgenossenschaftskasse); der Höchstsatz, den der Landwirt den Kreditinstituten (Sparkassen, Genossenschaften, Barken) einschl. Provisionen zu entrichten hat, beträgt alsdann 8,25 %. Ende Juli belaufen sich die ausgegebenen Rentenbankscheine auf 1500,8 Mill. M., denen 981,9 Mill. M. Darlehen an das Reich und 547,9 Mill. M. noch nicht abgewickelte Wirtschaftkredite gegenüberstehen.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. (Landwirtschaftliche Zentralbank). Zwecks Kreditgewährung an die Traktoren-Industrie wird eine Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen A. G. mit 2 Mill. Rm. Kap. gegründet; in dem Vorstand befinden sich als Vertreter des Instituts seine Direktoren Kissler und Lipp. Ferner sind im Vorstand Dr. Berne (Deutsche Bank), Dr. Wiethaus (Dresdner Bank), Dr. Fischer (Disc.-Ges.), Dr. Neuerbourg (Commerz- u. Privatbank), Direktor Müller

Digitized by Google

(Deutsche Girozentrale), Geh.-Rat Dr. Möhlmann (Preuß. Centralgenossenschaftskasse) und Direktor Ritscher (Reichskredit-Ges.). Der Antrag auf Verleihung der Mündelsicherheit an die Hypothekar-Schuldverschreibungen des Instituts, (vergl. Augustheft) wird nochmals gestellt, jedoch vom Reichsrat zunächst abgelehnt. (Anfang August wird er auf Proteste der Landwirtschaft hin dennoch genehmigt). Es schweben Verhandlungen über die Heraufsetzung der 250 Mill.-Grenze für diese Schuldverschreibungen. Eine Denkschrift der Hypothekenbanken (siehe Golddiskontbank) wendet sich gegen die Zentralisierung des Landwirtschafts-Kredits bei der Bank. Am 30. Juni sind aus der Amerika-Anleihe 24,80 Mill. Dollar und aus der Golddiskontbank-Anleihe 142,95 Mill. Rm. Schuldverschreibungen in Umlauf gewesen; an Deckungshypotheken sind 104,2 Mill. Rm. für die erstere und 142,9 Mill. Rm. für die letztere vorhanden. Das Amsterdamsche Trustee Kantoor begibt Schuldverschreibungen von je 100 Mill. Dollar, in denen Anleihen der Städte Berlin und Breslau, des Instituts, der Deutschen Girozentrale und Deutscher Industrie-Werke vereinigt sind. Siehe Deutsche Rentenbank, Bayer. Handelsbank, Bayer. Hyp.- und Wechselbank, Bayerische Vereinsbank, Deutsche Genossenschafts-Hypbk., Hypothekenbank Saarbrücken, Pfälz.-Hypbk., Preuß. Central-Boden-Credit-A. G., Rhein. Hypbk., Rhein.-Westf. Boden-Credit-Bank, Süddeutsche Bodencreditbank und Württembergische Hypothekenbank.

Deutsche Golddiskontbank. Eine Denkschrift der Hypothekenbank-Leiter Dr. Schwarz (Preuß. Central-Bodenkredit-A. G.), Schreyer (Bayerische Hyp.- u. Wechselbank), Dr. Drechsler (Hannoversche Landeskreditanstalt) und Freiherr von Pechmann (Bayerische Handelsbank) über die Kredite des Instituts bezw. die Beschaffung des Realkredits durch die Rentenbank-Kreditanstalt wendet sich gegen eine Dauerbetätigung der beiden Institute im Real-Kreditgeschäft. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Bayer. Vereinsbank, Preuß. Central-Boden-Credit-A. G.

Reichs-Kredit-Ges. A. G. Kündigt Anfang Juli eine starke Reduktion ihrer Report-Gelder für die nächste Medio-Liquidation an; begründet diese Beschränkung der Geldhergabe damit, daß sie „aus technischen Gründen das Geschäft nicht mehr bewältigen und keine neuen Beamten einstellen könne". In Börsenkreisen verlautet, daß einzelne Verwaltungsmitglieder verstimmt seien, weil die R. K. G. nicht in das Konsortium für die Anleihe der Ver. Stahlwerke aufgenommen worden sei. Die Bank verwaltet den Reichskredit von 6 Mill. Rm. für die Finanzierungs-Ges. für Landkraftmaschinen, in deren Aufsichtsrat Dr. H. Fischer eintritt. Geh.-Rat Heimann und Direkor Ritscher werden in den Aufs.-Rat der neu gegründeten Deutschen Zündholzvertriebs-A. G., Berlin, gewählt, deren Kap. zur einen Hälfte von schwedischen, zur anderen von deutschen Interessenten (darunter dem Institut) übernommen wird; Direktor Ritscher tritt auch in den Aufs.-Rat der Schles. Portlandzement-Industrie A. G., Oppeln, ein. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Disc.-Ges. und Mendelssohn u. Co.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Setzt unter Beibehaltung der alten Habenzinssätze ihre Soll-Zinsen um ½ % entsprechend der Reichsbankdiskont-Ermäßigung herab, d. h. auf 7½ % für Private, 7 % für Banken usw. Begibt mit dem „kleinen Preußen-Konsortium" 40 Mill. Rm. 6½ % preußische Schatzanweisungen zu 99½ %. Eine engere Zusammenarbeit des Instituts mit der Deutschen Girozentrale erfolgt erstmals anläßlich der Begebung von 25 Mill. Rm. 7% Deutscher Kommunalanleihe. Aus der Veräußerung des Restes des sogenannten Hanauer Lagers (Kriegsmaterial) an einen jetzt in Zahlungsschwierigkeiten geratenen französischen Interessenten erleidet das Institut einen unbedeutenden Verlust. Ist mit der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse u. A. Einlösungsstelle für die preuß. Schatzanweisungen von 1921, 22 und 23.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse.) Betr. der Erntefinanzierung durch das Institut siehe Reichsbank. Siehe ferner Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt und Preuß. Staatsbank.

Deutsche Bank. Will die s. Zt. einer befreundeten englisch-amerikanischen Bankengruppe zu wenig über Pari überlassenen 40 Mill. Rm. eigenen Aktien an ihre Aktionäre zu 150 % weiterbegeben. Die Verhandlungen zwischen der unter Führung des Instituts stehenden deutschen Bankengruppe und der russischen Handels-

Digitized by Google

vertretung über die Gewährung eines z. T. reichsgarantierten 300 Mill.-Kredits (siehe August-Heft S. 478) werden beendet; ein Zwischeninstitut, die Industriefinanzierungs-A. G. Ost (Ifago), deren Aufsichtsrat maßgebende deutsche Industrielle angehören, soll entsprechende langfristige deutsche Industrie-Wechsel indossieren und an deutsche Privat- und Staatsbanken weiterbegeben. Die Kommandite der Bank in Düsseldorf, C. G. Trinkaus, gerät in Schwierigkeiten. Die Gen.-Vers. der dem Institut nahstehenden Ges. für elektrische Hoch- u. Untergrundbahnen, Berlin, genehmigt die Uebernahme ihrer Anlagen durch die Stadt Berlin. Die zum Konzern der Bank gehörende Kaukasische Handels- u. Industrie A. G., Berlin, schließt das Jahr 1925 mit einem Reingewinn von 56 789 Rm. (i. V. 24 206 Rm. Verlustvortrag.). Die Bank tauscht (mit der Darmst. u. Natbk., der Commerz- u. Privatbank, der Dresdner Bank, der Mitteldeutschen Creditbank u. A.) je 3 Stammaktien der C. A. F. Kahlbaum A. G. in je 2 Aktien der Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei um. Beantragt (mit der Disc.-Ges. u. S. Bleichröder) die Zulassung der jungen Aktien der Nordstern Allg. Versicherungs-A. G. zur Berliner Börse. Beantragt ferner (mit den Frankfurter Filialen der D-Banken, der Deutschen Girozentrale u. A.) die Zulassung von 20 Mill. Rm. 6 % Anleihe der Stadt Berlin von 1924 zur Frankfurter Börse. Direktor Komm.-Rat Dr. Paul Millington-Herrmann gehört dem Aufs.-Rat der neu gegründeten Tanganyika A. G., Berlin, (Kap. 50 000 Rm.) an. Direktor Theusner, Breslau, tritt in den Aufs.-Rat der Schles. Portlandzement-A. G., Oppeln, Direktor Weidenhammer, München, in den der Rhein-Main-Donau A. G., Direktor Wilh. Hoffmann, Braunschweig, in den der Seesener Blechwarenfabrik und Direktor Bochow, Darmstadt, in den Gläubiger-Beirat der unter Geschäftsaufsicht gestellten Dampfkesselfabrik Rodberg ein. Direktor Blinzig, Berlin, scheidet aus dem Aufs.-Rat der Frankfurter Bank aus, in dem das Institut durch Direktor Dr. von Heyden weiter vertreten bleibt. Direktor Georg Herrmann, Bergisch-Märkische Bank, Filiale des Instituts, ist gestorben. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Disc.-Ges., Darmst. u. Natbk., Deutsche Hypbk. Meiningen.

Disconto-Gesellschaft. Fordert die Anteilsinhaber der Neu-Guinea Co., Berlin, zum Bezug junger Anteile auf. Verkauft als Rechtsnachfolgerin der Bank von Thüringen die Aktienmehrheit der Kammgarnspinnerei Wernshausen an die Norddeutsche Wollkämmerei. Die 1921 von der Lindener Aktienbrauerei übernommene Schloßbrauerei Berlin-Schöneberg wird eine selbständige Akt.-Ges. mit 1,5 Mill. Rm. Kap.; Geschäftsinhaber Komm.-Rat Dr. Frank tritt in deren Aufs.-Rat ein. Die Bank beantragt (mit der Berl. Handels-Ges., S. Bleichröder, der Commerz- u. Privatbank, der Darmst. u. Natbk., der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Mitteldeutschen Creditbank u. der Reichs-Kredit-Ges.) die Zulassung von 38 Mill. Rm. 6½ % Schuldverschreibungen der Stadt Köln von 1926 sowie (mit der Deutschen Bk., der Berl. Handels-Ges., S. Bleichröder, der Dresdner Bk. u. F. W. Krause Bankgeschäft) die Zulassung der Aktien der Allba-Nordstern Lebensversicherungs-A. G. zur Berliner Börse. Anstelle des ausscheidenden Direktor Wiss wird Dr. G. Sachan, Frankfurt a. M., in den Aufs.-Rat der Maschinenfabrik Moenus berufen. Am 27. Juli jährt sich der 100. Geburtstag des Gründers des Instituts Adolph von Hansemann; die Filiale Frankfurt a. M. besteht am 1. August 25 Jahre. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Deutsche Bank, Darmst. u. Natbk., Berl. Handels-Ges., Deutsche Hypbk. Meiningen.

Dresdner Bank. Die Bank, die in engen Beziehungen zur Frankfurter Pfandbriefbank steht, übernimmt einen Teil von deren Vorratsaktien zu dauerndem Besitz. Direktor Fränkel, Breslau, wird in den Aufs.-Rat der Schles. Portlandzement-Industrie A. G., Direktor Merkes in den der Schebera Automobilwerke, Berlin, u. das Aufs.-Rats-Mitglied W. von Mallinckrodt, Haag, in den der Rhein- u. Seeschiffahrtsges., Köln, berufen. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Deutsche Bank, Disc.-Ges., Darmst. u. Natbk., Deutsche Eff.- und Wechselbk., Dtsch. Hypbk. Meiningen, Frankf. Pfandbriefbk.

Darmstädter und Nationalbank. Erklärt wiederholt, daß eine Ausgabe neuer Aktien nicht beabsichtigt sei. Meldungen über eine Verschmelzung des Wiener Bankvereins mit der Merkur-Bank, Kommandite der Danatbank, bezw. letzterer selbst werden als gegenstandslos erklärt. Die Bank kauft die Obligationen v. 1912 der polnisch gewordenen Hohenlohewerke zum Kurs von 12¼ % und die Oblg. von 1919 zu 2¼ % für die Ges. zurück. Die holländische Kommandite des Instituts,

Digitized by Google

Hamburger u. Co's Bankierskantoor, Amsterdam, schüttet für 1925 aus 0,4 (i. V. 0,6) Mill. Gulden Reingewinn 6 (7) % Dividende aus. Die Zweigniederlassungen in Ulm und Eutin (Holstenbank) werden aufgehoben. Die unter Mitwirkung des Instituts, des Bankhauses M. M. Warburg u. Co., Hamburg, u. A. Ende 1925 gegründete European Shares Incorporated weist für das erste Halbjahr einen Reingewinn von 482 000 sh bei 5 Mill. sh. Kap. (2 Mill. sh. eingezahlt) aus, der hauptsächlich aus Kursgewinnen an deutschen Wertpapieren entstanden ist. Die Bank begibt junge Aktien der Holsatia-Werke, Neumanns Holzbearbeitungsfabriken, Hamburg, in deren Aufs.-Rat ein Vertreter des Instituts eintritt, sowie solche der Ver. Werkstätten für Kunst im Handwerk, Bremen. Legt 0,75 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Bayerischen Bierbrauerei Aschaffenburg zur Zeichnung auf. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: 800 Mill. Rm. Stammaktien und 126 Mill. Rm. 7 % Anleihe der Ver. Stahlwerke, Düsseldorf (mit der Deutschen Bank, der Disc.-Gees., der Dresdner Bank, der Berl. Handels-Ges., S. Bleichröder u. der Commerz- u Privatbank), 3,5 Mill. Rm. 8 % Obl. der Mix u. Genest Telephon- u. Telegrafenwerke (mit Disc.-Ges. u. S. Bleichröder), 1,5 Mill. junge Aktien der Julius Berger Tiefbau A. G. (mit der Deutschen Bank), 2,75 Mill. junge Aktien der Ges. für Linde's Eismaschinen (mit C. Schlesinger-Trier u. Co.) und 1,5 Mill. junge Aktien der Natronzellstoff- u. Papierfabriken, Berlin, (mit Dresdner Bank); desgl. in Frankfurt a. M.: 15 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe der Süddeutschen Bodenkreditbank. Direktor Robert Gutmann, Berlin, wird in den Aufs.-Rat der C. A. Roscher Nachf. A. G, Markersdorf, Direktor Ellenbogen, Leipzig, in den der Sächs. Bronzewarenfabrik, Wurzen, und Direktor Friedrich Hass, Cassel, in den der Benno Schilde Maschinenbau A. G., Hersfeld, gewählt. Siehe Deutsche Bank. Disc.-Ges.. Berl. Handels-Ges., Gebr. Arnhold, Dtsch. Hypbk. Meiningen.

Commerz- und Privatbank. Die zum Interessenkreis des Instituts gehörige A. G. für Technik, Handels- und Industriebeteiligungen (früher Deutsche Notruf-A. G.) beabsichtigt die Veräußerung des Gesellschaftsvermögens. Die Bank beantragt die Zulassung der Aktien der Zuckerraffinerie Genthin u. der C. W. Kemp Nachf. A. G., Stettin, zur Berliner Börse. Die Aufs.-Rats-Mitglieder Wilhelm Horn und Gen.-Konsul Eugen Landau treten in den Aufs.-Rat der Deutschen Wollenwaren-Manufaktur bezw. der Schlesischen Portlandzement-Industrie A. G. und Direktor Grünhage, Bremen, in den der Lloyd Dynamowerke ein. Direktor Curt Sobernheim scheidet aus dem Aufs.-Rat der Deutschen Gasolin-A. G., Berlin, aus. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Deutsche Bank, Disc.-Ges., Darmst. u. Natbk., Berl. Handels-Ges. u. Dtsch. Hypbk. Meiningen.

Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Marquardt wird in den Aufs.Rat der Beton- und Monierbau A. G., Berlin, gewählt. Siehe Deutsche Bank. Disc.-Ges. u. Dtsch. Hypbk. Meiningen.

Berliner Handels-Gesellschaft. Uebernimmt 1,5 Mill. Rm. junge Aktien der A. G. für Verkehrswesen, Berlin, zur Weiterbegebung an die Aktionäre zu 105%. Beantragt mit Gebr. Arnhold, der Disc.-Ges. u. der Darmst. u. Natbk. die Zulassung von 6 Mill. Rm. 10 % Obl. der Leipziger Bierbrauerei Riebeck u. Co. u. mit der Commerz- u. Privatbank die der jungen Aktien der Papier- u. Zellstoffwerke zur Berliner Börse. Gesch.-Inhaber Dr. Sintenis scheidet aus dem Aufs.-Rat der Deutschen Gasolin-A. G., Berlin, aus. Siehe Disc.-Ges. u. Darmst. u. Ntbk.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca), Leipzig. Die Chemnitzer Filiale besteht 25 Jahre. Das Vorstandsmitglied Dr. Ernst Schoen führt jetzt den Namen Schoen von Wildenegg.

Allgemeine Handelsbank A. G., Altenburg, (ehemals Barmat-Gruppe). Weist für 1925 einen Reingewinn von 67 534 (i. V. 1792) Rm. aus.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Begibt 2 Mill. Rm. junge Aktien der Bank für Brauindustrie an deren Aktionäre, ferner solche der Dresden-Leipziger Schnellpressenfabrik, 4,5 Mill. Rm. 8 % Anl. der Stadt Pirmasens (mit Deutsche Effekten- u. Wechselbk., Frankfurt a. M., Süddeutsche Disc.-Ges., Bayer. Hyp.- u. Wechselbank, Bayer. Staatsbk. u. Pirmasenser Filiale der Darmst. u. Natbk.), eine Anleihe der Bayer. Aktien-Bierbrauerei Aschaffenburg (mit der Bank für Brauindustrie, S. Bleichröder u. der Darmst. u. Natbk.) sowie eine 8 % Anl. von 0,9 Mill. Rm. der Bohrisch-Brauerei-Conrad-Brennerei. Beantragt mit Hardy

Digitized by Google

u. Co. u. der Dtsch. Eff. u. Wechselbank die Zulassung von 4 Mill. Rm. 8 % Anl. der Stadt Mülheim-Ruhr zur Berliner Börse. Siehe Berl. Handels-Ges.

Badische Bank, Mannheim. Ermäßigt am 6. Juli den Diskont um ½ auf 6 %. Siehe Deutsche Eff.- u. Wechselbank.

Bank des Berliner Kassenvereins. Per 30. Juni weist das Institut u. a. aus: Metall- u. Papiergeld. Reichsbankguthaben usw. 0,37, Wechsel 2,6. Darlehen 5,6, Effekten 0,59, Grundstück 4,4, Giroguthaben 8,9 Mill. Rm. Ruft weitere Aktien zur Einlieferung in das Sammeldepot auf.

Bank für auswärtigen Handel, Berlin. Ist am Konkurs der Dinse Maschinenbau A. G., Berlin, und an der Zahlungsstockung des Feinkosthauses F. W. Borchardt, Berlin, mit größeren Forderungen beteiligt. Direktor Heinrich Feilchenfeld wird in den Aufs.-Rat der Karl A. Klein Automobil-A. G., Berlin, delegiert.

Bank für Brauindustrie, Berlin-Dresden. Die neue Gen.-Versig. genehmigt nunmehr die Jahresrechnung (11 % Dividende) u. die Kap.-Erhöhung um 2 auf 6 Mill. Rm. Bankier Aufhäuser, München, tritt in den Aufs.-Rat ein. Siehe Gebr. Arnhold.

Bank für Handel u. Grundbesitz, Berlin. Siehe Deutsche Realkreditbank.

Bank für Innen- und Außenhandel, Berlin. Ist mit 0,25 Mill. Rm. Forderungen an den Zahlungsschwierigkeiten der unter Geschäftsaufsicht gestellten Weingroßhandlung u. Delikatessenfirma F. W. Borchardt, Berlin, beteiligt.

Bank für Kommunal- und Grundkredit, Berlin. Das der Gemeinschaftsgruppe Dtsch. Hypbkn. nahestehende Institut, weist für 1925 einen Reingewinn von 0,42 (i. V. 0.11) Mill. Rm. aus; 0.4 Mill. gehen zur Reserve, eine Dividende wird nicht verteilt. Mit der Reichsbundbank, Berlin, ist eine Interessengemeinschaft eingegangen, auf Grund deren Reichsminister a. D. Dr. Scholz (Vorsitzender), Senatspräs. a. D. Dr. Spiegelthal u. Postpräs. z. D. Orthmann, sämtlich zu Berlin, in den Aufsichtsrat der B. f. K u. G. eintreten.

Bank für Landwirtschaft, Berlin. Bei einer Versteigerung von 100 280 Rm. Aktien des Instituts gehen diese zu 28 % an eine „befreundete Stelle".

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Nach Durchführung der Verschmelzung mit der Disc.-Ges. (s. d.) wird die Berliner Börsennotiz ab 1. August eingestellt.

Bankverein für Schleswig-Holstein, Neumünster. Eröffnet in Wyk auf Föhr unter der Firma Wyker Spar- u. Leihkasse, Filiale d. Bkv. f. Schl.-Holst., eine Zweigniederlassung; die Filiale in Buxtehude wird geschlossen.

Bank von Danzig. Setzt den Diskont am 7. Juli von 7 auf 6½, den Lombardsatz von 8 auf 7½% herab; am 29. 7. erfolgt eine weitere Herabsetzung auf 5½ bezw. 6½%.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Comp. Das Ende d. J. ablaufende Kommanditverhältnis mit der Bankfirma S. u. H. Goldschmidt, Frankfurt a. M., wird nicht erneuert; die Geschäftsbeziehungen bleiben unberührt. Die jungen Aktien des Instituts werden zur Frankfurter, Kölner, Münchener, Hamburger u. Düsseldorfer Börse zugelassen. Ludwig Arioni scheidet aus dem Aufs.-Rat der Deutschen Schiffskreditbank, Duisburg, aus; an seine Stelle tritt Gesch.-Inh. Dr. Paul Marx. Gesch.-Inh. Eugen Bandel wird in den Aufs.-Rat der Büttner-Werke, Uerdingen, delegiert.

Bayerische Bodenkreditanstalt, Würzburg. Am 30. Juni cr. sind 2,59 Mill. Rm. Hypotheken eingetragen; 2,57 Mill. Rm. Pfandbriefe laufen um.

Bayerische Handelsbank, München. Am 30. 6. laufen 39,9 Mill. Rm. Pfandbriefe um; das Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt beträgt 3,75 Mill. Rm. An Hypotheken sind 40.06 Mill. eingetragen. 4 Mill. Rm. 7½ % eigene Pfandbriefe Reihe 4 werden zur Münchener Börse zugelassen. Siehe Deutsche Golddiskontbank.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Das Kommandit-Verhältnis zu der Bankfirma Karl Schmidt, Hof, wird — ohne Veränderung der Geschäftsbeziehungen — nicht erneuert. Hypotheken und Grundschulden steigen bis 30. Juni um 40,24 auf 85,55 Mill. Rm.; davon stammen aus Mitteln der Dtschn. Rentenbank-Kreditanstalt 12,29 Mill. Rm. Der Pfandbriefum-

Digitized by Google

lauf erhöht sich im gleichen 1. Halbjahr um 43,89 auf 88,90 Mill. Siehe Deutsche Golddiskontbank u. Gebr. Arnhold.

Bayerische Landesgewerbebank, München. Die Gen.-Verslg. genehmigt die beantragte Dividende von 8% u. die Kap.-Verdopplung.

Bayerische Landwirtschaftsbank, München. 4 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 16—19 werden zur Münchener Börse zugelassen.

Bayerische Notenbank, München. Ermäßigt den Diskont am 6. Juli von 6½ auf 6 % u. Lombardsatz von 7½ auf 7 %.

Bayerische Vereinsbank, München. Am 30. Juni betragen (in Mill. Rm.): Pfandbriefumlauf 63,88, Guthaben der Dtschn. Rentenbank-Kreditanstalt 1.02, Guthaben der Dtsch. Golddiskontbank 0,96, Hypotheken 63,65, Hypotheken aus Mitteln der D. Rtbk. 1,02, Hypotheken aus Mitteln der D. G. B. 0,72; Kommunaldarlehen erscheinen mit 5,63 u. Komm.-Obl. mit 5,59 Mill. Rm.

Berliner Hypothekenbank. Der Stand vom 30. 6. zeigt u. a. Komm.-Darlehen 8,39 u. Hypotheken 22,29 Mill. Rm.

S. Bleichröder, Berlin. Bankier Kritzler scheidet aus dem Aufs.-Rat der Deutschen Gasolin A. G. u. Rechtsanwalt Schlipphake aus dem der West deutschen Eisenbahnges. aus. Siehe Deutsche Bank, Disc.-Ges., Darmst. u. Natbk. u. Gebr. Arnhold.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Am 30. Juni sind im Umlauf bezw. eingetragen (in Mill. Rm.) 4,79 Pfandbriefe, 1,95 Kommobl., 4,79 Hypotheken, 1,94 (1,04) Komm.-Darlehen.

Breslauer Baubank. Der Reingewinn für 1925 beträgt 2 709 Rm. (i. V. 32 652 Rm.), die Dividende 0 (i. V. 8) %.

Centralbank für Eisenbahnwerte in Liqu., Berlin. Die Aktionäre gehen leer aus; die Obligationäre erhalten 3 Rm. für je 1000 Pm. 4% Obligationen.

Danziger Hypothekenbank. 6 Mill. Danz. Gulden 8% Pfandbriefe Reihe 9—14 werden zur Berliner und Danziger Börse zugelassen.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Die außerordentl. Gen.-Versl. genehmigt den Aktien-Umtausch (Siehe August-Heft S. 481). Die Bank begibt (mit der Süddeutschen Disc.-Ges., der Badischen Bank, der Dresdner Bank, der Rheinischen Creditbank, der Heidelberger Privatbank u. der Vereinsbank Heidelberg) 5 Mill. Rm. 7 % Anl. der Stadt Heidelberg u. 1 Mill. Rm. 8 % Komm.-Obl. der Landeskreditkasse Kassel. Direktor Dr. Albert Hahn scheidet aus dem Aufs.-Rat der Nordgummiwerke Berlin aus. Siehe Gebr. Arnhold.

Deutsche Genossenschaftshypothekenbank, Berlin. Am 30. 6. laufen um (alles in Mill. Rm.): 3,54 8 % Pfandbriefe 2,51 10 % Pfandbfe und 1,32 10% Komm.-Oblg. Das Darlehen der Dtschn. Rentenbank-Kreditanstalt beträgt 4,59 Mill. Rm. Gewährt den Gemeinden des Landkreises Hanau eine Anleihe von 0,5 Mill. Rm.; 5 Mill. Rm. 7 % eigene Pfandbriefe u. 3 Mill. 8 % Komm.-Obl. werden zur Berliner Börse zugelassen.

Deutsche Girozentrale- Deutsche Kommunalbank, Berlin. Führt (mit den anderen Girozentralen) die Ablösung der Vorkriegsanleihen kleinerer Städte durch eine neue Sammelanleihe durch. Beantragt die Zulassung der der jungen Aktien der Nordwestdeutschen Kraftwerke Hamburg und der 15 Mill. Rm. 7 % Anl. der Landesbank der Provinz Westfalen zur Berliner Börse; 10 Mill. Rm. 7 % Pfandbriefe des Westfäl. Pfandbriefamtes für Hausgrundstücke werden zum Berliner Börsenhandel zugelassen. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Preuß. Staatsbank u. Deutsche Bank.

Deutsche Grundcreditbank, Gotha. Am 30. Juni laufen 30,6 Mill. Rm. Pfandbriefe u. 0,38 Mill. Komm.-Obl. um; 30,7 Mill. Hypotheken und 0,38 Mill. Komm.-Darlehen sind eingetragen

Deutsche Hauptbank für Hypothekenschutz, Berlin. Siehe Deutsche Realkreditbank.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Am 30. 6. laufen 14,35 Mill. Rm. Pfandbriefe um; 14,57 Mill. Hypotheken sind eingetragen.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Bietet mit d. D.-Banken, der Commerz- u. Privatbank u. der Mitteldeutschen Creditbank ihre 3,01 Mill. Rm. Vorratsaktien den Aktionären 102 % zum Bezug an. Beantragt mti der Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank die Zulassung von 3 792 000 Rm. eigenen Aktien u. 3,16

Digitized by Google

Mill. Rm. Aktien der P. B. C. A. B. zur Berliner Börse. 10 Mill. Rm. 8 % eigene Pfandbriefe Reihe 8 werden dortselbst zugelassen. Das Aufs.-Rats-Mitglied Botschafter a. D. Dr Otto Wiedfeldt (Fried. Krupp A. G.) ist gestorben. Siehe Gemeinschaftsgruppe Dtsch. Hypothekenbanken.

Deutsche Länderbank, Berlin. (I.-G. Farbenindustrie). Die dem Institut nahestehende Deutsche Allgemeine Versicherungs-A. G., Berlin, schließt das Jahr 1925 mit 0,21 Mill. Rm. Verlust.

Deutsche Landmannbank, Berlin. (Raiffeisen-Gruppe.) Direktor Albert tritt in den Aufs.-Rat der A. G. für Blechemballagen Schäfer, Berlin, ein.

Deutsche Orientbank, Berlin. Eröffnet am 15. Juli wieder ihre bei Kriegsbeginn 1914 geschlossene Filiale in Alexandria (Aegypten.)

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Direktor Dr. Wiglow gehört dem Vorstand der neuen Finanzierungsges. f. Landkraftmaschinen (siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt) an.

Deutsche Realkreditbank A. G., Dessau. Wird mit 1 Mill. Rm. Kap. von der Berliner Bank für Handel u. Grundbesitz u. der Deutschen Hauptbank für Hypothekenschutz, Berlin, als Staatshypbk. für Anhalt gegründet.

Deutsche Schiffsbeleihungsbank, Hamburg. Das Kap. der Bank soll, wie das aller Schiffskreditbanken, zwecks Kredithilfe für die Binnenschiffahrt mit staatlicher Unterstützung erhöht werden.

Deutsche Schiffskreditbank, Berlin. Siehe Deutsche Schiffsbeleihungsbank.

Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg. Für 1925 wird ein kleiner Gewinn ausgewiesen. Siehe Barmer Bankverein u. Deutsche Schiffsbeleihungsbank.

Deutsche Schiffspfandbriefbank, Berlin. Das Umrechnungsverhältnis für die nach 1917 ausgegebenen 4½ % Pfandbriefe Reihe 1 beträgt für 100 Pm. 17.37 Rm. und für Reihe 2 7.37 Rm. Siehe Dtsche. Schiffsbeleihungsbank.

Deutsche Waren-Treuhand-A. G., Berlin. Wirkt als Trustee bei der Londoner Begebung der 7 % Pfund-Sterling-Anleihe der Provinz Westfalen mit.

Disconto- und Effektenbank, Hamburg. Die zur Gruppe Alfred Mannesmann gehörige Bank, die i. V. ihre Schalter schloß, hat auf das von 0.2 Mill. Rm. auf 10 000 Rm. zusammengelegte Aktkap. 9819 Rm. verloren, sodaß die Aktionäre leer ausgehen.

Frankfurter Bank. Die Anfang 1925 genehmigte Kap.-Erhöhung um 2,4 auf 4 Mill. Rm. wird durchgeführt; Bezugsangebot an die Aktionäre 1 : 1 zu 107½ %. Siehe Deutsche Bank.

Frankfurter Hypothekenbank. Ende Juni laufen 16.2 Mill. Rm. Pfandbriefe um; 16.4 Mill. Rm. Hypotheken sind eingetragen. Die Bank beantragt die Zulassung von 10 Mill. Rm. 8% Pfandbriefen Reihe 1 u. 8 Mill. 8% desgl. Reihe 2 der Württbg. Hypothekenbank zur Frankfurter Börse.

Frankfurter Pfandbriefbank. Die Dresdner Bank, die dem zur Gemeinschaftsgruppe Dtsch. Hypbkn. gehörigen Institut seit langem nahesteht, dürfte einen Teil der Vorratsaktien mit langjähriger Sperre übernehmen. 5 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 3 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Gebser u. Co. A. G., Bankgeschäft, Naumburg. Das unter Geschäftsaufsicht stehende Institut hat die Hälfte des Kapitals (0.19 Mill. Rm.) verloren und beantragt die Liquidation.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken, Berlin. Siehe Bank für Kommunal- u. Grundkredit, Deutsche Hypbk. Meiningen, Frankfurter Pfandbriefbank, Preuß. Bodenkredit-A. G. und Schles. Boden-Credit-Aktienbank.

Getreide-Kredit-A. G., Mannheim. Siehe M. M. Warburg u. Co.

Gewerbebank A. G., Aschaffenburg. Verteilt für 1925 eine Dividende von 6 (i. V. 8) %.

Hamburger Bankverein von 1864. Die Gen.-Verslg. beschließt gegen eine starke Opposition die Liquidation.

Hamburger Handelsbank, Komm.-Ges. a. Akt. in Liqu. Die Gen.-Verslg. genehmigt die Liquidations-Eröffnungsbilanz per 20. 11. 1924 u. die

Digitized by Google

Bilanzen für 1924 u. 1925. Die Gläubiger haben bisher 43% erhalten; bis Ende des Jahres soll sich die Quote auf 50% erhöhen; eine Ausschüttung darüber hinaus scheint nicht möglich.

Hamburger Privatbank von 1860. Die Geschäftsaufsicht ist durch Zwangsvergleich beendet.

Hannoversche Bodenkreditbank. Am 30. Juni sind 27,0 Mill. Rm. Hypotheken eingetragen; der gleiche Pfandbriefbetrag läuft um.

Hannoversche Landeskreditanstalt. 30 Mill. Rm. 8% Obl. werden zur Hannoverschen Börse zugelassen. Siehe Deutsche Golddiskontbank.

Hansabank Schlesien, Breslau. Die Dividende für 1925 beträgt 8 (i. V. 10) %.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Siehe Gebr. Arnhold.

Heidelberger Privatbank. Siehe Deutsche Eff.- u. Wechselbank.

Heimbank, Berlin. Direktor Dr. Becker gehört einem Ausschuß zur erleichterten Kreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter an.

Hollandsche Creditbank A. G., Düsseldorf. Bankdirektor Ernst Freiherr von Roell, Amsterdam, tritt in den Aufs.-Rat ein.

Hypothekenbank in Hamburg. Ende Juni sind 19,25 Mill. Rm. Hypotheken eingetragen und 18,64 Mill. Rm. Pfandbriefe im Umlauf.

Hypothekenbank Saarbrücken. Der Stand vom 30. 6. zeigt 2,17 Mill. Frcs. Registerhypotheken, 32,20 Mill. Frcs. sonstige Hypotheken, 26,40 Mill. Frcs. Schuldverschreibungen, 0,68 Mill. Frcs. Gemeindedarlehen, 0,54 Mill. Frcs. Komm.-Obl. und 199 800 Rm. Darlehen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt bezw. Hypotheken aus diesen.

Industrielle Diskonto-A. G., Berlin. Verteilt für 1925 eine Dividende von 10%; auf jeden Genußschein entfallen 37,50 Rm.

Kalibank, Kassel. Direktor Wertmann wird in den Aufs.-Rat der Kaliwerke Benthe A. G. in Liqu. gewählt.

Kartoffel-Kreditbank A. G., Berlin. Das mit 42 000 Rm. Kap. arbeitende Institut beantragt die Auflösung.

F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Siehe Disc.-Ges.

Landbank, Berlin. Das Kap. muß nochmals. und zwar im Verhältnis 10 : 1, zusammengelegt werden.

Landwirtschaftliche Pfandbriefbank, Berlin. Siehe Roggenrentenbank.

Leipziger Handels- u. Verkehrsbank. 495 000 Rm. junge Aktien werden zur Leipziger Börse zugelassen.

Lewinsky, Retzlaff u. Co., Bankkomm.-Ges. a. Akt., Berlin. Ueber das Vermögen des Instituts und seine persönlich haftenden Gesellschafter ist nach erfolgter Aufhebung der Geschäftsaufsicht jetzt der Konkurs eröffnet worden. Für die nicht bevorrechtigten Gläubiger erwartet man eine Quote von nur 0,5 %. Die Kunden-Effekten sind als Kredit-Unterlage an andere Banken weitergegeben worden.

Liquidationskasse A. G., Berlin. Aus 0.34 Mill. Rm. Reingewinn werden 1000 Rm. Dividende auf 50 000 Rm. zu 25% eingezahltes Kap. dem Centralverband des Deutschen Bankiergewerbes überwiesen. Die Kasse fordert eine Erhöhung der Einschüsse.

Märkische Bank, Berlin. Das von der Provinzial-Genossenschaftsbank für Brandenburg gegründete Institut erzielt für 1925 einen Reingewinn von 25 000 Rm.

Mecklenburgische Hypothekon- u. Wechselbank, Schwerin. Je 10 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe u. Kommobl. werden zur Berliner Börse zugelassen.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Beantragen mit der Reichs-Kredit-Ges. u. A. die Zulassung von 5 Mill. Rm. 8 % Anl. der Stadt Nürnberg vom 1926 zur Berliner Börse. Der Mitinhaber der Wiener Kommandite des Hauses (Kux, Bloch u. Co.) J. Theodor Salomon, scheidet aus dieser u. tritt in die Direktion der Ungarischen Allgemeinen Creditbank ein.

A. Merzbach Bankgeschäft G. m. b. H., Frankfurt a. M. Erzielt 1925 einen Reingewinn von 1103 Rm. bei 1 Mill. Rm. Kap.

Digitized by Google

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Ende Juni stellt sich der Pfandbriefumlauf auf 17,61 Mill. Rm. gegen 13,2 Mill. Ende Dezember, 17,86 Mill. Hypotheken sind eingetragen.

Nassauische Landesbank, Wiesbaden. 10 Mill. Rm. 8 % Anl. Reihe 1. u. 2 u. 5 Mill. 8 % Kommobl. Reihe 1 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Nordische Bank für Handel und Industrie, Berlin. Die Gen.-Versig. heißt den dividendenlosen Abschluß (i. V. 5 % Div.) gut. Das Institut hat junge Aktien der Libauer Bank übernommen.

Bankhaus Wilhelm Pauli A- G. in Liqu., München. Die Gläubiger erhalten erstmals 10%, demnächst weitere 15%.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Ende Juni sind 22,80 Mill. Rm. Pfandbriefe im Umlauf u. 22,97 Mill. Rm. Hypotheken eingetragen; außerdem bestehen 0,98 Mill. Rm. Darlehen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, die durch Hypotheken in gleicher Höhe gedeckt sind.

Pfälzische Wirtschaftsbank, Ludwigshafen. Dieses Institut für industriellen Realkredit hat bisher Kredite von etwa 11 Mill. Rm. gegeben.

Preußische Boden-Credit-Aktienbank, Berlin. Das zur Gemeinschaftsgruppe Dtsch. Hypbk. gehörige Institut bietet den Aktionären seine Vorratsaktien zu 102% an.

Preußische Central-Boden-Credit-A. G., Berlin. Im 2. Quartal d. J. steigt der Pfandbriefumlauf um 14,48 auf 68,21 Mill. Rm. An Verpflichtungen an die Dtsch. Rentenbank-Kreditanstalt bestehen 5,78, an die Deutsche Golddiskontbank 5,57 Mill. Rm. Der Umlauf an Komm.-Obl. nimmt im 2. Quartal um 11,38 auf 39,21 Mill. zu gegenüber einer Zunahme von 8,80 Mill. im 1. Quartal; die Lombardforderungen steigen von 1,27 Mill. Ende Dez. auf 8,49 Mill. Ende Juni u. die Bankguthaben von 1,87 auf 4,80 Mill. Rm. 10,5 Mill. 8 % eigene Pfandbriefe Reihe K—O werden zur Berliner u. Frankfurter Börse zugelassen.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Berlin. Legt in Stockholm 4 Mill. Rm. 7 % eigene Pfandbriefe Reihe 5 zu 94% durch die Skandinaviska Kredit-A. B., die Stockholms Enskildabanken u. die Stockholms Inteckningss Garanti A. B. zur Zeichnung auf. Am 30. Juni beträgt der Pfandbriefumlauf 16,40 Mill. Rm. gegen 11,36 Mill. Ende März u. 6,47 Mill. Ende Dez. v. J.; an Komm.-Obl. laufen um 2,22 Mill. gegen 1,91 bezw. 0,68 Mill. Eingetragen sind 16,4 Mill. Hypotheken u. 2,37 Mill. Komm.-Darlehen. 20 Mill. Rm. 7 % eigene Pfandbriefe Reihe 6 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Die Stadt Gelnhausen erhält von dem Institut eine 8 % Anl. von 0,25 Mill. Rm. Ende Juni sind 75,65 Mill. Rm. Hypotheken eingetragen gegen 55,31 Mill. Ende Dez. v. J. 10 Mill. Rm. 8 % eigeneKomm.-Obl. Reihe 17 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Reichsbundbank, Berlin. (Vermögensverwaltungsstelle des Reichsbundes der höheren Beamten). Der Reingewinn ist von 0,10 Mill. Rm. i. V. auf 0,068 Mill. zurückgegangen; er wird vorgetragen. Siehe Bank für Kommunal- und Grundkredit.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Die Zweigniederlassung Emmendingen wird aufgehoben. Die Bank begibt mit der Süddeutschen Disc.-Ges. u. A. 2 Mill. 8 % Anleihe der Stadt Baden-Baden. Die Kommanditbeteiligung bei der Bankfirma G. F. Grohé-Henrich u. Co., Saarbrücken, ist von letzterer durch Barzahlung abgelöst. Siehe Deutsche Effekten- u. Wechselbank.

Rheinische Creditanstalt, Komm.-Ges. a. Akt., Köln. Die Gen.-Versig. beschließt 5 % Dividende.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Am 30. Juni sind 21,3 Mill. Rm. Hypotheken eingetragen; 20,45 Mill. Rm. Pfandbriefe laufen um. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt hat ein Darlehen von 1,75 Mill. Rm. gewährt, das durch den gleichen Hypothekenbetrag sichergestellt ist.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln. Ende Juni sind 50,56 Mill. Rm. Hypotheken u. 8,49 Mill. Rm. Komm.-Obl. Das Darlehen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt beträgt 2,76 Mill. Rm.

Roggenrentenbank, Berlin. Der kommissionsweise für die Bank tätige Bankier Schröder in Frankfurt a. O. hat größere Unterschlagungen begangen.

Digitized by Google

Am 30. Juni laufen 42,48 Mill. Rm. Rentenbriefe um; ebensoviel Hypotheken sind eingetragen. Die Bank beruft eine außerordentliche Gen.-Versig. zwecks Beschlußfassung über die Ausgabe von Stammaktien zu 1000 Rm. im Austausch gegen solche über 20 u. 100 Rm. und über ein früheres Inkraftreten der am 20. Mai d. J. beschlossenen Firmenänderung in „Landwirtschaftliche Pfandbriefbank".

Sächsische Bank, Dresden. Setzt den Diskont am 6. Juli um ½ auf 6 % herab.

Sächsische Bodenkreditanstalt, Dresden. Bietet ihren Aktionären 1½ Mill. Rm. neue Aktien zu 104 % an. Der Pfandbriefumlauf hat sich seit 31. Dez. v. J. um rund 12,4 auf 30,06 Mill. Rm. Ende Juni d. J. gesteigert gegenüber einem Zugang von 6,6 Mill. Rm. im ganzen Jahre 1925.

C. Schlesinger-Trier u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Siehe Darmst. u. Natb.

Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank, Breslau. Das zur Gemeinschaftsgruppe Dtsch. Hypbk. gehörige Institut bietet den Aktionären seine Vorratsaktien zu 102 % an.

Max Schloß u. Co., Bank-Komm.-Ges. a. Akt. in Liqu., Berlin. Die Gen.-Versig. genehmigt die mit 0,28 Mill. Rm. abschließende Bilanz für 1925.

Süddeutsche Bodencreditbank, München. Am 30. Juni laufen 19 Mill. Rm. Pfandbriefe gegen 6,79 Mill. Ende Dez. vor. J. um; der Hypothekenbestand beträgt 22,86 (7,33) Mill. Rm. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt gewährt Mittel in Höhe von 1,32 Mill. Rm. 15 Mill. Rm. 8 % eigene Pfandbriefe Reihe 5 werden zur Berliner u. Frankfurter Börse zugelassen. Siehe Darmst. u. Natbk.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Direktor Weil tritt in den Aufs.-Rat der Schloßbrauerei Berlin-Schöneberg, Direktor Ludwig Fuld in den der Süddeutschen Revisions- u. Treuhand A. G. Siehe Disc.-Ges., Gebr. Arnhold, Deutsche Effekten- u. Wechselbank u. Rheinische Creditbank.

Süddeutsche Festwertbank, Stuttgart. Am 30. Juni laufen 4,79 Mill. Rm. Komm.-Obl. um; 4,85 Mill. Komm.-Darlehen sind eingetragen.

Süddeutsche Revisions- und Treuhand A. G., Mannheim. Die Dividende für 1925 beträgt wieder 6 %. Siehe Süddeutsche Disc.-Ges.

Thüringische Staatsbank, Weimar. Erklärt, daß sie mit der in Konkurs geratenen Porzellanfabrik Fraureuth nicht in Geschäftsverbindung gestanden habe.

Vereinsbank A. G., Heidelberg. Siehe Deutsche Effekten- und Wechselbank.

Vereinsbank in Nürnberg. Am 30. Juni laufen 5,74 Mill. Rm. Pfandbriefe um; 6,55 Mill. Hypotheken sind eingetragen.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Die Firma begibt mit N. M. Rothschild u. Sons in London 835 00 Pfd. Stlg. Anleihe westfälischer Städte u. 3 Mill. Dollar 7% Anl. des Großkraftwerk Mannheim (mit der Getreide-Kredit A. G. ebenda). Siehe Darmst. u. Natbk.

Westbank A. G., Frankfurt a. M. Die umgestellten Aktien des Instituts werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. 2 Mill. Rm. eigene junge Aktien werden zur Berliner Börse zugelassen.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Ende Juni laufen 25,47 Mill. Rm. Pfandbriefe um; 25,55 Mill. Hypotheken sind eingetragen; die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt hat 1,7 Mill. Rm. Kredit gewährt. 18 Mill. 8 % eigene Pfandbriefe Reihe 1 und 2 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Württembergische Notenbank, Stuttgart. Ermäßigt den Diskont am 6. 7. von 6½ auf 6 %.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Direktor Köhler tritt in den Aufs.-Rat der Fritz Häuser Lederfabriken, Backnang, u. in den der Jura Oelschieferwerke, Stuttgart ein.

Württembergischer Kreditverein A. G., Stuttgart. Am 30. Juni laufen 17,0 Mill. Rm. Pfandbriefe um; der gleiche Betrag Hypotheken ist registriert.

Digitized by Google

Zuckerkreditbank, Berlin. Schüttet 15 % Dividende wie i. V. auf 2 Mill. Rm. alte und 7½ % auf 2 Mill. Rm. junge Aktien aus.

Zahlungseinstellungen. In Konkurs geraten die Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H., Berlin, der Bankverein e. G. m. b. H., Bad Charlottenbrunn i. Schlesien, der Berliner Kredit- u. Bankverein e. G. m. b. H., die Lewinsky, Retzlaff u. Co., Bankkomm.-Ges. auf Aktien Berlin, u. deren persönlich haftende Gesellschafter Paul Retzlaff und Josef Marcuse.—Bei der unter Geschäftsaufsicht stehenden Berliner Bankfirma Feyerabend, Goldschmidt u. Co. sind 17 % Quote bezahlt worden; eine Schlußquote von 2 bis 3% wird erwartet (statt in Aussicht gestellter 60%). — Eine Gläubigerversammlung der Hansa-Bank e. G. m. b. H., Hanau, die vor längerer Zeit in Liquidation trat, berät über ein Moratorium; Passiven von 0,3 Mill. Rm. stehen Aktiven in angeblich gleicher Höhe gegenüber; ein Gläubigerausschuß prüft zunächst die Grundlagen des Moratoriums. — Siehe Disconto- und Effektenbank, Hamburg, Gebser u. Co. A. G., Naumburg, Hamburger Bankverein von 1864, Hamburger Handelsbank Komm.-Ges. a. Akt. in Liqu., Kartoffel-Kreditbank A. G., Berlin, und Max Schloß u. Co. Bankkomm.-Ges. auf Aktien, Berlin.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1926.

II. Frankreich.

Bank von Frankreich. Der Diskontsatz, der am 9. Juli 1925 von 7 auf 6% ermäßigt wurde, bleibt unverändert 6%. Der Reingewinn der Bank i. J. 1925 beträgt 54,8 Mill. (i. V. 53 Mill.) Francs, die Jahresdividende 300 (290 Frcs.), wovon auf das 2. Halbjahr 155 Frcs. (Vergleichszeit 1925: 145 Frcs.) entfallen. Die Staatsvorschüsse sind von 35,9 Milliarden Frcs. am 31. Dez. 1925 auf 37,4 Md. am 1. Juli d. J. gestiegen, der Notenumlauf von 51,1 Md. auf 53,91 Md. Das Institut schüttet für das erste Halbjahr 1926 155 (Vergleichzeit d. V. 145) Frcs. Dividende aus. Ende Juni wird der Gouverneur der Bank, Robineau, infolge seiner Weigerung, das Gold der Bank für nutzlose Interventionen auf dem Devisenmarkt herzugeben, seines Postens enthoben und durch den Leiter der Banque de l'Algérie. Moreau, ersetzt; auch der Generalsekräter Aupetit tritt zurück. Siehe Währung.

Währung. Der Niedergang des Franc setzt Mitte März neuerlich ein; am 15. März notiert das englische Pfund in Paris 133,75 Frcs., am 30. April 147,25, am 15. Mai 161 und am 15. Juni 175,45. Ende Juni notieren in Paris: London 173 Frcs. gegen 130,10 Frcs. Ende Dezember, New York 35,32 gegen 26,82 Frcs., Schweiz 687,50 Frcs. gegen 518 Frcs. und Holland 14,35½ Frcs. gegen 10,78 Frcs.

Emissionen. In den ersten fünf Monaten 1926 sind in Frankreich emittiert worden: 1,1 Milliarden Frs. neue Aktien, 1,3 Milliarden Frs. Obligationen, zusammen 2,4 Milliarden Frs. oder monatlich im Durchschnitt 480 Millionen Frcs. (Monatsdurchschnitt 1925: 325 Mill., 1925: 403 Mill. Frcs.).

Die Börsenstcuern sind erheblich erhöht worden, der Umsatzstempel auf Reportgeschäfte z. B. auf 0,5 promile verdoppelt.

Zahlungseinstellungen. Die angesehene Bankfirma H. Müller u. Co., Markirch (Elsaß), gerät in Zahlungsschwierigkeiten; Passiven von 5 Mill. Frcs. stehen Aktiven von 2,5 bis 3 Mill. Frcs. gegenüber; man rechnet mit einer Liquidationsquote von 40 bis 50%; das Bankgebäude hat die Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft erworben.

Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft, Straßburg. Verteilt aus 12,48 (i. V. 11,53) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von 10 (9) %. Uebernimmt durch ihre Ludwigshafener Filiale (mit der Rheinischen Creditbank, der Bayerischen Hyp.- u. Wechselbank, der Bayer. Staatsbank der Darmstädter u. Natbk., der Dresdner Bank, der Süddeutschen Disconto-Ges. u. A.) 4 Mill. Rm. 8% Anleihe der Stadt Ludwigshafen; die Mainzer Niederlassung begibt mit der Disc.-Ges., der Darmstädter u. Natbk., der Dresdner Bank, der Mitteldeutschen Creditbank u. A. 1,5 Mill. Rm. 8% Anleihe der Mainzer Aktien-

Digitized by Google

Bierbrauerei. Die Bank kauft das Gebäude der fallitem Bankfirma H. Müller u. Co., Markirch, (siehe Zahlungseinstellungen.) Will eine Niederlassung in Zürich eröffnen.

Bank von Elsaß und Lothringen. Siehe Banque d'Alsace.

Banque Adam, Paris. Schließt das Jahr 1925 mit 3,8 (i. V. 3,5) Mill. Frcs. Reingewinn ab; die Dividende beträgt 37,5 (35) Frcs. je Aktie.

Banque d'Alsace et de Lorraine, Straßburg. Weist für 1925 einen Reingewinn von 6,32 (i. V. 6,13) Mill. Frcs. aus; die Dividende wird auf wieder 8% bemessen. Die Bank will der unter Geschäftsaufsicht befindlichen Julius Sichel u. Co., Komm.-Ges. a. Akt., Mainz gegen hypothekarische Sicherstellung die 50%ige Zwangsvergleichsquote vorschießen. Direktor Stephan tritt anstelle des ausscheidenden Aufs.-Rats-Vorsitzenden Meyer in den A.-R. der Berliner Viktoria-Mühle A. G. ein.

Banque de l'Union Parisienne, Paris. Verteilt aus 18,86 (i. V. 17,43) Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 wieder 9% Dividende, gleich 45 Frcs. je Aktie. Die der Bank nahestehende Banque d'Athènes verteilt 35 Drachmen (i. V. 25) Dividende und 1 sh 6 d (wie i. V.) Superdividende.

Banque de Mulhouse. Schlägt für 1925 wieder 10% Dividende vor.

Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris. Weist für 1925 einen Reingewinn von 36,12 (i. V. 36,74) Mill. Frcs. aus, woraus 80 (75) Frcs. Dividende ausgekehrt werden. Dementiert Gerüchte, daß sie mit der Firma Mannesmann wegen der Verwertung der ehemaligen Erz-Konzession der Firma in der spanischen Marokko-Zone verhandle; ebenso, daß sie unter gewissen Vordingungen bereit sei, Rußland Wirtschaftskredite zu gewähren.

Banque des Pays du Nord, Paris. Beantragt für 1925 aus 3,64 (i. V. 3,05) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von 25 (20) Frcs.

Banque de Strasbourg (vorm. Ch. Staehling, L. Valentin u. Co.) Verteilt für 1925 aus 2,7 (i. V. 2,2) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von 9% wie i. V.

Banque du Rhin. Straßburg. Der Reingewinn für 1925 beträgt 4,28 (i. V. 4,20) Mill. Frcs., die Dividende wieder 9%.

Banque Internationale de Commerce, Paris. Schüttet aus 4,74 (i. V. 4,10) Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 eine Dividende von 8 (7) % aus.

Banque Nationale Française du Commerce Extérieur, Paris. Das Institut, das i. V. den Reingewinn von 5,23 Mill. Frcs. zu Abschreibungen auf die Beteiligung an der Banque Française du Maroc (s. d.) benutzte, verteilt für 1925 aus 3,15 Mill. Frcs. Reingewinn 6,25 Frcs. Dividende auf die im Dezember von 500 auf 375 Frcs. zusammengelegte Aktie.

Banque Privée, Lyon-Marseille. Verteilt aus 6,38 (i. V. 6,04) Mill. Frcs. Reingewinn wieder 5% Dividende auf die gewöhnlichen und 6% auf die Vorzugs-Aktien.

Banque Renauld, Nancy. Schüttet aus 4,33 (i. V. 3,59) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von wieder 8% aus.

Banque Rurale, Straßburg. Das Aktkap. darf lt. Gen. Vers.-Beschluß von 6,3 auf 15 Mill. Frcs. erhöht werden; zunächst erfolgt eine Erhöhung auf 10 Mill. Frcs.; die Dividende für 1925 beläuft sich auf 10 (i. V. 8) %.

Banque Russe pour le Commerce Etranger, Paris. Die Auslandsniederlassungen der Russischen Bank für auswärtigen Handel in Paris, London, Genua und Konstantinopel sollen eine einheitliche Organisation mit dem Sitz in Paris erhalten. Auch die Niederlassungen der in Paris, Brüssel und Genf arbeitenden Petersburger Internationalen Handelsbank sollen in diesem Sinne reorganisiert werden.

Banque Transatlantique, Paris. Verteilt für 1925 eine Dividende von 9½% (i. V. 9) %.

Gebrüder Haldy A. G., Saarbrücken. Die Gen.-Versig. beschließt, den Reingewinn von 35.877 (i. V. 17 476) Frcs. für 1925 wieder vorzutragen.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse. Verteilt 10% Dividende auf 50 Mill. Frcs. Kapital.

Crédit Commercial de France, Paris. Verteilt für 1925 aus 20,06 (i. V. 17,11) Mill. Frcs. Reingewinn 10 (9) % Dividende.

Digitized by Google

Crédit Foncier Colonial et de Banque, Paris. Schließt das Jahr 1925 mit 6,57 (i. V. 6,47) Mill. Frcs. Reingewinn und verteilt 50 Frcs. Dividende.

Crédit Foncier de France, Paris. Schüttet für 1925 eine Dividende von 80 Frcs. gegen 70 Frcs. i. V. aus; begibt 500 Mill. Frcs. 7% Obligationen zu 96%.

Crédit Industriel et Commercial, Paris. Kehrt für 1925 wieder 51,98 Frcs. Dividende aus.

Crédit Lyonnais, Paris. Verteilt für 1925 aus 42,93 (i. V. 43,9) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von wieder 80 Frcs. je Aktie. Gehört mit der Société Générale zu den Gründern der Banque Française des Pays Balcaniques in Belgrad.

Russische Bank für auswärtigen Handel, Paris. Siehe Banque Russe etc.

Société Générale Alsacienne etc. Siehe Allg. Elsäss. Bankgesellschaft.

Société Générale, Paris. Siehe Crédit Lyonnais.

Banque de l'Afrique Occidentale. Erhöht das Aktkap. von 6 auf 35 Mill. Frcs.; das Notenprivileg soll verlängert werden.

Banque de l'Algérie. Siehe Bank von Frankreich.

Banque Française des Pays Balcaniques, Belgrad. Siehe Crédit Lyonnais.

Banque Française du Maroc. Schließt das Jahr 1925 mit 0,62 Mill. Frcs. (i. V. 0,58) Mill. Frcs.) Reingewinn, der nach Rückstellungen auf neue Rechnung vorgetragen wird. Siehe Banque Nationale Française du Commerce Extérieur.

Banque Française et Italienne pour l'Amérique du Sud, Paris. Kehrt für 1925 eine Dividende von 80 (i. V. 75) Frcs. je Aktie aus.

Banque Franco-Chinoise pour le Commerce et l'Industrie. Das aus der Société de Gérance de la Banque Industrielle de Chine entstandene Institut hat das Kap. auf 20 Mill. französ. Francs verdoppelt; eine Erhöhung auf 30 Mill. ist in Form einer der chinesischen Regierung vorbehaltenen Beteiligung von 10 Mill. Frcs. vorgesehen.

Banque Industrielle de Chine. Siehe Banque Franco-Chinoise.

Crédit Foncier Franco-Canadien, Paris. Verteilt für 1925 eine Dividende von 360 Frcs. (i. V. 250) für die Aktie von 500 Goldfrancs.

III. Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Bundes-Reserve-Amt. New York setzt den Diskont am 7. 1. von 3½% auf 4%, d. h. den Satz, den die übrigen Bundes-Reserve-Banken schon seit längerer Zeit angenommen haben, herauf, um die übertriebene Spekulation an den Effekten- und Warenbörsen zu bremsen. Daß der Diskont nicht schon früher erhöht wurde, führt man auf ein Entgegenkommen gegenüber der Bank von England und deren Währungspolitik zurück. Am 23. April, nach dem Zusammenbruch der Haussebewegung, wird die New Yorker Rate wieder auf 3½% herabgesetzt. Die übrigen Banken folgen nicht. Gleichzeitig beginnt die New Yorker Bank die seit dem Herbst abgestoßenen Staatsanleihen zurückzukaufen, um den Geldmarkt zu entlasten (open market policy). — Ueber einen Vorschlag des Senators Strong, die Bundesreservebanken sollten eine „stable Dollar policy" verfolgen, d. h. mit Hilfe von Diskontooperationen auf eine einheitliche Kaufkraft des Dollars in den einzelnen Staaten hinarbeiten, entspinnt sich eine lebhafte, aber ergebnislose Diskussion. — Mr. Strong, Gouverneur der New Yorker Reserve Bank, tritt im April wieder eine Europareise an.

Währung. Es notierten in New York:

	London	Paris	Berlin	Amsterdam	Stockholm	Jokohama	Buenos Aires
Ende Juni 1925	4.8615	4.15	23.80	40.05	26 80	40.75	91 78
„ Dezember 1925	4.8514	3.75	23 80	40.24	26.83	43.17	94 01
„ Juni 1926	4.8672	2.81	23.81	40.18	26 84	49.95	91 68

Digitized by Google

Silber: Die Pitman Bill, die das Schatzamt zum Ankauf weiterer 14,5 Mill. Unzen Silber zum Preis von 1 Dollar je Unze ermächtigten sollte und als endgültig erledigt galt, wird wieder eingebracht und Mitte Juni zur allgemeinen Ueberraschung angenommen. Der Silberpreis geht in New York von 68,62 cts. je Unze fein auf 65¼ Anfang Juni zurück, kann sich dann infolge der Annahme der Pitman Bill um ca. 1 ct. erholen, gibt bis Ende Juni aber wieder auf 65½ cts. nach.

Geldumlauf. Am 30. Juni waren in den Ver. Staaten folgende Geldsorten im Umlauf bezw. im Schatzamt (in Mill. Dollar):

	Insgesamt	Im Besitz des Schatzamtes[1])	Außerhalb des Schatzamts Insgesamt	Außerhalb des Schatzamts davon im Umlauf
Gold gemünzt und in Barren	4500.3[2])	3713.4	786.9	445 1
Goldzertifikate (geg. hinterl. Gold)	(1680.5[3])	—	1680.5	1057.4
Silber-Dollars	533.5	465.0	68.5	51.9
Silberzertifikate (gegen hinterl. Silber)	(457.9[3])	—	457.9	377.7
Scheidemünze	288.9	6.1	282.7	270.0
Schatznoten von 1890	(1.4[3])	—	1.4	1.4
Ver. Staaten-Noten [Greenbacks]	346.7	3.8	342.8	294 9
Bundes-Reserve-Noten	1993.2	0.9	1994 3	16.9.4
Bundes-Reserve-Bank-Noten	5.7	0.1	5.6	5.4
Nationalbank-Noten	702.7	17.8	684.9	651.5
Insgesamt	8373.0	4207.2	6305,5	4834.7

[1]) Einschließlich des hinterlegten Bundes-Reserve-Goldes.
[2]) Ohne Goldbarren oder fremde Münzen, die nicht im Besitz des Schatzamts oder der Bundes-Reserve-Banken sind.
[3]) In der Summe von 8373 0 nicht enthalten.

Ausweis der Mitgliederbanken des Bundes-Reserve-System. Die Hauptbilanzziffern der wichtigsten Mitgliederbanken des Bundes-Reserve-System und die Ziffern für den New Yorker Bezirk lauten im Wochenausweis per 30. 6. 1926 wie folgt (in Mill. Dollar):

	Insgesamt	Davon New Yorker Bezirk
Zahl der berichtenden Banken	702	96
Eigene Staatsanleihen	2511.6	1031.1
Durch Staatsanl. gedeckte Darlehen	148.4	48.7
Sonstige Darlehen	12987.1	5129 2
Reserve bei Bundes-Reserve-Banken	1660.7	766 1
Eigene Barbestände	277.3	79 8
Unbefristete Einlagen	13252.2	5869.8
Befristete Einlagen	5649.8	1262.8
Regierungs-Einlagen	163.9	32.1
Bei den B.-R.-Banken rediskontierte Wechsel	160.4	57.0

Bundes-Land-Banken und Aktien-Land-Banken: Die Summe der ausgegebenen landwirtschaftlichen Schuldverschreibungen betrug im 1. Halbj. 1926 insges. 114,5 Mill. Dollar gegen 111,1 Mill. im 1. Halbj. 1925. Davon entfielen 60 Mill. Doll. auf eine Emission von 4¼ % Bonds der Bundes-Land-Banken, aufgelegt zu 101 % (wovon 40 Mill. zur Konvertierung des Regierungsbesitzes an 4½ % Bonds dienten), und 14 Mill. Doll. auf eine Emission von 4½% Bonds der Intermediate-Credit-Banken. Der Rest entfällt auf die Emissionen der Aktien-Land-Banken. — Das Kapital der Bundes-Land-Banken betrug am 31. 12. 25 insges. 53,70 Mill. Doll.; davon waren 1,33 Mill. in Regierungsbesitz, der Rest in Händen der Kreditnehmer. — Die Intermediate Credit Banken haben seit ihrer Gründung im März 23 insges. 21,94 Mill. Doll. Darlehen an Farmer gegeben und 96,2 Mill. Doll. Farmer-Noten rediskontiert. — Bei den Aktien-Land-Banken betrugen am 31. 12. 25 die ausgegebenen Schuldverschreibungen 523,77 (i. V. 437,93) Mill. Doll. Ende 25. gab es 53 Aktien-Land-Banken mit 41,60 (Ende 1924: 34,49) Mill. Doll. Kapital.

Kriegsschulden: Mit Frankreich wird ein neues Abkommen über die Regelung der Kriegsschulden getroffen, das sog. Mellon-Béranger-Abkommen. Danach beträgt die zu fundierende Schuld 4,025 Milliarden Doll., wovon 3,34 Milliarden auf Kapital und 685 Mill. Doll. auf bisher aufgelaufene Zinsen entfallen. Die Annuitäten beginnen mit 30 Mill. Doll. im 1. Jahr und steigen bis auf 125 im Normaljahr, das nach 17 Jahren erreicht wird. Es sind 62 Jahreszahlungen vorgesehen. — Auch Rumänien und Jugoslavien fundieren ihre Kriegsschuld, wofür in beiden Fällen ebenfalls 62 Jahresraten vorgesehen sind.

Digitized by Google

War Finance Corporation. Am Schluß des am 30. November 1925 abgelaufenen Geschäftsjahres waren noch 36,81 Mill. Doll. Kredite ausstehend gegen 62,62 am 30. 11. 1924.

Abrechnungsverkehr. Bei den New Yorker Abrechnungsstellen wurden im 1. Halbjahr 1926 insgesamt 154,16 (i. V. 145,40) Milliarden Dollar, außerhalb New York: 116,89 (i. V. 110,07) Milliarden Dollar abgerechnet.

Bank insolvenzen. In Atlanta (Georgia) erfolgt nach der Zahlungseinstellung einer kleinen Bank ein Run, der die Schließung von 64 Banken zur Folge hat. — Auch in Florida stellen 15 Banken die Zahlungen ein.

Bankgesetzgebung. Mc. Fadden hat seine Branch-Banking Bill, die für die Nationalbanken wesentliche Erleichterungen hinsichtl. der Errichtung von Filialen vorsieht, sofort nach Eröffnung des Kongresses eingebracht, ohne indes die Annahme durchsetzen zu können. Im Staat New York wird eine Bill angenommen, welche die „New York State moneyed capital tax act", die eine advalorem-Steuer von 1 % auf Kapital und Surplus aller Banken legt, durch eine Ertragssteuer von 4½ % des Gewinns (d. h. den gleichen Satz wie bei Industrie und Handel) ersetzt. In New York geht ferner ein Gesetz durch, das die Fusion von Nationalbanken, Staats-Banken und Trust-Gesellschaften erleichtert; danach können Nationalbanken fortan direkt in Trusts aufgehen, ohne vorher in Staatsbanken umgewandelt zu werden. Der Senat erlaubt den Versicherungsgesellschaften den bisher verbotenen Ankauf von Bankakzepten. — Senator Thomas aus Oklahoma bringt im Repräsentantenhaus eine Bill ein, nach der eine Kreditversicherungs-Abteilung gebildet werden soll, die die Depositen aller Nationalbanken und Mitgliederbanken des Bundes-Reserve-System gegen Bankzusammenbrüche versichern soll.

New Yorker Fondsbörse: Die Umsätze betrugen:

	1. Halbj. 1926	1. Halbj. 1925
Aktien (Mill. Stück)	223.1	209.2
Festverzinsliche Werte (Mill. Dollar)	1629.2	2491.4
Davon U. S. A. Anleihen (Mill. Dollar)	157.3	205.6

Nach dem Jahresbericht des Präsidenten Simmons stieg der Wert aller an der Börse eingetragenen Wertpapiere von 60,68 Milliarden Dollar am 1. 1. 25 auf 69,99 Milliarden Doll. am 1. 1. 26; von der Zunahme entfallen 4,88 Milliarden auf Kurssteigerungen und 4,43 Milliarden auf neu zugelassene Papiere. — Die Bundes-Reserve-Bank New York nimmt die schon in den Jahren 1919 bis 1921 durchgeführte Statistik der von ihren Mitgliedbanken (z. Zt. 61 erfaßte) an die New Yorker Börsenmakler gewährten Kredite wieder auf. Die Veröffentlichung geschieht wöchentlich, erster Stichtag ist der 6. Januar. Ebenso veröffentlicht die Stock-Exchange die von ihren Mitgliedsfirmen aufgenommen Darlehen, und zwar monatlich, zum ersten Mal am 6. Februar. Danach betrugen (in Mill. Dollar):

	Die Ausleihungen der Mitgliedsbanken an Makler für Rechnung				Aufgen. Darlehen der Börsenmakler	
Dat.	eigene	Provinzbanken	Private	Insges.	Dat.	
6. 1.	1338.3	1239 3	563.5	3141.1	—	—
3. 2.	1221.8	1289 1	590.0	3092.0	31. 1.	3513.2
17. 2.	1159.9	1354.2	625 6	3138.7	—	—
31. 3.	1047 8	1106.4	518.9	2573.1	31. 3.	3000.1
28. 4.	897.9	1023.7	542.1	2463.7	30. 4.	2835.7
2. 6.	960.0	945 2	587.7	2492.8	31. 5.	2767.4
30. 6.	1102.8	883.6	578.6	2565.2	30. 6.	2926.

Es wird ein neuer Markt für wenig notierte Werte („inactive stocks") geschaffen. Im Gegensatz zur großen Börse, wo die Schlußeinheit 100 shares beträgt, können hier 10 shares gehandelt werden. — Der Preis für einen Börsensitz an der New Yorker Stock Exchange stieg von 140 000 Doll. Anfang Januar auf 150 000 Dollar Anfang Februar, gab dann bis auf 133 000 Doll. nach, um Ende Juni mit 155 000 Doll. einen neuen Rekord zu erzielen.

Nebenbörsen. Am Curb-Market steigt der Preis für einen Börsensitz von 25 000 Doll. Anfang 1926 auf 33 000 Doll. Ende Juni. — Die Consolidated Stock Exchange wird wegen zahlreicher Verfehlungen ihrer Mitglieder zu einer Reorganisation gezwungen, die dem Generalstaatsanwalt bessere Möglichkeiten zur Ueberwachung ihrer Mitglieder gibt.

Digitized by Google

Provinzbörsen. 12 große Provinzbörsen, darunter die Börsen von Philadelphia, Boston, St. Louis, Baltimore, Washington und New Orleans, gründen gemeinsam die „Associated Stock Exchange", die auf eine Vereinheitlichung des Börsenhandels hinarbeiten und das Publikum gegen unzuverlässige Händler schützen soll.

Emissionen: Es wurden neu ausgegeben (in Mill. Dollar):

	1. Halbj. 1926	1. Halbj. 1925
Von amerik. Gesellsch. langfrist. Schuldverschreibg.	1654.4	1514.2
„ kurzfrist. „	190.2	186 9
„ Aktien	719.7	566 6
„ kanadischen Gesellschaften	87.7	87.6
„ sonstigen Gesellschaften	226.0	167.1
Von Gesellschaften insgesamt	2878.0	2524.4
Von fremden Regierungen	203.0	252.6
Farmeranleihen	114 5	111.1
Sonstiges	819.4	812.6
Insgesamt	4014.9	3698.7

Während nach einer von der New York Trust Co. veröffentlichten Statistik im Jahre 1925 rund 51% aller in den Ver. Staaten aufgelegten ausländ. Anleihen nach Europa gingen, entfielen im 1. Halbj. 1926 auf Europa nur 36,2% (davon auf Deutschland allein 27,3%) aller ausld. Emissionen. Auf Canada entfielen 31,8 auf Latein-Amerika 30 % und den fernen Osten 1,7 %.

Neue Investment Trusts. Es werden eine weitere Anzahl von Investment-Trusts zur Betätigung im Auslande, vorwiegend aber in Deutschland, gegründet. So u.a. im Januar 26. die German Credit & Investment Corporation durch Dillon, Read & Co., und die European Shares Incorporated durch Hayden, Stone & Co., beide unter Beteiligung einer Anzahl deutscher Großbanken; ferner im April 26. die International Mertgage & Investment Co. durch ein von Bankers Trust Co. geführtes Konsortium zum Ankauf deutscher Aufwertungshypotheken. Schließlich im Mai die Commercial Investment Trust Co. als Tochtergesellschaft der Commercial Investment Trust Corporation, New York; der Zweck der Ges. ist die Finanzierung des Verkaufs von Automobilen, Maschinen usw.

Wichtigere Fusionen. Die Mechanics and Metals Nat. Bk. geht auf die Chase Nat. Bk., beide in New York, über. — Die National City Bank in New York erwirbt durch Kauf die Peoples Trust Co., Brooklyn. — Die Bank of Manhattan, New York, erwirbt die Kontrolle über die Broux Borough Bank und die Greenpoint National Bank. — Die Mechanic Bank of Brooklyn erwirbt die Frist National Bank of Jamaika. — Die Franklin National Bank und die Fourth Street National Bank, beide in Philadelphia, fusionieren. Die neue Firma — Franklin-Fourth Street National Bank — hat 6 Mill. Doll. Kapital und 18 Mill. Doll. Surplus und unverteilte Gewinne. — Die Exchange National Bank und die Third National Bank, beide in Philadelphia, fusionieren. Die neue Ges. — Corn Exchange Nationalbank Bank of Philadelphia — hat ein A. K. von 2,2 Mill. Doll. sowie Surplus u. unvert. Gewinne von 8,13 Mill. Doll. — Die U. S. Title Guaranty Co. fusioniert mit der New York Title & Mortgage Co. unter dem Namen der letzteren Bank. Nach der Fusion beträgt das A. K. 12 Mill. Doll., Surplus u. unvert. Gewinne 18,24 Mill. Doll. — Die Merchants National Bank of Los Angeles und die Hellman Commercial Trust & Savings Bank of Los Angeles, beides Gründungen der Familie Hellman, fusionieren unter der Firma: Merchants National-Hellman Bank.

Konkurse. Im Jahre 1925 mußten 464 Banken mit 164,69 Mill. Doll. Verbindlichkeiten ihre Zahlungen einstellen gegen 613 Banken mit 202,93 Mill. Doll. Verbindl. in 1924. — Im 1. Halbj. 1926 betrug nach R. G. Dun & Co. die Gesamtzahl der Konkurse 11 476 gegen 11 420 im 1. Halbj. 1925, die Verbindlichkeiten 209,90 gegen 239,40 Mill. Doll. — Siehe auch Bankinsolvenzen.

American Exchange-Pacific-National Bank, New York. Verteilt Vierteljahrsdividenden von 4 % (= 16 % p. a.) wie i. V. Die American Exchange Scurities Corp. verteilt Vierteljahrsdividende von 2 % auf die „A"- und 50 cts. auf die „B"-Aktien.

Digitized by Google

Bank of America and Trust Co., New York. Beschließt, das Akt.-Kap. von 6,5 auf 8 Mill. Doll. zu erhöhen. Verteilt Vierteljahrsdividende von 3 % wie i. V. (= 12 % p. a.)

Bank of Italy, San Francisco. Verfügt nach Begebung der 1924 geschaffenen 2,5 Mill. Doll. Aktien über ein vollgezahltes A. K. von 20 Mill. Doll. und Surplus von 10,7 Mill. Doll. Am 30. 6. 26 betragen die fremden Gelder: 391,0 (i. V. 337,0) Mill. Doll. Die Bank hat bisher im Rahmen eines weitgefaßten Programms 4454 Shares im Wert von mehr als 2 Mill. Doll. von den eigenen Angestellten zeichnen lassen und dabei für jeden vom Angestellten gezeichneten Dollar aus eigener Tasche 3½ Dollar zugegeben. Die Bank erwirbt die Bankfirma Lionello Perrera & Co. in New York und führt sie unter der Firma Commercial Exchange Bank weiter.

Bank of the Manhattan Co., New York. Verteilt wieder Vierteljahrsdividenden von je 4 %. Erwirbt die Kontrolle der Broux Borough Bank, New York, (A. K. 150 000 Doll., Surplus Ende 1925: 763 000 Doll., Depos. ca. 8 Mill. Doll.), ebenso die Greenpoint Nat. Bk. (A. K. 200 000 Doll., Surplus 464 400, Depositen 3,66 Mill. Doll.)

Bank of New York and Trust Co., New York. Fremde Gelder Ende Juni 26.: 101,92 (101,06 i. V.) Mill. Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von je 5 % und am 1. Juli eine Extradividende von 1 % (i. V. einschl. Extradividende 22 p. a.).

Bankers Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 426,25 (i. V. 400,69) Mill. Doll. Verhandelt ergebnislos mit Polen wegen einer Anleihe von 100 Mill. Doll. gegen Verpfändung des Tabakmonopols. Ist an der Auflegung zahlreicher fremder Anleihen beteiligt, so u. a. an derjenigen der Certifikate der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Blair & Co., New York. Legen 3 Mill. Doll. 6% Jugoslawische Schatzwechsel zu 100 % auf, ferner zus. mit Kolkins 6 Mill. Doll. 7 % Anl. des Departements Antioquia (Columbia) zu 91½ %. Führen u. a. das Konsortium zur Auflegung mehrerer Anleihen der Provinz Buenos Aires sowie von 20 Mill. Doll 7% Anl. des italienischen Istituto di Credito per le Imprese di publica utilita.

Brown Brothers & Co., New York. Führen u. a. das Konsortium für 10 Mill. Doll. American. Certifikate der 7½ % Gold-Anl. der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Legen zus. mit Lee, Higginson & Co. 3 Mill. Doll. 7 % Hyp. Anleihe der Mansfeld A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb zu 93½ % auf. Kaufen einen größeren Posten Aktien der Kopenhagener Handelsbank und stellen dafür Amerikanische Certifikate aus (25 Doll. = 100 Kr.).

George H. Burr & Co., New York. Uebernehmen 2 Mill. Rm. Aktien der Allg. Dt. Creditanstalt in Leipzig und bieten sie zum Preise von 235,15 Doll. p. 1000 Rm. an. — Uebernehmen ferner durch Vermittlung von Hardy & Co., Berlin, 6 Mill. Rm. Aktien der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Sind auch an der International Mortgage & Investment Corp. beteiligt (siehe diese).

Chase National Bank of the City of New York. Die Fusion der Chase National Bank und der Mechanics & Metals National Bank unter der obengenannten Firma wird im April durchgeführt. Die gesamten Mittel beider Banken betragen Ende 1925 1,02 Milliarden Doll. (gegen 1,21 der National City Bank). Das A. K. der neuen Bank beträgt 40 Mill. Doll., der Surplus 25 Mill. und die unvert. Dividenden 14 Mill. Hierzu treten die 10 Mill. Doll. eigenen Mittel der Chase Securities Corp. Die Bank verfügt über 20 Filialen in New York und je eine in Habana, Cristobal und Panama City.

Chemical National Bank, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 146,89 (i. V. 144-68) Mill. Doll. Verteilt wieder wie i. V. Zweimonatsdividenden entsprechend einer Rate von 24 % p. a.

Continental & Commercial National Bank, Chicago. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 400,36 (i. V. 414,37) Mill. Doll., bei der Continental & Commercial Trust & Savings Bank: 98,63 (113,31) Mill. Doll. Die Bank legt u. a. cons. auf: 14,4 Mill. Doll. 7½% Anl. d. Provinz Buenos Aires, 35 Mill. Doll. 6½% Brasilian. Staatsanl.

Dillon Read & Co., New York. Gründen die German Credit and Investment Corp. (s. diese). Legen zus. mit I. Henry Schröder Banking Corp. und Mendelssohn & Co. 25 Mill. Doll. 7 % Hyp. Anl. d. Rhein-Elbe-Union zu 94 % auf.

Digitized by Google

Ferner zus. mit der Internat. Acceptance Bank und I. Henry Schröder Banking Corp. 30 Mill. Doll. 6½ % Oblg. der Ver. Stahlwerke, Düsseldorf, zu 96 %, die sofort mehrfach überzeichnet werden; ursprünglich sollte der doppelte Betrag aufgelegt werden, doch haben sich deutsche Banken unter Führung der Darmstädter & Nationalbank erboten, einen Teilbetrag von 126 Mill. M. selbst zu übernehmen.

Equitable Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 408,48 (i. V. 407,40) Mill. Doll. Verteilt wieder Vierteljahrsdividenden von je 3% wie i. V. — Beteiligt sich an der Gründung der International Mortgage & Investment Co. (s. diese). Ist an der Unterbringung zahlreicher ausländ. Anl. beteiligt, so u. a. von 15 Mill. Doll. Kommunal. Anl. d. Deutschen Girozentrale.

European Shares Incorporated, New York. Wird gegründet mit 5 Mill. Doll. Kapital, wovon 40% eingezahlt sind. Beteiligt sind u. a. die International Acceptance Bank, Darmstädter & Nationalbank und M. M. Warburg & Co. Die Ges. will deutsche Aktienpakete aus Konsortial- und Gesellschaftsbeständen als Daueranlage erwerben. Die deutschen Banken erhalten eine Option auf weitere 25 000 Shares zu 140% bis 1930. Die Ges. übernimmt u. a. einen Aktienblock der Darmstädter & Nationalbank und des Rhein. Westf. Elektrizitätswerks und gibt (zusammen mit der American & Continental Corporation Ltd.) den Mannesmann-Röhrenwerken einen Kontokorrent-Vorschuß.

First National Bank, Chicago. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 259,40 (i. V. 260,27) Mill. Doll., bei der „First National Trust & Savings Bank" 121,17 (120,69) Mill. Doll.

First National Bank, New York. Fremde Gelder Ende Juni 1926: 297,08 (i. V. 311,51) Mill. Doll. Die Bank zahlt 20% Vierteljahrsdividenden (=80% p. a.) und die First Securities Co. 5% Viertelsjahrdividenden. Präsident George F. Baker reist Ende Juni nach Europa und läßt den Angestellten nach seiner Abreise einen Bonus in Höhe des Jahresgehalts zahlen.

German Credit and Investment Corporation. Wird mit 15 Mill. Doll. Kapital errichtet, wovon 10 Mill. erste Vorzugsaktien mit 7% Dividende und 2 Mill. Doll. zweite Vorzugsaktien mit 6% Dividende sofort begeben werden. Die zweiten Vorzugsaktien sind von Dillon, Read & Co., der Disconto-Ges., Mendelssohn & Co. und der Deutschen Kreditsicherungs A. G. übernommen worden. Zweck ist die Gewährung von Darlehen an die mittlere deutsche Industrie, die nicht selbständig an den Anleihemarkt treten kann.

Guaranty Co., New York. Legt u. a. zusammen mit W. A. Harriman 3 Mill. Doll. 7% Hyp. Anl. der Ungarischen Landes-Hyp. Anstalt zu 95% auf. Führt das Konsortium für 35 Mill. Doll. 7% kum. Vorzugsaktien der Bethlehem Steel Co., aufgelegt zu 100%, und für 10 Mill. Doll. 5% Bonds derselben Gesellschaft.

Guaranty Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 519,99 (i. V. 577,22) Mill. Doll. Ueberträgt 5 Mill. Doll. vom unvert. Gewinn auf den Surplus, der dadurch auf 25 Mill. Doll. steigt. Schließt mit Lettland einen Anleihevertrag über 10 Mill. Doll. zu 7½%. Uebernimmt 4000 Anteile der Arbed (Burbach-Eich-Düdelingen) und plaziert für diesen Konzern 10 Mill. Dollar Anleihe. Finanziert die von der dänischen Regierung garantierten dänischen Exportkredite, indem sie als Unterlage Bonds der dänischen Hypothekenbank übernimmt. Verhandelt (zus. mit Morgan) mit Belgien über Franc-Stützungskredite. Ist an der Unterbringung von 15 Mill. Doll. Kommunalanl. d. Deutschen Girozentrale beteiligt. Erklärt, daß deutsche Obligationen z. Zt. das beste Anlagepapier des New Yorker Marktes sein. Richard Mellon, ein Bruder des Schatzsekretärs, tritt in die Verwaltung der Bank ein.

Hallgarten & Co., New York. Uebernehmen (zus. mit Lehman Brothers) ein Paket Dresdner Bank-Aktien, ferner (zus. mit H. Burr & Co.) ein Paket Barmer Bankverein-Aktien, die zum Kurs von 18,875 Doll. für 100 Rm oder 79,275% aufgelegt werden. Legen consort. 3 Mill. Doll. 6½% Oblig. d. Berliner Städtischen Elektrizitäts-Werke auf und sind an der Unterbringung von 3 Mill. Doll. 7½% Anl. der Leonhard Tietz A. G. zu 97% beteiligt. Führen ferner die Konsortien für 2,4 Mill. Doll. 7% Serienbonds des Lloyd Sabaudo und 30 Mill. Doll. 6% Bonds der Republik Uruguay.

Digitized by Google

Hanover National Bank, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 168,85 (am 31. 12. 25: 164,4) Mill. Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von 6% (für das ganze Jahr 1925 incl. Extradividenden 27%).

Harris, Forbes & Co., New York. Uebernehmen Consort. 15 Mill. Doll. 7% Gemeinschaftsanleihe der Deutschen Girozentrale fest zu 90% und bringen sie zu 94¾% an den Markt. Uebernehmen ferner 1 Mill. Doll. 7% Hyp. Obl. der Oeffentlichen Werkbetriebe der Stadt Stettin, ferner 4 Mill. Doll. 6½% Hyp. Oblg. des Schlesischen Elektr. Verbands.

Illinois Merchants Trust Co., Chicago. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 381,3 (Ende 1925: 380,9) Mill. Doll.

International Acceptance Bank, New York. Accepte am 30. 6. 26: 37,54 Mill. Doll. Gründet die International Acceptance Securities & Trust Co. mit Akt. Kap. und Surplus von je 1 Mill. Doll. Uebernimmt durch Vermittlung von M. M. Warburg 5 Mill. Doll. 5½% Hamburger Schatzanweisungen. Beteiligt sich an der Unterbringung der Ver. Stahlwerke-Anleihe und an der Gründung der German Credit & Investment Corporation. Versucht, Pfandbriefe der Preuß. Hyp. Akt. Bank in New York unterzubringen.

International Mortgage & Investment Corp. Wird mit 5 Mill. Doll. Akt. Kap., wovon 1,5 Mill. eingezahlt sind, von Bankers Trust Co., Equitable Trust Co. und H. Burr & Co. unter Beteiligung des Berliner Bankhauses Hardy & Co. gegründet. Die Ges. will deutsche Aufwertungshypotheken ankaufen und als Unterlage zur Emission von Bonds benutzen.

Irving Bank-Columbia Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6.: 345,48 Mill Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von je 3½% (i. V. 3 und 3½%).

Kuhn, Loeb & Co., New York. Sind außer an großen heimischen Anleihen (insbes. Eisenbahnanleihen, so Baltimore & Ohio Rr. und Pensylvania Rr.) an der Unterbringung von 10 Mill. Doll. 7% Anleihe der Arbed (Emissionskurs 92½%) beteiligt. Legen ferner 4 Mill. Doll. 5½% Bonds der Stadt Oslo zu 97 % auf.

Lee, Higginson & Co., Boston. Legen u. a. als Führer des Konsortiums auf: 4 Mill. Doll. 7½% Anl. der Stadt Porto Alegre zu 96% und 3,3 Mill. Doll. 5½% Anl. der Dominikanischen Republik zu 98%. Beteiligen sich an 15 Mill. Doll. Anl. der Deutschen Girozentrale und 15 Mill. Doll. Anl. der Sächsische Werke A. G. — George C. Lee wird Vorstandsmitglied der First National Bank in Boston.

I. P. Morgan & Co., New York. Die Verhandlungen mit Belgien über eine Währungs-Anleihe verlaufen ergebnislos. Es gelingt nicht, die im Vorjahr aufgelegte 100 Mill. Doll. Anleihe Italiens voll abzusetzen; bei Auflösung des Anleihekonsortiums erleidet die Anleihe einen scharfen Kurssturz. Die Firma legt u. a. auf: 50 Mill. Doll. 5% Serienbonds der General Motors Acceptance Co., ferner 10 Mill. Doll. 7% Anl. der Fiat-Werke und 20 Mill. 6% Anl. Argentiniens zu 96%. Bemüht sich um eine Reorganisation des amerik.-englischen Schiffahrtstrust; die Verhandlungen über den Verkauf der White Star Line verlaufen zunächst ergebnislos. Die dem Hause Morgan nahestehende International Securities Trust Co. of America kündet eine Dividende von 200%, zahlbar am 1. Sept. 26, an.

National Bank of Commerce, New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 515,01 (i. V. 504,57) Mill. Doll. Verteilt wie i. V. Vierteljahrsdividenden von 4% = 16% p. a. Beschließt, 10 Mill. Doll. vom unvert. Gewinn auf den Surplus zu übertragen, der dadurch auf insgesamt 35 Millionen Dollar ansteigt bei 25 Mill. Doll. Akt. Kap. Der Vizepräsident der Auslandsabteilung, Broderick, geht mit der Kommission des Prof. Kämmerer nach Polen, um die Möglichkeit einer Anleihe zu prüfen. Empfängt von der neugegründeten Banco Central de Chile ein Depot von 10 Mill. Doll. in Gold.

National City Bank, New York. Uebernimmt durch Kauf die Peoples Trust Co., Brooklyn, die nach den gesetzl. Bestimmungen zunächst in eine Nationalbank umgewandelt und dann fusioniert wird. Verteilt wie i. V. 4% Vierteljahrdividenden = 16% p. a. Die fremden Gelder betragen Ende Juni 963,55 Mill. Doll. Der Vorsitzende der Anaconda Copper Co., Ryan, wird in die Verwaltung der Bank kooptiert.

Digitized by Google

National City Co., New York. Gewährt der tschechoslowakischen Regierung einen Revolving-Kredit von 20 Mill. Doll. Legt u. a. auf: 15 Mill. Doll. 6½%, 5 Mill. Doll. 7% Oblig. der Sächsischen Landespfandbriefanstalt zu 93½%, 7,5 Mill. Doll. 7% Oblig. der Ilseder Hütte zu 94%, ferner (zus. mit Morgan) 20 Mill. Doll. 6% Argentin. Anl. und 50 Mill. Doll. Serienbonds der General Motors Acceptance Co.

New York Trust Co., New York. Fremde Gelder am 30. 6. 26: 235,69 (i. V. 225,86) Mill. Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von 5% = 20% p. a.

Speyer & Co., New York. Lagen u. a. auf: 5 Mill. Doll. 7% Anl. d. Stadt Leipzig 94¾% und 7,5 Mill. Doll. 7% Wasserwerks-Anleihe des Staats Sao Paolo zu 96½%.

State Bank of New York. Fremde Gelder am 25. 3. 26: 101,24 (Ende 25: 113,04) Mill. Doll. Verteilt Vierteljahrsdividenden von 4% = 16% p. a.

Umschau.

KAPITALSERHÖHUNGEN UND ZWISCHENBILANZEN.

In der ersten Augusthälfte sind im Abstand von wenigen Tagen drei der sieben Berliner Großbanken mit der Absicht hervorgetreten, den deutschen Kapitalmarkt durch Ausgabe teils neuer, teils früher nach dem Auslande begebener eigener Aktien in Anspruch zu nehmen. Den Anfang machte die Deutsche Bank, indem sie ankündigte, daß die Ende 1924 an ein befreundetes London-New Yorker Bankkonsortium begebenen 40 Millionen Rm. Aktien nach Deutschland zurückgeführt und hier in der Hauptsache den Bankaktionären angeboten werden sollten. Es folgte die Dresdner Bank mit der Bekanntgabe einer Emission von 22 Millionen Rm. Aktien, von denen der Hauptteil ebenfalls für die Aktionäre bestimmt ist. Und schließlich trat die Disconto-Gesellschaft mit der Absicht an die Oeffentlichkeit, 35 Mill. Rm. neue Aktien auszugeben, von denen jedoch nur ein Teilbetrag von 20 Millionen Rm. an die Aktionäre, 10 bis 12 Millionen dagegen an ein amerikanisches Finanzhaus gehen sollen. Man hat aus der gegensätzlichen Taktik der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, von denen die eine ihre Aktien aus dem Auslande zurückholen, die andere aber Aktien dort unterbringen will, auf eine Verschiedenheit in der Beurteilung des deutschen Kapitalsmarkts und seiner Tragfähigkeit geschlossen, und tatsächlich findet diese Auffassung eine Stütze in gelegentlichen Aeußerungen der beiden Banken. Man darf aber die grundsätzlichen Erwägungen, die in der entgegengesetzten Emissionspraxis der Banken und deren öffentlicher Begründung Ausdruck zu gewinnen scheinen, nicht überschätzen, wie man sich überhaupt davor hüten muß, aus jeder Maßnahme einer Großbank auf ein bestimmtes Programm oder auf eine ausgeprägte weltwirtschaftliche Anschauung zu schließen. Im vorliegenden Falle dürften die Motive, die der äußerlich so scharf kontrastierenden Politik der Deutschen und der Disconto zu Grunde liegen, bis zu einem gewissen Grade identisch sein. Hier wie dort besteht wohl der Wunsch, angesichts der nach Bank-Auffassung noch immer mit Vorsicht zu beurteilenden Lage des deutschen Kapitalmarkts sich das Wohlwollen und die Hilfsbereitschaft großer Weltfinanzhäuser zu sichern; und diesen Zweck glaubt die eine Bank an besten zu erreichen, indem sie ihren ausländischen Freunden eigene Aktien mit hohem Gewinn (der ziffernmäßig wohlweislich nicht genannt wird) wieder abnimmt, während die andere Bank in der gleichen Absicht eigene Aktien zu vorteilhaften Bedingungen (die ebenfalls nicht genau angegeben werden) an ihre Auslandsfreunde verkauft und so deren Gewinn in die Zukunft verlegt; denn daß die Aktien in naher Zeit wieder nach Deutschland zurückfließen werden, daran glaubt auch die Disconto-Gesellschaft so fest, daß sie sich sogar vertraglich gegen einen allzu frühen Rückfluß gesichert hat. Noch ähnlicher werden sich die beiden äußerlich so verschiedenen Verfahrensarten, wenn man sie mit dem internationalen Kreditgeschäft der Banken in Zusammenhang bringt und sich vergegenwärtigt, daß weder die Hingabe noch die Rücknahme der Aktien mit einer Kapitalbewegung verknüpft zu sein braucht. Bei der Disconto-Gesellschaft ist das sogar so gut wie sicher. Die Bank beteiligt nämlich die neuen

Digitized by Google

Zweimonatsbilanzen deutscher Kreditinstitute
per 30. Juni 1926.

in Millionen RM.	Deutsche Bank	Disconto-Gesellsch.	Dresdner Bank	Darmstädt.- u. Nationalbank	Commerz- und Privat-Bank	Mitteld. Creditbank	6 Berliner Banken	85 Kreditbanken (inkl. Berlin)	20 Staats- u. Landesbanken	3 Hypoth.-banken	15 Girozentralen
Aktiva											
Kasse, Sorten u. Kupons	28,1	7,8	17,7	13,3	10,5	10,0	87,4	112,3	11,5	6,3	8,4
Guthaben b. Notenbank.	20,8	3,2	11,4	13,2	7.5	0,9	57,0	79,1	12,0	5,6	5,6
Eigene Akzepte	—	—	—	—	—	—	—	2.6	2,2	1,2	—
Eigene Ziehungen . . .	—	—	—	—	—	—	—	2,0	5,6	—	—
Solawechs. d. Kundschaft	—	—	—	—	—	—	—	0,4	—	—	—
Sonstige Wechsel und Schatzanweisung. .	373,5	197,7	323,0	291,2	181,5	30,3	1397,2	1769,8	340,2	75,5	183,2
Nostroguthaben bei Banken	189,0	95 9	166,5	159,1	67,1	25,6	703,2	873,9	306,0	56,5	156,1
Effekten-Reports . . .	55,9	34,6	54,8	50,4	102,0	14,2	311,9	376,7	85,4	—	16,4
Warenvorschüsse . . .	85,9	37,5	116,0	74,0	34,7	2,5	350,6	412,9	2,0	—	—
davon gedeckt:											
a) durch Waren- oder Frachtscheine . . .	40,0	26,1	47,2	49,0	16,1	0,6	179,0	215,3	1,6	—	—
b) durch a. Sicherheiten	21,6	8,9	31,3	11,3	2,2	1,2	76,5	90,0	0,3	—	—
Effekten, davon											
a) Staatsanleihen und verzinsl. Schatzanw.	7,3	0,2	1,6	3,1	0,3	—	12,5	14,3	18,2	9,3	14,6
b) sonst. bei derReichsbank beleihbar . .	3,5	1,4	2,0	4,3	1,6	0,3	13,1	22,8	16,7	13,6	25,0
c) sonst. börsengängige	5,7	6,1	9,5	7,4	12,0	0,1	40,8	65.0	11,2	11,4	—
d) weitere Effekten . .	2,4	1.4	1,8	1,7	0,7	—	8,1	23,1	3,9	5,9	20,6
Konsortialbeteiligungen	16,1	17,0	11,2	15,5	5,1	—	64.9	83,8	19.8	4,8	1,6
Dauernde Beteiligungen	22,4	69,4	23,5	21,0	3,7	—	140,0	188,1	6,7	11,4	24,1
Debitoren, gedeckt . . .	374,9	300.6	318.4	343,6	237,0	44,8	1619,3	2207,1	989,9	121,8	348,1
Debitoren, ungedeckt . .	318,2	82,8	175,2	137,6	77.3	7,4	793,5	1000,1	197,7	52,3	
Bankgebäude	46,5	30.8	30,0	25,0	23,5	8.2	161,0	249,5	15,8	12,1	16,8
Sonstige Immobilien . .	3,5	5,5	1.2	—	2,6	2,5	15,3	26,7	4,3	2,1	4,6
Sonstige Aktiven . . .	—	—	—	—	—	3,3	3,3	31,9	223,7	307,5	20,7
Passiva											
Aktienkapital	150,0	100,0	78,0	60,0	42,0	22,0	452,0	724,7	119,5	51,5	94,2*)
Reserven	55,0	35.0	25,0	40,0	22,0	2,2	179,2	246,7	18,4	14,5	19,8
Kreditoren	1251,9	698.5	1118,3	1002,0	671,7	114,1	4856,5	6134,5	1910,2	302,1	1217,6
a) Nostroverpflichtung.	1,2	32,0	0,2	1,4	2,7	0.1	37,6	53,2	48,8	—	45,7
b) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	63,5	35,6	80,7	35,2	19.3	0,3	234,6	299,9	4,6	—	0,3
c) Bankguthaben . . .	147,9	128,7	147.8	169.0	19,2	15,1	627,7	750,2	184,4	27,7	168,7
d) provisionsfr. Einlag.	711,3	322,9	418,6	546,2	365,2	47,5	2411,7	3045,0	1411,2	232,5	993,0
1. innerhalb 7 Tagen fällig	402,2	185,1	195,2	237,2	225,8	24,1	1269,6	1544,7	579,7	114,5	428,4
2. von da bis zu 3 Monaten fällig .	298,2	131,1	217,2	288,7	127,2	22,8	1085,2	1380.7	611,4	108,1	416,5
3. nach 3 Monaten fällig	10.8	6,6	6,1	20,3	12,1	0,6	56,5	119,4	220,1	9,9	148,1
e) Sonstige Kreditoren	327,9	179,3	470,9	250,1	265,2	50,9	1544,3	1986,1	261,0	41,8	9,8
1. innerhalb 7 Tagen fällig	292,6	113,9	227,5	132,2	71,9	35,3	873,4	1164,2	125,7	31,3	6,4
2. von da bis zu 3 Monaten fällig . .	24,7	52,2	217,4	102,9	193,1	15,3	605,6	727,0	86,0	10,3	2,8
3. nach 3 Monaten fällig	10,6	13,2	25,9	14,9	0,2	0,2	65,0	94,9	49,3	0,2	0,6
Akzepte	66,2	45,6	36,8	41,9	22,9	5,1	218,5	295,0	16,0	18,7	—
Schecks	5,4	3,8	2,0	1,2	1,1	0,1	13,6	14,2	—	—	1,2
Sonstige Passiva	20,5	9,3	3,8	15,5	7,8	6,6	63,5	128,8	225,6	322,8	33,1
Außerdem:											
Avale	99,4	22,7	46,6	39,5	33,1	1,9	243,2	332,6	20,3	26,0	25,6
Eigene Ziehungen überh.	—	—	—	—	—	—	—	6,0	7,1	—	—
davon f. Rechnung Dritter	—	—	—	—	—	—	—	1,4	0,8	—	—

*) Betriebskapital.

Digitized by Google

Aktien, deren Erlös ihr doch erst zufließt, nachdem der größere Teil des Geschäftsjahres abgelaufen ist, an der Dividende des ganzen Jahres. Wenn das keine Willkür, sondern in den Verhältnissen begründet ist, so hat die Bank zum mindesten mit dem Pariwert der neuen Aktien schon seit langem gearbeitet. Die Ausgabe der letzteren bedeutet, wenn das zutrifft, nur eine Umwandlung von Krediten, darunter ausländischen, in eine Beteiligung und somit nichts, was auf eine neue Inanspruchnahme des internationalen Markts deutete. Auch aus der Tatsache, daß nach jahrelanger Pause drei Kapitaltransaktionen erster Banken fast gleichzeitig aktuell werden, darf man keine weitgehenden Schlüsse ziehen, am wenigsten nach der Richtung der Konjunktur-Beurteilung. Die Deutung kann ebenso gut eine günstige sein, indem sie die Emissionen auf die Erwartung eines zunehmenden Geschäftsumfangs zurückführt, wie eine ungünstige, indem sie den Banken die Ansicht unterstellt, dem Kreditrisiko der nächsten Zeit müsse mit einem erhöhten Garantiekapital begegnet werden. Nicht einmal die naheliegende Auffassung, daß es letzten Endes Prestige-Gründe seien, die die Bankenpolitik bestimmen, findet eine Stütze in den Tatsachen; denn die Disconto-Gesellschaft läßt die gute Gelegenheit, ihr Kapital auf die Höhe des Kapitals der Deutschen Bank zu bringen, ungenutzt. Nur das eine läßt sich aus den Kapitalserhöhungen mit Sicherheit entnehmen: die Banken halten die gegenwärtige Börsenlage für in hohem Grade geeignet zur Plazierung von Aktien, deren Ausgabe früher oder später doch spruchreif werden würde. Und das weiß man ohnehin. Im Lichte der letzten vorliegenden Zweimonatsbilanzen, derjenigen für Ende Juni (vgl. die beigegebene Tafel), erscheinen die Kapitalserhöhungen verständlich, ohne daß jedoch ein zwingendes Bedürfnis erkennbar würde. Das Verhältnis der fremden Gelder zum Eigenkapital der Banken hat sich infolge des fortgesetzten starken Ansteigens der Einlagen und Kreditorengelder einerseits und des scharfen Zusammenschneidens der Aktienkapitalien andererseits allmählich so verändert, daß Kapital und Reserven, also die Garantiemittel, durchschnittlich nur noch etwa 15% der Verpflichtungen — ohne Akzepte — ausmachen, während sie am Stichtage der Goldumstellung, dem 1. Januar 1924, annähernd 60 Prozent ausgemacht haben. Auch gegenüber den letzten Vorkriegsziffern hat sich die Deckung der fremden Gelder durch die Eigenkapitalien — damals etwa 30 Prozent — erheblich verringert. Wer die Garantiefunktion der bankeigenen Mittel für ein wichtiges Moment hält, sei es auch nur im Hinblick auf die Beurteilung der Banken durch Dritte, wird daher den Wunsch der Bankleitungen, das Aktienkapital prozentual zu steigern, begreiflich finden. (Obgleich die Erfahrung gezeigt hat, daß das angelsächsische Prinzip, die Garantie mehr in die Anlage- und Kreditpolitik als in die Eigenkapitalien zu legen, den Vorzug verdient.) Andererseits lassen die letzten Ausweise der Banken erkennen, daß ein unmittelbarer Geldbedarf nicht vorhanden ist. Gewitzigt durch die Erfahrungen des vorigen Jahres sind die Banken den Kreditansprüchen von Handel und Industrie gegenüber sehr zurückhaltend. Obwohl ihre werbenden Mittel wiederum nicht unerheblich gestiegen sind, und obwohl sie die Rediskont-Bereitschaft der Reichsbank kaum in Anspruch genommen haben, zeigen ihre Wechselbestände keine nennenswerte Vermehrung. Buchkredite (Debitoren) zeigen sogar, zum ersten Mal seit der Umstellung, einen Rückgang, obwohl die in ihren enthaltenen Effektenbeleihungen zu Spekulationszwecken zugenommen haben, was nicht nur börsennotorisch ist, sondern auch bilanzmäßig aus der Verschiebung zwischen gedeckten und ungedeckten Debitoren hervorgeht. Die Folge dieses Rückgangs der regulären Kreditgewährung ist, daß wiederum große Beträge dem Auslande (Nostro-Guthaben), der Börse (Reports) und dem Importhandel (Warenvorschüsse) zur Verfügung gestellt worden sind. Das ist eine Entwicklung, die, wenn man sie als symptomatisch für die Zukunft ansehen wollte, alles andere eher als eine Kapitalserhöhung rechtfertigen würde. Die Banken selbst sind aber anscheinend der Ansicht, daß ihre letzten Ausweise einen anormalen Geschäftsstand wiederspiegeln, der schon in kürzester Zeit von einem neuen Aufschwung sowohl des Kredit- wie des Konsortialgeschäfts abgelöst werden wird. Wenn ihre Worte auch noch auf Vorsicht und Zurückhaltung gestimmt sind, so bewoisen doch ihre Taten, insbesondere ihre jetzigen Aktien-Emissionen, daß sie zuversichtlich in die Zukunft blicken. Den drei Kapitalserhöhungen werden daher zweifelsohne sehr bald solche anderer Banken folgen.

Digitized by Google

DIE BÖRSENEINFÜHRUNG DER STAHLVEREINS-AKTIEN.

Seitdem in Deutschland das gute Geld wieder das Selbstverständliche geworden ist und damit die von der Währung ausstrahlenden wirtschaftlichen Kardinalfragen in den Hintergrund getreten sind, beginnen die Probleme zweiter Ordnung sich aus dem Schatten wieder an das Licht zu drängen. Das Aktienwesen, die Banken und die Börse werden von der Wirtschaftskritik genauer unter die Lupe genommen, und es stellt sich dabei heraus, daß sie, wie der kaufmännische Geist überhaupt, in der Treibhausluft der Inflation einigermaßen verwildert sind. Es stellt sich aber des weiteren heraus, daß auch die Kritik selbst unter den Erschütterungen der Nachkriegszeit gelitten und viel von ihrer normalen Sehschärfe eingebüßt hat. Es mangelt vielfach das Unterscheidungsvermögen für das, was wichtig oder unwichtig ist, was organisch in den alten Einrichtungen wurzelt oder die Folge neuer Inflationsgewohnheiten bildet. Das ist so recht deutlich erkennbar bei der scharfen Beurteilung, welche die Vorgänge bei der Einführung der Ver. Stahlwerke-Aktien an der Berliner Börse in der Oeffentlichkeit gefunden haben. Der Tatbestand ist in Kürze der folgende: Die 800 Millionen Mark Aktien der Gesellschaft, die aus der Vereinigung einer Reihe führender Werke entstanden ist und gern „der deutsche Stahltrust" genannt wird, sind auf Grund des üblichen Prospekts zum Handel an der Berliner Börse zugelassen und am 23. August in den offiziellen Börsenverkehr eingeführt worden, nachdem das gesetzliche Sperrjahr, das eigentlich zwischen Gründung und Zulassung hätte liegen müssen, vom Ressortminister aufgehoben worden war. Zum Angebot kamen ungefähr 20 Millionen Mark Aktien, welche die Muttergesellschaften zum vorgesehenen Einführungskurse von 130 Prozent herzugeben bereit waren. Die Nachfrage der Börse belief sich aber auf mehrere Milliarden Mark, weil man die Aktien erheblich höher bewertete, sie im freien Verkehr bereits seit einigen Tagen mit 146 bis 148% handelte und einen Kauf zu 130 Prozent daher als unbedingt gewinnbringend ansah. Die Folge dieses Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage war, daß die Börsenorgane der Aufgabe, das verfügbare Stückmaterial auf die hundertmal zahlreicheren, viele Waschkörbe füllenden Kaufordres aufzuteilen, hilflos gegenüberstanden, daß es zu Skandalszenen zwischen den Maklern und den vor den Schranken Kette bildenden Börsenvertretern kam, und daß die Verteilung der Stücke schließlich durch einen Willkürakt erfolgte, bei dem die meisten Kaufwilligen leer ausgingen. In der Presse hat das zu geharnischten Angriffen gegen die ganze Technik der Börseneinführung und gegen alle beteiligten Organe geführt: Gegen die Muttergesellschaften des Stahlvereins, weil sie zwar dessen 800 Millionen Mark Aktien notiert sehen, aber nur 20 oder höchstens 30 Millionen Mk. davon hergeben wollten; gegen die Banken, weil sie die verfügbaren Aktien im Wege der Börseneinführung statt in dem der öffentlichen Subskription an den Mann brachten; gegen den Börsenvorstand und die Zulassungsstelle, weil sie die Aktien zum Handel zuließen, ohne für die Bereitstellung eines der Nachfrage besser entsprechenden Aktienpostens zu sorgen; gegen die Börsenspekulation, weil sie sich in wilder Fieberhitze auf ein Papier stürzte, von dessen Rentabilität sie nur höchst ungewisse Vorstellungen haben konnte; und schließlich gegen die Regierung, die das der Einführung vorangehende gesetzliche Sperrjahr ohne zwingenden Grund aufgehoben hatte. Nun sind die Vorgänge, die den Anlaß zu dieser Kritik gegeben haben, sicherlich unerfreulich, und ihrer Wiederholung muß — obwohl es gewichtigere Uebelstände gibt — selbstverständlich vorgebeugt werden. Aber die konkreten Vorwürfe, welche die Kritik erhebt, sind sämtlich unberechtigt und treffen nicht den Kern der Sache. Die Muttergesellschaften der Ver. Stahlwerke haben als deren Aktionäre zwar den begreiflichen Wunsch gehabt, die Aktien an der Berliner Börse notiert zu sehen, um bei eintretendem Geldbedarf zu Verkäufen schreiten zu können. Ihnen aber aus diesem Grunde zuzumuten, sofort am Tage der Zulassung bezw. der Einführung ihren ganzen Aktienbestand oder einen großen Teil davon herzugeben, ist nicht nur unbillig, sondern wegen der damit verbundenen übermäßigen Kapital-Mobilisierung auch volkswirtschaftlich bedenklich. Daß die Banken die Aktien nicht öffentlich zur Subskription gestellt, sondern börsenmäßig verkauft haben, entspricht einem Verfahren, das lange vor dem Kriege geübt wurde und keineswegs nur Nachteile, sondern auch Vorteile hat. Im übrigen würde das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nicht etwa kleiner,

Digitized by Google

sondern noch größer gewesen sein, wenn das breite Publikum in den Zeitungen zur Zeichnung auf ein Papier aufgefordert worden wäre, in dem es — mit Recht oder Unrecht — den Exponenten der neuesten Entwicklung Deutschlands erblickt; nur daß die Zuteilungs-Willkür und die daran anknüpfenden erbitterten Auseinandersetzungen von der Börse in die Banken verlegt worden wären. Was den Börsenvorstand betrifft, so würde er, ganz abgesehen davon, daß er an bestimmte Usancen gebunden war, nicht das mindeste gebessert haben, wenn er statt der verfügbaren 20 Millionen Mark Aktien das doppelte oder dreifache dieses Betrages für die Zuteilung zum ersten Kurse gefordert hätte; gegenüber der Milliarden-Nachfrage bedeutete das Mehr einen Tropfen auf den heißen Stein. Ob es von der Preuß. Regierung richtig war, die Sperrfrist zwischen Gründung und Börsenzulassung in diesem Falle aufzuheben, mag fraglich sein, obwohl der Sinn der Sperrvorschrift dadurch nicht verletzt erscheint. (§ 41 des Börsen-Gesetzes will lediglich unbekannte Papiere von der Börse fernhalten, während es sich hier um ein Papier handelt, das seinem Ursprung nach der Börse vertraut ist.) Aber die Beseitigung der Sperrfrist hat nicht das mindeste mit den Vorgängen bei der Einführung zu tun, die sich andernfalls genau so, nur zu einem anderen Zeitpunkt, abgespielt haben würden. Denn der Ansturm der Spekulation auf das neue Papier hatte seinen Grund lediglich darin, daß eine Aktie, die börsenmäßig bereits mit 146 bis 148% bewertet wurde, jetzt mit 130% zum Angebot kam. Und man kann der Börsenspekulation, die ebenfalls auf der Anklagebank sitzt, wirklich keinen Vorwurf daraus machen, daß sie zugreift, wenn jemand ihr etwas schenkt. Aber hier sind wir beim springenden Punkt: Die Börse ist nicht der Ort, an dem Geschenke gemacht werden dürfen. Ihre ganze Organisation ist darauf zugeschnitten, daß jede an ihr gehandelte Anlage nach dem Werte bezahlt wird, den das Börsenhändlertum und dessen breites Hinterland, der Kapitalmarkt, ihr beimißt, und die Organisation gerät notwendig in Verwirrung, sobald für ein Börsenpapier zwei Preise, ein Handelspreis und ein Vorzugspreis, aufgestellt werden. Es ist zu fordern, daß jede Bank, die sich der Börse als Instrument des Aktienvertriebs bedient, die Grundbedingungen des Börsenverkehrs respektiert und für die Aktien denjenigen Preis nimmt, den die Börse ihr bietet. Wären die Stahlvereins-Aktien ohne Kursfixierung zum Angebot gekommen, so wären sie vermutlich zu einem zwischen 146 und 148 % liegenden Kurse glatt und ohne jedes Aufsehen vom Markte absorbiert worden; ein Kursgeschenk von 16 oder 18 % dagegen mußte zur Verkehrsstörung führen. Die Börsenorgane werden daher gut tun, künftig Börseneinführungen mit vorgeschriebenem ersten Kurse nicht zuzulassen und Banken, die aus Verantwortlichkeits-Bewußtsein oder Prestige-Gründen einen besonders niedrigen Ausgabekurs für die von ihnen emittierten Aktien wünschen, auf den Weg der Direkt-Ausgabe (Subskription) zu verweisen.

Literatur

Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, ihr Aufbau und ihre Funktionen. Dargestellt und erläutert von Dr. jur. Hans Pröhl. Berlin 1926. Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. (Mk. 5,—). — Aus dem Inhalt: Text des Gesetzes. — Erläuterungen zum Gesetze. — Aufgabenkreis der Rentenbank-Kreditanstalt. — Die Zinspolitik. — Die für die Weiterleitung des Personalkredites in Frage kommenden Anstalten. — Die Ausübung der Reichsaufsicht. — Die Emissionsmethode der Rentenbank-Kreditanstalt. — Die Golddiskontbankkredite. — Liquidation der Rentenbank-Kreditanstalt.

Umsatzsteuergesetz (Neueste Fassung nach dem Stande vom 1. April 1926) mit den Ausführungsbestimmungen. Fünfte Auflage. Erläutert von Geheimem Oberjustizrat Otto Lindemann. Berlin und Leipzig 1926. Walter de Gruyter & Co. (518 und 18 Seiten). — Aus dem Inhalt: Allgemeine Vorschriften. Herstellersteuer. — Kleinhandelssteuer. — Umatzsteuer auf Leistungen besonderer Art. — Ueberwachung der Steuerpflichtigen. — Steuerberechnung und Veranlagungsverfahren. — Straf-, Uebergangs-, und Schlußvorschriften. — Ausführungsbestimmungen. — Sachregister.

Digitized by Google

Reichsbank und Deutsche Privatnotenbanken im Juli 1926.

(in Millionen Reichs-Mk.)

Reichsbk.		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfäh. Devisen	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks*)	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.	Privatguthaben	An Kündigungsfrist geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 7.		1597,9 (1492,2)	344,4	15,5	1273,1	7,6	89,5	620,3	122,8	237,0	2892,7	579,4		—	116,4
15. 7.		1602,5 (1492,3)	335,4	20,9	1192,5	12,9	89,5	693,5	122,8	237,0	2738,0	705,6		—	143,8
23. 7.		1608,3 (1492,5)	308,4	23,0	1130,4	8,3	89,5	714,4	122,8	237,0	2644,9	748,7		—	129,0
31. 7.		1602,0 (1492,5)	494,8	9,2	1198,8	80,3	89,5	646,5	122,8	237,0	3106,5	538,1		—	116,7
Bayer. Notenbank	7.	28,5	6,0	1,8	54.6	0,7	10,7	10,0	15,0	14,3	67,7	1,9		0,3	0,9
	15.	28,5	5,9	1,9	53,5	0,8	10,7	9,6	15,0	14,3	66,5	1,9		0,3	0,9
	23.	28,5	6,1	1,4	52,9	0,7	8,0	11.8	15,0	14,3	65,0	1,6		0,3	1,0
	31.	28,5	6,0	3,7	54,5	0,7	8,1	9,1	15,0	14,3	67,2	0,8		0,3	1,0
Sächs. Bank	7.	21,0	12,1	3,2	46,5	0,8	3,9	8,8	15,0	3,5	61,1	6,0		4,2	3,2
	15.	21,0	12,1	1,4	44,3	0,9	3,9	9,2	15,0	3.5	57,5	6,0		4,2	3,3
	23.	21,0	12,1	1,2	44,2	0,7	3,9	8,0	15,0	3,5	55,0	6.8		4,2	3,3
	31	21,0	12,1	3,0	45,4	0,9	3,9	7,6	15,0	3,5	56,8	7,7		4,2	3,4
Württemb. Noten-Bank	7.	8,1	4,5	2,1	30,8	8,1	8,7	36,6	7,0	1,7	24,9	5,4		49,3	4,4
	15.	8,1	4,5	1,2	30,4	8,3	8,7	36,8	7,0	1,7	24,5	5,4		48,8	4,4
	23.	8,1	4,5	2,5	30,6	7,1	8,7	44,7	7,0	1,7	25,6	12,8		48,6	4,3
	31.	8,1	4,5	1,0	30,1	7,6	8,7	37,9	7,0	1,7	24,5	7,1		47,2	4,2
Badische Bank	7.	8,1	4,3	4,1	30,6	0,6	8,8	26,5	8,3	2,1	24,9	19,4		19,4	3,4
	15.	8,1	4,4	0,7	29,6	0,6	9,0	27,4	8,3	2,1	24,0	17,2		19,6	3,2
	23.	8,1	4,3	1,7	29,1	0,8	8,9	30,7	8,3	2,1	23,7	21,1		19,6	3,2
	31.	8,1	4,2	2,3	29,2	0,7	8,9	27,8	8,3	2;1	23,7	17,8		20,5	3,4

*) Reichsschatzwechsel u. von der Reichsbank bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel sind nicht vorhanden.

Digitized by Google

Bank von England

Wochenausweise im Juli 1925-1926 (Mill. Pfd. Sterlg.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regier. Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bankdisk. %
					staatl.	priv.	absolut	l.° od. tägl. fäll. Verb.	
1926 7. 7.	150 5	37 5	74.5	142 2	16 5	105 6	28.0	22.98	5
14. 7.	151.3	38 9	72.8	141 4	9 3	114.0	29.6	24 00	5
21. 7.	151 7	40 5	69.9	141.3	7.6	114.9	30.1	24.58	5
28. 7.	152.1	34 9	68.5	142.0	9.7	105.5	29.8	25.91	5
1925 9. 7.	158.8	42 5	72.0	145.2	11.2	118 6	33 4	25.72	5
16. 7.	161 5	36 0	71.6	143.1	12.6	115.2	38.2	29.86	5
23. 7.	163.2	34 9	69.7	143.4	15.6	110 7	39.6	31 35	5
30. 7.	164.2	33.6	69.2	144.7	20.7	103.3	39.2	31.67	5

Bank von Frankreich

Wochenausweise im Juli 1925-1926 (Mill. Francs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	Unverfallene Wechsel	gestund. Wechsel	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen		Bankdisk. %
								staatl.	priv.	
1926 8. 7.	5548,6	337.5	576,2	4869,7	—	45450,1	54861,9	38,5	3342,2	6
15. 7	5548,6	337,7	577,0	5225,8	—	45490,8	54918,0	12,9	3220,8	6
22. 7.	5548,6	337,7	576,4	5218,0	—	46079,8	55005,8	38,2	3846,7	6
29. 7.	5548,6	337,7	576,5	6709,9	—	45127,3	56021,6	17,2	4326,3	6
1925 10. 7.	5546,7	311.4	581,1	3352,0	5,9	35522,1	44493,7	14,1	2473 8	6
17. 7.	5546.8	311,9	581,2	3166.9	5,9	35927.1	44532,4	33,4	2493,9	6
24. 7.	5546,8	312,0	582,1	3044,7	5,9	35454,4	44220,9	51,4	227 ,4	6
31. 7.	5546,9	312,2	581,7	3638,8	5,9	35224,8	44496,0	58,8	2452,3	6

[1]) Einschl. Gold im Ausland (a. 29. Juli: 1864,3 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Vorschüsse an den Staat (a. 29. Juli: 37 450 Mill. Frcs. einschl. des ewigen Vorschusses) sowie die Vorschüsse an Verbündete. (a. 29. Juli: 5389 Mill. Frcs.)

Bank von Danzig.

Halbmonatsausweise von Januar bis März 1926. (Mill. Danziger Gulden.)

Ausweis-Tag-	Gold u. Guthaben bei Bk. v. Engld.	Danziger Metallgeld	Valuten	Wechsel	Lombard	tägl. fällige Verbindlichk.	Notenumlauf	Bankdiskont %
15. 1.	14.5	3,0	17,6	15,9	0,8	5,3	30,0	9
30. 1.	15.1	2,8	17,3	15,9	2,5	4,5	32,3	8
15. 2.	14.3	2,9	19,2	14,6	0,6	5,2	29,9	8
27. 2.	16.1	2,8	18,8	14,4	0,7	4,3	31,7	8
15. 3.	14.7	3,0	18,9	14,1	0,6	3,9	29,8	8
31. 3.	17.8	2,7	18,6	14.5	0,7	3,0	33,5	8

Digitized by Google

Amerikanisches Bundes-Reserve-Amt

Wochenausweise vom Januar bis Juni 1926 (in Millionen Dollar)

Ausweistag	Gold[1])	Sonst. Barbestand	Wechsel	Staatswerte	Eingez. Kptl.	Regierungs Einlag.	Einlag. der Mitgld.-Banken	B. R. Noten-Umlauf [3])	[2]) Bankdisk. %
6. 1.	2744,0	138,0	938,3	369,4	117,3	17,5	2278,1	1777,6	3½
13. 1.	2799,0	150,8	833,2	368,8	117,3	17,1	2279,7	1733,3	4
20. 1.	2814,8	152,1	759,0	370,0	118,2	27,6	2242,7	1692,0	4
27. 1.	2801,2	152,1	744,0	365,1	118,3	28,9	2216,9	1667,3	4
3. 2.	2791,9	147,3	790,1	349,8	118,1	43,4	2215,2	1662,5	4
10. 2.	2794,9	144,4	833,9	333,2	118,4	29,2	2239,1	1667,8	4
17. 2.	2789,3	150,9	840,0	334,4	118,9	39,9	2262,3	1661,1	4
24. 2.	2766,6	149,9	844,2	330,6	119,3	36,7	2202,9	1679,4	4
3. 3.	2764,8	148,8	869,8	325,8	119,7	52,5	2224,3	1675,4	4
10. 3.	2799,2	151,7	786,9	359,7	120,0	48,6	2209,7	1671,8	4
17. 3.	2811,3	153,4	737,7	352,6	120,4	7,1	2230,3	1659,2	4
24. 3.	2794,5	155,3	869,8	308,2	120,4	68,9	2218,0	1659,0	4
31. 3.	2766,9	153,0	882,0	329,8	120,4	85,8	2215,2	1656,5	4
7. 4.	2783,3	150,3	808,3	342,0	120,5	60,6	2191,6	1652,9	4
14. 4.	2781,8	157,0	851,3	377,0	120,9	43,2	2283,2	1681,1	4
21. 4.	2795,2	155,2	679,1	388,6	121,9	23,8	2171,1	1662,3	4
28. 4.	2797,1	157,0	712,7	388,8	122,1	16,4	2202,8	1662,0	3½
5. 5.	2792,5	158,0	760,5	395,3	122,2	27,8	2230,8	1672,0	3½
12. 5.	2803,6	163,2	704,6	396,3	122,4	27,5	2193,5	1675,5	3½
19. 5.	2814,7	162,3	716,4	398,6	122,5	19,8	2236,6	1665,2	3½
26. 5.	2816,1	159,4	712,8	395,1	122,6	24,3	2195,2	1672,8	3½
2. 6.	2797,2	149,3	769,1	404,2	122,7	15,8	2225,3	1704,1	3½
9. 6.	2833,2	149,3	698,0	418,3	122,7	4,1	2224,5	1692,9	3½
16. 6.	2836,6	147,7	626,5	482,2	122,8	6,1	2260,8	1688,2	3½
23. 6.	2846,6	148 9	726,4	383,1	122,8	11,8	2225,3	1682,8	3½
30. 6.	2834,9	144,7	764,4	385,3	122,8	10,7	2228,8	1697,3	3½

[1]) Einschließlich des Goldes beim „agent". Die dagegen ausgegebenen Noten sind im angegebenen Umlauf mit enthalten. [2]) Vgl. Anm. 1. [3]) In New York für Handels-Wechsel mit 90 Tagen Laufzeit.

Bank von Japan.

Wochenausweise von Januar bis März 1926. (Mill. Yen).

Ausweis-Tag	Kasse	Wechsel	Darlehn *)	Darl. auf Devisen	Staatsanleihen	Staatsguthaben	Privatguthaben	Notenumlauf	Bankdisk. %
2. 1.	1112.4	454.7	60.1	233.8	273.5	604.4	98.6	1631.8	7.3
9. 1.	1112 1	189 9	60 1	170.1	264 7	621.6	81.4	1277.8	7.3
16. 1.	1112.1	163.1	57.8	149.5	259.7	641.0	80.0	1232.3	7.3
23. 1.	1111.4	190 0	58.1	147.9	258.5	646 4	73.7	1264.4	7.3
30. 1.	1112.4	294.6	57.8	171.6	258 6	639.6	73.7	1387.7	7.3
6. 2.	1112.9	237.3	57.8	168.5	258.6	651 8	76.9	1291.1	7.3
13. 2.	1112 9	234.2	57.9	166.3	291.9	703.0	77.4	1298.1	7.3
20. 2.	1115.5	169 3	58.9	142.2	276.4	682.9	96 7	1177 9	7 3
27. 2.	1117.1	252 6	55.7	147.2	290.3	690.9	77.7	1293 0	7.3
6. 3.	1117.2	182 6	55.1	131 2	290.0	721 1	73.5	1164.0	7.3
13. 3.	1118 0	156.5	55.1	105 7	288.7	740.9	73.6	1104.9	7.3
20. 3.	1119.2	198.4	55.2	102 6	287.3	725.4	77.7	1145.0	7.3
27. 3.	1120.0	221.8	55.3	99.4	286.6	713.3	82.6	1180.8	7.3

*) Dazu 22 Mill. Yen Darlehen an den Staat.

Digitized by Google

Oesterreichische Nationalbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. Schilling).

Ausweis-Tag	Metall, Valuten und Devisen	Wechsel, Warrants und Effekten	Darlehen gegen Handpfand	Banknoten-Umlauf	Giroguthaben und sonstige tägl. fällige Verbindl.	Bank-Diskont %
7. 4.	507,7	85,7	0,23	890,8	44,4	7,5
15. 4.	501,8	79,1	0,24	849,4	74.9	7,5
23. 4.	502,4	73,8	0.23	830,0	86,8	7,5
30. 4.	516,4	99,0	0,21	829,7	26,9	7,5
7. 5.	509,7	84,6	0,23	787,9	49,4	7,5
15. 5.	509,7	74,7	0,22	759,1	69,1	7,5
23. 5.	511,3	72,2	0,20	744,3	87,6	7,5
31. 5.	514,7	89,2	0,19	820,3	39,9	7,5
7. 6.	494,4	78,8	0,20	787,7	54,4	7,5
15. 6.	499,9	71,1	0,19	752,1	79,3	7,5
23. 6.	500,7	67,3	0,18	735,0	99,1	7,5
30. 6.	534,4	80,6	0,19	836,3	61,9	7,5

Ungarische Nationalbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Millionen Pengö)

Ausweis-Tag	Metallbestand einschl. Devisen	Wechsel, Warrants usw.	Guthaben des Staats	Guthaben der Privaten	Staatsnoten-Umlauf	Bank-Diskont %
7. 4.	234,4	139,4	183,8	12,6	345.7	7
15. 4.	229,9	135,9	194.4	15,2	344,0	7
23. 4.	231,1	138,5	201,3	15,6	339,6	7
30. 4.	242,3	167,5	174,0	9,8	410,7	7
7. 5.	241,1	162,1	181,1	12,7	392,9	7
15. 5.	234,2	150 7	189,5	10,1	371,7	7
23. 5.	230,4	147,9	202,2	12,4	347.5	7
31. 5.	239,9	174,9	187,8	16,4	387,5	7
7. 6.	239,8	160,8	194,2	12,6	373,9	7
15. 6.	244,5	150,9	197.3	9,9	361,6	7
23. 6.	231,6	147,2	192,6	11,6	354,3	7
30. 6.	229,1	165,1	166,1	9,4	395,4	7

Tschechoslowakische Nationalbank

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. tschechosl. Kronen).

Ausweis-Tag	Metall	Auslands-guthaben	Wechsel	Lombard-Darlehen	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Bank-Diskont %
1. 4.*)	1074,2	1202,8	212.3	68,5	7147,3	932,8	6
7. 4.	1074,3	1187,1	213,3	68,3	6864,6	1178,6	6
15. 4.	1074,5	1181,1	190,2	68,0	6548,2	1463,7	6
23. 4.	1072,1	1191,6	165,7	67,7	6401,7	1570,0	6
30. 4.	1072,4	1176,6	134,4	67,7	7023,7	886,4	6
7. 5.	1072,4	1205,4	135,9	67,4	6786,1	1151,8	6
15. 5.	1059,7	1236,7	128,4	65,2	6553,9	1392,2	6
23. 5.	1059,9	1229,1	115,2	65,3	6434,0	1456,6	6
31. 5.	1057,9	1262,6	110,5	65,2	6929,6	940,1	6
7. 6.	1058,0	1251,4	112,6	64.2	6770,5	1126,2	6
15. 6.	1058,0	1232,0	101,9	63,5	6548,1	1253,2	6
23. 6.	1048,1	1259,0	104,2	62,6	6437,1	1392,7	6
30. 6.	1041,3	1283,8	111,3	64,5	7219,9	685,4	6

*) Eröffnungsbilanz.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paul Gaumert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Logische Konjunkturforschung.

Seit sieben Jahren ist das Committee on Economic Research an der amerikanischen Harvard Universität zu Cambridge (Mass.) eifrig bemüht, die Gesetze der wirtschaftlichen Wellenbewegung zu ergründen und die Elemente des Antriebs und der Störung festzustellen, die den geradlinigen Gang der Entwicklung durch Verwerfungen nach oben (Hochkonjunktur) und unten (Krisis) beeinträchtigen. Es bedient sich zu diesem Zweck der empirischen Methode unter ausschließlicher Verwendung statistisch-mathematischer Hilfsmittel und findet damit allgemeinen Beifall. Wenigstens ist seine Methode von allen europäischen Konjunktur-Morphologen, insbesondere von dem neuen deutschen Institut für Konjunkturforschung, adoptiert worden. Man hofft hüben wie drüben, auf diesem mechanisch-diagnostischen Wege den Konjunktur-Verlauf nicht nur exakt vorausberechnen, sondern ihn mit der Zeit sogar umbiegen und gleichmäßiger gestalten zu können, indem man der präventiven Wirtschaftspolitik die Möglichkeit gibt, die Ursachen der stärksten Ausschläge nach oben und unten vorsorglich zu beseitigen.

Zu diesem stolzen Programm und der lauten öffentlichen Resonanz der statistischen Konjunkturforschung stehen die bisher gewonnenen praktischen Resultate in einem gewissen Gegensatz. An sichtbaren Ergebnissen hat das Harvard-Institut bisher eigentlich nur zwei Erkenntniswerte geliefert, nämlich die Fünf-Phasen-Theorie und das Barometer der drei Märkte. Aber abgesehen davon, daß beide Ermittelungen für die Konjunktur-Prognose nur einen geringen und für die Therapie wohl überhaupt keinen praktischen Wert haben, sind sie nichts weniger als neu. Die vom Harvard-Institut festgestellten fünf Phasen des wirtschaftlichen Kreislaufs: Depression, Erholung (recovery), Blüte, Finanzklemme und Krisis sind in ihrer Aufeinanderfolge und in ihren Erscheinungsformen allen Krisentheoretikern wohlbekannt und schon vom alten Lord Overstone, wenn auch in etwas abweichender Terminologie, zur Kennzeichnung des Konjunkturablaufs verwendet worden. Und ebenso steht das wichtigste Ergebnis, das die Barometer-Kurve der drei Märkte (Effektenmarkt, Geldmarkt, Warenmarkt) liefert, daß nämlich die Effektenkurve (Börsenspekulation) die Bewegung der beiden anderen Kurven regelmäßig antizipiert und somit eine prognostische Bedeutung hat, bereits seit langem fest. In diesem Punkte bin ich mein eigener Kronzeuge: Im März 1910, also viele Jahre vor dem Entstehen der

Digitized by Google

Konjunktur-Abteilung der Harvard Universität und auch vor Erscheinen des bahnbrechenden Werks von Mitchell „Business cycles", habe ich in dieser Zeitschrift nicht nur darauf aufmerksam gemacht, daß Warenkonjunktur und Börsenkonjunktur niemals zusammenfallen, die letztere vielmehr immer den Schrittmacher der ersteren abgibt; sondern ich habe auch nachgewiesen, aus welchen Gründen das so ist und sein muß — ohne zu diesem Zweck über irgendwelches statistisch aufbereitete Material zu verfügen, und ohne zur Illustration anderer Ziffern zu bedürfen, als des Durchschnittskurses von vier Börsenpapieren, des englischen Roheisenpreises und der Andrangsziffern bei den Arbeitsnachweisen.*) Andererseits ist das letzte Ziel der Konjunktur-Forschung, die Milderung der wirtschaftlichen Ausschläge nach oben und unten, in Deutschland vor dreißig Jahren in einem immerhin beachtenswerten Umfange erreicht worden, rein aus der praktischen Tagespolitik heraus und ohne jede Mitwirkung des Theoretikers und Statistikers: Die deutsche Kartellbewegung der neunziger Jahre, beginnend 1893 mit der Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, hat, das Urteil über sie möge im übrigen lauten, wie es will, auf alle Fälle ein erhöhtes Gleichmaß der Preise, der Beschäftigung sowie des Nutzens zur Folge gehabt und das Auf und Ab zwischen Krisis und Hochkonjunktur in deutlich erkennbarer Weise gemildert; ob zum Vorteil oder zum Schaden der säkularen Aufwärtsentwicklung, des „trend", bleibe dahingestellt.

Das erst im zweiten Lebensjahre stehende Deutsche Institut für Konjunkturforschung ist mit großem Fleiß bemüht, die Methoden von Harvard so umzubilden, wie es seiner Ansicht nach nötig ist, um den von den amerikanischen Zyklen angeblich abweichenden deutschen Wirtschafts-Kreislauf diagnostisch und prognostisch zu erfassen. Aber obwohl erst drei Veröffentlichungen des Instituts — ein Jahresrückblick und zwei Vierteljahreshefte — vorliegen, entstehen doch schon jetzt ernste Zweifel, ob man hier auf dem richtigen Wege ist. Die Symptome sprechen dagegen.

So stellt das Institut beispielsweise im ersten Vierteljahrsheft (Seite 25) als Ergebnis seiner statistischen Ermittlungen fest, daß die Kurve der Produktions-Ziffer wichtiger Grundstoffe der Bewegung einiger anderen Kurven (reagible Warenpreise und Rohstoffeinfuhr) regelmäßig erst nach einer gewissen Zeit nachhinkt, um daraus die Prognose abzuleiten: „Wenn es richtig ist, daß die Produktionsziffer den anderen Kurven immer in einem gewissen Abstande folgt, so ist auch für die nächsten Monate kein wesentliches Ansteigen der Produktion der industriellen Grundstoffe zu erwarten". Aber schon im zweiten Vierteljahrsheft (Seite 11) muß das Institut konstatieren: „Sowohl die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten als auch die Produktion wichtiger Grundstoffe hat zugenommen". Seine Prognose war also falsch. Es läge ja nahe, sich hier auf das Störungsmo-

*) Die Divinationsgabe der Börse. Märzheft 1910 der „Bank", Seite 211 ff.

Digitized by Google

ment des englischen Bergarbeiterstreiks zu berufen; aber der Hinweis hierauf unterbleibt, und wohl mit gutem Bedacht. Denn wenn schon ein so alltäglicher Vorgang wie ein Teilstreik im Ausland — oder eine Aenderung wichtigerer Zollpositionen, ein ausländisches Dumping u. dgl. mehr — dem Konjunkturablauf im Inland eine andere Richtung gibt, als die Forschung sie voraussagt, so läßt das den Wert der Forschung recht problematisch erscheinen.

Ein anderes Beispiel: Im zweiten Vierteljahrsheft (gleichfalls Seite 11) sagt das Institut, nachdem es eine ausgesprochene Börsenhausse kurvenmäßig festgestellt hat: „Diese Aufwärtsbewegung gehört zu den Merkmalen der Depression; sie hat diesmal freilich schon bei Beginn der Depression eingesetzt, während sie nach unserem Schema erst um die Mitte dieser Phase beginnt". Hier wird also eine Unstimmigkeit zwischen dem theoretischen und dem tatsächlichen Verlauf der Dinge konstatiert, und damit wiederum ein Schatten auf die Konjunkturforschung geworfen. Denn daß die Effektenkurse die erst seit kurzem erkennbare wirtschaftliche Besserung schon ein halbes Jahr früher vorwegzunehmen begonnen haben, entspricht durchaus dem normalen. Und wenn das statistische Barometer den Kursaufschwung als verfrüht kennzeichnet, weil die Kurven ihn zeitlich mit dem „Beginn" einer Depression statt mit der „„Mitte" zusammenfallen lassen, so liegt das sicherlich an der Auswahl der Indexreihen, die man in den Kurven zusammengefaßt hat, und die noch das Bild einer Depression ergeben, wo eine andere Auswahl der repräsentativen Ziffern schon den Beginn eines Ausschwungs erkennen lassen würde.

Daß die Komponenten, aus denen das Institut seine Markt-Kurven bildet, in der Tat nicht immer einwandfrei sind, ergibt sich besonders deutlich aus einer dritten Angabe des Instituts, deren Irrtümlichkeit klar zu Tage liegt: Im ersten Vierteljahrsheft (Seite 30) zeigen nämlich die Indexpreise der deutschen Exportfabrikate von Quartal zu Quartal steigende Preise, und der erläuternde Text bezeichnet es sogar als eine besonders wichtige Tatsache, daß „das Preisniveau der ausgeführten Fertigwaren sich seit Anfang 1925 beständig gehoben und auch im ersten Vierteljahr 1926 auf dem erreichten Höchststande behauptet" hat. Das ist eine Angabe, über die jeder deutsche Exporteur nur wehmütig lächeln kann, und und die denn auch von der Frankfurter Zeitung als „offensichtlich unrichtig" bezeichnet wird, weil es notorisch ist, daß während des zweiten Halbjahrs 1925 und ersten Vierteljahrs 1926 sowohl die Weltmarkt- wie die Inlandspreise der Fabrikate scharf gefallen sind.

Elementare Fehler, die derartige wirklichkeitsfremde Konjunkturbilder entstehen lassen, müssen natürlich dem Urteil über die statistische Wirtschaftsbeobachtung sehr abträglich sein und nicht nur sie, sondern die Konjunkturforschung schlechthin in Mißkredit bringen. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn man immer

Digitized by Google

häufiger auf die Ansicht stößt, die analytische und prognostische Konjunktur-Ermittelung sei infolge der Unzuverlässigkeit ihrer Grundlagen von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt. „Wann die Stockung in einen neuen Aufschwung übergehen muß, ist unsere, wie jede Art von Konjunkturforschung unfähig auszusagen... Dieser Zeitpunkt kann durch keine Analyse der Wirtschaftslage vorausgesagt werden". *)

Ich glaube zwar nicht, daß es richtig ist, das Kind mit dem Bade auszuschütten und der Konjunkturforschung als solcher die Fähigkeit einer Prognose ein für alle Mal abzusprechen. Vielmehr will gerade diese Abhandlung den Nachweis zu erbringen versuchen, daß eine Prognose unter bestimmten Voraussetzungen und innerhalb bestimmter Grenzen sehr wohl möglich ist. Aber zweierlei steht für mich fest: Einmal, daß der Vergleich einer Konjunktur-Prognose auf der von Cambridge und Berlin gewählten statistisch-mathematischen Grundlage ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist. Und sodann, daß selbst positive Ergebnisse, zu denen dieser statistische Versuch bei verbesserter Aufbereitungsmethode künftig etwa führen könnte, praktisch vollkommen wertlos sein würden.

Zur Unfruchtbarkeit sind nämlich alle bisherigen Versuche, die Gesetzmäßigkeit der Wirtschafts-Zyklen aufzuspüren, schon deshalb verurteilt, weil die Schablone des „Normalverlaufs", die man der Prüfung der jeweiligen Wirtschaftslage zu Grunde legt, eine wirklichkeitsfremde Konstruktion ist. Man hat sich aus der Zusammenfassung einer Anzahl herkömmlicher Symptome (Umsatz, Einkommen, Transportleistung, Außenhandel, Zinssatz, Kursbewegung, Lohnhöhe, Arbeitslosigkeit, Konkursziffer usw.) die Begriffe des „Hochgangs", der „Krisis" und einiger Zwischenstufen gebildet, nur deshalb, weil die betreffenden Symptome der statistischen Erfassung und Aufbereitung leicht zugänglich sind, und ist auf Grund dieses Auswahlprinzips zu den fragwürdigsten Vorstellungen von den Höhepunkten und Tiefen der Konjunktur gelangt. Ein wirtschaftliches Optimum wird nicht etwa dann konstatiert, wenn die Elemente des Fortschritts es ermöglichen, die Produktion zu verbilligen, die Preise zu senken und so die reale Kaufkraft aller Einkommen zu stärken, oder wenn es gelingt, den Standard-Bedarf der Bevölkerung mit Hilfe eines siebenstündigen statt eines achtstündigen Arbeitstages zu decken. Das Stadium, in dem ein solcher Fortschritt sich auswirkt, wird vielmehr wegen des mit ihm verbundenen Rückgangs der Preise, der Nominallöhne und der Arbeitsgelegenheit („Kurzarbeit") begrifflich und terminologisch als Depression oder gar als Krisis angesehen. Umgekehrt gelten steigende Preise und erhöhte Arbeitsleistung als wichtige Merkmale einer wirtschaftlichen Blüte, auch wenn Arbeitslohn und Einkommen der Preissteigerung nur zögernd folgen, der Reallohn sich also verringert und die vergrößerte Ar-

*) Prof. K. Singer im „Wirtschaftsdienst" vom 2. Juli 1926.

Digitized by Google

beitsleistung nichts anderes bedeutet, als daß die normale Lebenshaltung mit einem neunstündigen statt einem achtstündigen Arbeitstag erkauft werden muß. Die statistischen Hochkonjunkturen besagen daher keineswegs, daß die Wirtschaft in ihrem Zenith steht, sondern lediglich, daß gewisse Zahlenreihen, an denen man den Puls der Wirtschaft abtasten zu können glaubt, ihr Maximum bezw. Minimum erreicht haben. Da die statistische Konjunkturforschung noch jung ist, über keine Erfahrung verfügt und sich daher einstweilen außer Stande fühlt, zwischen den relevanten und den irrelevanten, den Konjunktur-bestimmenden und den neutralen oder gar gegenläufigen Indizien zuverlässig zu unterscheiden, so ersetzt sie die Auswahl durch die Quantität und vereinigt alle zahlenmäßig irgend erfaßbaren Wirtschaftserscheinungen zu synthetischen Bündeln und Korrelativ-Indexreihen, mit dem Ergebnis, daß sich die Zahlen innerhalb der Reihen bald gegenseitig aufheben, bald übersteigern, in jedem Falle aber ein verzerrtes Bild liefern.

Aber gesetzt selbst den unwahrscheinlichen Fall, es gelänge mit der Zeit wirklich, auf dem bisher beschrittenem Wege zu einer verläßlichen Konjunktur-Prognose zu gelangen: Was wäre die Folge? Die Erwerbswirtschaft würde sich dann in der Lage eines Menschen befinden, der die Gewißheit hätte, morgen eines qualvollen Todes sterben zu müssen, und sich daher bereits heute das Leben nimmt. Die Voraussage einer bestimmten Konjunkturphase muß notwendigerweise zu ihrer Vorwegnahme durch die Wirtschaft führen. Die allgemeine Annahme, daß Fabrikate, Lagerbestände und Effekten binnen kurzem nur noch zu niedrigerem Preise verkäuflich sein werden, löst deren sofortiges Angebot aus, die Ankündigung eines baldigen Konsumrückgangs eine sofortige Produktionseinschränkung, die Erwartung einer demnächstigen Geldklemme eine sofortige starke Nachfrage der Kreditnehmer bezw. Restriktion der Geldgeber. Eine Krisis würde also durch die Prognose nicht vermieden oder gemildert, sondern vordatiert und verschärft, eine Hochkonjunktur nicht hinausgezögert und abgeglättet, sondern beschleunigt und übertrieben werden. Im übrigen ist die Hoffnung, auf dem Wege der Erkenntnis und der Prophetie via Krisenmilderung eines Tages zur völligen Aplanierung des Wirtschaftsverlaufs, zu einer „konjunkturlosen Wirtschaft", zu gelangen, eine Utopie, die nur im Boden einer völligen Verkennung wichtiger Wirtschaftsgesetze Wurzel fassen kann. So lange die Natur (Ernte-Ertrag) und der Erfindungsgeist (Fortschritt) das Sozialprodukt der Menschheit dauernd verändern, und solange die einzelnen Nationen und die Volksklassen innerhalb der Nationen mit wechselndem Erfolg um ihren Anteil an diesem veränderlichen Sozialprodukt kämpfen, so lange ist der Wirtschaftsgang in allen Ländern Schwankungen unterworfen und sind Korrekturen, „Krisen" genannt, notwendig, um die Harmonie zwischen Vorrat und Anspruch sowie zwischen den Ansprüchen unter-

Digitized by Google

einander wieder herzustellen. Ausmerzen oder unschädlich machen lassen sich nur gewisse Störungselemente, die den natürlichen Wellengang der Konjunkturen unnötig verschärfen. So z. B. die willkürlichen Veränderungen des Geldumlaufs, deren Bedeutung man bis vor wenig Jahren stark unterschätzt hat, heute aber in Amerika und England vielfach derartig überschätzt, daß die natürlichen, wirtschaftsgesetzmäßigen Einflüsse darüber in Vergessenheit zu geraten drohen. So auch gewisse Uebertreibungen bei der Benutzung an sich notwendiger Einrichtungen, die oft genug ihre kleinen Sonderkrisen zur Folge haben: Der Kreditmißbrauch, die Ueberspekulation, der Schleuder-Wettbewerb in gewissen nationalwichtigen Industrieen usw. Aber um diese Störungselemente zu erkennen und zu bekämpfen, bedarf es keiner Konjunkturprognose. Man sieht sie mit unbewaffnetem Auge deutlich genug, kennt ihre Wirkungen und versucht ihren schädlichen Einfluß mit den Hilfsmitteln der Währungsreform, der Kreditpolitik, der Börsengesetzgebung, der Kartellierung usw. nach Möglichkeit einzudämmen.

In einem scharfen Gegensatz zur statistisch-mathematischen steht die logisch-theoretische Konjunkturforschung. Von prognostischen Ambitionen frei, verzichtet diese darauf, aus einer unübersehbaren Zahl wirklicher und vermeintlicher Symptome des Konjunkturablaufs retortenmäßig einen „Normalverlauf" herauszudestillieren und Voraussagen von ihm abzuleiten, die notwendig falsch sein müssen, sobald in der Auswahl oder der Wertung der Symptome irgend ein Fehler begangen worden ist. Vielmehr sucht sie erkenntnistheoretisch, im Wege reiner Gedankenarbeit, zu den Gesetzen der Kausalität vorzudringen, die den unablässigen Wechsel zwischen Hoch, Mittel und Tief bedingt. Gelingt ihr dies, vermag sie also die Gesetzmäßigkeit der Konjunkturbewegungen logisch zu erklären, so wird sie den Statistiker bitten, auf empirischem Wege die Probe zu machen. Aber nicht etwa unter Verwendung der Ziffernberge, deren sich die statistisch-mathematische Methode heute bedient; den aus ihnen errechneten Kurven mißt der Logiker keine Beweiskraft bei, weil hier Symptome einbezogen sind, die er mindestens als nicht bestimmend für den Konjunkturverlauf, möglicherweise sogar als von diesem selbst erst bestimmt, erkannt hat. Vielmehr wird er dem Statistiker auf Grund des gewonnenen Einblicks in die Zusammenhänge seinerseits die Kardinalziffern bezeichnen, deren Bewegung er als maßgebend für den nomalen Konjunkturverlauf ansieht. Ist seine Theorie richtig, so wird der Statistiker ihm bestätigen, daß die angegebenen Zahlen die einzelnen Konjunkturphasen in der Tat widerspiegeln und gleichzeitig erklären. Möglich, daß man dann von der einfachen Bewegung weniger Ziffernreihen, ohne Interpolation und Korrelation, den normalen Entwicklungsgang bezw. die jeweiligen Abweichungen vom Normalen zuverlässig ablesen kann. Möglich sogar, daß man mittels logischer Durchdringung

Digitized by Google

jener wenigen konjunkturwichtigen Ziffern Einblicke in den wirtschaftsgesetzlichen Verlauf der nächsten Zukunft gewinnen kann, ohne daß freilich von dieser Prognose ein unmittelbarer praktischer Gewinn im Sinne einer präventiven Konjunkturpolitik erhofft werden dürfte. Ich sage, daß alles dieses möglich, nicht, daß es absolut sicher ist. Aber es reizt mich immerhin, im Nachstehenden den Versuch zu machen, auf rein logischem Wege zu ermitteln, ob es Kardinalziffern gibt, die den gesetzmäßigen Konjunkturverlauf kausal bestimmen und zugleich in seinen einzelnen Phasen widerspiegeln, und deren Aufzeichnung daher geeignet ist, der erkenntnistheoretischen Konjunkturforschung als empirische Stüze zu dienen.

* * *

Wer die Gesetzmäßigkeit der Konjunkturschwankungen ergründen will, muß sich zunächst über sein Ziel im klaren sein. Er muß wisen, was er unter einer „typischen Konjunktur" zu verstehen hat, und welche wirtschaftlichen Erscheinungen er als unwesentliche Begleitmomente oder als Wirkungen spezieller (politischer, kredittechnischer, währungstaktischer) Störungen zunächst bei Seite zu lassen hat. Denn es kommt ihm auf die Morphologie, nicht auf die Pathologie der Konjunktur an, deren erfolgreiche Erforschung ja erst möglich ist, wenn das normale Funktionieren der Wirtschaft einwandfrei erkannt ist. Er hat sich dabei auch vor der petitio principii zu hüten, dieser Hauptgefahr jeder statistischen Konjunkturforschung. Denn wer beispielweise von der Voraussetzung ausgeht, der Höhepunkt der Konjukturkurve, „wirtschaftlicher Hochgang" genannt, sei zu erblicken in dem Zusammentreffen der Elemente: Rekordumsatz; höchster Preisstand; Maximum an Gründungen, Kapitalserhöhungen, Emissionen, Akzeptierungen etc.; Minimum an Arbeitslosen, Wechselprotesten, Konkursen etc., der unterstellt als bewiesen, was er erst noch beweisen soll, und hat es leicht, an Hand jener willkürlich ausgewählten Merkmale das Vorliegen einer Hochkonjunktur nachzuweisen — aber nicht wie sie ist, sondern wie er sie versteht.

Es ist das Ziel der gegenwärtigen Untersuchung, festzustellen, welche ökonomischen Gesetze jene Wirtschaftszyklen hervorrufen, deren tatsächliches Vorhandensein alle Volkswirte ohne Ausnahme bejahen, auch wenn sie in der Auswahl und Bewertung der Indizien einzelner oder aller Wirtschaftsphasen unter einander uneins sind. Das Objekt der Untersuchung ist beschränkt auf die Gesetzmäßigkeit solcher Wirtschaftszyklen oder Konjunkturen, die unabhängig von zufälligen Störungsmomenten das Gleichmaß auch der kontinuierlichsten Entwicklung erschüttern und das graphische Bild der Wirtschaft in einer Wellen- oder Zickzack-Linie verlaufen lassen, statt in einer Geraden; mit anderen Worten, ich beschränke mich auf die Untersuchung des Gesetzmäßigen in der Normalkonjunktur. Es scheiden also alle Höhen- und Tiefenbewegungen aus, die andere Ursachen als den Einfluß dauernd wirk-

Digitized by Google

samer Wirtschaftgesetze haben. In dieser Konjunktur-Betrachtung spielen mithin alle wirtschaftlichen Zuckungen keine Rolle, die beispielsweise wurzeln — um ein paar markante Erreger des Spezialhochgangs und der Spezialkrise zu nennen — in der offiziellen Währungs- und Kreditpolitik (auf deren hohe konjunkturelle Bedeutung in dieser Zeitschrift seit anderthalb Jahrzehnten immer wieder hingewiesen worden ist, mit dem Resultat, daß heute einzelne Volkswirte nichts mehr außer ihr kennen), in staatlichen Eingriffen, in Börsenorgien, in veränderten Beziehungen zum Ausland (Zollpolitik, ausländisches Dumping etc.). So daß unsere Untersuchung sich auf die konkrete Frage zuspitzt: Woher kommt es, daß die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder auch dann in einer Kurvenlinie mit ausgesprochenen Höhen und Tiefen verläuft, wenn die Bedingungen, unter denn die Wirtschaft arbeitet, konstant sind oder wenigstens keinen äußerlich wahrnehmbaren Veränderungen unterliegen?

Bleibt noch zu präzisieren, was unter „Hoch" und „Tief", also unter Blüteperiode und Krisis sowie den Zwischenstadien verstanden werden soll. Denn der Fehler, regelmäßig oder häufig auftretende Begleitmomente der einzelnen Wirtschaftsphasen erst zur Definition der Konjunkturen zu verwenden, um sie dann zum Beweis der Kausalität heranzuziehen, soll unbedingt vermieden werden. Die besten Dienste wird uns hier eine möglichst allgemeine Fassung leisten, die kein Element der Beweisführung vorwegnimmt, andererseits aber die wirklich wesentlichen Unterscheidungsmerkmale der verschiedenen Phasen hervortreten läßt. Ich verstehe also unter gewerblichem Aufschwung eine Verfassung der Wirtschaft, in der eine ständig steigende Gütererzeugung sich einer ebenfalls steigenden Verbrauchmöglichkeit gegenüber stellt mit dem Ergebnis, daß sowohl das Sozialprodukt wie das dieses Produkt verbrauchende oder regenerierende Volkseinkommen in der Zunahme sind. Das Gegenteil davon ist die gewerbliche Stockung (Depression): Sinkende Gütererzeugung bei gleichfalls sinkendem Verbrauch, also Abnahme des Sozialprodukts und des Volkseinkommens. Die Verstärkung und Beschleunigung des Aufschwungs, einem unbekannten Maximum entgegen, kennzeichnet die Blüteperiode oder Hochkonjunktur, die Verschärfung der Stockung, einem unbekannten Minimum entgegen, die Krisis. In welchen Symptomen sich das Vorliegen der genannten Phasen äußert, bleibt zunächst völlig außer Betracht. Denn wollte ich beispielsweise als sichtbares Symptom des Aufschwungs eine Zunahme, als sichtbares Symptom der Stockung eine Abnahme der Gütererzeugung und des Verbrauchs kostatieren und mit Ziffern belegen, so wäre das ein Spiel mit Selbstverständlichkeiten, weil ich ja eben erst gesagt habe, daß ich die Vorgänge, die sich in jenen Symptomen äußern, als Aufschwung bezw. Stockung bezeichne. Wollte ich dagegen beliebige andere Ziffern, etwa die Arbeitsmarkt- oder die Preiskurve, zur Illustrie-

Digitized by Google

rung der einzelnen Konjunkturphasen heranziehen, so müßte ich erst darlegen, daß und warum diese Ziffern als charakteristische Merkmale anzusehen sind und nicht etwa als Ausflüsse anderer, mit jenen Phasen nicht oder nur lose zusammenhängender Veränderungen; ich müßte also meiner Beweisführung vorgreifen.

Und das ganz unnötigerweise. Denn die Frage, die beantwortet werden soll, lautet nicht: Wie äußert sich das Vorliegen einer bestimmten Wirtschaftsphase? Sondern sie lautet: Was bedingt den Eintritt dieser Phase? Es handelt sich hier nicht um die Ermittelung von Symptomen, um aus der etwaigen Regelmäßigkeit ihrer Wiederkehr ein Bild vom normalen Konjunkturablauf und seinen Eigentümlichkeiten zu gewinnen, wie es die statistische Methode bezweckt, sondern es geht um die logische Erkenntnis der Ursachen, die den normalen Konjunkturablauf mitsamt allen seinen wirklichen und vermeintlichen Symptomen herbeiführen.

Von der Kausalität der einzelnen Phasen, in die der normale Wirtschaftszyklus sich auflöst, bestehen nun, wenn man von der neuen quantitätstheoretischen Richtung absieht, die alles von der Währungs- und Kredit-Seite her erklären will, bestimmte, altüberkommene und nur wenig von einander abweichende Vorstellungen etwa folgender Art: Ein Aufschwung entsteht immer dann, wenn die Kapitalbildung zunimmt, infolgedessen eine verstärkte Herstellung von Produktivgütern und eine entsprechende Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitskraft einsetzt, so daß die nunmehr verstärkt beschäftigten Lieferanten und Arbeiter zu einem Mehrverbrauch befähigt werden, der seinerseits den Erzeugnissen der Produktivgüter erhöhten Absatz sichert. Eine Stockung wiederum tritt ein, wenn die Erzeugungsfähigkeit der Produktivgüter über die Absorptionsfähigkeit der verbrauchenden Schichten hinausgeht, also mehr Ware produziert als konsumiert wird, und wenn gleichzeitig die Kapitalbildung unter dem zur teilweisen Aufsaugung des Waren-Ueberangebots erforderlichen Mehrkonsum leidet, so daß sie nicht mehr imstande ist, das Ende des alten Aufschwungs durch Einleitung eines neuen Aufschwungs zu paralysieren.

Diese Darstellung ist zum Teil wohl richtig. Aber soweit sie richtig ist, besagt sie im Grunde nichts anderes, als daß Erzeugung und Verbrauch periodisch aus dem Gleichtakt kommen und an den Wendepunkten der Konjunkturkurve zu neuer Uebereinstimmung zu gelangen suchen, — am oberen Wendepunkt zu Gunsten, am unteren zu Ungunsten der Erzeugung und mit den natürlichen Rückwirkungen auf Verbraucher und Verbrauch. Zum Teil ist die Darstellung aber offenbar unrichtig. Sie erblickt den motorischen Antrieb zum Aufschwung in einer „Zunahme der Kapitalbildung", erklärt aber nicht, wie diese Zunahme möglich ist, d. h. wie ein wachsender Teil des Volkseinkommens zu Kapital werden, („gespart werden") kann, ohne daß ein entsprechender Teil des Konsums in Fortfall kommt. Denn ein Aufschwung, der einem gleichzeitigen Konsumrückgang parallel geht, ist undenkbar. Wer der

Digitized by Google

Ansicht ist, daß der eigentliche und erste Anstoß zum Aufschwung in einem Plus der Kapitalbildung zu erblicken ist, der muß unbedingt nachweisen, wie dieses Plus entsteht, ohne daß ihm ein Minus des Verbrauchs die Wage hält; wie also der Einzelne und die Gesamtheit mehr sparen und dennoch uneingeschränkt verbrauchen können. Nun läßt sich zwar ein solcher Nachweis an sich tatsächlich führen; der ganze wirtschaftliche Fortschritt beruht ja letzten Endes auf der Tatsache einer steigenden Einkommensbildung, die zur Folge hat, daß das gesellschaftliche Sparprodukt zunimmt und dennoch der Verbrauch keine Abnahme, sondern im Gegenteil eine Zunahme erfährt. Aber wer es unternimmt, diesen Nachweis zu erbringen, um mit seiner Hilfe den Konjunktur-Aufschwung zu erklären, der untergräbt damit zugleich die obige Begründung der Konjunktur-Stockung. Die Stokkung soll ja ihre Ursache in der Unfähigkeit der Bevölkerung haben, der durch die Kapitalbildung einer früheren Periode verstärkten Erzeugungsfähigkeit der Gegenwart einen ebenfalls verstärkten Konsum entgegenzusetzen. Diese Erklärung steht und fällt aber mit der Voraussetzung, daß Mehreinkommen zu Verbrauchszwecken und Mehreinkommen zum Zweck der Kapitalbildung immer nur das eine auf Kosten des anderen verfügbar sind. Trifft das nicht zu, ist vielmehr infolge des wirtschaftlichen Fortschritts noch ein weiteres, zusätzliches Einkommen tatsächlich oder konditionell vorhanden, aus dem ebenso gut der Konsum wie die Produktion gespeist werden kann, so steht der Mehrerzeugung auch die Möglichkeit eines Mehrverbrauchs gegenüber. Und das läßt sich mit der Ueberproduktionstheorie nicht in Einklang bringen. Also ist entweder diese Theorie oder die Erklärung des Aufschwungs aus der Kapitalbildung notwendig falsch.

Schält man aus der landläufigen Konjunkturlehre den eigentlichen Kern heraus, so ergibt sich, daß sie den Anstoß zu den Wellenbewegungen des Wirtschaftsablaufs bei der Nachfrage sucht, die von den Einkommen ausgeht und bald größer, bald kleiner ist als das Angebot, das die Wirtschaft ihr gemäß der jeweiligen Reproduktionsbedingungen des Sozialprodukts entgegensetzt. In der Tat ergibt sich aus der Beobachtung des typischen Konjunkturverlaufs, daß die Nachfrage bezw. die wechselnde Stärke ihres Auftretens von ausschlaggebender Bedeutung ist. Zum mindesten ist sie der am deutlichsten wahrnehmbare Konjunktur-Erreger. Aber damit ist für die Erkenntnis der Kausalitäten noch nicht das mindeste gewonnen, so lange nicht die Frage beantwortet ist: Wann steigt die Nachfrage, und wann sinkt sie?

Jeder Versuch, diese Frage vom Stande der Einkommensbildung her zu beantworten, muß scheitern, weil die Höhe der Einkommen das Ergebnis und zugleich das wichtigste Kriterium der jeweiligen Konjunkturphase ist, mithin nicht ihre Ursache bilden kann. Die Einkommen steigen und sinken, je

Digitized by Google

nachdem das Sozialprodukt steigt und sinkt. Sie sind also in absoluter Abhängigkeit von diesem und damit von der Konjunktur. Natürlich übt, da hier Wechselwirkungen vorliegen, die Einkommensbildung ihrerseits wieder einen Einfluß auf das Sozialprodukt und damit auf die Konjunktur aus. Aber der Anstoß liegt nicht bei ihr. Ein schweres Dilemma für alle Volkswirte, die auf dem Standpunkt stehen, daß das Einkommen die Kaufkraft und die Kaufkraft die Nachfrage bestimmt, und daß mihin, wenn die Nachfrage über den Stand der Konjunktur entscheidet, das eigentliche Agens beim Volkseinkommen zu suchen sein muß.

Versuchen wir, diesen gordischen Knoten zu durchhauen, indem wir die Praxis sprechen lassen, die immer lehrreich ist, wenn man sie auf ihren tieferen Sinn prüft. Wann steigt die Nachfrage der einzelnen Mitglieder der Volksgemeinschaft, gleichviel ob sie Fabrikanten oder Händler, Beamte oder Arbeiter sind? Das heißt, wann k a u f t jeder von ihnen mehr, als er bisher gewohnheitsmäßig gekauft hat? Und zwar, wohlgemerkt: ohne daß sein Einkommen eine Erhöhung erfahren hat. Denn wir wollen ja den U r s p r u n g der Veränderungen ermitteln und dürfen daher nicht eine Veränderung bereits als gegeben voraussetzen. Sobald wir aber diese Einschränkung machen, also die Anregung, die von einem etwa vorliegenden Einkommenszuwachs ausgeht, ausschalten, gibt es auf unsere Frage nur zwei Antworten: Der Kaufmann, Arbeiter usw. kauft mehr als bisher, wenn er weiß oder zum mindestens glauben darf, daß das Geld, das er über das Normalmaß hinaus fortgibt, schneller als gewöhnlich zu ihm zurückkehren, d. h. daß sein Einkommen, obwohl zur Zeit noch unverändert, sich demnächst erhöhen wird. Oder er kauft, wenn sich ihm eine vorteilhafte Einkaufsgelegenheit bietet, deren Wiederkehr in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten steht. In beiden Fällen verringert sich das Quantum Kaufkraft, über das der Kauflustige verfügt, unter das Normalmaß, während die Nachfrage am Warenmarkt über den bisherigen Umfang steigt.

Bevor wir diese beiden Fälle näher betrachten und auf ihre etwaigen konjunkturellen Wirkungen untersuchen, müssen wir konstatieren, daß schon unsere Fragestellung eine erkenntnistheoretisch wichtige Tatsache erkennen läßt; die Tatsache nämlich, daß die Nachfrage am Gütermarkte keineswegs ausschließlich von der Einkommensbildung bestimmt wird, wie man meist voraussetzt. Auch die jeweilige Verwendung des K a s s e n b e s t a n d e s, mit dem eine Volksgemeinschaft wirtschaftet, übt einen erheblichen Einfluß auf die Zu- und Abnahme der Nachfrage aus. Der Kassenbestand ist aber nicht nur als solcher von der Höhe der Einkommen unabhängig — Rußland hat vor dem Kriege mit einem größeren Kassenbestand gewirtschaftet als England, trotz dessen um das Vielfache größeren Volkseinkommens —, sondern vor allem hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem immobilen („gehorteten") und dem mobilen (zirkulierenden) Teil des Bestandes. Jede Ver-

Digitized by Google

änderung in diesem Verhältnis bedeutet aber eine Zu- oder Abnahme der Nachfrage am Gütermarkte, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. In einem Lande, das mit 2 Milliarden Francs, Kronen oder Mark ruhendem Kassenbestand wirtschaftet, hat die Ermäßigung dieses durchschnittlichen immobilen Kassenbestandes von 50 auf 30 Einheiten je Kopf der Bevölkerung die Folge, daß zwei Fünftel oder 800 Millionen Francs, Kronen oder Mark mehr zirkulieren als bisher und eine Nachfrage auslösen, die — bei einem Umlaufsmultiplikator von 15 — ihrerseits einen Jahres-Mehrumsatz von 12 Milliarden herbeiführt. Die umgekehrte Wirkung tritt ein, wenn die Kassenhaltungs-Gewohnheiten sich plötzlich nach der entgegengesetzten Richtung ändern. Man sieht hieraus, daß die vom zeitlichen Einkommen ganz unabhängige, dagegen vom Umfange des zu erwartenden Einkommens einer künftigen Periode erheblich beeinflußte Verwendung des Vorrats an bereits vorhandener Kaufkraft, bezw. jede Aenderung in dieser Verwendung, einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftslage ausüben muß; einen Einfluß, der sich von den Wirkungen einer willkürlichen Geldvermehrung oder Geldverminderung durch Münze oder Notenbank dadurch unterscheidet, daß er im Gegensatz zu dieser kein Wirtschaftgesetz verletzt und keine berechtigten Interessen schädigt, sondern zu den natürlichen und nicht auszumerzenden Faktoren der normalen Wirtschaft gehört. Denn das Geld ist nur deshalb in den Wirtschaftsorganismus eingefügt und hier an die Stelle des einfachen Tauschs getreten, damit jedermann in der Lage sei, seine Kaufkraft nach Belieben auszuüben oder für die Zukunft zu reservieren.

Aber zurück zur Praxis. Wir haben gesehen, daß der Einzelne unter zwei ganz bestimmten Voraussetzungen in verstärktem Maße kauft. Die erste Voraussetzung ist die tatsächliche oder vermeintliche Gewißheit, daß der Betrag, um den er seinen gewohnten Kassenbestand verkürzt, bald in Gestalt eines zusätzlichen Einkommens zu ihm zurückkehren wird. Diese Gewißheit beruht aber ihrerseits wieder auf einer bestimmten Voraussetzung: Ist der Einzelne Fabrikant oder Händler, so muß er überzeugt sein, daß er seine Ware demnächst in größerem Umfange absetzen wird als bisher; er wird am Mittwoch nur dann verstärkt kaufen und seinen Kassenbestand unter die Normalhöhe sinken lassen, wenn es sicher ist, daß er am Sonnabend ein größeres als das gewohnte Warenquantum verkaufen bezw. bezahlt erhalten wird. Ist er ein Angestellter oder Arbeiter, so muß er überzeugt sein, daß er schon in allernächster Zeit mehr Beschäftigung und höhere Entlohnung finden wird, als es bis dahin der Fall war; er wird am Mittwoch nur dann Lebensmittel und Bedarfsartikel über den Normalumfang hinaus kaufen und seinen Kassenvorrat entsprechend verringern, wenn er weiß, daß er am Sonnabend einen Mehrlohn oder am Ultimo ein Mehrgehalt zu erwarten hat. Ein von der vorhandenen Kaufkraft ausgehender Konjunktur-Anstoß setzt also im hier

Digitized by Google

betrachteten ersten Falle voraus, daß Produktion und Handelstätigkeit in der Zunahme begriffen sind. Damit befinden wir uns aber wieder mitten in einem aussichtslosen Zirkelschluß: Die Zunahme der Käufe hat eine steigende Produktion und Handelstätigkeit zur Vorbedingung, und die letztere setzt wieder eine Zunahme der Käufe voraus. Unsere Hoffnung, hier das Element des ersten Anstoßes gefunden zu haben, wird also zu Schanden.

Wenden wir uns daher der zweiten Möglichkeit zu, dem Anreiz der vorteilhaften Kaufgelegenheit. Auch sie hat eine bestimmte Voraussetzung, nämlich ein starkes Sinken der Preise unter das frühere Niveau. Aber diese Voraussetzung ist zulässig, ja sie ist in unserem Falle sogar gegeben. Denn da wir die Gesetzmäßigkeit eines kommenden Aufschwunges zu ermitteln suchen, so gehen wir von dem Tatbestand aus, daß die zur Untersuchung stehende Zeit eine Periode relativen Tiefstands ist; und der Tiefstand ist in der Tat gleichbedeutend mit schwierigem Absatz und sinkenden Preisen, die den Zweck haben, den Absatz wieder zu beleben.

Wie wirkt sich nun die Zunahme der durch stärkere Preissenkung herbeigeführten Mehrkäufe volkswirtschaftlich aus? Würden wir auf diese Frage antworten können: „in einer entsprechenden Zunahme der Produktion", so wären wir hier bereits am Ziel. Denn die Preissenkung würde die Kauflust, die Kauflust die Neuerzeugung, die Neuerzeugung die Einkommen verstärken, von den erhöhten Einkommen würde eine zweite Welle gleicher Art — Mehrkäufe, Mehrerzeugung, Mehreinkommen — ausgehen, auf die zweite Welle würde eine dritte folgen, und wir hätten das typische Bild des Aufschwungs vor uns. Wir würden dann den Konjunktur-Erreger in der Preisvariabilität gefunden haben, d. h. in der Veränderlichkeit des Verteilungsschlüssels, nach dem das Sozialprodukt sich auf die einzelnen Volksklassen repartiert, und den Satz aufstellen dürfen: „Die Konjunkturbewegungen sind die Wirkungen der durch den Preis erfolgenden Anpassung des Sozialprodukts an die Volkskaufkraft". Aber dieser Satz wäre, wenn nicht falsch, so doch unbewiesen, weil ihm keine Folge logischer Schlüsse zu Grunde läge. Wir würden nämlich bei obiger Argumentation die Voraussetzung vergessen, von der wir ausgegangen sind. Diese Voraussetzung war, daß die Mehrkäufe aus vorhandener Kaufkraft durch starke Preisnachlässe herbeigeführt werden. Starke Preisnachlässe bedeuten aber unter normalen Wirtschaftsbedingungen — und nur diese dürfen wir ins Auge fassen, wenn wir die Gesetze der Normalkonjunktur aufspüren wollen, — daß die Waren, von denen der Preis-Anreiz ausgeht, mit Verlust oder mindestens ohne Gewinn verkauft werden, wie es ja in Zeiten der Depression auch tatsächlich der Fall ist. Solche Verkäufe haben aber niemals die Wirkung, die Produktion anzuregen, weil sie dem Erzeuger keinen Nutzen bei der Neuherstellung versprechen.

Digitized by Google

Die einzigen Wirkungen, die der verstärkte Absatz billig angebotener Ware zuverlässig zur Folge hat, sind die Entlastung der überfüllten Warenläger und die Ansammlung der von den Käufern hergegebenen Geldsummen beim Zwischenhandel. Und diese Wirkungen sind, solange sie isoliert bleiben, nicht allzu beträchtlich. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Beträge, die der Käuferkreis seinem normalen Kassenbestand entnehmen und zum zusätzlichen Warenverkauf verwenden kann, nur unbedeutend sind. Der Kassenbestand, den der Einzelne unterhält, wird selten größer sein als der Betrag, der bis zum nächsten Zahlungs- bezw. Löhnungstage für Zwecke des Lebensunterhalts oder der Betriebsführung erforderlich ist, zuzüglich eines eisernen Sicherungs-Koeffizienten für unvorhergesehenen Bedarf. Dieser Bestand kann nur dann erheblich geschmälert werden, wenn der Kassenhalter auf eine baldige Steigerung seiner Einnahmen rechnen darf und zum mindesten den Sicherungs-Koeffizienten entbehren kann. Von einer Einnahmensteigerung ist aber im hier zur Untersuchung stehenden Fall nicht die Rede. Infolgedessen muß der Kassenhalter Mehrausgaben, die er zwecks Ausnutzung besonderer Preisvorteile vornimmt, in der Hauptsache durch Minderausgaben an anderer Stelle kompensieren, und der wirkliche Mehrabsatz, der sich für die Erwerbswirtschaft als Ganzes aus dem Anreiz der Preisermäßigung ergibt, wird nur ein verhältnismäßig kleiner sein können.

Nun bleiben aber die Wirkungen, die in Depressionszeiten vom sinkenden Preise ausgehen, niemals isoliert; sie werden vielmehr durch eine andere Erscheinung, in der die Depression zum Ausdruck kommt, erheblich verstärkt, nämlich durch die unternormale Beschäftigung und das infolgedessen unternormale Einkommen der arbeitnehmenden Volksteile. Der Konsum der arbeitslosen und minderbeschäftigten Angestellten und Arbeiter ist naturgemäß nur gering, und seine Geringfügigkeit ist wie Wirkung so zum Teil auch Ursache der Depression. Aber so klein dieser Konsum auch ist, er hat dennoch eine äußerst wichtige Folge, die sich mit der hier untersuchten Erscheinung der verringerten Kassenhaltung bei vorliegendem Preisanreiz eng berührt. Auch der durchschnittliche Kassenbestand der Arbeitslosen und Minderbeschäftigten schrumpft nämlich ein, selbst wenn diese ihre Ausgaben auf das Notwendigste beschränken; er fließt zum Zwischenhandel, dessen Lagerbestand verringernd und dessen schon durch die billigen Entlastungsverkäufe erhöhten Kassenbestand weiter vergrößernd. Und damit beginnt ein doppelseitiger Prozeß, erst unmerklich, dann immer deutlicher wahrnehmbar, sich auszuwirken: Die Abnahme der Lagerbestände veranlaßt den Zwischenhandel, die Preisnachlässe allmählich einzustellen; die Preisbewegung schlägt infolgedessen langsam eine steigende Richtung ein. Gleichzeitig zwingt der Geldzufluß den Zwischenhandel, der gewohnt ist, sein Geld „arbeiten" zu lassen, nach längerer Enthaltsamkeit wieder als Käufer an die Produktion heranzutreten. Dasselbe Geld, das

Digitized by Google

hunderttausendfach zersplittert bis vor kurzem den immobilen Teil privater Kassenbestände gebildet hat, beginnt also jetzt, wo es zentralisierter ist, zu zirkulieren und die Produktion anzuregen.

Diesem Doppelvorgang parallel vollzieht sich aber noch eine weitere, besonders geartete Entwicklung am Arbeits- und Rohstoffmarkt. Das allmähliche Zusammenschrumpfen seiner Kassenbestände zwingt den Arbeitnehmer, der nicht der öffentlicher Fürsorge anheimfallen will, seine Arbeitskraft zu ungünstigeren Bedingungen anzubieten als bisher, d. h. sie dem Arbeitgeber gegen niedrigeren Lohn oder für eine verlängerte tägliche Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen. Und ebenso sehen sich die Lieferanten wichtiger Rohstoffe (die Landwirte) genötigt, die Kaufunlust der Produzenten, die auch ihre Kassen geleert hat, durch Preiskonzessionen zu überwinden. Es tritt also eine Verringerung der Erzeugungskosten ein. Das Zusammentreffen dieses von einer Umlagerung der Kassenbestände ausgelösten Moments der Produktionsverbilligung mit dem von derselben Umlagerung hervorgerufenen Moment der erwachenden Kauflust des Zwischenhandels bezw. mit der davon ausgehenden steigenden Preistendenz bewirkt nun, daß der eigentliche Motor jeder gewerblichen Tätigkeit, der Nutzen, wieder seine wirtschaftliche Funktion auszuüben beginnt. Die Produzenten würden die Bestellungen des Zwischenhandels als unlohnend ablehnen, wenn sie isoliert, ohne den Hinzutritt der Kostenverbilligung, blieben; und ebenso würden sie die ermäßigten Angebote der Rohstofflieferanten und Arbeiter ablehnen, wenn sie isoliert, ohne die gleichzeitigen Bestellungen des Zwischenhandels, aufträten. Da aber die Produktionsbedingungen sich gleichzeitig auf beiden Seiten, der des Erlöses wie derjenigen der Kosten, verbessern und dem Produzenten nunmehr wieder das „Nutzen" genannte Entgelt für seine Arbeit, Organisation oder Intelligenz lassen, so akzeptiert er sowohl Nachfrage wie Angebot und geht zu verstärkter Erzeugung über; womit er so lange fortfährt, wie das Verhältnis zwischen Erlös und Kosten ihm einen Nutzen verbürgt, um die Erzeugung sofort wieder einzuschränken — also eine neue Depression hervorzurufen mit allen ihren latenten Antriebskräften, die den künftigen Wiederanstieg verbürgen,— sobald der Nutzen fortfällt.

Wir sehen somit, daß wir bei der Suche nach dem Konjunktur-Erreger unterscheiden müssen zwischen dem Nutzen, der als der Motor anzusehen ist, der die Wirtschaft in Gang erhält, und der Verlagerung der Kaufkraft, die den Hebel abgibt, der den Motor des Nutzens bald auf schnellen, bald auf langsamen Gang schaltet und damit die einzelnen Konjunkturphasen auslöst. Die Verlagerung der Kaufkraft ist allerdings nur der sichtbare Ausdruck eines hinter ihr verborgenen wirtschaftlichen Elementarvorgangs, nämlich der fortlaufenden Neuverteilung des Sozialprodukts zwischen den an seiner Herstellung Beteiligten. Das all-

Digitized by Google

mähliche Schwinden der Kaufkraft an der Basis der Produktion (Arbeit und Rohstoff) in Depressionszeiten und umgekehrt an der Spitze der Produktion (Veredelung und Handel) in Hochgangszeiten ist der natürliche Ausgleich zwischen den entgegengesetzten Interessen der verschiedenen Teilnehmergruppen am Produktionsprozeß. Die wirtschaftliche Wellenbewegung, die mit diesem Ausgleich verbunden ist, muß in Kauf genommen werden, weil sie immerhin die mildeste Art ist, in der sich der Ausgleich vollziehen kann, und weil keine andere Mechanik denkbar ist, die das Sozialprodukt in ebenso billiger Weise wie sie auf die einzelnen Volksklassen verteilen kann. Nun ist aber die fortgesetzte Umlagerung der Kaufkraft bezw. das Hin- und Widerströmen des sie verkörpernden Geldes zwischen den einzelnen Klassen mit statistischen Mitteln ziemlich schwer zu erfassen. Der Statistiker, der den Konjunkturerreger durch Zahlenvergleichung experimentell ermitteln will, wird seine Untersuchungen somit besser beim nächsten Glied der Kausalitätskette, beim Nutzen, beginnen, dessen Bewegungen zwar ebenfalls nicht exakt, aber doch immerhin annäherungsweise (aus dem Wechsel in der Spannung zwischen den maßgebenden Kosten-Elementen und gewissen typischen Fabrikatpreisen) errechnet werden können.

Exkurs: Ueber die Herkunft des Nutzens.

Bei Betrachtung des Wirtschaftsorganismus und seiner Antriebskräfte scheint uns das Streben nach Nutzen das schlechthin Selbstverständliche zu sein. Niemand von uns gerät in Erstaunen darüber, daß nicht nur der Unternehmer, sondern auch jeder sonst irgendwie am Gegenstand der Unternehmung Beteiligte einen Nutzen fordert, d. h. ein Entgelt dafür, daß er der Gesellschaft das liefert oder liefern hilft, was sie zu empfangen wünscht. Von den Marxisten abgesehen, betrachten Alle es als die natürlichste Sache von der Welt, daß der Fabrikant, der 40 Dollar, Pfund oder Mark für Rohstoff, 40 für Arbeitslohn und 20 für die Erneuerung der Produktionsmittel und andere Kosten aufgewendet hat, vom Käufer des Fabrikats nicht 100, sondern 120 verlangt. Und für ebenso natürlich hält man es, diesmal sogar mit Einschluß der Marxisten, daß die Arbeiter, die an der Herstellung des Fabrikats mitgewirkt haben, von jenen 120 für sich einen, „Lohn" genannten Nutzen von 40 in Anspruch nehmen; obwohl doch nach Bezahlung des Rohstoffs (40), der Erneuerungskosten (20) und des Entgelts für den Unternehmer, dessen kaufmännisch-organisatorische Leistung das Erzeugnis erst zu einem verkäuflichen Fabrikat gemacht hat (20), nur ein Rest von 20 übrig bleibt, wenn das Fabrikat zu den angeblichen Erzeugungskosten von 100, und nicht unter Einrechnung eines Nutzens zu 120 verkauft wird. Gleichviel, ob man den Nutzen aus dem Grunde für notwendig hält, weil sonst der Unternehmer für seine Mitwirkung und sein Risiko die ihm gebührenden 20 nicht erhalten könnte, oder deshalb, weil sonst den Ar-

Digitized by Google

beitern statt der ihnen gebührenden 40 nur 20 ausgezahlt werden könnten, — jedenfalls wird das Streben nach Nutzen als unlöslich mit dem Prinzip der Privatwirtschaft verbunden angesehen. Und wie im Vorhergehenden festgestellt, ist ja der Nutzen auch wirklich nicht nur ein Zubehör, sondern geradezu der Motor der Privatwirtschaft. (Uebrigens auch jeder anderen Wirtschaft).

Aber dennoch: Kein Nachweis der funktionellen und ethischen Berechtigung des Nutzens hilft uns über den Widerspruch hinweg, der darin liegt, daß jedes produktiv tätige Mitglied der Verkehrsgemeinschaft regelmäßig den Wert „100" an die Gemeinschaft liefert, dagegen den Wert „120" von ihr fordert. Denn wie ist eine Wirtschaft denkbar, in der jedermann dem Sozialprodukt um ein Fünftel mehr entnimmt, als er ihm zuführt? Da dies eine glatte Unmöglichkeit ist, so muß der Augenschein, demzufolge niemand etwas leistet, ohne den Gegenwert der Leistung plus Nutzen dafür zu fordern, uns täuschen; der Nutzen muß etwas anderes sein als ein Aufschlag, den der Einzelne auf den Wert seiner Leistung legt.

Tatsächlich erkennt man, wenn man die Verkehrsvorgänge rein tauschmäßig betrachtet, sehr schnell, daß hier ein Sehfehler vorliegt, und auch wo die Fehlerquelle zu suchen ist. Man hat nur die Hälfte der Verkehrsvorgänge beobachtet statt des Ganzen; hat zwar gesehen, daß jedermann 100 gibt und 120 fordert, aber nicht, daß jedermann zugleich bereit ist, auch allen Anderen 120 zu bewilligen, obwohl sie nur 100 geben. Der Aufschlag von 20, den der Erste vom Zweiten verlangt, kompensiert sich also mit den 20, die der Zweite wiederum vom Ersten verlangt; und nur weil jeder dem Anderen jenes Mehr von 20 zubilligt, kann sein eigenes Verlangen, ein Mehr von 20 zu erhalten, in Erfüllung gehen. In Wirklichkeit werden Ware und Dienste gleichen Verkehrswert gegen einander ausgetauscht, und es ist gleichgültig, ob man den beiderseitigen Leistungen den Nenner 100 oder 120 zu Grunde legt, so lange nur die Leistungen fortlaufend, Zug um Zug, gegen einander ausgetauscht werden, also jeder so viel nimmt wie gibt und umgekehrt. Hier ist offenbar der springende Punkt: Der Erzeuger kann für seine Leistung einen Nutzen von 20, der Arbeiter für die seinige einen Nutzen („Lohn") von 40 immer dann und nur dann erzielen, wenn er mit seiner Leistung die nach gleichen Grundsätzen bewerteten Leistungen Dritter abzugelten bereit ist, wenn er also nicht nur verkauft, sondern im Ausmaß seiner Verkäufe auch kauft. Das ergibt sich ohne weiteres, sobald man die Verkehrsvorgänge unter dem Gesichtswinkel des Tauschs betrachtet.

Weniger einfach erscheinen die Vorgänge, wenn man sie geldwirtschaftlich ansieht, also so, wie sie sich wirklich vollziehen. In Geld ausgedrückt bedeutet die Einrechnung eines Nutzens in die Marktpreise, daß jedermann für das, was er erzeugt, mehr Geld verlangt, als er für die Herstellung bezahlt hat. Der

Digitized by Google

Markt verfügt aber in seiner Gesamtheit immer nur über so viel Geld oder Kaufkraft, wie die Wirtschaft ihm hat zufließen lassen. Es ist also eine praktische Unmöglichkeit, daß jedermann ihm mehr Geld entnimmt als zuleitet. Mithin erscheint es, geldwirtschaftlich angesehen, als ein Unding, daß die Erzeuger dem Markt für je 100 Geldeinheiten, die sie ihm als Bezahlung der Kosten zuleiten, 120 Einheiten für Kostenersatz plus Nutzen entnehmen.

Die marxistische Theorie hilft sich hier auf eine höchst einfache Weise, indem sie behauptet, der Nutzen des Erzeugers bestehe gar nicht in einem Aufschlage auf die dem Markte zugeleiteten Geldbeträge, nicht in einer Forderung von 120 für 100, sondern darin, daß er von dem Teil des Erlöses, der rechtmäßig dem Arbeiter zustehe, ein gewisses Partikel für sich selbst zurückbehalte; daß er also zwar nur einen Erlös von 100 Einheiten erziele, sich dennoch aber einen Nutzen von 20 verschaffe, indem er statt 60 nur 40 Einheiten an den Arbeiter abführe und die Differenz, den „Mehrwert", gewissermaßen unterschlage. Wir wollen ganz davon absehen, daß es ein ökonomisches Maß für das rechtmäßige Entgelt des Arbeiters (den Lohn) ebenso wenig gibt wie ein Maß für das rechtmäßige Entgelt des Unternehmers (den Nutzen), und auch davon, daß der Lohn sich nur terminologisch, nicht aber sachlich vom Nutzen unterscheidet. („Rechnungsmäßig" ist der Lohn ist ein Reinnutzen, „betriebstechnisch" ein Bruttonutzen, von dem die biologisch notwendigen Kosten der Arbeitskraft-Erhaltung abzuziehen sind.) Aber die Bezeichnung des Nutzens als A b z u g statt als A u f s c h l a g widerspricht dem Augenschein, der uns lehrt, daß nicht nur für je 100 Kosteneinheiten 120 Erlöseinheiten g e f o r d e r t werden, sondern daß tatsächlich aus je 100 Kosten ein Produkt von 120, d. h. ein Erzeugnis höheren Marktwerts, e n t s t e h t. Wenn es nicht so wäre, vielmehr aus je 100 Kosten immer nur wieder ein Produkt von 100 gewonnen würde, so gäbe es keinen Fortschritt und keine wirtschaftliche Bereicherung der Menschheit.

Es wird also faktisch ein Aufschlag auf die Kosten erhoben, um einen Nutzen entstehen zu lassen. Aber wie ist es beim herrschenden System der Geldwirtschaft möglich, daß alle Erzeuger eines Landes dem Markte andauernd mehr Geld in Gestalt der „Erlöse" entziehen als ihm in Gestalt der „Kosten" zuleiten? Oder um plastisch zu sein und Ziffern der deutschen Produktionsstatistik — natürlich nur Annäherungszahlen — sprechen zu lassen: Wie ist es möglich, daß jährlich für 60 Milliarden Mark Endprodukte erzeugt, verkauft und bezahlt werden, obgleich die Erzeuger der Wirtschaft nur 50 Milliarden Mark in Gestalt der aufgewendeten Kosten zurückerstatten und 10 Milliarden Mark als Nutzen einbehalten?

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Schon die Tatsache, daß der deutsche Geldumlauf nur rund 5 Milliarden Mark beträgt, ein Zurückhalten von 10 Milliarden also ein Ding der Unmöglich-

Digitized by Google

keit ist, zeigt uns, daß das vorstehend skizzierte Wirtschaftsbild falsch ist. Und zwar ist das Bild deshalb falsch, weil wir auch hier wieder, ganz wie bei der ersten flüchtigen Betrachtung der Vorgänge unter tauschmäßigem Gesichtswinkel, die Vorbedingung außer Acht gelassen haben, unter der allein ein Nutzen sich bilden kann: Daß nämlich der Nutzen nicht „einbehalten", sondern wieder an den Markt geleitet wird. Wir haben vorhin gesehen, daß entsprechend dem Tauschcharakter der Wirtschaft aus 100 Kosten nur dann 120 Erlös, also ein Nutzen von 20, entstehen kann, wenn derjenige, der den Nutzen einstreicht, ihn alsbald zum Bezuge von Erzeugnissen verwendet, auf denen ein Nutzen auch für die Anderen ruht. Die Mechanik der Geldwirtschaft läßt diesen do ut des- Zwang noch deutlicher hervortreten, indem sie zeigt, daß das Geld, in dem der Nutzen greifbare Gestalt annimmt, nicht erst nach Monaten oder Jahren, sondern unverzüglich an den Markt zurückkehren muß, wenn dieser kaufkräftig genug sein soll, um auch weiterhin den üblichen Nutzen zu erzeugen.

Wir sehen hier, welche außerordentlich bedeutsame Rolle das Moment der Zeit spielt, innerhalb derer das Geld seinen Kreislauf durch die Wirtschaft beschreibt. Wird der Nutzen, der dem einzelnen zuwächst, auf lange Frist thesauriert, d. h. als bares Geld aufgespeichert, so fehlt am Markte die Kaufkraft, die den Nutzen entstehen läßt. Die Nachfrage verringert sich, und zwar in einem ganz bestimmten Ausmaße, das gleich ist dem Betrage des thesaurierten Geldes multipliziert mit der Ziffer der Zahlungsakte, die das Geld vollbringen würde, wenn es am Markte wäre (Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit). Und das Nachlassen der Nachfrage führt zu einem Preisrückgange, der den Erlös der Erzeugnisse auf oder unter ihre Herstellungskosten drückt; mit der Wirkung, daß der Erzeuger nunmehr den Nutzen, den er nicht mehr von der Seite des Erlöses her erzielen kann, von der Kostenseite her zu erzielen versucht, sei es durch organisatorische Verbesserungen, sei es durch Anwendung neuer Erfindungen oder kostensparender Verfahren, sei es endlich dadurch, daß er in diesem Ausnahmefall unter anderem auch das tut, was Marx als die Regel bezeichnet, nämlich den „Lohn" genannten Nutzen-Anteil des Arbeiters herabsetzt. Wendet er dieses letztere Mittel der Kostenverminderung an, weil der Effekt der anderen Mittel ungenügend ist, so handelt er ökonomisch folgerichtig, denn ein Erlös, der den Arbeiter- und Unternehmer-Nutzen in alter Höhe alimentiren könnte, ist nicht vorhanden, und es kann dem Unternehmer nicht zugemutet werden, als einziger aller an der Erzeugung Beteiligten auf ein Entgelt für seine Tätigkeit zu verzichten. Mutet man es ihm dennoch zu, so wird er seinen Betrieb schließen.

Das Moment der Zeit beeinflußt den Wirtschaftsgang aber nicht nur von der Seite der Nachfrage her — durch das Tempo, in dem der Nutzen als zusätzliche Kaufkraft an den Markt zurückkehrt —, sondern auch von der Seite des Angebots. Werden alle

Digitized by Google

Erzeugnisse, die im Produktionsturnus von sagen wir einem Vierteljahre fertiggestellt worden sind und nun zu 120 (davon 100 Kostenersatz und 20 Nutzen) verkauft werden sollen, sofort und restlos auf den Markt geworfen, so muß es sich notwendig herausstellen, daß ihr Verkauf zu den vorgesehenen Preisen nicht möglich ist. Denn der im Preise von 120 steckende Nutzen von 20 ist, wie wir gesehen haben, in Folge des Tauschcharakters des Verkehrs ein Produkt der Gegenseitigkeit; er setzt voraus, daß die übrigen Erzeuger nicht nur den Nutzen, der sie befähigt, ihrerseits das neue Erzeugnis mit einem Aufschlag von 20 zu bezahlen, bereits erzielt haben, sondern daß sie auch bereit sind, ihre gesamte Kaufkraft an den Ankauf der restlos zum Angebot kommenden Neuproduktion zu wenden. Das ist aber niemals der Fall, da ja ein Teil der vorhandenen Kaufkraft sich stets im Stadium der wenn auch nur vorübergehenden Thesaurierung befindet. Lediglich in dem Umfange, in dem der jeweils thesaurierte Teil der Kaufkraft (das untätig ruhende Geld) sich mobilisiert, ist die Veräußerung der jeweiligen Neuproduktion *mit Nutzen* möglich.

Es genügt nicht, daß die Erzeuger, die einen Nutzen erzielen wollen, diesen Nutzen *nach seiner Realisierung* dem Markte zuführen, indem sie hier mit der empfangenen Kaufkraft als Käufer auftreten. Denn der Markt kann einen Ueberpreis, d. h. einen Preis in der Höhe von Kosten plus Nutzen, nicht schon dann zahlen, wenn er die Gewißheit hat, den Nutzen *später* zurückzuerhalten, also antizipando, sondern erst dann, wenn er die entsprechende Kaufkraft bereits *erhalten hat*. Ist das aber so, kann also jedermann allen Anderen einen Ueberpreis immer nur dann zahlen, wenn die Anderen ihm zuvor ihrerseits einen Ueberpreis gezahlt haben, — wer macht dann den Anfang? Und vor allem: Woher stammt die Kaufkraft, die der *Erste* in der Reihe für den Ueberpreis aufbringt?

Nun, sie stammt aus der Kaufkraft, die in einer vorhergehenden Produktionsperiode entstanden ist, und von der ein Teil dadurch in die Gegenwart hinübergerettet wurde, daß man ihn nicht sofort verwertet, sondern thesauriert hat. Mit anderen Worten: Das Geld, mit dem heute der „Nutzen" genannte Aufschlag auf den Preis bezahlt wird, ist identisch mit dem Gelde, das gestern verdient, aber nicht ausgegeben worden ist. Es entstammt also einem Sparvorgang, der die Form der Ansammlung baren Geldes angenommen hat. Dieser Sparvorgang, der *heute* die Erzielung eines Nutzens ermöglicht, hat *gestern* notwendig zur Folge gehabt, daß die Produzenten nicht ihre Gesamterzeugung, sondern nur einen Teil davon haben verkaufen können. Es steht somit dem angesammelten baren Sparbetrage ein entsprechender unverbrauchter Rest des Sozialprodukts früherer Perioden gegenüber; ein Rest, der aller Welt sichtbar ist, weil er die Form unverkaufter Warenlager angenommen hat. Diese Warenlager haben die wichtige Bestimmung, die laufende Volksversorgung während des Interims

Digitized by Google

zwischen den einzelnen Produktionsabschnitten sicherzustellen; sie müssen die Zeit bis zur Vollendung der in der Herstellung begriffenen Neufabrikate und bis zum Heranreifen der keimenden Ernte überbrücken. Die ihr gegenüberstehende noch unverwendete Kaufkraft dagegen bietet der Wirtschaft die Möglichkeit, den Erzeugern den Nutzen zu gewähren, auf den diese Anspruch erheben.

Aber diesen Nutzen vermag die Wirtschaft allein unter der Voraussetzung zu gewähren, daß die Produzenten ihr jeweils nur denjenigen Teil ihrer Erzeugnisse anbieten, den die mobile Kaufkraft zu den geforderten Preisen absorbieren kann, und zum Verkauf des Rests erst später und etappenweise schreiten; wobei die Verkaufsmöglichkeit jeder Etappe erheblich von dem Ausmaß beeinflußt wird, in dem die Produzenten selbst den aus dem früheren Erlös erzielten Nutzen dem Markte zuführen, d. h. von dem Ausmaß, in dem sie mit ihrer eigenen Kaufkraft die Kaufkraft des Markts wieder auffüllen. Der Nutzen entsteht also, wirtschaftsgesetzmäßig angesehen, nur dann, wenn Erzeugung und Verbrauch sich der Doppeleigenschaft der menschlichen Verkehrsgemeinschaft als einer Tauschwirtschaft und einer Vorratswirtschaft anpassen, die einerseits eine Gegenseitigkeit des Leistens und Forderns, und andererseits ein Haushalten mit dem Sozialprodukt bedingt. Der Nutzen ist somit nicht nur der Anreger, der die laufende Befriedigung des menschlichen Bedarfs gewährleistet, sondern zugleich auch der Konservator, der die Vorräte schont und den Wohlstand der Nationen erzeugt, indem er jede Produktionsperiode zwingt, ihrer Nachfolgerin ein größeres Sozialprodukt zu hinterlassen, als sie von ihrer Vorgängerin erhalten hat. Wo der Nutzen fehlt, also nicht jedermann danach strebt, daß hingegebene Kaufkraft mit einem Plus zu ihm zurückkehrt, da unterbleibt nicht nur die Akkumulation des Sozialprodukts, sondern auch seine laufende Erneuerung; die Wirtschaft zehrt hier von ihrem Kapital.

Nach alledem entsteht ein Nutzen immer dann, wenn eine Erzeugungsperiode — die Anschaulichkeit zwingt mich leider, von „Perioden" zu sprechen, wo in Wirklichkeit ein kontinuierlicher Entwicklungsgang vorliegt, — von ihrer Produktion gemäß dem Prinzip der Vorratswirtschaft nur so viel hergibt, wie der mobile Teil der aus der Vorperiode stammenden Kaufkraft zu einem die Produktionskosten übertreffenden Preise absorbieren kann. Der Nutzen steigt, wenn vom bisher immobilen Teil der Kaufkraft Partikel sich loslösen und mobilisieren, so daß der laufenden Erzeugung eine erhöhte Nachfrage gegenübertritt, die zugleich einen verstärkten Verbrauch und eine entsprechend verstärkte Reproduktion zur Folge hat. Der Nutzen fällt, wenn ein größerer als der normale Teil der z. Zt. in der Neubildung begriffenen Kaufkraft aus dem Verkehr scheidet und sich immobilisiert (die Um-

Digitized by Google

laufsgeschwindigkeit des Geldes sich verlangsamt), mithin der laufenden Erzeugung eine verminderte Nachfrage gegenübertritt.

* * *

Wir sind bisher zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Die Konjunktur tritt in die Phase des Aufschwungs normalerweise dann ein, wenn die Masse der Verbraucher einen größeren Teil ihrer paraten Kaufkraft (ihres Kassenbestandes) zum Warenkauf verwendet, als es bis dahin geschehen ist.

Die Verbraucher sind zur Schmälerung ihrer Kassenreserve aber nur dann imstande, wenn sie mit Sicherheit auf eine demnächstige Erhöhung ihres Einkommens rechnen können; und zwar muß das neue, erhöhte Einkommen bereits dann vorhanden sein, wenn der verstärkte Wareneinkauf die Kassenreserve erschöpft haben wird.

Eine Erhöhung des durchschnittlichen Einkommens wiederum ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Produktion einen Nutzen zu erzielen beginnt, der größer ist als der bisherige Nutzen; andernfalls steigt weder das Einkommen der Unternehmer noch dasjenige ihrer Angestellten und Arbeiter.

Der Nutzen steigt aber seinerseits nur dann, wenn ein Teil der bereits vorhandenen Kaufkraft (des Kassenbestandes) seinen Reserve-Charakter aufgibt und zu Warenkäufen schreitet. Und damit sind wir zunächst wieder bei einem Zirkelschluß. Denn die stärkere Mobilisierung der Kassenreserve setzt ja eine demnächstige Erhöhung der Einkommen voraus, die aber ihrerseits nur dann eintreten kann, wenn die Kassenreserve die verstärkte Mobilisierung bereits e r f a h r e n hat, weil sich daraus erst die Zunahme des Nutzens ergibt, von der die Erhöhung der Einkommen bedingt ist. Auf eine drastische Formel gebracht heißt das: Die Mobilisierung des Kassenbestandes setzt sich selbst voraus.

Und damit spitzt sich das Problem auf die Frage zu: Gibt es außer der Erwartung einer künftigen Einkommensteigerung noch andere Momente, die einen vergrößerten Teil der thesaurierten Kaufkraft mobilisieren?

Tatsächlich haben wir aber im ersten Teil dieser Untersuchung zwei derartige Momente kennen gelernt. Das eine Moment war der allmähliche Uebergang thesaurierter Kaufkraft aus dem Besitz geringbeschäftigter Arbeitnehmer in den Besitz des Lager-haltenden Zwischenhandels; ein Vorgang, der sich in Depressionszeiten regelmäßig abspielt, weil die Arbeitnehmer mit stark gemindertem oder gar keinem Verdienst trotz des unzureichenden Zuflusses neuen Einkommens ihr Leben fristen und daher ihre eiserne Kassenreserve angreifen („aus der Tasche leben") müssen. Das zweite Moment war der Kauf-Anreiz, der von den sinkenden Preisen ausgeht, die ebenfalls eine regelmäßige Begleiterscheinung der Depression sind und zum Ausdruck bringen, daß den Erzeugern bezw. Händlern ihre Absicht, aus dem zum Verkauf gestell-

Digitized by Google

ten Teil der Produktion einen Nutzen zu erzielen, nicht geglückt ist. Indem diese beiden Vorgänge größere, bisher immobile Teile der stark zersplitterten Kassenbestände beim Lager-haltenden Zwischenhandel zentralisieren, führen sie deren Mobilisierung herbei. Denn der Zwischenhandel läßt keine Kaufkraft müßig liegen, sondern verwendet sie entweder zur Neuauffüllung seiner Läger, also direkt produktiv, oder zur Weitergabe an andere Instanzen (Banken, Sparkassen, Industrielle usw.), die ihrerseits für die Ausnutzung der Kaufkraft sorgen, mithin indirekt produktiv.

Hier haben wir den Erreger, der die verstärkte Mobilisierung thesaurierter Kaufkraft herbeiführt, die ihrerseits über mehrere Etappen — Lagerverringerung, daher Geldflüssigkeit des Handels, daher Neuauffüllung der Läger, daher Preissteigerung beim Erzeuger — den Nutzen entstehen läßt, der die allgemeine Aufbesserung der Einkommen vorbereitet und damit eine weitere, verstärkte Welle der Kaufkraft-Mobilisierung auslöst. Aber das Auftreten dieses Erregers ist an eine ganz bestimmte Voraussetzung gebunden, nämlich an die Voraussetzung, daß vor seinem ersten Erscheinen das Gegenteil der eben skizzierten wirtschaftlichen Tendenz herrscht, d. h. Ueberfüllung der Läger, daher Geldknappheit beim Handel, daher Auftragsmangel beim Erzeuger, daher Preisrückgang. Mit anderen Worten: Die Voraussetzung des Aufschwungs ist die Depression, wie die Depression ihrerseits wieder die Voraussetzung des Aufschwungs ist.

Das scheint mir das Gesetz der wirtschaftlichen Wellenbewegung zu sein. Selbstverständlich nur der normalen Wellenbewegung, die von dem Zusammenwirken einer geldwirtschaftlich verbundenen Gemeinschaft notwendig bedingt, dagegen unbeeinflußt ist von den Auswirkungen innerer Verwaltungswillkür und äußerer Katastrophen, also von Geld- und Kreditpolitik, zollpolitischem Richtungswechsel, Währungsverfall im Auslande und dergl. Aber es scheint mir auch, als wenn nur diese Normal-Konjunktur der statistischen Erfassung zugänglich ist, und daß jeder Versuch, eine mittlere Entwicklungslinie aller Konjunkturen, auch der Willkür-geborenen, zu ermitteln, also sozusagen eine Normallinie des Anormalen festzustellen, notwendig zum Scheitern verurteilt ist. Dagegen glaube ich, daß nicht nur der typische Verlauf der Normal-Konjunktur mit Leichtigkeit aus einigen wenigen Ziffernreihen ermittelt werden kann, sondern daß es sogar möglich ist, aus diesen Ziffernreihen die jeweils nächste Phase der Gegenwarts-Konjunktur für den Fall vorauszubestimmen, daß ihr Verlauf nicht von oben oder außen gewaltsam gestört wird. Wenn der hier vorliegende Versuch einer Ermittlung der konjunkturellen Gesetzmäßigkeiten die richtige Fährte eingeschlagen hat, so genügt es, wenn die Statistik sich im wesentlichen auf die Ermittelung der Daten beschränkt, aus denen die Entwickelung des Nutzens, die Zu- und Abnahme der Lagerbestände und — falls das möglich sein sollte — das Verhältnis zwi-

Digitized by Google

schen dem mobilen und immobilen baren Kassenbestand abgeleitet werden kann. Aber auch wenn der hier angestellte Versuch nicht zum Ziel führt, besagt das keineswegs, daß eine richtige Konjunkturforschung nicht ohne Berge statistischen Materials auskommen kann. Vielmehr wird die logische Konjunkturforschung dann eben andere als die hier aufgezeigten Kausalzusammenhänge zu ermitteln haben. Und diese Zusammenhänge werden sich, wenn sie richtig sind, sicherlich mit Hilfe eines relativ kleinen Zahlenmaterials verifizieren lassen.

Alfred Lansburgh.

Der August 1926.

Auch im August herrschte **weltpolitisch** noch Sommerruhe; indes sind wiederum zwei, keineswegs bedeutungslose Verträge der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden. Italien hat mit Spanien einen der üblichen Freundschaftsverträge abgeschlossen, der aber gewisse geheime Abmachungen zu enthalten scheint; jedenfalls gab er der spanischen Diktatur, die übrigens vorübergehend durch eine Offiziersrevolte bedroht war, den Anlaß zu Forderungen, die sich auf Tanger bezogen, aber bei Frankreich und England, die sich in ihren Mittelmeer-Interessen bedroht fühlten, auf Widerstand stießen. Als Gegenschachzug auf diesen Vertrag gab Frankreich eine vor einiger Zeit bereits geschlossene Abmachung mit Rumänien bekannt, der im September der Abschluß eines polnisch-rumänischen Vertrages folgte; hier ist die gegen Deutschland gerichtete Spitze unverkennbar. — Auch in Griechenland gab es eine Offiziersrevolte, die den bisherigen Diktator von seinem Platze vertrieb. — Was Deutschland betrifft, so beherrschte der bevorstehende Eintritt in den Völkerbund die Diskussion, daneben noch die Eupen-Malmédie-Frage (man hoffte auf Rückgabe des Landstriches seitens Belgiens gegen deutsche Zugeständnisse in der Frage der belgischen Marknoten-Bestände), doch wurde es davon bald wieder still.

Staatsfinanziell lief mit dem 31. August das zweite Reparationsjahr für Deutschland ab, in dem dieses rund 1,22 Milliarden Goldmark gezahlt hat. Davon sind ungefähr 65 % in Gestalt von Inlands-Zahlungen des Reichs für Warenlieferungen deutscher Unternehmer geleistet worden, rund 35 % wurden in fremden Währungen gezahlt, hauptsächlich durch die bekannten Abzugsverträge (recovery acts) mit England und Frankreich; nur ein kleiner Teil, rund 65 Millionen Mark ist faktisch in Devisen „transferiert" worden. In die letzten Tage des Monats fällt auch ein deutsches Abkommen mit dem Reparationsagenten über den sogenannten „kleinen Besserungsschein". Wenn die verpfändeten Steuern und Zölle Ueberträge liefern, ist nach dem Dawes-Abkommen ein bestimmter Teil, jährlich bis 250 Millionen Mark, als

Digitized by Google

zusätzliche Reparation zu zahlen, ein Fall, der infolge der neueren Schutzzoll- und Steuerpolitik eingetreten ist. Anstelle der nach 1 und 2 Jahren zu zahlenden je 250 Millionen Mark sind nun nach dem Abkommen insgesamt nur 300 Millionen Mark, aber in alsbald beginnenden Raten, zu leisten. Die Reichseinnahmen im Juli haben den Voranschlag beträchtlich überstiegen, so daß die auf die Steuerreformen zurückzuführenden vorherigen Mindereingänge des laufenden Rechnungsjahres im Juli wieder ausgeglichen worden sind. Das früher bereits erwähnte Arbeitsbeschaffungsprogramm ist in seinen finanziellen Auswirkungen noch immer nicht genau zu übersehen. Der Reichsfinanzminister erklärte zwar wiederholt, daß er zunächst von einer Inanspruchnahme des Anleihemarktes absehen könne; anfangs September aber schien es, als ob eine größere Auslandsanleihe unmittelbar bevorstände. Die im vorigen Heft erwähnten 80 Millionen Mark 6½ %igen Reichspost-Schatzanweisungen wurden zu 99½ % voll zugeteilt; es ist angeblich nur etwas mehr als die Hälfte gezeichnet worden, wohl infolge der gleichzeitigen Emissionen der Girozentralen, die den Sparkassen günstiger schienen. Der Sparkassenverband selbst hat durch die Deutsche Girozentrale 8 Millionen Dollar 7 %ige Anleihe zu 98 % in New York mit Erfolg untergebracht. Trotz starker Widerstände hat der Reichsrat mit kleiner Mehrheit 360 Millionen Mark Hypothekarschuldscheine der Rentenbank-Kreditanstalt für mündelsicher erklärt. — Preußen verhandelte mit Amerika über 20 Mill. Dollar 6½ % Anleihe, und auch von anderer Seite (Städte, Sächsische Werke, Siemens-Konzern, Girozentralen, Stinnes-Kohlenges. etc.) wird wieder verstärkt an Amerika appelliert. — Frankreich hat eine erste kleine Valutaanleihe herausgebracht, nämlich 60 Millionen Schweizer Francs 7 %ige Eisenbahnanleihe zu 94 % in der Schweiz. — Von 10 Milliarden Papierfrancs belgischen Eisenbahn-Prior. Akt., die z. T. zur Konversion älterer Schulden dienen sollen, ist annähernd die Hälfte, meist im Wege des Umtauschs gegen Schatzscheine, untergebracht worden, ein Teil in England, Holland, der Schweiz und Deutschland. — In Italien hat das Schatzamt 500 Millionen Lire Schatzscheine zurückgekauft; es beabsichtigt, regelmäßig mit Rückkäufen fortzufahren, die Banca d'Italia so zu entlasten und die Währung durch Deflation aufzubessern.

Weltwirtschaftlich ist der Abschluß eines vorläufigen deutsch-französischen Handelsabkommens zu erwähnen. Es handelt sich diesmal nicht um ein belangloses, wenige Millionen Wert umfassendes Teilabkommen wie im Frühjahr, vielmehr sind mehrere hundert Positionen der beiderseitigen Zolltarife gebunden und auch sonst die in Vollverträgen üblichen Abmachungen über Konsulate, Schiffahrt usw. getroffen worden. Die nicht geregelten Warengruppen betreffen im wesentlichen Eisen, chemische Produkte und Wein, das erste, weil man es den priva-

Digitized by Google

ten Abmachungen überlassen hat. die beiden letzten, um für den endgültigen Vertrag etwas zum Abhandeln zu haben. — Am 1. August sind die deutschen Getreidezölle weiter erhöht worden — wie früher schon vorgesehen —, und zwar Roggen von 30 auf 50 Rm. je Tonne usw. — Der deutsche Außenhandel zeigt im Juli eine Verstärkung des Einfuhrüberschusses auf rund 126 Millionen Mark, die zum Teil auf Voreindeckungen mit Getreide usw. infolge der erwähnten Zollerhöhungen beruht. Die Ausfuhr ist im reinen Warenverkehr um 63 Millionen Mark weiter gestiegen.

In der Lage der **Weltschiffahrt** schien sich gegen Ende August insofern wieder ein Wandel zu vollziehen, als die bis dahin dauernd ansteigenden Frachten Neigung zeigten, abzubröckeln; das hing in der Hauptsache damit zusammen, daß sich bessere Aussichten für eine baldige Beilegung des englischen Bergarbeiterausstandes zu zeigen schienen. Gegen Ende des Monats machten sich die Ansprüche der nordamerikanischen Getreidefahrt wieder stärker bemerkbar. — Infolge des Abkommens mit Frankreich laufen die deutschen Schiffe jetzt auch die bisher gesperrten vormals deutschen Häfen in Duala und Lome (Kamerun) wieder an. — Im letzten Rechnungsjahr haben den Panama-Kanal rund 0,9 Millionen Registertonnen deutsche Schiffe passiert gegnüber 13,7 Millionen t. amerikanischer und 6,8 Millionen t. englischer. — Ueber die Bestätigung von Dr. Dorpmüller als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn wird noch immer verhandelt. Die Häufung von Unfällen und auch Attentaten bei der Bahn scheint allmählich den Verkehr, insbesondere von Ausländern, etwas zu beeinflussen. Die Einnahmen haben sich im Juli, vor allem infolge der vermehrten Kohlenbeförderung, weiter günstig gestaltet; sie sind mit 238,6 Millionen Mark im Güterverkehr über 12 Millionen Mark höher als im Vormonat. Die Gesamteinnahmen betrugen 410,6 (Vorjahr 419,9) Millionen Mark.

Der Welt**arbeitsmarkt** steht noch immer unter dem Eindruck des Bergarbeiterausstandes in England, dessen Beilegung trotz immer wiederholter Versuche bis Anfang September nicht gelungen ist; allerdings beginnen bezirksweise nicht unbedeutende Arbeitergruppen wieder zur Arbeit zurückzukehren, womit der Streik für die Arbeiter verloren ist. — In Deutschland hat sich die Lage, z. T. wiederum unter dem Einfluß des englischen Ausstandes, z. T. unter dem des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, etwas weiter gebessert, so daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen Mitte August auf 1,60. Ende August auf 1,55 (Mitte Juli 1,71) Millionen gesunken ist. Uebrigens stellt das Reichsarbeitsblatt diese deutliche Besserung jetzt auch schon für den Juli fest und betont, daß sie zwar in erster Reihe jahreszeitlich sei, sich aber auch außerhalb der Saisoneinflüsse erkennen lasse. Bei den Krankenkassen hat die Zahl der Versicherten um 0,2 (Vormonat 0,1) % zugenommen. die Fachverbände melden 17,7 (18,1) % Arbeitslose

Digitized by Google

und 16,6 (17,2) % Kurzarbeiter. Scharf nachgelassen hat der Andrang, insbesondere männlicher Arbeitsuchender, bei den Nachweisen. Auf je 100 offene Stellen entfielen 647 (752) Männer und 424 (455) Frauen. — Das gekündigte Lohnabkommen im Ruhrbergbau (siehe voriges Heft) konnte trotz längerer Verhandlungen nur durch Schiedsspruch verlängert werden, der eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 % vorsieht.

In den **Konkurs-** und Geschäftsaufsichtsziffern sind weitere starke Rückgänge zu beobachten; neue Zahlungsschwierigkeiten von Bedeutung wurden nicht bekannt. Es wurden eröffnet:

Im Juni	1924	595	Konk.	1925	740	Konk.	1926*)	949	(486) Konk.
„ Juli	1924	1185	„	1925	788	„	1926*)	698	(361) „
„ August	1924	792	„	1925	725	„	1926*)	503	(237) „

*) In Klammern: Geschäftsaufsichten.

In der **Zusammenschlußbewegung** verzeichnet auch der August einige grundsätzliche Fortschritte. So faßt die Zeiss-Stiftung, die Besitzerin der Zeiss-Werke, Jena, jetzt den bedeutendsten Teil der deutschen Kamera-Industrie, und zwar die Firmen Goerz, Ernemann, Ica und Contessa Nettel, in einer neuen Einheitsgesellschaft zusammen, für die Goerz den Mantel hergibt, obgleich sein Kapital dabei am schärfsten zusammengeschnitten wird. — Die Gruppe Aschinger hat die Mehrheit der Hotelbetriebs-Aktien erworben und damit weitere vier große Berliner Hotels an sich gezogen. — Die Telefonfabrik Berliner hat das Gesamtkapital der Dr. Huth G. m. b. H. für Funkentelegrafie erworben, einer der drei im deutschen Großfunkverkehr führenden Firmen. — Aus England ist die Verschmelzung der Anglo-Austrian Bank mit der British Trade Corporation zur „Anglo International Bank Ltd." mit 2 Millionen Pfund Gesamtkapital zu erwähnen.

Dem deutschen **Kohlen**markt kommt die lange Dauer des englischen Ausstandes immer mehr zugute, so daß einige Zechen in der letzten Versammlung des Ruhrkohlensyndikats sogar einen Antrag auf volle Freigabe der Förderung und Aufhebung des Selbstverbrauchsrechtes stellten; das Syndikat erklärte zwar, die Voraussetzungen für diesen Antrag seien nicht gegeben, aber der Antrag kennzeichnet die Lage ebenso so gut, wie es die Tatsache tut, daß Lieferungen auf sofortigen Abruf zum großen Teil nicht mehr befriedigt werden können. Werksoffiziös wird allerdings betont, daß der Inlandsabsatz unverändert schlecht geblieben sei, ferner, daß die Verträge nach dem Ausland in der Hauptsache nur bis zum Oktober-November liefen, kein einziger über das Jahresende hinaus. Der Absatz nach Belgien, Frankreich und den Mittelmeerstaaten vollziehe sich glatt, in den nordischen Ländern aber störe der polnische Wettbewerb. Immerhin bleibt die Tatsache bestehen, daß die Kohlenbestände auf der Halde jetzt auf ein Minimum (unter eine Million Tonnen) gesunken und die Belegschaft um rund 8000 Köpfe gestiegen ist. — Mit der französischen Regierung ist eine Einigung über den Preis für Reparations-

Digitized by Google

koks zustandegekommen. Dieser wird im freien wie im gebundenen Verkehr mit 16,80 Mark die Tonne ab Ruhr berechnet, die französische Regierung gibt ihn aber in Zukunft den Verbrauchern nur zum Selbstkostenpreise, nicht mehr billiger, ab. — Auch in den übrigen deutschen Steinkohlen-Bezirken blieb die Lage günstig, ebenso für Braunkohlenbriketts: bei diesen regte das Inkrafttreten der höheren Winterpreise zu Anfang September an; Rohbraunkohle dagegen lag weiter schwach. Die deutsche Gesamt-Juliförderung von Steinkohle hat 13 Millionen To. überstiegen (Juni 11,76 Mill.). — Der amerikanische Kohlenmarkt entwickelt eine rege Ausfuhrtätigkeit nach England. — In Frankreich kann der Ausfall an englischer Importkohle nur unvollständig durch andere Zufuhren wettgemacht werden; die Folge ist — trotz Valutabesserung — eine Preissteigerung.

Die Befestigung des deutschen Eisenmarktes hat ebenfalls Fortschritte gemacht, und wenn auch die Preise z. B. für Eisenstein und Roheisen unverändert geblieben sind und die Produktions-Einschränkungen nicht weiter herabgesetzt wurden, so liegen doch die Forderungen der Werke für die wichtigsten Fertigeisensorten gegen Ende August durchweg um 4 bis 5 Mark über den Verbandspreisen. Auch die Weltmarktpreise haben angezogen, so daß z. B. Stabeisen fob Nordseehafen gegen Ende August mit 5 £ 2 s. gehandelt wurde gegenüber 4 £ 12 s. zu Beginn des Monats. Der Handel und die Verbraucher kaufen bereits wieder auf Lager, und auch der Schrottmarkt, das beste Barometer, zeigt Preiserhöhungen um einige Mark. Die Aufträge in Röhren sollen um etwa ein Viertel zugenommen haben, und auch in Draht ist das Geschäft merklich lebhafter geworden. Die weiterverarbeitenden Industrien, insbesondere Maschinen- und Wagenbau, klagen allerdings noch immmer. — Während des Monats wurde wieder mehrfach berichtet, das Internationale Eisenkartell sei zustandegekommen, aber es kam jedesmal rasch ein Dementi: die Hauptwiderstände liegen zurzeit in Belgien. Zuletzt wurden als Quoten im Kartell genannt: Deutschland 43,22 %, Frankreich und Luxemburg 39,45, Saar 5,73 und Belgien 11,60 %. — Am französischen und luxemburgischen Markt ist nach der Frankenerholung ein scharfer Rückschlag eingetreten, ein normaler englischer Markt hat sich noch nicht wieder entwickeln können. Es arbeiten in England zwar noch zahlreiche Walzwerke, aber nur wenige Hochöfen,obwohl einige wieder unter Feuer genommen worden sind. Die Lage in der Union ist unverändert fest. — Die deutschen Erzeugungsziffern sind im Juli durchweg höher gewesen als im Juni, und zwar betrugen sie (in Millionen To.) für Roheisen 0,77 (0,72), für Rohstahl 1,02 (0,98), für Walzwerkserzeugnisse 0,87 (0,86).

Den Kaliwerken ist die angestrebte Preiserhöhung (siehe die beiden letzten Hefte) im August durch den Einspruch des Reichs-

Digitized by Google

wirtschaftsministers, angeblich endgültig, versagt worden. Der Augustabsatz ist auf 1,02 (Juli 0,85) Millionen dz. Reinkali weiter gestiegen, er wäre nach Ansichten im Bezirk noch höher gewesen, wenn nicht die späte Ernte Aufträge zurückgehalten hätte.

Die **Ernte** selbst ist in Deutschland uneinheitlich ausgefallen, scheint aber doch trotz des zeitweilig ungünstigen Erntewetters nach Menge und Beschaffenheit über dem Durchschnitt zu liegen. Was die Welternte anlangt, so wird die Lage dadurch gekennzeichnet, daß die kanadischen Erträge ganz außergewöhnlich groß geworden sind und Nordamerika daher wohl nahezu soviel Ausfuhrüberschuß haben wird, wie Europa insgesamt braucht. Dabei lassen sich, zunächst wenigstens, die Ernteaussichten auch auf der südlichen Halbkugel nicht schlecht an. Im Zusammenhang damit gaben die Getreidepreise am Weltmarkt durchweg etwas weiter nach, obgleich amerikanische Versuche sie zuhalten, unverkennbar waren.

Die gedrückte Haltung des **Zucker**marktes hielt an, weil ein Teil der europäischen Rübenländer über recht gute Aussichten berichtet und der Verbrauch von Rohzucker nicht den Erwartungen entspricht. — Der Kaffeemarkt war nach schwächerem Beginn erholt, ohne daß dafür besondere Gründe ersichtlich gewesen wären; denn die Schätzungen der neuen Ernte lauten sehr hoch, etwa 10 % über dem zehnjährigen Durchschnitt. Tee lag etwas fester, Kakao etwas schwächer.

Die Welt**metall**märkte zeigten verhältnismäßig kleine Preisschwankungen und bescheidene Umsätze, abgesehen vom Zinn, das seine Steigerung infolge starken Verbrauchs und Abnehmens der Welt-Bestände weiter fortsetzte. Hier wurde um die Monatswende in London wieder der Preis von 300 Pfund gestreift, Anfang September wurde er sogar, zum erstenmal seit 1920, überschritten. — Das Kupferkartell ist noch immer nicht unter Dach, weil die Stellung der amerikanischen Regierung noch nicht sicher ist, und der Markt wird vorläufig in der Weise manipuliert, daß die Amerikaner den englischen Standardlägern Ware entnehmen, um sie zu verknappen. Blei zeigte zeitweilig stärkere spekulative Schwankungen, Silber war unter Schwankungen ungefähr behauptet, weil man gegenüber der indischen Währungsreform auf stärkere innere Widerstände rechnet.

Im Stande der **Baumwoll**felder traten im August weitere Verschlechterungen ein, so daß der Preis nach anfänglicher Schwäche scharf anzog. Um die Monatswende kamen dann bessere Wettermeldungen, und die Stimmung wurde wieder unsicher. Die englischen Baumwollspinner haben sich auf feste Grundpreise für Garne aus amerikanischer Baumwolle geeinigt und diese auch bis jetzt innegehalten. Die Absicht des amerikanischen Ackerbauamtes, auch die Stapellängen international zu vereinbaren, begegnet bei den europäischen Börsen, insbesondere bei Liverpool, bemerkenswert scharfem Widerstande. — Die Be-

Digitized by Google

festigung der Wollpreise, auf die bereits im vorigen Heft hingewiesen wurde, hat sich im August fortgesetzt; sie kam auch in den Preisen zum Ausdruck, die bei den ersten australischen Versteigerungen für die neue Schur angelegt werden mußten. — Jute und Hanf lagen fester.

Trotz langsam weiter steigender Bestände in England zog der Gummipreis besonders in der zweiten Hälfte des Monats wieder an, weil man auf ein gutes Herbstgeschäft in Amerika hofft; in der ersten Hälfte des Monats war der Preisdruck allerdings zeitweilig ganz außergewöhnlich stark gewesen. — Die Preise der meisten pflanzlichen Oele zogen leicht an, ebenso wie die der tierischer Fette; fest lagen auch Häute und Felle.

Die amtliche deutsche Großhandelsindexziffer für Ende August ist gegenüber Ende Juli (mit 126,5 gegen 126,8) eine Kleinigkeit niedriger, und auch die privaten Indices zeigen unbedeutende Rückgänge. Die Auslandsindices dagegen weisen meist weitere leichte Steigerungen auf. Die deutsche Lebenshaltungskennziffer stellt sich auf 142,5 (142,4). — Die Warenpreise stellten sich wie folgt:

	31.8.25	30.7.26	11.8.26	20.8.26	31.8.26		
Weizen (New York).	165 7/8	153 3/8	146 1/8	149 7/8	142 1/4	cts.	f. bush
Weizen (Berlin) . .	217 1/2	—	264	27	264	M.	„ 1000 kg
Roggen (Berlin) . .	169	195	190	203	202	M.	„ 1000 „
Mais (New York) .	105 1/8	97	96 3/4	91 3/8	87 1/2	cts.	„ bush.
Baumwolle (N. Y.) .	22.20	19.15	17.85	18.20	19.05	cts.	„ Pfd.engl.
Baumwolle (Bremen)	25,37	21.39	20.49	20.44	21.36	cts.	„ „ „
Wolle (Bradford)[1] .	—	48	48 1/2	49	49	d.	„ „ „
Zucker (New York)[2]	2.60	2.41	2 42	2,43	2.54	cts.	„ „ „
Zucker (Magdeburg)[3]	—	14 27	14.35	14.20	14.35	M.	„ 50 kg
Kaffee (New York) .	21 3/4	19 1/4	19 3/8	19 1/4	18 7/8	cts.	„ Pfd.engl.
Schmalz (Chicago) .	16.87 1/2	15.70	15.10	14.90	15.12 1/2	Doll.	„ 100 lb.
Leinsaat (London) .	19 1/8	17 1/8	16 5/8	16 9/16	15 7/8	sh	„ long ton
Gummi (London)[4] .	3.6 1/2	1.8 1/8	1.7	1.7 1/2	1.8	sh	„ Pfd.engl.
Silber (London) . .	32 7/8	29 7/16	28 11/16	28 9/16	28 5/8	d.	„ Unze std.
Kupfer (London) . .	61 3/4	59	58 3/4	59	59 1/8	Pfd.	„ long ton
Kupfer (Berlin[5]) . .	—	122 5/8	122	122	121 1/2	M.	„ 100 kg
Zinn (London) . .	251 7/8	291 5/8	294	294	295 1/4	Pfd.	„ long ton
Zinn (Hamburg) . .	—	604 1/2	600 1/2	603	598 1/2	M.	„ 100 kg
Zink (London) . .	36 13/16	34	34 5/16	34 3/8	34 5/8	Pfd.	„ long ton
Zink (Berlin)[6] . .	74 1/2	69 1/2	69	69	68 1/2	M.	„ 100 kg
Blei (London) . .	38 7/8	33 1/4	32 13/16	32 7/8	33 1/4	Pfd.	„ long ton
Blei (Berlin)[3] . .	72 1/2	66 5/8	64 1/8	64 3/8	64 5/8	M.	„ 100 kg

[1]) 64er Kammzug; [2]) unverzollt nächste Sicht; [3]) nächste Sicht; [4]) first crepe; [5]) erste Sicht; [6]) frei

Die uneinheitliche Haltung der **Weltbörsen** hielt auch im August an. In New York setzte sich nach anfänglicher Schwäche schließlich eine Befestigung durch, die insbesondere einzelne Eisenbahnaktien anstiegen ließ. Aber auch eine Reihe von Industriewerten, vor allem General Motors, profitierten erheblich von der Besserung. Die Irving Bank gibt den Wochendurchschnitt der Industrieaktien und der Eisenbahnaktien für das Monatsende

Digitized by Google

mit je etwa 2 % höher an als für den Monatsanfang. — Die Londoner Börse stand im wesentlichen unter dem Einfluß des noch immer anhaltenden Kohlenarbeiterstreiks, dessen Rückwirkungen auf die englische Volkswirtschaft sie ziemlich hoch einschätzt; Hoffnungen auf baldige Beilegung konnten die Kurse immer nur vorübergehend etwas steigern. — An der Pariser Börse sind im Zusammenhang mit der Franc-Besserung scharfe Rückgänge zu verzeichnen, während Wien bei sehr stillem Geschäft eher Steigerungen aufweist.

In **Berlin** hat der Börsenvorstand den im vorigen Heft erwähnten Entschluß, den Terminhandel nicht weiter auszudehnen, bereits wieder umgestossen. Neben der Ver. Stahlwerke-Aktie sollen zunächst Hamburger Hochbahn, Holzmann, Schlesische Elektrizitäts- und Schlesische Zement-Aktien zum Zeithandel zugelassen werden. Die Liquidationskasse hat ihren Einschuß ziemlich allgemein auf 15 % erhöht. — Die Einführung der Stahlvereins-Aktie Mitte des Monats erfolgte unter geradezu grotesken Begleitumständen (vgl. voriges Heft, Umschau), und es vermochte sich bis Ende des Monats eigentlich ein klarer und normaler Kurs nicht herauszubilden. Im übrigen setzte sich bis kurz vor Monatsende die Aufwärtsbewegung der Kurse in zum Teil ganz ungewöhnlich scharfem Ausmaße fort, wobei indes die bevorzugten Papiere mehrfach wechselten. Nach den Angaben der Commerzbank standen Ende August 41,1 % der umgestellten Aktien über pari gegen 33,8 im Monat vorher, während auf der anderen Seite nur noch 14,3 % (21,9) unter 50 % notierten. Der früher stark vernachlässigte Kassamarkt wurde im August von der Aufwärtsbewegung ebenfalls erfaßt. Bei den Terminwerten setzte sich die Hausse insbesondere bei Bank-, Brauerei- und Elektrowerten fort; auch Montanwerte stiegen stark, konnten aber ihre höchsten Kurse nicht behaupten. Als neu und bemerkenswert ist (vom Einheitsmarkt) die Kurssteigerung der Bauwerte zu erwähnen. Um die Monatswende wurde die Haltung des Marktes indes unter dem Einfluß angespannterer Geldverhältnisse sehr unsicher.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

August	Anfang	Mitte	Ende	August	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	0,4925	0,4825	0,475	Dt.-Luxemburg	150,75	150,75	151 1/8
4% „	0,4575	0,43	0,43	Bln. Karlsr. Ind.	94 3/8	105,25	101 7/8
3 1/2% „	0,4525	0,4275	0,43	Harpener	157 3/8	145,5	154 1/8
3% „	0,5275	0,495	0,495	Hirsch Kupfer	113	115,25	119,25
Darmst. u. Natbk.	187	196,5	213	Hohenlohe	18 7/8**	21,5**	20,25**
Deutsche Bank	173,5	169,5	165 1/8	J. G. Farbenind.	259,25	291,5	285,5
Disc.-Komm.	160,5	164,5	160,5	Laura	59,75	56	55
Dresdner Bank	142	142	138 15	Mannesmann	135,25	129,5	135
Hambg.-Amerika	156	156	157,75	Oberbedarf	71,5	71,5	71,5
Hamburg-Süd	139 7/8	135	136,75	Oberschl. Eisen	83 1/8	82	81,25
Hansa	163	157,5	175	Orenst. & Koppel	99	105	102 3/8
Norddtsch. Lloyd	150,5	149	157 3/8	Phönix	120	120 1/8	121
Bergmann	137	157,5	159,5	Rheinstahl	144 7/8	144	141
Bochumer Guß	146,5	145	144,5	Rombacher	17.25	15 7/8	14 7/8
Daimler	87,75	81	85	Schuckert	128 1/8	140	137 1/8
Deutsche Kali	112,5	121	119,25	A. E. G.	145	164,75	159

*) in Rm. %. **) in Billionen %.

Digitized by Google

Am **Londoner Geldmarkt** suchten sowohl das Schatzamt — durch fortgesetztes Angebot von Schatzwechseln über den Finanzbedarf hinaus — als auch die Bank von England im Interesse des Wechselkurses die Zinssätze hoch zu halten, um dadurch Auslandsgelder heranzuziehen bezw. dem beginnenden Saisonabfluß entgegenzuwirken. Das letztere gelang zwar nur unzureichend, da die New Yorker Diskonterhöhung und die starke Besserung der lateinischen Devisen dem Markte eher Geld entzogen, aber die Verknappungspolitik selbst war wirksam und steigerte tägliches Geld auf einen Durchschnitt von 4¼ bis 4½ %, Wochengeld auf 4¼ (nach 4) und gegen Ultimo auf 4½ %. Das Schatzamt spürte die Folgen der Versteifung am eigenen Leibe, denn es mußte für jede neue Schatzwechsel-Serie einen erhöhten Diskont, am 27. August 4 £ 14 s 3 ⅓ d oder ca. $4^{23}/_{32}$ Prozent, bewilligen, ohne den angebotenen Betrag zu diesem Satze immer voll unterbringen zu können. Der Privatdiskont notierte:

3. August	9. August	15. August	20. August	25. August	31. August	höchst	niedrigst
$4^1/_4$	$4^5/_{16}$	$4^3/_8$	$4^1/_2$	$4^5/_8$	$4^9/_{16}$	$4^5/_8$	$4^1/_4$

Die Bank von England hat neben ihrer Verknappungs-Taktik auch ihre alte Goldpolitik fortgesetzt und nicht nur das ihr entzogene Gold, das hauptsächlich nach Asien, nach der Schweiz und nach Spanien floß, durch Käufe mit Aufgeld immer wieder ersetzt, sondern darüber hinaus noch 2,7 Millionen £ hinzugekauft. Gleichzeitig traf sie mit Australien ein Abkommen, wonach ein erheblicher Teil der Commonwealth-Reserve nach San Francisko verschifft wurde; die so gewonnenen amerikanischen Guthaben sind dann zu Interventionen am Devisenmarkt verwendet worden. Die Inanspruchnahme der Bank war infolge des steigenden Marktzinses etwas größer als normal, konnte aber, da die öffentlichen Depositen andauernd stiegen, aus einem etwas verringerten Notenumlauf befriedigt werden. Auch die umlaufenden Currency notes haben — auf 290,7 Mill. £ — abgenommen.

Der Londoner Wechselkurs hat sich im August weder auf dem Paristande noch in dessen Nähe halten lassen, sondern ist aus den in diesen Heften oft genannten inneren Gründen — nicht etwa wegen des Bergarbeiter-Streiks und seiner Folgen — erst langsam, dann, nach der New Yorker Diskonterhöhung, immer schneller bis $4{,}85^1/_8$ Dollar je Pfund gesunken. Die Interventionen der Bank von England (siehe vorstehend) konnten den Kurs zunächst nur wenig heben. Ende August notierten in London: Kabel New York 4,85¼ Doll., Montreal 4,84¼ Doll., Amsterdam 12,115 Fl., Schweiz 25,13 Frs., Bombay 1 s 6 d, Yokohama 1 s 11¾ d.

Der Londoner Clearingverkehr, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, zeigt im August folgende Ziffern (in Millionen £):

Digitized by Google

1924			1925			1926		
1.	8.— 7. 8.	687	31.	7.— 6. 8.	743	29.	7.— 4. 8.	732
8.	8.—14. 8.	685	7.	8.—13. 8.	735	5.	8.—11. 8.	768
15.	8.—21. 8.	710	14.	8.—20. 8.	724	12.	8.—18. 8.	744
22.	8.—28. 8.	657	21.	8.—27. 8.	643	19.	8.—25. 8.	675
1.	8.—28. 8.	2739	31.	7.—27. 8.	2845	29.	7.—25. 8.	2919
1.	1.—31. 7.	23327	28.	12.—30. 7.	24241	31.	12.—28. 7.	23297
1.	1.—28. 8.	26066	28.	12.—27. 8.	27086	31.	12.—25. 8.	26216

Am Pariser Geldmarkt hat sich das neu erwachende Vertrauen zum Franc drastisch darin geäußert, daß Reportgeld, das noch vor einem Monat mit 11% bezahlt werden mußte, von Mitte August an mit 4 bis 5 %, also ohne jede Risiko-Prämie, gehandelt wurde. Auch der Privatdiskontsatz (meist 6½, Ultimo 7 %) enthielt nur einen ganz geringfügigen Gefahren-Aufschlag. — Die Bank von Frankreich hat ihren Status infolge größerer Rückzahlungen der Staatskasse vom zweiten Augustausweis an von Woche zu Woche bessern können. Aber nicht nur diese Rückzahlungen (1 Milliarde Francs), sondern auch die Entlastung der Banken, herbeigeführt durch die Unterbringung früher übernommener bons de la défense im Publikum, ist dem Noteninstitut zustatten gekommen, so daß der Notenumlauf sich vom 5. bis 26. August um fast 2 Milliarden Francs ermäßigen konnte. Dies und das neue Finanzprogramm der Regierung (Stabilisierung der Währung auf einer noch unbekannten Relation, Schaffung einer Schulden-Ausgleichkasse und Erhöhung des Zinses der schwebenden Schuld) sind dem französischen Wechselkurs so zustatten gekommen, daß er sich weiter von ca. 200 auf ca. 156 Frs. je Pfund Sterling besserte, ohne daß es sonderlich großer Interventionen bedurfte. Ende des Monats notierte der Franc in London 165 Frs., in New York 2,89 cents.

In Sympathie mit dem französischen Franc hat sich auch der belgische erheblich gebessert, ohne daß hier dieselben sachlichen Gründe vorlägen. Ebenso hat die italienische Lira um die Monatswende eine erhebliche Wertverbesserung erfahren auf den Entschluß der Regierung, den Banknotenumlauf durch jährliche Rückzahlungen an die Banca d'Italia successive einzuschränken und der Bank überdies 90 Mill. Dollar aus der Morgan-Anleihe zu überweisen.

Der New Yorker Geldmarkt hat sich im ersten August-Drittel weiter leicht versteift. Tagesgeld war selten unter 4½ %, dagegen mehrfach nur zu 5 % erhältlich, und die steigende Tendenz für Zeitgeld äußerte sich darin, daß Gelder, deren Ziel in das nächste Jahr hineinreichte, z. B. Sechsmonatswechsel, sich von 4½ auf 4¾ % verteuerten. Deshalb und angesichts der beginnenden Erntebewegung erhöhte die Bundes-Reserve-Bank New York ihren Diskontsatz am 13. August auf 4 %, was wiederum auf die Marktsätze zurückwirkte und z. B. Bankakzepte auf 3⅞

Digitized by Google

bis 4 % ansteigen ließ. — Der Wechselkurs, der sich London gegenüber besserte, blieb Canada gegenüber ungünstig, bis wieder größere Goldmengen nach Montreal flossen und den Kurs regulierten. Trotzdem und trotz der Rücksendung von etwa 23 Millionen Dollar Gold an die Deutsche Reichsbank (s. d.) zeigt der Goldbestand der Bundes-Reserve-Banken eine Zunahme. Ende August notierten in New York: Kabel London 4,85¼ Doll. Amsterdam 40,06 Doll., Stockholm 26,76 Doll., Buenos Ayres 109,20 Goldpesos, Rio de Janeiro 15,35 Doll., Canada 100 canad. Doll. (nach 99,40).

Ihren Diskontsatz haben im August außer der New Yorker Bundes-Reserve-Bank noch geändert: Oesterreich (— ½ %), Ungarn (— 1 %), Polen hat seinen Lombardsatz am 13. August von 12 auf 11 % ermäßigt.

Deutsche Reichsbank	bis 31. 8.	6	Lettland	bis 31. 9.	8
England	„ 31. „	5	Estland	„ 31. „	10
Frankreich	„ 31. „	7½	Litauen	„ 31. „	7
Oesterreich bis 6. 8.: 7½;	„ 31. „	7	Danzig	„ 31. „	5½
Ungarn bis 26. 8.: 7;	„ 31. „	6	Norwegen	„ 31. „	5½
Banca d'Italia	„ 31. „	7	Dänemark	„ 31. „	5
Bank von Spanien	„ 31. „	5	Niederld. Bank	„ 31. „	3½
Bank von Portugal	„ 31. „	9	Rumän. Nationalbank	„ 31. „	6
Schweiz. Nationalbank	„ 31. „	3½	Bank von Finnland	„ 31. „	7½
Schwed. Reichsbank	„ 31. „	4½	Tschech. Nationalbank	„ 31. „	6
Rußland	„ 31. „	10	Bank von Belgien	„ 31. „	7
Jugoslavien	„ 31. „	7	Polen	„ 31. „	10
Bulgarien	„ 31. „	10	Griech. Nationalbank	„ 31. „	10

New York bis 12. 8.: 3½; bis 31. 8.: 4

Ausweise europäischer Notenbanken

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber[6])	Auslandsguthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Deutsche Reichsbank [Millionen Rm.]:								
7. 8.	1492.5	111.2	486 9	1127 0	7.7	600.5		2971.7
14. 8.	1492.5	116.8	405.8	1108.5	10.6	703.0		2861.5
23. 8.	1492.8	122.4	384 1	1065.8	12.4	803.4		2756.0
31. 8.	1492.8	116.4	497.6	1251.5	100.1	541.8		3225.1
Bank von England [Millionen Pfund Sterling]:								
4. 8.	152.8		—	104.8[3])		8.3	108.5	142.5
11. 8.	153.8		—	109 0[3])		11.0	112 1	141.3
18. 8.	154 1		—	106 5[3])		16.9	104.8	140.5
25. 8.	154.8		—	112.0[3])		26.1	102.0	140.2
Bank von Frankreich [Millionen Francs]:								
5. 8.	5548 6[2])	337.9	578 7	7864.1	45500 2	35.9	3899 9	57258.6
12. 8.	5548.6[2])	337.9	578.5	5979.5	44988 3	14.7	8346.5	56271.4
19. 8.	5548.6[2])	338 6	577.4	5967.8	44598 7	8.3	3157.3	55658.7
26. 8.	5548.6[2])	338.8	577.6	5740.8	44078.0	91.5	3237.6	55146.9

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Oesterreichische Nationalbank [Millionen Schilling]:								
7. 8.	38.2 [10]	1,6	501.5 [4]	79.5	0 20	84.6		835.0
15. 8.	39.4 [10]	2,1	496.3 [4]	69.6	0.20	87.7		810.7
23. 8.	41.5 [10]	2,9	490.6 [4]	66.3	0.20	127.1		781.6
31. 8.	42.9 [10]	2,5	490.5 [4]	82.6	0.22	68.2		858.1
Ungarische Nationalbank [in Millionen Pengö] [9]:								
7. 8.	148.1 [10]	0.8	88 8 [4]	155.7	0.02	165.5	11.9	404.5
15. 8.	168.3 [10]	0.8	78 0 [4]	152.2	0.02	172.0	12.3	398.6
23. 8.	168.4 [10]	0.8	75.5 [4]	148.8	0.02	190.2	17.8	382.8
31. 8.	168.5 [10]	0.8	82.3 [4]	159.1	0.02	166.1	11.4	431.5
Tschechoslowakische Nationalbank [Millionen tschechoslowakische Kronen]:								
7. 8.	1033.4		1304 4	123.0	65 0	1017.9		6898.7
15. 8.	1033.5		1310 8	121.7	62 9	1173.8		6717.5
23. 8.	1033.5		1313.8	109.4	62.5	1381.7		6542.9
31. 8.	1033.5		1323.5	130.8	59.6	1030.2		7161.2
Bank von Finnland [Millionen finnische Mark]:								
7. 8.	330.0 [12]	8.5 [12]	899.5	484.0		178.0	39.5	1293.6
14. 8.	329.9 [12]	8 4 [12]	928.6	450.4		186.3	46.3	1273.4
23. 8.	329 6 [12]	8 4 [12]	965.2	445.9		197,7	94.1	1259.8
30. 8.	329.5 [12]	8.2 [12]	972 2	442.9		199.2	76.6	1295.9
Niederländische Bank [Millionen Gulden]:								
2. 8.	425.6	27.4	227.4	55.5	146.9	3.5	51.8	846.3
9. 8.	425.5	27.3	219.5	52.8	130.7	—	48,9	823.6
16. 8.	420.3	27.6	214.9	51.6	132.4	—	55.2	815.9
23. 8.	420.2	27.9	217.2	51.1	132.6	—	52.9	810.6
30. 8.	420.1	27.6	216.2	51.8	127.4	—	37.3	838.0
Schweizerische Nationalbank [Millionen schweiz. Francs]:								
7. 8.	420.0	88.5	9.1	305.3	42 9	77.1		776.4
14. 8.	420.1	88.2	10.8	292.7	40.6	92.0		753.2
23. 8.	420.3	88.5	15.1	285.7	40.1	91.3		745.1
31. 8.	424.5	85.9	24.1	297.1	39.6	59.2		802.8
Schwedische Reichsbank [Millionen schwedische Kronen]:								
7. 8.	228.1	—	126.0	235.9		82.5		476.9
14. 8.	228.1	—	131.9	225.0		92.8		469.6
21. 8.	228.0	—	134 1	221.4		94.4		456.4
28. 8.	228.0	—	136.4	220.1		85.7		465 9
31. 8.	228.0	—	136.2	229.4		78.8		501.9
Bank von Norwegen [Millionen norw. Kronen]:								
7. 8.	147.2		73 8	336.7		180.7		336.0
16. 8.	147.2		72.7	336.8		182.4		333.4
23. 8.	147.2		72.3	333.7		181.5		331.1
31. 8.	147.2		72.5	340.3		184.6		334.2
Nationalbank von Dänemark [Millionen dän. Kronen]:								
31. 8.	209.1	15.3	86.9	88.4	22.3	26.3		376.4

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6])	Auslandsguthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Bank von Polen [Millionen Zloty]:								
10. 8.	135.2	2.5	75.5	301.7	29.8	97.2 [13])		499.5
20. 8.	135.3	17.9	82.7	304 0	27.0	117.9 [13])		511.7
31. 8.	135.4	1.1	107.6	306.7	27.1	98.0 [13])		560.2
Nationalbank von Rumänien [Millionen Lei]:								
24. 7.	7005.6	21.2	—	8423 7	1386.0 [5])	7587.8		21005.3
31. 7.	7005.6	21.1	—	8368.0	1383.6 [5])	7594.8		21002.5
7. 8.	7004.8	21.0	—	8407.8	1387.1 [5])	7663.5		20999.3
14. 8.	7004.8	20.9	—	8502.6	1385.3 [5])	7677.1		21000.4
Bulgarische Nationalbank [Millionen Lewa]:								
14. 7.	59.9	116 5	227.9	348.5	528.7	2525.2		3633.3
22. 7.	60.0	116,9	197,1	342 5	528.6	2587.0		3579 5
31. 7.	60.1	118.5	196.7	348.2	529.9	2628.2		3548.2
Griechische Nationalbank [Millionen Drachmen]:								
30. 6.	47.5 [2])	10.7	1877.0	632 1	2025.8 [8])	—	1893.9	4578.3
15. 7.	47.5 [2])	11.1	1810.9	630.6	2038.2 [8])	—	1884.2	4486.2
Belgische Nationalbank [Millionen Francs]:								
5. 8.	273.8	86.5	30.2	1518 1	480 2	291.3	250.9	8993.1
12. 8.	273.8	85.9	30.2	1587.2	438.0	298.3	215.0	9107.9
19. 8.	273 8	85.7	30.2	1560 9	416.9	314.2	208.4	9070.8
26. 8.	273.8	85.5	30.2	1506 7	394.8	293.7	144.2	9147.5
Bank von Danzig [Mill. Danz. Gulden]:								
14. 8.	2,9 [14])		33,5 [15])	15,3	0,4	3,3		32,4
31. 8.	2,6 [14])		28,9 [15])	14,6	0.3	4,5		35,9
Russische Staatsbank, Notenabteilung [in 1000 Tscherwonetz]:								
16. 8.	14787 4 [11])	—	5042.5	56835 1	85 8	—	—	78580.0
1. 9.	14827.0 [11])	—	5052.4	59785.6	85.8	—	—	80042.4

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Einschl. Gold im Ausland. — [3]) Einschl. Regierungssicherheiten. — [4]) Devisen und Valuten. — [5]) Ohne Regierungsschuld (11 Milliarden Lei). — [6]) Meist einschl. unedler Scheidemünzen. — [7]) Einschl. Schuld des Staates. — [8]) Ohne Vorschüsse an den Staat. — [9]) 1 Pengö = 12500 Kronen. — [10]) Die Devisenbestände sind nach der Spalte „Auslandsguthaben" übertragen. — [11]) Ferner Platinbestände (am 1. 9.: 3,05 Mill. Tscherwonetz). — [12]) Effektivwert in Mill. finn. Mark. — [13]) Dazu 11,7 Mill. Zloty bezw. 9.2 Mill. bezw. 9,3 Mill. Devisenschulden. [14]) Danziger Metallgeld einschl. Gold. — [15]) Guthaben bei der Bank von England und Valuten.

Am **Berliner Geldmarkt** ist im August nach Ueberwindung der üblichen Ultimo-Versteifung die Flüssigkeit nicht im alten Ausmaße wiedergekehrt Anfangs wirkten die Einzahlungen auf die Reichsbahn-Zertifikate und bald darauf auch auf die Obligationen der Reichspost verknappend, dann brachte die Befürchtung, die Arbeitslosenaktion der Reichsregierung könnte den Markt stören, eine gewisse Zurückhaltung der Geldgeber mit sich, und auch die Erhöhung der Einschüsse bei der Liquidationskasse, eine Folge mehererer kleiner Bankier-Insolvenzen, wirkte verstimmend. Gegen Ende des Monats hatte dann die plötzliche Aufhebung der

Digitized by Google

starren Dollarnotiz (die der Devisen-Begebung als Mittel der Ultimo-Versorgung ein Ende machte, siehe Sept.-Heft S. 538) Mehr-Ansprüche der Banken an den Markt zur Folge. Tägliches Geld stieg auf 4 bis 6% je nach der Bonität, gegen Monatsende auf 6 bis 7%, Monatsgeld auf 5½ bis 6½%, der offizielle Privatdiskont, zwischen 4½ und 4⅞% schwankend, wurde kaum noch unterboten, und bankgirierte Warenwechsel zogen auf 5½%, gegen Ultimo sogar bis 5⅞% an, weil ihre Begebung das nächstliegende Mittel zur Hebung der Banken-Liquidität war. Das Anziehen aller Geldsätze hatte zur Folge, daß Industrie und öffentliche Körperschaften wieder in verstärktem Maße Ausschau nach Auslandskredit hielten, und daß die Seehandlung den Zins der Preuß. Schatzanweisungen von 4¾ auf 5% (für Banken) erhöhte.

Der Berliner Wechselkurs blieb auch im August stabil, abgesehen von einer geringfügigen Abschwächung der Dollarnotiz (also einer entsprechenden Besserung der Mark gegenüber dem Dollar), die von der Reichsbank (s. d.) absichtlich herbeigeführt wurde.

Devisenkurse (in R.-Mark).*)

	2. Aug.	7. Aug.	13. Aug.	20. Aug.	26. Aug.	31. Aug.
Amsterdam [Gulden]	168,77	168.62	168,50	168,40	168,05	168,25
Kopenhagen [Kr.]	111,47	111 45	111,65	111,63	111,35	111,56
Stockholm [Kronen]	112,40	112,40	112,51	112,40	112,25	112,30
Oslo [Kronen]	91	91,95	92,10	92,03	91,88	92,00
Helsingfors [F.-M.]	10,57	10,573	10,572	10,577	10,561	10,566
Schweiz [Francs]	81,27	81,20	81,14	81,12	80,97	81,06
Madrid [Pesetas]	64.35	63,30	63,93	64,65	64,30	63 45
Italien [Lire]	13,72	14,19	13,78	13,79	13,76	13,66
London [Pfund]	20,418	20.425	20,403	20,410	20.360	20,382
New York [Dollar]	4,2	4.2	4,2	4,2	4,195	4,199
Paris [francs]	10,80	12,65	11,48	11,92	11,97	12.39
Brüssel [francs]	11,08	11.94	11,48	11,49	11,53	11,70
Wien [Schilling]	59,42	59,39	59,415	59,34	59,29	59,34
Prag [Kronen]	12,442	12,436	12,439	12.44	12,427	12,44
Buenos Aires [Pesos]	1,700	1,698	1,692	1,698	1,690	1,695
Rio de Janeiro [Milr.]	0,644	0.645	0,645	0,645	0,639	0,643
Japan [Yen]	1,991	2	2,007	2,022	2,010	2,015
Bulgarien [Lewa]	3,040	3,04½	3,040	3,04½	3,040	3,040
Jugoslavien [Dinar]	7,41	7,41	7,415	7,415	7,40	7,41
Budapest [Kronen]	5,872	5,875	5,88	5,88	5,877	5,893
Lissabon [Eskudo]	21,450	21,42½	21,42½	21,400	21,420	21,420
Danzig [Danz. Guld.]	81,71	81,60	81,58	81,76	81,48	81,50
Athen [Drachm.]	4,70	4,70	4,75	4,75	5,00	4,75
Konstantinop. (tk. Pfd.)	2,38½	2,387	2,39½	2,32½	2,22½	2,350
Montevideo [Peso]	4,160	4,160	4,190	4,200	4,200	4,190
Canada [Dollar]	4 203	4,204	4,203	4,203	4,202	4,200
Kairo [ägypt. Pfund]	20,950	20,960	20,930	20,950	20,890	20,895

*) Die Notiz versteht sich bei Pfund, Dollar, arg. Pap.-Peso, Yen, türk. Pfd., Milreis und urug. Goldpeso für je 1 Einheit, bei ungar. Kronen für 100000 Einheiten, bei allen übrigen Auslandswerten für je 100 Einheiten.

Die **Deutsche Reichsbank** ist auch im August so wenig in Anspruch genommen worden, daß sie, um ihren Wechselbestand

Digitized by Google

zu heben und der üblich gewordenen Ultimogeldbeschaffung der Banken durch Devisen-Einreichung mit nachfolgendem Rückkauf ein Ende zu machen, sich zu einer Aenderung ihrer Devisenpolitik entschloß. Sie hob am 23. August die Bindung des Dollarkurses an den Satz von 4,20 Rm. plötzlich auf und ließ die Notiz etwas heruntergehen, was prompt zur Folge hatte, daß die Einreichungen von Dollarwechseln diesmal unterblieben. Einen voll entsprechenden Zugang an Mark-Anlagen hatte die Bank trotzdem nicht, weil die Banken lieber den freien Markt durch Begebung von Diskontmaterial in Anspruch nahmen, das nur zum Teil an die Reichsbank weiterfloß. Immerhin stiegen die Wechsel- und vor allem die Lombard-Bestände der Bank stärker an als gewöhnlich, während auf der anderen Seite Giroguthaben in verstärktem Maße abgerufen wurden. Bemerkenswerte sonstige Verschiebungen im Bankstatus sind nicht zu verzeichnen, abgesehen von der Repatriierung von ca. 63 Millionen Rm. „Gold im Ausland", die aus New York zurückflossen (weitere Goldsendungen trafen erst Anfang September in Berlin ein), an der Gesamtgolddeckung aber nichts änderten. Der Notenumlauf erhöhte sich (namentlich infolge der Abzüge vom Girokonto) auf 3225,1 Mill., der Umlauf an Rentenbankscheinen auf 1260 Mill. Rm.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im August und den Vergleichsmonaten das folgende Bild:

	1921 [1])	1922 [1])	1923 [1])	1924 [2])	1925 [3])	1926 [3])
Juni	68 764	191 413	28 375 345	687 641 800 [4])	4 302,4	4 613,3
Juli	78 337	243 490	76 624 491	695 309 600 [5])	4 609,1	4 898,8
August	79 172	374 856	817 133 633	801 661 900 [6])	4 712,9	4 766,1

[1]) In Millionen P.-Mark. [2]) In Billionen P.-Mark. [3]) In Millionen R.-M. [4]) ferner 1416,6 Mill. Rentenmark. [5]) ferner: 1460,4 Mill. Rentenmark. [6]) ferner 1490,5 Mill. Rentenmark.

Zulassungen an den deutschen Börsen im August 1926.

I. Börse zu Berlin.

R.-M.	1,5	Millionen	Jul. Berger Tiefbau A. G., jg. Akt.
„	15	„	7 % Anl. d. Landesbank d. Provinz Westfalen
„	3,16	„	Preuß. Bodenkredit-Aktienbank, jg. Akt.
„	20	„	8 % Pfdbfe. d. do. do. Reihe 9
„	3 792 000		Deutsche Hypothekenbank Meiningen, jg. Akt.
„	20	Millionen	8 % Pfdbfe. d. do. do. Reihe 8
„	10	„	8 % Pfdbfe. d. Berl. Pfandbriefamtes
„	4,8	„	Badische Bank, jg. Akt.
„	1,5	„	Natron-Zellstoff- u. Papierfbkn., jg. Akt.
„	6	„	8 % Schuldverschrbgn. d. Provinz Niederschlesien
„	5	„	8 % Anl. d. Stadt Nürnberg
„	2,9	„	Feldmühle A. G., jg. Akt.
„	5	„	10% Obl. d. Komm.-Elektrizwerk. Mark, Reihe 2
„	20	„	7 % Pfdbfe. d. Rhein.-Westf. Boden-Creditbank, Reihe 7
„	5	„	8 % Pfdbfe. d. Thür. Landeshypothekenbank, Reihe 3
„	5	„	8 % Komm.-Obl. d. do. do. Reihe 4
„	10	„	8 % Pfdbfe. d. Norddtsch. Grundkreditbank, Reihe 6
„	5	„	8 % Pfdbfe. d. Frankf. Pfandbriefbank, Reihe 3
„	3,5	„	8 % Obl. d. Mix und Genest A. G.

II. Börse zu Breslau.

R.-M.	6	Millionen	8 % Schuldverschbgn. d. Provinz Niederschlesien.

Digitized by Google

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen-Ruhr.
Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

R.-M.	20	Millionen	6 %	Anl. der Stadt Berlin von 1924
„	10	„	8 %	Pfdbfe. d. Deutsch. Hypothekenbank Meiningen, Reihe 8
Kp.	5600	Feingold.	5 %	Komm.-Obl. d. do. do. Reihe 1
R.-M.	7	Millionen	5 %	Pfdbfe. d. do. do. Reihe 2
„	30	„	8 %	Pfdbfe. d. do. do. Reihe 3
„	20	„	8 %	Komm.-Obl. d. do. do. Reihe 4
„	20	„	8 %	Pfdbfe. d. do. do. Reihe 5
„	5	„	8 %	Pfdbfe d. Rheinischen Hypothekenbank, Reihe 7
„	6,5	„		Miag, jg. Akt.
„	5	„	6½ %	Schatzanweisgn. d. Volksstaats Hessen, Reihe 1
„	5 070 500			Kreis-Elektriz.-Versorgung Unterfranken, Akt.
„	3,25	Millionen		Deutsch.-Atlant. Telegrafen-Ges., jg. Akt.
„	3 792 000			Deutsche Hypothekenbank Meiningen, Akt.
„	3 160 000			Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank, Akt.

VI. Börse zu Hannover.

R.-M.	4	Millionen	8 %	Obl. d. Mechan. Weberei Linden.

VII. Börse zu Köln a. Rh.

R.-M.	20	Millionen	7 %	Pfdbfe. d. Rhein.-Westf. Bodenkreditbank, Reihe 7
„	10	„	7 %	Pfdbfe d. Westdeutschen Bodenkreditanstalt erw., Reihe 10

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Ungen.	Betrag		7 %	Pfdbfe. d. Preuß. Zentralstadtschaft
„	„		8 %	Pfdbfe. d. do. do.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

R.-M.	216 000			Fried. Rückforth Ww. A. G., Akt.

XI. Börse zu München.

R.-M.	0,5	Millionen	8 %	Pfdbfe. d. Bayer. Bodenkreditanstalt, Reihe 6
„	1	„	8 %	Pfdbfe. d. do. do. Reihe 7
„	10	„	8 %	Pfdbfe. d. Bayer. Vereinsbank, Reihe 71 76
„	10	„	8 %	Pfdbfe. d. Vereinsbank Nürnberg, Reihe 11—20

XII. Börse zu Augsburg.
Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.
Keine Zulassung.

XIV. Börse zu Leipzig.
Keine Zulassung.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

R.-M.	6	Millionen	8 %	Pfdbfe. d. Württberg. Kreditverein A. G.

XVII. Börse zu Mannheim.

R.-M.	5	Millionen		Zellstoffabrik Waldhof, jg. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

R.-M.	3	Millionen	8 %	Anl. d. Deutschen Linoleumwerke Hansa v. J. 1926

XIX. Börse zu Hamburg.
Keine Zulassung.

XX. Börse zu Danzig.
Keine Zulassung.

Digitized by Google

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Aktien-Gesellschaften in das Handelsregister ist im August plötzlich sehr lebhaft geworden, vor allem aber weisen die Kapitalserhöhungen eine außerordentlich hohe Ziffer (über ½ Milliarde) auf, von der allerdings neun Zehntel auf einen einzigen Konzern, die I.-G. Farbenindustrie, entfallen. Die Statistik zeigt (nach der „Fkft. Ztg." das folgende Bild:

Industriezweig	Kapitalserhöhungen				Neugründ. v. Akt.-Ges.			
	Zahl der Ges.		Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M.		Zahl der Ges.		Nominal-Betrag in 1000 G.-M.	
	Juli	Aug.	Juli	Aug.	Juli	Aug.	Juli	Aug.
Banken	1	3	150	57000	1	—	1000	—
Versicherungsgesellsch.	1	2	350	850	—	—	—	—
Metall und Maschinen	—	5	—	1770	1	1	150	1210
Bergbau und Hütten	3	—	1140	—	1	2	60	30060
Chem. Industrie	3	3	1825	454200	—	—	—	—
Elektr. Gaswerke	3	1	1064	10000	—	1	—	8000
Textilindustrie	—	1	—	300	1	2	50	366
Nahrungs- u. Genußmittel	2	—	2536	—	1	1	500	200
Steine und Erden	4	—	4982	—	1	—	50	—
Papierindustrie	1	2	40	315	1	—	200	—
Bauindustrie	1	1	427	135	3	2	350	135
Verkehrszw.	1	—	250	—	1	1	320	150
Leder und Gummi	3	2	122344	304	—	—	—	—
Verschiedene Industrien	11	5	6652	2676	4	4	1200	970
Zusammen	34	25	141176[2])	526630[3])	15	14	3880	41091

[1]) bei Versicherungs-Gesellschaften eingezahlter Betrag.
[2]) darunter 3 Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.
[3]) darunter 3 Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.

An **Genossenschaftsgründungen** haben im August laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H
9	7	0	1	7	99

Dagegen im August 1925:

29	85	0	1	7	121

Insgesamt sind also gegründet worden:

Aug. 1926: 16 Genossenschaften m. unb. H. und 127 Genossenschaften m. b. H.
„ 1925: 36 „ „ „ „ „ 157 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im August zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	63	in Elberfeld	12	in Köln	10
„ Bremen	16	„ Frankfurt a. M.	22	„ Leipzig	15
„ Breslau	23	„ Hamburg	63	„ München	24
„ Dresden	12	„ Hannover	13	„ Nürnberg	10
„ Düsseldorf	18	„ Hof	10	„ Stuttgart	10

Digitized by Google

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im August 1926

819 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Münzwesen. Der Reichsfinanzminister hat einen Wettbewerb für geeignete Entwürfe zu einer neuen Reichssilbermünze ausgeschrieben.

Sparkassen. Ende Juli betragen die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen 2469,2 Mill. Rm., die Girocinlagen 1087,3 Mill. Rm.

Abrechnungsverkehr. Nach der in der Statistischen Abteilung der Reichsbank bearbeiteten Schrift „Die deutschen Abrechnungsstellen i. J. 1925" sind im letzten Jahre im deutschen Abrechnungsverkehr eingeliefert worden: 28,4 Millionen Stück mit 50,9 Milliarden Rm. Wert (gegen 18,7 Millionen Stück und 31,5 Milliarden Rm. Wert i. J. 1924 und 15,6 Millionen Stück mit 73,6 Milliarden M. Wert i. J. 1913).

Die Börsenumsatzsteuer erbrachte im Juli 6,29 Mill. Rm. (gegen 2,72 Mill. im Juni), die Gesellschaftssteuer 2,53 Mill. Rm. (gegen 3,41 Mill. im Juni), die Wertpapiersteuer 1,56 Mill. Rm. (gegen 1,22 Mill. im Juni).

Der Effektengiroverkehr soll am 15. September auch in Hamburg aufgenommen werden, doch werden zunächst nur wenige Terminpapiere zur Einlieferung in das Sammeldepot aufgerufen.

Die deutschen Banken im August 1926.

Reichsbank. Hebt am 23. August den starren Dollarkurs von 4,20 Rm. auf, um das regelmäßig gegen Monatsende stark steigende Devisenangebot der Banken, dem alsbald ein Rückkauf folgt, zu bremsen, zum Teil auch mit Rücksicht auf die Bartransfer-Absichten des Reparationsagenten. Erhebliche Goldbeträge, die als Teil der „Goldreserve bei ausländischen Zentralnotenbanken" lange Zeit bei der Federal Reserve Bank, New York, für Rechnung des Instituts aufbewahrt wurden, werden nach Deutschland geschafft, und zwar jeden dritten Tag 2½ Mill. Dollar; bis Ende August sind ca. 63 Mill. Rm. Gold in Berlin eingetroffen. Eine Einreichung von Reichsschatzwechseln bezw. deren Lombardierung hat auch im August nicht stattgefunden; bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel sind auch nicht vorhanden. Das Institut lehnt „aus grundsätzlichen Erwägungen" die Hereinnahme der auf fünf Tage nach Sicht lautenden, auf den Generalagenten der Reparationskommission gezogenen, von diesem jedoch nicht akzeptierten Reichsmark-Reparationswechsel (Sachlieferungs-Wechsel) ab. Angesichts des immer noch hohen Zinses für langfristige Kredite spricht sich das Institut gegen eine Herabsetzung des Aufwertungs-Zwischenzinses aus. Es übernimmt die Treuhänderschaft für die Ablösung der Valuta-Scheine deutscher Städte gegenüber der Schweizerischen Bankier-Vereinigung. Begibt mit dem sog. großen Preußen-Konsortium 80 Mill. Rm. 6½ % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost (zweite Folge.). Die Zahl der Abrechnungsstellen der Bank ist nach dem von der Bank erstatteten Jahresbericht im Jahre 1925 um 3 auf 54 gestiegen, die Teilnehmerzahl von 698 auf 697 zurückgegangen. Die Stückzahl der erledigten Abrechnungen stieg auf 28,46 (i. V. 18,69) Mill. im Betrage von 50 926 (31 463) Mill. Rm. Gegenüber 1913 ist die Stückzahl um 82,5 % gestiegen, der Betrag um 30,8 % zurückgegangen. Das Institut beantragt die Zulassung von 150 Mill. Rm. Vorzugsaktien Reihe 4 der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zur Berliner Börse. In den Generalrat der Bank tritt (anstelle des zum belgischen Finanzminister ernannten Herrn E. Francqui) Herr A. Callens, Brüssel, ein. Das Mitglied des Zentralausschusses Komm.-Rat. Adolf Moser (Georg Fromberg u. Co., Berlin) ist gestorben. Siehe Preuß. Zentralgenossenschaftskasse und Deutsche Girozentrale.

Deutsche Rentenbank. Zieht ihre 1 und 2 Mark-Scheine vom 1. Nov. 1923 ein, da die noch umlaufenden ca. 24 Millionen Rm. leicht durch Silbergeld ersetzt werden können. Der Reichsfinanzminister ermächtigt die Finanzämter, kleineren

Digitized by Google

Landwirten Rentenbankzinsen bis 100 Rm. zu stunden oder zu erlassen. Die Bank selbst ist in der Lage, einen Teil der am 1. Dezember d. J. fälligen ca. 290 Mill. Rm. landwirtschaftliche Abwicklungskredite zu prolongieren.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank). Der Reichsrat spricht sich mit 36 gegen 30 Stimmen für die Mündelsicherheit von 360 Mill. Rm. Hypothekarschuldscheinen des Instituts aus, nachdem einflußreiche Spitzenorganisationen den auf diesen Schuldscheinen basierenden Kredit der Deutschen Golddiskontbank zurzeit als die billigste Geldquelle zur Abbürdung kurzfristiger landwirtschaftlicher Schulden für unbedingt erforderlich halten. Der Sonderausschuß für Hypothekenbankwesen beim Centralverband des Deutschen Bankgewerbes hat sich vorher erboten, der Landwirtschaft im selben Maße, in dem die Hypothekenbanken an den Golddiskontbank-Krediten beteiligt würden, unkündbaren Hypothekarkredit zu 8½ % Zinsen, ½ % Amortisation und Auszahlung zu 95½ % zur Verfügung zu stellen. Aus Mitteln des Instituts werden der bayerischen Landwirtschaft durch Vermittlung der dortigen Hypothekenbanken und der Bayerischen Landwirtschaftsbank (die außerdem 12 Mill. Rm. zu Vorzugsbedingungen bereit stellen) 6.6 Mill. Rm. Kredite gewährt. Direktor Lipp wird in den Aufsichtsrat der Stock Motorpflug A. G., Berlin, gewählt. Siehe Deutsche Hypothekenbank Meiningen, Mecklbg. Hyp.- und Wechselbank, Mecklbg.-Strelitzsche Hypbk., Norddeutsche Grundkreditbank, Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank, Schles. Boden-Credit-Actienbank und Westdeutsche Bodenkreditanstalt.

Deutsche Golddiskontbank. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt und Rheinisch-Westfäl. Boden-Creditbank.

Reichs-Kredit-Ges. A. G. Direktor S. Richter tritt in den Aufs.-Rat der Oberschlesischen Hüttenwerke A. G., ein. Siehe Preuß. Staatsbank u. Disc.-Ges.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Erhöht den Diskontsatz für im Herbst fällige unverzinsliche Preuß. Schatzwechsel von 4¾ auf 5 % (für Banken etc.) Erwirbt 0,4 Mill. Rm. Aktien der Frankfurter Bank zu festem Besitz und übernimmt zur Weitergabe 8 Mill. Rm. 7 % Anleihe des Landes Mecklenburg. Beantragt mit Mendelssohn u. Co., der Reichs-Kredit-Ges. und der Deutschen Girozentrale die Zulassung von 15 Mill. Rm. 7 % Inhaber-Schuldverschreibungen des Württemberg. Sparkassen-Giroverbandes zur Berliner Börse.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse. Die Erntefinanzierung soll in der Weise geschehen, daß das Institut (unter event. Beihilfe der Reichsbank) den Warengenossenschaften gegen deren Akzept lombardiertes Getreide mit 60 % des Wertes bevorschußt. Die Kosten betragen ca. 1,75 Rm. je Zentner und Quartal.

Deutsche Bank. Der im Dezember 1924 zwecks Einführung an der Londoner und New Yorker Börse an ein Konsortium unter Führung der Bankfirmen J. Henry Schröder u. Co., London, u. Speyer u. Co., New York, verkaufte Aktienblock von 40 Mill. Rm. Schutzaktien der D. B. wird zurückgekauft und den Aktionären zu 150 % zum Bezug angeboten. Im Kommissionsbericht zur Freigabe-Bill wird angegeben, daß Amerika im Kriege folgende Wertsummen aus deutschem Bankbesitz beschlagnahmt hat: 18 Mill. Doll. der Deutschen Bank, 7 Mill. Doll. der Berl. Handels-Ges., 3½ Mill. Doll. der Disconto-Ges., 3,4 Mill. der Dresdner Bank, 1,2 Mill. der Danatbank. Die Schwierigkeiten der Kommandite C. G. Trinkaus, Düsseldorf, die durch eingefrorene Kredite an einige lokale Firmen entstanden sind, dürften ohne äußere Folgen bleiben; eine Aenderung des Rechtsverhältnisses zwischen dem Institut u. T. soll zunächst nicht erfolgen. Die Bank gehört mit 0,4 Mill. Rm. Forderung zu den (gesicherten) Gläubigern der insolvent gewordenen Seidenhandelsfirma Geschwister Michels, Berlin. Beantragt die Zulassung ihrer jungen Aktien zur Berliner Börse; ferner mit den Frankfurter Filialen der D-Banken die Zulassung der neuen Aktien der „Miag" und der 4 Mill. Rm. 8 % Obl. der Voigt und Haeffner A. G. zur Frankfurter Börse. Direktor O. Schlitter wird in den Aufs.-Rat der Demag A. G., Düsseldorf, berufen. Komm.-Rat Adolf Moser, Seniorchef der Kommandite Georg Fromberg u. Co., Berlin, ist gestorben. Siehe Disc.-Ges.

Disconto-Gesellschaft. Beantragt eine Kap.-Erhöhung um 35 auf 135 Mill. Rm. Von den neuen Aktien werden 20 Mill. Rm. den Aktionären zu 130 % angeboten;

Digitized by Google

10 Mill. Rm. werden dem New Yorker Bankhaus Dillon, Read u. Co. mit einem nicht genannten Abschlage gegen den Tageskurs überlassen und in New York durch Zertifikate mit zweijähriger Sperrfrist ersetzt, während das Stimmrecht in den Händen der Verwaltung verbleibt; die restlichen 5 Mill. bleiben zur Verfügung der letzteren. Das Institut übernimmt zur Weitergabe junge Aktien der Elektrizitätswerke Schlesien. Nach dem Wirtschaftsbericht des Instituts für August sind im Jahre 1925 bisher insgesamt 1185 Mill. Rm. Inlandsanleihen begeben worden, davon 273 Mill. an private Firmen; die im Ausland aufgenommenen, auf fremde Währungen lautenden Anleihen haben danach seit Anfang 1925 die Höhe von 2384 Mill. Rm. erreicht. Fordert mit der Deutschen Bank u. der Dresdner Bank Submissionsangebote auf 564 700 Goldpesos 5 % innere argentinische Goldanleihe von 1919 ein. Beantragt mit der Dresdner Bank die Zulassung von 18 Mill. Rm. 8 % Obl. des Eisen- und Stahlwerk Hoesch, mit der Reichs-Kredit-Ges. die der jungen Aktien der Elektrizitätswerke Liegnitz zur Berliner Börse; ferner mit der Dresdner Bank und der Darmst. u. Natbk. die Zulassung der jungen Aktien der Deutsch-Atlantischen Telegrafen-Ges. zur Frankfurter Börse. Das Aufs.-Rats-Mitglied Dr. Hermann Fischer gehört dem Aufsichtsrat der Stock Motorpflug A.-G., Berlin, an. Das Aufs.-Rats-Mitglied Geh. Komm.-Rat. Dr. Franz Bamberger, Mainz, ist gestorben. Siehe Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Deutsche Bank, Commerz- und Privatbank, Berl. Handels-Ges. u. Allg. Deutsche Creditanstalt.

Dresdner Bank. Beantragt eine Kap.-Erhöhung um 22 auf 100 Mill. Rm. Die Halbjahrsbilanz zeigt einen „in jeder Hinsicht befriedigenden Fortschritt". Die Zweigniederlassung Viersen wird aufgehoben. Die Bank übernimmt mit Anderen 1 298 000 Rm. von 2 238 000 Rm. Vorratsaktien der Frankfurter Pfandbriefbank mit langjähriger Sperrverpflichtung. Beantragt die Zulassung der Hamburger Hochbahnaktien zum Berliner Terminhandel (bisher nur in Hamburg auf Zeitgehandelt). Verhandelt im Interesse von Krupp wegen des Baus einer großen Donaubrücke bei Belgrad auf Reparationskonto. Direktor Henry Nathan tritt in den Aufs.-Rat des Eisenwerk Kraft ein. Siehe Deutsche Bank und Disc.-Ges.

Darmstädter und Nationalbank. Die Aktien der Bank werden stark gekauft und erreichen den höchsten Kurs unter den Berliner Großbankaktien. Die Zweigniederlassung Bensheim wird aufgehoben. Geschäftsinhaber Georg von Simson scheidet aus dem Aufs.-Rat der H. Windler A.-G., Berlin, aus. Siehe Deutsche Bank, Disc.-Ges. und Berl. Handels-Ges.

Commerz- und Privatbank. Die Bilanz für das erste Halbjahr 1926 zeigt nach Angabe der Verwaltung eine erfreuliche Entwicklung. Das Gewinn- und Verlustkonto weist „recht befriedigende Zahlen" auf. Die Bank begibt 6 Mill. Rm. 7 % Anleihe der Stadt Kiel zu 90¾ %. Beantragt die Zulassung der Aktien der Magdeburger Lebens-Versicherungs-Ges. zur Berliner Börse. Das im inneren Geschäft führende Berliner Vorstandsmitglied Gustav Pilster zieht sich in das Privatleben zurück. Das Aufs.-Rats-Mitglied Dr. August Weber wird Vorsitzender des Aufs.-Rats der reorganisierten Stock Motorpflug A. G., Berlin, (früher Richard Kahn-Konzern), dem auch Direktor Curt Sobernheim beitritt. Die Aktienmehrheit der Georg Grauert A. G., Berlin, geht von dem Institut auf die Gruppe Jakob Schapiro über. Das Aufs.-Rats-Mitglied Wilh. Horn wird in den Aufsichtsrat der Deutschen Wollenwaren-Manufaktur, Grünberg in Schles., berufen. Das Aufs.-Rats-Mitglied Generalkonsul Eugen Landau scheidet aus dem Aufs.-Rat der dem Institut bisher nahestehenden Lichtenberger Terrain A. G. aus.

Mitteldeutsche Creditbank. Die Aktien des Instituts steigen Anfang August an einem Tage ca. 17 %, da eine „bestimmte Seite" einen größeren Betrag zu dauerndem Besitz erwerben will. (Die Bank ist ein altes Fusions-Objekt). Doch schlägt der Kurs später wieder zurück. Das Aufs.-Rats-Mitglied Bergrat Gen.-Dir. Dr. Groebler (Buderus'sche Eisenwerke) ist gestorben.

Berliner Handels-Gesellschaft. Beantragt mit Delbrück Schickler u. Co., der Darmst. u. Natbk. sowie der Disc.-Ges. die Zulassung der Aktien der Metallbank u. Metallurgischen Ges. und mit S. Bleichröder und Anderen die Zulassung der jungen Aktien der Akt.-Ges. für Verkehrswesen zur Berliner Börse. Das dem Institut gehörige Bankgeschäft William Rosenheim u. Co., Berlin, wird nach dem Ableben des Herrn Siegmund Susman von den bisherigen Mitinhabern

Digitized by Google

Dr. Citron und Ph. Gerber unverändert fortgeführt. Die Aktien der B. H. G. werden stark gekauft und steigen erheblich im Kurse. Gegen Ende des Monats schränkt die Bank ihre Reportgelder um ca. 20 % ein. Siehe Deutsche Bank.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca), Leipzig. Ist beteiligt an dem Uebernahmekonsortium für die neuen Kommandit-Anteile der Disc.-Ges. (s. d.), für die Vorratsaktien der Frankfurter Pfandbriefbank und diejenigen der Deutschen Hypothekenbank, Meiningen. Uebernimmt 0,5 Mill. Rm. 8% Obl. der Hohburger Quarz-Porphyr-Werke. Dr. von Schoen tritt in den Aufs.-Rat der Porzellanfabrik Schomburg und Söhne und in den der Leipz. Pianoforte- und Phonolafabriken Hupfeld-Gebr. Zimmermann ein, in welch letzteren auch Gen.-Konsul Jay berufen wird. Der Mitleiter der Dresdner Abteilung Komm.-Rat Palmié tritt Ende d. J. zurück und wird in den Aufs.-Rat gewählt werden.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Erwerben mit einem Konsortium die Aktien-Mehrheit der Hotelbetriebs-A. G. (Conrad Uhls Hotel Bristol-Central-Hotel), Berlin, um diese mit der Berl. Hotel-Ges. und der Aschinger A. G. zu verschmelzen. Uebernehmen zur Weitergabe die jungen Aktien der Mimosa A. G., Dresden. Die dem Bankhaus nahestehende Schloß-Schifferer-Bräu A. G., Kiel, wird mit der Holstenbrauerei Hamburg, verschmolzen.

Badische Bank, Mannheim. Auf Antrag der Süddeutschen Disc.-Ges. werden die jungen Aktien des Instituts zur Berliner Börse zugelassen.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin. Erwirbt eine Option auf die Aktien-Mehrheit der Lindcar Auto A. G., Berlin, aus der eine Arbeiter-Fahrradfabrik gemacht werden soll; zwei Vertreter des Instituts treten in deren Aufs.-Rat ein.

Bank des Berliner Kassenvereins. Ruft weitere Aktien zur Einlieferung in das Sammeldepot auf.

Bank für Handel und Grundbesitz, Berlin. Der von dem Institut erworbene Hovad Versicherungs-Konzern soll durch Aufnahme einer Todesfall-Versicherung für Hausbesitzer (Hypotheken-Entschuldung) eine neue Aufgabe erhalten.

Bank für Innen- und Außenhandel, Berlin. Erklärt, daß sie nicht, wie im Sept.-Heft S. 547 berichtet, zu den Gläubigern des Berliner Feinkosthauses F. W. Borchardt gehöre.

Bank für Deutsche Industrie-Obligationen, Berlin. Erstattet dem Reparations-Generalagenten frist- und ordnungsmäßig die zweite Halbjahresrate der Industrie-Belastung in Höhe von 62,5 Mill. Rm.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Comp. Die Zweigniederlassung Gelsenkirchen wird aufgehoben.

Baubank für die Residenzstadt Dresden. Beantragt für 1925 eine Dividende von 8 (i. V. 5) %.

Bayerische Bodenkreditanstalt, Würzburg. 0,5 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 6 und 1 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 7 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Direktor Geh. Komm.-Rat Hans Remshard gehört dem Aufsichtsrat der neu gegründeten Südanatolischen Bergbau A. G., München, an. Bekämpft die Verleihung der Mündelsicherheit an die Schuldscheine der Rentenbank-Kreditanstalt (siehe diese). Siehe ferner Hardy u. Co.

Bayerische Staatsbank, München. Ist mit 485 000 Rm. Forderung am Konkurs der Amberger Glashütten A. G. beteiligt. Die der falliten Bankfirma Simader, München, (siehe Zahlungseinstellungen) gewährten Kredite sind bis auf 88 000 Rm. abgedeckt; der Rest ist gesichert.

Bayerische Vereinsbank, München. Bekämpft die Verleihung der Mündelsicherheit an die Schuldscheine der Rentenbank-Kreditanstalt (siehe diese). Darf weitere 30 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe begeben. 10 Mill. Rm. 8 % Pfdbfe. Reihe 71 bis 76 werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Kündigt ihre 10 % Pfandbriefe Reihe 1 und 2.

Beamtenbank A. G., Berlin. Das im Nov. 1922 mit 1 Milliarde Pm. Akthap. gegründete Institut (jetzt 40 000 Rm. Kap., dessen Erhöhung auf 0,16

Digitized by Google

Mill. geplant war), bricht zusammen. Beamten-Organisationen unterhielten nie Beziehungen zu der Firma.

S. Bleichröder, Berlin. Siehe Berl. Handels-Ges.

Braunschweigische Staatsbank. Präsident Dr. Stübben wird Aufs.-Rats-Vorsitzender der Industrie A. G., in Ludwigsburg, Sitz Braunschweig.

Bremer Privatbank. Die Filiale Hude (Huder Privatbank) wird aufgehoben.

Chemnitzer Girobank. Direktor Krüger wird in den Aufs.-Rat der Schüttoff A. G. gewählt.

Danziger Commerz- und Depositenbank. Verteilt für 1925 eine Dividende von 8 % auf 1 Mill. Danz. Gulden Kap.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Siehe Berl. Handels-Ges.

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Die Abschlußarbeiten für die letzten elf Jahre sind noch nicht beendet, die Bilanz für 1925 dürfte aber einer für Ende Okt. bezw. Anfang Nov. d. J. einzuberufenden Gen.-Versig. vorliegen.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Uebernimmt mit der Deutschen Girozentrale u. A. 5 Mill. Rm. 7 % Anleihe der Stadt Augsburg.

Deutsche Gärtenbau-Kredit-A. G., Berlin. Hat das Kap. um 0,15 auf 0,25 Mill. Rm. erhöht.

Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalbank. Ist bereit, bei der Finanzierung der diesjährigen Ernte mitzuwirken, falls die Reichsbank die von ihr girierten Wechsel rediskontiert; die Reichsbank lehnt jedoch die Rediskontierung in diesem Falle ab. Die Bank begibt die zweite Reihe von 8 Mill. Dollar 7 % Auslandsanleihe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes durch ein Syndikat unter Führung von Harris, Forbes u. Co., New York, (Emissionskurs 98 %, erste Reihe 94¾ %) und legt eine 7 % Kommunal-Inlands-Anleihe von 25 Mill Rm. (2 Reihe) zu 92½ % zur Zeichnung auf. Beantragt die Zulassung von 14 Mill. Rm. 8 % Anleihe der Stadt Magdeburg zur Berliner Börse. Siehe Preuß. Staatsbank u. Deutsche Eff.- u. Wechselbank.

Deutsche Hauptbank für Hypotheken-Schutz, Berlin-München. Siehe Hauptbank für Hypsch.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Die Vorrats-Aktien des Instituts und 20 Mill. 8 % Pfandbriefe werden zur Berliner und Frankfurter Börse zugelassen, zur letzteren außerdem 5 600 kg. Feingold 5 % Komm.-Obl. Reihe 1. Die Bank beantragt mit der Preuß. Boden-Credit-Aktienbank die Zulassung der jungen Aktien der Mecklenburg. Hyp.- u. Wechselbank und der Norddeutschen Grund-Credit-Bank, Weimar, zur Berliner Börse. Am 30. Juni cr. laufen um 53,95 (Ende Dez. 33,59) Mill. Rm. Pfandbriefe bei 62,27 (38,37) Mill. Deckung sowie 18,41 (19,79) Mill. Rm. Kommunalobligationen; ferner sind 0,78 (0,42) Mill. Kredite der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in Anspruch genommen bezw. vermittelt. Der bisherige Berliner Stadtkämmerer Dr. Karding tritt in den Vorstand des Instituts und der Preuß. Boden-Credit-Aktienbank sowie in den der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken ein. Siehe Allgemeine Deutsche Creditanstalt.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Erhöht ihr Kapital um 3 auf 9 Mill. Rm. zwecks Uebernahme der Frankfurter Bankfirma L. & E. Wertheimber, die ihrerseits die Aktienmehrheit der D. V. von der Michaelgruppe erworben hatte. Durch Vermittlung des Instituts geht das Minderheits-Paket von Aktien der Frankfurter Hypothekenbank aus den Händen der Michael-Gruppe zu dauernder Anlage in den Besitz von Verwaltungsmitgliedern der Frkf. Hypbk. über.

Deutsche Verkehrsbank, Berlin, (Fonfé-Gruppe). Eine Gen.-Versig. setzt das Akt.-Kap. von 1 Mill. Rm. auf 0.5 Mill. Rm. herab infolge von Verlusten bei Beteiligungen an der Reiherstieg Schiffswerft und an den Motorenwerken Mannheim. Direktor Leo Rimmler ist in den Vorstand eingetreten.

Diskont- und Handelsbank, Berlin. Das anfangs 1926 unter Geschäftsaufsicht getretene Institut, das seinen Gläubigern eine Quote von 30 % anbot, beruft eine Gen.-Versig., um gemäß § 240 H. G. B. mitzuteilen, daß es die Hälfte des Aktkap. von 0,15 Mill. Rm. verloren hat.

Digitized by Google

Finanzierungs-Gesellschaft für Landkraftmaschinen A. G., Berlin. Das Institut, das den Landwirten die Anschaffung von Kraftmaschinen auf Kredit bei 20 % Anzahlung ermöglichen will, nimmt seine Tätigkeit auf. Siehe Sept.-Heft S. 543 unter Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt.

Frankfurter Bank. Die Preuß. Staatsbank erwirbt 0,4 Mill. Rm. Aktien des Instituts zu dauerndem Besitz.

Frankfurter Hypothekenbank. Siehe Deutsche Vereinsbank.

Frankfurter Kreditanstalt. Gegen Direktor Dr. N. E. Weill wird in seiner Eigenschaft als Aufs.-Rats-Mitglied der Sinalco A. G., Detmold, das Hauptverfahren wegen Schädigung dieser Gesellschaft durch Bilanzverschleierung usw. eröffnet. (Die Bank hatte sich 1921 30 % des Erlöses von Exportvaluten ausbedungen dafür, daß sie das Risiko einer Besserung der Mark auf sich nahm, was ihr lt. Fkf. Ztg. einen Gewinn von 230 000 Goldmark eintrug).

Frankfurter Pfandbriefbank. Bietet 940 000 Rm. ihrer Vorratsaktien (insgesamt 2,24 Mill.) den Aktionären zu 102 % an, während die Dresdner Bank (s. d.) den Rest übernimmt. 5 Mill. Rm. eigene 8 % Pfandbriefe Reihe 3 werden zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Allgem. Deutsche Creditanstalt.

Garantie- und Kreditbank für den Osten, Berlin. Diese Beauftragte der Russischen Staatsbank schließt das Jahr 1925 mit einem Verlust von 116 181 Rm. ab bei 2,5 Mill. Rm. Kap. (i. V. 9 % Dividende aus 0,26 Mill. Rm. Reingewinn).

Gebser u. Co. A. G., Bankgeschäft, Naumburg. Die Gen.-Versammlung beschließt die Liquidation. Im Geschäftsaufsichtsverfahren stimmt die Mehrzahl der Gläubiger dem Zwangsvergleich zu, nach dem den Massengläubigern sämtliche eintreibbaren Forderungen zufallen, den Effekten-Gläubigern eine Quote von 40 %.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken, Berlin. Stellt dem Kleinwohnungsbau Hypothekengelder in Höhe von zunächst 10 Mill. Rm. zu Vorzugsbedingungen zur Verfügung. Der Berliner Stadtkämmerer Dr. Karding tritt in den Vorstand ein. Siehe Deutsche Hypothekenbank, Meiningen.

Gieschebank A. G., Breslau. Das Ende 1924 mit 2 Mill. Rm. Kap. errichtete Institut erzielt 1925 eine Reingewinn von 0,08 Mill. Rm. Eine Dividende wird nicht verteilt.

Girozentrale-Kommunalbank für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, Magdeburg. Stellt 1 Million Rm. dreijährige Handwerkerkredite aus eigenen Mitteln bereit.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf u. Co. Will das Kap. um 1 auf 4 Mill. Rm. erhöhen; der Bezugspreis beträgt 108 %.

Handels- und Diskont A. G., Berlin. Beantragt die Auflösung auf Antrag eines Großaktionärs.

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Der Nettobestand der Pfandbriefteilungsmasse per 30. Juni beträgt 7,66 gegenüber 7,63 Mill. Rm. Ende Dezember; davon entfallen auf Registerhypotheken 4,48 (4,52), auf Rückwirkungsansprüche 2,89 (2,99) und auf Anlagen aus Eingängen bei Rück- und Zinszahlungen 0,29 (0,19) Mill. Rm. Der Betrag der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe erhöht sich auf 20,03 (19,83) Mill. Rm.

Hansa Rheinische Immobilienbank, Düsseldorf. Das mit 0,72 Mill. Rm. Kap. ausgestattete Institut beantragt die Auflösung.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Bankier Richard Pohl wird zum ersten stellv. Vorsitzenden des Berliner Börsenvorstandes gewählt; Bankier Geh.-Rat von Flotow tritt in den Aufs.-Rat der Ver. Oberschles. Hüttenwerke und Bankier Kurt Richter in den der Südanatolischen Bergbau A. G., München, ein. Siehe Bayer. Hyp.- u. Wechselbank.

Hauptbank für Hypothekenschutz, Berlin-München. Erhöht das Kap. von 60 000 Rm. auf 0,5 Mill. Rm. Will die 1932 fällig werdenden städtischen Aufwertungshypotheken bereits jetzt mobilisieren.

Hermes Kreditversicherungs-Bank, Berlin. Teilt mit, daß von der Exportkreditversicherung mit Reichshilfe sowohl nach dem Berliner wie dem Hamburger Plan reichlicher Gebrauch gemacht wird.

Digitized by Google

Industriefinanzierungs-A. G. Ost. Berlin. Geh.-Rat Deutsch (A. E. G.) tritt in den Aufs.-Rat ein.

Industrie- und Privatbank, Berlin. (Michael-Gruppe). Erzielt per 30. 11. 1925 einen Reingewinn von 0,48 Mill. Rm.

Internationale Bank, Danzig. Schließt das Jahr 1925 mit 0,16 Mill. Danz. Gulden Verlust (i. V. 6 % Dividende aus 0,10 Mill. Reingewinn).

Königsberger Bank. Die Notiz der Aktien an der Berliner Börse wird eingestellt.

Königsberger Stadtbank. Räumt der russischen Sowjet-Regierung einen kurzfristigen Kredit von 1,5 Mill. Rm. ein, um den russischen Export über Königsberg zu fördern.

Kreisbank A. G., Düsseldorf. Schließt bei 50 000 Rm. Kap. (!) das Jahr 1925 mit einem Verlust von 2,02 Mill. Rm. (!) Die Deckung erfolgt durch den Landkreis Düsseldorf, der für die Bank haftet. Es sind Gutsbesitzern und einem Bankier (Trottmann, Düsseldorf), große Kredite gegen ungenügende oder gar keine Sicherung gewährt worden.

Landwirtschaftsbank, Mainz. Weist für 1925 wieder nur 2953 Rm. (i. V. 4087) Reingewinn aus.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Ende Juni laufen 9,12 (Ende Dezb. 5,86) Mill. Rm. Pfandbriefe um; 4,41 (1,36) Mill. Rm. Rentenbankkredite sind in Anspruch genommen werden. Siehe Deutsche Hypothekenbank, Meiningen.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, Neustrelitz. Hat 0,85 Mill. Rm. Darlehen aus Rentenbankmitteln gewährt. Rm. bezw. Goldpfandbriefe laufen nicht um.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Siehe Preuß. Staatsbank, Mendelssohn & Co., Amsterdam, übernehmen einen Teil (1 Mill. Dollar) der Amerikanleihe der Deutschen Girozentrale (siehe diese).

Metallindustrie-Bank A. G., München. Ist aufgelöst worden.

Norddeutsche Grundkreditbank, Weimar. Ende Juni werden ausgewiesen (in Mill. Rm.): 29,87 (Ende Dezb. 11,17) Pfandbriefe, 30,23 (11,17) Hypotheken, 9,66 (4,62) Komm.-Obl., 9,99 (4,65) Kommdarlehen u. 3,12 (1,11) Rentenbankkredite. 10 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Deutsche Hypothekenbank Meiningen.

Ostdeutsche Bank A. G., Berlin. Schließt das Jahr 1925 mit einem vorzutragenden Gewinn von 2 392 Rm. bei 1 Mill. Rm. Kap.

Osteuropäische Bank für Holzhandel und Industrie, Komm.-Ges. a. Akt. in Konkurs, Königsberg i. Pr. Das Konkursverfahren wird mit Zustimmung aller Gläubiger eingestellt.

Preußische Boden-Credit-Actienbank, Berlin. Ende Juni erscheinen (in Mill. Rm.): 32,80 (Ende Dezb. 22,96) Pfandbriefe, 33,46 (23,20) Hypotheken, 25,73 (15,71) Komm.-Obl., 26,71 (15,88) Komm.-Darlehen und 0,55 (0,44) Rentenbankkredite. 3,16 Mill. Rm. Vorrats-Aktien werden zur Frankfurter und Berliner Börse sowie 20 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 9 zur Berliner Börse zugelassen. Siehe Deutsche Hypothekenbank Meiningen.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Berlin. Legt einen neuen Posten Reihe 6 ihrer 7 % Pfandbriefe zu 94 % auf und begibt eine Option auf weitere 8 Mill. Rm. ihrer 7 % Pfandbriefe nach Schweden, nachdem die erste Emission von 4 Mill. dort rasch ausverkauft worden ist.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Beantragt die Zulassung von 10 Mill. Rm. 8 % eigenen Pfandbriefen Reihe 41 zur Berliner Börse.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Die Süddeutsche Elektrizitätsbank A. G., Mannheim, an der das Institut u. die Süddeutsche Disc.-Ges. beteiligt sind, schließt das Jahr 1925 mit 4918 Rm. Gewinn.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Je 5 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 7 u. 8 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Rheinisch-Westfälische Boden-Creditbank, Köln. Der Pfandbriefumlauf hat sich von 29 auf 54,3 Mill. Rm., der an Komm.-Obl. von 4,7 auf 8,6 Mill. Rm. gehoben. Der Gesamtbestand an Hypotheken und Komm.-Darlehen hat sich auf über 68 Mill. Rm. verdoppelt. Das Aktien-Kap. soll um 3 auf

Digitized by Google

6 Mill. Rm. erhöht werden. Bezugspreis 110 %. 20 Mill. Rm. 7 % Pfandbriefe Reihe 7 werden zur Berliner und Kölner Börse zugelassen und zu 93½ % emitiert.

Roggenrentenbank, Berlin. Die Gen.-Versig. genehmigt die neue Aktien-Stückelung. (Siehe Sept.-Heft S. 552); die Börsen-Zulassung wird nach Eintragung in das Handelsregister beantragt werden.

Sächsische Getreidekreditbank, Dresden. Verteilt für 1925 aus 11 080 (i. V. 55 507) Rm. Reingewinn wieder 6 % Dividende auf die Stamm- u. 10 % auf die Vorzugsaktien.

A. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln. Direktor Pferdmenges tritt in den Aufs.-Rat der Demag A. G., Düsseldorf, ein.

Schlesische Boden-Credit-Actienbank, Breslau. Ende Juni betragen (in Mill. Rm.): 23,75 (Ende Dezb. 13,48) Pfandbriefe, 27,83 (17,58) Hypotheken, 4,93 (5,75) Komm.-Obl., 5,31 (5,80) Komm.-Darlehen und 3,97 (1,68) Rentenbankkredite.

I. F. Schröder Bank, Komm.-Ges. a. Akt. Bremen. Die Gen. Versig. genehmigt für 1925/26 eine Dividende von 8 (i. V. 7½) % aus 2 (1,75) Mill. Rm. Reingewinn.

Staatliche Kreditanstalt Oldenburg. Begibt weitere 3 Mill. Rm. 7½ % Komm.-Obligationen.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Die Zweigniederlassungen Emmendingen und Weinheim sind aufgehoben worden. Direktor Weil scheidet aus dem Aufs.-Rat der Essener Aktienbrauerei aus. Siehe Badische Bank und Rheinische Creditbank.

Süddeutsche Elektrizitätsbank, Mannheim. Siehe Rheinische Creditbank.

Süddeutsche Festwertbank, Stuttgart. Ende Juni beträgt der Umlauf an 5% Komm.-Obl. 4,80 Mill. Rm. gegenüber 4,96 Mill. Ende Dezember.

Thüringische Landeshypothekenbank, Weimar. 5 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 3 und 8 % Komm.-Obl. Reihe 4 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Trottmann & Co., Bank-Komm. Ges. a. A., Düsseldorf. Bleibt dividendenlos. Siehe Kreisbank Düsseldorf.

Unionbank, Flensburg. Ist mit 0,27 Mill. Rm. Aktkap. von dänischen Kreisen als Ersatz für die seinerzeit verkrachte Volksbank gegründet worden.

Vereinsbank in Nürnberg. 10 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe Reihe 11—20 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Westbank, Frankfurt a. M. Die bereits genehmigten jungen Aktien von 1 Mill. Rm. sollen demnächst begeben werden. Die Sichel-Engagements des Instituts werden als völlig bereinigt bezeichnet. Herr Paderstein, Eppstein i. T., tritt in den Aufs.-Rat ein.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. Ende Juni werden ausgewiesen(in Mill. Rm.): 40,04 (Ende Dezb. 16,63) Pfandbriefe, 41,70 (17,74) Hypotheken, 2,16 (2,74) Komm.-Obl., 2,70 (2,93) Komm.-Darlehen und 1,55 (0,61) Rentenbankkredite. 10 Mill 7 % eigene Pfandbriefe, erweiterte Reihe 10 werden zur Kölner Börse zugelassen.

Westholsteinische Bank, Heide. Der Halbjahrs-Abschluß weist „zufriedenstellende Zahlen" auf.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Darf weitere 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe begeben. 10 Mill. eigene 8 % Pfandbriefe Reihe 1 und 8 Mill. Rm. 8 % Pfandbrf. Reihe 2 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Württembergischer Kreditverein A. G., Stuttgart. Hat bis Ende Juni 17,01 (Ende Dezb. 10,44) Mill. Rm. Pfandbriefe untergebracht. Weitere 6 Mill. Rm. 8 % Pfandbriefe werden zur Stuttgarter Börse zugelassen.

Zuckerkreditbank, Berlin. Die Gen.-Versig. genehmigt den Abschluß und wählt Rittergutsbesitzer Nette-Baasdorf (Anhalt) in den Aufs.-Rat.

Zahlungseinstellungen. Die Gläubigerversig. der unter Geschäftsaufsicht stehenden Otto Schindler Komm.-Ges., Leipzig, stimmt einem Zwangsvergleich zu, nachdem die Effektengläubiger 40 % ihrer Forderungen nach dem Kurs-

Digitized by Google

stand vom 26. 11. 1925 in bar, die Kontokorrent-Gläubiger 12 % erhalten haben; zu berücksichtigen sind je 0,4 Mill. Rm. Effekten- u. Kontokorrent-Gläubiger. — Der nach Depot-Unterschlagungen von 0,6 Mill. Rm. flüchtige Münchener Bankier Heinrich Simader wird verhaftet. — Siehe Beamtenbank, Berlin, Gebser u. Co., Naumburg, Handels- und Discont A. G., Berlin, Hansa Rheinische Immobilienbank, Düsseldorf, Metallindustriebank, München, und Osteuropäische Bank für Holzhandel, Königsberg i. Pr.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1926

IV. Nachfolgestaaten der Oesterr.-Ungar. Monarchie.

Deutsch-Oesterreich. Oesterreichische Nationalbank. Der Diskontsatz wird am 27. Januar von 9 % (seit 3. Sept. 1925) auf 8 % und am 30. März auf 7½ % herabgesetzt. Eine weitere Ermäßigung unterbleibt Ende Juni mit Rücksicht auf die befürchteten spekulativen Folgen und die Insolvenz der Centralbank der Dt. Sparkassen (s. d.). Nach dem Jahresbericht für 1925 ist der Barschatz in diesem Jahre von 357,65 Mill. Schilling (1 Goldkrone gleich 1,44 Sch.) um 156,22 auf 513,87 Mill. Sch. gestiegen (in der Hauptsache Golddevisen). Die Kost-Devisen sind von 179,86 Mill. Sch. auf 61,03 Mill. Sch. zurückgegangen. Die Darlehensschuld des Bundes hat sich von 217,82 auf 187,94 Mill. Sch. ermäßigt; bei der Gründung des Instituts betrug sie 255,79 Mill. Sch. Der Brutto-Ertrag für 1925 stellt sich auf 38,34 Mill. Goldkronen gegen 43,54 Mill. i. V., der Reingewinn auf 13,06 (15,27) Mill. Gkr.; der Wechselertrag war um 10,84 Mill. Gkr. niedriger als i. V., dagegen der Ertrag der Devisengeschäfte mit 24,45 Mill. um 4,30 Mill. Gkr. höher. Es erhalten der Reservefonds 1,30 (1,50) Mill., Pensionen 6.20 (4,23) Mill., die Verlustreserve 0,69 (4,51) Mill.; der Regierungsanteil beträgt 1,65 (1,56) Mill., die Dividende wieder 10½ % gegen 8½ % für 1923. Die Bank setzt den Eskompte-Zuschlag für lange Wechsel mit nur zwei Unterschriften Ende Februar von 2 auf 1 Prozent herab. Siehe Oesterr. Centralbodenkreditbank.

Währung. Ende Juni notieren in Wien (für je 100 Einheiten) Amsterdam 283,45 Schilling gegen 284,65 Schilling Ende Dezember, Zürich 136,65 Sch. gegen 136,95 Sch., London 34,37 Sch. gegen 34,35½ Sch., New York 702 gegen ca. 710 Sch. Die Ausgabe von Goldmünzen zu 25 und 100 Schilling soll im Spätsommer erfolgen; die Prägestempel sind hergestellt.

Münzwesen. Das Kontingent an Silbermünzen ist von 10 auf 14 Schilling je Kopf der Bevölkerung erhöht worden. Wegen Ausgabe von Goldmünzen siehe Währung.

Postsparkasse. Ende Juni betragen die Spareinlagen 35,26 Mill. Sch., die Scheckguthaben 165,95 Mill. Sch.

Bankwesen. Die Großbanken beabsichtigen die Schaffung eines Konditionenkartells, für das sie den Beitrittszwang durchsetzen wollen. — Die Durchschnitts-Rentabilität der fünf Wiener Großbanken zum jeweiligen Börsenkurs ist nach einer Berechnung der „Frkf. Ztg." von 5,46 % Ende 1913 auf 6,85 % Ende 1925 gestiegen. Im Einzelnen betrug sie Ende 1925 bei der Niederösterr. Esc.-Ges. 5,68 % gegen 5,44 % Ende 1913, bei der Oesterreich. Creditanstalt 7,51 (5,37) %, bei der Allgem. Oesterr. Bodencreditanstalt 7,86 (5,09) %, beim Wiener Bankverein 7,27 (6,19) % und bei der Unionbank 4,76 (5,67) %.

Börse. In Wien soll der Effekten-Kassaverkehr nach Berliner Muster sowie ein Effekten-Giroverkehr (Sammeldepot) eingeführt werden.

Zahlungseinstellungen. Siehe Alpenländische Vereinsbank, Centralbank der Deutschen Sparkassen, Oesterr. Centralbodenkreditbank, Wiener Bank und Wiener Lombard- und Escomptebank.

Agrarbank für die Alpenländer, Innsbruck. Die Gen.-Versig. beschließt eine Kap.-Erhöhung von 3 auf 8 Milliarden Kr. bezw. von 0,3 auf 0,8 Mill. Schilling zwecks Uebernahme der in Schwierigkeiten geratenen Alpenländischen Vereinsbank, wobei eine Agrarbankaktie auf je 25 Vereinsbank-Aktien entfällt.

Allgemeine Depositenbank, Wien. In der Schadenersatzklage einiger Gläubiger des Instituts gegen die Großbanken, die s. Zt. die Stützung des

Digitized by Google

Instituts auf sich nahmen, entscheidet der oberste Gerichtshof, daß eine Ersatzpflicht begründende Handlungen oder Unterlassungen der Banken nicht vorlägen, und daß die Banken für die Einlagen bei der Depbk., die nach der Uebernahme der Aktien-Mehrheit durch die Großbanken neu einliefen, nicht haftbar seien. Siehe Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen.

Allgemeine Oesterreichische Boden-Creditanstalt, Wien. Das Aktkap. wird von 10,8 Milliarden Kr. auf 30 Mill. Sch. umgestellt. Die offenen Reserven werden auf 20 Mill. Sch. bemessen. Die Bilanz per 31. 12. 1925 schließt mit einem Reingewinn von 6,0 Mill. Sch. gegen 53,08 Milliarden Pkr. Ende 1924; die Dividende beträgt 7,20 Sch. für die 50 Sch.-Aktie gleich 14,4% (i. V. 400% auf 3 000 Gkr.). Das Institut erwirbt die Aktien-Mehrheit der Allgemeinen Verkehrsbank, Wien, und entsendet ihre Vizepräsidenten Alfred Herzfeld und zwei Direktoren in deren Verwaltung. Die bisher zentral arbeitende Bank erhält dadurch ein großes Filialnetz. Infolge dieser neuen Interessengemeinschaft werden zwei beiden Instituten nahestehende Banken, nämlich die Tiroler Hauptbank und die Bank für Tirol und Vorarlberg, verschmolzen, wobei die erstere die Innsbrucker Zentrale und das Filialnetz der letzteren übernimmt. Durch Vermittlung eines Londoner Bankhauses ist ein Posten von 50 000 Aktien der Boden-Credit-Anstalt, der auch bisher in ausländischem Besitz war, in die Hände englischer Kapitalisten übergegangen. Die Bank finanziert mit der Oesterr. Creditanstalt die Trumauer und Marienthaler Spinnerei, die bisher der Neuen Wiener Bankges. nahestand. Siehe Bankwesen.

Allgemeine Verkehrsbank, Wien. Stellt das per Ultimo 1924 bei 109,6 Milliarden Kr. Reserven mit 7 Md. ausgewiesene Aktkap. auf 8,75 Mill. Sch. bei 5,25 Mill. Sch. Reserve um. Der Reingewinn von 182 000 Sch. wird vorgetragen, eine Dividende also nicht ausgeschüttet. (I. V. 3000 Kr. aus 1,57 Mill. Sch. Reingewinn). Durch die Interessennahme seitens der Allg. Oesterr. Boden-Credit-Anstalt (s. d.) ist die Weiterentwicklung der dem Institut nahestehenden Industriekonzerne gesichert.

Alpenländische Vereinsbank, Innsbruck. Die Sanierung ist gesichert; die Gläubiger werden durch Bereitstellung öffentlicher Mittel voll befriedigt. Die Bank geht auf die Agrarbank für die Alpenländer (s. d.) über.

Anglo-Austrian Bank, London-Wien. Die Wiener Niederlassung des Instituts tritt in Liquidation, weil große Industriekredite uneinbringlich sind und die an der Bank interessierte Bank von England das österr. Risiko nicht mehr tragen will. Den Großteil der Aktiven (Debitoren, industrielle Beteiligungen usw.) unter Ausschluß des Wiener Bankgebäudes übernimmt mit starkem Abstrich gegenüber dem Buchwert die Oesterreichische Creditanstalt, ebenso die Kreditoren. Von den österreichischen Filialen und Wechselstuben wird ein Teil mit denjenigen der Creditanstalt vereinigt, die zum Zweck der Uebernahme ihr Kapital erhöhen wird; einen Teil der neuen Aktien wird die Anglo-Bank gegen bar zu einem den Börsenkurs übersteigenden Preise beziehen. Die Anglo-Bank soll die British Trade Corporation aufnehmen (nicht die London Merchant-Bank) und sich zu einem City-Institut umbilden. Der Creditanstalt ist eine Option auf einen mäßigen Posten Anglo-Bank-Aktien eingeräumt worden, in deren Board sie einen Vertreter entsendet, während die Anglo-Bank zwei Vertreter in der Verwaltung der Creditanstalt haben wird. Die Creditanstalt erhält einen unkündbaren, langfristigen Kredit, angeblich bis zur Höhe von 1½ Mill. Pfund Stlg., bei der Anglo-Bank, deren Bankenkonzern (Anglo-Tschechosl. Bank (s. d.) Britisch-Italienische Bank, Kroatische Escomptebank (s. d.) usw.) mit der Creditanstalt bezw. deren Tochterinstituten, der Amstelbank, der Warschauer Disconto-Bank, der Bank für auswärtigen Handel, Berlin, usw. arbeiten wird. Wegen Uebernahme der Budapester Niederlassung schweben Verhandlungen mit der Ungarischen Allgemeinen Creditbank; ferner wird mit der Bank of Roumania Ltd., Bukarest, wegen Uebernahme der Filialen in Großwardein und Czernowitz verhandelt, die bisher der Wiener Anglo-Bank unterstellt waren. Siehe August-Heft S. 494 unter England.

Arbeiter-Bank A. G., Wien. Das Mitte 1922 gegründete Institut stellt das Kap. von 10 Md. Kr. auf 1 Mill. Sch. ein.

Bank für Tirol und Vorarlberg, Innsbruck. Siehe Allgem. Oesterr. Boden-Credit-Anstalt.

Digitized by Google

Braubank A. G., Wien. Stellt das Aktkap. von 750 Mill. Kr. auf 12½ Mill. Sch. bei 2,5 Mill. Reserve um. Die Dividende für 1925 soll mit 12 000 bis 12 500 Kr. (i. V. 9 000) vorgeschlagen werden.

Centralbank der Deutschen Sparkassen, Wien. Hat mehreren insolventen Industriegesellschaften große, uneinbringliche Kredite gewährt; infolgedessen gerät die Bank Ende Juni in Schwierigkeiten; die Regierung leistet eine Bürgschaft von 60 Mill. Sch. für einen entsprechenden Diskontkredit der Nationalbank. Die Bank verhandelt mit der Deutschen Girozentrale, Berlin, wegen eines Kredits bezw. Zusammenschlusses, falls diesem keine politischen Gründe entgegenstehen.

Centraleuropäische Länderbank, Paris-Wien. Verteilt für 1925 wieder 6 % Dividende. Die dem Institut nahestehende Rumänische Kreditbank schüttet für 1925 eine Dividende von 75 Lei aus. Präsident Markus Rotter, der als Präsident der Ersten Brünner Maschinenfabrik aus hier vorgekommenen Bilanzverschleierungen kompromittiert sein soll, tritt von der Leitung der Wiener Niederlassung zurück. Siehe Oesterr. Creditanstalt.

Erste Oesterreichische Sparkasse, Wien. Die Schilling-Eröffnungsbilanz per 1. 1. 1925 weist 2,46 Mill. Sch. Eigenvermögen und 30,5 Mill. Sch. Einlagen aus, die bis Ende 1925 auf 66,3 Mill. Sch. gestiegen sind; der Reingewinn beträgt 71 000 Sch. (20 000 Sch.).

Kompass-Bank, Wien. Siehe Oesterr. Centralbodencreditbank und Neue Wiener Bankgesellschaft.

Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten, Wien. Erhöht das Kap. von 1 auf 6 Md. Kr., und zwar wird je eine Aktie zu 4000 Kr. den Gläubigern der Allgemeinen Depositenbank für je 35 Sch. ihrer Forderung, und je eine Aktie den Aktionären der Depos. B. für 300 Stück ihrer Aktien ausgehändigt.

Merkurbank, Wien. Das der Darmstädter und Nationalbank nahestehende Institut, das in der Papierkronen-Bilanz per Ende 1924 10 Md. Kr. Kap. und 124 Md. Reserven auswies, stellt die Goldbilanz mit 12 Mill. Sch. Kapital und 4 Mill. Sch. Reserve auf. Für 1925 wird ein Bruttogewinn von 9,55 (2,13) Mill. und ein Reingewinn von 1,71 (1,10) Mill. Sch. ausgewiesen; auf die alten Aktien werden 4500 Kr. (7 000 Kr.), auf die neuen Aktien von je 20 Sch. 2,50 Sch. ausgekehrt. Die dem Institut und der Agricola-Bank, Bukarest, nahestehende Banca Commerciala Nationala, Bukarest, weist für 1925 einen Gewinn von 18 Mill. Lei aus und verteilt 16 % Dividende.

Neue Wiener Bankgesellschaft. Das Institut, das 1921 mit 100 Mill. Kr. Aktkap. gegründet wurde, jetzt 6 Md. Kap. hat und sich nur durch die Unterstützung des Textil-Großindustriellen Isidor Mautner halten konnte, tritt in Liquidation; man hofft, diese ohne Verluste für die Gläubiger (eine geringe Anzahl nahestehender Personen) durchführen zu können, und zwar mit Hilfe der Kompass-Bank (die sich jedoch zurückzieht). Siehe Allgem. Oesterr. Boden-Credit-Anstalt.

Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, Wien. Das der Berliner Handels-Gesellschaft nahestehende Institut stellt das Kap. von 1¼ Md. Kr. auf 37½ Mill. Sch. um; der Reservefonds wird auf 3¾ Mill., die Kapitalrücklage auf 18¾ Mill. Sch. bemessen. Der Bruttogewinn für 1925 beträgt 16,99 (18,98) Mill. Sch., der Reingewinn 6,16 (6,13) Mill. Sch., die Dividende 12½ %. Ein Posten Aktien ist an W. A. Harriman, New York, übergegangen. Siehe Bankwesen.

Niederösterreichische Landeshypothekenbank. Zieht ihrer 12% Pfandbriefe, die größtenteils schon gegen 8% umgetauscht sind, aus dem Verkehr. Führt die Gemeinschaft der Landeshypothekenanstalten, die Verhandlungen über Pfandbrief-Begebungen nach dem Auslande nur gemeinsam führen will, sofern ein bedeutender Hypothekenbedarf sich einstellen sollte.

Oestereichische Centralbodencreditbank, Wien. Die Gen.-Versig. beschließt die Liquidation, nachdem die Oesterr. Nationalbank die Gewährung eines Kredites an die Bedingung geknüpft hatte, daß bis Mitte Februar entweder die Rekonstruktion gelungen oder die Auflösung beschlossen sein müsse. Die Verwaltung hofft, daß bei der Liquidation „auch etwas für die Aktionäre verbleiben wird". Liquidatoren sind eigentümlicherweise u. a. zwei Vorstandsmit-

Digitized by Google

glieder, die der Bank hohe Summen schulden, nicht wie ursprünglich beabsichtigt, die Kompass-Bank.

Oesterreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien. Stellt das Ende 1924 mit 20 Md. Kr. ausgewiesene Aktkap. auf 50 Mill. Sch. um; an die Stelle der 257 Md. Kr. Reserven treten 10 Mill. Sch. ordentliche Reserve und 10 Mill. Sch. Kapitalrücklage. Die Dividende für 1925 beträgt 4 Sch. je Aktie von 40 Sch. = 10 %. Die Bilanzsumme ist 1925 um 136 auf 608 Mill. Sch. angewachsen. Der österreichische Teil der Anglo-Austrian-Bank (s. d.) geht auf das Institut über. Es führt mit einer internationalen Bankengruppe die Kap.-Erhöhung der Ungarischen Allgemeinen Creditbank (s. d. unter Ungarn) von 690 auf 920 Mill. Kr. durch. Gründet mit der Centraleuropäischen Länderbank, der Böhmischen Escomptebank und der Banque d'Outremer, Brüssel, eine Rohzuckerfabrik und -Raffinerie in Irland mit 40 000 Pfd. Stlg. Kap. Siehe Bankwesen, Allgem. Oesterr. Bodencreditanstalt und Kroatische Allg. Kreditbank unter Jugoslavien.

Steiermärkische Escomptebank, Graz. Stellt das Kapital von 1 Md. Kr. auf 1 Mill. Sch. um und weist 0,3 Mill. Sch. Kapitalreserve aus. Die beschlossene Kap.-Verdoppelung muß noch in alten Aktien vor sich gehen; 2½ Mill. Stück Aktien zu 400 Kr. werden zu 125 % angeboten und alsdann gleichfalls umgestellt, worauf das Institut 2 Mill. Schill. Kap. und 0,55 Mill. Sch. Kapreserve aufweist.

Tiroler Hauptbank, Innsbruck. Soll mit der Bank für Tirol und Vorarlberg fusionieren. Sieh Allgem. Oesterr. Boden-Credit-Anstalt.

Unionbank, Wien. Stellt das Ende 1924 mit 446,4 Md. Kr. Reserven und 16 Md. Kr. Kapital ausgewiesene Eigenvermögen auf 28 Mill. Sch. Kap. und 8 Mill. Sch. Kapitalreserve um. Die neuen Aktien lauten auf je 35 Schilling. Der Bruttogewinn für 1925 beläuft sich auf 12,03 (14,52) Mill. Sch., der Reingewinn auf 2,23 (3,25) Mill. Sch., die Dividende auf 7 1/7 %. Direktor Robert Beck scheidet aus, bleibt aber im Verwaltungsrat der industriellen Konzerne des Instituts; Dr. Wolfgang Dawid legt seine Stelle als Vizepräsident und Vorstandsmitglied nieder, bleibt jedoch im Verwaltungsrat; das Verwaltungsratmitglied Albert Frankfurter, früherer Gen.-Dir. des Lloyd, wird Vizepräsident. Siehe Bankwesen.

Wiener Bank A. G. Bietet ihren Gläubigern im Ausgleichverfahren 40%.

Wiener Bank-Verein. Stellt das Aktkap. von 18 Md. Kr. auf 40 Mill. Sch. um bei einer Kapitalreserve von 20 Mill. Sch. (bisher Reserven 322,8 Md. Kr.). Der Bruttogewinn für 1925 beträgt 31,11 Mill. Sch., der Reingewinn 4,49 Mill. Sch., die Dividende 266⅔ % auf 3000 Kr. alten Nennwert. Fusionsgerüchte (mit Merkurbank oder gar der Berliner Danatbank) werden dementiert. Der Vorsitzende der Direktion Bernhard Popper tritt wegen hohen Alters zurück und wird zum Ehrenpräsidenten gewählt; an seine Stelle tritt Direktor Karl Stögermayer. Bankier Marcus tritt in den Aufs.-Rat der Rüttgerswerke, Berlin, ein. Siehe Bankwesen.

Wiener Escompte-Gesellschaft. Die New Yorker Firma W. A. Harriman u. Co. übernimmt Aktien des Instituts, die von Wiener Großaktionären zur Verfügung gestellt werden, zu dauerndem Besitz. In den Verwaltungsrat werden W. A. Harriman, Evens Coppe, Brüssel, und der Gen.-Dir. der Alpinen Montanges. Dr. Appolt berufen.

Wiener Giro- und Kassenverein. Stellt das Aktkap. von 6 Mill. Kr. auf 0,6 Mill. Sch. bei einer Kapitalrücklage von 0,3 Mill. Sch. um. 1925 ist ein vorzutragender Reingewinn von 1 500 Sch. (13 500 Sch.) erzielt worden.

Wiener Lombard- und Escomptebank. Dem Antrag auf Konkurs-Eröffnung wird stattgegeben.

Ungarn. Ungarische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7 % (seit 21. Okt. 1925). Die Gen.-Versig. beschließt, aus 12 Mill. Kr. Reingewinn für 1925 eine Dividende von 10½ % zu verteilen. Die Bank schließt mit der Regierung ein Abkommen, demzufolge die schwebende Schuld des Staates an die Bank (am 1. Juli 1924: 158,4 Mill. Pengö, im April 1926: 154.1 Mill. Pengö) durch außerordentliche Tilgungen bis 1937 auf etwa die Hälfte des ursprünglichen Standes gebracht wird. Nimmt fortgesetzt Goldkäufe vor, um bald zur Münzaus-

Digitized by Google

prägung schreiten und die Goldreserve trotzdem erhöhen zu können. Uebernimmt von den Pfandbriefanleihen der Ungar. Landeshypothekenbank in London in Höhe von 1 Million Pfd. Stlg. zusammen mit dem staatlichen Postsparkassenamt 140 000 Pfund Sterling.

Währung. Das Pfund Sterling notiert in Budapest Ende Juni 347 900 gegen 346 000 Kronen Ende Dezember, der Dollar 71 480 Kronen.

Münzwesen Die Nationalbank kauft Gold, die Regierung Silber, damit demnächst Gold- und weiter Silbermünzen ausgeprägt werden können.

Ungarische Postsparkasse. Siehe Ungarische Nationalbank.

Geldinstuts-Zentrale. Das Institut hat 1925 insgesamt 1055 Revisionen durchgeführt. Will sich künftig u. a. der Beschaffung von Auslandskredit für die ungar. Privatwirtschaft widmen. Trifft mit der Nationalbank ein Abkommen, wonach ihr als Ersatz für die in Fortfall kommenden öffentliche Gelder (vgl. Ung. Nationalbank sowie Aprilheft S. 237) von der Nationalbank Tagesgelder überlassen werden. Siehe Ungarisch-Deutsche Bank.

Banca Ungaro-Italiana, Budapest. Stellt das Aktkap. 25 : 1 auf 10 Mill. Pengö bei 3 Mill. P. Reserven um; die Kreditoren betragen 38,5 Mill. P. (i. V. 16,1), der Wechselbestand 20,1 (4,1) Mill. P. Für 1925 verteilt das dem Kreis der Banca Commerciale Italiana angehörende Institut aus 0,89 Mill. P. (11 Md. Kr.) Reingewinn eine Dividende von 1500 (1000) Kr. Siehe Pester Ung. Commerzialbank.

Bodenkreditbank. Weist mit 10 Mill. P. ein um 32 % größeres Vermögen als in Vorkriegszeiten auf. (6,5 Mill. Kap. und 3,5 Mill. Reserve). Aus 8,7 Md. Kr. Reingewinn werden 10 000 Kr. Dividende je Aktie verteilt.

Britisch-Ungarische Bank, Budapest. Das umgestellte Kap. beträgt 5,94 Mill. Pengö und die Reserve 5,56 Mill. Aus 7,9 Md. Kr. Reingewinn wird für 1925 eine Dividende von 2000 Kr. gleich 8 % verteilt.

„Hermes" Ungarische Allgemeine Wechselstuben-A. G. Das zum Interessenkreis der Ungarischen Allgemeinen Creditbank gehörige Institut nimmt die Internationale Export- und Import A. G. auf, erhöht das Kap. von 250 Mill. Kr. auf 1,2 Md. Kr. und verdoppelt es sodann auf 2,4 Md. Kr.

Innerstädtische Sparkasse, Budapest. Stellt das Aktkap. auf 3 Mill. P. und die Reserve auf 1 Mill. P. um. Für 1925 wird aus 4,1 Md. Kr. Reingewinn eine Dividende von 2 500 Kr. ausgekehrt.

Pester Erste Vaterländische Sparkassa. Weist nach der Umstellung ein Aktkap. von 12,5 Mill. P. und eine Kapitalreserve von 6,5 Mill. P. aus. 1925 ergibt sich ein Reingewinn von 18,07 (i. V. 12,47) Mill. Kr., daraus werden 100 000 (70 000) Kr. Dividende je Aktie verteilt. Siehe Pester Ung. Commercialbank.

Pester Ungarische Commercialbank. Das umgestellte Aktkap. beträgt 25 Mill. P. bei einer Kapitalreserve in gleicher Höhe; die 2000 Kr.-Aktien werden auf 50 P. umgestempelt. Der Reingewinn für 1925 beträgt 2,84 Mill. P. (34,5 Md. Kr.), die Dividende 8 % gleich 4 P. je Aktie (50 000 Kr. gegen 30 000 Kr. i. V.). Gründet mit der Ungar. Allg. Creditbank, der Pester Ersten Vaterl. Sparkasse, der Ungar. Allg. Sparkasse, der Ung. Escompte- und Wechslerbank und der Banca Ungaro-Italiana eine Genossenschaft der Pfandbrief-emittierenden Institute, die unter Leitung ihres Präsidenten steht. Begibt an die New Yorker Bankfirma Beyer u. Co. 2 Mill. Dollar 6⅞ % Budapester Stadtanleihe. Die dem Institut und der Bank Chrissovelloni, Bukarest, nahestehende Banca Trdelana, Siebenbürgen, erhöht das Kap. auf 40 Mill. Lei. Präsident Philipp Weiss legt infolge der Nichterledigung der Valorisierungsfrage durch die Nationalversammlung seine Stellung als Präsident der Vereinigung der Budapester Banken und Sparkassen nieder. Direktor Max v. Feher tritt in den Ruhestand.

Ungarisch-Deutsche Bank, Budapest. Wird zwangsweise von der Geldinstituts-Zentrale liquidiert.

Ungarische Allgemeine Creditbank, Budapest. Erhöht das Kap. von 690 auf 920 Md. Kr.; die Transaktion wird von der Oesterreichischen Creditanstalt sowie französischen, englischen, amerikanischen und deutschen Banken durchgeführt. Die Pengö-Bilanz per 1. 1. 1925 weist ein Reinvermögen von 61,8 Mill. P. aus (41,4 Mill. Kap., 20,4 Mill. Kap.-Reserve). Das Jahr 1925 er-

Digitized by Google

brachte einen Reingewinn von 3,29 Mill. P. gleich 41 Md. Kr. (i. V. 26 Md. Kr.); die Dividende beträgt 20 000 (16 000) Kr. je Aktie gleich 4,4 P. oder 8,8 %. In die Verwaltung treten ein Lord Churston, London, Alard Pierson, Amsterdam, M. Warburg, Hamburg, Josef Theodor Salomon und Elie Russo. Die Bank verhandelt mit der Anglo-Austrian Bank, London-Wien (siehe diese unter Deutsch-Oesterreich) wegen Uebernahme von deren Budapester Niederlassung. Die dem Institut nahestehende Akt.-Ges. für elektrische und Verkehrsunternehmungen „Trust", die für 1925 eine Dividende von 18 000 (i. V. 12 000) Kr. verteilt, nimmt die Phöbus A. G. auf. Die Bank erwirbt die Aktienmehrheit der Selbyer Zuckerfabrik und einen weiteren Teil der Unternehmungen der falliten Bankfirma Baron Schoßberger. Siehe „Hermes" Ungarische Allg. Wechselstuben A. G., Pester Ungarische Commercialbank und Kroatische Allgemeine Kreditbank (Jugoslavien).

Ungarische Allgemeine Sparkasse, Budapest. Stellt das Aktkap. mit 5,84 Mill. P., die Reserve mit 4,16 Mill. P. fest. Der Reingewinn für 1925 beläuft sich auf 8,4 Md. Kr. nach Dotierung des Pensionsfonds mit 1 Md., die Dividende auf 10 000 (i. V. 7 500) Kr. = 10 %. Siehe Pester Ung. Commercialbank.

Ungarische Bodenkreditbank. Siehe Bodenkreditbank.

Ungarische Escompte- und Wechslerbank. Budapest. Das Vermögen beträgt 15,2 Mill. P. (190 Md. Kr.); davon sind 8 Mill. (100 Md.) Aktkap., 6 Mill. (75 Md.) Reserve und 1,2 Mill. (15 Md.) Pensionsreserve: Aus 12,25 Md.. Kr = 0,99 Mill. P. Reingewinn wird für 1925 eine Dividende von 5000 Kr. (i. V. 4000 Kr.) verteilt. Die Bank verhandelt in New York wegen eines 2 Mill. Dollar-Kredits für die Stadt Budapest und errichtet einen Investment-Trust, der Ungarn und Osteuropa Kapital zuführen soll. Siehe Pester Ung. Commercialbank.

Ungarische Hypothekenbank, Budapest. Aus 0,18 Mill. P. gleich 2,2 Md. Kr Reingewinn wird für 1925 eine Dividende von 2 000 Kr. je Aktie ausgekehrt.

Ungarische Landeshypothekenbank (Landesverband der Ungarischen Bodenkreditinstitute), Budapest. Begibt 3 Mill. Doll. ihrer 7% Obl. an die Guaranty Trust Co., New York (Emiss. Kurs 95%) sowie 1 Mill. £ 7½ % Obl. nach London; von den letzteren übernehmen die Ungar. Nationalbank und die Postsparkasse zusammen 140 000 £.

Ungarische Landeszentralsparkasse. Budapest. Das umgestellte Kap. beträgt 8 Mill. P., die Reserve 5 Mill. P. Aus 8,4 Md. Kr. Reingewinn werden 12 0000 (i. V. 10 000) Kr. Dividende verteilt.

Ungarisch-Italienische Bank, Budapest. Siehe Banca Ungaro-Italiana.

Vaterländische Bank, Budapest. Das umgestellte Kap. beträgt 6,4 Mill. P. und die Reserve 5 Mill. P. Der Reingewinn stellt sich 1925 auf 8,9 (i. V. 7,7) Md. Kr., die Dividende auf 8 000 (7 000) Kr. je Aktie.

Ver. Budapester Hauptstädtische Sparkasse. Zwecks Reorganisation des Instituts, an der auch die Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin, beteiligt ist, stellt die Regierung einen zinsfreien Kredit von 20 Md. Kr. in 5 Jahresraten zu je 4 Md. Kr. zur Verfügung. Das Kap. wird um 10 Md. Kr. erhöht, zugleich werden zwei kleinere hauptstädtische Sparkassen übernommen. Präsident des Instituts wird der frühere Außenminister Dr. Gustav Gratz.

Tschechoslowakei. Tschechoslowakische Nationalbank. Uebernimmt am 1. April die Funktionen des „Bankamt beim Tschechoslowakischen Finanzministerium"; das Kapital beträgt 12 Mill. Dollar; der Staat ist mit einem Drittel beteiligt. Gouverneur ist Dr. Pospischil, die Bank erhält in Mai von der National City Bank, New York, einen Revolving-Kredit von 20 Mill. Doll.

Bankamt beim Tschechoslowakischen Finanzministerium. Der Diskontsatz wird am 13. Januar von 6½ auf 6% herabgesetzt. Siehe Tschechoslowakische Nationalbank.

Währung. Ende Juni notiert in Prag die Devise London 164,75 gegen 164,22½ Ende Dezember, New York unverändert 33,85 u. Amsterdam 1360½ gegen 1363.

Digitized by Google

Fonds der Geldinstitute zwecks Inflations-Reparatur tschechoslowakischer Banken. Von den im April-Heft Seite 239 erwähnten 4% Schuldscheinen, die zum Nennwert (bei einem etwa 50%igen Kurse) in die Bilanz eingestellt werden dürfen und zur Stützung der durch Inflation und Deflation in Schwierigkeiten geratenen tschechischen Banken dienen, erhalten: die Böhmische Industrialbank 160 Mill. Kc. (angefordert 220 Mill.) die Mährische Agrar- u. Industriebank, 80 Mill. (390 Mill.), die Tschechoslowak. Agrarbank 101 Mill., die Ceska Banka 10 Mill., die Baubank 10 Mill., die liquidierende Braubank 20 Mill., die Fleischer- u. Selcher-Bank 11 Mill., die Deutsche Agrarbank 24 Mill., die Brünner Bank 3 Mill., die Warnsdorfer Bank 2,5 Mill., die Mährische Volksbank 1,25 Mill., die Centralbank deutscher Sparkassen 2,5 Mill., die Böhmische Commerzialbank 40 Mill., die Mährisch-Slowakische Bank 17 Mill. und die Südmährische Bank 1 Mill. Kr. Außerdem erhalten langfristige, meist 4 %ige Kredite: die Mähr. Agrarbank 201 Mill., die Baubank 15 Mill., die Braubank 7 Mill., die Ceska Banka 114 Mill. Durch diese Zuteilungen dürfte die Sanierungsaktion vorläufig beendet sein.

Prager Börse. Es ergeht ein Kontremine-Verbot, weil der Finanzminister den schlechten Kurestand der Industrie-Aktien auf Baisse-Spekulationen zurückführt.

Banken-Konzentration. Der Zusammenschluß von Mittelbanken zu einem großen Institut (vgl. Aprilheft S. 239) ist bisher nicht erfolgt.

Zahlungseinstellungen. Die Olmützer Firma Paul Primavesi, eines der ältesten tschechischen Bankhäuser, sucht um die Eröffnung des Ausgleichverfahrens nach.

Allgemeiner Böhmischer Bankverein, Prag. Der Reingewinn für 1925 beträgt 7,38 Mill. Kc., die Dividende wieder 6 %.

Anglo-Tschechoslowakische Bank, Prag. Das Institut, dessen Aktien die Anglo-Austrian Bank Ltd., London-Wien (s. d. unter Deutsch-Oesterreich und August-Heft S. 494) besitzt, überweist aus 17,45 Mill. Kc. Reingewinn 12,85 Mill. der Reserve und trägt 0,6 Mill. Kc. vor. Eine Dividende wird also nicht verteilt.

Bank der tschechischen Legionen, Prag. Verteilt eine Dividende von 6½ % (i. V. 6 %).

Bank für Handel und Industrie (ehemals Länderbank), Prag. Verteilt aus 22,86 Mill. Kc. Reingewinn für 1925 eine Dividende von 10 %.

Baubank, Prag. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Böhmische Commerzialbank, Prag. Schüttet für 1925 aus 4,49 Mill. Kc. Reingewinn eine Dividende von 5 % wie i. V. aus. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Böhmische Escomptebank und Creditanstalt, Prag. Verteilt für 1925 aus 34,14 Mill. Kc. Reingewinn eine Dividende von 12%. Gründet zur Pflege des Zuckergeschäfts ihres Konzerns die Prager Handels-A. G. mit 2 Mill. Kc. Kapital. Siehe Kroatische Allg. Kreditbank unter Jugoslavien.

Böhmische Industrial- und Landwirtschaftliche Bank, Prag. Kehrt aus 20,2 Mill. Kc. Reingewinn 5 (i. V. 6) % Dividende aus. Die Differenzen des Instituts und der belgischen Regierung mit dem Bankhaus S. Bleichröder, Berlin, wegen der Pilsner Braurechte werden durch einen für Bl. und dessen Konsorten recht kostspieligen Vergleich beendet. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Böhmische Unionbank, Prag. Nach 2,97 (i. V. 3,83). Mill. Kc. Abschreibungen bringt das Jahr 1925 einen Reingewinn von 33,5 (33,8) Mill. Kc.; die Dividende beträgt wieder 12 %. Präsident Dr. Friedrich Kaufmann ist gestorben.

Braubank, Prag. Tritt in Liquidation. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Brünner Bank. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Centralbank der Deutschen Sparkasssen, Prag. Der Reingewinn für 1925 stellt sich auf 2.45 (i. V. 2,57) Mill. Kc., die Dividende auf wieder 4 %. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Digitized by Google

Ceska Banka, Prag. Bleibt wieder dividendenlos. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Creditanstalt der Deutschen, Prag. Die Gen.-Versig. setzt die Dividende für 1925 auf 4½ (i. V. 4) % aus 1.63 Mill. Kc. Reingewinn fest. Das Institut gründet die Böhmischen Glühlampenwerke, Aussig, mit 2,5 Mill. Kc. Akt. kapital.

Deutsche Agrar- und Industriebank, Prag. Kehrt für 1925 aus 2,45 Mill. Kc. Reingewinn eine Dividende von 16 Kc. je Aktie wie i. V.=4% aus. Stößt ihre Holz-Interessen an die Timber A. G., Zürich, (Holding-Gesellschaft) ab. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Fleischer- und Selcherbank, Prag. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Mährische Agrar- und Industriebank, Brünn. Schüttet für 1925 aus 10,88 Mill. Kc. Reingewinn 5 % Dividende aus. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Mährische Volksbank, Brünn. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Mährisch-Slowakische Bank, Olmütz. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Prager Kreditbank. Der Reingewinn für 1925 beziffert sich auf 18,89 Mill. Kc., die Dividende auf 10 (i. V. 12½) %.

Südmährische Bank, Znaim. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Tschechoslowakische Agrarbank, Prag. Verteilt 4 % Dividende. Siehe Fonds der Geldinstitute

Tschechoslowakische Sparkasse A. G., Prag. Verteilt für 1925 aus 3,46 Mill. Kc. Reingewinn 6 % Dividende.

Warnsdorfer Bank. Siehe Fonds der Geldinstitute.

Zivnostenska Banka, Prag. Schüttet für 1925 aus 38,97 Mill. Kc. Reingewinn wieder 24 Kc. Dividende je Aktie 12 % aus. Klagt in ihrem Geschäftsbericht über den schlechten Gang ihrer Wiener Niederlassung. Beteiligt sich, nachdem ein Gesetzentwurf zur Begünstigung neuer Industrieen eingebracht worden ist, an einer neu zu gründenden Stickstoffabrik in Mährisch-Ostrau. Ist mit 0,5 Mill. Kc. Forderungen an dem Ausgleichsverfahren gegen die Firma I. Penhas und Brüder interessiert.

Jugoslavien. Währung. Ende Juni notiert die Devise Belgrad in London 272 Dinar gegen 274 Dinar Ende Dezember je Pfund Sterling, in Zürich 9,13½ gegen 9,17½ Frcs. für je 100 Dinar, und in Berlin 7,437 Rm. gegen 7,43 Dinar für je 100 Dinar. New York notiert in Belgrad 56,51 Dinar je Dollar.

National-Bank des Königreiches der Serben, Kroaten und Slovenen. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7 %. Die Aktionäre erhalten für 1925 eine Dividende von 400 Dinar (wie i. V.). Die Bank droht den Privatbanken Kreditrestriktionen an, falls sie nicht Zinsen und Provisionen bis 1. Juli herabsetzen. Siehe Gewerbebank.

Bankgründungen. Siehe Banque Française des Pays Balcaniques, Gewerbebank und Kroatische Escomptebank.

Bankstatistisches. Bei 60 Belgrader Banken betragen am 31. Dezb. 1925: Kapital 480,3 Mill., Reserven 140,6 Mill., Spareinlagen 408,3 Mill., Depositen 1129,9 Mill. Dinar. Durchschnittsdividende: 9,35 Prozent.

Banque Française des Pays Balcaniques, Belgrad. Wird vom Crédit Lyonnais und der Société Générale, Paris, mit Filialen in anderen Balkanländern errichtet.

Beogradska Hypotekarna Banka, Belgrad. Gründet mit der Veleska Banka, Veles, die Banque Serbo-Grecque S. A., Saloniki, mit 5 Mill. Drachmen Aktkapital, zur Pflege der südslawisch-griechischen Handelsbeziehungen.

Erste Kroatische Sparkasse, Zagreb. Im Jahre 1925 stiegen die Einlagen um 249 auf 1062 Mill. Dinar, die Wechsel um 48 auf 137 Mill., die Debitoren um 360 auf 1273 Mill., die Wertpapiere um 15 auf 146 Mill. Die Dividende beträgt 20 %.

Digitized by Google

Escompte- und Volksbank, Subotica. Siehe Kroatische Escomptebank.

Gewerbebank für das Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen, Belgrad. Ein Gesetz vom 27. Februar sieht die Gründung der vorgenannten Bank mit unbestimmtem Kapital und 40 % Staaatsbeteiligung vor. Zweck: Längerfristiger Industriekredit. Die Nationalbank wird verpflichtet sein, die Wechsel der Bank zu rediskontieren.

Kroatische Allgemeine Kreditbank. Das zur Gruppe der Oesterr. Creditanstalt, der Ungar. Allgemeinen Creditbank und der Böhmischen Escomptebank gehörige Institut ermäßigt die Dividende für 1925 von 16 auf 14 %.

Kroatische Escomptebank, Zagreb. Verteilt 12 (i. V. 15) % Dividende aus 22,35 Mill. Dinar Reingewinn. Uebernimmt die Filiale Maribor der ihr nahestehenden Anglo-Austrian Bank (s. d. unter Deutsch-Oesterreich) und errichtet in Subotica unter Uebernahme der Geschäfte ihrer bisherigen Konzernbank, der Escompte- und Volksbank, Subotica, eine Niederlassung.

Laibacher Kreditbank, Ljubljana. Verteilt 10 % Dividende.

Umschau.

DIE MOBILISIERUNG DER REICHSBAHN-OBLIGATIONEN.

Die Weigerung Frankreichs, die Caillaux- und Bérenger-Abkommen über die Tilgung seiner Kriegsschuld zu ratifizieren, bevor nicht dafür gesorgt sei, daß die Jahreszahlungen sich ohne Rückwirkung auf den Kursstand des Franc vollziehen könnten, wirkt in immer zunehmendem Maße auf das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Reparationsgläubigern zurück. Um Frankreich die Ratifizierung und die Vornahme regelmäßiger Zahlungen zu ermöglichen, versuchen seine bezw. Deutschlands Gläubiger, Mehrleistungen über die vorgesehenen festen Raten des Dawes-Plans hinaus von Deutschland zu erlangen; auf diese Weise sollen den französischen Annuitäten nicht nur kompensierende deutsche Zahlungen gegenübergestellt und der Franc vor Schaden bewahrt, sondern darüber hinaus noch ein Interventionsfonds für den Franc beschafft werden. Da aber eine Mehrbelastung Deutschlands über den Zahlungsplan des Londoner Abkommens hinaus nicht in Frage kommt, so kann es sich bei den Versuchen, für Frankreich — und indirekt für seine Gläubiger — zusätzliche Einnahmen aus der deutschen Reparation herauszuschlagen, immer nur um eine Vorwegnahme späterer Leistungen oder um eine Mobilisierung deutscher Pfänder (11 Milliarden Goldmark Reichsbahn-Obligationen und 5 Milliarden Goldmark Industrie-Obligationen) handeln. Ein Teil dieses Programms ist in der Tat verwirklicht und bereits in der Durchführung begriffen: Der Reparationsagent hat mit dem Reichsfinanzminister ein Abkommen getroffen, demzufolge gewisse Zusatzzahlungen, die auf Grund des sog. „kleinen Besserungsscheins" laut Dawes-Plan erst 1928 und 1929 fällig sind, um durchschnittlich 1½ Jahre vorverlegt und schon vom 5. Oktober 1926 ab in 12 Monatsraten reguliert werden sollen. Deutschlands Einwilligung ist mit einem starken Diskont auf die Schuldsumme erkauft worden, die sich von 500 auf 300 Millionen Mark ermäßigt. Aber diese Summe und ihre kurze Antizipation genügen noch nicht einmal für die zeitweilige Entlastung Frankreichs zu Gunsten seiner Gläubiger, geschweige zur Schaffung eines Stützungsfonds für die französische Währung. Und so finden denn immer wieder, bald in Evian-les-Bains und Genf, bald in London und Berlin, Aussprachen maßgebender Beteiligter darüber statt, ob es nicht möglich sei, schon in allernächster Zeit einen Teil der bei der Reparationskommission hinterliegenden Pfand-Obligationen zu Gelde zu machen. Wobei einige Interessenten auch an den Wechsel der politischen Konstellationen bezw. die daraus sich ergebenden finanziellen Folgen und an das wahre Wort denken, daß der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach. Das Briand-Stresemann-Abkommen von Thoiry, das gleichfalls im Zeichen des französischen Geldbedarfs steht und Frankreich annähernd weitere 300 Millionen Mark einträgt, sieht denn auch bereits gewisse Richtlinien für den Zins- und Tilgungsdienst der zu mobilisierenden Obligationen vor, und die Transfer-Kommission in Berlin stimmt ihnen zu. Es existiert nämlich noch immer eine „Transfer-Frage" und eine „Transfer-Kommission", obwohl in diesen Heften bereits vor 2¼ Jahren

Digitized by Google

— Juniheft 1924, S. 303 ff. — dargelegt worden ist, daß es Transfer-Schwierigkeiten in Ländern mit befestigter Währung nicht gibt, und obwohl nunmehr auch der Reparationsagent — in seinem Bericht vom Juni d. J. — feststellt, „daß in ihrer finanziellen Auswirkung sich Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen unterscheiden". Nun wird freilich diese Tatsache über kurz oder lang für Frankreich genau so zutreffen wie heute schon für Deutschland, und alsdann wird man in Paris zusätzlicher deutscher Zahlungen nicht mehr lediglich deshalb bedürfen, damit die eigenen Rimessen nach London und New York den Wechselkurs nicht erschüttern. Vielmehr werden diese Rimessen automatisch die Gestalt einer verstärkten Warenausfuhr Frankreichs annehmen. Aber gerade hieraus ergeben sich wirtschaftliche Schwierigkeiten, die ungleich mehr Gewicht haben als die Bagatellfrage des Transfer. Die verstärkte Umstellung Frankreichs auf den Export muß sowohl dort wie in den Empfängerländern organische Störungen genau derselben Art hervorrufen, wie sie die deutschen Reparationen zeitweilig im Inland und Ausland erzeugt haben. Man muß die Erbitterung kennen, mit der die englische Industrie heute den Dawes-Plan als die größte Gefahr für den englischen Welthandel bekämpft — was übrigens hier bereits vor sechs bis sieben Jahren vorausgesagt worden ist —, um einen Begriff von den wirtschaftlichen Wirkungen hoher Tributzahlungen von Land zu Land zu bekommen. Wobei nicht außer Acht gelassen werden darf, daß die deutschen Reparationen sich eigentlich nur vorübergehend ausgewirkt haben, nämlich immer nur dann, wenn ihnen ausnahmsweise einmal keine Auslandskredite gegenüberstanden, durch die dem deutschen Export ein entsprechender oder noch größerer Import entgegengesetzt wurde. Unter einem großen Tribut leidet eben der empfangende Teil noch ungleich mehr als der zahlende. Für ein Land mit so ausgesprochen industrieller Entwicklungstendenz, wie es Deutschland infolge seiner großen Volksdichte ist, bedeutet die Jahrzehnte lange Zahlung eines Tributs sogar ein Mittel der Ertüchtigung und Leistungssteigerung, das im Anfang zwar schmerzhaft ist, mit der Zeit aber zur Ueberlegenheit über die Tribut-empfangenden Rivalen führt. Frankreich mit seiner konstanteren Bevölkerungszahl und seiner glücklicheren klimatischen Lage ist in diesem Punkte im Nachteil. Die Entwicklung zum Exportlande, die von der laufenden Verzinsung und Tilgung seiner Kriegsschuld bedingt wird, solange ihr keine entsprechenden Einläufe aus dem Ausland gegenüberstehen, hat hier wohl die Schmerzen, nicht aber zugleich die erzieherische Wirkung zur Folge wie in Deutschland. Und da seinen Gläubigern die Empfangnahme der Zahlungen noch schmerzhafter ist, als ihm selbst die Leistung, so liegt es in der Tat sowohl im Interesse Frankreichs wie in dem seiner Gläubiger, die französischen Zahlungen mit Gegenzahlungen Dritter zu kompensieren und weltwirtschaftlich unschädlich zu machen. Eine Kompensation ist also erwünscht, nicht etwa wegen der vermeintlichen währungspolitischen Schädlichkeit der Zahlungen, sondern deshalb, weil sie die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge stören. Die Kompensation herbeizuführen ist die Aufgabe des Kredits, der ein um so gesunderer sein wird, je mehr er es den Ländern erlaubt, die gerade Linie ihrer Entwicklung innezuhalten, je mehr er also die von finanziellen Gewaltakten, insbesondere vom Tributzwang, ausgehenden konträren Einflüsse unschädlich macht. Das bedeutet für die aktuelle Frage der Mobilisierung deutscher Reparationspfänder: Die Mobilisierung ist nur dann vorteilhaft für alle als Schuldner und Gläubiger an Kriegsschuld und Reparation Beteiligten, wenn sie nach Zeit, Art und Umfang so vor sich geht, daß die Kriegs-Schulden und -Forderungen der einzelnen Länder nach Möglichkeit kompensiert, gewaltsame Aenderungen in der natürlichen Entwicklung des Welthandels also vermieden werden. Zwei Voraussetzungen müssen mithin bei der Mobilisierung erfüllt sein. Erstens ist die Veräußerung der Pfandobligationen nicht stoßweise und in großen Posten vorzunehmen (man hat ursprünglich an eine erste Begebung von 5 Milliarden Mark gedacht!), sondern fortlaufend und jeweils nur in einer Höhe, die den Schuldfälligkeiten der Länder entspricht, in deren Interesse die Veräußerung erfolgt, praktisch demnach Frankreichs und Belgiens. Und zweitens müssen die Obligationen in der Hauptsache in denjenigen Ländern untergebracht werden, die Empfänger jener Schuldfälligkeiten sind, praktisch demnach in Amerika und England. (In der Schweiz, Holland usw. nur dann, wenn ein abnormer Kapitalzufluß, etwa infolge einer neuen Frankenflucht, hier beobachtet wird, der eine Kompensation auch in diesen Ländern wünschenswert macht).

Digitized by Google

REFORM DES AKTIENRECHTS.

Der 34. Deutsche Juristentag in Köln hat sich Mitte September eingehend mit den Mängeln des deutschen Aktienrechts und den zahlreichen Vorschlägen zu seiner Verbesserung beschäftigt. Er hat alle Reformanträge rundweg abgelehnt und seine Ansicht in den Sätzen niedergelegt: „Eine Reform des deutschen Aktienrechts ist zur Zeit nicht erforderlich. Es liegt deshalb kein Anlaß vor, Maßnahmen zur Vorbereitung einer solchen Reform einzuleiten". Die öffentliche Meinung ist von dieser Stellungnahme des Juristentages einigermaßen überrascht worden und hat sich den negativen Ausgang der Beratungen nur so erklären können, daß gewisse Kreise, die als Nutznießer der gegenwärtigen Mißbräuche anzusehen seien, insbesondere also die Banken, all ihren Einfluß aufgeboten hätten, um eine Reform zu verhindern. Schon auf der Tagung kam diese Auffassung in dem gelegentlichen Ausruf zum Ausdruck, die Banken hätten „die Wissenschaft niedergestimmt". Der Juristentag selbst ist an dieser geringschätzigen Bewertung seiner Beratungen nicht unschuldig. Er hat bei dem betreffenden Punkt der Tagesordnung den Vorsitz einem Hypothekenbank-Direktor und das Hauptreferat einem Großbank-Direktor übertragen, obwohl er sich hätte sagen müssen, daß man in diesen Personen weniger die Juristen als die Interessenten erblicken würde. Er hat damit der Sache einen schlechten Dienst erwiesen, und das ist bedauerlich. Denn im Grunde ist seine Stellungnahme richtig. Das deutsche Aktienrecht ist in seinen Grundlinien so gut wie irgend ein anderes. Die Häufung der Mißbräuche, die seit den Tagen der Inflation unzweifelhaft zu konstatieren ist, beruht, rein äußerlich gesehen, auf der laxen Interpretation gewisser Paragraphen — was nicht expressis verbis verboten ist, gilt als erlaubt, auch wenn es gegen den Sinn des Gesetzes und gegen die guten Sitten verstößt, — im Grunde aber auf der raffinierten Ausnutzung der Lücken, die k e i n Aktienrecht, auch das denkbar beste nicht, schließen kann. Um das zu erkennen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, wie ein drakonisches Aktienrecht in praxi wirken würde. Wäre z. B. die so stark angefeindete und in der Tat wenig moralische A k t i e m i t m e h r f a c h e m S t i m m r e c h t verboten, was würde die Folge sein? Die Beherrschung der Aktiengesellschaft durch die Verwaltungskreise würde auf einem Schleichwege erfolgen, nämlich durch Verlegung aller wirklich wichtigen Beschlüsse in die Generalversammlung einer Holding-Gesellschaft, deren kleines Aktienkapital von der Verwaltung kontrolliert wird. Oder man unterstelle ein Verbot des berüchtigten S t i m m r e c h t s d e r D e p o t a k t i e, das heute die meisten Entscheidungen in die Hand der Depot-verwaltenden Banken legt. Das Verbot würde bewirken, daß jedes Unternehmen sich in einen Komplex ineinandergeschachtelter Gesellschaften der verschiedensten Rechtsform verwandelt, wiederum mit einer Holding-Gesellschaft als Spitze. Oder man stelle sich vor, daß der neu entstandene Begriff der V o r r a t s a k t i e aus dem Aktienwesen ausgemerzt worden sei. Die Folge wäre die Vornahme von Schein-Emissionen neuer Aktien (dem Zwang, die neuen Titel den Aktionären anzubieten, kann durch börsentechnische Mittel selbst dann ausgewichen werden, wenn die Generalversammlung auf das Recht des Bezuges nicht verzichten will,) und die Vinkulierung der Aktien bei Banksyndikaten oder Treuhändern. Aber auch angenommen den kaum möglichen Fall, daß es einem klugen Gesetzgeber gelingen würde, alle diese Umwege hermetisch abzuriegeln, so wäre der Aktionär dadurch nicht um ein Jota besser geschützt als heute. Der scheinbar souveräne Mehrheitswille der Aktionäre würde durch die jeweilige Darstellung der Verhältnisse durch die Gesellschaftsorgane regelmäßig so beeinflußt werden, daß seine Beschlüsse die Pläne der Verwaltungen gleichzeitig verwirklichen und decken würden. Schutzmaßregeln gegen eine „objektiv unrichtige" Darstellung der Lage stehen genau so auf dem Papier wie der Schutz der Minderheitsrechte im jetzt geltenden Recht, der nach sattsam gemachter Erfahrung nur selten ein Recht geschützt, wohl aber oft genug vorgeblichen Sachwaltern der Aktionäre Gelegenheit zur Erpressung von Sondervorteilen gegeben hat. Die Mängel des Aktienwesens liegen eben nicht im Gesetz, sondern in der Institution selbst, speziell in der Fungibilität, leichten Verkäuflichkeit (Agiotage) und wechselnden Bewertung der Aktie. Und durch keine Reform kann die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die in der Aktie dargestellte Beteiligung an einem Erwerbsunternehmen auf Gedeih und Verderb unter allen Umständen mit noch anderen Risiken verknüpft ist als dem des wechselnden Ertrags. Vermindern läßt sich dieses Risiko nicht durch

Digitized by Google

Behörde und Gesetz, sondern nur durch den einzelnen Aktionär selbst, der nach der Regel „trau, schau, wem" verfährt. Und eine Wirtschaftsordnung, die das Prinzip der Aktie als industriefördernd einmal akzeptiert hat, muß sich darüber klar sein, daß die Vorteile des Prinzips nicht ohne seine Nachteile denkbar sind. You can not eat your cake and have it: man kann die Agiotage und ihren besonderen Geist nicht ausmerzen, sich ihrer förderlichen Wirkungen aber bedienen wollen. Der „uneingeweihte" Normalaktionär wird sich also schon damit abfinden müssen, daß immer dann, wenn die Kaiserhof-Aktie plötzlich auf einen Kurs von 200 steigt, er seine Aktien längst zu 80 % an Wissende veräußert hat, und daß umgekehrt immer dann, wenn die Chem. Zeitz-Aktie auf 10 % fällt, er kurz zuvor Aktien natürliche Rechtsempfinden empören mag, wirtschaftlich auch seine gute Seite. Denn zu 60 % irgend einem Vorahnenden abgekauft hat. Und das hat, so sehr es das wenn die Aktie das wäre, was die Reformer aus ihr machen möchten, würde der Staatskredit Not leiden und das öffentliche Geldbedürfnis sich nur noch zu Zinssätzen decken lassen, die erheblich über der Durchschnitts-Rendite der Aktien lägen.

Literatur

Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Von Prof. Dr. L. Bergsträsser. Vierte Auflage. Mannheim-Berlin-Leipzig 1926. J. Bensheimer. (Mk. 3,—). — Aus dem Inhalt: Anfänge der Parteientwicklung bis 1848. — Von der Revolution 1848 bis zur Reichsgründung 1871. — Von der Reichsgründung bis zum Weltkrieg. — Die Parteientwicklung vom Kriegsausbruch bis zur Gegenwart.

Die moderne Industriearbeiterschaft. Von Dr. Robert Wilbrandt. Stuttgart 1926. Ernst Heinrich Moritz (Mk. 4,50). — Aus dem Inhalt: Die Industriearbeiterschaft als Objekt der Wissenschaft. — Die Industriearbeiterschaft in ihrem Kampf mit dem Kapital. — Die Industriearbeiterschaft in ihrer Abhängigkeit vom Kapital. — Grenzen und Möglichkeiten der sozialen Reform.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen. Herausgegeben vom Preuß. Statistischen Landesamt. Berlin 1926 (281 S.). — Aus dem Inhalt: Staatsgebiet. — Bevölkerung. — Güterverarbeitung. — Arbeiterverhältnisse. — Handel und Preise. — Geld- und Kreditwesen. — Finanzen. — Gesetzgebende Körperschaften. — Alphabetisches Verzeichnis der in diesem und den früheren Jahrgängen (1—22) dargestellten Gegenstände.

Die französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen. Von E. v. Aster, Leipzig 1926, Verlag I. I. Weber (331 S.). — Aus dem Inhalt: Die Geschichte der Rechts- und Staatsphilosophie bis zur Revolution. — Die Menschen- und Bürgerrechte. — Die Verfassung von 1793. — Die Unterrichtspolitik der Revolution. — Zeittafel.

Handbuch der Finanzwissenschaft. Herausgegeben von Wilhelm Gerloff und Franz Meisel. Tübingen 1926, Verlag I. C. B. Mohr 9. bis 12. Lieferung, Schluß der 1. Bandes. (Lieferung 2,— Mk.). — Aus dem Inhalt: Gebührenordnung und Gebührensystem. — Steuerwirtschaftslehre. — Steuerwirtschaftliche Gesetze. — Theorie der Steuerwirkungen. — 13. Lieferung (2,— Mk.). Inhalt: Besondere Steuerlehre. 1. Teil: Direkte Steuern.

Aktienrechtliche Reichsgerichtsentscheidungen. Zusammengestellt und bearbeitet von Dr. Helmut Möhring. Frankenstein, Schles. 1926, E. Philipp (8,— Mk.). — Aus dem Inhalt: Aktienrechtliche Grundbegriffe. — Die Organe der Akt.-Ges. — Aus dem Leben der Akt.-Ges. — Der Untergang der Akt.-Ges.

Industrielle Kartellprobleme der Gegenwart. Von H. v. Beckerath. Berlin 1926, Gersbach u. Sohn Verlag (1,25 Mk.). — Behandelt vor allem die Kartellverordnung von 1923 und die Tätigkeit des Kartellgerichts als eines Hemmnisses der industriellen Organisationsarbeit.

Das Transferproblem. Von Ludwig Kastl und Robert Liefmann. Leipzig 1926, Verlag G. A. Gloeckner. (Rm. 4,—). — Inhalt: Die Transferbestimmungen des Dawes-Planes und des Londoner Abkommens: Kritik der Transfer-Regelung. (Kastl). — Zur Theorie und Praxis der Uebertragung von Kriegstributen (Liefmann).

Digitized by Google

Wie liest man den Handelsteil einer Tageszeitung? Von Ernst Kahn und Fritz Naphtali. (100. Tausend) Frankfurt a. M. 1926. Frankfurter Societäts-Druckerei. (Mk. 5,—). — Aus dem Inhalt: Kurszettel und Börse. — Die Valutabewegung. — Die Ausweise der Notenbanken. — Die wirtschaftlichen Organisationen. — Die Unternehmungen. — Die Warenmärkte. — Die Reparationen.

Kartellrecht und Kartellgericht. Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen nebst Verordnung über das Verfahren vor dem Kartellgericht auf Grund der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923. Von Dr. Wenzel Goldbaum. Berlin 1926 Verlag von Georg Stilke. (geb. Mk. 7,50).

Die neue Hauszinssteuer. Von Rechtsanwalt Brumby. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 3,—). — Aus dem Inhalt: Text der neuen Hauszinssteuerverordnung. — Text des Geldentwertungsausgleichgesetzes vom 1. Juni 1926. — Gesetz über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. — Bedingungen für die Gewährung einer Hauszinssteuerhypothek durch die Stadt Berlin.

Geld-, Bank- und Börsenwesen. Von Professor Dr. Georg Obst. (100. Tausend) Stuttgart 1926. C. E. Poeschel Verlag. (geb. Mk. 11,—). Aus dem Inhalt: Der Wechsel. — Die kaufmännische Anweisung. — Der Bankscheck. — Der Postscheck. — Skizze der geschichtlichen Entwicklung des Bankwesens. — Arten der Banken. — Passivgeschäfte der Banken. — Aktivgeschäfte der Banken. — Die indifferenten Geschäfte der Banken. — Bankbetriebe des öffentlichen Rechts. — Organisation der großen ausländischen Notenbanken. — Börse und Börsengeschäfte. — Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel. — Arten der Börsengeschäfte. — Die wichtigsten ausländischen Börsen.

Selbstkostenermittlung im Bankbetriebe. Von Dr. Gustav Plum. Berlin 1926. Volkswirtschaftliche Verlagsgesellschaft m. b. H. (Mk. 1,50). — Aus dem Inhalt: Begriff der Selbstkosten. — Die Kostenverteilung. — Die Abteilungkalkulation. — Die Periodizität der Selbstkostenermittlung.

Deutsche Währungs- und Kreditpolitik 1923—1926. Von Rudolf Dalberg. Berlin 1926. Verlag von Reimar Hobbing. (Mk. 5,—). — Aus dem Inhalt: Währungspolitik in der Hochinflation. — Die Stabilisierung. — Währungspolitik nach der Stabilisierung. — Die Auslandskredite. — Das Transferproblem. — Währungsentwicklung in einer europäischen Zollunion.

Das deutsche Volkseinkommen. Von Dr. Erich Rogowski. Berlin 1926. Verlag von Emil Ebering. (157 Seiten). — Aus dem Inhalt: Der Begriff des Volkseinkommens. — Der Umlauf der Güter. — Die statistische Aufgabe. — Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1913. — Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1924. — Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit.—Das übrige Privateinkommen.

Wirkungen der Lebensmittelzwangswirtschaft der Kriegs- und Nachkriegszeit auf den Lebensmitteleinzelhandel. Von Dr. Hans Geithe. Berlin 1926. Edeka Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Wilmersdorf. (Mk. 2,75). — Aus dem Inhalt: Zwangswirtschaftspolitik. — Oeffentliche Bewirtschaftung und Lebensmitteleinzelhandel. — Preistreibereigesetzgebung und Lebensmitteleinzelhandel.

Quattro maggiori Istituti Italiani di Credito. Von Dr. Umberto Bava mit einem Vorwort von Avv. Mario Mazzucchelli. Genua 1926, Soc. An. Valugani & Co. (231 S.). Aus dem Inhalt: L'organizzazione del credito in Italia prima del 1894. — La situazione economicopolitica nelle sue diversi fasi. — Banca Commerciale Italiana. — Credito Italiano. — Banco di Roma. — Banca Nazionale di Credito. — Conzentratione ed espansione. L'andamenta del quattro istituti.

Archiv der Fortschritte betriebswirtschaftlicher Forschung und Lehre. Herausgegeben von der Redaktion der Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Zweiter Jahrgang 1925. Stuttgart 1926. C. E. Poeschel Verlag. (Mk. 21,—). Aus dem Inhalt: Die Produktion betriebswirtschaftlicher Veröffentlichungen in der Berichtsperiode. (Nicklisch). — Betriebswirtschaftliche Bankliteratur im Jahre 1925. (Obst). — Die Literatur der Versicherungs-Betriebswirtschaftlehre. (Manes). — Kritische Berichte über den Stand der Entwicklung des betriebswirtschaftlichen Schrifttums in fremden Ländern.

Vorschuß- und Kredit-Vereine als Volksbanken. Praktische Anweisung zu deren Einrichtung und Gründung von Schulze-Delitzsch. Neunte, neubearbeitete Auflage von Dr. Hans Crüger und Reinhold Letschert.

Digitized by Google

Berlin und Leipzig 1926. Walter de Gruyter & Co. (Mk. 15,—). — Aus dem Inhalt: Wirtschaftliche Grundlage und soziale Bedeutung der Kreditgenossenschaften. — Erwerb der Mitgliedschaft und Ausscheiden. — Die Organe der Kreditgenossenschaft und deren Zuständigkeit. — Beschaffung des Betriebskapitals. — Die Arten der Kreditgewährung. — Das Verfahren bei der Kreditgewährung. — Verkehr der Genossenschaft mit der Bankverbindung. — Buchführung. Bilanz und Inventur. Revisionen. — Zweigniederlassungen (Filialen) der Kreditgenossenschaften.

Die sprachlichen Minderheiten in Europa. Von Dr. Jan Auerhan. Berlin-Friedenau 1926. Verlag Hensel & Co. (Mk. 4,—). Aus dem Inhalt: Der Minderheitenschutz in den Verfassungen der einzelnen Staaten. — Der Sprachengebrauch bei Gerichten. — Die Benutzung der Minderheitensprachen im Schulwesen. — Das Verhältnis der Minderheiten zum Staat.

Ergänzungsband zum preußischen Stempelsteuergesetz. Von Oberregierungsrat H. Weinbach. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 4,20). — Aus dem Inhalt: Ausführungsbestimmungen. — Gemeinschaftliche Verfügung vom 19. Januar 1926. — Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen und Tarifstellen.

Expansion und volkswirtschaftliche Bedeutung deutscher Ueberseebanken. Von Dr. Ludwig Lange. Karlsruhe 1926. Verlag G. Braun. (Mk. 3,—). — Aus dem Inhalt: Volkswirtschaftliche Gründe für die Expansion. — Staatspolitische Gründe für die Expansion. — Die Bedeutung unserer Ueberseebanken für die deutsche Volkswirtschaft. — Die Deutsche Golddiskontbank und ihr Einfluß auf unsere Ueberseebanken und den deutschen Außenhandel.

Steuerhandbuch. Leitfaden für die Steuergesetze mit systematischer Erläuterung, Beispielen, Gesetzestexten, Ministerialerlassen und Sachregister. Von Dr. Werner Feilchenfeld, unter Mitarbeit von Oberregierungsrat F. C. Bandow. Berlin 1926. 2. Auflage. Verlag von Reimar Hobbing. (geb. Mk. 18,—). — Aus dem Inhalt: Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925. — Körperschaftssteuergesetz vom 10. August 1925. — Vermögenssteuergesetz vom 10. August 1925. — Erbschaftssteuergesetz vom 22. August 1925. — Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925. — Umsatzsteuergesetz in der Fassung vom 8. Mai 1926. — Kapitalverkehrssteuernovelle vom 10. August 1925.

Australische Gemeinwirtschaft. Von Dr. Karl Valentin Müller. Hermsdorf (Thüringen), 1926. Verlag: Die Gemeinwirtschaft. (39 Seiten). — Aus dem Inhalt: Australischer Merkantilismus. — Australische Staatsbetriebe.

Durchführungsverordnung vom 17. Mai 1926 und Ausführungsbestimmungen vom 8. Mai 1926 zum Körperschaftsteuergesetz. Von Reichsfinanzrat Dr. F. W. Koch. Zugleich Ergänzungsband zu der erläuterten Ausgabe des Körperschaftsteuergesetzes desselben Verfassers. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (Mk. 2,80).

Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen zum Reichsbewertungs- und Vermögensteuergesetz vom 14. Mai 1926 nebst den Aenderungen dieser Gesetze durch das Steuermilderungsgesetz. Mit Erläuterungen und Sachregister von Dr. Hans Berolzheimer. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (Mk. 3,50).

Statistik und Gesellschaftslehre. Von Dr. Georg von Mayr. Zweiter Band: **Bevölkerungsstatistik.** Tübingen 1926. Verlag von J. C. B. Mohr, Paul Siebeck. (Mk. 25,—). — Aus dem Inhalt: Statistik des Bevölkerungsstandes. — Ausgewählter Bevölkerungsstand. — Statistik der Bevölkerungsbewegung. — Die Abgleichung der Elemente der Bevölkerungsbewegung, insbesondere des Bevölkerungswechsels und sonstige zusammenfassende bevölkerungsstatistische Betrachtungen. — Die Abgleichung der Elemente des Bevölkerungswechsels.

Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz vom 8. Mai 1926 nebst zugehörigen Verordnungen. Von Dr. F. W. Koch, Reichsfinanzrat. Zugleich Ergänzungsband zu der erläuterten Ausgabe des Einkommensteuergesetzes desselben Verfassers. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (geb. Mk. 2,80).

Die Minderheitenfrage für Deutschland. Eingabe des Deutschen Friedenskartells. Bearbeitet und eingeleitet von L. Quidde. Berlin-Friedenau 1926. Verlag Hensel & Co. (Mk. —,50).

Digitized by Google

Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Referat des A. D. G.-Verbandsvorsitzenden Fritz Tarnow am 29. März 1926 in Essen. Berlin 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H. (Mk. —,30).

Die Besteuerung der Ausländer und ausländischen Gesellschaften in Deutschland. Von Dr. Alfred Karger, Berlin. (Heft 3 der Internationalen Rechtspraxis, herausgegeben vom Deutschen Internationalen Anwalt-Verband E. V.) Berlin 1926. R. L. Prager. (31 Seiten).

Die nationalen Aufgaben unserer auswärtigen Politik. Von Walther Schücking. Berlin-Friedenau 1926. Verlag Hensel & Co. (Mk. 2,50). Aus dem Inhalt: Der Weg des Pazifismus. — Völkerrecht und Welt-Organisation. — Das Weltparlament. — Der Weltgerichtshof. — Militarisierung des Völkerbundes. — Der Sicherheitspakt. — Der Völkerbundrat und seine Reform.

Schuldnernot. Wie hilft man sich in Zahlungsnöten? Aus der Rechtspraxis des Schuldners. Von Dr. Ed. Karlemeyer. München, Verlag „Organisator" A. G. (48 S.).

Die Sonntagsruhe in Gefahr! Zur Abwehr der Bestrebungen auf Einschränkung der Sonntagsruhe im Handel. Von Wilhelm Bösche. Berlin-Zehlendorf 1926. Sieben Stäbe-Verlag G. m. b. H. (1,— Mk.).

Währung und Kredit. Von R. G. Hawtrey. Nach der zweiten englischen Auflage herausgegeben von Franz Oppenheimer. Deutsch von Dr. Ludwig Oppenheimer. Jena 1926. Verlag von Gustav Fischer. (Mk. 15,—). — Aus dem Inhalt: Kredit ohne Geld. — Das Papiergeld und die Quantitätstheorie. — Systeme der Notenausgabe. — Der Mechanismus des auswärtigen Wechselverkehrs. — Geld und Münzwesen. — Die Theorie des Bankgeschäfts. — Die Assignaten. — Die Bank-Restriktion des Jahres 1797. — Die Goldwährung. — Nach dem Kriege.

Die bankmäßige Betätigung der Sparkassen. Von Dr. Ferdinand Nissen. Stuttgart 1926. C. E. Poeschel Verlag. (Mk. 2,50). — Aus dem Inhalt: Entstehung und Aufgaben der Sparkassen. — Gegenwärtiger Stand der bankmäßigen Betätigung der Sparkassen. — Kritik der bankmäßigen Betätigung der Sparkassen.

Die Entwicklung und Organisation des kommunalen Bankwesens in Deutschland. Von Dr. Gerhard Hartmann. Stuttgart 1926. C. E. Poeschel. (Mk. 4,80). — Aus dem Inhalt: Begriff und Träger der Kommunalbanken. — Die geschichtliche Entwicklung der Kommunalbanken lokalen Charakters. — Der Geschäftsbericht der Kommunalbanken.

Die Lehre vom Volksreichtum. Von Dr. Josef Gruntzel. Wien und Leipzig 1926. Hölder-Pichler-Tempsky A. G. (Mk. 5,50). — Aus dem Inhalt: Reichtum und Wohlfahrt. — Das Volksvermögen. — Das Volkseinkommen. — Der Maßstab des Volksreichtums. — Die Quellen des Volksreichtums. — Die Verteilung des Volksreichtums. — Die Grundlage des Volksreichtums. — Die Produktionsfaktoren.

Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung. Unter Mitwirkung von Ernst Kahn. Frankfurt a. M. Juni 1926. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. (Mk. 3,—). — Aus dem Inhalt: Die Wirtschaftslage Anfang Juni 1926. — Der Arbeitsmarkt. — Außenhandel. — Die Kreditmärkte. — Löhne und Lebenshaltung. — Arbeitszeit und Arbeitsleistung (Preisarbeit). — Die Standard Oil-Gruppe.

Der reichste Mann der Welt. Aus dem Lebensroman des Oelkönigs John Davison Rockefeller. Von Erhard Breitner. Berlin 1926. Verlag für Kulturpolitik. (181 Seiten). — Aus dem Inhalt: Der Buchhalter Rockefeller. — Petroleumfieber. — Die Erdrosselung des Zwischenhandels. — Die Eroberung der Welt. — Die Kunst, Geld auszugeben. — Organisation der Wohltätigkeit.

Die Aufwertungskrise. Ein Ergebnis der Lehre vom Nominalismus des Geldes und des Rechts. Vortrag gehalten im Berliner Anwaltverein am 7. Juni 1926 von Dr. James Goldschmidt, ord. Professor der Rechte an der Universität Berlin. Berlin 1926. Verlag von Julius Springer. (Mk. 2,70).

Der politische und soziale Lebenslauf der Völker. Von Mantis. Altona 1926. Verlag Hans Ruhe. (Mk. 4,50). — Aus dem Inhalt: Der politische und so-

Digitized by Google

ziale Lebenslauf der Völker. — Autoritative Aristokratie der Jugend. — Konstitutionalismus der Vollreife. — Despotischer Cäsarismus des Alters.

Zur Revision des Checkrechts. Von Dr. jur. Traugott Frey. Turbenthal 1926. Buchdruckerei von Rob. Furrer's Erben. (93 Seiten). — Aus dem Inhalt: Unser Check bis zum Jahre 1905. — Die Revisionsbestrebungen. — Weltcheckrecht. — Die formellen Erfordernisse des Checks. — Die Präsentationsfristen. — Der Widerruf. — Der Check im Konkurs des Ausstellers.

Die Gestaltung des Außenhandels in Schuldnerstaaten. Ein Beitrag zur Theorie der Reparation. Von Dr. Reinhold Schulz. Karlsruhe 1926. Verlag G. Braun. (Mk. 4,50). — Aus dem Inhalt: Die Leistungssteigerung. — Die Hemmungen der Leistungssteigerung. — Der allgemeine Entwicklungswiderstand. — Der Absatzwiderstand. — Die Uebertragung der Leistungserträgnisse.

Der Effekten-Lieferungsverkehr und das Effekten-Giro-Depot. Von Dr. Bernhard Lemaitre. Stuttgart 1926. C. E. Poeschel Verlag. (Mk. 5,—). — Aus dem Inhalt: Die technische Einrichtung eines Effekten-Giro-Depots. — Der interurbane Effekten-Giro-Verkehr. — Das Bankdepotgesetz und seine Sicherungen beim Effekten-Giro-Depot. — Die bisher bestehenden Effekten-Giro-Banken. — Das Effekten-Giro-Depot in Frankfurt a. M.

Die deutschen Universitäten und der heutige Staat. Referate erstattet auf der Weimarer Tagung deutscher Hochschullehrer am 23. und 24. April 1926 von Wilhelm Kahl, Friedrich Meinecke und Gustav Radbruch. Tübingen 1926. Verlag von J. C. B. Mohr, Paul Siebeck. (Mk. 1,20).

La dépréciation et la révalorisation du Mark Allemand. Von André Fourgeaud. Paris 1926. Payot. (30 Fr.). — Aus dem Inhalt: La dépréciation et son développement progressif. — Répercussions de la dépréciation sur l'Etat. — Les théories monétaires en présence. — La révalorisation du Mark et ses etapes successives. — Le retour au reichsmark-or et l'économie du plan Dawes. — Les répercussions de la restauration monétaire sur l'économie allemande.

Der kleine Brockhaus. Handbuch des Wissens in einem Bande. (10 Lieferungen zu je 2,10 Mk.). Leipzig 1926, F. A. Brockhaus. — Enthält über 40 000 Stichwörter auf etwa 800 dreispaltigen Textseiten, mit 5400 Abbildungen im Text und auf 90 einfarbigen und bunten Tafel- und Kartenseiten, sowie 37 Uebersichten und Zeittafeln. Durch geschickte Schriftanordnung konnte auf engstem Raum eine gewaltige Menge Wissen vereinigt werden. Der Druck ist sehr klar und leicht lesbar, das Papier ausgezeichnet. Der „Kleine Brockhaus" birgt einen Wissensstoff in sich, der wohl kaum eine an ihn gerichtete Frage unbeantwortet läßt. Er ist ein wirklich gutes Nachschlagewerk, und der Preis ist im Verhältnis zu dem Gebotenen ein derartiger, daß die Anschaffung des Werkes auch dem Minderbemittelten ermöglicht ist.

Die Zivilprozeßordnung für das Deutsche Reich. In Fortführung des von L. Gaupp begründeten Kommentars erläutet von Friedrich Stein. 12. und 13. Auflage bearbeitet von Dr. Martin Jonas. 12 Lieferungen (2 Bände). Tübingen 1926, Verlag von I. C. B. Mohr. (Jede Lieferung 6,— Mk.): — Die vorliegenden Lieferungen 8 bis 11 enthalten u. a.: Urkunden und Wechselprozeß. — Verfahren in Ehesachen. — Verfahren in Entmündigungssachen. — Mahnverfahren. — Zwangsvollstreckung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen. — Offenbarungseid und Haft. — Arrest und einstweilige Verfügung.

Das Ende des Laissez-Faire. Von M. I. Keynes. München-Leipzig 1926. Verlag von Duncker und Humblot. (1,50 Mk.). — Der Schrift liegt eine Vorlesung des Verfassers zu Grunde, die er am 23. Juni 1926 über die Verbindung von Privat- u. Gemeinwirtschaft gehalten hat.

Praxis der Bilanzkritik. Von Dr. Walter le Coutre. II. Band: **Kritik der Vermögenslage.** Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 10,—). — Aus dem Inhalt: Formale Bilanzkritik. — Materielle Bilanzkritik. — Die Erfassung der stillen Reserven. — Die Liquidität. — Die Bilanz als Spiegel der volkswirtschaftlichen Verhältnisse. — Angewandte Bilanzkritik. — Die Wertansätze in den Goldmarkeröffnungsbilanzen. — Abschreibungssätze. — Bilanzkritische Betrachtung der Bilanzierung in der Praxis.

Digitized by Google

Mahnbriefe, die Geld bringen. Von Tregoe, Whyte und Schirmer. Stuttgart 1926. Verlag für Wirtschaft und Verkehr. Forkel & Co. (Ganzleinen Mk. 7,50). — Aus dem Inhalt: Der alte Mahnbrief. (Schirmer). — Der neue Mahnbrief. (Tregoe und Whyte). — Mahnbriefe des Einzelhandels. — Mahnbriefe des Großhandels. — Briefwechsel. — Mangelhafte Mahnbriefe.

Die Weltwirtschaft und die staatlich geordneten Verkehrswirtschaften. Von A. Sartorius von Waltershausen. Leipzig 1926. G. A. Gloeckner, Verlagsbuchhandlung. (geb. Mk. 22,—). Aus dem Inhalt: Grundlegung. — Die staatlich umgrenzten und geordnet Verkehrswirtschaften innerhalb der Weltwirtschaft. — Aus der Geschichte der Weltwirtschaft. — Die Weltwirtschaft im Kreislauf der allgemeinen weltwirtschaftlichen Konjunkturen. — Die durch den Krieg veranlaßten Störungen der Weltwirtschaft. — Weltwirtschaftliche Zusammenhänge. — Die zwischenstaatliche Kapitalbewegung. — Die weltwirtschaftliche Verteilung. — Die Politik innerhalb der Weltwirtschaft.

Das Kapitalverkehrsteuergesetz. vom 8. April 1922 in der Fassung des Gesetzes zur Aenderung der Verkehrssteuern und des Verfahrens vom 10. August 1925, nebst den hierzu erlassenen Verordnungen und unter Berücksichtigung des Steuermilderungsgesetzes vom 31. März 1926. Für die Praxis erläutert von Hermann Weinbach. Zweite, wesentlich erweiterte und ergänzte Auflage. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 13,—).

Die Soziologie. Wesen, Inhalt und Beziehung zu anderen Wissenschaften. Von René Worms. Aus dem Französischen übersetzt von Nellie Mombert. Mit einem Nachwort über die organische Staats- und Gesellschaftslehre von Gottfried Salomon. Karlsruhe 1926. Verlag G. Braun. (Mk. 4,—).

Geschäfts-Sanierung durch freiwilligen Vergleich. Ein Wegweiser für notleidende Firmen und deren Gläubiger. Von Dr. Walter Hoffmann. Bremen 1926. Verlag von Röpke & Co. (Mk. 2,—).

Umsatzsteuergesetz in der Neufassung vom 8. Mai 1926 mit den Durchführungs- und Ausführungbestimmungen vom 25. Juni 1926, Erlassen des Reichsfinanzministers usw. Mit Erläuterungen und Sachregister von Dr. F. W. Koch. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (Leinenband Mk. 5,50).

Revisions-Technik im Bankbetrieb. Zusammengestellt und bearbeitet von W. Birnbaum. 2. Auflage. Rinteln a. W. 1926. Druck und Verlag: C. Bösendahl jun. (Mk. —,80).

Industrie-Kompass 1926/27. Das seit Jahrzehnten bewährte Handbuch über die Gesellschaften und größeren Privatunternehmen der vormal. Oesterr.-Ungar. Industrie erscheint seit dem Kriege in mehreren nach Sukzessionsstaaten eingeteilten Bänden. Band I (2104 S.) umfaßt Oesterreich, Band II (2388 S.) Tschechoslowakei, Band III (1408 S.) Jugoslawien und Ungarn. Der neue Jahrgang des „Industrie-Kompass" zeigt ziemlich klar, daß nicht allein in Oesterreich, sondern fast in allen Sukzessionsstaaten die Industrie aus dem Kriege heraus den Weg zum normalen Betrieb noch nicht gefunden hat. Der neue Jahrgang weiß noch von zuviel Betriebsumstellungen, von der Aufnahme neuer Betriebszweige, dann wieder von der Stillegung anderer Betriebe zu melden. Er ist im übrigen mit der alten Sorgfalt bearbeitet.

Jakob Fugger, der Reiche aus Augsburg. Zugleich ein Beitrag zur Klärung und Förderung unseres Verbandswesens. Von Dr. E. Reinhardt. Berlin 1926, Verlag von Struppe & Winckler. (Leinenband 7,50). — Aus dem Inhalt: Zu Jakobs 400. Todestag. — Das Fuggers'sche Handelsgeschäft zu Jakobs Jugendzeit. — Jakob als Politiker. — Jakobs kapitalistischer Geist. — Das Wesen und Werden der Verbände im allgemeinen und der Fugger-Verbände im besonderen.

Umsatzsteuergesetz in der Fassung vom 8. Mai 1926 mit den Durchführungsbestimmungen und den Ausführungsbestimmungen vom 25. Juni 1926 mit den Ergebnisse der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs. Von Dr. R. Kloss. 2. Auflage. München. Berlin und Leipzig 1926. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier). (Mk. 4,40).

Digitized by Google

Die internationale agrare Arbeitsteilung Europas. Von Dr. Fritz Beckmann. Band 16 der Kieler Vorträge, gehalten im Wissenschaftlichen Klub des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel. Jena 1926. Kommissionsverlag von Gustav Fischer. (24 Seiten).

Entwicklung und Probleme der neueren Hypothekenpraxis. Von Dr. Ernst Hagelberg. Tübingen 1926. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). (Mk. 5,—). — Aus dem Inhalt: Wirtschaftliche Grundlagen des Hypothekarkredits. — Die verschiedenen wirtschaftlichen Typen des Hypothekarkredits. — Rechtliche Natur des Hypothekengeschäfts. — Persönliche und dingliche Klauseln. — Aufwertung und Neubildung.

Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, Band II, Jahrgang 1926. Finanzverlag G. m. b. H., Berlin. — (Preis Mk. 40,— geb.). — Der Band II des bekannten Werks bringt die Namen der Verwaltungsmitglieder nach den Gesellschaften geordnet, in denen die Mitglieder tätig sind. Er unterrichtet über die ressortmäßige Besetzung der Direktoren-, Prokuristen- und Bevollmächtigten-Posten, sowie über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates aller führenden deutschen Aktiengesellschaften. In der Neuausgabe wurden nicht nur alle nach dem Erscheinen des 1. Bandes eingetretenen Veränderungen, sondern auch die seither erfolgten Neugründungen berücksichtigt. Im vorliegenden Band sind nahezu 2700 deutsche Aktiengesellschaften enthalten und so dargestellt, daß sofort die für den Geschäftsverkehr wichtige Kenntnis der Personalbesetzung und Ressorteinteilung ersichtlich ist.

Die Befriedung Europas. Von Dr. Eduard David. Preisgekrönte Antwort auf das Wettbewerbs-Ausschreiben Edward Filenes: „Wie kann Friede und und Gedeihen für Deutschland und Europa durch internationale Zusammenarbeit gesichert werden?". Berlin 1926. Verlag Hensel & Co. (Mk. 1.—).

Die Völkerbundsatzung. Gemeinverständlich erläutert unter Berücksichtigung des Paktes von Locarno, des Berliner Vertrages mit Sowjet-Rußland usw. Von Dr. Hans Wehberg. Berlin 1926. Verlag Hensel & Co. (Mk. 3,—). — Ein Literaturverzeichnis, ein Personen- und Sachregister erleichtern die praktische Benutzung des Buches.

Zweckmäßige Büroorganisation. Band II: Die Organisation der Registratur. Von Hanns Czekalla. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth & Linde. (Mk. 2,50). — Aus dem Inhalt: Zentralisation und Dezentralisation der Registratur. — Die Ablegeeinrichtungen. — Ordnungssysteme. — Die Aufbewahrung der Aktenstücke. — Das Hilfsgerät der Registratur. — Die Registratur in der Praxis.

Das Reichsrecht der Wohnungszwangswirtschaft. Mietzinsbildung, Mieterschutz, Wohnungsmangelrecht. — Von Dr. Franz Stümper. München 1926. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. (Leinen Mk. 4,50). — Aus dem Inhalt: Das Reichsrecht der Mietzinsbildung. — Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter in der Fassung der Bek. v. 30. Juni 1926. — Anordnung für das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt und der Beschwerdestelle. — Das Reichswohnungsmangelrecht.

Schauenburgs Pultkalender, Jahrgang 1927. Verlag Moritz Schauenburg, Lahr in Baden. Der Kalender ist in zwei gut ausgestatteten Ausgaben erschienen, von denen die eine je eine halbe, die andere je eine ganze Seite Schreibraum für den einzelnen Tag hat.

Das Rätsel hoher Löhne. Von B. Austin und W. Fr. Lloyd. Aus dem Englischen von Carl Trapp. Braunschweig 1926, Verlag von Fried. Vieweg & Sohn A. G. (83 S.). — Aus dem Inhalt: Schneller Umsatz beansprucht weniger Kapital. — Keine Verdienstbegrenzung bei Bezahlung nach Leistung. — Arbeiterschutz und Fürsorge. — Absatz und Absatzgrenze.

Digitized by Google

Reichsbank und Deutsche Privatnotenbanken im August 1926.

(in Millionen Reichs.-Mk.)

		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfäh. Devisen	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks*)	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staats-guth.	Privat-guthaben	An Kündigungs-frist geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
Reichsbk.	7. 8.	1603,7 (1492,5)	486,9	16,1	1127,0	7,7	89,5	721,3	122,8	237,0	2971,7	600,5		—	120,2
	14. 8.	1609,3 (1492,5)	405,8	20,1	1108,5	10,6	89,5	813,0	122,8	237,0	2861,5	703,0		—	132,7
	23. 8.	1615,2 (1492,8)	384,1	24,5	1065,8	12,4	89,5	866,8	122,8	237,0	2756,0	803,4		—	139,0
	31. 8.	1609,2 (1492,8)	497,6	8,5	1251,5	100,1	91,4	687,7	122,8	237,0	3225,1	541,8		—	119,3
Bayer. Notenbank	7.	28,5	6,0	2,4	53,5	0,7	8,2	12,6	15,0	14,3	67,2	2,0		0,3	0,9
	14.	28,5	5,9	1,0	54,1	0,8	8,1	13,3	15,0	14,3	67,1	1,9		0,3	0,9
	23.	28,5	5,9	1,5	55,7	0,8	8,1	10,7	15,0	14,3	65,6	3,2		0,2	0,9
	31.	28,5	5,9	1,6	55,9	0,8	8,1	9,4	15,0	14,3	64,9	3,3		0,2	0,9
Sächs. Bank	7.	21,0	12,1	1,3	44,7	0,9	4,0	7,6	15,0	3,5	54,9	7,1		4,3	3,5
	14.	21,0	12,1	1,2	44,7	1,3	3,1	7,2	15,0	3,5	52,8	7,9		4,5	3,5
	23.	21,0	12,1	1,3	46,2	1,1	2,8	7,4	15,0	3,5	52,3	10,0		4,2	3,6
	31.	21,0	12,1	1,3	45,8	1,2	2,9	7,5	15,0	3,5	52,2	11,4		4,1	3,5
Württemb. Noten-Bank	7.	8,1	4,5	2,2	30,6	7,2	8,7	38,7	7,0	1,7	24,9	9,3		46,8	4,1
	14.	8,1	4,5	1,9	30,0	7,1	8,7	39,6	7,0	1,7	24,8	8,9		47,2	4,1
	23.	8,1	4,5	4,5	30,0	7,0	8,7	36,5	7,0	1,7	24,5	9,5		46,0	4,2
	31.	8,1	4,5	1,3	29,7	6,9	8,7	35,2	7,0	1,7	22,3	6,9		45,9	4,3
Badische Bank	7.	8,1	4,3	0,1	29,4	0,8	9,2	28,7	8,3	2,1	22,9	18,2		20,1	3,5
	14.	8,1	4,3	0,5	28,4	0,8	9,0	26,5	8,3	2,1	23,7	14,4		20,1	3,5
	23.	8,1	4,4	1,4	28,4	0,8	9,0	29,3	8,3	2,1	23,3	20,9		17,7	3,6
	31.	8,1	4,4	1,2	28,4	0,8	9,1	30,4	8,3	2;1	21,8	15,6		17,7	3,7

*) Reichsschatzwechsel u. von der Reichsbank bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel sind nicht vorhanden.

Digitized by Google

Bank von England

Wochenausweise im August 1925-1926 (Mill. Pfd. Sterlg.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regler. Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-disk. %
					staatl.	priv.	absolut	l.%d.tägl. fäll. Verb.	
1926 4. 8.	152.8	36.3	68.5	142.5	8.3	108.5	30.1	25.75	5
11. 8.	153.8	36.8	72.2	141 3	11.0	112.1	32.3	26.22	5
18. 8.	154.1	34.3	72.2	140.5	16.9	104.8	33.3	27.38	5
25. 8.	154.3	38.7	73.3	140.2	26.1	102.0	34.3	26.74	5
1925 5. 8.	164.5	33.5	68.2	146.3	11.0	110.5	37.9	31.21	4
12. 8.	164.2	34.2	71.6	145.2	15.7	110.7	38.7	30.64	4½
19. 8.	164.0	34.0	71.3	144.1	16.5	110.2	39.6	31.23	4½
26. 8.	163.2	35.4	70.1	144.3	21.8	104.2	38.7	30.69	4½

Bank von Frankreich

Wochenausweise im August 1925-1926 (Mill. Francs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	Unverfallene Wechsel	gestund. Wechsel	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen		Bank-disk. %
								staatl.	priv.	
1926 5. 8.	5548,6	337,9	578,7	7864,1	—	45500,2	57258,6	35,9	3899,9	7½
12. 8	5548,6	337,9	578,5	5979,5	—	44988,3	56271,4	14,7	3346,5	7½
19. 8.	5548,6	338,6	577,4	5967,8	—	44598,7	55658,7	8,3	3157,8	7½
26. 8.	5548,6	338,8	577,6	5740,8	—	44078,0	55146,9	91,5	3237,6	7½
1925 6. 8.	5546,9	312,2	578,1	3180,7	5,9	36213,5	45333,6	12,0	2613,9	6
13. 8.	5546,9	311,8	578,3	3243,4	5,9	36107,8	44906,2	14,4	2384,6	6
20. 8.	5546,9	311,8	578,4	3247,8	5,9	35973,9	44785,4	7,5	2351,7	6
27. 8.	5546,9	311,0	578,7	3493,8	5,9	35721,2	44701,6	42,0	2387,2	6

[1]) Einschl. Gold im Ausland (a. 26. August: 1864,3 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Vorschüsse an den Staat (a. 26. August: 36 450 Mill. Frcs. einschl. des ewigen Vorschusses) sowie die Vorschüsse an Verbündete. (a. 26. August: 5 430 Mill. Frcs.)

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. schweiz. Francs).

Ausweis-Tag	Metallbestand		Wechsel	Darlehen	Korrespondent*)	Kurzfäll. Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Diskont %
	Gold	Silber						
7. 4.	417,8	91,8	270,6	48,6	20,1	72,8	783,6	3,5
15. 4.	418,0	92,3	269,5	44,6	27,5	100,6	749,1	3,5
23. 4.	418,2	89,7	270,4	44,0	17,3	97,3	737,8	3,5
30. 4.	418,2	89,0	301,3	49,9	22,5	80,1	797,2	3,5
7. 5.	418,5	88,6	296,4	53,3	17,7	105,8	768,2	3,5
15. 5.	418,6	88,7	303,7	45,9	28,3	127,1	750,4	3,5
22. 5.	418,8	89,1	297,6	44,4	15,8	114,2	741,8	3,5
31. 5.	418,9	88,8	300,5	45,7	22,4	85,2	780,8	3,5
7. 6.	419,0	88,4	303,6	46,5	16,3	104,0	755,9	3,5
15. 6.	419,2	88,8	302,1	42,9	26,9	134,1	731,4	3,5
23. 6.	419,3	89,1	303,1	43,1	15,8	129.2	728,1	3,5
30. 6	419,1	89,0	316,6	48,1	16,5	83,3	800,4	3,5

*) Einschl. Devisen.

Digitized by Google

Niederländische Bank.

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. holl. Gulden.

Ausweis-Tag	Metall: Gold	Metall: Silber	Inlands-Wechselbestand	Darlehen an Private	Laufende Rechnung (Passiv-Saldo)	Noten-Umlauf	Diskont %
6. 4.	428,9	25,1	85,3	146,1	31,2	849,7	3,5
12. 4.	428,5	25 5	77,4	129,1	28,5	830,9	3,5
19. 4.	428,3	25,7	74,2	131,8	36,3	818,4	3,5
26. 4.	428,2	26,2	68,2	138,4	40,2	817,1	3,5
3. 5.	427,9	25,8	74,1	172,8	23,4	887,5	3,5
10. 5.	427,7	25,7	73,4	135,3	25,1	854,1	3,5
17. 5.	427,5	25,9	70,2	139,7	39,2	838,9	3,5
25. 5.	427,4	26,4	69,7	140,4	61,0	820,1	3,5
31. 5.	432,2	26,8	68,3	136,5	39,4	844,2	3,5
7. 6.	432,0	26,8	66,7	129,3	47,5	827,1	3,5
14. 6.	431,8	27,0	64 8	140,0	61,7	815,3	3,5
21. 6.	426,7	27.5	55,8	139,6	70,3	798.9	3,5
28. 6.	426,5	27.8	54,8	141,6	63,9	809,2	3,5

Bank von Italien.

Dekadenausweise von April bis Juni 1926 (Millionen Lire).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausländ. Guthaben	Wechsel und Vorschüsse	Creditoren und Depositen	Umlaufende Noten	Diskont %
10. 4.	892,7	86,3	662,5	13 578,6	1 422,7	14 306,2	7
20. 4.	892,7	85,5	656,2	13 202,1	1 415,8	14 018,5	7
30. 4.	892,7	85,6	655,2	13 636,2	1 412,5	14 120,8	7
10. 5.	978,4		677.2	13 432,0	1 483,2	13 924,6	7
20. 5.	978,4		676,1	13 661,8	1 604,5	13 582,6	7
31. 5.	978,9		677,8	13 716,9	1 558,5	13 842,5	7
10. 6.	979,0		?	13 040,3	1 434,8	13 893,1	7
20. 6.	979,2		?	13 281,4	1 581,4	13 904,5	7
30. 6.	979,3		?	14 252,1	1 627,7	14 098,6	7

Belgische Nationalbank

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. belg. Francs).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen	Staatsguthaben	Privatguthaben	Notenumlauf	Diskont %
8. 4.	273,8	91,5	1 342,9	636,6	0,5	345,3	7 747,2	7,5
15. 4.	273,8	91,2	1 336,6	618,7	0,5	290,1	7 777,9	7,5
22. 4.	273,8	91,3	1 403,1	661,8	6,7	448,4	7 729,7	7,5
29. 4.	273,8	91,0	1 478,9	683,6	0,5	357,9	7 723,6	7
6. 5.	273,8	91,4	1 337,4	509,8	—	331,6	7 983,7	7
12. 5.	273,8	90,8	1 443,1	506,2	—	433,4	8 171,3	7
20. 5.	273,8	90,6	1 646,8	469,8	—	496,3	8 307,3	7
27. 5.	273,8	90,4	1 768,1	450,9	—	602,7	8 346,3	7
3. 6.	273,8	90,4	1 569,6	497,9	—	437,2	8 370,5	7
10. 6.	273,8	89,8	1 554,6	391,4	—	425,4	8 336,2	7
17. 6.	273,8	89,5	1 465,2	411,9	18,3	443,4	8 277,5	7
24. 6.	273,8	89,2	1 509,0	353,6	35,3	468,9	8 276,5	7

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. schwed. Kronen.

Datum	Gold	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Schwed. u. ausländische Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
8. 4.	229,5	141,3	47,2	310,5	141,0	519,9	4,5
10. 4.	229,4	139,1	47,2	292,3	161,0	472,7	4,5
17. 4.	229,4	138,0	47,2	272,0	152,4	458,1	4,5
24. 4.	229,3	137,4	47,2	269,9	163,0	444,1	4,5
30. 4.	229,3	138,5	47,2	283,8	144,0	497,7	4,5
1. 5.	229,2	138,5	47,2	296,9	136,9	499,9	4,5
8. 5.	229,2	136,5	47,2	282,5	146,5	471,3	4,5
15. 5.	229,1	136,6	47,2	274.4	148,9	465,5	4,5
22. 5.	229,0	131,2	47,2	251,7	138,3	447,5	4,5
29. 5.	229,0	131,0	47,2	272,0	134,2	471,6	4,5
31. 5.	229,0	131,0	47,2	280,0	148,3	488,8	4,5
5. 6.	228,9	131,5	47,2	289,9	147,0	481,3	4,5
12. 6.	228,8	126,3	47,2	288,3	144,0	466,9	4,5
19. 6.	228,5	124,6	47,2	293,0	141,6	476,5	4,5
26. 6.	228,4	125,6	47,2	283,7	135,1	468,6	4,5
30. 6.	228,4	125,8	47,2	315,0	133,1	527,9	4,5

Bank von Norwegen.

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. norw. Kronen.)

Datum	Goldbestand einschl. des im Ausland befindlichen	Guthaben im Auslande	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
7. 4.	147,2	86,5	294,5	137,7	347,0	6
15. 4.	147,2	86,6	281,5	133,0	339,4	6
22. 4.	147,2	86,6	282,6	134,0	338,6	5,5
30. 4.	147,2	86,8	283,4	130,6	343,5	5,5
7. 5.	147,2	86,9	279,1	130,6	338,7	5,5
15. 5.	147,2	86,9	278,4	132,3	334,6	5,5
22. 5.	147,2	87,1	279,8	135,0	333,5	5,5
31. 5.	147,2	87,3	278,3	132,7	335,3	5,5
7. 6.	147,2	87,3	277,2	133,5	332,7	5,5
15. 6.	147,2	87,3	296,3	152,5	333,2	5,5
22. 6.	147,2	81,7	328,6	182,5	335,1	5,5
30. 6.	147,2	81,2	338,9	184,1	343,0	5,5

Nationalbank von Dänemark.

Monatsausweise von April bis Juni 1926 (Mill. dän. Kronen.)

Ultimo	Metallbestand		Ausländ. Guthaben	Wechsel	Darlehen	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
	Gold	Silber						
April	209,2	15,0	42,4	146,1	15,4	26,4	411,0	5,5
Mai	209,1	15,0	51,8	101,3	24,2	28,6	400,1	5,5
Juni	209,1	15,3	50,5	101,0	22,6	22,1	400,1	5*)

*) Seit 24. Juni.

Digitized by Google

Russische Staatsbank, Notenabteilung.

Halbmonatsausweise von April bis Juni 1926. (in 1000 Tscherwonetz.)

Ausweis-Tag	Metallbestand *)	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen	Notenumlauf	Diskont %
1. 4.	14 750,6	5 234,3	54 894,4	85,8	72 408,8	10
16. 4.	14 727,3	5 020,1	54 935,8	85,8	72 206,0	10
1. 5.	14 657,4	4 998,1	55 026.2	85,8	73 463,0	10
15. 5.	14 657,3	5 137,8	50 886,4	85,8	70 832,0	10
1. 6.	14 658,6	5 006,7	51 021,2	85,8	70 126,0	10
16. 6.	14 659,9	5 010,9	51 010,6	85,8	72 781,4	10

*) Dazu Platinbestände von ca. 3,04 Mill. Tscherwonetz.

Bank von Polen

Dekadenausweise von April bis Juni 1926 (Millionen Zloty).

Ausweis-Tag	Metall	Guthaben b. ausländ. Banken	Wechsel	Lombard-Darlehen	Giroguthaben	Devisenschulden	Umlaufende Noten	Diskont %
10. 4.	134,8	42,6	298,9	32,5	87,8	42,5	373,3	12
20. 4.	147,3	45,8	295,3	26,2	100,4	41,5	371,4	12
30. 4.	134,8	51,4	303,3	29,4	87,0	41,6	392,9	12
10. 5.	134,9	53,5	299,1	29,3	100,2	41,7	379,4	12
20. 5.	135,5	54,7	300,4	29,4	104,1	42,2	379,5	12
31. 5.	135,0	53,4	302,9	30,4	73,2	40,6	412,9	12
10. 6.	135,4	71.0	302,8	29,5	92,3	45,7	423,6	12
20. 6.	136.1	72,3	305,4	29,0	104,6	46,2	415,5	12
30. 6.	135,3	78,5	301,3	29,8	78,3	48,7	448,0	12

Bank von Finnland

Wochenausweise von April bis Juni 1926 (Mill. finn. Mark).

Ausweis-Tag	Gold*)	Silber*)	Aus änd. Guthaben (Saldo)	Wechsel u. Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
8. 4.	331,6	9,1	1164,6	436,5	411,1	1365,9	7,5
15. 4.	331,5	9,1	1129 2	449,5	430,9	1327,4	7,5
23. 4.	331,4	9,1	1094,6	443,6	410,2	1295.9	7,5
30. 4.	331,4	9,1	1073.1	445.6	332,0	1361,8	7,5
8. 5.	331,2	9.0	1051,9	448,7	335,8	1323,0	7,5
15. 5.	331.2	9,0	1039,6	467,4	343,5	1311,5	7,5
22. 5.	331,2	8,9	982.8	473,4	350,8	1286,8	7,5
31. 5.	331,0	8,6	915,2	500,2	291.6	1319,7	7,5
8. 6.	331,0	8,7	915,6	501,4	293,5	1308,1	7,5
15. 6.	331,0	8,6	894.9	510,7	290,9	1289,5	7,5
23. 6.	330,6	8 3	859.4	506.6	278,5	1278,1	7,5
30. 6.	330,6	8,3	899,9	516,2	326,7	1297,7	7,5

*) Der Bestand ist nicht mehr zum Nominalwert, sondern zum Effektivwert in Mill. finn. Mark aufgeführt.

Digitized by Google

Bank von Japan

Wochenausweise von April bis Juni 1926. (Mill. Yen).

Ausweis-Tag	Kasse	Wechsel	Darlehn *)	Darl. auf Devisen	Staatsanleihen	Staatsguthaben	Privatguthaben	Notenumlauf	Bankdisk. %
3. 4.	1120.4	236.7	37.8	108.8	286.8	676.5	73.1	1208.5	7.3
10. 4.	1120.7	212.0	37 9	82.9	286 3	727.1	67.7	1123.7	7.3
17. 4.	1122.5	207.4	37.7	63.3	286.3	697.6	73.6	1113.9	7.3
24. 4.	1123.4	213.5	37.9	62.7	286.3	685.7	74.6	1140.3	7.3
1. 5.	1123.2	309.8	37.7	59.8	286.1	653.9	76.5	1236.0	7.3
8. 5.	1123.8	207.4	37.8	49.9	286.1	672.6	91.2	1095.2	7.3
15. 5.	1126.3	150.6	37.9	43.2	286.0	676.5	69.0	1055.4	7.3
22. 5.	1128.7	145.1	38.5	43.3	286.0	681.5	73.6	1059.5	7.3
29. 5.	1130.6	283.7	37.8	41.0	299.7	693.0	82.2	1178.6	7.3
5. 6.	1132.4	175.9	39.7	37.5	295.3	645 6	80.7	1176.7	7.3
12. 6.	1133.9	185.4	38 2	36.8	294.7	646.9	77.8	1126.8	7.3
19. 6.	1135.8	237.3	38.2	40.4	293.7	616.9	80.1	1197.6	7.3
26. 6.	1136.1	308.5	38.0	40.1	293.6	603.4	89.3	1280.2	7.3

*) Dazu 22 Mill. Yen Darlehen an den Staat.

Bank von Danzig

Halbmonatsausweise von April bis Juni 1926. (Mill. Danziger Gulden.)

Ausweis-Tag	Gold u. Guthaben bei Bk. v. Engld.	Danziger Metallgeld	Valuten	Wechsel	Lombard	tägl. fällige Verbindlichk.	Notenumlauf	Bankdiskont %
15. 4.	15.7	3,0	20,3	14,0	0,5	5,7	30,1	8
30. 4.	17.4	2,8	19,3	18,3	0,6	2,5	33,3	8
15. 5.	15.7	3,0	18,9	12,7	0,5	3,0	30,2	7
31. 5.	17.8	3,0	19,0	12,6	0,6	2,7	32,6	7
15. 6.	17.5	3,3	18,0	12,2	0,5	3,5	30,6	7
30. 6.	24.2	2,0	15,0	11.8	1,5	2,4	35,2	7

Nationalbank von Griechenland.

Halbmonatsausweise von April bis Juni 1926. Mill. Drachmen.

Ausweis-Tag	Metallbestand*)	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen**)	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
15. 4.	57,3	1752,4	639,3	2054,3	1667,7	4374,0	10
29. 4.	57,5	1789,2	621,8	2022,3	1688,2	4474,4	10
15. 5.	57,5	1740,0	618,9	2021,9	1751,1	4355,1	10
31. 5.	57,6	1680,7	643,1	2314,1	1800,9	4367,0	10
15. 6.	57,7	1819,1	636,1	2298,6	1822,2	4476,5	10
30. 6.	58,2	1877,0	632,1	2025,8	1893,9	4573,3	10

*) einschließlich Silber; ferner 15 Mill. Frcs. Gold bei der Bank von England.
**) einschließlich landwirtschaftl. und hypothekar. Kredite.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paul Gaumert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Die drei Goldwährungen.

Schneller als man es noch vor ein paar Jahren erwarten durfte, setzt sich das Prinzip der Goldwährung in der ganzen Welt wieder durch. Die Zeiten sind vorbei, da man das Gold als einen Fetisch anprangerte, zu dem nur blinder Unverstand gläubig aufblicken könne; da man es für den Inbegriff der Staatsweisheit hielt, den vaterländischen Besitz an rotem Metall in die angelsächsischen Länder hinüberzujagen und diese „im Golde zu ersticken". Ein Land nach dem anderen kehrt nach kürzerer oder längerer Irrfahrt zur Goldwährung zurück. Einige wissenschaftliche Eigenbrödler erheben zwar ihre Stimme dagegen und beschwören die Regierungen, nach dem Fehlschlagen so vieler Experimente doch noch einen letzten Versuch mit einer ametallischen Währung, nämlich der staatssozialistischen, zu machen, die sie bald Index-Währung, bald manipulierte (managed) Währung, bald anders nennen. Aber nicht einmal Sowjet-Rußland hört mehr auf sie, denn auch hier ist der Wille auf den Wiedereintritt in die Reihe der Goldwährungsländer gerichtet.

Trotzdem darf nicht erwartet werden, daß in absehbarer Zeit die Währungsfrage aus der öffentlichen Diskussion verschwinden wird, als ein Problem, das theoretisch gelöst und praktisch zu Gunsten einer bestimmten Anwendungsform entschieden ist. Denn wenn auch weitgehende Uebereinstimmung darüber herrscht, daß jedes Land, das seinem Gelde eine Kaufkraft sichern will, die an Beständigkeit nicht hinter der des besten Geldes anderer Länder zurückbleibt, die Goldwährung bei sich einführen muß, sei es auch nur, weil sie eben die Währung jener anderen Länder ist, so ist doch noch keineswegs die wichtige Frage entschieden, welcher Form der Goldwährung hierbei der Vorzug vor anderen Formen zu geben ist. Denn die Dinge liegen nicht mehr so einfach wie in jenen Zeiten, in denen niemand sich eine Goldwährung (oder Silberwährung) anders vorstellen konnte als in Gestalt eines Geldumlaufs, der, soweit ihm gesetzliche Zahlkraft innewohnte, aus Goldmünzen (oder Silbermünzen) bestand; und in denen man eine Goldwährung, in die auch nur ein kleiner Silberumlauf eingesprengt war, als eine „hinkende" disqualifizierte. Vielmehr unterscheidet man heute drei Varietäten, die sich sämtlich „Goldwährung" nennen, obwohl sie sich auf ganz verschiedenen Währungsgrundsätzen aufbauen. Es sind dies (ich behalte die englischen Bezeichnungen bei, weil sie nun einmal weltläufig sind):

1. Der Gold Standard; die Goldwährung im eigentlichen und klassischen Sinne, bei der das Landesgeld aus Gold besteht, zum größeren Teil in Form von Goldmünzen umläuft und zum kleineren

Digitized by Google

Teil als Umlaufsreserve in Münzen- oder Barrenform bei einer oder mehreren Zentralbanken ruht, im Verkehr durch jederzeit einlösbare Noten ersetzt.

2. Der Gold Exchange Standard; eine Goldwährung im übertragenen Sinne, bestehend aus einem unterwertigen Umlaufsgelde beliebiger Art (token), das jedoch in ständiger Gold-Aequivalenz dadurch erhalten wird, daß eine Staatsstelle, Zentralbank oder dergl. seinen Inhabern das Geld der Gold Standard-Länder (oder auf dieses Geld lautende Wechsel) zu einem der Parität ungefähr entsprechenden Preise je nach Wunsch abnimmt oder überläßt.

3. Der Gold Bullion Standard; ebenfalls eine Goldwährung im übertragenen Sinne, d. h. mit einem unterwertigen Umlaufsgelde (token), bei der jedoch die Goldäquivalenz nicht durch Annahme und Fortgabe fremder Geldsorten bzw. Wechsel, sondern durch Ankauf und Verkauf von Goldbarren seitens einer Staatsstelle, Zentralbank oder dergl. erfolgt.

Jedes Land, das sich von dem Uebel eines Geldwesens mit schwankender Kaufkraft befreien und die Goldwährung bei sich einführen will, muß sich vor Erlaß der Währungs- und Münzgesetze darüber im klaren sein, zu welcher der drei Formen der Goldwährung es sich bekennen will. Meist erfolgt die Wahl ziemlich leichtherzig; Opportunitätsgründe oder die einfache Bequemlichkeit des Nachahmens geben häufiger den Ausschlag, als eine gründliche Prüfung der Vorteile und Nachteile, die jede der drei Formen grundsätzlich oder im gegebenen Einzelfalle bietet. Zuweilen kommt es auch zu einem empirischen Tastversuch, ob die eine Form sich vorteilhaft durch die andere ersetzen lasse, oder ob mehrere Formen kombiniert werden könnten. (Zwei „gut-Geld-Länder", Holland und die Schweiz, versuchen beispielsweise seit kurzem, den Gold Exchange Standard vorsichtig mit dem Gold Standard zu verbinden, indem sie dem freien Verkehr auf Wunsch kleine Quanten Goldmünzen überlassen.) Eine wirklich gründliche Untersuchung der Frage, welche Goldwährungsform die geldtheoretisch und praktisch zweckmäßigste sei, ist m. W. in den letzten Jahren überhaupt nur ein einziges Mal angestellt worden, und zwar von der Indischen Währungskommission (Young Committee), die im August 1925 beauftragt worden ist, Vorschläge hinsichtlich einer Währungsreform Indiens auszuarbeiten, und die ihren Bericht am 1. Juli 1926 erstattet hat.

Indien gehört zu denjenigen Ländern, die zwar vom Uebel der Inflation selbst verschont geblieben sind, dafür aber von den Wirkungen der willkürlichen Geldschöpfung in anderen Ländern mittelbar hart betroffen wurden und darum zu einem Währungssystem übergehen wollen, das sie für die Zukunft nach Möglichkeit immun macht gegen die Experimente, die anderswo etwa mit dem Gelde angestellt werden. Bisher hatte Indien keine eigentlich selbständige Währung, sondern eine Anschlußwährung. Der Wert

Digitized by Google

seines Landesgeldes, der silbergedeckten Papierrupie, wurde und wird noch jetzt in einem bestimmten Verhältnis zum Pfund Sterling erhalten, das vor dem Kriege der Relation 1 Rupie gleich 1 s 4 d entsprach, in der Folgezeit wiederholt verändert wurde und jetzt auf der Relation 1 Rupie gleich 1 s 6 d beruht. So lange das englische Pfund seine feste Goldäquivalenz besaß, gehörte Indien zu den Ländern des Gold Exchange Standard, denn seine Umlaufsmittel wurden auf einem bestimmten Goldwerte dadurch erhalten, daß die indische Regierung diese Umlaufsmittel zu einem feststehenden Kurse gegen das Geld des Gold Standard-Landes England austauschte. In demselben Augenblick aber, da England seine Eigenschaft als Gold Standard-Land einbüßte und zu einem Lande mit schwankender Währung wurde, hörte Indien auf, ein Gold Exchange-Land zu sein. Das indische Geldwesen gehörte jetzt keiner der drei Goldwährungsarten mehr an, sondern machte dank seiner Bindung an das englische Pfund alle Veränderungen, die der Goldwert des Pfundes erfuhr, gemäß der jeweils geltenden Relation mit; es war jetzt nach dem eigentümlichen Typus eines „Sterling Exchange Standard" orientiert.

Der Bericht der Indischen Währungskommission stellt nun fest, daß ein solches Geldwesen für Indien (wie für jedes andere Land) ungeeignet sei. Die bisherige Bindung des Landesgeldes an eine dritte Währung, von deren jeweiligem Goldwert es abhängt, ob das mit ihr verbundene Landesgeld seinerseits als Goldwährungsgeld anzusehen ist oder nicht, müsse durch einen direkten Anschluß an das Gold ersetzt werden. Dadurch erübrige sich auch das schwerfällige indische System der zwei Reserven. Bisher besteht nämlich in Indien eine Reserve für das Inlandsgeld — die Paper Currency Reserve, die den wechselseitigen Austausch zwischen Silberrupien und Papierrupien sichert —, und eine sogenannte Gold Standard Reserve für die Aequivalenz-Erhaltung des Inlandsgeldes mit dem Pfund Sterling. Schon früher hatte man wiederholt die Beobachtung gemacht, daß diese doppelte Verankerung der Rupie im Grunde überflüssig war. Eine Einschränkung des Rupien-Umlaufs durch die Paper Currency Reserve hatte auf den Außenwert der Rupie so zurückgewirkt, als ob die Gold Standard Reserve planmäßig zu Gunsten des Rupienkurses interveniert hätte —, eine wichtige quantitätstheoretische Feststellung, da jene Beobachtung nichts anderes besagt, als daß eine Verringerung des inneren Geldumlaufs genügt, um den Außenwert des Landesgeldes zu verbessern, Spezialreserven für den letzteren Zweck also entbehrlich sind. In Zukunft soll, so lautet der Vorschlag der Währungskommission, nur eine Reserve, und zwar eine Goldreserve, unterhalten werden, die den gesetzlich festgelegten Goldwert der Silber- und Papierrupie nach innen und außen sichert. Dabei wird die Beibehaltung der jetzigen Relation von 1 Rupie = 1 s 6 d empfohlen, mit der bedeutsamen Aenderung, daß das zweite Glied der Gleichung in Goldshilling zu lesen ist.

Digitized by Google

Damit wird für Indien grundsätzlich die Goldwährung empfohlen. Aus dem bisher Gesagten ist aber noch in keiner Weise zu ersehen, welches der drei Goldwährungssysteme als das geeignetste bezeichnet wird. Denn die Festsetzung einer Relation zwischen Landesgeld und Gold und die Vorschrift der Unterhaltung einer Goldreserve sind allen drei Systemen gemeinsam; nur die Zusamensetzung der Goldreserve wechselt je nach der Eigenart der betreffenden Goldwährung. Der Kommissionsbericht löst nun die Frage nach der besten Form der Goldwährung nicht mit einem Gewaltstreich, indem er eine der drei möglichen Formen schlankweg zur Annahme empfiehlt, sondern er geht mit anerkennenswerter Gründlichkeit auf die Vorteile und Nachteile ein, die jede der drei Formen für ein Goldwährungsland im allgemeinen und für Indien im besonderen mit sich bringt.

Das Nächstliegende für Indien wäre natürlich, den Faden da wieder anzuknüpfen, wo er seinerzeit abriß, als das Pfund Sterling seine Goldäquivalenz verlor, also zum Gold Exchange Standard zurückzukehren. Sowohl verwaltungstechnisch wie legislativ wäre eine solche Rückkehr höchst einfach. Die alte Vorschrift, wonach die Währungsbehörden Pfund Sterling zu einem festen Rupienkurse zu kaufen und abzugeben hatten, wäre durch eine neue Vorschrift zu ersetzen, wonach die Behörden fremde Goldwechsel, d. h. Wechsel auf Länder mit gesetzlichem Gold Standard, in erster Linie also auf die Vereinigten Staaten, unbeschränkt zu kaufen und abzugeben hätten, und zwar zu wenig auseinanderliegenden festen Preisen, wodurch ein oberer und ein unterer Goldpunkt entstehen würde, innerhalb dessen der Rupienkurs vor Anker läge.

Aber die Währungskommission verwirft den Gold Exchange Standard, d. h. das Prinzip des unterwertigen, nur durch Devisen-Operationen und damit zusammenhängende quantitative Umlaufsveränderungen auf einem bestimmten Goldwert erhaltenen Landesgeldes aus psychologisch-praktischen Gründen. Man habe der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die indische Bevölkerung mit einem Gelde zu wirtschaften wünsche, dessen Goldäquivalenz offenkundig sei. Drücke man ihr in der Absicht, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, eine hochwertige Silberrupie in die Hand, so fließe diese immer dann in das Ausland ab, wenn der Weltsilberpreis auf oder über den Schmelzwert der Rupie steige (was bald nach dem Krege längere Zeit der Fall war). Sättige man dagegen den Verkehr mit Papier oder stark unterwertigen Silberrupien, so schütze die Aufrechterhaltung des Goldpari durch eine zweckmäßige Devisen-Politik dieses Papier- oder Silbergeld nicht gegen das dauernde Mißtrauen der Bevölkerung. Denn das System des zentralsierten, der Allgemeinheit nicht sichtbaren An- und Verkaufs von Goldwechseln auf das Ausland sei viel zu abstrakt und geheimnisvoll, als daß es dem Inder als eine hinreichende Garantie für die Wertbeständigkeit des Landesgeldes erscheinen könne. Der naive Volksverstand sehe bei diesem System hinter dem Gelde nichts Greifbares, sondern nur

Digitized by Google

einen unverstandenen Mechanismus, mit dem eine böswillige oder unfähige Behörde gelegentlich Mißbrauch treiben könne. Der Inder habe heute nur zu einem einzigen Gelde Vertrauen, nämlich zu dem Gelde, das aus Gold bestehe oder jederzeit gegen Gold austauschbar sei. (Daher das fortgesetzte „Horten" von Gold, das beim indischen Landwirt dieselbe Rolle spielt, wie vor einigen Jahrzehnten das Aufspeichern von Silberthalern im Sparstrumpf des deutschen Bauern.) Es genüge also nicht, den Außenwert der Rupie zu sichern, sondern auch die innere Wertbeständigkeit des indischen Geldes müsse in deutlich sichtbarer Weise dadurch gewährleistet werden, daß man das unterwertige Zeichengeld jederzeit in metallisches Gold umtauschbar mache.

Dieser Gedankengang der Kommission führt eigentlich geraden Wegs zum Gold Standard, zur Goldwährung im alten, orthodoxen Sinne, bei der ein Teil des Geldumlaufs aus Goldmünzen besteht und der restliche, unterwertige Teil des Umlaufs durch einen zentralisierten Bestand an weiteren Goldmünzen die Gewähr jederzeitiger Einlösbarkeit erhält. Der Kommissionsbericht stellt auch wirklich fest, daß die öffentliche Meinung in Indien den Uebergang zu diesem Gold-Standard dringend wünscht, und daß zahlreiche Sachverständige und Körperschaften ihn befürworten. Trotzdem lehnt die Kommission auch diese Form der Goldwährung als zur Zeit ungeeignet für Indien ab. Sie hält die Sättigung des Verkehrs mit Goldmünzen — denn daß ein großer Teil der Noten sofort zur Einlösung präsentiert werden würde, erscheint ihr sicher — aus vielen Gründen für gefährlich. Am nachdrücklichsten betont sie die folgenden Gesichtspunkte: Jeder Abfluß von Gold in den Verkehr schwächt die an zentraler Stelle unterhaltene Goldreserve. Diese Reserve hat aber nicht nur währungstechnische, sondern auch bankmäßige Aufgaben zu erfüllen. Es erhebt sich auf ihr ein großes Kreditgebäude, das verkleinert werden muß, sobald die Reserve sich verkleinert. Ferner büßt das Geldwesen in dem Maße, wie das zentralisierte Gold sich dem Verkehrsgeld beimischt, und wie es dieses Verkehrsgeld, insbesondere das Zettelgeld, verdrängt, an Elastizität ein. Denn nur ein relativ großer Notenumlauf kann je nach Bedarf planmäßig ausgedehnt oder eingeengt werden. Dazu kommen die erheblichen Kosten, die eine weitgehende Ersetzung des „token"-Geldes" durch Münzgold verursachen würde. Endlich würde der sofortige Uebergang Indiens zum reinen Gold Standard nicht nur den Weltsilbermarkt, sondern auch den Weltgoldmarkt erheblich affizieren und anderen Goldwährungsländern Ungelegenheiten bereiten. Die Wirkung würde ein höherer Weltzins und eine allgemeine Geschäftsstörung sein, deren Folgen auch auf Indien selbst zurückfallen würden. (Dieser Seitenblick auf das Ausland ist ein schwacher Punkt des Kommissionsberichts, insofern hier weniger eigene Erkenntnis den Ausschlag gibt, als die Auffassung, die sich die Kommission von Amerika aus hat suggerieren lassen.) Jedenfalls sind die Befürchtungen, die der Bericht an die alsbaldige

Digitized by Google

Schaffung eines Goldmünzenumlaufs knüpft, so groß, daß nicht nur der Gold Standard verworfen, sondern sogar gefordert wird, dem englischen Sovereign solle in Indien die gesetzliche Zahlkraft, die er seit 1920 besitzt, auf alle Fälle wieder entzogen werden, obwohl sie praktische Bedeutung nur im Falle eines stärkeren Rückgangs des englischen Wechselkurses — auf 2 s je Rupie — haben würde.

Somit bleibt nur noch die dritte Form der Goldwährung, die des Gold Bullion Standard, übrig, und für sie spricht sich die Kommission denn auch mit allem Nachdruck aus. Sie will in Indien eine echte, auf Goldmetall fundamentierte Goldwährung eingeführt wissen, bei der nur der für schädlich gehaltene Goldmünzenumlauf fehlt. Das Landesgeld soll zwar nach wie vor aus Silberrupien und Rupiennoten bestehen, aber es soll jederzeit auf Verlangen in Barrengold von bestimmter Feinheit eingelöst werden, nicht nur für Ausfuhrzwecke, sondern für jeden beliebigen Zweck, dem der Rupien-Einreicher das Gold zuführen will. Dadurch soll der Wert der Rupie im Lande selbst wie im Auslande fest und aller Welt sichtbar an die Goldparität gekettet werden. Gegen das Horten des Goldes glaubt man die neue Zentralbank — denn einer solchen, nicht der Imperial Bank of India will man die Sorge für den Gold Bullion Standard anvertrauen — dadurch schützen zu können, daß man, wie es z. Zt. in England geschieht, nur Mengen von mindestens 400 Unzen, und diese nur in den drei Hauptstädten, abgibt, und daß man überdies den Preis der Goldbarren um reichlich 1 Prozent über der Parität hält. Auf diese Weise glaubt man die Thesaurierungslust der Bevölkerung auf die Basare ablenken zu können, die das indische Goldbedürfnis heute ausschließlich befriedigen. Immerhin ist man sich seiner Sache in diesem Punkte nicht ganz sicher; das Verlangen des Inders nach Gold könnte sich möglicherweise in der ersten Zeit doch als so stark erweisen, daß die Reserve der neuen Zentralbank (zunächst 20% Gold und 20% „Gold-Sicherheiten") bedenklich geschmälert würde. Deshalb empfiehlt die Kommission die Ausgabe relativ hoch verzinslicher, binnen 3 bis 5 Jahren in Gold einlösbarer Spar-Zertifikate, in der Annahme, ein Teil des Gold-Verlangens zum mindesten derjenigen Kreise, die zu rechnen und einen Zins zu würdigen verstehen, werde sich vom Barrengold der Zentralbank auf diese Zertifikate ablenken lassen. Im Kommissionsbericht ist hiervon allerdings nichts zu lesen. Vielmehr heißt es dort, die Ausgabe von Spar-Zertifikaten empfehle sich, damit auch den Inhabern kleinerer Rupienbeträge, als sie zur Erhebung eines Goldbarren von 400 Unzen erforderlich sind (etwa 22 500 Rupien), ein wenigstens indirekter Goldbezug möglich werde, und damit sich dem alten Uebel des „Hortens" ein neues, nützlicheres Ziel biete. Die eigentliche Absicht aber geht unverkennbar dahin, das an die Zentralbank herantretende Goldverlangen durch das Angebot eines konkurrierenden Goldwerts abzuschwächen. Eine weitere Abschwächung des Goldverlangens scheint die Kommission sich von ihrem Vorschlage zu versprechen, daß die

Digitized by Google

Rupiennoten mit dem augenfälligen Aufdruck: „Garantiert durch die Indische Regierung" versehen werden sollen.

Sonach hat die Indische Währungskommission von den drei möglichen Formen der Goldwährung diejenige gewählt, die von der Goldwährung im eigentlichen Sinne, dem Gold Standard, die direkte Verbindung zwischen dem Landesgelde und dem Golde übernimt und diese Verbindung auch deutlich sichtbar werden läßt, indem sie das Landesgeld kassenmäßig einlösbar macht; die aber zugleich diese Einlösung mit so viel Erschwernissen umgibt, daß sie nur in einer begrenzten Zahl von Fällen praktisch werden kann. Es wäre indes falsch, den von der Kommission empfohlenen Gold Bullion Standard wegen dieser erschwerten Einlösbarkeit des Landesgeldes als minderwertig anzusehen oder ihn gar eine „als ob-Goldwährung" zu nennen. Denn sobald die Weltgeltung des Landesgeldes sinkt und die Devisenkurse den oberen Goldpunkt um ein geringes überschreiten, vermögen alle Kautelen, mit denen man die Einlösbarkeit umgeben hat, nicht zu hindern, daß der Zentralbank große Mengen Gold abgefordert und entsprechende Mengen Landesgeld aus dem Verkehr gezogen werden; mit dem Ergebnis, daß der Wert der verringerten Umlaufsmenge sich hebt und die Devisenkurse wieder unter den oberen Goldpunkt zurückgehen. Ein solcher Mechanismus aber, der den Wert des Zeichengeldes immer wieder in Uebereinstimmung mit dem Golde bringt und zugleich bewirkt, daß im Lande jeweils nur so viel Geld umläuft, wie in ihm umlaufen würde, wenn das Landesgeld aus Goldmünzen bestände, macht, gleichviel wie der Effekt herbeigeführt wird, das Wesen der Goldwährung aus. Und sonach ist auch der Gold Bullion Standard als eine solche Währung anzusehen, so schwerfällig das System auch arbeitet, und so sehr die Einlösbarkeit der einzelnen Note erschwert wird.

Eine andere Frage ist aber, ob der Gold Bullion Standard dem Gold Standard im Lichte der Geldlehre als ebenbürtig gelten kann, oder ob er ihm gar überlegen ist, wie es beispielsweise der Präsident der Reichsbank Ende September im Zentralausschuß des Instituts unter Berufung auf die gegenwärtige Praxis Englands und anderer Länder geäußert hat. Denn wenn es auch drei Arten von Goldwährung gibt, und wenn jede von ihnen auf ihre besondere Weise gute Dienste leisten kann, so ist damit doch noch keineswegs gesagt, daß sie nun auch sämtlich dem eigentlichen, tieferen Sinne des Goldwährungs-Prinzips gerecht werden, und daß immer diejenige von ihnen, die aus bestimmten Gründen (zuweilen wirtschaftspathologischer Art) von der Währungstechnik bevorzugt wird, die ideale Goldwährung darstelle.

Wenn ein Land sein Geldwesen im Golde verankert, sei es, indem es das Gold selbst in Münzform zum Landesgelde erhebt, sei es, indem es Währungsgeld und Gold auf irgendeinem direkten oder mittelbaren Wege gegeneinander austauschbar macht, so verfolgt es damit einen ganz bestimmten Zweck. Es will die Rei-

Digitized by Google

bungen im Handels- und Kreditverkehr mit den wichtigsten Welthandelsländern auf das denkbar kleinste Maß reduzieren und deshalb seine eigene Rechnungseinheit, deren Kaufkraft zugleich gegen Schwankungen gesichert werden soll, zu den Rechnungseinheiten jener Länder in die festestmögliche Beziehung setzen. Und das kann nicht besser geschehen als in der Weise, daß es dasjenige Gut, von dem jene anderen Länder den Wert ihres Geldes ableiten, indem sie das Gut — zur Zeit ist dies das Gold — mit ihrem Gelde weitgehend identifizieren, auch zum Wertmesser seines eigenen Geldes und zu einem Teil seiner eigenen Währung macht. Ist das geschehen, so kann es nennenswerte Abweichungen zwischen dem in jenem Gute (Gold) ausgedrückten Werte seines Geldes und dem in gleicher Weise ausgedrückten Werte des Geldes maßgebender Fremdländer nicht mehr geben. Der Preis des fremden Währungsgeldes (Devisenkurs) kann vom Aequivalenzwert mit dem Golde und dadurch zugleich mit der eigenen Geldeinheit niemals um mehr abweichen, als um die Kosten, die es verursacht, ein Quantum Gold aus der Verbindung mit der eigenen Währung zu lösen und zu Zahlungszwecken nach dem Auslande zu senden, wo es alsdann eine Verbindung mit dem fremden Gelde eingehen kann. Durch Adoptierung der Goldwährung macht also ein Land sein Geldwesen, ohne dessen nationale Eigenart hinsichtlich des Namens, der Menge der Münzzeichen, der Stückelung usw. aufzugeben, zu einem Teil der Weltwährung, so daß das schwerwiegende Handels- und Kredithindernis der Geldwert-Schwankung in Fortfall kommt.

Dieser mit dem Bekenntnis zur Goldwährung verfolgte Zweck, den Wert des Landesgeldes so fest wie möglich an den Wert der wichtigsten Fremdwährungen zu binden, wird naturgemäß um so vollkommener erreicht, je geringer die Schwierigkeiten und die Kosten sind, mit denen sich das Gold aus der Verbindung mit dem Landesgelde loslösen und wieder mit ihm vereinigen läßt. Je schneller in einem Lande das Gold auf die kleinsten Veränderungen im Wertverhältnis zwischen den mit ihm und dadurch untereinander verbundenen Währungen reagiert, um so enger rücken in diesem Lande die beiden Pole zusamen, die das Maximum der Wertveränderung der Landeswährung nach oben und unten bestimmen (die beiden Goldpunkte). Für die zu einander und zum großen Zentralgoldmarkt (London) am günstigsten gelegenen Länder betragen die Kosten der Goldversendung ¼ bis ½ Prozent des Geldwerts, und dem entsprechend weichen die genannten beiden Pole in diesen Ländern je um ¼ bis ½ Prozent vom tatsächlichen Goldpari ab — leichteste Loslösung und Wiedervereinigung des Goldes mit dem Landesgelde vorausgesetzt. Der Wert des Währungsgeldes kann in diesen Ländern also, in Gold ausgedrückt, niemals um mehr als um ½ bis 1 Prozent — nämlich je ¼ bis ½ Prozent nach oben und nach unten — schwanken.

Nun bietet allerdings die eine der drei vorhandenen Goldwährungsarten die Möglichkeit, jene Spannung von ½ bis 1 Prozent

Digitized by Google

noch ganz wesentlich zu verringern und damit in dem Lande, das diese Art adoptiert hat, den Schwankungsradius des Geldwerts entsprechend zu verkleinern. Es ist dies der Gold Exchange Standard. Indem dieses Prinzip die Geldausgleichung von Land zu Land nicht im Wege der effektiven Goldversendung, sondern im Wege der Uebertragung von Goldkrediten (Goldwechseln, Goldguthaben) bewirkt, verringert es die Kosten, insbesondere die hohen Transport-, Versicherungs- und Prüfungskosten, ganz bedeutend, ohne den mit der Uebertragung beabsichtigten Zweck zu gefährden. Denn wenn ein Land, das einen Zahlungssaldo begleichen will, dem Gläubigerlande ein Goldguthaben, das es bisher dort unterhalten hat, abtritt, oder ihm Forderungsdokumente auf dieses bzw. ein drittes Goldwährungsland (Goldwechsel) einsendet, so erfüllt das, rein zahlungsbilanzmäßig angesehen, genau denselben Zweck wie eine Versendung effektiven Goldes. Der Effekt dieser besonderen Art von Goldwährung, die das Landesgeld weniger im Goldmetall selbst als in bestimmten auf Gold lautenden Zahlungsdokumenten verankert, ist also, daß entsprechend der hier erzielten Kostenverringerung im internationalen Goldzahlungsverkehr die beiden Goldpunkte näher aneinanderrücken, der Spannungsraum, innerhalb dessen der Landesgeldwert schwanken kann, sich verkleinert, die Währung also stabiler wird als da, wo die effektive Goldversendung das Verbindungsmittel zwischen Währung und Währung bildet.

Aber dieser Vorteil, den der Gold Exchange Standard bietet- muß mit einer langen Reihe von Nachteilen erkauft werden. Ein Hauptnachteil besteht in einem Umstande, der, oberflächlich gesehen, ein Vorteil zu sein scheint: in der Verzinslichkeit der Goldguthaben und Goldwechsel, scharf entgegengesetzt der Unverzinslichkeit des umlaufenden und zentralisierten Goldes. Diese Verzinslichkeit, die schon äußerlich dartut, daß Golddokumente kein Geld, sondern Kapital-Verbriefungen sind, mithin keine Einheit mit dem Landesgelde bilden, sondern lediglich einen bestimmten Dienst zu verrichten vermögen, den das Gold (neben anderen Diensten) verrichtet, bedeutet für den Zahlungsausgleich von Land zu Land ein ernstes Hindernis. Erreichen die Wechselkurse auf das Ausland im Gold Exchange-Lande den — hier sehr nahe gelegenen — oberen Goldpunkt, und geben daher die Zentralbank oder andere Institute Devisenmengen her, mit denen Auslandszahlungen geleistet werden sollen, so besteht keinerlei Gewähr, daß diese Zahlungen wirklich erfolgen, d. h. die Devisen in das Ausland abfließen. Der Zinsgenuß, der an ihnen haftet, macht sie zu einem beliebten Instrument der kapitalistischen Reservehaltung und lenkt sie leicht aus der vorgeschriebenen Richtung einem ganz anderen Verwendungszweck zu. Eine Gewißheit darüber, ob die Devisen im Dienst der Zahlungsbilanz in das Ausland geflossen, oder ob sie im Dienst des privaten Anlage-Interesses im Inlande geblieben, oder ob sie endlich nach erfolgtem Abflusse im Wege des Kredits wieder

Digitized by Google

nach dem Inlande zurückgekehrt sind, besteht nicht; zumal das Ausland es in der Hand hat, den Kapitalcharakter der Devisen bzw. fremden Guthaben durch Zinserhöhung noch zu betonen und so ihrer Funktion als Mittel des Zahlungsausgleichs Hindernisse in den Weg zu legen. Sonach wirkt zwar der Gold Exchange Standard immer dann, wenn er überhaupt wirkt, schneller als die beiden anderen Arten der Goldwährung im Sinne einer Gleichgewichts-Erhaltung zwischen den Währungen; aber er bietet keine Gewähr für seine Wirksamkeit, erfordert daher im Einzelfalle die Aufwendung erheblich größerer Devisenquantitäten, als anderenfalls Goldmengen aufzuwenden wären — die deutsche Zahlungsbilanz beispielsweise läßt sich leichter mit 500 Millionen Mark Gold als mit 1000 Millionen Mark Devisen im Gleichgewicht halten —, und löst bei den Währungs-Organen immer wieder Klagen darüber aus, daß der aktive oder passive Auslandskredit ihre Politik fortgesetzt durchkreuze.

Doch ist dies keineswegs der wichtigste Uebelstand, der am Prinzip des Gold Exchange Standard haftet. Erheblich bedeutsamer ist der eben bereits erwähnte Umstand, daß die Devisen und Goldguthaben im Auslande in ihrer Eigenschaft als Kapital in keiner organischen Verbindung mit dem Landesgelde stehen. In einem Lande, in dem der Zahlungsausgleich mit dem Auslande — d. h. der Spitzenausgleich — sich durch das Medium der effektiven Goldwanderung vollzieht, hat ein Goldabfluß ins Ausland nicht nur die Folge, daß ein entsprechender Zahlungssaldo bereinigt wird, sondern daneben noch die erheblich wichtigere Wirkung daß die Gesamtsumme der Zahlungsmittel im Lande sich verringert — unmittelbar, wenn der Goldabfluß aus dem Umlauf selbst erfolgt, mittelbar, wenn er von einer Zentralbank herrührt, die genötigt ist, entsprechende Goldmengen dem Verkehr zu entnehmen, oder, wenn hier kein Gold umläuft, den Umlauf an sonstigen Zahlungsmitteln einzuschränken. Durch diese Kontraktion (im entgegengesetzten Fall: Extension) des Umlaufs werden die Störungen im Gleichgewicht zwischen dem Wert des Landesgeldes und dem der ausländischen Goldwährung eigentlich erst beseitigt. Der gleichzeitige Goldabfluß beseitigt im Inland nur den wechselkursmäßigen Ausdruck der Störung, also ein Symptom. Im Auslande führt er die korrespondierenden monetären Veränderungen herbei, die dazu beitragen, das Gleichgewicht von der anderen, externen Seite her wieder herzustellen. Kontraktion und Extension des Geldumlaufs unterbleiben aber, wo nicht das Gold, sondern die Devise den Zahlungsausgleich bewirkt, und ebenso unterbleiben im Auslande die eben genannten korrespondierenden Veränderungen. Der Geldumlauf im Lande verringert sich nicht im geringsten, so große Devisenmengen (d. h. Kapitalsanlagen) aus den Portefeuilles der Banken auch nach dem Auslande strömen mögen, und auch da, wo der Devisen-Zu- und -Abfluß den Gegenstand der Zentralbank-

Digitized by Google

Politik bildet, besteht kein organischer, sondern nur ein arbiträr herbeigeführter technischer Zusammenhang zwischen den Devisen und dem Geldumlauf. Befolgt hier die Zentralbank das Prinzip, ihre Devisenbestände der Golddeckung gleichzusetzen und jede Aenderung im Devisenbestande zur Ursache einer absolut oder relativ entsprechenden Veränderung des Geldumlaufs zu machen, so kommt es zwar zu der grundsätzlich notwendigen Kontraktion bzw. Extension. Aber da, wie wir kurz vorher gesehen haben, die Devisenbewegung meist den mehrfachen Umfang der Goldbewegung erreichen muß, um von gleicher Wirksamkeit zu sein, so finden bei der künstlichen Verkettung von Devisenbestand und Geldumlauf entsprechend größere Zuckungen der Umlaufsmenge, daher empfindlichere innere Wirtschaftsstörungen statt als überall da, wo das effektive Gold den Zahlungsausgleich bewirkt.

Es kommt als weiterer wichtiger Umstand hinzu, daß der Aktionsradius des Goldes ein ganz erheblich größerer ist als derjenige auch der marktgängigsten Devise. Es gibt kaum ein Silberwährungsland, das nicht bereit wäre, Gold zum Weltmarktpreise als Saldoausgleich seiner Rechnung anzunehmen. Dagegen unterliegen die hauptsächlich in Frage kommenden Devisen je nach Saison, Weltmarktlage, Währungspolitik des betr. Landes usw. einer ganz verschiedenen Einschätzung, und wenn sich auch im Wege der internationalen Arbitrage jede Devise in jede andere Devise oder in Gold umwandeln läßt, so ist dieser Prozeß doch mit Kosten und Risiken verknüpft, die beim Golde fortfallen. Daneben sprechen noch zahlreiche andere Erwägungen zu Ungunsten der Devise und zu Gunsten des Goldes, d. h. gegen den Gold Exchange Standard und für die beiden anderen Arten der Goldwährung. Sie brauchen hier nicht einzeln aufgeführt zu werden, denn sie sind an dieser Stelle vor zwei Jahren ausführlich behandelt worden, so daß heute auf die damaligen Ausführungen verwiesen werden kann.*) Jedenfalls ergibt es sich, daß zur Erreichung der mit dem Goldwährungsprinzip verfolgten Absichten keine der drei möglichen Abarten der Goldwährung so ungeeignet ist wie der heute so beliebte Gold Exchange Standard, und daß die indische Währungskommission richtig gehandelt hat, als sie dieses System — wenn auch zum Teil aus Erwägungen ganz anderer Art — für Indien abgelehnt hat.

Welche der beiden nunmehr übrig bleibenden Goldwährungs-Arten dem Sinne und dem Zweck der Goldwährung am besten gerecht wird, soll im nächsten Heft der „Bank" untersucht werden.

Alfred Lansburgh.

*) Oktoberheft 1924: „Devisen-Reserven".

Digitized by Google

Das Depositenkassennetz der Berliner Großbanken.

Es sind jetzt ungefähr 25 Jahre her, daß Berlin ein Depositenkassennetz aufweist, an dem a l l e seine Großbanken, mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft, partizipieren. Als letzte der Berliner Banken eröffneten die ehemalige Darmstädter Bank im Jahre 1901 und die Commerz- und Disconto-Bank im Jahre 1902 ihre ersten Depositenkassen. Insofern sind diese Jahreszahlen von Bedeutung, als mit ihnen das grundsätzliche Bekenntnis a l l e r deutschen Großbanken — mit der genannten Ausnahme — zum Depositenkassensystem festgestellt werden kann. Auch ziehen sich von diesen Jahren an die Maschen des Depositenkassen-Netzes enger, um ein intensiveres Aufsaugen der in der Großstadt noch brachliegenden Gelder zu ermöglichen.

Im Jahre 1871 eröffnete die Deutsche Bank ihre erste Depositenkasse in der Burgstraße. Der glückliche Ausgang des deutsch-französischen Krieges 1870/71, durch den auch das deutsche Volksvermögen sich nicht unwesentlich hob, ließ es zweckdienlich erscheinen, die Entgegennahme und Verwaltung freier Kapitalien der großstädtischen Bevölkerungsschichten nicht allein den Sparkassen zu überlassen. Da die aufsaugende Kraft einer einzigen Stelle nicht ausgereicht hätte, um die brachliegenden, an sich zur bankmäßigen Verwertung geeigneten Gelder zu erfassen, und da ferner dem Publikum der Bankverkehr, der sonst nur an dieser einen Stelle, der Hauptbank, möglich gewesen wäre, erleichtert werden sollte, so wurde eine Dezentralisation des bisher streng zentralisiert geführten Berliner Bankgeschäfts inauguriert.

Der Schwerpunkt des deutschen Geldmarktes und der ganzen bankgeschäftlichen Tätigkeit hatte sich im Laufe der Jahre von Hamburg, Frankfurt und Nürnberg immer mehr nach Berlin verschoben. Hier befand sich der Stammsitz der meisten Großbanken, und weitsichtige Provinzbanken verlegten nach und nach ihre Hauptniederlassung hierher. Daß auch die ersten Depositenkassen gerade in der Reichshauptstadt errichtet wurden, ist eine natürliche Folge der großen geographischen Ausdehnung Berlins und der Unterteilung in viele Distrikte und Vororte. Immerhin verging beinahe ein Jahrzehnt, ehe eine zweite Bank dem Beispiel der Deutschen Bank folgte. Es war dies die Direktion der Disconto-Gesellschaft. Diese errichtete im Jahre 1880 in ihrer Hauptbank eine Wechselstube*), um ihren Kunden eine günstige und bequeme Gelegenheit zu geben, ihre Geschäfte zu besorgen. 1881 wurde die Nationalbank für Deutschland in Berlin gegründet; sie errichtete schon ein Jahr nach Eröffnung ihres Betriebes in verschiedenen

*) Die Wechselstuben, dienten wie schon der Name sagt, ursprünglich anderen Zwecken als denen, die sie heute erfüllen. Sie widmeten sich zunächst der Umwechslung von Geldsorten, pflegten jedoch im Laufe der Zeit immer mehr das Depositengeschäft.

Digitized by Google

Stadtteilen drei Wechselstuben, deren Entwicklung von vornherein zufriedenstellend war. Man erkannte immer mehr die großen Vorteile, die das englische System der Depositenkassen mit sich brachte. Die Kassen konnten ohne besonders großen Kapitalaufwand überall da errichtet werden, wo ein lebhafterer Geschäftsverkehr nach ihnen verlangte, brauchten wenig Bewegungsgelder, da ihnen die Kasse der Hauptbank zur Verfügung stand, und führten ihrerseits der Zentrale relativ bedeutende Mengen Kapital zu.

Im Jahre 1890 folgte die Mitteldeutsche Kreditbank mit der Errichtung von zwei Depositenkassen, 1894 die Berliner Bank, 1895 die Dresdner Bank. Sehr spät erst, nämlich als die Deutsche Bank schon 19 Depositenkassen im Betrieb hatte, eröffneten der A. Schaafhausensche Bankverein im Jahre 1900 und — wie schon erwähnt — die Darmstädter Bank im Jahre 1901 und die Commerz- und Discontobank im Jahre 1902 ihre ersten Kassen. Damit war der Ring geschlossen. Nur die Berliner Handels-Gesellschaft, die sich als reine Industrie-Effektenbank zu erhalten bestrebt war, hat sich nicht zum System der Depositenkassen bekannt und besitzt auch heute noch keine solche (nur eine sogenannte „Stadtkasse" zur Erleichterung des Börsengeschäfts.)

Es kam somit allmählich dahin, daß auch diejenigen Großbanken, die es zuerst nicht für zweckmäßig erachtet hatten, im Werbewege auf eine Steigerung der Depositengelder hinzuwirken, schließlich teils unter dem Druck der Konkurrenz, teils infolge der steigenden Kreditansprüche der sich rasch ausbreitenden Industrie, zur Dezentralisation ihrer Betriebe übergingen und sich der Depositenkassen als Saugröhren zur Heranziehung vermehrter Kapitaleinlagen bedienten.

Im Jahre 1905 vermittelten in Berlin 122 Depositenkassen die Verbindung zwischen Bank und Publikum. Die führende Stellung hatte damals die Deutsche Bank, doch ging die Hegemonie in Beziehung auf die Zahl der Depositenkassen bald in andere Hände über. Im Jahre 1913 stand die Dresdner Bank mit 49 Depositenkassen an erster Stelle, ihr folgte die Deutsche Bank mit 47 Kassen. Im Jahre 1914 vergrößerte sich der Abstand zwischen den beiden genannten Banken noch mehr; die Dresdner Bank besaß 56, die Deutsche Bank 48 Kassen. An die dritte Stelle war die Commerz- und Disconto-Bank mit 44 Kassen gerückt. Unmittelbar vor Kriegsausbruch konnten insgesamt 254 Großbank-Depositenkassen in Berlin gezählt werden; 1924 waren es 257; im Jahre 1926 nur noch 242.

Heute steht die Dresdner Bank mit 55 Kassen an erster Stelle. Ihr folgen die Commerz- und Privatbank und die Darmstädter- und Nationalbank mit je 49 Kassen, die Deutsche Bank mit 38, die Disconto-Gesellschaft mit 31 und die Mitteldeutsche Kreditbank mit 20 Depositenkassen.

Der zahlenmäßige Rückgang der Depositenkassen, der schon bei einem Vergleich der Ziffern von 1924 und 1926 (siehe weiter

Digitized by Google

oben) ins Auge fällt, ist in Wirklichkeit größer, als es hiernach scheinen könnte. Denn in der hier für 1924 genannten Ziffer sind die während des Krieges und der Inflationszeit neu eröffneten Kassen, soweit sie inzwischen wieder eingegangen sind, schon ausgeschieden. Die Höhe der unter den Verhältnissen der Nachinflationszeit geschlossenen Kassen beträgt etwa 10% der heute noch vorhandenen.

Werfen wir nun einen Blick auf die örtliche Ausbreitung des Berliner Depositenkassennetzes.

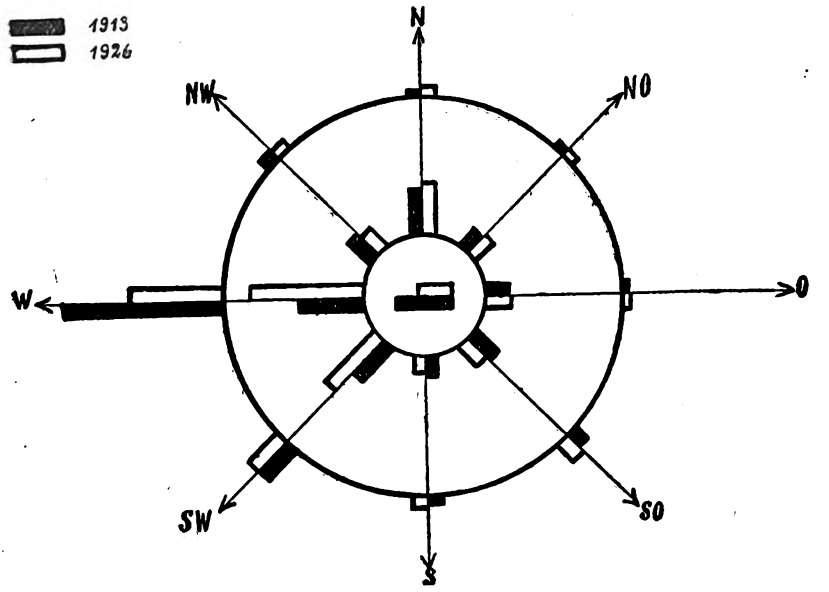
Gewisse Straßen und Plätze gewährleisten durch die Vereinigung von geschäftlichem Hochgang und günstiger Verkehrslage den Kassen eine besonders gute Entwicklung, und so ist es erklärlich, daß sich an diesen Brennpunkten des Berliner Verkehrslebens die Depositenkassen in großer Anzahl zusammendrängten. Das Zentrum und die Innenstadt überhaupt, hier aber besonders die in westlicher und südwestlicher Richtung gelegenen Bezirke, sind dicht mit Depositenkassen besetzt, und in den westlichen Vororten (Charlottenburg, Grunewald, Halensee, Schmargendorf, Schöneberg und Wilmersdorf) sowie den südwestlichen Vororten (Friedenau, Steglitz, Lichterfelde und Zehlendorf) ist das Depositenkassennetz zu großer Ausbreitung gelangt. Der Zug nach dem Westen ist ganz unverkennbar. Er erklärt sich einmal aus der besonders schnellen Entwicklung, die diese Stadtteile durchgemacht haben, dann aber auch aus dem Moment heraus, daß hier ein besonders kapitalkräftiges und spekulationsfreudiges Publikum vertreten ist. Es sind dies dieselben Momente, durch die diese Stadtteile sich zu bedeutenden Geschäftsgegenden entwickelt haben, was wiederum die Errichtung von Depositenkassen nach sich zieht. Trotzdem befinden sich 66% aller Depositenkassen im Stadtinnern Berlins (inkl. der Stadtteile: Westen, Nordwesten, Süden, Südwesten usw.). Es hängt dies mit dem besonderen Charakter des Zentrums als „City", als Brennpunkt des Geschäftsverkehrs, zusammen, dann aber auch damit, daß hier, und besonders in den anschließenden Stadtteilen, noch vielfach die Geschäftsunternehmungen mit dem Wohnsitze der Bevölkerung eng vereinigt sind. Die östlichen und nördlichen Vorortbezirke sind dagegen auffallend vernachlässigt worden.

Aus der beigegebenen Abbildung ist die örtliche Verteilung der Depositenkassen deutlich ersichtlich. Die im innersten Kreise liegenden Säulen lassen die Anzahl der im Zentrum (Berlin C) vorhandenen Kassen, die außerhalb dieses Kreises, aber innerhalb des Außenringes liegenden, lassen die im weiteren Stadtkern (Berlin W., NW., N. usw.) befindlichen Kassen erkennen. Die auf dem größeren Kreis errichteten Stäbe machen die Ausbreitung der Depositenkassen in den Vororten Berlins ersichtlich.

Ein Vergleich zwischen dem Stande von 1913*) und 1926, wie er in der Abbildung angestellt wird, ist äußerst interessant. Die Ge-

*) Das Zahlenmaterial für 1913 habe ich folgender Arbeit entnommen: Gustav Motschmann „Das Depositengeschäft der Berliner Großbanken" München und Leipzig 1915.

Digitized by Google



samtziffer ist in diesen beiden Jahren annähernd die gleiche geblieben; sie betrug 1913: 247 und beträgt 1926: 242 Depositenkassen. Aber innerhalb der einzelnen Bezirke sind teilweise sehr große Veränderungen zu konstatieren. So hat sich einmal die Zahl der Depositenkassen im Zentrum gesenkt, dagegen hat sie sich im Norden, Osten und besonders im Westen und Südwesten der Innenstadt vergrößert und zwar auf Kosten der in den westlichen Vororten vorhandenen Kassen. Es ist deutlich zu erkennen, daß die Grenzen des Bedarfes in den westlichen Vorortsbezirken im Jahre 1913 schon überschritten waren; daß dieser Fehler aber im Laufe der Zeit ausgeglichen worden ist.

Heute ist in den Vororten die Mitteldeutsche Kreditbank mit nur 15% der Gesamtzahl ihrer Depositenkassen vertreten, die Deutsche Bank mit 29%. Die Disconto-Gesellschaft dagegen unterhält nur wenig über die Hälfte (54%) ihrer Depositenkassen in der Innenstadt. Sie ist mit 46% in den Vororten am stärksten vertreten.

Das Depositenkassensystem hat sich nach und nach über das ganze Reich ausgebreitet. Naturgemäß ist eine derartige Ausdehnung, wie in Berlin, in keiner anderen Stadt Deutschlands erreicht worden. Immerhin gibt es nicht weniger als 12 deutsche Städte, in denen von jeder Berliner Großbank eine oder mehrere Depositenkassen existieren. Es sind dies: Breslau, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hannover, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stettin und Stuttgart. Insgesamt unterhalten die Berliner Großbanken neben ihren Berliner Depositenkassen zurzeit noch etwa 300 Kassen im Reich.

Fritz Kaul.

Digitized by Google

Der September 1926.

Nach der Sommerruhe der Vormonate brachte der September die erwarteten **politischen** Entscheidungen in Genf, wenn auch nicht ganz so, wie vorher berechnet. Deutschland ist gleichzeitig mit Polen in den Völkerbundrat eingetreten, dieses als einziger Inhaber einer neuen, ursprünglich für Spanien und Brasilien bestimmten „halbständigen" Art von Ratssitzen. Der Völkerbundrat besteht jetzt aus fünf ständigen und neun nicht ständigen Mitgliedern. — Kurz vor Abschluß der Session trafen sich Briand und Stresemann zu einer langen vertraulichen Unterhaltung in Thoiry, wo in erster Linie über die Möglichkeit einer Räumung des Rheinlands gegen finanzielle Konzessionen Deutschlands, darunter Rückkauf der Saargruben und Mitwirkung bei Plazierung eines großen Postens der deutschen Eisenbahnobligationen im Auslande verhandelt worden ist. Wesentliche Schwierigkeiten lagen zunächst bei Amerika, das an der Uebernahme von Eisenbahn-Obligationen nur bei gleichzeitiger Ratifikation des französisch-amerikanischen Schulden-Abkommens teilnehmen wollte; doch scheint der Widerstand dadurch beseitigt zu sein, daß der Erlös der Anleihe, soweit Frankreich in Frage kommt, nicht nur zur Stützung des Francs, sondern auch zur Begleichung von Dollarschulden dienen soll. — Von anderen Ereignissen sei der russisch-litauische Vertrag erwähnt, der eine Bresche in die französisch-polnische Politik schlägt, einen Block der Randstaaten zu bilden, dessen Front sich nach Bedarf gegen Rußland oder gegen Deutschland richten könnte. — In China hat die kommunistische Kanton-Armee größere Erfolge erzielt. — **Innerpolitisch** ist aus Deutschland vor allem der Rücktritt des preußischen Innenministers Severing zu erwähnen, eine Folge der tatsächlich schwer erschütterten Gesundheit des Amtsinhabers; sein Nachfolger wurde wiederum ein Sozialdemokrat, Grzezinski. Im Zusammenhang mit der vorübergehenden Teilnahme eines Hohenzollernprinzen an den Reichswehrmanövern mußte General von Seeckt den Dienst quittieren; er wurde durch General Heye ersetzt. — Das Reichsfinanzministerium ist, als Auftakt zu der beabsichtigten Reorganisation der Zentralbehörden überhaupt, umgebildet und dabei die Zahl der Referate um ungefähr ein Drittel herabgesetzt worden. — In Oesterreich dürfte das Kabinett Ramek durch ein zweites Kabinett Seipel ersetzt werden. — In Italien ist wieder einmal erfolglos ein Attentat auf Mussolini verübt und als Folge davon die Todesstrafe wieder eingeführt worden. — Die Wahlen in Canada haben die liberale Partei am Ruder gelassen.

Staatsfinanziell ist auf die bereits erwähnte Absicht einer Mobilisation eines Teils der deutschen Eisenbahnschuldverschreibungen in erster Reihe hinzuweisen. Die Reichseinnahmen haben im August rund 651 Millionen Mark betragen (Juli 708 Mill.); sie sind damit erheblich höher als im zweiten Monat des Vorquar-

Digitized by Google

tals. Besonders stark ist die Einkommensteuer gestiegen. Das Reich bietet jetzt den Altbesitzern von Kriegsanleihe den Rückkauf der Auslosungsrechte an. Der Reichsfinanzausgleich soll um ein weiteres Jahr verlängert werden. — Vorübergehend war einmal die Rede von der baldigen Ausgabe einer deutschen Auslandsanleihe in Reichsmark; es ist aber davon wieder still geworden. Dagegen hat eine Hypothekenbank (die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank) die ersten Pfandbriefe in Reichsmark (statt Goldmark) herausgebracht. — Preußen hat 20 Millionen Dollar 6½ prozentige Anleihe zu 95 Prozent in Amerika und Holland mit sehr großem Erfolge emittiert und dabei zum ersten Male ein frühzeitiges Kündigungsrecht durchgesetzt. Auch eine Reihe anderer Anleihen sind im Auslande abgeschlossen worden, darunter eine große Anleihe Hamburgs (für produktive Erwerbslosenfürsorge) in London und New York. — England bot gegen Schluß des Monats den Inhabern seiner 5 prozentigen, Februar 1926 fälligen Schatzanweisungen den Umtausch in 4½ proz., nach Käufers Wahl bis 7 Jahre laufende Obligationen bei 1 Prozent Barvergütung an. — Frankreich ließ der im vorigen Heft erwähnten ersten Valutaanleihe 30 Millionen Gulden 7 proz. Eisenbahnobligationen zu 94 Prozent in Holland folgen und bot gegen Schluß des Monats den Inhabern fällig werdender bons de la défense nationale im Austausch 3 Milliarden Francs 40 jährige Konsolidationsanleihe an, die 6 Prozent Zinsen mit einer Zusatz-Dividende aus dem Tabakmonopol bringen. — Die Niederlande wollen 115 Millionen Gulden 6½ und 7 proz. Kolonialanleihen aus der Kriegszeit in 4½ proz. umwandeln. — Rumänien unterhandelt mit Italien wegen einer neuen Anleihe von 50 Millionen Lire. — Finnland hat 15 Mill. Dollar 6½ proz. Anleihe zu 94 Prozent emittiert. — Von einer 5 proz. Anleihe des Staates Neusüdwales, die in Höhe von 4 Mill. £ zu 97 Prozent aufgelegt wurde, sind fünf Sechstel bei den Garanten übrig geblieben. — Die Türkei hat zum ersten Male einen allerdings noch recht unzureichenden Betrag genannt, um den sie die Anatolische Bahn zurückkaufen will; auch die Staatsschuldverhandlungen sollen im Oktober wieder aufgenommen werden.

Für die **Weltwirtschaft** hat von den Vorgängen des September wohl die größte Bedeutung der Abschluß des westeuropäischen Stahlkartells, das wider Erwarten Mitte des Monats durch die Nachgiebigkeit Deutschlands und der anderen Beteiligten gegenüber belgischen Sonderwünschen zustande kam, allerdings ohne England. Es schweben bereits Verhandlungen, auch die mittel- und osteuropäischen Werke einzubeziehen. In das gleiche Gebiet der internationalen Syndikats-Bildung fallen die Bestrebungen des canadischen Weizenpools, mit Australien, womöglich sogar mit Rußland, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, ebenso wie das in früheren Heften bereits erwähnte Kupfer-Exportkartell, das Anfang Oktober angeblich perfekt wurde. — Der deutsche Außenhandel zeigte im August eine kleinere Verringe-

Digitized by Google

rung des Einfuhrüberschusses auf rund 86 Millionen Mark (gegen 108 Millionen) bei etwas gestiegener Ausfuhr, insbesondere von Kohlen; die Einfuhr von Getreide und Mehl hat (infolge der späten Ernte) nach der Zollerhöhung nicht nachgelassen, wie man es erwartet hatte.

Die Lage der **Weltschiffahrt** war während des ganzen September bestimmt durch den englischen Kohlenstreik, der nicht nur die Frachten weiter steigen ließ, sondern allmählich zu einer ausgesprochenen Schiffsraumknappheit in der im Herbst so wichtigen nordamerikanischen Weizen- und südamerikanischen Maisfahrt führte. — In Deutschland ist die Gestellung von Eisenbahnwagen im September weiter gestiegen, dagegen haben im August die Einnahmen nur etwa ebensoviel wie im Vormonat betragen; im August sind zum ersten Male rund 20 Millionen Mark aus der Vorzugsaktien-Begebung für Oberbau und rollendes Material benutzt worden.

Am **Weltarbeitsmarkt** sind, abgesehen vom englischen Ausstande, der noch immer andauert, große Arbeiterbewegungen nirgends zu verzeichnen. In einzelnen deutschen Häfen, insbesondere Hamburg, kam es zu einem vorübergehenden wilden Streik ohne Bedeutung. Ebenso bedeutungslos war ein Teilstreik der Heimarbeiterinnen in der Berliner Konfektion. Die Zahl der Arbeitslosen hat langsam weiter abgenommen und ist Mitte September auf 1,48 (Mitte August 1,60) Millionen gesunken. — Ueber den August sagt das „Reichsarbeitsblatt", daß die Besserung nicht mehr lediglich saisonmäßig sei, sondern auch schon leichte Ansätze eines gewissen Aufstiegs in sich berge. Nach den Angaben der Krankenkassen hat die Zahl der Beschäftigten um 0,6% (Juli 0,2%) zugenommen, die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter ist auf 16,7 (Vormonat 17,7), die der Kurzarbeiter auf 15,0 (Vormonat 16,6) Prozent gesunken. Bei den Arbeitsnachweisen ist das Stellenangebot annähernd gleich geblieben, die Zahl der Arbeitsgesuche etwas zurückgegangen. Die Andrangsziffer für je 100 offene Stellen sank weiter auf 628 (647) Männer und 404 (424) Frauen.

Die Zahl der **Konkurse** und Geschäftsaufsichten hat sich weiter ermäßigt. Bei der schon seit langem schwachen, übrigens recht bedeutungslos gewordenen Berliner Bankfirma Eugen Bab u. Co. wurde der Zusammenbruch offenkundig. Aus dem Ausland sei die Zahlungseinstellung der asiatischen Filialen der Russisch-Asiatischen Bank erwähnt. — In Deutschland wurden eröffnet:

im	Juli	1924	1185	Konk.	1925	788	Konk.	1926*)	698	(861) Konk.
„	August	1924	792	„	1925	725	„	1926*)	503	(237) „
„	Septemb.	1924	809	„	1925	896	„	1926*)	473	(150) „
im	I. Quartal	1924	2786	Konk.	1925	2409	Konk.	1926*)	1674	(748) Konk
„	II Quartal	1924	1034	„	1925	2182	„	1926*)	3289	(2146) „
„	III. Quartal	1924	132	„	1925	2163	„	1926*)	6013	(4641) „
v. 1.1. bis 30.9.24.			3952	Konk.	1925	6754	Konk.	1926*)	10 976	(7535) Konk.

*) In Klammern: Geschäftsaufsichten.

Digitized by Google

Aus der **Zusammenschlußbewegung** ist die Zusammenfassung eines großen Teiles der europäischen Leim-Erzeuger zu einem Kartell zu erwähnen; abseits steht hier vor allem Holland. — In Deutschland haben sich alle Linoleumfabriken bis auf eine zu einem Trust zusammengeschlossen. — Die Frankfurter Bankfirma L. u. E. Wertheimber, die die Mehrheit der Deutschen Vereinsbank-Aktien erworben hatte, hat die Bank in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt und sich selbst von dieser aufnehmen lassen.

Die Lage des deutschen **Kohlen**marktes wird immer schärfer bestimmt durch die aus dem eigentlichen Ausstand sich ergebende Nachfrage. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat erklärt zwar immer wieder, daß es Politik auf lange Sicht treibe, Tatsache ist aber, daß es mit den Lieferungen nach Belgien und nach Süddeutschland ganz erheblich in Rückstand gekommen ist, um den Export forcieren zu können. Die arbeitstägige Förderung im Ruhrrevier ist merkwürdigerweise um eine Kleinigkeit zurückgegangen, aber die Halden sind sogar nach syndikat-offiziösen Mitteilungen so gut wie geräumt. Gegen Ende des Monats wurden die Preise für Magerkohle und für Briketts um 1,50 bis 2,25 Mark erhöht, wobei sich herausstellte, daß die früheren Bestätigungs-Befugnisse des Reichskohlenrats, die während des Ruhrkampfes suspendiert worden waren, seitdem nicht wieder in Kraft gesetzt worden sind. Zum Studium der Kohlenverflüssigung sowie neuer Ferngasprojekte hat das Syndikat eine Studiengesellschaft gegründet, die vorläufig ein sehr kleines Kapital hat, es aber in kurzer Zeit schon auf 60 Millionen Mark bringen soll. — Die Lage in Oberschlesien war der im Ruhrbezirk ganz ähnlich, dagegen hat sich in einigen Braunkohlengebieten die Lage etwas verschlechtert; das ist vielleicht eine vorübergehende Folge des Inkrafttretens der höheren Winterpreise.

Am deutschen **Eisen**markt ist das Geschäft wiederum etwas lebhafter geworden, und der Beschäftigungsgrad hat sich weiter gebessert. Trotzdem sind die Einschränkungsquoten von 30 Prozent auch für den Oktober beibehalten worden. Als verhältnismäßig am besten wird die Beschäftigung vor allem in Halbzeug, Oberbaumaterial, Stabeisen und Blechen bezeichnet. Die Inlandspreise sind im allgemeinen unverändert belassen und haben sich auch im freien Verkehr wenig verändert, abgesehen von Schrott, dessen Preis infolge der Zurückhaltung der westlichen Verbraucher in der zweiten Monatshälfte leicht nachgab. Am Ausfuhrmarkt haben die Preise durchweg um einige Shilling weiter angezogen. — Die deutsche Roheisenerzeugung ist im August auf 850 000 Tonnen (Juli 768 000) weiter gestiegen, die Rohstahlerzeugung auf 1 141 000 (1 019 000) Tonnen. Die Walzwerke brachten 907 500 (869 000) Tonnen heraus. — Vom Zustandekommen des internationalen Rohstahlkartells ist bereits gesprochen worden. — Am englischen Markt sind die Preise scharf weiter gestiegen, aber der Markt ist hier naturgemäß völlig abnorm; in Frankreich

Digitized by Google

und Luxemburg, zum Teil auch in Belgien, brachte der erfolgreiche Abschluß der Kartellverhandlungen eine leichte Preisbesserung. — In Amerika hat der Auftragsbestand des Stahltrust eine Erhöhung auf 3,59 Mill. Tonnen erfahren. (Ende August 3,54 Mill. Tonnen.)

Der **Kali**absatz ist im September auf 0,83 Mill. (1,01 Mill. im Vorjahr) Doppelzentner gesunken, weil die deutsche Landwirtschaft angeblich die Sommerrabatte stärker ausgenutzt hat. Die abgelehnte Preiserhöhung soll im Oktober erneut beantragt werden. In der Kaliindustrie scheint sich ein neuer Kampf Winterhalls um die Macht anzuspinnen. — Frankreich hat ein Ausfuhrverbot für Kalisalze erlassen.

Die **Welternte** ist infolge der guten nordamerikanischen Erträge mindestens ebenso hoch wie im vorigen Jahre, obwohl die europäischen Erträge hinter den vorjährigen zurückbleiben. Am Markte drücken unerwartet starke russische Weizen-Angebote auf den Preis, obgleich von Amerika her immer wieder mit Nachrichten über schlechtes Wetter in Canada Stimmung zu machen versucht wird. Auch die Aussichten auf der südlichen Halbkugel sind gut geblieben.

Am **Zucker**markt hat sich eine leise, zunächst mehr in der Stimmung als den Preisen merkbare Erholung durchgesetzt, die zum großen Teil dadurch veranlaßt ist, daß die kubanische Ernte diesmal erheblich später auf den Markt kommt; die Aussichten für die europäische Rübenernte sind nicht einheitlich, aber überwiegend gut. — Am Kaffeemarkt hat sich die Stimmung infolge starken brasilianischen Angebotes allmählich wieder verschlechtert, obwohl die hohen offiziellen Schätzungen der neuen Ernte (siehe voriges Heft) heruntergesetzt worden sind. — Tee hat sich weiter befestigt, Kakao lag meist schwächer.

Von den Welt**metall**märkten standen zwei im Vordergrunde der Beachtung: Zinn und Silber. Der Zinnpreis ist im Zusammenhang mit den abnehmenden Weltvorräten und der durch eine gute Obsternte stark gesteigerten Nachfrage der Weißblechfabriken scharf weiter gestiegen und bewegte sich während des größten Teiles des Monats weit über 300 Lstrl. — Silber erfuhr durch den Bericht des indischen Währungsausschusses, der die Rupie durch Noten ersetzen und die Silberbestände der indischen Regierung allmählich abgestoßen sehen will, nachträglich doch noch einen scharfen Rückschlag auf etwa den Stand der letzten Vorkriegsjahre. — Da das Kupfer-Exportkartell im September noch nicht zustande kam, geriet der Markt allmählich wieder unter stärkeren Druck. Auch Blei lag eher schwächer bei starkem amerikanischen Angebot. Die deutschen Aluminiumpreise sind um etwa 10 Prozent heruntergesetzt worden; die Werke der anderen Länder sind bisher noch nicht offiziell gefolgt, aber der Markt neigte zur Schwäche. Der deutsche Aluminium-Walzwerksverband hat sich aufgelöst. — Verhältnismäßig fest lag wiederum Zink.

Digitized by Google

Die amerikanische **Baumwollernte** ist durch das günstige Herbstwetter weiter vergrößert worden, und da man den amtlichen Angaben drüben mißtraut und ihnen immer noch einige Millionen Ballen zurechnet, so haben die Preise geradezu einen Zusammenbruch erfahren, der sich übrigens bisher an den Märkten der Garne und Gewebe nur in bescheidenem Maße ausgewirkt hat. Aegyptische Baumwolle ist trotz gelegentlicher Regierungshilfe mit gefallen; übrigens spricht man jetzt auch in Amerika wieder von Kredithilfe der Regierung und von der Poolung eines großen Postens — man nennt bis zu 5 Millionen Ballen — Baumwolle. Die Absicht des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, für Baumwolle auch Stapel-Standards einzuführen, ist vom europäischen Handel endgültig abgelehnt worden. — Wolle vermochte weiter leicht anzuziehen, der Jutemarkt unterlag infolge der ungewöhnlich großen Ernte allmählich zunehmendem Drucke. Seide war eine Kleinigkeit fester, ebenso Hanf.

Die Gummipreise setzten ihre Aufwärtsbewegung besonders in der zweiten Monatshälfte weiter fort. Die Bestände nehmen zwar ebenfalls weiter zu, man rechnet aber damit, daß vom 1. November ab die ostasiatische Ausfuhr wieder eingeschränkt werden wird, ja daß vielleicht sogar gleichzeitig die nichtbenutzten Ausfuhrerlaubnisse kassiert werden.

Der amtliche deutsche Großhandelsindex für Ende September ist mit 126,7 (gegen 127,5) wiederum nur ganz unwesentlich verändert, während die privaten Indizes gewisse, von den Fertigfabrikaten beeinflußte leichte Preissteigerungen zeigen. Die Lebenshaltungs-Kennziffer ist mit 142,0 (142,5) etwas zurückgegangen. Die Auslands-Indizes zeigen wiederum meist leichte Steigerungen. — Die Warenpreise stellten sich wie folgt:

	30. 9. 25	31. 8. 26	10. 9. 26	21. 9. 26	30. 9. 26		
Weizen (New York)	149 5/8	142 1/4	142 1/2	149	150 3/4	cts.	f. bush
Weizen (Berlin)	202 1/2	264 1/2	264	263	259 1/2	M.	„ 1000 kg
Roggen (Berlin)	148	202	211	214 1/2	212 1/2	M.	„ 1000 „
Mais (New York)	94 1/2	87 1/2	91 1/2	87 3/4	88 3/8	cts.	„ bush.
Baumwolle (N. Y.)	25.75	19 05	18.50	16.60	14.90	cts.	„ Pfd.engl.
Baumwolle (Bremen)	25,99	21.36	21.22	19.16	17.13	cts.	„ „ „
Wolle (Bradford)[1]	—	49	50	50	50	d.	„ „ „
Zucker (New York)[2]	2.19	2.54	2 65	2,71	—	cts.	„ „ „
Zucker (Magdeburg)[3]	—	14 35.	14.25	15.05	15.55	M.	„ 50 kg
Kaffee (New York)	20 1/4	18 7/8	17 15/16	17 3/4	16 5/16	cts.	„ Pfd.engl.
Schmalz (Chicago)	16.62 1/2	15.12 1/2	14.75	14.10	14.62 1/2	Doll.	„ 100 lb.
Leinsaat (London)	19	15 7/8	15 3/4	15 3/4	15 5/8	sh	„ long ton
Gummi (London)[4]	3 5 1/2	1.8	1.7 5/8	1.8 1/8	1.8 3/4	sh	„ Pfd.engl.
Silber (London)	32 13/16	28 5/8	28 1/4	27 13/16	26 1/8	d.	„ Unze std.
Kupfer (London)	61 1/8	59 1/8	58 7/8	58 3/4	58 1/4	Pfd.	„ long ton
Kupfer (Berlin[5])	120 1/4	121 1/2	—	120 1/8	—	M.	„ 100 kg
Zinn (London)	266 1/2	295 1/4	305 1/4	311 1/2	308 3/4	Pfd.	„ long ton
Zinn (Hamburg)	531 1/2	598 1/2	613	626 1/2	—	M.	„ 100 kg
Zink (London)	38 5/8	34 5/8	34 3/16	34 5/8	34 15/16	Pfd.	„ long ton
Zink (Berlin)[6]	76	68 1/2	—	69 1/4	69 1/2	M.	„ 100 kg
Blei (London)	39 5/8	33 1/4	31 15/16	32 3/16	31 9/16	Pfd.	„ long ton
Blei (Berlin)[3]	77 1/8	64 7/8	—	64 1/8	—	M.	„ 100 kg

[1]) 64er Kammzug; [2]) unverzollt nächste Sicht; [3]) nächste Sicht; [4]) first crepe; [5]) erste Sicht; [6]) frei

Digitized by Google

Auch im September hat sich an keiner der **Weltbörsen** eine einheitliche Stimmung durchgesetzt, nicht einmal in New York, wo zwar per Saldo auf allen Märkten weitere Kurssteigerungen zu verzeichnen sind, wo aber die Stimmung infolge des teurer werdenden Geldes doch hin und wieder zur Schwäche neigte. Die Irving-Bank gibt den Durchschnitt des Kurses der Industrieaktien am Monatsende mit 160,60 (im Vormonat 157,90) an; bei den Eisenbahnaktien ist die Steigerung etwas geringer. — Die Londoner Börse blieb natürlich unter dem Einfluß des Kohlenstreiks, vermochte sich aber doch verhältnismäßig gut zu behaupten und auf einzelnen Gebieten, wie bei Gold- und Diamantwerten, sogar Kurssteigerungen durchzusetzen. — An der Pariser Börse ist das Geschäft wieder sehr still geworden, das Gleiche gilt auch von Wien, wo die Kurse zum Teil wieder nachgegeben haben.

In **Berlin** sind dem Terminmarkt auch im September einzelne weitere Papiere zugeführt worden. Die von manchen Seiten empfohlene Abschaffung des Handels per Medio hat keine Mehrheit gefunden, und es bleibt somit bei der zweimaligen Liquidation im Monat. Uebrigens beginnt man jetzt, den interurbanen Effektengiroverkehr in bescheidenem Maße durchzuführen. — Das Geschäft an der Börse war während des größten Teiles des Monats sehr lebhaft, doch hat die seit Monaten andauernde Aufwärtsbewegung an den Terminmärkten meist eine Unterbrechung erfahren. Da die Kassepapiere aber gleichzeitig weiterstiegen, so haben sich Steigerungen und Rückgänge etwa aufgehoben. Nach den Angaben der Commerzbank standen Ende des Monats 58,3% (Vormonat 58,9%) der Papiere unter Pari, aber 13,3% (11,8%) über 150%. Beträchtliche Steigerungen erfuhren einzelne ausländische Renten, bei denen die Auseinandersetzung mit den deutschen Gläubigern noch bevorsteht, insbesondere Rumänen und Serben..

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

September	Anfang	Mitte	Ende	September	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	0,4825	0,4875	0,507	Dt.-Luxemburg	153	152½	153.50
4% „	0,435	0,465	0,495	Bln. Karlsr. Ind.	102,5	112	112,25
3½% „	0,4375	0,4475	0.49	Harpener	155	158,25	168,75
3% „	0,51	0,55	0.64	Hirsch Kupfer	120,5	116	115
Darmst. u. Natbk.	217	219⅞	230,25	Hohenlohe	20,5**	20⅛**	19 75**
Deutsche Bank	167	167,5	168.50	J. G. Farbenind.	288,5	283⅞	287.75
Disc.-Komm.	161,5	162	160	Laura	55	55	56
Dresdner Bank	139.75	140	141,75	Mannesmann	135	138⅛	144⅞
Hambg.-Amerika	161	160.5	161	Oberbedarf	72	71	72,50
Hamburg-Süd	138	143,5	139⅞	Oberschl. Eisen	82	84	86
Hansa	179	187⅞	194	Orenst. & Koppel	102,75	104,25	111⅛
Norddtsch. Lloyd	160	155	158,75	Phönix	120,75	11 9 s	116⅜
Bergmann	164⅜	159	155,25	Rheinstahl	147	151,25	159
Bochumer Guß	144,5	151,75	153,25	Rombacher	14,5	15	13⅜
Daimler	85	82	84⅞	Schuckert	142	137⅝	137,50
Deutsche Kali	120,5	119	111,50	A. E. G.	164⅝	161⅜	158⅛

*) In Rm. %. **) In Billionen %.

Am **Londoner Geldmarkt** setzten Schatzamt und Bank von England ihre Verknappungs-Politik fort; das erstere durch Angebot von Schatzwechseln über die fällig werdenden Beträge hinaus und durch Konvertierung der im Februar 1927 fällig werdenden 5% Schatz-Bonds in 4½% Bonds, also in ein relativ hoch verzinsliches

Digitized by Google

Papier, die letztere durch Weitergabe von „government securities" an den Markt. Infolgedessen wurde, obwohl die Ansprüche von Industrie und Handel nicht erheblich waren, für tägliches Geld zwischen 4 und 5%, zuweilen 5½%, für Wochengeld über den Quartalstermin hinaus 5% gezahlt. Das Schatzamt mußte für seine im Tender-Verfahren abgesetzten Schatzwechsel etwas über 4⅝% Diskont bewilligen. Der Privatdiskont notierte:

1. Sept.	8. Sept.	15. Sept.	19. Sept.	25. Sept.	30. Sept.	höchst	niedrigst
4 17/32	4 9/16	4 9/16	4 19/32	4 19/32	4 5/8	4 5/8	4 17/32

Die Bank von England ist im September nicht übermäßig in Anspruch genommen worden, wenigstens nicht für einen Quartalsmonat. Immerhin hat der Markt die privaten Depositen bei der Bank so niedrig gehalten wie möglich. Mit ihren Goldkäufen hat die Bank allmählich aufgehört, da sie zu kostspielig wurden. Gold-Ab- und -Zufluß hielten sich im allgemeinen die Wage, wenn man die für Rechnung der Bank erfolgten australischen Goldabgaben (siehe nächsten Abschnitt) außer Betracht läßt.

Der Londoner Wechselkurs hat sich nach dem vormonatigen Rückgang im September nur vorübergehend verbessern können. Obwohl die Bank von England auf Grund von in New York neu geschaffenen Guthaben (und Krediten?), denen starke Goldverschiffungen aus Australien zugrunde lagen (siehe voriges Heft), fortgesetzt intervenierte, hielt sich der New Yorker Kabelkurs meist unter 4,85½, zuweilen auf 4,85 1/16. Die Folge waren starke Goldabflüsse, insbesondere nach Indien, Deutschland, Holland, der Schweiz und sogar Oesterreich. Ende September notierten in London: Kabel New York 4,85¼ Dollar, Montreal 4,84⅝ Dollar, Amsterdam 12,115 Fl., Schweiz 25,10 Frs., Bombay 1 s 5 15/16 d, Yokohama 2 s 0 d.

Der Londoner Clearingverkehr, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, zeigt im September folgende Ziffern (in Millionen £):

1924		1925		1926	
29. 8.— 3. 9.	754	27. 8.— 3. 9.	779	26. 8.— 1. 9.	771
4. 9.—10. 9.	641	4. 9.—10. 9.	658	2. 9.— 8. 9.	719
11. 9.—17. 9.	675	11. 9.—17. 9.	687	9. 9.—15. 9.	645
18. 9.—25. 9.	652	18. 9.—24. 9.	648	16. 9.—22. 9.	708
		25. 9.— 1.10.	750	23. 9.— 29. 9.	619
29. 8.—25. 9.	2 722	27. 8.— 1.10.	3 522	26. 8.—29. 9.	3 462
1. 1.—28. 8.	26 066	28. 12.—26. 8.	27 086	31. 12.—25. 8.	26 216
1. 1.—25. 9.	28 788	28. 12.— 1.10.	30 608	31. 12.—29. 9.	29 678

Am Pariser Geldmarkt ist Reportgeld wieder etwas teurer, nämlich mit 7% (im Parkett) bezahlt worden, um die Zeit des Ultimos sogar noch erheblich höher, mit 10 bis 11%, ein Zeichen, daß dem Zinse wieder eine gewisse Risiko-Prämie zugeschlagen wird, das Vertrauen zur Stabilität des Franc also kein unbedingtes mehr ist. Der Privatdiskontsatz stieg auf 7¼%, also bis dicht an die

Digitized by Google

offizielle Rate. — Die Bank von Frankreich ist vom Staat nur in der letzten Septemberwoche in Anspruch genommen worden, nachdem vorher einige weitere Rückzahlungen erfolgt waren. Der Schuldsaldo der Regierung ist am Ultimo gegenüber dem Vormonat eher etwas gestiegen. Trotzdem, und obwohl die Privatdepositen bei der Bank sich erheblich ermäßigt haben, ist der Notenumlauf etwas kleiner als vor einem Monat, weil die Bank den privaten Kreditansprüchen gegenüber äußerst zurückhaltend war und unter dem ihr angebotenen Wechselmaterial eine strenge Auswahl traf. Die Bank kauft seit dem 27. September Gold- und Silbermünzen zu einem bestimmten, etwas unter ihrem valutarischen Werte liegenden Preise (1 Gramm Feingold 19,75 Frs.) an; bis zum 30. September betrug der Eingang nur ca. 6,7 Millionen Francs. — Der französische Wechselkurs hat sich etwas verschlechtert, weil Poincarés Aeußerung, die Zeit für eine Stabilisierung sei noch nicht gekommen, das Mißtrauen wieder anwachsen ließ. Die Ueberweisung von 2 Mill. Pfund Sterling nach England (infolge des Peretschen Schuldenprovisoriums) hatte auf den Wechselkurs naturgemäß so gut wie gar keinen Einfluß. Ende September notierte der Franc in London 171½ Francs, in New York 2,83 Cents.

Auch der belgische Franc hat sich im September etwas verschlechtert. Dagegen hat die italienische Lira eine weitere Besserung erfahren, die ihren Kurs in New York auf 3,76 Cents hob.

Am New Yorker Geldmarkt hat die Versteifung gegen Ende des Monats weitere Fortschritte gemacht. Zum Teil ist die Verknappung des Markts auf die verstärkten Ansprüche von Industrie und Handel zurückzuführen, zum Teil aber auch auf den Abfluß von Geld nach den Erntegebieten im Inneren, der die Banken zur Einschränkung ihrer Ausleihungen zwingt. Die Bundes-Reserve-Banken sind denn auch stärker in Anspruch genommen worden, und man erwartete zum Ultimo eine neue Erhöhung der New Yorker Rate. Die Erhöhung blieb jedoch, wohl wiederum mit Rücksicht auf die Bank von England, aus, obwohl die Marktsätze den offiziellen Diskont seit langem bedenklich streifen. (Prima Bankakzepte 3⅞ bis 4%, Warenwechsel erster Wahl 4½%, tägliches Geld 5½ bis 6%). — Der amerikanische Wechselkurs hat sich im allgemeinen nicht wesentlich geändert, nur gegenüber Canada und Brasilien eine gewisse Besserung erfahren. Nach Deutschland sind stärkere Goldabflüsse erfolgt, die aber mit dem Wechselkurs bezw. der neuen variablen Notierung des Dollar in Berlin nichts zu tun haben, sondern lediglich einen Abzug von „Gold im Ausland" durch die Reichsbank darstellen. Ende September notierte in New York: Kabel London 4,85¼ Dollar, Amsterdam 40,04 Dollar, Stockholm 26,74 Dollar, Buenos-Ayres 107,90 Goldpesos, Rio de Janeiro 14,95 Dollar, Montreal 100,10 canad. Dollar.

Ihren Diskontsatz haben im September geändert: Norwegen (—½%) und Estland (mit Wirkung ab 1. Oktober: — 2%).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank	bis 30. 9.	6	Lettland	bis 30. 9.	8
England	„ 30. „	5	Estland	„ 30. „	10
Frankreich	„ 30. „	7½	Litauen	„ 30. „	7
Oesterreich	„ 30. „	7	Danzig	„ 30. „	5½
Ungarn	„ 30. „	6	Norwegen bis 12.9.: 5½;	„ 30. „	5
Banca d'Italia	„ 30. „	7	Dänemark	„ 30. „	5
Bank von Spanien	„ 30. „	5	Niederld. Bank	„ 30. „	3½
Bank von Portugal	„ 30. „	9	Rumän. Nationalbank	„ 30. „	6
Schweiz. Nationalbank	„ 30. „	3½	Bank von Finnland	„ 30. „	7½
Schwed. Reichsbank	„ 30. „	4½	Tschech. Nationalbank	„ 30. „	6
Rußland	„ 30. „	10	Bank von Belgien	„ 30. „	7
Jugoslavien	„ 30. „	7	Polen	„ 30. „	10
Bulgarien	„ 30. „	10	Griech. Nationalbank	„ 30. „	10

New York bis 30. 9.: 4

Ausweise europäischer Notenbanken

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber[6])	Auslandsguthaben[1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Deutsche Reichsbank [Millionen Rm.]:								
7. 9.	1518.6	113.5	483.1	1281.4	7.5	573.4		3101.6
15. 9.	1541.0	117.1	446.3	1266.3	13.9	725.5		2901.4
23. 9.	1566.8	120.1	456.7	1238.8	7.4	855.1		2799.2
30. 9.	1598.1	111.0	521.8	1383.5	142.1	594.6		3251.1
Bank von England [Millionen Pfund Sterling]:								
1. 9.	155.5		—	108.5[3])		15.7	108.6	141.3
18. 9.	155.4		—	102.6[3])		13.0	106.1	140.3
25. 9.	155.8		—	101.7[3])		14.2	105 4	139.4
22. 9.	155.9		—	102.8[3])		18.3	102.9	138.9
29. 9.	155.8		—	105.6[3])		21.2	101.2	140.5
Bank von Frankreich [Millionen Francs]:								
2. 9.	5548.7[2])	338 8	576.8	6320.1	44937.8	8.6	3267.8	55346.5
9. 9.	5548 7[2])	338 8	577.6	5060.7	44689 2	28.1	2936 3	55458.1
16. 9.	5548.7[2])	338 8	579.9	4703.2	44504.3	38.2	2855.8	54912.9
23. 9.	5548.7[2])	338.8	578.6	4860.8	44059 6	35.7	2958 0	54507.0
03. 9.	5548.7[2])	338.8	579.1	5881.8	44268.2	37.2	2885.0	55010.1
Oesterreichische Nationalbank [Millionen Schilling]:								
7. 9.	43.4[10])	3,2	490.2[4])	76.9	0 22	102.1		820.0
15. 9.	45.7[10])	3,6	480.3[4])	62 1	0.22	108.8		791.1
23. 9.	46.8[10])	3,9	477.4[4])	60.9	0.22	127.0		770.2
30. 9.	47.9[10])	4,2	513.2[4])	87.1	0.22	69.8		864.5
Ungarische Nationalbank [in Millionen Pengö][9])								
7. 9.	168.6[10])	0.8	84.1[4])	158.2	0.02	187.0	12.8	413.4
15. 9.	168.6[10])	0.8	78 8[4])	156.3	0.02	189 5	12.1	403.0
23. 9.	168.6[10])	0.8	77.6[4])	158.0	0.02	197 0	12.8	398.1
30. 9.	168.6[10])	0.8	80.7[4])	181.8	0.02	170.2	11.3	441.3
Tschechoslowakische Nationalbank [Millionen tschechoslowakische Kronen]:								
7. 9.	1033.9		1329.6	128.2	59.9	1082.3		7013 8
15. 9.	1033.9		1377.7	120.7	59.7	1194.2		6859.2
23. 9.	1033.9		1443.7	121.4	59.5	1317.7		6826.1
30. 9.	1029.1		1491.2	139.5	61.3	901.7		7510.3

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand Gold	Silber [6])	Auslandsguthaben [1])	b) Anlagen Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Bank von Italien [Millionen Lire]:								
10. 7.	1135.4 [16])		542	8939 [17])		ca. 2300.0		18055 [16])
20. 7.	1135 4 [16])		540	8970 [17])		ca. 2300.0		17850 [16])
30. 7.	1135.5 [16])		541	9017 [17])		2310.6		18328 [16])
Bank von Finnland [Millionen finnische Mark]:								
7. 9.	329.3 [12])	8 0 [12])	985.9	445.1		199.3	69.4	1302.8
14. 9.	329.1 [12])	7.9 [12])	981.0	460.2		207.1	80.0	1299.8
23. 9.	329 0 [12])	7 8 [12])	982.7	468.7		179,0	120.5	1281.8
30. 9.	329.9 [12])	7.8 [12])	998.5	470.4		180.2	121.4	1302.4
Niederländische Bank [Millionen Gulden]:								
6. 9.	419.7	27.0	215.7	52.4	132.8	—	33,4	841.5
13. 9.	419.6	27.0	218.2	51 3	133.3	—	44.0	827.9
20. 9.	419.4	27.2	218.3	50.4	131.1	—	53.9	819.9
27. 9.	419.3	27.4	218.4	51.0	133.8	—	44.8	823.5
Schweizerische Nationalbank [Millionen schweiz. Francs]:								
7. 9.	424.5	85 6	20.2	295.1	41.4	73.8		779.5
15. 9.	424.7	85.7	17.8	317 8	42.6	118.6		763.3
23. 9.	424.7	85 9	18.2	319.6	42.7	114.0		763.0
30. 9.	437.1	80.2	18.5	345.0	45.5	86.0		838.9
Schwedische Reichsbank [Millionen schwedische Kronen]:								
4. 9.	227.8	—	137.2	241.1		74.6		500.7
11. 9.	227.6	—	136.6	228.1		74.5		485.2
28. 9.	227.5	—	139.1	217.5		71.1		484.1
25. 9	226.5	—	140.7	209.5		66.8		477.0
30. 9.	226.5	—	142.2	256.1		70.0		549.2
Bank von Norwegen [Millionen norw. Kronen]:								
7. 9.	147.2		72.4	354.1		201.3		330.8
15. 9.	147.2		71.1	359.7		217.6		320.5
23. 9.	147.2		70 0	359.5		216.9		320.6
30. 9.	147.2		69.0	395.6		245.0		328.3
Nationalbank von Dänemark [Millionen dän. Kronen]:								
30. 9.	209.1	16.6	26.4	87.2	22.7	21.9		377.3
Bank von Polen [Millionen Zloty]:								
10. 9.	135.6	4.9	113.9	311.4	40.1	137.0 [13])		542.9
20. 9.	135.8	27.1	115.2	305 9	40.7	151.7 [13])		544.7
30. 9.	135.8	26.4	116.8	304.2	40.4	158.4 [13])		542.3
Nationalbank von Rumänien [Millionen Lei]:								
21. 8.	7004.9	20.9	—	8496 3	1894.7 [5])	7658.2		21005.2
28. 8.	7019.9	20.6	—	8675.7	1405.7 [5])	7706.7		21048.7
Bulgarische Nationalbank [Millionen Lewa]:								
7. 8.	50.1	117.4	170.6	358.9	530.1	2481.9		3676.4
14. 8.	60.1	118,8	164,0	358.0	531.9	2491.0		3656 5
22. 8.	60.2	118.8	171.8	363 6	529.7	2520.7		3641.3
31. 8.	60.2	119.5	233.7	365.7	529.8	2557.1		3627.0

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Griechische Nationalbank [Millionen Drachmen]:								
31. 7.	47.5 [2]	11.9	1615.4	634 7	2065.2 [8]	—	1702.7	4527.6
14. 8.	47.5 [2]	11.6	1666.2	634.1	2041 8 [8]	—	1670.4	4565.1
Belgische Nationalbank [Millionen Francs]:								
2. 9.	273.8	85.3	30.2	1481 6	570 0	322.8	225.1	9237 1
9. 9.	273.8	84.8	30.2	1499.9	420.4	300.2	278.6	9274.2
16. 9.	273 8	84.7	30.2	1500.5	389 4	332.2	241.7	9253.1
23 9.	273.8	84.6	30.2	1489 3	870.7	319.0	246.6	9234.3
80. 9.	273.8	84.2	30.2	1633.0	477.4	37.3	216.1	9507.4
Bank von Danzig [Mill. Danz. Gulden]:								
15. 9.	2,9 [14]		37,0 [15]	14,4	0,3	5,2		34,4
30. 9.	2,8 [14]		35,2 [15]	16,0	0.4	3,9		36,0
Russische Staatsbank, Notenabteilung [in 1000 Tscherwonetz]:								
16. 9.	14836 6 [11]	—	5117.9	60710 5	85 8	—	—	82183.3
1. 10.	15334.4 [11]	—	5119.8	64210.7	85.8	—	—	85677.1

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Einschl. Gold im Ausland. — [3]) Einschl. Regierungssicherheiten. — [4]) Devisen und Valuten. — [5]) Ohne Regierungsschuld (11 Milliarden Lei) — [6]) Meist einschl. unedler Scheidemünzen. — [7]) Einschl. Schuld des Staates. — [8]) Ohne Vorschüsse an den Staat. — [9]) 1 Pengö = 12500 Kronen. — [10]) Die Devisenbestände sind nach der Spalte „Auslandsguthaben" übertragen. — [11]) Ferner Platinbestände (am 1. 10.: 3,06 Mill. Tscherwonetz). — [12]) Effektivwert in Mill. finn. Mark. — [13]) Dazu 9,2 Mill. Zloty bezw. 11,6 Mill. bezw. 9,3 Mill. Devisenschulden. [14]) Danziger Metallgeld einschl. Gold. — [15]) Guthaben bei der Bank von England und Valuten. — [16]) Infolge Übernahme der Noten und Metallbestände der beiden anderen Notenbanken. — [17]) Ohne Darlehen an den Staat (ca. 6,7 Milliarden Lire).

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich im September eine deutlich wahrnehmbare Zweiteilung der Geldsätze vollzogen. Kurzfristiges Geld war billig, oft kaum anzubringen, so daß einige Banken es dazu benutzten, ihre Giroguthaben bei der Reichsbank aufzufüllen. Langfristiges Geld dagegen war relativ knapp und teuer. Der Gegensatz hängt damit zusammen, daß die Banken sich diesmal vorzeitig auf den Quartals-Ultimo eingestellt und flüssig erhalten haben, also ihre Mittel nur kurzfristig hergaben. Infolgedessen verlief der Ultimo denn auch äußerst leicht, zumal auch der Erlös der Preußen-Anleihe (80 Millionen) rechtzeitig aus New York überwiesen, teilweise bei der Reichsbank in Mark konvertiert und dem Geldmarkt zugeführt wurde. Tägliches Geld war meist zu Sätzen zwischen 3 und 4 Prozent, oft auch darunter, zu haben. Dagegen mußte für Monatsgeld etwas mehr als im August, nämlich 6 bis 6½ Prozent, angelegt werden. Der Privatdiskont wurde mit 4¾% für lange und 5% für kurze Sicht nur so lange notiert, wie Angebot nicht vorlag; als gegen Monatsende größere Posten offeriert wurden, wich man der Aufnahme aus, indem man die Sätze successive auf 5⅛% für beide Sichten erhöhte, mit dem Ergebnis, daß die Anbietenden es vorzogen, den Lombardkredit der Reichsbank für wenige Tage in Anspruch zu nehmen. Auch die Seehandlung hat

Digitized by Google

den Diskont für die von ihr vertriebenen Preußischen Schatzwechsel auf 5% für kurze und 5¼% für längere Laufzeit erhöht.

Der Berliner Wechselkurs stellte sich infolge des starken Zuflusses ausländischer Kredite im allgemeinen etwas über Parität. Der Dollarkurs wird nach wie vor von der Reichsbank reguliert, nur werden ihm leichte Schwankungen um 4,20 RM. herum gestattet, die aber keineswegs den Kursen entsprechen, die der Dollar bei völlig freier Bewegung erzielen würde. Es gab denn auch mehrfach Abweichungen zwischen der von der Reichsbank diktierten offiziellen und der privaten Dollarnotiz.

Devisenkurse (in R.-Mark).*)

	1. Sept.	7. Sept.	13. Sept.	18. Sept.	24. Sept.	30. Sept.
Amsterdam [Gulden]	168,32	168.38	168,39	168,15	168,24	168,19
Kopenhagen [Kr.]	111,55	111 58	111,61	111,53	111,54	111,52
Stockholm [Kronen]	112,30	112,27	112,34	112,26	112,24	112,24
Oslo [Kronen]	92	92,02	92.04	91,98	92,04	91,93
Helsingfors [F.-M.]	10,572	10,572	10,575	10.574	10,569	10,568
Schweiz [Francs]	81,08	81,16	81,15	81,10	81,15	81.18
Madrid [Pesetas]	63.90	63,60	64,25	63,85	63,80	63 78
Italien [Lire]	14,77	15,58	15.15	15.27	15,41	15,80
London [Pfund]	20,381	20.387	20,391	20,374	20,376	20,373
New York [Dollar]	4,199	4.198	4,199	4,197	4,198	4,1985
Paris [francs]	12,53	12,42	12,12	11,82	11,65	11 93
Brüssel [francs]	11,87	11.635	11,485	11,43	11,22	11,45½
Wien [Schilling]	59,31	59,30	59,27	59,16	59,25	59,27
Prag [Kronen]	12,44	12,436	12,439	12.434	12,437	12,436
Buenos Aires [Pesos]	1,695	1,694	1,702	1,707	1,706	1,716
Rio de Janeiro [Milr.]	0,643	0 640	0,634	0,637	0,634	0,625
Japan [Yen]	2,020	2,023	2,028	2,043	2,043	2,040
Bulgarien [Lewa]	3,040	3,050	3,048	3,057	3,050	3,040
Jugoslavien [Dinar]	7,41	7,424	7,432	7,426	7,425	7,427
Budapest [Kronen]	5,885	5,885	5,882	5,872	5,882	5,88
Lissabon [Eskudo]	21,420	21,420	21,50½	21,55½	21,50	21,450
Danzig [Danz. Guld.]	81,40	81,52	81,46	81.48	81,46	81,52
Athen [Drachm.]	4,80	4,80	4,80	4,90	4,95	4,95
Konstantinop. (tk.Pfd.)	2,220	2,240	2,20½	2,20	2,198	2,150
Montevideo [Peso]	4,190	4,190	4,195	4,195	4,210	4,220
Canada [Dollar]	4.204	4,202	4,202	4,200	4,198	4,203
Kairo [ägypt. Pfund]	20,900	20,920	20,915	20,920	20,910	20,900

*) Die Notiz versteht sich bei Pfund, Dollar, arg. Pap.-Peso, Yen, türk. Pfd., Milreis und urug. Goldpeso für je 1 Einheit, bei ungar. Kronen für 100000 Einheiten, bei allen übrigen Auslandswerten für je 100 Einheiten.

Der **Deutschen Reichsbank** sind im September große Mengen Devisen zugeflossen, herrührend aus einzelnen größeren, neu abgeschlossenen Auslandsanleihen. Da der Zufluß mit Banknoten bezahlt werden muß, empfindet die Reichsbank ihn als störend und als latente Quelle einer möglichen kleinen Inflation, und sie hat sich denn auch über das neuerliche Ueberhandnehmen der Auslandsanleihen beklagt (statt den Devisenmarkt sich selbst regulieren zu lassen). Die Bank hat einen erheblichen Teil ihres „Goldes im Ausland" aus New York und London abgerufen. Da sie aber immer wieder Devisen in Gold konvertierte, hat das unbe-

Digitized by Google

lastete Golddepot im Auslande trotzdem eine kleine Erhöhung erfahren. Die Bank hat sich so allen denen, die ihre Machtstellung auf dem Geldmarkt etwa unterschätzen sollten, neu in Erinnerung gebracht. Die Zunahme an Gold beträgt über 100 Millionen, die an sichtbaren Devisenbeständen ca. 25 Millionen, die an unsichtbaren Devisen ganz erheblich mehr. Zum Ultimo wurde die Bank recht stark in Anspruch genommen, namentlich auf Lombard-Konto (siehe unter Geldmarkt bei „Privatdiskont"). Der Notenumlauf erhöhte sich auf 3251, der Umlauf an Rentenmarkscheinen auf 1369 Mill. RM.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im September und den Vormonaten das folgende Bild:

	1921 [1])	1922 [1])	1923 [1])	1924 [2])	1925 [3])	1926 [3])
Juli	78 337	243 493	76 624 491	695 309 600 [4])	4 609,1	4 898.8
August	79 172	374 856	817 133 633	801 661 900 [5])	4 712,9	4 766,1
Sept.	98 004	473 715	22 627 672 721	886 588 300 [6])	4 382,3	4 643,9

[1]) in Millionen P.-Mark [2]) in Billionen P.-Mark. [3]) in Millionen R.-M. [4]) ferner 1460,4 Mill. Rentenmark. [5]) ferner: 1490,5 Mill. Rentenmark. [6]) ferner 1652,5 Mill. Rentenmark.

Zulassungen an den deutschen Börsen im September 1926.

I. Börse zu Berlin.

R.-M.	40	Millionen	6½% Preuß. Staatsschatzanweisungen
„	40	„	Deutsche Bank, jg. Akt.
„	150	„	Deutsche Reichsbahn-Ges., Vorzugsaktien Reihe 4
„	15	„	7% Obl. des Württemberg. Sparkassen-Giroverbandes
„	25,6	„	Metallbank u. Metallurgische Ges., Akt.
„	70	„	8% Komm.-Anl. d. Dtsch. Sparkassen- u. Giroverbandes
„	10	„	7% Pfdbfe. d. Westdeutschen Bodenkreditanstalt Reihe 10 P
„	10	„	8% Pfdbfe. d. do. do. Reihe 11 P
„	20	„	8% Pfdbfe. d. Schles. Bodenkredi'aktienbank Reihe 5
„	5	„	8% Anl. d. Braunschweig. Staatsbank Reihe 16
„	10	„	8% Pfdbfe. d. Leipz. Hypothekenbank Eeihe 3
„	5	„	7% Anl. d. Provinzialverbands Hannover Reihe 3 B.
„	800	„	Ver. Stahlwerke Düsseldorf, Akt.
„	126	„	7% Oblig. d. do. do.

II. Börse zu Breslau.

R.-M.	21	Millionen	Allgemeine Deutsche Eisenbahn-A.-G., Akt.
„	2,9	„	Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke, jg. Akt.
„	20	„	8% Pfandbriefe der Schles. Boden-Credit-Aktien-Bank Reihe 5.

III. Börse zu Düsseldorf.

R.-M.	40	Millionen	6½% Preuß. Staatsschatzanweisungen.

IV. Börse zu Essen-Ruhr.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

R.-M.	40	Millionen	6½% Preuß. Staatsschatzanweisungen
„	20	„	8% Pfdbfe. d. Deutschen Hypothekenbank Meiningen Reihe 8
„	15	„	8% Pfdbfe. d. Pfälzischen Hypothekenbank Reihe 7 und 8
„	5	„	8% Pfdbfe. d. Frankfurter Pfandbriefbank Reihe 3
„	4,8	„	Badische Bank, jg. Akt.
„	4	„	8% Anl. d. Hauptstadt Darmstadt
„	4	„	8% Obl. d. Voigt u. Haeffner A.-G.

Digitized by Google

VI. Börse zu Hannover.

R.-M. 5 Millionen 8% Anl. d. Provinzialverbandes Hannover Reihe 2 B
„ 5 „ 7% Anl. d. do. do. Reihe 3 B

VII. Börse zu Köln a. Rh.

R.-M. 10 Millionen 8% Pfdbfe. d. Westdeutschen Bodenkreditanstalt Reihe 11
„ 40 „ 6½% Preuß. Staatsschatzanweisungen
„ 38 „ 6½% Anl. der Stadt Köln
„ 625 000 Deutsch-Atlantische Telegrafenges., jg. Akt.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

R.-M. 5 070 500 Kreis-Elektriz.-Versorgung Unterfranken, jg. Akt.
„ 10 Millionen 7½% Pfdbfe. d. Bayerischen Handelsbank Reihe 5
„ 10 „ 8% Pfdbfe. d. Bayerischen Vereinsbank Reihe 80 und 81
„ 5 „ 8% Pfdbfe. d. do. do. Reihe 77
„ 20 „ 8% Pfdbfe. d. Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank Reihe 6

XII. Börse zu Augsburg.

Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

R.-M. 1,5 Millionen 8% Anl. der Stadt Riesa (Elbe)
„ 10 „ 8% Pfdfe. d. Leipziger Hypothekenbank Reihe 3

XIV. Börse zu Leipzig.

R.-M. 10 Millionen 8% Pfdbfe. d. Leipziger Hypothekenbank Reihe 3
„ 40 „ Deutsche Bank, jg Akt.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

R.-M. 40 Millionen Deutsche Bank, jg Akt.

XVII. Börse zu Mannheim.

R.-M. 4,8 Millionen Badische Bank, jg. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

R-M. 3 Millionen 7½% Anl. d. Staatl. Kreditanstalt Oldenburg von 1926
„ 2 165 250 4 u. 4½% aufgewertete Obl. d. Norddeutschen Lloyd
„ 3 Millionen 8% Obl. der Delmenhorster Linoleumfabrik (Ankermarke).

XIX. Börse zu Hamburg.

R.-M. 40 Millionen 7% Pfdbfe. d. Hypothekenbank in Hamburg Reihe D
„ 5 „ 8% Inlandsanleihe der Stadt Nürnberg von 1920
„ 800 „ Ver. Stahlwerke Düsseldorf, Akt.
„ 40 „ Deutsche Bank, jg. Akt.
„ 40 „ 6½% Preuß. Staatsschatzanweisungen.

XX. Börse zu Danzig.

Danz. Gulden 1,5 Millionen 7% Anl. d. Stadtgemeinde Danzig von 1926

Digitized by Google

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Aktiengesellschaften in das Handelsregister ist im September hinter derjenigen des August zurückgeblieben, noch ganz erheblich mehr diejenige der Kapitalserhöhungen, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die Rekord-Erhöhung der I. G. Farbenindustrie die Augustziffer ungewöhnlich hat anschwellen lassen. Die Statistik zeigt (nach „Frkft. Ztg.") das nachstehende Bild:

Industriezweig	Kapitalserhöhungen				Neugründ. v. Akt.-Ges.			
	Zahl der Ges.		Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M.		Zahl der Ges.		Nominal-Betrag in 1000 G.-M.	
	Aug.	Sept.	Aug.	Sept.	Aug.	Sept.	Aug.	Sept.
Banken	3	4	57000	7000	—	—	—	—
Versicherungsgesellsch.	2	1	850	500	—	—	—	—
Metall und Maschinen	5	3	1770	6600	1	2	1210	32250
Bergbau und Hütten	—	1	—	?	2	—	30060	—
Chem. Industrie	3	4	454200	4225	—	1	—	100
Elektr. Gaswerke	1	3	10000	13500	1	—	8000	—
Textilindustrie	1	1	300	24	2	—	366	—
Nahrungs- u. Genußmittel	—	6	—	3175	1	2	200	1560
Steine und Erden	—	1	—	70	—	—	—	—
Papierindustrie	2	—	315	—	—	—	—	—
Bauindustrie	1	2	135	5488	2	—	135	—
Verkehrszw.	—	—	—	—	1	—	150	—
Leder und Gummi	2	2	304	26750	—	—	—	—
Verschiedene Industrien	5	3	1756	680	4	4	970	1200
Zusammen	25	31	526630	68012[2])	14	9	41091	35110

[1]) bei Versicherungs-Gesellschaften eingezahlter Betrag.
[2]) darunter 3 Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.

An **Genossenschaftsgründungen** haben im September laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H
6	7	0	1	8	103

Dagegen im September 1925:

83	28	0	6	8	134

Insgesamt sind also gegründet worden:

Sept. 1926: 14 Genossenschaften m. unb. H. und 111 Genossenschaften m. b. H.
„ 1925: 41 „ „ „ „ „ 168 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im September zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	91	in Düsseldorf	15	in Leipzig	27
„ Bremen	14	„ Elberfeld	11	„ München	26
„ Breslau	22	„ Frankfurt a. M.	14	„ Stettin	23
„ Chemnitz	14	„ Hamburg	64	„ Stuttgart	11
„ Dresden	24	„ Hannover	19	„ Trier	18

Digitized by Google

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im September 1926

914 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

und in den ersten drei Vierteljahren 1926

8469 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Münzwesen. Ende September betrug der deutsche Gesamtumlauf an Münzen (in Mill. Rm.): Einmarkstücke 278,3. Zweimarkstücke 154,2, Dreimarkstücke 152,3, Fünfmarkstücke 8,4, Fünfzigpfennigstücke 109,8, kleinere Münzen 95,4.

Sparkassen. Ende August betrugen bei den deutschen Sparkassen die Spareinlagen 2590.9 Mill., die Giroeinlagen 1134.5 Mill. Rm.

Postscheckverkehr. Ende August waren im Reich 880 150 Postscheckkonten vorhanden. Das Durchschnittsguthaben der Teilnehmer im August betrug 574,9 Mill. Rm.

Die Kreditprovision bei den Banken der sog. Berliner „Stempelvereinigung" ist ab 1. September von $^1/_5$ auf $^1/_6$ Prozent monatlich ermäßigt worden. Dieselbe Ermäßigung erfuhr die Akzeptprovision.

Bankbeamten-Tarif. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat ebenso wie der radikalere Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten den Schiedsspruch des Schlichters im Tarifstreit abgelehnt.

Die deutschen Banken im September 1926.

Reichsbank. In der Sitzung des Zentralausschusses vom 25. September warnt der Präsident vor übermäßiger Kreditnahme im Ausland; fast die ganze Steigerung des Notenumlaufs vom 23. Juli bis 23. September (ca. 300 Mill. M.) sei durch Einreichung von Devisen infolge von Auslandskrediten entstanden. Das Institut beabsichtige nicht, Goldmünzen in den deutschen Zahlungsverkehr zu leiten; es steht vielmehr auf dem Standpunkt anderer großer Länder, welche die Ansammlung von Gold bei der Notenbank (Goldkern-Währung) unter Hergabe von Gold für Auslandszahlungen, soweit die Devisenkurse es erfordern, für zweckmäßiger halten, als die Sättigung des Verkehrs mit Goldmünzen. Bisher gibt die Bank Gold nicht her, doch beabsichtigt sie, demnächst Goldbarren zu Exportzwecken herzugeben. Das unbelastete Golddepot bei ausländischen Notenbanken bleibt im September auf der ungefähren Höhe von 200 Millionen Mark, obwohl die Bank fortgesetzt Gold nach Berlin überweisen läßt; die Auffüllung erfolgt durch Umwandlung fällig werdender Devisen in Gold; ob von dem letzteren der Bank von England Teilbeträge überlassen worden sind, wird nicht gesagt. Die Handelskammer Dresden fordert genauere Angaben der Bank über ihre Devisenbestände und andere wichtigen Daten. Eine Einreichung von Reichsschatzwechseln bezw. deren Lombardierung hat auch im September nicht stattgefunden; bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel sind ebenfalls wieder nicht vorhanden. Die von dem Institut und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse (s. d. und Oktober-Heft S. 612) eingeleitete Getreide-Beleihung ist bis Anfang September noch nicht nennenswert in Anspruch genommen worden. Den Getreidemühlen wird eine Teilnahme an dem Kredit abgeschlagen. Zur Beleihung bei der Bank in Klasse A werden eine größere Anzahl 7 und 8 proz. Pfandbriefe deutscher Hypothekenbanken zugelassen. Der Kommissar für die Notenausgabe, Prof. Bruins, soll auch zum Kommissar bei der Niederländischen Bank bestellt werden.

Deutsche Rentenbank. Aus dem Verwaltungsrat des Instituts und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt scheidet Geh. Rat Dietrich (früher Deutsche Raiffeisenbank) aus; an seiner Stelle übernimmt Landesökonomierat Johannsen, Hannover, das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Siehe Badische Bank, Bayerische Notenbank, Sächsische Bank und Württembergische Notenbank.

Digitized by Google

Deutsche Rentenbank - Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank). Ein Erlaß des Reichsjustizministers erklärt die Hypothekar-Schuldscheine des Instituts bis zum Betrag von 360 Mill. Rm. für mündelsicher. Die Bank hat die Verteilung der Golddiskontbank-Zwischenkredite Anfang September beendet, so daß im September die Auszahlung beginnen kann. Siehe Deutsche Rentenbank.

Deutsche Golddiskontbank. Siehe Deutsche Rentenbank - Kreditanstalt.

Reichs-Kredit-Ges. A.-G. Siehe Deutsche Bank.

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Begibt mit der Deutschen Girozentrale den Rest der 25 Mill. Rm. 7% Deutsche Kommunalanleihe von 1926, ferner mit der Deutschen Bank und der Braunschweigischen Staatsbank 8 Mill. Rm. 7% Braunschweigische Staatsschatzanweisungen zu 97½% sowie 8 Mill. Rm. 7% Anleihe des Freistaats Mecklenburg-Schwerin zu 92½%. Siehe Deutsche Bank.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse). Siehe Reichsbank.

Deutsche Bank. Hebt ihre Niederlassung in Freudenstadt (Württemberg) auf. Die Amsterdamer Niederlassung legt mit der Nederlandschen Handels Mij, Mendelssohn u. Co., Amsterdam, der Amsterdamschen Bank, der Twentschen Bank und der Internationalen Bank, Amsterdam (Danatbank), einen Teil der 3,6 Mill. Dollar-Anleihe der Siemens-Gruppe zu 99% in Holland zur Zeichnung auf. Dem sogen. Russenkredit-Konsortium gehören u. a. an: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Barmer Bankverein, Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank, Bayerische Staatsbank, Bayerische Vereinsbank, Braunschweig. Staatsbank, Commerz- und Privatbank, Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Landesbankenzentrale, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Hardy u. Co., Mendelssohn u. Co., Mitteldeutsche Creditbank, Preuß. Staatsbank, Reichs-Kredit-Ges., Sächs. Staatsbank, Schaaffhausenscher Bankverein, Thüringische Staatsbank und M. M. Warburg u. Co. Die Bank erwirbt mit der Dresdner Bank und Anderen ein 40% des Kapitals betragendes Aktienpaket der Sächs. Gußstahlwerke Döhlen von der Berliner Firma Otto Mansfeld u. Co.; man will das Werk einer mitteldeutschen Stahlgruppe angliedern. Führt Verhandlungen zwecks Abstoßung eines erheblichen Teils der bisher im Besitz der Gebr. Stumm G. m. b. H. befindlichen Aktien der Gelsenkirchener Gußstahlwerke an eine industrielle Gruppe (Paul Rohde). Uebernimmt mit S. Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft von der von der Heydt-Bank, Amsterdam-Berlin einen größeren Teil der Aktien der Nordstern, Allgemeine Versicherungs - A.-G., Berlin, ferner die jungen Aktien der Westdeutschen Bodencreditanstalt (s. d.) zur Weitergabe. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Anteile der Dtsch.-Ostafrikan. Ges., eBrlin, (mit S. Bleichröder, Darmstädter u. Nationalbank, Delbrück Schickler u. Co., Disconto-Gesellschaft und Mendelssohn u. Co.) sowie junge Aktien der Rütgerswerke, Berlin (mit der Berliner Handels-Gesellschaft, der Commerz- und Privatbank, der Darmstädter und Nationalbank, der Mitteldeutschen Creditbank und C. Schlesinger-Trier u. Co.). Die 40 Mill. Rm. jungen Aktien des Instituts, aus deren Begebung ein Agio von ca. 15 Mill. Rm. der gesetzlichen Rücklage zufließt, werden an den Börsen in Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig und Stuttgart zugelassen. Direktor Wassermann wird sich Anfang Oktober mit deutschen Großindustriellen nach England zwecks Fühlungnahme mit Sir Robert Horne und anderen britischen Wirtschaftskapazitäten begeben. Direktor Meißner reist nach der Türkei zwecks Verhandlungen über den Verkauf der Anatolischen Eisenbahnen an die türkische Regierung und in Verbindung damit über die Gewährung größerer Kredite und die Erschließung der Arghana-Kupfergruben. Siehe Preußische Staatsbank und Darmstädter und Nationalbank.

Disconto-Gesellschaft. Die General-Versammlung stimmt der Erhöhung des Kommandit-Kapitals um 35 auf 135 Mill. Rm. zu; die jungen Aktien werden von S. Bleichröder und Anderen zu 125% übernommen und 20 Mill. davon den Aktionären zu 130% angeboten. 10 Mill. gehen (mit Option auf weitere 2 Mill.) an Dillon, Read u. Co., New York. Geschäftsinhaber Dr. Salomonsohn bezeichnet die Ergebnisse des ersten Halbjahres als so erfreulich, daß eine gute Verzinsung des neuen, größeren Kapitals gewährleistet sei, obwohl man die alte Sitte des Instituts, Sondergewinne nicht auszuschütten, sondern zur Bilanz-Verbesserung zu verwenden, beibehalten werde. Der dem Institut und der Norddeutschen Bank in Hamburg nahestehende Banco Brasileiro Alemano schüttet für 1925—26 eine Dividende von 8% aus. Durch Vermittlung der Disconto-Gesellschaft geht die Aktien-Mehrheit der München-Dachauer Papierfabriken an die Berliner Warenhaus-Gruppe Jandorf über. Die

Digitized by Google

Bank fordert mit der Deutschen Bank Submissionsangebote auf 24 300 Pesos zu tilgende 5% Anleihe der Stadt Buenos-Aires von 1908 ein. Beantragt die Zulassung ihrer jungen Anteile zur Berliner Börse. und die der jungen Aktien der Badischen Bank zur Frankfurter Börse. Nach einem Referat des Geschäftsinhabers Dr. Solmssen lehnt der Deutsche Juristentag eine derzeitige Reform des Aktienrechts ab. Das Aufsichtsrats-Mitglied Dr. Fischer wendet sich im Hansa-Bund gegen die von Generaldirektor Dr Silverberg propagierte Zuziehung der Sozialdemokratie zur Politik und Wirtschaft. Er fordert ferner eine Vereinfachung des Steuersystems und Abbau der Reallasten; er warnt vor zu scharfen Abbaumaßnahmen und empfiehlt Vorsicht bei der „produktiven Erwerbslosenfürsorge." Siehe Deutsche Bank, Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank und Schaaffhausenscher Bankverein.

Dresdner Bank. Die außerordentliche General-Versammlung beschließt die Erhöhung des Aktienkapitals um 22 auf 100 Mill. Rm. Eine unter Führung der Hardy u. Co. G. m. b. H. stehende Gruppe bietet den Aktionären 19,5 Mill. Rm. junge Aktien zu 120% an; den Rest übernimmt das gleiche Konsortium. Die Direktion erklärt, daß die Geschäfte sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Besserung des Wirtschaftslebens weiter erfreulich entwickelten. Das Institut übernimmt 4000 Rm. junge Vorzugs- und 2,1 Mill. Rm. junge Stammaktien der Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Berlin, zur Weitergabe und begibt mit der Commerz- und Privatbank 10 Mill. Rm. 7% Anleihe der Provinz Brandenburg. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Eigene junge Aktien, 3 Mill. Rm. 8% Anleihe der Nationalen Automobil-Gesellschaft (mit Hardy u. Co., Delbrück, Schickler u. Co. und Darmstädter und Nationalbank) sowie 8 Mill Rm. 7% Obl. der Neckarwerke Eßlingen (mit der Disconto-Gesellschaft). Direktor Konsul Max Reimer, Dresden, tritt in den Aufsichtsrat der Baubank für die Residenzstadt Dresden ein. Siehe Deutsche Bank, Darmstädter und Nationalbank und Deutsche Orientbank.

Darmstädter und Nationalbank. Hugo Stinnes jr. verhandelt in Amerika über eine Anleihe der Stinnes G. m. b. H., die ihr Anfang Oktober mit 100 Mill. Rm. gewährt wird; davon werden die Bankschulden von 85 Mill Rm. getilgt. Die Bank begibt mit der Dresdner Bank 3 Mill. 7% Anleihe der Natronzellstoff- und Papierfabriken, Berlin. Die Aktien der Bank erfahren fortgesetzt große Kurssteigerungen. Die Bank erwirbt in der Versteigerung einen Teil der Deutschen Gasolin-Aktien zu ca. 31%. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Die vorerwähnte Anleihe, Aktien der Allgemeinen Deutschen Eisenbahn-Ges., Berlin, (mit Dresdner Bank), junge Stammaktien der Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G. (mit der Berliner Handels-Gesellschaft, der Commerz- und Privatbank, der Deutschen Bank, der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank und C. Schlesinger-Trier u. Co.). Wichtigere Zulassungsanträge in Frankfurt a. M.: 4 Mill. 8% Anl. der Hauptstadt Darmstadt (mit der Deutschen Bank, der Deutschen Girozentrale, der Deutschen Vereinsbank und der Disconto-Gesellschaft). Die Zulassung von 126 Mill. Mark 7% Obl. der Ver. Stahlwerke A.-G. in Berlin ist Anfang September erfolgt. Geschäftsinhaber Dr. Beheim-Schwarzbach wird in den Aufsichtsrat der Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin, Direktor Heinemann in den der Miag A.-G., und Direktor Julius Damian in den der W. Hagelberg A.-G., Berlin, berufen. Ein Vertreter des Instituts scheidet aus dem Aufsichtsrat der Harburger Hobelwerke aus. Das Aufsichtsratsmitglied Direktor H. Schackow (Norddeutsche Waggonfabrik, Bremen) ist gestorben. Siehe Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerz- und Privatbank

Commerz- und Privatbank. Uebernimmt mit der Darmstädter und Nationalbank junge Aktien der Holsten-Brauerei, Altona, zur Weitergabe. Legt 0,5 Mill. Mark 8% Obligationen der Paradiesbettenfabrik Steiner zu 92½% zur Zeichnung auf. Die holländische Kommandite Hugo Kaufmann u. Co.'s Bank begibt einen Teil der mit der Dresdner Bank (s. d.) aufgelegten 7% Anleihe der Provinz Brandenburg. Direktor Ferdinand Linke wird in den Aufsichtsrat der Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft gewählt. Die Bank berichtet, daß Ende September 14,9% der in Berlin notierten Aktien einen Kursstand von unter 50% hatten, dagegen 28,4% einen Kursstand von 100 bis 150% und 2,9% einen solchen von über 200%. Siehe Deutsche Bank und Darmstädter und Nationalbank.

Mitteldeutsche Creditbank. Die Verwaltung teilt mit, daß der Abschluß des ersten Halbjahres eine erfreuliche Entwicklung und sehr befriedigende Erträgnisse ausweise. Das Institut gründet mit der Boswau u. Knauer A.-G. die Silvana Holz-Indu-

Digitized by Google

strie-A.-G., Hüfingen (Kapitals 0,6 Mill. Rm.), in deren Aufsichtsrat Direktor Reinhart eintritt. Siehe Deutsche Bank und Darmstädter und Nationalbank.

Berliner Handels-Gesellschaft. Bietet für die 1912 ausgegebenen Obligationen der Electro-Treuhand A.-G. (durch Hochbahn-Aktien gedeckt) Rm. 130 pro Oblig. Siehe Deutsche Bank, Darmstädter und Nationalbank und Danziger Privat-Aktien-Bank.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (Adca), Leipzig. Die Ziffern per 30. Juni zeigen nach einem Bericht der Verwaltung ein durchaus zufriedenstellendes Bild; auch seitdem ist eine weitere Zunahme des Geschäftsumfanges eingetreten. Eine Erhöhung des Kapitals ist für die nächste Zeit nicht beabsichtigt. Das Institut hat die Zulassung seiner Aktien zum Berliner Terminhandel veranlaßt. Uebernimmt consort. 0,4 Mill. Mark neue Aktien der Vereinsbrauerei Zwickau. Schließt Ende September ihre Filiale Bischofswerda. Direktor Priem tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Werkstätten A.-G. Hellerau, ein. Direktor Johann Ebener blickt auf eine 25jährige Berufstätigkeit zurück. Siehe Deutsche Bank.

Allgemeine Kredit A. G., Berlin. Die Generalversammlung des dem Reichsverband der deutschen Industrie nahestehenden, Anfang d. J. mit 0,5 Mill. Rm. Kapital gegründeten Instituts wählt Reg.-Präs. a. D. Kutscher, Reichsbahndir. a. D. Kieschke, Oberreg.-Baurat Ilgenstein und Professor Dr. E. Folliet-Genf, neu in den Aufsichtsrat.

Allgemeine Garantiebank, Berlin (Barmat-Konzern). Die Ansprüche der Bank gegen verschiedene Rückversicherungs-Gesellschaften werden von einem Schiedsgericht abgewiesen.

Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken. Die zur Gruppe gehörigen Bayer. Hyp.- und Wechselbank, Frankfurter Hypothekenbank, Pfälzische Hypothekenbank, Rheinische Hypothekenbank, Süddeutsche Bodencreditanstalt und Württemberg. Hypothekenbank bereiten eine Teilausschüttung auf ihre Papiermark-Pfandbriefe in 4½% Goldpfandbriefe vor.

Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin. Die Gruppe Arnhold-Aschinger erhält von der Reichsregierung ein Angebot auf den Berliner „Kaiserhof". Das Bankhaus beansprucht Sonderaktien (Vorzugsaktien B) der Akt.-Ges. für Licht- und Kraftversorgung, München, in deren Aufsichtsrat ihr Mitinhaber Dr. Kurt Arnhold, Dresden, eintritt, obwohl das Bankhaus seine Aktien abgestoßen hat. Der Anspruch stößt in der Tagespresse auf scharfe Kritik. Beantragt die Zulassung der 1,5 Mill. Rm. 8% Anl. der Stadt Altenburg i. Thür. sowie der jungen Stamm- und Vorzugsaktien B des Sachsenwerk, Licht- und Kraft A.-G., Dresden, zur Berliner Börse.

Badische Bank, Mannheim. Die jungen Akien werden zur Frankfurter und Mannheimer Börse zugelassen. Am 30. September betragen die Darlehen bei der Deutschen Rentenbank 3,98 Mill. Rm. Siehe Disconto-Gesellschaft.

Bank des Berliner Kassenvereins. Ruft weitere Werte zur Einlieferung in das Sammeldepot auf.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co. Die Verwaltung erklärt, mit einer der guten Geschäftslage der Bank entsprechenden Dividende für das laufende Jahr rechnen zu können; eine Kapitalserhöhung kommt zurzeit nicht in Frage. Der Vertreter der Bank scheidet aus dem Aufsichtsrat der Harburger Hobelwerke aus.

Bayerische Getreidekreditbank, München. Schlägt eine Kapitalserhöhung um 1,5 auf 2 Mill. Rm. vor und will den Sitz nach Regensburg verlegen.

Bayerische Girozentrale, München. Legt mit der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank und der Deutschen Effekten- und Wechselbank von 20 Mill. Rm. 7% Kommunal-Anleihe des Bayer. Spar- und Giroverbandes einen Teilbetrag von 5 Mill. Rm. zu 92½% auf. Erwirbt als Hypothekengläubigerin der in Konkurs geratenen Bergina, Bergwerks- und Industrie A.-G., München, deren Werk Holzenbrunn für 80 000 Rm.

Bayerische Handelsbank, München. 10 Mill. Rm. 7½% Pfandbriefe Reihe 5 werden zur Münchener Börse zugelassen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. 20 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 6 werden zur Münchener Börse zuge-

Digitized by Google

lassen. Die Aktien der Bank erfahren Ende September eine auffallende Kurssteigerung. Siehe Deutsche Bank, Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken und Bayer. Girozentrale.

Bayerische Notenbank, München. Am 30. September bezifferten sich die Darlehen bei der Deutschen Rentenbank aut 12,3 Mill. Rm.

Bayerische Staatsbank, München. Beantragt die Zulassung der Aktien der Kreis-Elektrizitätsversorgung Unterfranken zur Münchener Börse. Siehe Deutsche Bank.

Bayerische Vereinsbank, München. Kündigt ihre 10% Pfandbriefe und bietet dafür 8 prozentige an. 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 77 und 10 Mill. Rm. 8% desgl. Reihe 80 und 81 werden zur Münchener Börse zugelassen. Siehe Deutsche Bank.

Baubank für die Residenzstadt Dresden. Siehe Dresdner Bank.

Beamtenbank, Berlin. Geht in Konkurs.

S. Bleichröder, Berlin. Siehe Deutsche Bank und Disconto-Ges.

Braunschweigische Bank und Kreditanstalt. Der Ausweis per 30. Juni zeigt in allen Geschäftszweigen steigende Ziffern. 5 Mill. 8% Schuldverschreibungen Reihe 16 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Braunschweigische Staatsbank. 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 16 sollen an der Berliner Börse eingeführt werden. Siehe Preuß. Staatsbank und Deutsche Bank.

Danziger Privat-Actien-Bank. Die Verwaltung des der Berliner Handels-Gesellschaft nahestehenden Instituts erklärt, daß das 1. Halbjahr, unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse, befriedigend verlaufen ist.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Siehe Deutsche Bank und Dresdner Bank.

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Die Bilanzen für die Jahre 1915 bis 1925 zeigen infolge des Krieges und der Liquidations-Maßnahmen einen Verlust, der die Reserve von 2,53 Mill. Taels übersteigt. Das Aktienkapital soll von 7,5 auf 5 Mill. Taels herabgesetzt werden bei einer Neudotierung der Rücklage mit 0,9 Mill. Taels. Eine Wiedererhöhung des Kapitals ist geplant.

Deutsche Domänenbank, Berlin. Hat die Genehmigung erhalten, Domänenpächtern Mobiliarkredite zu gewähren.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Siehe Bayerische Girozentrale.

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin. Das Kapital soll von 20 auf 28 Mill. Rm. erhöht werden.. Vor dem Wiener Untersuchungsausschuß über die Vorgänge bei der Zentralbank der Deutschen Sparkassen in Wien wird erklärt, daß die Zentralbank im Frühjahr 1926 auf die D. G. übergehen sollte, die Verhandlungen jedoch scheiterten. 70 Mill. Rm. 8% Deutsche Kommunalanleihe von 1926 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes bezw. des Instituts werden zur Berliner Börse prospektfrei zugelassen. Beantragt die Zulassung von 2,2 Mill Rm. 8% Anleihe der Stadt Koblenz von 1926 zur Berliner Börse. Siehe Preuß. Staatsbank und Darmstädter und Nationalbank.

Deutsche Hauptbank für Hypothekenschutz, München. Die General-Versammlung heißt eine Kapitals-Erhöhung um 0,5 Mill. Rm. gut; der Bezugspreis ist 107%.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. (Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.) Gibt 4½% Goldpfandbriefe zwecks Erwerbs von Aufwertungs-Hypotheken aus. Nimmt ferner Angebote auf Erwerb geeigneter Hypotheken (1932 fällig) gegen Barzahlung entgegen, deren Höhe zurzeit 75% des Nennbetrages der Hypotheken ist. 20 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 8 werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Siehe Frankfurter Pfandbriefbank.

Deutsche Kreditsicherungs-A.-G., Berlin. Ist Treuhänderin für die Siemens-Anleihe in Amerika. Siehe Deutsche Bank.

Deutsche Landesbankenzentrale, Berlin. Siehe Deutsche Bank.

Deutsche Länderbank, Berlin. Bietet die jungen Aktien der I. G. Farbenindustrie zum Bezug an. Bei der dem Institut nahestehenden Deutschen Waldindustrie A.-G., Berlin, ergibt sich für 1925 ein Verlust von 0,19 Mill. Rm.

Digitized by Google

Deutsche Orientbank, Berlin. Das der Dresdner Bank nahestehende Institut erzielt für 1925 einen Reingewinn von 0,56 Mill. RM. (i. V. 0,26 Mill.) und verteilt 5% (0%) Dividende. Die General-Versammlung beschließt eine Kapitals-Erhöhung von 7 auf 10 Mill. Rm. zwecks weiteren Ausbaues des Filialnetzes. Neu in den Aufsichtsrat treten ein Kurt Glogowski, Berlin, und S. E. Hassan Pascha Said, Kairo.

Deutsche Raiffeisenbank, Berlin. Ersteigert das Hotel „Russischer Hof" in Berlin für 2,4 Mill. Rm.; ihre Forderungen an den Riebe-Konzern betragen 4,2 Mill. Rm. Siehe Deutsche Rentenbank.

Deutsche Schiffsbeleihungsbank, Hamburg. Siehe Deutsche Schiffspfandbriefbank, Berlin.

Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg. Siehe Deutsche Schiffspfandbriefbank.

Deutsche Schiffspfandbriefbank, Berlin. Die im Septemberheft S. 549 erwähnten Verhandlungen über eine Binnenschiffahrts-Kreditaktion des Reiches mit dem Institut, der Deutschen Schiffsbeleihungsbank, Hamburg, und der Deutschen Schiffskreditbank, Duisburg, sind abgeschlossen. Das Reich wird Pfandbriefe der drei Institute übernehmen.

Deutsche Unionbank, Berlin. Siehe Preußische Hypotheken-Aktienbank.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Soll aus der Aktien-Gesellschaft in eine Kommandit-Gesellschaft auf Aktien umgewandelt werden. Zunächst wird eine „Frankfurter Vereinsbank Komm.-Ges. a. Akt." mit 0,1 Mill. Rm. Kapital gegründet; diese übernimmt im Weg der Fusion unter Kapital-Erhöhung auf 6,1 Mill. die Deutsche Vereinsbank; sie erhöht dann das Kapital weiter um 2,9 auf 9 Mill. und gibt 3 Mill. von den 9 Mill. Aktien an das Bankhaus L. u. E. Wertheimber, dessen Geschäft sie übernimmt. Siehe Oktoberheft S. 615 und Darmstädter und Nationalbank.

Deutsche Verkehrsbank, Berlin. Generaldirekor Fonfé legt den stellvertretenden Aufsichtsrats-Vorsitz bei den Motorenwerken Mannheim nieder.

Deutsche Verkehrskreditbank, Berlin. Das Institut, an dem die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit 3 Mill. Rm. beteiligt ist, erzielt 1925 einen Reingewinn von 1,40 (i. V. 1,15) Mill. Rm. und verteilt wieder 12% Dividende auf 4 (2) Mill. Rm. Kapital. Die Bank hat am 1. Juli die Bahnhofs-Wechselstuben der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Berliner Bankfirma Eugen Bab u. Co. übernommen.

Diskont- und Handelsbank, Berlin. Die General-Versammlung beschließt, 66 664 Rm. Verlust auf neue Rechnung vorzutragen.

Elektrizitäts-Kredit A.-G., Berlin. Ist mit 0,25 Mill. Rm. Kapital (25% eingezahlt) von Kreisen der Kreditanstalt für Verkehrsmittel gegründet worden.

Frankfurter Hypothekenbank. Siehe Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken.

Frankfurter Pfandbriefbank. Die Deutsche Hypothekenbank Meiningen und die Preuß. Boden-Credit-Aktien-Bank beantragen die Zulassung von je 10 Mill. Rm. 8% und 7% Kommunal-Obl. Reihe 4 bezw. 6 zur Berliner Börse. 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 3 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Frankfurter Vereinsbank Komm.-Ges. a. Akt. Siehe Deutsche Vereinsbank.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Außer bei der Westdeutschen Bodenkredit-Anstalt (s. d.) kommen Kapitals-Erhöhungen im Konzern nicht in Frage. Siehe Deutsche Hypothekenbank, Meiningen, Leipziger Hypothekenbank, Preuß. Boden-Credit-Aktienbank und Westdeutsche Bodencreditanstalt.

Goldgirobank Schleswig-Holstein A.-G. in Liqu., Kiel. Will die Schlußrechnung vorlegen und die Firma löschen.

Girozentrale Magdeburg. Gewährt der Stadt Greiz eine Anleihe von 1 Mill. Rm., davon 0,6 Mill. zu 8% und der Rest zu 7% verzinslich. Siehe Stadtbank Halle.

Digitized by Google

Handels- und Diskont A.-G., Berlin. Die General-Versammlung beschließt, den Verlust für 1925 von 79 057 Rm. vorzutragen. Der Antrag auf Auflösung des Instituts wird zurückgezogen.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Siehe Deutsche Bank und Dresdner Bank.

Von der Heydt - Bank, Berlin. Siehe Deutsche Bank.

Hypothekenbank in Hamburg. Darf 40 Mill. Rm. 7% neue Pfandbriefe Reihe D begeben, die zur Hamburger Börse zugelassen werden; ihre Zulassung zur Berliner Börse ist beantragt.

Industrielle Diskonto A.-G. (Indag), Berlin. Die General-Versammlung genehmigt eine Kapitalverdoppelung auf 1 Mill. Rm. Der Bezugspreis beträgt 105%.

Industrie- und Metallbank, Nürnberg. Beantragt eine Kapitalserhöhung um 140 000 Rm.

Internationale Handelsbank, Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Siehe Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt.

F. W. Krause u. Co., Bank - Komm.-Ges. a. Akt., Berlin. Der Bruttogewinn für 1925 beträgt 1,23 (i. V. 2,41) Mill. Rm., der Reingewinn 0,28 (0,55) Mill. Rm. 0.27 Mill. Rm. werden auf unsichere Debitoren abgeschrieben. Eine Dividende wird also nicht verteilt. (I. V. 6% Dividende auf 5,25 Mill. Kap.)

Kreditanstalt für Verkehrsmittel, Berlin. Siehe Elektrizitäts-Kredit-A.-G.

Kreisbank Düsseldorf A.-G. Der Abschluß für 1925 zeigt einen Verlust von 2,62 Mill. Mark.

Landbank, Berlin. Das Kapital soll zur „Vermeidung einer Unterbilanz" (20 : 1) auf 65 000 Rm. zusammengelegt, die Vorzugs- sollen den Stammaktien gleichgestellt werden. Bei Ablehnung eines dieser Anträge soll die Liquidation beschlossen werden.

Landesbank bayerischer Grund- und Hausbesitzervereine, München. Beantragt eine Kapitalserhöhung von bisher 5000 Rm. um 0,5 Mill. Rm. und Namensänderung in „Zentralbank für deutschen Haus- und Grundbesitz."

Landwirtschaftliche Pfandbriefbank (Roggenrentenbank), Berlin. Dies ist ab 1. Oktober der neue Name der Roggenrentenbank.

Leipziger Hypothekenbank (Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken). Je 10 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 3 und 7% Reihe 4 werden zur Berliner, Dresdner und Leipziger Börse zugelassen.

Liquidationskasse, Hamburg. Ruft verschiedene Aktien zur Einlieferung in das Effektengirodepot auf.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Siehe Deutsche Bank.

Metallbank und Metallurgische Gesellschaft, Frankfurt a. M. Die 25,6 Mill. Rm. Stammaktien des Instituts werden zur Berliner Börse zugelassen. Dr. Alfred Merton scheidet aus dem Aufsichtsrat der Mansfeld A. G. aus. Die Bank nimmt die Süddeutsche Metallindustrie A.-G., Nürnberg-Schweinau auf (Kapital 2,24 Mill. Rm.). Verkauft die in ihrem Besitz befindliche Aktien-Minderheit der Norddeutschen Affinerie, Hamburg, an die British Metal Corporation Ltd.

Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt, Greiz. Das zur Michael-Gruppe zählende Institut hat die Vollzahlung der jungen Aktien eingefordert. Beantragt mit der Internationalen Handelsbank die Zulassung ihrer jungen Aktien zur Berliner Börse und darf 4½ prozentige Mobilisierungspfandbriefe zwecks Erwerb von Aufwertungshypotheken ausgeben.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Siehe Disconto-Gesellschaft.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. 15 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 7 und 8 werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Siehe Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken.

Preußische Boden - Credit - Aktien - Bank, Berlin. (Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.) Siehe Frankfurter Pfandbriefbank.

Preußische Central - Bodenkredit A.G., Berlin. Der Ablösungsbetrag der 4% Pfandbriefe von 1922 ist auf 2,28 Rm. für 1000 Pm. fest-

Digitized by Google

gesetzt worden. 10,5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe werden zur Berliner und Frankfurter Börse zugelassen.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. 10 Mill. Rm. 8% Kommunalobligationen Reihe 17 werden zur Berliner Börse zugelassen.

Preußische Hypotheken-Aktienbank, Berlin. Wird auf Reichsmark (ohne Goldklausel!) lautende Pfandbriefe ausgeben. Beantragt die Zulassung ihrer 2 Mill. Rm. 7% Pfandbriefe Reihe 1 zur Berliner Börse. Löst ihre alten Pfandbriefe durch 4½% Goldpfandbriefe in Höhe von 15% des Nennwerts zuzüglich eines Besserungsscheines ab. Das bisherige Aufsichtsratsmitglied Dr. Breitenfeld scheidet aus dem Vorstand der dem Institut nahestehenden Deutschen Unionbank aus und tritt in die Direktion der Preuß. Hypotheken-Aktienbank ein. Direktor Heinrich Hänel ist 25 Jahre bei dem Institut tätig.

Provinzialbank Pommern (Girozentrale), Stettin. Darf weitere 5 Mill. Rm. 7% Schuldverschreibungen begeben.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Bietet den Umtausch ihrer Papiermark-Pfandbriefe in Goldpfandbriefe an. Siehe Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypotekenbanken.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln. Die General-Versammlung genehmigt die Kapitalsverdoppelung auf 6 Mill. Rm.; die 3 Mill. Rm. jungen Aktien werden von dem A. Schaffhausenschen Bankverein zu 107% übernommen und zu 110% weiterbegeben. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien wird herabgesetzt; die außerordentliche Reserve von 0,15 Mill. Rm. wird auf die gesetzliche Rücklage (31. Dezember 0,6 Mill. Rm.) übertragen.

Roggenrentenbank, Berlin. Die dem Institut nahestehende Neuland A.-G., Berlin, verteilt für 1925 wieder keine Dividende. Siehe Landwirtschaftliche Pfandbriefbank.

Sächsische Bank, Dresden. Am 30. September betragen die Darlehen bei der Deutschen Rentenbank 3,95 Mill. Rm.

Sächsische Bodencreditanstalt, Dresden. Bietet den Umtausch ihrer alten Papiermark- in 4½% Goldpfandbriefe an; auf 1000 Papiermark entfallen als erste Rate 100 Goldmark.

Sächsische Staatsbank, Dresden. Siehe Deutsche Bank.

A. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln (Disconto-Gesellschaft). Siehe Deutsche Bank und Rheinisch-Westfälische Boden-Creditbank.

C. Schlesinger-Trier u. Co., Komm.-Ges. auf Aktien, Berlin. Siehe Deutsche Bank und Darmstädter und Nationalbank.

Schlesische Bodenkredit-Aktienbank, Breslau. 20 Mill. Reichsmark 8% Pfandbriefe, erweiterte Reihe 5, werden zur Berliner Börse zugelassen.

Staatliche Kreditanstalt Oldenburg. Der Verlust aus den im Jahre 1924 und Anfang 1925 der Bremer Privatbank und der Deutschen Merkurbank, Berlin, (Barmatgruppe) gewährten Krediten beträgt etwa 4 Mill. Rm.

Stadtbank Halle. Der frühere Direktor Berger wird verhaftet; die Verluste aus Debitoren werden auf etwa 5 bis 6 Mill. Rm. geschätzt. Die Giozentrale Magdeburg ist um eine Sanierung des Instituts, für das die Stadt haftet, bemüht.

Süddeutsche Bodenkreditbank, Mannheim. Siehe Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Direktor Fuld tritt in den Aufsichtsrat der Silvana Holzindustrie A.-G. ein. Das Aufsichtsratsmitglied Kommerzienrat Bankier Dr. M. Straus, Karlsruhe, ist gestorben. Siehe Mitteldeutsche Creditbank.

Thüringische Staatsbank, Weimar. Siehe Deutsche Bank.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Siehe Deutsche Bank.

Westdeutsche Bodencreditanstalt, Köln. (Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.) Die Generalversammlung beschließt eine Kapitalsverdoppelung auf 6 Mill. Rm. Die jungen Aktien übernimmt die Deutsche Bank zur Weitergabe nicht unter dem Nennwert. Kommunaldarleihen dürfen nur in Preußen ansässigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewährt werden. Die Gesamtausleihungen erreichen fast 65 Mill Rm., das sind 50% des höchsten Friedensstandes; davon sind 40 Mill. Rm. im laufenden Jahre ausgeliehen worden. Je 10 Mill.

Digitized by Google

Reichsmark 7% Pfandbriefe Reihe 10 Lit. P. und 8% desgl. Reihe 11 Lit. P. werden zur Berliner Börse zugelassen, letztere auch zur Kölner Börse.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Darf 5 Mill. Rm. neue 8% Pfandbriefe begeben. Gibt ab 1. Januar 1927 4½% Liquidations-Goldpfandbriefe aus. Siehe Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken.

Württembergische Notenbank, Stuttgart. Am 30. September belaufen sich die Darlehen bei der Deutschen Rentenbank auf 6,3 Mill. Rm.

Zentralbank für Deutschen Haus- und Grundbesitz, München. Siehe Landesbank bayerischer Grund- und Hausbesitzervereine.

Zahlungseinstellungen usw. Die Berliner Bankfirma Eugen Bab u. Co., die neben ihrer Zentrale fünf Filialen unterhält, gerät infolge von Börsenverlusten in Zahlungsstockung und beantragt die **Geschäftsaufsicht;** der Gläubiger-Ausschuß bietet eine sofort zahlbare Quote von 30% und einen Besserungsschein von 20% an; diese Quote ist nur durch die Opferwilligkeit Dritter möglich. — **In Konkurs** geraten die Beamtenbank A.-G., Berlin, und das Bankgeschäft Willi Köstler, Nürnberg. — Im Konkurs Louis David, Bonn, wird der Bankier Otto David wegen Beihilfe zur Depot-Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. (Der Hauptinhaber hatte Selbstmord begangen.)

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1926

V. Italien.

Banca d'Italia. Der Diskontsatz bleibt unverändert 7%. Nach dem Geschäftsbericht ist der Notenumlauf der drei Notenbanken (Banca d'Italia, Banco di Napoli, Banca di Sicilia) im Jahre 1925 um 1,2 Milliarden auf insgesamt 21,5 Milliarden Lire gestiegen, wovon mehr als 9 Milliarden direkte und indirekte Staatsschulden darstellen. Das Notenprivileg der Banca d'Italia wird bis Ende 1930 verlängert, dasjenige der beiden Privatbanken soll aufhören, die Banca d'Italia also das Notenmonopol erhalten; der Banco di Napoli und die Banca di Sicilia werden in Kreditbanken mit bedeutenden Kapitalien umgewandelt, ersterer mit einem so hohen Eigenkapital, daß die Kreditgewährung in Süditalien nicht durch das Ende des Notenprivilegs leidet.

Währung. Nachdem durch fortgesetzte Intervention die Lira seit Ende 1925 auf Basis von etwa 120 Lire je Pfd. Sterling stabil erhalten war, tritt Mitte Mai ein starker Lire-Sturz ein, am 14. Mai z. B. von 122 auf 135. Ende Juni notiert London 134,87 gegen 120,09 Lire Ende Dezember 1925 (Parität 25,22) und New York 3,60½ gegen 4,05 Cents (Parität 19,30). In Berlin werden zur gleichen Zeit 100 Lire mit 15,17 Rm. gegen 16,96 Rm. bewertet. Die im Mai-Heft S. 295 erwähnte, unter Führung des New Yorker Bankhauses J. P. Morgan u. Co. aufgelegte italienische Lire-Unterstützungs-Anleihe von 100 Mill. Dollar findet unbefriedigenden Absatz. Ein Regierungsdekret beschränkt am 12. Juni den Devisenhandel auf die Großbanken Italiens, die über ein Aktienkapital von wenigstens je 100 Mill. Lire verfügen, und auf Filialen solcher Auslandsbanken, die schon Korrespondenten des italienischen Schatzamtes sind. Devisenhandelsfähig sind also: Banca Commerciale Ital., Credito Italiano, Banca Nazionale di Credito, Banco di Roma (die vier bisher Genannten haben ein Konsortium mit 100 Mill. Lire Kapital zur Verhinderung weiterer Lire-Baisse-Manöver an den italienischen Börsen gebildet), Banca d'America e d'Italia, Istituto Italiano di Credito Marittimo, Banca Commerciale Triestina und Banco Italo-Britannica (Filiale der British Corporation). Auch sonst ergehen die üblichen Verbote und Strafandrohungen sowie eine „Disziplinierung des Verbrauchs" (mit dem Ergebnis, daß im Juli ein weiterer Lire-Sturz eintritt).

Aktienwesen. Der Finanzminister macht Kapitalserhöhungen aller Gesellschaften mit mehr als 5 Millionen Lire Kapital genehmigungspflichtig, sofern die Erhöhungen 25% des alten Kapitals übersteigen.

Postsparkasse. Ende März betragen die Guthaben der Einleger 10,2 Milliarden Lire (Ende 1913: 2,1 Milliarden).

Zahlungseinstellungen. Die Banca Agricola, Parma (s. d.), bricht zusammen; ebenso die Banca Popolare in Monte St. Angelo.

Digitized by Google

Banca Agricola, Parma. Dieses faszistisch orientierte Institut, das in den Provinzen Parma und Cremona 20 Filialen unterhält, falliert. Der Konkursverwalter stellt schwere Unregelmäßigkeiten (Bilanzfälschungen, Depotunterschlagungen) fest und veranlaßt unter Billigung Mussolinis die Verhaftung von 15 gegenwärtigen und ehemaligen Verwaltungsmitgliedern. Den Passiven von 29 Mill. Lire stehen Aktiven gegenüber, die erst auf 6 Mill., später auf weniger als 1 Million Lire beziffert werden.

Banca Agricola Italiana, Turin. Verteilt für 1925 aus 7,90 Mill. Lire Reingewinn (i. V. 6,74 Mill.) 6 statt 8% Dividende auf 75 Mill. Lire Aktienkapital; den Reserven, die Ende 1925 mit nur 3,47 Mill. ausgewiesen werden, fließen 2,5 Mill. Lire zu. Die Depositen dieser Industrie-Bank des Präsidenten der Snia Viscosa, Gualino, betragen 606,5 (i. V. 588,2) Mill. Lire, die Kreditoren 292,3 (179,7) Millionen; andererseits belaufen sich (in Mill. Lire) Wechsel auf 537,6, Darlehen auf 161, Debitoren auf 157,3 und Reports auf 35,8 Mill. Lire.

Banca Commerciale Italiana, Mailand. Der Reingewinn ist von 65,33 Mill. i. V. auf 83,13 Mill. Lire im Jahre 1925 gestiegen; die Dividende beträgt 13 (i. V. 12) Prozent bei 700 Mill. Lire Aktienkapital und 460 (280) Mill. Reserven. Die fremden Gelder sind von 6 909,03 auf 7 041,83 Mill. Lire gestiegen, die liquiden Bestände von 5259 auf 5458,81 Mill., nämlich Kasse von 441,36 auf 491,68 und Wechsel von 4149,47 auf 4380,52, während Reports sich von 668,52 auf 586,61 verminderten. Die Bank verhandelt mit Polen wegen eines größeren als des bereits gewährten Darlehns auf Grundlage einer erhöhten Gewinnbeteiligung am polnischen Tabakmonopol. Die dem Institut nahestehende Banca Ungaro-Italiana, Budapest, verteilt für 1925 eine Dividende von 1500 (i. V. 1000) Kronen. Die Banca Commerciale Italiana si Romana, Bukarest, schließt das gleiche Jahr mit 21 Mill. Lei Reingewinn. Siehe Währung.

Banca Commerciale Triestina, Triest. Schüttet für 1925 aus 13,31 (i. V. 13,56) Mill. Lire Reingewinn eine Dividende von wieder 8% aus; dem Reservefonds fließen 3,0 (3,02) Mill.) zu, womit er 20 Mill. erreicht. Siehe Währung.

Banca d'America e d'Italia, Rom. Verteilt für 1925 aus 6,6 Mill. Lire Reingewinn auf 100 Mill. Kapital eine Dividende von 6%; die Reserve erhalten 0,5 Mill. und betragen alsdann 30,5 Mill. Die Kap.-Verdoppelung auf 200 Mill. wird bis 1. Juli durchgeführt. Siehe Währung.

Banca di Sicilia, Palermo. Siehe Banca d'Italia.

Banca Italo-Britannica, Mailand. Das Institut, das Filialen in Rom, Guinea, Neapel, Venedig und Triest besitzt, errichtet in Turin eine Niederlassung. Siehe Währung.

Banca Nazionale di Credito, Rom. Siehe Währung.

Banco di Napoli. Siehe Banca d'Italia.

Banco di Roma. Der Reingewinn für 1925 beziffert sich auf 1868 (i. V. 13,11) Mill. Lire, die Dividende auf 6 (5) Prozent auf 200 Mill. Kapital. Infolge der Einschränkung des Filialnetzes und der Gründung selbständiger Tochterbanken (vergl. Mai-Heft S. 296) gingen die Einlagen von 470 auf 402 Mill. zurück; die Kreditoren stiegen trotzdem von 1420 auf 1433 Mill. Ferner erscheinen Kasse mit 143 (159), Wechsel mit 710 (625), Effekten mit 186 (202), Reports mit 255 (383) und Debitoren mit 713 (683) Mill. Lire. Die Auflösung des Filialnetzes wird fortgesetzt. Die sardinischen Filialen sind, bis auf die in Cagliari, an den Credito Fondiario Sardo abgetreten; die mit Verlust arbeitende Madrider Niederlassung ging auf den Banco de Cataluna, Barcelona, über. Siehe Währung.

Credito Fondiario Sardo. Siehe Banco di Roma.

Credito Italiano, Mailand. Schüttet für 1925 eine Dividende von 10 (i. V. 9) Prozent auf 331 Mill. Lire gewinnanteilberechtigtes Kapital aus; die Reserve erhöht sich um wieder 20 Mill. auf 130 Mill. Lire. Siehe Währung.

Istituto Italiano di Credito Fondiario, Rom. Verteilt für 1925 aus 3,03 (i. V. 2,69) Mill. Lire Reingewinn bei 40 Mill. Aktienkapital wieder 29 Lire je Aktie Dividende. Ende 1925 betrug der Pfandbriefumlauf 354,11 (i. V. 316,59) Mill. Lire.

Istituto Italiano di Credito Marittimo, Rom. Verteilt für 1925 wieder eine Dividende von 7% auf 126,48 Mill. Aktienkapital; der Reserve werden 2,5 Mill. Lire zugewiesen; sie verdoppelt sich dadurch gegenüber dem Vorjahr. Siehe Währung.

Digitized by Google

VI. Schweiz.

Schweizerische Nationalbank. Der 3½proz. Diskontsatz bleibt unverändert. Nach dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1925 stellt sich der Notenumlauf des Instituts im Jahresdurchschnitt auf 798 Mill. Schweizer Francs gegen 851 Mill. im Vorjahr. Die durchschnittliche Metalldeckung betrug in Gold 485,7 (i. V. 518,6) Mill. Frcs., in Silber 89,4 (94,4) Mill., insgesamt 575,1 (613,0) Mill. oder 71,10 (72,08) Prozent. Wechsel erbrachten (alles in Mill. Frcs.) 5,92 (3,84), Zinsen 4,15 (4,56); die Bruttoeinnahme stellte sich auf 11,34 (9,86); andererseits beanspruchten Unkosten 3,71 (3,63) und Banknotenanfertigung 0,41 (0,52). Der Reingewinn beträgt 6,69 (6,36) Mill., die Dividende wieder 6% auf 50 Mill. Aktienkapital. Der Reservefonds erhält 0,5, die Bundeskasse 0.53, die Kantone 3,10 und die Eidgenossenschaft 1,05 Mill. Das Notenprivileg des Intituts, das am 20. Juni 1927 abläuft, ist bis 1937 verlängert worden. Die Zahl der Bank- und Neben-Plätze ist von 447 auf 458 gestiegen. Der Jahresbericht konstatiert, daß noch immer Schweizer Banknoten im Auslande umlaufen. Siehe Münzbestände und Kantonalbanken.

Währung. Ende Juni notieren in Zürich: London 25,14 gegen 25,10 Ende Dezember, Paris 14,65 gegen 19,20, Italien 18,67 gegen 20,87, Brüssel 14,60 gegen 23,45, New York 5,16½ gegen 5,17⅛ und Berlin 1,23 gegen 1,23,20. — Die Bundes-Kassenscheine zu 5, 10 und 20 Francs haben am 30. Juni ihre Gültigkeit verloren. Siehe Münzen-Bestände.

Münz - Bestände. Eine am 23. Februar veranstaltete Rundfrage bei 7513 Kassenstellen ergibt einen Gesamtkassenbestand von 392,5 Mill. Francs. Davon entfallen (in Mill. Frcs.) u. a. auf die Schweizerische Nationalbank 234,9, auf die Großbanken 50,7, die Kantonalbanken 28 und die übrigen Banken und Sparkassen 29 Mill. Es wurden gezählt: 110,7 Mill. schweizerische, 5,1 Mill. fremde Banknoten, 129,4 Mill. schweiz. Goldmünzen, 106,8 Mill. Goldmünzen der Lateinischen Münzunion, 22,4 Mill. Fünffrankenstücke, 20,7 Mill. Silberscheidemünzen, 2,2 Mill. Nickel- und Kupfermünzen.

Kantonalbanken. Nach einer Statistik der Schweiz. Nationalbank (Monatsberichte) betrugen Ende 1925 bei den Schweiz. Kantonalbanken (in Mill. Frcs.): Kapital 473,5, Reserven 112,5, Kreditoren 628,1, Sparkassen-Einlagen 1374,3, Obligationen 2282,3.

Emissionen. Nach Aufzeichnungen der „N. Zürch. Ztg." sind im Jahre 1925 für die Industrie 90 (i. V. 40) Mill., für die Banken 53 (42) Mill., für die Bahnen 3 (5) Mill., für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden 505 (470) Mill. Frcs., insgesamt 651 (557) Mill. Francs Wertpapiere begeben werden.

Effekten - Steuern. Ein Gesetzentwurf des Bundesrats will den Obligationenstempel von 1 auf 1½, den Aktienstempel von 1½ auf 2 und die Umsatzsteuer von $^1/_{10}$ promille (inländische Papiere) bezw. $^4/_{10}$ promille (ausländische Papiere) auf $^3/_{10}$ und 1 promille erhöhen.

Zahlungseinstellungen etc. Siehe Soc. Financ. Italo-Suisse und Verwertungsstelle für ausländische Währungen.

Aargauische Hypothekenbank, Brugg. Schüttet für 1925 aus 566 000 (i. V. 565 000) Frcs. Reingewinn eine Dividende von 7% wie i. V. auf 6 Mill. Frcs. Aktienkapital aus.

Aargauische Kantonalbank, Aarau. Verwendet vom Reingewinn für 1925 von 1,58 (i. V. 1,66) Mill. Frcs. u. a. 0,51 Mill. zur Verzinsung des Dotationskapitals von 12 Mill. Frcs.

Allgemeine Finanzgesellschaft, Zürich. Verteilt für 1925 eine Dividende von 5% p. r. t. auf 5 Mill. Frcs. Aktienkapital.

Banca della Svizzera - Italiana, Lugano. Kehrt aus 0,70 (i. V. 0,75) Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 eine Dividende von 8,25 (8) Prozent auf 7,5 Mill. Frcs. Kapital aus.

Banca Popolare, Lugano. Verteilt aus 0,48 (i. V. 0,47) Mill. Frcs. eingewinn 8,25 (8) Prozent Dividende.

Banca Unione di Credito, Lugano. Der Reingewinn per März 1925 beträgt 0,24 Mill. Frcs., die Dividende wieder 6%.

Bank für Bahn- und Industriewerte, Glarus. Der Verlustsaldo erhöht sich von 4,05 auf 4,19 Mill. Frcs.

Bank für elektrische Unternehmungen, Zürich. Der Verwaltungsrat widerspricht Gerüchten von einer Kapitalserhöhung, Ausschüttung

Digitized by Google

eines Bonus, Abgabe von Gratisaktien oder Aktien-Aufwertung sowie Einräumung besonderer Vorteile an die alten Akien B. Die Bank begibt 12 Mill. Frcs. 7% Anleihe der Lech Elektrizitätswerke, Augsburg.

Bank für Graubünden, Chur. Der Reingewinn für 1925 beträgt 0,27 Mill. Frcs., die Dividende wieder 6%.

Bank für Orientalische Eisenbahnen, Zürich. Das Institut, das sein Kapital von 50 auf 30 Mill. Frcs. (15 Mill. nicht eingezahlt) herabgesetzt hat, kann durch diese Sanierung seine Unterbilanz von 9,29 auf 7,91 Mill. Francs ermäßigen. Eine Zinszahlung an die Obligationäre findet nicht statt.

Bank für Transportwerte, Glarus. Der Fehlbetrag vermindert sich 1925 von 4,71 auf 4,60 Mill. Frcs.

Bank Guyerzeller. Siehe Guyerzeller.

Bank in Burgdorf. Die Dividende für 1925 wird auf 7%, wie seit Jahren, bemessen.

Bank in Ragaz. Verteilt für 1925 wieder 5½% Dividende.

Bank von Montreux. Siehe Banque de M.

Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne. Schüttet für 1925 aus 3,85 (i. V. 3,83) Mill. Frcs. Reingewinn 7% Dividende wie i. V. auf 50 Mill. Francs Kapital aus.

Banque de Dépot et de Crédit, Genf. Zahlt für 1925 eine Dividende von 5½ (i. V. 5) Prozent auf 10 Mill. Frcs. Kapital.

Banque de Génève. Verteilt für 1925 aus 0,53 (i. V. 0,51) Mill. Frcs. Reingewinn wieder 6% Dividende auf 8 Mill. Frcs. Kapital.

Banque de Montreux. Aus 0,44 (i. V. 0,50) Mill. Frcs. Reingewinn werden wieder 5% auf 6 Mill. Francs Kapital verteilt. Schreibt auf Effekten und Debitoren 2,5 Mill. Frcs. ab durch Heranziehung der Reserven, die sich dadurch auf 0,5 Mill. Frcs. verringern.

Banque Foncière du Jura, Basel. Zahlt den Obligationären 25% des Nennwertes für den Verzicht auf Verzinsung bis Ende 1926 und bietet den Rückkauf einer Anzahl ihrer Obligationen zu 80% an. Der Rest der Titel soll in Vorzugsaktien umgewandelt werden. Zwecks Tilgung des Verlustes sowie des Konto „Währungsausfall" von zusammen 8,97 Mill. Francs wird das Aktienkapital von 10 auf 1 Mill. Frcs. herabgesetzt.

Baselandschaftliche Hypothekenbank, Liestal. Kehrt aus 0,61 (i. V. 0,58) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von 6 (in den Vorjahren 5¾) Prozent aus und erhöht das Kapital von 8 auf 10 Mill. Frcs.; die Aktien des Instituts sollen an der Baseler Börse notiert werden. Eine 2 Mill. Francs-Anleihe der Bank wird so überzeichnet, daß freie Zeichnungen (ohne Sperrklausel) nur mit 7% berücksichtigt werden können.

Baselandschaftliche Kantonalbank, Liestal. Der Reingewinn aus 1925 beträgt 2,09 (i. V. 1,84) Mill. Frcs. Die Verzinsung des Dotationskapitals von 27 Mill. erfordert 1,2 Mill. Darüber hinaus werden 0,35 Mill. Frcs. an die Staatskasse abgeführt.

Basler Handelsbank. Der Reingewinn für 1925 beziffert sich nach Abschreibungen von 1,43 Mill. Frcs. auf Debitoren auf 4,31 (i. V. 3,77) Mill. Frcs., die Dividende auf 7% (in den Vorjahren 6%). Die Bank erhöht das Grundkapital von 60 auf 75 Mill. Frcs.; das Bezugsangebot erfolgt zu 575 Frcs. bei 500 Frcs. Nennwert.

Basler Kantonalbank. Der Gewinn ist 1925 von 3,32 auf 3,79 Mill. Francs gestiegen; mit 1,25 Mill. Frcs. wird das Dotations-Kapital verzinst.

Berner Handelsbank. Das Institut, an dem die A.-G. Leu, Zürich (s. d.) beteiligt ist, schüttet für 1925 eine Dividende von 6 (i. V. 5) Prozent aus 0,55 (0,50) Mill. Frcs. Reingewinn aus.

Bodenkreditbank in Basel. Die Bilanz für 1925 weist 0,24 (i. V. 0,20) Mill. Frcs. Reingewinn aus. Die Gläubiger der Bank erhalten 1½% Zinsen auf Pfandbriefe und Kassaobligationen (i. V. 1%).

Comptoir d'Escompte de Génève. Schüttet für 1925 aus 4,52 (i. V. 4,21) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von wieder 6% auf 45 Mill. Frcs. Kapital aus. 1,22 (i. V. 1,42) Mill. Frcs. werden zu Abschreibungen und Reservestellungen verwendet.

Digitized by Google

Crédit Foncier Neuchatelois. Verteilt für 1925 eine Dividende von 6% wie seit 1922.

Crédit Immobilier, Zürich. Begibt eine 6% Obligationsanleihe von 5 Mill. Frcs. zu 96%.

Eidgenössische Bank, Zürich. Nach Abschreibungen von 0,51 (i. V. 60) Mill. Frcs. ergibt sich für 1925 ein Reingewinn von 4,80 (4,66) Mill. Francs.; die Dividende beträgt wieder 8% auf 50 Mill. Frcs. Kapital. Die Bank beteiligt sich an einer 7% Anleihe von 4 Mill. Dollar der Stadt Frankfurt a. M., der 7% Dollar-Anleihe der Deutschen Rentenbank - Kreditanstalt, der 7% Sterling-Anleihe des Deutschen Kalisyndikats und der Dollar-Anleihe der Gutehoffnungshütte. Siehe Schweizerisch-Argentinische Hypothekenbank.

„Fides" Treuhand-Vereinigung, Zürich. Erhöht für 1925 die Dividende von 6 auf 8%.

Freiburger Staatsbank. Zahlt an den Staat aus 2,08 Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 0,78 Mill. Frcs. und legt 0,3 Mill. Frcs. in den Reservefonds, der 14,8% des Kapitals beträgt.

St. Gallische Hypothekarkasse. Kehrt für 1925 eine Dividende von 5½% wie i. V. aus.

St. Gallische Kantonalbank. Aus 1,89 (i. V. 1,71) Mill. Frcs. Reingewinn werden 1,35 (1,16) Mill. Frcs., d. h. 4½ (3,9) Prozent des Dotations-Kapitals von 30 Mill. Frcs. der Staatskasse zugeführt.

St. Gallische Kreditanstalt. Verteilt für 1925 aus 1,045 (i. V. 1,043) Mill. Frcs. Reingewinn 8% Dividende, wie seit Jahren, auf 10 Mill. Frcs. Kap.

Gewerbekasse Baden. Zahlt für 1925 7% Dividende auf 4 Million Francs Kapital.

Genfer Volksbank. Schüttet für 1925 auf 4,26 Mill. Frcs. Kapital 6½% Dividende aus.

Glarner Kantonalbank. Erzielt einen Reingewinn von 0,49 (i. V. 0,45) Mill. Frcs. und eine Dividende von 5% auf 4 Mill. Frcs. Kapital.

Guyerzeller Bank A.-G., Zürich. Verteilt für 1925 aus 0,631 (i. V. 0,638) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von 8% auf 6 Mill. Frcs. Kapital; die dem Institut nahestehende A.-G. für industrielle und kommerzielle Unternehmungen, Zug, erhöht die Dividende von 8 auf 9%. Die Bank veräußert ihren Besitz an Aktien der Westbank, Frankfurt a. M. Direktor Dr. Fritz Ehrensperger tritt in den Aufsichtsrat der Bergbau A.-G. Lothringen ein und veröffentlicht ein Werk, „Die Pariser Börse und die französischen Bankinstitute seit Ausbruch des Weltkriegs (1914 bis 1925)".

Handels- und Finanz-Comptoir-A.-G., Zürich. Der Zentralverband des Deutschen Bankgewerbes rät von einer Geschäftsverbindung mit dem Unternehmen ab.

Handwerkerbank, Basel. Verteilt aus 1,16 Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 eine Dividende von 6% (wie i. V.) auf je 5 Mill. Frcs. Vorzugs- und Stammaktien.

Hypothekarbank Lenzburg. Die Dividende für 1925 wird auf 7% festgesetzt und das Kapital von 2,5 auf 3 Mill. Frs. erhöht.

Hypothekarbank Winterthur. Schüttet für 1925 eine Dividende von 6½% wie seit Jahren auf 15 Mill. Frcs. Kapital aus.

Hypothekarkasse des Kantons Bern. Erzielt bei 30 Mill. Frcs. Dotationskapital 0,39 (i. V. 0,38) Mill. Frcs. Reingewinn.

Hypothekarkasse des Kantons Freiburg. Kehrt aus 0,57 Millionen Francs Reingewinn für 1925 wie seit Jahren 6½% Dividende auf 6 Mill. Francs Aktienkapital aus.

Kantonalbank in Bern. Der Reingewinn für 1925 beträgt 3,08 Mill. Francs, die Dividende 7½% auf 40 Mill. Francs Dotations-Kapital.

Kantonalbank Schwyz. Für 1925 ergibt sich ein Reingewinn von 0,51 (i. V. 0,48) Mill. Frcs. und eine Verzinsung des Dotations-Kapitals von 6 Mill. Frcs. mit wieder 0,3 Mill. Frcs.

Leu u. Co., A.-G., Zürich. Verteilt für 1925 aus 2,74 (i. V. 2,43) Mill. Francs Reingewinn 8 (7) Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien, überweis 0,35 (0,30) Mill. Frcs. dem Reservefonds und trägt 0,288 (0,291) Mill. Frcs. auf neue Rechnung vor. In der General-Versammlung wird der Antrag einer Opposition,

Digitized by Google

4% Dividende auf die Stammaktien auszuschütten (weil die deutschen Goldhypotheken in der Bilanz unterbewertet seien), abgelehnt. Siehe Berner Handelsbank.

Lombardbank, A.-G., Zürich. Die General-Versammlung heißt eine Dividende von wieder 6% gut.

Luzerner Kantonalbank. Der Abschluß für 1925 weist 1,96 (i. V. 1,85) Mill. Frcs. Ueberschuß aus; das Dotations-Kapital von 16 Mill. Frcs. wird mit 0,73 Mill. Frcs. wie i. V. verzinst.

Rhätische Bank, Davos. Verteilt für 1925 eine Dividende von 7% (i. V. 6%) aus 0,19 (0,13) Mill. Frcs. Reingewinn.

Rheinthalische Kreditanstalt, Altstätten. Zahlt aus 0,42 (i. V. 0,46) Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 eine Dividende von 8¼% (i. V. 8% und 1% Jubiläumsdividende).

Schaffhauser Kantonalbank. Der Reingewinn des Jahres 1925 beträgt 0,72 Mill. Frcs., die Verzinsung des Dotations-Kapitals von 7 Mill. Francs 4¾ Prozent.

Schweizerisch-Argentinische Hypothekenbank, Zürich. Legt durch die Schweiz. Creditanstalt und die Eidgenössische Bank zur Konversion ihre beiden 5% Anleihen Reihe D und E eine neue 5% Anleihe Reihe H von 15 Mill. Frcs. auf.

Schweizerische Bank für Kapitalanlagen, Zürich. Verteilt für 1925 aus 1,09 (i. V. 0,90) Mill. Frcs. Reingewinn eine Dividende von 11 (10) Prozent auf die Aktien A (27,50 Francs je Aktie) und von 8% (7½%) auf die Aktien B (40 Frcs.).

Schweizerische Bankgesellschaft, Winterthur. Schüttet für 1925 wieder 7% Dividende aus. Bei 70 Mill. Frcs. Aktienkapital und 17 Mill. Francs offenen Reserven erscheinen Ende Dezember (in Mill. Frcs.) Bankkredite mit 91,23 (i. V. 74,74), sonstige Kreditoren mit 257,58 (251,96), Tratten mit 7,28 (6,82) und Obligationen mit 113,14 (108,89); andererseits betragen Kasse und Sorten 19,90 (22,25), Wechsel 106,21 (109,99), Bankguthaben 140,90 (130,82), Wertpapiere 13,92 (9,48), dauernde Beteiligungen 4,29 (4,71), Konsortialbeteiligungen 3,61 (1,94), Schuldbriefe 7,93 (7,07) und Debitoren 298,54 (282,16).

Schweizerische Bodenkreditanstalt, Zürich. Das Institut, bei dem 1927 und 1928 mehrere Obligationsanleihen im Betrag von 50 Mill. Frcs. fällig werden, legt eine 5% Konversions-Anleihe von 20 Mill. Frcs. zu 98% auf. Nach Zurückstellung von 0,6 Mill. Frcs. für die Obligationszinsen-Reserve wird der Gewinn für 1925 von 0,305 Mill. Frcs. auf neue Rechnung übertragen; aus Wiedereingängen früher abgeschriebener deutscher Posten werden 0,75 Mill. Frcs. der Reserve gutgeschrieben. Ein von der Bank der Grubengesellschaft Anna in Vitenheim (Lothringen) Ende 1916 gewährter Kredit von 3 Mill. Mark wird vom französischen Kassationshof als betrügerisch und nichtig erklärt, da die Bank damals bereits gewußt haben müsse, daß Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich fallen werde (!).

Schweizerische Creditanstalt, Zürich. Erzielt 1925 einen Reingewinn von 11,57 (i. V. 10,44) Mill. Frcs., woraus wieder 8% Dividende verteilt werden. Zinsen und Provisionen ergaben 38,52 (40,17), Wechsel 8,85 (6,47), Effekten und Beteiligungen 2,98 (2,75) Mill.; andererseits beanspruchten Passiv-Zinsen und Provisionen 20,40 (19,50) und Abschreibungen auf Debitoren usw. 1,29 (0,87) Mill. Frcs. In der Bilanz erscheinen (in Mill. Frcs.): Fremde Gelder mit 633 (684), Tratten und Akzepte mit 71,1 (58,2), Debitoren mit 361 (380), darunter Blanko-Kredite mit 113 (118), sowie Kasse, Bankguthaben, Wechsel und Lombards mit 422 (449). Die General-Versammlung genehmigt den Abschluß und die Verschmelzung des Delkrederekontos von 5 Mill. Frcs. mit dem Reservefonds. Das Kreditgeschäft im laufenden Jahr wird als gut bezeichnet, die Verluste gering; Unterbringung ausländischer Werte in der Schweiz stoße wegen der Verschärfung der Stempel- usw. -Abgaben sowie der fortgesetzten Agitation gegen die Kapitalausfuhr auf immer größere Schwierigkeiten. Andererseits sei es schwierig, ein gutes rein schweizerisches Wechselportefeuille zu beschaffen. Die Bank übernimmt consort. 40 Mill. schweiz. Frcs. 6½% Anleihe des Freistaats Baden. Vizedirektor Wilh. Merian wird Verwaltungsrat der neugegründeten Textil Consortium A.-G. (0,5 Mill. Francs Kapital) und der Stutex A.G. (0,8 Mill. Kap.), beide in Glarus. Siehe Schweizerisch-Argentinische Hypothekenbank.

Digitized by Google

Schweizerische Eisenbahnbank, Basel. Die Dividende auf Vorzugs- und Stammaktien beträgt für 1925 wieder 5%.

Schweizerische Genossenschaftsbank, St. Gallen. Schließt das Jahr 1925 mit 0,43 (i. V. 0,40) Mill. Frcs. Ueberschuß und verteilt 5½% Dividende wie i. V.

Schweizerische Hypothekarbank, Solothurn. Kehrt für 1925 wieder 5% Dividende aus.

Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich. Die Dividende für 1925 wird auf 7 Prozent wie i. V. bemessen.

Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel. Die Dividende steigt von 9% (1924) auf 10% (1925).

Schweizerische Volksbank, Bern. Bei dieser mit 77 570 Genossen arbeitenden Bank stiegen 1925 (in Mill. Frcs.) die Kreditoren um 23,5 auf 197,7, Spareinlagen und Depositen um 30 auf 273,6 und Obligationen um 31,1 auf 285,3. Angelegt waren in Wechseln 123,9 (81,2), Effekten 28 (21,1), Debitoren 444,8 (436,7), Darlehen 44,7 (48,6) und Grundpfandforderungen 178,3 (165,4). Aus 7,38 Mill. Francs Reingewinn wird eine Dividende von wieder 6% auf 94,8 Mill. Frcs. Stamm-Kapital ausgeschüttet. Das Institut übernimmt die Volksbank in Luzern (s. d.), die in Liquidation tritt, gegen 2,63 Mill. Frcs. Vergütung.

Schweizerischer Bankverein, Basel. Weist für 1925 aus (in Mill. Frcs.): Wechseleinnahmen 15,56 (i. V. 16,26), Zinsen und Kommissionen 16,13 (15,97), Effekten und Syndikate 1,16 (1,59), Kupons usw. 1,32 (1,58); bei 22,48 (22,38) Verwaltungsausgaben und 0,96 (1,48) Abschreibungen beträgt der Reingewinn einschl. 1,52 (1,25) Vortrag 12,42 (12,05), die Dividende wieder 8% und der Vortrag 1,88. Die Bilanz verzeichnet bei unverändert 120 Mill. Frcs. Aktienkap. und 33 Mill. Frcs. offenen Reserven einen Obligationen-Umlauf von 149,57 (149,24); ferner erscheinen Verpflichtungen bei Banken mit 150,74 (187,18), Kreditoren mit fester Verfallzeit mit 217,27 (163,47), solche unbest. Verfallzeit mit 300,59 (321,08), Tratten und Akzepte mit 66,42 (55,48) und Schecks mit 17,59 (21,36); andererseits zeigen die Aktiva: 37,21 (71,34), Kasse, 18,35 (18,07) Kupons, 229,36 (277,69) Wechsel, 4,75 (4,55) Lombardvorschüsse, 50,99 (45,76) Effekten, 12,42 (4,47) Reports, 164,48 (138,53) Bankguthaben, 4,22 (12.78) Syndikatsbeteiligungen, 5,88 (7,56) dauernde Beteiligungen, 363,97 (295,21) gedeckte und 159,62 (172,09) ungedeckte Debitoren. Die Bank schließt mit der Staatshypothekenbank Belgrad eine Anleihe von 5 Mill. Frcs. ab.

Société Financière Franco-Suisse, Genf. Das Aktienkapital von 20 Mill Frcs. (4 Mill. eingezahlt) bleibt wieder dividendenlos.

Société Financière Italo-Suisse, Genf. (Brown-Boveri-Konzern.) Verteilt für 1924—25 aus 1,10 (i. V. 1,35) Mill. Frcs. Reingewinn auf die 3,65 Mill. Frcs. Vorzugsaktien wieder 20 Frcs. je Aktie und auf die 3,5 Mill. Francs Aktien Lit. B. 20 (25) Frcs. Die Bank, die schon 1922 saniert worden ist, muß, angeblich infolge des Rückgangs der Lira, nochmals saniert werden. Die Stamm-Aktien werden von 50 zu 1 (!) zusammengelegt und das Kapital wieder auf ca. 20 Mill. Frcs. erhöht.

Société Financière Suisse-Américaine, Genf. Schüttet für 1925 aus 0,94 Mill. Frcs. Reingewinn 15 (i. V. 12) Prozent Dividende auf das mit 20% eingezahlte Aktienkapital aus.

Solothurner Handelsbank. Die Dividende für 1925 wird auf 6% für das auf 4 Mill. Frcs. ermäßigte Aktienkapital (i V. 5% auf 6 Mill.) festgesetzt.

Spar- und Leihkasse, Bern. Verteilt für 1925 aus 0,86 Mill. Frcs. Reinertrag 7% Dividende wie i. V.

Spar- und Leihkasse Thun. Bei 0,43 (i. V. 0,42) Mill. Frcs. Reingewinn wird die Dividende für 1925 von 6½ auf 7% heraufgesetzt.

Thurgauische Kantonalbank, Weinfelden. Benutzt einen Teil des Jahresergebnisses von 2,37 (i. V. 2,18) Mill. Frcs. zur Verzinsung des Dot.-Kapitals von 25 Mill. Frcs. und führt von dem Restbetrag von 1,22 Mill. Frcs. je 0,55 Mill. Frcs. dem Reservefonds und der Staatskasse zu.

Union Financière, Genf. Verteilt für 1925 aus 0,70 (i. V. 0,65) Mill. Francs Reingewinn eine Dividende von 5½% (5%). Die General-Versammlung stimmt der Ausgabe einer 5½% Obligationsanleihe von 6 Mill. Frcs. (Conver-

Digitized by Google

tible Bonds) zu. Der Verwaltungsrat hat das Recht, das Aktienkapital nach Bedarf von 12 auf 18 Mill. Frcs. zu erhöhen.

Verwertungsstelle für ausländische Währungen in Konkurs, Zürich. Die Darmstädter und Nationalbank, Berlin, verzichtet im Vergleichswege auf ihre rechtskräftig zuerkannte Forderung von 500 000 Frcs., wogegen die Verwertungsstelle ihre Anfechtungsklage gegen das Institut betr. 301 000 Francs zurückzieht und den ihr durch Urteil zugesprochenen Betrag von ca. 92 000 Francs fallen läßt. Nach dem Zustandekommen dieses Vergleichs wird eine Konkursquote erwartet.

Volksbank in Hochdorf. Verteilt für 1925 aus 0,23 (i. V. 0,22) Mill. Francs Reingewinn eine Dividende von 8% (9%) und erhöht das Aktienkapital von 2,1 auf 2,8 Mill. Frcs.

Volksbank in Interlaken. Schüttet für 1925 eine Dividende von 5% auf die Vorzugs- und von 4% auf die Stammaktien aus.

Volksbank in Lugano. Kehrt für 1925 wieder 8½% Dividende aus.

Volksbank in Luzern. Die Dividende für 1925 wird aus 0,20 (i. V. 0,14) Mill. Frcs. Reingewinn auf 5½% (5%) bemessen. Die Bank geht für einen Kaufpreis von 2,63 Mill. Frcs. mit Rückwirkung vom 1. Januar 1926 auf die Schweizerische Volksbank (s. d.) über und tritt in Liquidation. Am 15. Mai cr. wird eine Quote von 2 Mill. Frcs., d. h. 200 Frcs. je Aktie, ausbezahlt; der Rest von 65 Frcs. je Aktie gelangt am 15. 5. 1927, d. h. nach Ende des Sperrjahres, zur Ausschüttung.

Wolfensberger u. Widmer, A.-G., Zürich. Uebernimmt Aktiven und Passiven des Züricher Privatbankhauses Wolfensberger u. Widmer. Volleinbezahltes Kapital 4 Mill. Frcs. Präsident der neuen Bank ist Herr F. Cafader vom Bally-Schuh-Konzern. Die Inhaber der alten Firma, die Herren E. Wolfensberger und H. Widmer, werden Verwaltungsratsdelegierte der neuen Aktiengesellschaft.

Zinstragende Ersparniskasse, Basel. Verwendet wie i. V. den Reingewinn von 0,30 (i. V. 0.28) Mill. Frcs. zu Abschreibungen auf notleidende Obligationen und auswärtige Anlagen.

Züricher Depositenbank in Liqu. Verfügt beim Abschluß der Liquidation über einen Kassensaldo von 2,04 Mill. Frcs. Die Schlußquote beträgt 1½%, so daß die gesamte ausgezahlte Liquidationsquote auf 66,5% steigt.

Züricher Kantonalbank. Benutzt den Gewinn von 5,39 (i. V. 4,90) mit 2,31 Mill. Frcs. zur Verzinsung des Dotations-Kapitals; vom Rest werden 1,45 Mill. Francs in den Reservefonds gelegt und 1,16 Mill. Frcs. an die Staatskasse abgeführt. Die Bank setzt am 22. Mai ihre Zinssätze für neue Kommunal-Darlehen von 5¼ auf 5% herunter; für bestehende Kredite tritt der ermäßigte Satz am 1. Juli in Kraft.

VII. Rußland.

Russische Staatsbank. Der Diskontsatz wird unverändert auf 10% belassen. Der Metallbestand des Instituts sinkt (in 1000 Tscherwonetz) von 18 239,4 am 1. Januar auf 14 682,9 am 30. Juni und der Notenumlauf zur gleichen Zeit von 78 136,3 auf 72 673,1. Die Absicht, stärkere Deflation herbeizuführen, hat sich nicht verwirklichen lassen. Die Bank ruft Ende April ihren bei der Deutschen Reichsbank deponierten Goldposten von 10 Mill. Rubel (etwa 21 Mill. Rm.) nach Rußland ab. Die Garantie- und Kreditbank für den Osten, die Berliner Beauftragte des Instituts, sperrt Ende April ebenso wie die Rigaer Transitbank, den Ankauf von Tscherwonetz-Noten. Scheinmann wird wieder zum Leiter der Staatsbank ernannt; er nimmt in Berlin an den deutsch-russischen Kreditverhandlungen über 300 Mill. Rm. teil, die russische Bestellungen bei der deutschen Industrie ermöglichen sollen. Unter seinem Vorsitz tagt Ende März in Moskau eine Konferenz zur Beratung über die ungünstige Entwicklung der Kaufkraft des Tscherwonetz, dessen Goldwert gesunken ist, und dem die Bauernschaft mißtraut. Professor Varga und die Berliner Russische Handelsvertretung verneinen bei einem Empfang in der Berliner Russischen Botschaft das Vorliegen einer neuen Inflation. Der sogenannte „Deutsche Bank-Kredit" von 60 Mill. Rm. (vergl. Mai-Heft S. 298) ist Anfang Januar zurückgezahlt. Mitte Mai betragen die Wechselschulden in Deutschland aus dem

Digitized by Google

300 Mill. Rm.-Kredit 60 bis 75 Mill. Rm., im ganzen Ausland nicht über 150 Mill. Rm. Die Bank richtet „Valutenkonten" ein.

Währung. Ende Juni wird der Tscherwonetz (je 10 Rbl.) offiziell mit 9,470 Rubel je Pfund Sterling bewertet gegen 9,450 Rubel Ende März und 9,435 Rbl. (rein nominell) Ende Dezember 1925. Eine private Bewertung findet nicht statt, da die „schwarzen Börsen" unterdrückt sind. Die Landwirtschaft bewertet jedoch die Kaufkraft des Tscherwonetz mit ungefähr 80 Prozent. Um den Wert des Tscherwonetz wieder zu heben, ziehen die Russische Staatsbank (s. d.) und das Schatzamt Noten ein, das letztere von Dezember 1925 bis Mai 1926 ca. 48 Mill. Rubel Staatsnoten.

Sparkassen. Am 1. Mai verfügen 1300 russische Sparkassen nur über 62 Millionen Rbl. Einlagen. Es soll eine „Sparpopaganda" veranstaltet werden.

Aktienwesen. Am 1. April d. J. bestehen 48 private Aktiengesellschaften in Rußland mit einem Gesamtkapital von 7,04 Mill. Rbl. gegenüber 33 mit 5,5 Mill. am 1. Januar d. J.

Eisenhandelsbank „Wneschtorgbank". Siehe Wneschtorgbank.

Industriebank Moskau. Siehe Moskauer Industrie- und Handelsbank „Prombank".

Moskauer Industrie- und Handelsbank „Prombank der U. S. S. R." Der Abschluß für das Wirtschaftsjahr 1924—25 ergibt bei 37 (i. V. 16) Milliarden Rubel Umsatz einen Reingewinn von 8,6 Mill. Rbl., woraus 8% Dividende verteilt werden. 2 Mill. Rbl. fließen in die Reserve und 0,86 Mill. Rbl. in den Spezialfonds für langfristige Kredite. Die General-Versammlung beschließt, der Regierung eine Erhöhung des Grundkapitals von 75 (i. V. 34) auf 100 Mill. Rbl. vorzuschlagen.

Petersburger Internationale Handelsbank. Siehe Russ. Bank für auswärtigen Handel.

Prombank der U. S. S. R. Siehe Moskauer Industrie- und Handelsbank.

Russische Bank für auswärtigen Handel. Die Auslands-Niederlassungen in Paris, London, Genua und Konstantinopel erhalten eine einheitliche Organisation mit dem Sitz in Paris. Auch die Niederlassungen der in Paris, Brüssel und Genf arbeitenden Petersburger Internationalen Handelsbank werden in diesem Sinne reorganisiert.

Russische Commerz- und Industriebank. Siehe Moskauer Industrie- und Handelsbank.

Russische Eisenhandelsbank. Siehe Wneschtorgbank.

Wneschtorgbank, Russische Eisenhandelsbank, Moskau. Erzielt für 1924—25 einen Gesamtumsatz von 8 Milliarden Rubel und einen Reingewinn von 5 Millionen Rubel. Die General-Versammlung heißt eine Erhöhung des im abgelaufenen Betriebsjahr von 17 auf 30 Mill. Rbl. gesteigerten Kapitals auf 50 Mill. Rbl. sowie die Eröffnung neuer Filialen gut. Die Bank hat sämtliche Aktien der französischen „Banque Commerciale d'Europe du Nord" aufgekauft.

Zentrale Landwirtschaftsbank, Moskau. Das Kapital soll von 6 auf 100 Mill. Rbl erhöht werden.

VIII. Belgien und Luxemburg.

Belgien. Belgische Nationalbank. Der Diskontsatz wird am 12. März von 7% auf 7½% erhöht und am 23. April wieder auf 7% herabgesetzt. Nach dem Geschäftsbericht des Instituts wurden 1925 insgesamt 4,9 Md. Frcs. Wechsel diskontiert (673 Mill. Frcs. weniger als im Jahre 1924); die Diskonteinnahmen erbrachten 39,7 Mill. Frcs. Der Staat empfing im ganzen 41,3 Mill. Frcs. Die Nettodividende beträgt für jedes Halbjahr 135 Frcs. gleich 270 (i. V. 240) Frcs. je Aktie; die Reserve steigt durch Zuweisung von 2,4 auf 58,7 Mill. Frcs. Die General-Versammlung heißt den Abschluß gut und ernennt den als Geldtheorethiker bekannten bisherigen Sekretär des Instituts Paul van Zeeland anstelle des zum Finanzminister ernannten Herrn Janssen zum Direktor; letzterer reist Anfang März mit dem Präsidenten des Institute Hautain zu Anleiheverhandlungen nach London. Eine außerordentliche General-Versammlung genehmigt Mitte Juni die Vermehrung der Vorschüsse an den Staat durch Diskontierung von Schatzscheinen bis zur Höhe von

Digitized by Google

1520 Mill. Frcs. (Hier ist der Ursprung der letzten Inflation und des Francsturzes im Mai.) Bis dahin hatte die Bank die gesetzliche Vorschrift, die ihr die Kreditgewährung an den Staat untersagte, dadurch umgangen, daß sie mehreren der Regierung nahestehenden Banken Schatzscheine belieh und jeweils am Ausweistag Umschreibungen vornahm, die beim Staatsschatz für einen Tag einen Aktivposten erscheinen ließen. Das neue Bankgesetz verlängert das Privileg der Bank bis 1952 und legt die Drittdeckung in der Form gesetzlich fest, daß sämtlichen Sichtverpflichtungen, also den Banknoten und Kontokorrent-Einlagen, ein Drittel in Gold oder Devisen gegenüberstehen muß. Die Höhe dieser Verpflichtungen wird in Anlehnung an das französische Bankgesetz fest begrenzt, und zwar auf 8½ Milliarden Francs. Eine Vermehrung der Gold- und Devisenbestände darf jedoch automatisch eine gleich starke Vermehrung der Banknoten und Sichteinlagen über 8½ Md. hinaus zur Folge haben; überdies kann mit Regierungsgenehmigung dieses Maximum während 3 Monaten um 500 Mill. Francs überschritten werden. Bei etwaigem Sinken der Deckung unter ein Drittel des Umlaufs wird der fehlende Betrag mit einer Notensteuer von 3,5% belegt. Das Aktienkapital wird so bald als möglich um 50 Mill. Frcs. erhöht. Die neuen Aktien werden den Besitzern von Schatzscheinen angeboten, die in die Konversion einer bestimmten Schatzscheinmenge in eine konsolidierte Anleihe willigen; öffentlichen Anstalten soll zwecks Beteiligung an der Kapitalserhöhung ein Kredit von 75 Mill. Frcs. im außerordentlichen Haushalt eröffnet werden. Optimisten rechnen mit einer dadurch zu erreichenden Konsolidierung von 1 Md. Frcs. schwebender Schulden, doch ist bis zum Frühherbst von allen diesen Plänen nichts zur Durchführung gekommen. Die Regelung der endgültigen Rückzahlung der Staatsschulden an das Institut bleibt offen, damit nicht einer eventuellen Vereinbarung mit Deutschland über die Rücknahme der s. Zt. in Francs eingelösten Marknoten vorgegriffen werde; sie muß aber vor dem 1. Januar 1930 dem Parlament vorliegen. Der Abschluß eines neuen Dollarkredits in Amerika ist der Bank nicht gelungen, da man dort über die Verschwendung des vorigen Dollarkredits an nutzlose Interventionen ungehalten ist. Siehe Währung.

Währung. Der belgische Franc, der seit Mitte August 1925 auf einem Kurse von rund 107 Francs für das englische Pfund stabil geblieben war, erleidet Mitte März einen ersten Sturz auf 116 bis 122 Frcs. für das Pfund, der auf Umtriebe der Hochfinanz, besonders der Banque de Bruxelles (!) und der mit ihr zusammenarbeitenden katholischen Oppositionspresse (!) zurückgeführt wird. Am 5. Mai stürzt der Franc auf 167, nachdem er am 1. April mit 131, am 1. Mai mit 142,50 und am 4. Mai mit 149,25 je Pfund Sterling bewertet worden war. Die Ursache sind die staatlichen Finanzschwierigkeiten und die Inanspruchnahme der Notenpresse für staatliche Zwecke (siehe Belg. Nationalbank). Ein neues Kabinett der drei Parteien (statt des bisherigen demokratischen), dem Francqui von der Société Générale und Hontart von der Banque de Bruxelles angehören, bildet eine Amorisationskasse, aus der die Rückerstattung der letzten Vorschüsse der Nationalbank an den Staat ermöglicht werden soll. Der belgische Franc notiert Ende Juni in London 172,87 gegen 106,98 Frcs. Ende Dezember (Parität 25,22) und in New York 2,79½ gegen 4,56 Cents, wird jedoch im Handelsverkehr immer mehr durch den Dollar und das Pfund ersetzt. Siehe Belgische Nationalbank.

Bankgründungen. Der amerikanische Großindustrielle Ford gründet in Antwerpen eine Bank zur Gewährung von Abzahlungskrediten bei Auto-Käufen mit 2 Mill. Frcs. Kapital. Siehe Algemeen Beleggings Kantoor.

Aktiengesellschaften. Nach dem Bericht der Banque d'Outremer betrugen im Jahre 1925 die Gründungen 918,89 (i. V. 576,72) Mill. Frcs., die Kapitalserhöhungen 1174,70 (2173,07) Mill. Frcs., die Begebung von Kassenscheinen und Obligationen 307,56 (4022) Mill. Frcs.; Gesamt-Kapitalienanspruch mithin 2401,17 (2790,01) Mill. Frcs. Davon entfielen auf die Banken 150,24 bezw. 68,85 zusammen 397,78 Mill. Frcs. Professor Baudhuin schätzt den gesamten Ueberschuß bezw. 178,69), zusammen 397,78 Mill. Frcs. Professor Baudhuin schätzt den gesamten Spar-Ueberschuß Belgiens für 1925 auf 4,5 bis 5,—Md.

Zahlungseinstellungen. Die S. A. Ancienne Banque Leman, (s. d.) Brüssel, die Banque Crédit Foncier d'Anvers (s. d.), die Banque du Crédit Populaire (s. d.), Antwerpen, die Banque de Crédit Hypothécaire (s. d.), Antwerpen, und der Crédit Général Hypothécaire et Immobilier (s. d.) stellen ihre Zahlungen ein.

Digitized by Google

Algemeen Beleggings Kantoor, Antwerpen. Wird mit 5 Mill. Frcs. Aktienkapital gegründet; an erster Stelle des Verwaltungsrats wird der Antwerpener Bürgermeister van Canwelaert genannt.

S. A. Ancienne Banque Leman, Brüssel. Das Institut, das in den beiden flandrischen Provinzen 30 Filialen unterhält, und dessen Kapital von 10 Mill. Frcs. sich hauptsächlich im Besitz der Familie Leman befindet, stellt angeblich infolge der Zurückziehung von 15 Mill. Frcs. Einlagen (Gesamt-Einlagen laut letzter Bilanz 100 Mill.) nach dem Krach der Banque Crédit Foncier d'Anvers Anfang April seine Zahlungen ein, nachdem einige Großbanken vergebliche Stützungsversuche unternommen hatten. Der Fehlbetrag wird mit 15 Mill. Frcs. angegeben. Es werden Bilanzfälschungen festgestellt, so daß die acht Mitglieder der Familie L., die die Bank leiteten, verhaftet werden.

Banque Belge pour l'Etranger, Brüssel. Der im Juni-Heft S. 358 erwähnte pfandgedeckte Kredit an bulgarische Tabakpflanzer beträgt 1,5 Mill. Dollar. Das Tochter-Institut, Banque Franco-Belge de Bulgarie, Sofia, verteilt für sein erstes Geschäftsjahr 8% Dividende.

Banque Centrale Anversoise. Beteiligt sich mit 1 Million Frcs. an der Gründung der Société de produits et engrais chimiques de Portugal (25 Millionen Francs Aktienkapital), ferner übernehmen u. a. der Crédit Anversois 6 Mill., der Crédit National Industriel 2,9, der Crédit Général du Canada sowie die Caisse d'Epargne et du Crédit je 1 Mill. Frcs.

Banque Crédit Foncier d'Anvers. Das mit 10 Mill. Frcs. Aktienkapital, davon 4 Mill. eingezahlt, arbeitende Institut, das 27 Zweigstellen und 98 Agenturen unterhält und in den letzten Jahren 7% Dividende verteilte, stellt infolge unglücklicher Spekulationen mit 30 Mill. Frcs. Passiven die Zahlungen ein und versucht einen Ausgleich auf der Grundlage von 40%. Da die gerichtliche Untersuchung jedoch Bilanzfälschungen seit 1920 feststellt, wird auf betrügerischen Bankrott erkannt; acht leitende Personen werden verhaftet; Direktor Segers unternimmt einen Selbstmordversuch.

Banque du Crédit Populaire, Antwerpen. Das Institut, das eine der bedeutendsten belgischen Banken ist und mit 9 Filialen und 300 Agenturen arbeitet, stellt seine Zahlungen ein; besonders betroffen sind die kleinen Einleger auf dem Lande. Die Passiven werden auf 300 Mill. Frcs. beziffert.

Banque d'Anvers. Erzielt im Jahre 1925 einen Reingewinn von 15,9 Mill. Francs und schlägt eine Bruttodividende von 20 (i. V. 18) Prozent vor; 0,6 Mill. Francs werden vorgetragen. Gründet mit der Handels- un Industriebank, Konstantinopel, und der dortigen Isch-Bankassi (Geschäftsbank) eine türkische Petroleumgesellschaft mit 10 Mill. türk. Pfund Kapital, nachdem sie vorher die Aktien der rumänischen Petroleum-Ges. „Concordia" aufgekauft und die belgische „Petrofina" in das Leben gerufen hat.

Banque de Bruxelles. Beklagt im Geschäftsbericht für 1925 die vergeblichen Opfer für die Stabilisierung des Francs, ohne ihren Kampf gegen diese von vornherein verfehlte Regierungsaktion zu erwähnen. (Siehe Währung.) Der Reingewinn des Jahres 1925 beträgt 29,2 (i. V.26) Mill. Frcs., die Dividende 11% wie i. V. Der außerordentlichen Reserve fließen 3 Mill. zu, so daß die Gesamtrücklagen auf 94,9 Mill. bei 200 Mill. Frcs. Aktienkapital steigen. Das Effektendepot der Kundschaft stieg von 2851,5 auf 3373,2 Mill, die Schatzwechsel-Bestände sanken von 136 auf 116,7 Mill. Frcs. Der Wert des eigenen Effektenportefeuilles mit 262,8 (214) Mill. Frcs. soll dem Kurswert nach wesentlich höher sein. Ferner erscheinen in der Bilanz u. a. (in Mill. Frcs.): Kasse mit 78 (95,4), Bankguthaben mit 83,5 (80,9), Wechsel mit 90,2 (88,6), Debitoren mit 162,5 (165,5), Reports- und Vorschüsse mit 176,8 (177,5), Beteiligungen und Verschiedenes mit 40,2 (38,6); demgegenüber betragen Kreditoren 708,5 (700,7) und Wechselschulden 15,4 (11,8). Die Bank übernimmt die Banque de Charleroi und die Banque de Crédit de Charleroi. Siehe Banque Liégeoise.

Banque de Charleroi. Siehe Banque de Bruxelles.

Banque de Commerce, Antwerpen. Weist ähnlich wie i. V. einen Reingewinn von 6,5 Mill. Frcs. aus; die Dividende für 1925 wird auf wieder 10% bemessen. Die Kreditoren stiegen von 126 auf 150 Mill. Frcs.

Digitized by Google

Banque de Crédit Commercial. Schüttet aus 2,4 (i. V. 2,4) Mill. Francs Reingewinn für 1925 eine Nettodividende von 23,40 (25,50) Frcs. je Aktie aus. Die Kreditoren erhöhten sich von 212,9 auf 237,4 Mill. Frcs.

Banque de Crédit de Charleroi. Siehe Banque de Bruxelles.

Banque de Crédit Hypothécaire, Antwerpen. Dieses genossenschaftliche Institut gerät mit 10 Mill. Frcs. Fehlbetrag in Schwierigkeiten; die Staatsanwaltschaft leitet eine Untersuchung ein.

Banque des Colonies. Der Gewinn für 1925 beziffert sich auf 4,6 Millionen Francs, die Dividende auf 16%.

Banque de Verviers. Das mit 9 Mill. Frcs. Aktienkapital arbeitende Institut errichtet in Crefeld eine Niederlassung.

Banque d'Outremer, Brüssel. Erzielt im Jahre 1925 einen Reingewinn von 30,5 (i. V. 21,8) Mill. Frcs.; die Dividende beträgt 70 Frcs. (60) brutto. Die überseeischen Beteiligungen wurden, wie bisher, stark ausgedehnt. Die Bilanz weist (in Mill. Frcs.) u. a. aus: Kasse 118,2 (94), Wechsel 77,6 (94,6), Staatswerte 10,8 (12,6), sonstige Wertpapiere 91,3 (83,3), Debitoren 232,6 (146,6), Beteiligungen und Verschiedenes 56,1 (67,5); andererseits Kapital 100, Reserven 90, Amortisationsfonds 10, kurzfristige Kreditoren 225 (180), desgl. langfristige 138,4 (102,7), Wechselschulden 2 (3). Das Effektendepot wird mit 687,5 (624,7) Mill. ausgewiesen. Die Bank errichtet u. a. mit der Oesterr. Creditanstalt, der Zentraleuropäischen Länderbank und der Böhmischen Escomptebank eine Rohzuckerfabrik und Raffinerie in Irland mit 40 000 Pfund Sterling Aktienkapital. Siehe Aktiengesellschaften.

Banque Générale Belge. Der Reingewinn für 1925 beläuft sich auf 16,4 (i. V. 15,2) Mill. Frcs.; die alten Aktien erhalten je 58,50 und die jungen je 19,50 Frcs. Nettodividende. Die Kreditoren wuchsen von 374,4 auf 431,2 Mill. Frcs.

Banque Générale de Liège et de Huy. Schüttet aus 7,8 (i. V. 6,7) Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 eine Nettodividende von 54,60 (55,25) Francs je Aktie aus. Die Kreditoren figurieren in der Bilanz mit 363,8 (342,4) Millionen Francs.

Banque Liégeoise. Verteilt aus 2,4 Mill. Frcs. Reingewinn für 1925 eine Nettodividende von 30 Frcs. für die Vorzugs- und 40 Frcs. für die Stammaktien. „Zum Zeichen der immer enger werdenden Bande" mit der Banque de Bruxelles ist der Besitz an Aktien vermehrt worden.

Caisse d'Epargne et du Crédit. Siehe Banque Centrale Anversoise.

Caisse Générale de Reports et de Dépots, Brüssel. Der Reingewinn aus 1925 beträgt 7,1 Mill. Frcs.; die Reserve erhält davon 1 Mill. und steigt auf 26 Mill. bei 20 Mill. Frcs. Kapital; die Bruttodividende wird von 110 auf 125 Frcs. je Aktie erhöht. Der zurückgetretene Landwirtschaftsminister und bisherige Kommissar des Instituts Van de Vyvere wird zum Administrator der Bank gewählt.

Crédit Anversois. Der Reingewinn aus 1925 stellt sich auf 8,7 (i. V. 8,0) Mill. Frcs. Der Reserve fließen 1,5 Mill. zu, wodurch sie auf 15,5 bei 60 Mill. Francs Kapital steigt. Die Dividende ist ½% höher als i. V. und beträgt 35,10 Frcs. netto je Aktie.

Crédit Foncier d'Anvers. Siehe Banque etc.

Crédit Général de Belgique, Brüssel. Erhöht sein Kapital von 100 auf 130 Mill. Frcs. zwecks Uebernahme der Caisse des Propriétaires.

Crédit Général du Canada. Siehe Banque Centrale Anversoise.

Crédit Général Hypothécaire et Immobilier, Brüssel. Schließt, wie es heißt, vorübergehend seine Schalter.

Crédit Général Liégeois. Verteilt die gleiche Dividende wie i. V. (45 Frcs. netto) und weist 3 Mill. Frcs. der Reserve zu.

Crédit National Industriel. Siehe Banque Centrale Anversoise.

Crédit Populaire d'Anvers. Siehe Banque du Cr. P.

Société Générale de Belgique, Brüssel. Der Reingewinn für 1925 beziffert sich auf 38,4 Mill. Frcs. wie i. V., wovon auf die Parts de réserve je 275 Frcs. oder nach Steuerabzug 214,50 Frcs. netto als Dividende ausgeschüttet werden; die Bruttodividende des Vorjahres war die gleiche. Der Wert des Reserveanteils stellt sich nach Zuweisung von 5 Millionen an den Fonds social (jetzt 355,6 Mill.) auf ca. 2550 Frcs. Bei unverändert 100 Mill.

Digitized by Google

Francs Kapital und 250,6 (245,6) Mill. Reserven werden u. a. (in Mill. Frcs.) ausgewiesen: kurzfristige Verbindlichkeiten 1661,9 (1262,9), Kasse 204,8 (129), Forderungen an öffentliche Institutionen 334,6 (282,3), Effekten 427,8 (383,7), Debitoren 916,4 (663,0), Wechsel 233,5 (235,5). Siehe Währung (wegen Francqui).

Union du Crédit de Bruxelles. Die Dividende für 1925 wird auf 9 (i. V. 8) Prozent bemessen.

Luxemburg. Währung. Infolge des Sturzes des belgischen (und zugleich luxemburgischen) Franc wird erwogen, eine besondere luxemburgische Währungseinheit zu schaffen, was aber auf scharfen belgischen Widerstand stößt.

Internationale Bank in Luxemburg. Der Reingewinn des Jahres 1925 ist von 1,73 auf 1,78 Mill. Frcs. gestiegen; die privilegierten Aktien erhalten wieder 5% Dividende, während die Stammaktien erneut leer ausgehen. In der Bilanz erscheinen (in Mill. Frcs.): Guthaben bei Korrespondenten 14,8 (i. V. 28,7), Debitoren 91,8 (77,4), Wertpapiere und Beteiligungen 20,4 (16,5), Notenumlauf 6,25 (wie i. V.), sowie Kreditoren und Depositen 143,6 (135,6).

Luxemburgische Grundkreditanstalt. Setzt angeblich infolge starker Inanspruchnahme, tatsächlich wegen des Valutarisikos, den Zinsfuß für Hypothekar-Darlehen von 6,20 auf 7,50% herauf. Das Maximum der zu gewährenden einzelnen Darlehnssumme wird auf 30 000 Frcs. beschränkt.

Société Luxembourgeoise de Crédit et de Dépots (ehemals Werling, Lambert u. Co.). Das Institut, das mit der Société Nancéienne de Crédit etc. in Verbindung steht, erzielt 1925 einen Reingewinn von 0,94 (i. V. 0,59) Mill. Frcs., woraus wieder 6% Dividende ausgekehrt werden. Debitoren stiegen von 84 auf 102, Kreditoren von 97,7 auf 135,3, langfristige Depositen von 13,8 auf 54,8 Mill. Frcs., während auf Sicht lautende Depositen sich von 83,9 auf 80,4 Mill. Frcs. verminderten.

Umschau.

VERSCHULDUNG UND ZAHLUNGSBILANZ.

In diesen Heften wird seit langem immer wieder auf die ebenso selbstverständliche wie bedeutsame Tatsache hingewiesen — zuletzt geschah es im Septemberheft S. 507 ff. in der Abhandlung „Auslandskredit und Geldmarkt" —, daß Inanspruchnahme von Auslandskredit normalerweise auf Wareneinfuhr hinausläuft, daß also dem Aktivsaldo einer „geborgt-aktiven Zahlungsbilanz" ein Passivsaldo der Handelsbilanz gegenübersteht. Das Institut für Konjunkturforschung hat nun im zweiten Ergänzungsheft des 1. Jahrganges seiner Vierteljahrshefte den Versuch unternommen, für die ersten 2½ Jahre nach der deutschen Währungsbefestigung die rechnerische Probe zu machen. Das Institut stellt zu diesem Zwecke dem unsichtbaren Kapitalverkehr die sichtbare Warenbewegung gegenüber, wobei es die letztere im weitesten Sinne begreift, ihr also die Bewegung der Dienstleistungen (Schiffs-, Reise-, Post-Verkehr usw.), der Reparationen, der Währungsdeckungsmittel und andere Bewegungen zuzählt. Es kommt so zu dem Ergebnis, daß Deutschland vom Januar 1924 bis Ende Juni 1926 im Kapitalverkehr einen Aktivsaldo von 5,6 Milliarden Mark gehabt habe, der in der Hauptsache herrührt aus Anleihen im Ausland (Saldo nach Abzug der Gegenzahlungen 2,7 Milliarden), aus dem Inkasso früher gehamsterter Edelvaluten (1,2 Milliarden) und aus sonstigen, nicht einzeln nachweisbaren oder schätzbaren Krediten und Vermögensbewegungen (1,6 Milliarden). Diesem Aktivsaldo stellt das Institut einen genau ebenso hohen Passivsaldo der Warenbewegung im obigen erweiterten Sinne gegenüber, dessen Hauptposten gebildet werden vom Warenhandel im engeren Sinne (3,2 Milliarden), von gewissen Reparationsleistungen (1,5 Milliarden) und der Einfuhr von Währungsdekkungsmitteln (1,27 Milliarden), wobei einige Aktivposten den Saldo etwas mindern. Der Versuch einer solchen „Abstimmung" der unsichtbaren Kapitalbewegung mit der sichtbaren Warenbewegung ist dankenswert, weil er der so vergeßlichen öffentlichen Meinung immer wieder ins Gedächtnis zurückruft, daß ein abstrakter Kreditvorgang recht konkrete Wirkungen in der Wirtschaft auslöst. Nur krankt der Versuch leider an demselben Mangel wie so manche andere Veröffentlichung des Instituts: An der Ueberschätzung dessen, was mit statistischen Mitteln erreicht werden

Digitized by Google

kann. Es ist einfach unmöglich, einen wirklich exakten, die letzte Million erfassenden Nachweis des Verbleibs des die Landesgrenzen überschreitenden Kapitals zu liefern. Man muß vielmehr schon recht zufrieden sein, wenn man ganz grobe Annäherungswerte ermitteln kann, die den Kapitalverbleib aus einigen wenigen Hauptspuren seiner Wanderung erkennen lassen. Der scheinbaren Genauigkeit der Ziffern bei einzelnen der erfaßten Posten — z. B. der internationalen Dienstleistungen, die mit einem Aktivsaldo von genau 813 Millionen Mark in die Rechnung eingesetzt sind, — stehen notwendig ganz willkürliche Schätzungen bei anderen, und zwar gerade den ausschlaggebenden Posten gegenüber. Einer Statistik, in der eine große Unbekannte mit vollen 1,6 Milliarden eingesetzt werden muß, wird durch eine solche Schein-Genauigkeit in unwichtigeren Details nicht gedient. Wie labil das Zifferngerüst ist, zeigt das Institut für Konjunkturforschung selbst, indem es die amtlichen Außenhandelsziffern der untersuchten 2½ Jahre um rund 1½ Milliarden Mark korrigiert. Würde es diese Korrektur nicht vornehmen, so würde es zu einer Passivität des deutschen Brutto-Kapitalverkehrs mit dem Auslande von etwa 7 Milliarden Mark kommen und zu einer Kreditinanspruchnahme von mehr als 6 Milliarden, was offenbar erheblich übertriebene Ziffern wären. Das Institut sollte sich daher die ziemlich rohen, in ihrer groben Abrundung aber völlig ausreichenden und zweckentsprechenden Methoden der englischen Kapital-Statistik zum Vorbild nehmen und sich auch hierbei immer noch der weiten Fehlergrenzen bewußt bleiben, mit denen die Erfassung aller Vorgänge auf dem Gebiete des Kreditverkehrs nun einmal rechnen muß. Mit dieser Einschränkung aber ist die regelmäßige Bekanntgabe der Kapitalbewegungen äußerst nützlich, und die Statistik sollte vom Konjunkturforschungsinstitut in möglichst kurzen Perioden laufend fortgesetzt werden. Hand in Hand damit hätte freilich eine dauernde Beobachtung der konkreten Wirkungen der Kapitalwanderungen zu gehen, und zwar eine Beobachtung unter Anwendung theoretisch-empirischer Methoden. Denn mit der Erkenntnis auf diesem Gebiete sieht es noch überaus trübe aus. Zur selben Zeit, da die Einen jede übermäßige und stoßweise Kapitaleinfuhr mit dem Hinweis bekämpfen, daß die mit ihr identische Wareneinfuhr die Wirtschaft erschüttert, weil sie auf das Preisniveau drückt, bekämpfen andere (z. B. der Reichsbank-Präsident) sie aus dem entgegengesetzten Grunde, nämlich weil eine starke Kapitaleinfuhr eine „ungeheure Preissteigerung" hervorrufe. Die nationalökonomische Syntax weiß also heute noch nicht einmal, ob eine übermäßige Kapitaleinfuhr die Preise senkt oder hebt! (Vergleiche hierzu die leitenden Aufsätze im Februar-, März- und Septemberheft 1926 der „Bank".)

ZWEIMONATSBILANZEN.

Die Ende August-Bilanzen der deutschen Banken weisen zwei besonders charakteristische Merkmale auf: Ein erhebliches Ansteigen der fremden Gelder, wie es noch stärker nur einmal seit Wiederaufnahme der zweimonatlichen Publikationen festzustellen ist, nämlich für die Monate März-April 1925; und eine verhältnismäßig noch ungleich größere Zunahme der börsenmäßigen Ausleihungen. Woher der starke Zustrom neuer Einlagen rührt (bei sechs Berliner Großbanken rund 245 Mill. Rm.), läßt sich von äußeren Indizien nicht zuverlässig ablesen. Gewisse Erscheinungen aber — die auffallend starke Steigerung gerade der längerbefristeten Einlagen, die gleichzeitige Zunahme der meist im Ausland unterhaltenen Nostro-Guthaben und endlich (außerhalb der Ausweisziffern) der seit der zweiten Augusthälfte wieder zu konstatierende Devisen-Andrang bei der Reichsbank — deuten darauf hin, daß die Auslandsgelder eine gewisse Rolle bei der Einlagensteigerung spielen. Den stärksten Zuwachs haben die Danatbank und die Dresdner Bank zu verzeichnen. Die sonstigen Passivposten der Bilanzen weisen keine besonderen Veränderungen auf. Auch die Aktienkapitalien sind unverändert, da die Durchführung der verschiedenen Aktien-Emissionen (vgl. Septemberheft S. 562) bis Ende August noch nicht erfolgt war. Was die ungewöhnlich starke Anlage der neu zugeflossenen Mittel in Börsenkrediten betrifft, so ist diese viel kritisierte Politik der Banken nur allzu verständlich. Der Rationalisierungs-Prozeß, in dem Deutschlands Wirtschaft begriffen ist, teilt das Unternehmertum in drei große Gruppen, von denen die eine Gruppe, die kraft ihrer Ueberlegenheit die Hand am Steuer hat, den Bankkredit im engeren Sinne nicht braucht, weil sie teils über einen großen Emissionskredit verfügt, teils Auslandskredite erhalten kann und erhält. Die zweite Gruppe, der der passiv am Vorgang der

Digitized by Google

Zweimonatsbilanzen deutscher Kreditinstitute

per 31. August 1926.

in Millionen RM.	Deutsche Bank	Disconto-Gesellsch.	Dresdner Bank	Darmstädt.- u. Nationalbank	Commerz- und Privat-Bank	Mitteld. Creditbank	6 Berliner Banken	85 Kreditbanken (inkl. Berlin)	19 Staats- u. Landesbanken	3 Hypothekenbanken	15 Girozentralen
Aktiva											
Kasse, Sorten u. Kupons	25,8	7,2	16,3	11,6	9,9	9,4	80,2	104,5	9,1	6.5	8,1
Guthaben b. Notenbank.	14,2	2,8	4,8	20.5	3,3	0,5	46,7	64,7	9,3	5,3	7,0
Eigene Akzepte	—	—	—	0,05	0,03	—	0.08	3.2	0,6	0,6	—
Eigene Ziehungen . . .	—	—	—	—	—	—	—	1,6	4,1	—	—
Solawechs. d. Kundschaft	—	—	—	—	—	—	—	0,4	—	—	—
Sonstige Wechsel und Schatzanweisung. .	319,4	189,1	354,6	270,7	179,2	25,3	1338,3	1700,1	336,3	78,8	150,4
Nostroguthaben bei Banken	173,5	98 7	185,4	180.9	62,8	29,4	730,7	906,5	336,1	60,7	140,8
Effekten-Reports	107,9	59,0	9:,8	97,9	98,5	17,4	472,5	561,7	78,7	0.1	29,9
Warenvorschüsse . . .	79,2	29,3	105,9	77,1	42,6	2,5	336,6	396,6	1,9	—	—
davon gedeckt:											
a) durch Waren- oder Frachtscheine . . .	35,8	20,5	36,0	47,5	21,5	0,5	161,8	195,7	1,5	—	—
b) durch a. Sicherheiten	21,0	6,7	28,6	10,6	4,2	1,4	72,5	87,4	0,4	—	—
Effekten, davon											
a) Staatsanleihen und verzinsl. Schatzanw.	8,1	2,0	3,1	3,0	0,7	0,1	17,0	21,4	30,9	11,9	15,7
b) sonst. bei derReichsbank beleihbar . .	8,1	1,9	2,8	4,5	2,1	2,4	21,8	34,4	17,4	14,8	34,9
c) sonst börsengängige	5,8	4,9	8,8	7,6	12,4	0,3	39,8	70.6	13,8	20,6	—
d) weitere Effekten . .	2 3	1,6	3,2	1,5	0,8	0,04	9,44	24,8	3,9	6,2	28,4
Konsortialbeteiligungen	17,6	17.7	10,9	11,6	7,7	—	65.5	83,9	18,3	4,7	1,5
Dauernde Beteiligungen	22,3	69,4	24,7	2 ,6	3,7	—	140,7	190.0	9,2	12,6	24,2
Debitoren, gedeckt . . .	397,1	311.1	345.1	399,6	264,2	44,1	1761,2	2350,8	969,0	132,2	330,3
Debitoren, ungedeckt . .	317,1	80,3	167,1	127,1	75.4	9,6	776,5	998,2	177,5	46,1	
Bankgebäude	46,5	30,8	30,0	25,0	23,5	8,2	164,0	249,2	15,8	12,0	17,1
Sonstige Immobilien . .	3,5	5,5	1,1	—	2,6	2,5	15,2	26,6	4,7	2,1	4,5
Sonstige Aktiven . . .	9,0	—	—	—	7.8	2,7	19,5	61,9	250,5	317,4	33,9
Passiva											
Aktienkapital	150,0	100,0	78,0	60,0	42,0	22,0	452,0	725,5	128,5	51,5	96,5*)
Reserven	55,0	36,1	25,0	40,0	22,0	2,2	180,3	247,9	18,2	14,5	20,1
Kreditoren	1258,5	717.0	1209,7	1094,0	700,2	121,9	5101,5	6420,9	1877,5	319,2	1177,7
a) Nostroverpflichtung.	1,1	3,8	24,3	0,8	2,1	0.02	32,12	52,2	36,4	—	4,0
b) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	59,5	30,2	66,7	38,5	22.0	0,4	217,3	275,6	4,4	—	0,2
c) Bankguthaben . . .	115,4	151,0	149.2	178 4	47,0	20,6	661,6	801,0	210,2	29,9	131,5
d) provisionsfr. Einlag.	741,7	341,3	463,2	612,6	375,6	43,9	2578,3	3236,7	1394,8	242,8	1025,3
1. innerhalb 7 Tagen fällig	379,8	181,6	196,1	280,8	237,0	21,8	1297,1	1569,5	552,6	121,4	450,9
2. von da bis zu 3 Monaten fällig .	331,2	152,0	253,2	315,5	124,4	21,4	1197,7	1512.8	620,9	111,4	405,6
3. nach 3 Monaten fällig	30,6	7,6	13,8	16,2	14,1	0,7	83,0	154,3	221,2	9,9	168,7
e) Sonstige Kreditoren	340,7	190,6	506,2	263,7	253,5	59,6	1611,6	2055,3	231,8	46,5	16,6
1. innerhalb 7 Tagen fällig	282,2	115,6	214,4	143,8	75,2	34,5	865,7	1147,4	113,3	34,4	6,5
2. von da bis zu 3 Monaten fällig . .	52,3	62,3	225,4	105,9	178,1	21,9	645,9	775,9	78,8	12,1	2,3
3. nach 3 Monaten fällig	6,2	12,7	66,3	14,0	0,1	0,4	99,7	132,0	39,6	—	7,7
Akzepte	73,5	44,3	40,7	48,9	23,7	4,8	235,9	314,7	13,5	19,0	—
Schecks	5,4	3,2	2,3	1,0	1,1	0,04	13,04	13,5	—	—	0,5
Sonstige Passiva	15,9	11,2	0,3	15,7	8,4	3,5	55,0	130,5	266,2	341,2	42,3
Außerdem:											
Avale	109,7	22,7	44,4	40,8	33,4	1,8	252,8	343,3	19,1	29,3	25,6
Eigene Ziehungen überh.	—	—	—	—	—	—	—	5,2	5,7	—	—
davon f. Rechnung Dritter	—	—	—	—	—	—	—	0,9	0,4	—	—

*) Betriebskapital.

Digitized by Google

Rationalisierung Beteiligten, deren Bestimmung ersichtlich ist, von der ersten Gruppe aufgesogen oder stillgelegt zu werden, erhält den von ihr gewünschten Bankkredit nicht, weil die auf Konzentration eingestellte Banken-Meinung ihr die Mittel nicht geben zu dürfen glaubt, mit deren Hilfe sie sich dem nützlichen Aufsaugungsprozeß entziehen könnte. Die große dritte Gruppe aber ist diejenige der „Undurchsichtigen", bei denen es noch nicht erkennbar ist, welches Schicksal ihnen im jetzigen Gärungsprozeß beschieden sein wird, und denen gegenüber man daher auf jeden Fall Vorsicht übt. So kommt es, daß die Banken nur der ersten Gruppe, dieser aber in der Weise helfen, daß sie ihnen die Unterbringung ihrer Aktien erleichtern, teils an der Börse — daher die Zunahme der Reports um mehr als 50% der Ende Juni-Ziffer —, teils unmittelbar im Publikum durch Bevorschussung der in Privathand befindlichen Aktien in laufender Rechnung — daher die Zunahme der gedeckten Debitoren um 142 Millionen bei gleichzeitiger Abnahme der ungedeckten um 17 Millionen Mark. Daß diese Art des Industriekredits geeignet ist, das Fieber an der Börse immer neu zu schüren, ist bedauerlich und sollte die Banken veranlassen, nach Möglichkeit zum Direkt-Kredit zurückzukehren; es darf aber nicht vergessen werden, daß das Verfahren die unvermeidliche Folge der neuen Riesen-Emissionen ist — in den August fällt z. B. die Ausgabe von 450 Mill. Mark neuen Aktien der I. G.-Farbenindustrie —, die ohne bankmäßige Börsenkredite nicht zu plazieren sind. Wer also die gegenwärtige Form des Konzentrationsprozesses billigt, nämlich die Ueberdachung bestehender Gesellschaften durch neue Finanzgebilde mit unwahrscheinlich hohen Aktienkapitalien, der muß auch die Börsenkredite der Banken in Kauf nehmen, die den Besitzübergang jener Aktienkapitalien in die Hände der ersten Abnehmer vermitteln.

„VALETERIA".

Während in England seit Monaten ein zäher Kampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum um die Lohntarife im Bergbau sich abspielt, und während in der ganzen Welt das Bestreben der Arbeiter dahingeht, die Tariflöhne zu einem eisernen Bestandteil des Arbeitsrechts zu machen, vollzieht sich in Deutschland, von Vielen gesehen, aber von Wenigen verstanden, ein Prozeß, der die volle Aufmerksamkeit all der Arbeiterführer verdient, die es mit den Arbeitern ebenso gut meinen wie mit sich selbst. In Deutschland haben sich in den letzten Jahren die Tariflöhne auf vielen Gebieten, insbesondere auf denen des Handwerks, mit der von den Gewerkschaften angestrebten Lückenlosigkeit durchsetzen können; mit dem Ergebnis, daß es z. B. in Berlin nicht mehr möglich war, einen Anzug billiger gebügelt zu erhalten als zum Preise von 3 Mark (Vorkriegspreis 1,50 Mark), oder ein Paar Stiefel billiger besohlt zu bekommen als zum Preise von 6 Mark (Vorkriegspreis 3,50 Mark). Den Schneider- und Schuhmacher-Gesellen war tatsächlich das große Glück zuteil geworden, das man ihnen in den Revolutionstagen verheißen hatte: Sie konnten ihren Meistern die Löhne aufzwingen, die ihre Gewerkschaftssekretäre für angemessen hielten, und die Innungen durften ihrerseits dem Publikum Preise diktieren, die auch dem Meister sein Recht ließen. Das ging so bis zum Anfang dieses Jahres. Da tauchte in einer Straße des sog. „Bayerischen Viertels" eine kleine Maschine auf. Sie nannte sich „Valeteria" und ermöglichte es dem Schneider, der sich ihrer bediente, einen Anzug für die Hälfte des bisher geforderten Preises zu bügeln. Die Maschine scheint gut zu sein, denn sie hat sich in wenigen Monaten stark vermehrt; in Berlin allein existiert die Valeteria bereits in hunderten von Exemplaren. Etwa zur selben Zeit siedelte sich in dem Lokal eines Schuhmachers im Westen eine andere Maschine an, die ein Paar Stiefel für wenig mehr als die Hälfte des Preises besohlt, den die Meister bis dahin für diese Arbeit gefordert hatten. Auch diese Maschine scheint gut zu sein, denn man trifft sie ebenfalls bereits in hunderen von Exemplaren an. Die Folge für die Gewerbe, in denen diese beiden Maschinen Eingang gefunden haben, liegen auf der Hand: Die Preise fallen, das Arbeiten zu Tariflöhnen wird immer seltener möglich, und die Gesellen haben bald die Wahl, ob sie heimlich unter dem Tarif oder öffentlich gar nicht arbeiten wollen. Der Prozeß, der sich hier abspielt, hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem, den man in der Großindustrie Rationalisierung nennt. Wie hier nur noch diejenigen Werke arbeiten und hohe Löhne zahlen können, die einen bestimmten Stand der technischen Vollkommenheit erreicht, d. h. arbeitsparende Maschinen und Organisationen haben, so wird auch im Handwerk bald nur noch der Besitzer einer „Valeteria" Tariflöhne zahlen können.

Digitized by Google

Vielleicht denkt derjenige Teil der Arbeiterführer, von dem eingangs die Rede war, in der ihm von der Politik freigelassenen knappen Zeit einmal über die Zusammenhänge nach, die zwischen dem Tarifzwang und der Valeteria, sowie zwischen der Valeteria und der Arbeitslosigkeit bestehen, um auf diese Weisee zu der Erkenntnis zu kommen, daß auch die Ware „Arbeit" auf die Dauer nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage entzogen werden kann.

Literatur

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Fünfundvierzigster Jahrgang 1926. Berlin 1926. Verlag von Reimar Hobbing. (470 Seiten und zahlreiche internationale Uebersichten.) — Die vorliegende 45. Ausgabe des Statistischen Jahrgangs für das Deutsche Reich schließt sich nach Form und Inhalt im wesentlichen dem vorigen Jahrgang an, der eine weitgehende Umarbeitung erfahren hatte. Jedoch ist der Umfang des neuen Jahrbuchs wieder beträchtlich erweitert worden. Neben den „Internationalen Wirtschaftszahlen" sind dem Jahrbuch, wie bisher, wieder „Graphische Darstellungen" beigegeben, sowie ein ausführlicher „Quellennachweis", der vielfach verbessert und bis zur neuesten Zeit ergänzt wurde.

Die Abwickelung deutscher Hausse-Engagements aus der Vorkriegszeit an der Londoner Börse. Von Hans Jacoby. Marburg in Hessen 1926. N. G. Elwertsche Verlagsbuchhandlung. (M. 3.50). — Aus dem Inhalt: Die Abwickelung der Engagements. — Das Selbsteintrittsrecht des Brokers. — Unterschied zu Lombardgeschäften. — Spesen. — Zinsen.

Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (früher Staub-Hachenburg). Fünfte Auflage unter Mitarbeit von Dr. Fritz Bing und Dr. Walter Schmidt II von Dr. Max Hachenburg. Erster Band (§§ 1—34). Berlin und Leipzig 1926. Walter de Gruyter u. Co. (M. 23.—). — Seit dem Erscheinen der letzten Auflage, das 13 Jahre zurückliegt, sind grundlegende Aenderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten, die bei der neuen Auflage berücksichtigt werden mußten. — Diese hat dadurch eine völlige Umgestaltung erfahren, bei der die Aenderungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie die Literatur und die Praxis bis in die jüngste Zeit verwertet worden sind. Außer dem deutschen G. m. b. H.-Gesetz sind die Texte der Gesetze anderer Staaten, die sich nach dem deutschen Vorbild mit der G. m. b. H. beschäftigt haben, abgedruckt. Der 2. Band, der in ähnlichem Umfange erscheinen wird, ist noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten.

Erbschaftssteuergesetz 1925, mit sämtlichen Aus- und Durchführungsvorschriften. Erläutert von Justizrat Dr. Hans Stölzle. Leipzig 1926. Verlag von C. L. Hirschfeld (geb. M. 18,—). — Aus dem Inhalt: Rechtsnatur der Erbschaftssteuer. — Erbschaftssteuer und Landesrecht. — Der Rechtserwerb. — Die Steuerpflicht der Schenkung im Sinne des Bürgerlichen Rechts. — Schenkungen bei Gründungen. — Abfindung für einen Erbverzicht. — Schenkungssteuerfreiheit der Aussteuer. — Der Erwerb durch Schenkung unter Lebenden bei Stiftungen. — Die geschichtliche Entwicklung der Zweckzuwendung. — Die allgemeine Gütergemeinschaft des BGB. — Die Errungenschaftsgemeinschaft des BGB. — Vorerbschaft und Nacherbschaft. — Das Anerbenrecht. — Ausländer als Steuerpflichtige. — Steuerbegünstigung bei gemeinschaftlichen Testamenten. — Der Steuerschuldner bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft. — Zuwendungen an inländische Kirchen. — Beiträge an Personenvereinigungen. — Landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches, gärtnerisches Vermögen. — Was gehört zum Betriebsvermögen?

Erbschaftssteuergesetz in der neuen Fassung vom 22. August 1925. Gemeinverständlich erläutert von Geh. Justizrat Josef Marcus. Sechste Auflage. Berlin und Wien 1926. — Industrieverlag Spaeth u. Linde, Fachbuchhandlung für Steuerliteratur. (M. 7,50). — Aus dem Inhalt: Das bisherige deutsche Erbschaftssteuerrecht. — Das nunmehr geltende Erbschaftssteuerrecht. — Steuerpflicht. — Wertermittlung — Veranlagung und Erhebung. — Gegenstand der Erbschaftssteuer.

Digitized by Google

— Persönliche Steuerpflicht. — Berechnung der Steuer. — Steuerschuld und Steuerschuldner. — Befreiungen und Ermäßigungen. — Wertermittlung. — Veranlagung und Erhebung.

Die deutschen Arbeitgeberverbände. Von Dr. Heinrich Lechtape. Leipzig 1926. Verlag Quelle u. Meyer. (M. 2,—.) — Aus dem Inhalt: Das Wesen und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitgeberverbände. — Die soziologische Bedeutung der Arbeitgeberverbände. — Die organisatorischen Grundlagen der Arbeitgeberverbände.

Das Stabilisierungs-Problem. Von Gustav Cassel. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Max Mehlem. Leipzig 1926. G. A. Gloeckner (geb. M. 8,—). — Aus dem Inhalt: Das Stabilisierungsprogramm. — Stabilisierung des Goldwertes. — Der Weg zur Stabilisierung. — Stabilisierung des inneren Geldwertes. — Kapitalverzehrung. — Der Weg zu einer stabilen Währung. — Die Stellung der aktuellen Währungspolitik zum Stabilisierungsproblem.

Oekonomische Theorie der Konjunkturpolitik. Von Dr. rer. pol. Alfred Müller. Leipzig 1926. G. A. Gloeckner. (M. 3,60). — Aus dem Inhalt: Die gegenwärtige Lage der Konjunkturforschung. — Oekonomische Theorie der Konjunkturpolitik. — Spezielle Methoden der Konjunkturpolitik. — Die Bedeutung der Konjunktursymptomatologie und der Konjunkturstatistik für die Konjunkturpolitik.

Kreditpolitik und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft seit der Währungsstabilisierung. Von Dr. Fritz Beckmann. Berlin 1926. Paul Parey. (M. 6,—). — Aus dem Inhalt: Grundsätzliches zur Frage des landwirtschaftlichen Kredits. — Intensivierung auf Kredit? — Ursachen und Gründe der neuen Verschuldung der Landwirtschaft. — Die öffentlichen Kredite für die Landwirtschaft. — Die Konvertierung der landwirtschaftlichen Schulden. — Ueberwindung der Kreditkrise in der Landwirtschaft.

Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung, Ausführungsbestimmungen des Reiches und Nebengesetzen. — Von Paul Wölbling, Ludwig Schultz und Dr. Karl Sell. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 4,—). — Aus dem Inhalt: Betriebsrätegesetz v. 4. Februar 1920. — Aufbau der Betriebsvertretungen. — Aufgaben und Befugnisse der Betriebsvertretungen. — Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz. — Gesetz über die Entstehung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Das Kündigungsschutzgesetz (Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten) vom 9. Juli 1926. Erläutert von Dr. Friedrich Goldschmit II. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 2,20). — Aus dem Inhalt: Der Wortlaut des Gesetzes. — Bestimmung von Berufsgruppen der Angestelltenversicherung vom 8. März 1924.

Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankf. Ztg. Unter Mitwirkung von Ernst Kahn. Jahrgang 1926, Heft 3. Frankfurter Sozietäts-Druckerei, Frankfurt a. M. (Einzelheft M. 3,—). — Aus dem Inhalt: Preise. — Arbeitsmarkt. — Außenhandel. — Börse. — Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft. — Die I. G. Farbenindustrie.

Kaufleute im Briefverkehr unserer Zeit. Geschäftsgrundsätze, Geschäftspolitik und neuzeitliche Geschäftsvorfälle in der Korrespondenz. 5., neubearbeitete Auflage von „Schwierigkeiten der Geschäftskorrespondenz". Von Geh. Finanzrat E. Bastian. Stuttgart 1926. Muthsche Verlagsbuchhandlung. (M. 2,85).

Der Alkoholismus als Problem der Volkswirtschaft. Von Prof. Dr. Robert Wilbrandt. Dritte Auflage. Stuttgart 1926. Ernst Heinrich Moritz. (M. 1,20). — Aus dem Inhalt: Der abgelehnte Schankstätten-Gesetzentwurf. — Der Alkoholismus als Problem der Volkswirtschaft. — Alkoholfreie Jugenderziehung.

Ford und Wir. Fünf Beiträge zur deutschen Umstellung. Herausgegeben vom Sozialen Museum in Frankfurt a. M. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 2,0,—). — Aus dem Inhalt: Fordsche Arbeitsmethoden in der Werkstatt. — Fließarbeit und Arbeitsverhältnis in Deutschland. — Inwieweit läßt sich die Fordsche „Geschäftstheorie" verdeutschen? — Die Moral des „Fordismus".

Die Konzerne der Kaliindustrie. Von Dr. Hans Münstermann. Leipzig 1925. G. A. Gloeckner. (M. 6,80). — Aus dem Inhalt: Die Ursachen der Konzentrationsbewegung in der Kaliindustrie. — Die einzelnen Konzerne. — Die im Kalibergbau vorkommenden Konzentrationsformen. — Der staatliche Kalibergbau. —

Digitized by Google

Abrechnungs-Erteilung im Bankbetriebe. Von Georg Kohlhauser. Wien, Berlin und Leipzig 1926. Verlagsbuchhandlung Leopold Weiß. (Ganzleinen M. 13,—). — Aus dem Inhalt: Arten der Geschäfte. — Vorbereitung zur maschinellen Durchführung der Abrechnungen. — Effekten. — Valuten und Devisen. — Wechsel. — Kupons. — Durchführung der maschinellen Abrechnungserteilung. — Vorteile und Ersparnisse bei maschineller Verrechnung.

Moderne Sozialpolitik. Von Anton Erkelenz. Berlin-Zehlendorf 1926. Sieben Stäbe Verlag G. m. b. H. (geb. M. 4,—). — Aus dem Inhalt: Fünfzig Jahre Arbeiterbewegung. — Wirtschaftliche Selbstverwaltung. — Gegen die Versteinerung der deutschen Sozialpolitik. — Die Einheit des Proletariats. — Der Kampf um den Achtstundentag. — Der Weg zum Weltfrieden.

Das hessische Sparkassengesetz vom 8 August 1902. Erläutert von Dr. jur. Karl Ahl. Darmstadt 1926. Hessischer Staatsverlag. (130 Seiten). — Aus dem Inhalt: Das Gesetz über die öffentlichen Sparkassen vom 8. August 1902. — Besondere Bestimmungen für die Gemeinde- und Kreissparkassen. — Die Mustersatzung.

Kultur und Steuergesetzgebung. Zusammenhänge von Finanzpolitik und Kulturpolitik. Freiburg im Breisgau 1926. Herder u. Co. (M. 4,60). — Aus dem Inhalt: Finanzpolitik und deutsche Kultur. (Prof. Dr. Joh. Popitz). — Gefährdung des privaten Kunstbesitzes in Deutschland durch Steuergesetze. (Dr. Ing. h. c. Maximilian Frh. v. Biegeleben). — Der Kunstbesitz im ausländischen und deutschen Steuerrecht. (Prof. Dr. Albert Hensel). — Geistesarbeiter und Finanzpolitik. (Prof. Dr. Georg Schreiber).

Jahrbuch des Reichsverbandes der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Berlin 1926. Verlag des Reichsverbands. (155 S. Großquart.). — Aus dem Inhalt: Jahresbericht des Anwalts. — Bericht über die Verhandlungen des 39. Deutschen landwirschaftlichen Genossenschaftstags zu Rostock am 15. und 16. Juni 1926. — Bestandsliste der dem Reichsverband zugehörigen Verbände und Genossenschaften.

Die Aufwertung von Versicherungs-Ansprüchen. Teil II: Haftpflichtversicherung. — Unfallversicherung. — Schadenversicherung. Von Dr. jur. Biedermann. Berlin 1926. Verband öffentlicher Feuerversicherungs-Anstalten in Deutschland. (M. 2,—). — Aus dem Inhalt: Die Verordnung über die Aufwertung von Versicherungsansprüchen vom 22. Mai 1926. — Haftpflichtversicherung. — Unfallversicherung. — Krankenversicherung. — Schadenversicherung.

Der Scheck- und Wechselverkehr mit dem Auslande. Herausgegeben von der Devisen-Abteilung der Deutschen Girozentrale - Deutsche Kommunalbank. Berlin 1926. Kommissionsverlag, Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. (67 Seiten).

Das Aktienstimmrecht der Banken. (Depotaktie und Legitimationsübertragung.) Von Dr. Paul Gieseke. Berlin 1926. Carl Heymanns Verlag. (M. 3,—). — Aus dem Inhalt: Der Tatbestand der Stimmrechtsausübung durch die Banken. — Das Aktienstimmrecht bei der Verwahrung im Sammeldepot. — Die Kritik am Bankenstimmrecht. — Die Möglichkeiten der Reform.

Steuerlich zweckmäßige Testamente und Schenkungen. Von Dr. Alfred Karger. Vierte Auflage. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 3,60). — Aus dem Inhalt: Die Erbschaftssteuer als Bereicherungssteuer und die Berechnung des Steuerwertes der Zuwendung. — Die einzelnen Testamentsarten. — Die Zuwendungen zu Lebzeiten. — Schenkungen in besonderen Formen. — Anleitung für die Abfassung eigenhändiger Testamente.

Wie erhält ein Volk seine Währung? Von Dr. Georg Wilhelm Schiele, Naumburg (Saale). Heft 1 der Wirtschaftsfragen der Zeit. Berlin 1926. Deutscher Volksblatt-Verlag. (—,30).

Der 3. deutsche Angestellten-Tag zur Wirtschafts- und Sozial-Politik. Hamburg 1926. (Nr. 34 der Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten). Berlin-Zehlendorf 1926. Sieben-Stäbe-Verlag G. m. b. H. (35 Seiten.)

Statik und Dynamik in der theoretischen Nationalökonomie. Von Dr. Rudolf Streller. Leipzig 1926. Verlag von R. Streller. (M. 5—). — Aus dem Inhalt: Logik und Nationalökonomie. — Statik und Dynamik als ein genereller und ein individueller Begriff. — Das Begriffspaar Statik und Dynamik in der Literatur. — Der materielle Inhalt und die Aufgabe des Begriffspaares Statik und Dynamik.

Digitized by Google

Das jugoslawische Bankwesen. Dissertation (Universität Basel). Eingereicht von Branko Aleksander. Zagreb 1926. (173 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Organisation des Bankwesens in den Gebieten des Jugoslawischen Staates bei Kriegsausbruch. — Die Kriegsperiode 1914—1918. — Das jugoslawische Bankwesen seit 1918 bis heute. — Die Privat- und Aktienbanken. — Sparkassen. — Genossenschaften.

Banken en Scheepvaart. Balansanalyses 1926. Herausgegeben von „De Telegraaf". (392 Seiten). — Aus dem Inhalt: Bankwezen. — Om het Nederlandsch Accept. — Circulatiebanken. — De Nederlandsche Bank in 1925. — De Javasche Bank in 1925—1926. — Crediet banken. — Grootbanken. — Nederlandsch-Indische Banken. — Provinciale en andere Banken. — Middenstandsbanken. — Crediet- en Kassiersinstellingen. — Banken werkzaam in het Buitenland. — Hypotheekbanken. — Scheepsverbandbanken. — Onze Scheepvaart in het tijdvak 1913—1925. — Nederlands Havens in 1925.

Die Ablösung der Markanleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Von Oberregierungsrat Dr. Hans Neufeld. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (156 Seiten). — Aus dem Inhalt: Rechtliche Grundlagen. — Die Anleiheschuldner. — Abzulösende Anleihen. — Sonderrechte der Anleihealtbesitzer. — Das Ablösungsverfahren. — Die Ablösung von Markanleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände kraft Rückwirkung. — Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 nebst Verordnungen.

Die Durchführung der Ablösung der Länder- und Gemeindeanleihen. Systematische Darstellung (nebst Gesetzestexten). Von Dr. Ludwig Simon und Dr. Heinz Marquardt. Berlin 1926. Verlag für bargeldlosen Zahlungsverkehr. — Aus dem Inhalt: Die materiellen Grundlagen der Ablösung von Länder- und Kommunalanleihen. — Die formellen Grundlagen. — Der Umtausch der Markanleihen. — Die Gewährung der Auslosungsrechte. — Die Gewährung der Vorzugsrenten. — Die Barablösung von Markanleihen. — Richtlinien für die Feststellung des Altbesitzes bei Länder- und Kommunalanleihen. — Uebersicht über die ergangenen Verordnungen und Erlasse des Reiches und Preußens. — Formulare.

Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Dr. Paul Marcuse. Berlin 1926. Verlag der Steuerstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. (65 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die subjektive Steuerpflicht. — Die objektive Steuerpflicht. — Der Tarif. — Die Veranlagung und Zahlung der Einkommensteuer. — Amerikanische und deutsche Einkommensteuer.

Die Zivilprozeßordnung für das Deutsche Reich. Erläutert von Friedrich Stein. 12. und 13. Auflage, bearbeitet von Dr. Martin Jonas. Tübingen 1926, Verlag von I. C. B. Mohr. (Jede Lieferung 6,— Rm., 12 Lfg. 7,50 Rm.). — Die 12. (Schluß-) Lieferung ist erschienen und enthält u. a.: Aufgebotsverfahren. — Schiedsrichterliches Verfahren. — Gesetz betr. Einführung der Zivilprozeßordnung. — Sachregister.

* * *

Schmollers Jahrbuch (Spiethoff). 50. Jahrgang, 3. Heft. — Aus dem Inhalt: Schmoller und die Probleme von heute (Schumpeter). — Sozialpolitik als Wissenschaft (Amonn).

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Lederer). 56. Band, 1. Heft. — Aus dem Inhalt: Der Zirkulationsprozeß als zentrales Problem (Lederer). — Die geistigen Grundlagen der angelsächsischen Weltherrschaft (v. Schulze-Gaevernitz.)

Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung (Stat. Reichsamt). 1. Jahrgang, 2. Ergänzungs-Heft. — Aus dem Inhalt: Die deutsche Zahlungsbilanz seit der Stabilisierung.

Zentralblatt für Handelsrecht (Goldschmidt-Koppe). Jahrgang 1, August-Heft 26. — Aus dem Inhalt: Der deutsche Juristentag und die Rechtseinheit (K. Meyer). — Kapital und Persönlichkeit im Aktienrecht (Schreiber).

Das betriebswirtschaftliche Schrifttum. (Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung). Jahrgang 1, Heft 1. — Inhalt: Nachweis und Auswertung der in- und ausländischen Fachliteratur.

Digitized by Google

Reichsbank und Deutsche Privatnotenbanken im September 1926.

(In Millionen Reichs-Mk.)

Reichsbk.		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfäh. Devisen	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks*)	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staats-guth.	Privat-guthaben	An Kündigungs-frist geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 9.		1632,1 (1518,6)	483,1	14,1	1281,4	7,5	91,4	665,9	122,8	237,0	3101,6	573,4		—	140,7
15. 9.		1658,1 (1541,0)	446,3	13,7	1266,3	13,9	91,4	665,9	122,8	237,0	2901,4	725,7		—	168,8
23. 9.		1686,9 (1566,8)	456,7	14,8	1238,3	7,4	91,4	697,9	122,8	237,0	2799,2	855,1		—	179,6
30. 9.		1709,1 (1598,1)	521,8	5,4	1383,5	142,1	91,4	556,0	122,8	237,0	3251,1	594,6		—	203,5
Bayer. Noten-bank	7.	28,5	5,9	2,4	49,9	0,8	8,9	17,3	15,0	14,3	68,5	2,3		0,2	1,3
	15.	28,5	5,9	0,9	49,7	0,7	8,9	18,4	15,0	14,3	67,1	2,6		0,2	1,7
	23.	28,5	5,9	1,4	53,3	0,7	9,1	14.7	15,0	14,3	67,4	3,5		0,2	1,0
	30.	28,5	5,9	2,4	53,6	0,7	9,1	14,9	15,0	14,3	69,4	2,0		0.2	1,9
Sächs. Bank	7.	21,0	11,3	2,0	45,9	1,0	2,5	8,7	15,0	3,5	54,7	8,2		4,3	3,8
	15.	21,0	11,6	1,4	44,1	1,1	2,5	8,4	15,0	3.5	51,0	9,2		4,3	3,8
	23.	21,0	11,6	1,2	45,4	1,0	2,5	8,4	15,0	3,5	49,7	11,4		4,4	3,9
	30.	21,0	9,1	3,1	47,3	1,3	2,1	10,8	15,0	3,5	54,7	9,8		4,1	3,9
Württemb. Noten-Bank	7.	8,1	4,5	3,6	29,9	6,9	8,7	35,6	7,0	1,7	22,1	10,1		45,9	4,3
	15.	8,1	4,5	1,2	29,9	6,9	8,7	35,5	7,0	1,7	21,8	7,2		46,5	4,3
	23.	8,1	4,5	3,6	29,3	7,1	8,7	32,1	7,0	1,7	21,3	7,3		45,6	4,3
	30.	8,1	4,5	4,9	29,9	6,7	8,7	32,0	7,0	1,7	25,2	5,9		44,5	4,2
Badische Bank	7.	8,1	4,8	0,1	27,6	0,8	4,3	29,2	8,3	2,1	21,8	16,3		17,2	3,7
	15.	8,1	5,1	0,09	28,3	0,8	4,2	23,5	8,3	2,1	21,1	11,6		17,1	4,5
	23.	8,1	4,7	0,07	29,2	0,8	6,2	25,0	8,3	2,1	20,2	17,4		16,6	4,0
	30.	8,1	4,7	0,05	28,5	0,9	9,2	20,8	8,3	2;1	21,5	18,8		17,2	3,9

*) Reichsschatzwechsel u. von der Reichsbank bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel sind nicht vorhanden.

Digitized by Google

Deutsche Rentenbank

Monatsausweise von Juli bis September 1926. (Mill. Rentenmark.)

Ausweis-Tag	Darlehen an das Reich verzinslich	Darlehen an das Reich unverzinslich	Darlehen an die Wirtschaft	Kasse, Giro usw.	Umlaufende Rentenbankscheine	Umlaufende Rentenbriefe	Tilgung gem. § 7 c des Liqu.-Gesetzes
31. Juli	981,9	—	547,9	98,3	1 500,8	0,15	67,8
31. Aug.	979,6	—	547,9	100,5	1 498,5	0,15	67,8
30. Sept.	977,9	—	547,9	103,2	1 496,8	0,15	67,8

Bank von England

Wochenausweise im September 1925-1926 (Mill. Pfd. Sterlg.)

Ausweis-Tag		Metall-Bestand	Regier. Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Reserve absolut	Reserve i. d. tägl. fäll. Verb.	Bankdisk. %
1926	1. 9.	155 5	38.0	70.5	141.3	15 7	108 6	33.9	27 32	5
	8. 9.	155.4	32 0	70.6	140 3	13 0	106.1	34.8	29 23	5
	15 9.	155 8	33 0	68.7	139.4	14 2	105.4	36.1	30.20	5
	22. 9.	155.9	34.3	68.5	138.9	18 3	102.9	36.7	30.27	5
	29. 9.	155.8	33.6	71.9	140.5	21.1	101.2	35.0	28 66	5
1925	2. 9.	162.5	39 6	70.7	144 9	12.6	116 8	37.3	28 82	4½
	9. 9.	161 4	37.9	72.4	144.2	13.2	115.7	36.9	28 63	4½
	16. 9.	161.0	38.0	71.4	143.5	17 4	111.0	37.3	29 00	4½
	23. 9.	160.6	36.9	75.3	142 9	17.0	114.4	37.5	28 51	4½
	30. 9.	160.4	36.7	75.5	144.8	27.1	102.4	35.4	27.37	4½

Bank von Frankreich

Wochenausweise im September 1925-1926 (Mill. Francs.)

Ausweis-Tag		Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	Unverfallene Wechsel	gestund. Wechsel	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Bankdisk. %
1926	2. 9.	5548,7	338,8	576,8	6329,1	—	44937,8	55346,5	8,6	3767,8	7½
	9. 9	5548,7	338,8	577,6	5060,7	—	44689,2	55458.1	28,1	2936,3	7½
	16. 9.	5548,7	338,8	579,9	4703,2	—	44504.3	54912,9	38,2	2853,8	7½
	23. 9.	5548,7	338,8	578,6	4880,8	—	44059,6	54577.0	35,7	2958.0	7½
	30. 9.	5548,7	338,8	579,1	5881,8	—	44268.2	55010.1	37,2	2885 0	7½
1925	3. 9.	5546,0	310,0	578,9	4427,2	5,9	36729,6	45445,0	11,8	2573	6
	10. 9.	5547,1	309,4	578,8	3360,4	5,9	36670 9	45685,9	20,0	2166 9	6
	17. 9.	5547,1	309,5	561,5	3185.2	5,9	36792.8	45813,6	11,7	2 17.1	6
	24. 9.	5547,1	309,7	561.1	3217,5	5,9	368 0,5	45556.7	32,6	2143.7	6
	1.10.	5547,2	309.9	560.6	3697,0	5.9	38159,7	46353,8	23,1	2718.6	6

[1]) Einschl. Gold im Ausland (a. 30. Sept.: 1864.0 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Vorschüsse an den Staat (a. 30. Sept.: 36 650 Mill. Frcs. einschl. des ewigen Vorschusses) sowie die Vorschüsse an Verbündete. (a. 30. September: 5 470 Mill. Frcs.)

Digitized by Google

Niederländische Bank.

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. holl. Gulden.)

Ausweis-Tag	Metall Gold	Metall Silber	Auslands-Guthaben	Inlands-Wechselbestand	Darlehen an Private	Laufende Rechnung (Passivsaldo)	Noten-Umlauf	Diskont %
5. 7.	426 3	27,3	203,3	57,4	137,4	34,4	841,7	3,5
12. 7.	426.1	27.1	203,6	56,3	143,7	45,4	833,0	3,5
19 7.	421,0	27,4	211,2	55,3	145.8	66,4	822.4	3 5
26. 7.	425.9	27,7	223,7	54,2	140.4	75,7	814,2	3,5
2. 8.	425.6	27,4	227,4	55 5	146.9	55,3	846,8	3 5
9. 8.	425,5	27,3	219 5	52.8	130,7	48,9	823 6	3,5
16. 8.	420 3	27,6	214,9	51.6	132,4	55.2	815,9	3,5
23. 8.	420.2	27,9	217,2	51,1	132.6	52,9	810,6	3,5
30. 8.	420.1	27,6	216,2	51 8	127.4	37,3	834,0	3.5
6. 9.	419,7	27,0	215,7	52,4	132 8	33,4	841,5	3,5
13. 9.	419,6	27,0	218,2	51 3	133,3	44.0	827,9	3,5
20. 9.	419 4	27 2	218 3	50,4	131,1	53.9	819.9	3.5
27. 9.	419,3	27.4	218,4	51,0	133,8	44,8	823,5	3,5

Nationalbank von Rumänien

Wochenausweise von April bis Juni 1926. (Mill. Lei.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen*)	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
4. 4.	6902,5	11,1	8274,6	1373,5	7438,7	20595.1	6
10. 4.	6902,6	11,7	8228.4	1393,4	7554,2	20504,8	6
17. 4.	6902,8	11,0	8176,8	1396,1	7442,7	20653,1	6
24. 4.	6933,2	11,4	8161,9	1394,3	7516.7	20776,7	6
1. 5.	6958,2	11,5	8177,9	1391,4	7571,7	20871,1	6
8. 5.	7004,4	11,3	8206,2	1394,8	7525,3	20967,5	6
15. 5.	7004,4	11,2	8221,5	1378,4	7774,2	20967,8	6
22 5.	7004,4	10,9	8290,7	1375.4	7757.2	20964,7	6
29. 5.	7004,4	10,8	8349,0	1378.1	7753 3	20988,1	6
5. 6.	7004.5	10,7	8382,0	1370,1	7737.3	20985,6	6
12. 6.	7004.6	15,6	8398,7	1377,2	7727.7	20991,0	6
19. 6.	7004.7	22,0	8434,1	1375,6	7686,8	20997,0	6
26.6.†)							

*) Ohne 11 Milliarden Lei Regierungsschuld.
†) Ausweis nicht erschienen.

Bulgarische Nationalbank

Monatsausweise von April bis Juni 1926. (Mill. Lewa.)

Ausweis-Tag	Metallbestand	Scheidemünze	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen*)	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Bankdiskont %
30. 4.	59,5	103,6	459,6	357,7	521,9	2368,7	3806,9	10
31. 5.	59.7	110,3	803,0	348,2	523 1	2473,2	3619,3	10
30. 6.	59,9	115,6	251,3	350,4	529,2	2472,0	3569,4	10

*) ohne Darlehen an den Staat (am 30. 6. 4589,2 Mill.).

Digitized by Google

Oesterreichische Nationalbank.

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. Schilling).

Ausweis-Tag	Metall, Valuten und Devisen	Wechsel, Warrants und Effekten	Darlehen gegen Handpfand	Banknoten-Umlauf	Giroguthaben und sonstige tägl. fällige Verbindl.	Bank-Diskont %
7. 7.	534,5	84,8	0,19	843.5	57,3	7,5
15. 7.	534,9	79,5	0,21	816,7	85,0	7,5
23. 7.	539,4	75,8	0.21	795,8	114,9	7,5
31. 7.	547,8	90,1	0,20	885,0	48,3	7,5
7. 8.	541,3	79,5	0,20	835,0	84,6	7
15. 8.	537,8	69,6	0,20	810,7	87,7	7
23. 8.	535,0	66,3	0,20	781,6	127,1	7
31. 8.	535,9	82,6	0,22	858,1	68,2	7
7. 9.	536,8	76,9	0,22	820,0	102,1	7
15. 9.	529,6	62,1	0,22	791,1	108,8	7
23. 9.	528,1	60,9	0,22	770,2	127,0	7
30. 9.	665,3	87,1	0,22	864,5	69,8	7

Ungarische Nationalbank.

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Millionen Pengö)

Ausweis-Tag	Metallbestand einschl. Devisen	Wechsel, Warrants usw.	Guthaben des Staats	Guthaben der Privaten	Staatsnoten-Umlauf	Bank-Diskont %
7. 7.	231,6	164,3	178,2	11,8	382.1	7
15. 7.	232,6	147,1	172.9	19,3	366,3	7
23. 7.	240,3	142,6	194.5	15,5	359,2	7
31. 7.	235,6	161,5	150,5	8,4	424,3	7
7. 8.	237,7	155,7	165,5	11,9	404,5	7
15. 8.	242,1	152 2	172,0	12,3	398,6	7
23. 8.	244,7	148,8	190,2	17,3	382 8	7
31. 8.	251,6	159,1	166,1	11,4	431,5	6
7. 9.	253,5	158,2	187,0	12,8	413,4	6
15. 9.	248,2	156,3	189,5	12,1	403.0	6
23. 9.	247,0	158,0	197,0	12,8	393,1	6
30. 9.	240,1	181,8	170,2	11,3	441,3	6

Tschechoslowakische Nationalbank

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. tschechosl. Kronen)

Ausweis-Tag	Metall	Auslands-guthaben	Wechsel	Lombard-Darlehen	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Bank-Diskont %
7. 7.	1038,2	1289,0	159,8	65,2	7018,1	937,5	6
15. 7.	1038,7	1269,0	147,2	67,7	6719,7	1160,3	6
23. 7.	1039,0	1258,2	140,8	65,9	6570,0	1259,8	6
31. 7.	1033,3	1290,4	128,0	66,5	7199,3	849,4	6
7. 8.	1033,4	1304.4	123,0	65,0	6898,7	1017,9	6
15. 8.	1033,5	1310.8	121,7	62,9	6717,5	1173,8	6
23. 8.	1033,5	1313,8	109,4	62,5	6542,9	1381,7	6
31. 8.	1033,5	1323,5	130,8	59,6	7161,2	1030,2	6
7. 9.	1033,9	1329,6	128,2	59,9	7013,8	1082,3	6
15. 9.	1033,9	1377,7	120,7	59,7	6859,2	1194,2	6
23. 9.	1033,9	1443,7	121,4	59,5	6826,1	1317,7	6
30. 9.	1029,1	1491,2	139,5	61,3	7510,3	901,7	6

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. schwed. Kronen.

Datum	Gold	Ausländ. Guthaben (Saldo)	Schwed. u. ausländische Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
3. 7.	228,4	126,4	47,2	326,2	143,2	509,6	4,5
10. 7.	228,4	126,5	47,2	290,1	140,6	478,4	4,5
17 7.	228,3	125,3	47,2	265,6	127,2	462,1	4,5
24. 7.	228,3	126,5	47,2	248,2	122,8	448,7	4,5
30. 7.	228,1	125,5	47,2	241,8	88,2	494,2	4,5
7. 8.	228,1	126,0	47,2	235,9	82,5	476,9	4,5
14. 8.	228,1	131,9	47,2	225,0	92,8	469,6	4,5
21. 8.	228,0	134,1	46,9	221 4	94,4	456,4	4,5
28. 8.	228,0	136,4	46,9	220,1	85,7	465,9	4,5
31. 8.	228,0	136,2	46,9	229,4	78,8	501,9	4,5
4. 9.	227,8	137,2	46,9	241,1	74,6	500,7	4,5
11. 9.	227,6	136,6	46 9	228,1	74,5	485,2	4,5
18. 9.	227,5	139,1	46,9	217,5	71,1	484,1	4,5
25. 9.	226,5	140,7	46,5	209,5	66,8	477,0	4,5
30. 9.	226,5	142,2	46,4	256,1	70,0	549,2	4,5

Bank von Norwegen.

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. norw. Kronen.)

Datum	Goldbestand einschl. des im Ausland befindlichen	Guthaben im Auslande	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
7. 7.	147,2	81.6	341,7	184.8	344,9	5,5
15. 7.	147,2	78.1	336,1	179.5	339,7	5,5
22. 7.	147,2	77.5	334,6	180,2	337,0	
31. 7.	147,2	76,8	340,4	183,2	339,5	5.5
7. 8.	147,2	73.8	336.7	180,7	336,0	5,5
16. 8.	147,2	72,7	336.8	182,4	333.4	5,5
23. 8.	147,2	72,3	333,7	181,5	331,1	
31. 8.	147,2	72,5	340,3	184,6	334,2	5,5
7. 9.	147,2	72,4	354.1	201,3	330,8	5,5
15. 9.	147,2	71,1	359,7	217,6	320,5	5
23. 9.	147,2	70,0	359,5	216,9	320,6	5
30. 9.	147,2	69,0	395,6	245,0	328,3	5

Nationalbank von Dänemark.

Monatsausweise von Juli bis September 1926 (Mill. dän. Kronen.)

Ultimo	Metallbestand		Ausländ Guthab.	Wechsel	Darlehen	Tägl. fällige Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
	Gold	Silber						
Juli	209,1	15,3	39.3	85,2	22,8	26,2	388,7	5
August	209,1	15,3	36,9	88,4	22,3	26,3	376,4	5
September	209,1	16,6	26,4	87,2	22,7	21,9	377,3	5

Herausgeber und verantwortl. Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paul Gaumert, Berlin SO 33
Verantwortliche Vfür den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

Konsum-Finanzierung.

In jedem gewerblich hoch entwickelten Lande besteht ein Apparat, genannt „Bankwesen", der die Aufgabe hat, das Kreditbedürfnis der produktiven Schichten aus dem nationalen oder auch internationalen Sparfonds zu befriedigen. In Deutschland hat die wirtschaftliche Entwickelung dahin geführt, daß der Apparat sich gespalten hat in die Banken, die dem Groß- und Mittelkredit dienen, in die Darlehnskassen (Kreditgenossenschaften), die den Kleinkredit pflegen, und in die Sparkassen, die langfristige Kredite besonderer Art gewähren. Naturgemäß haften dem Apparat Mängel an in einer Zeit, in der die wichtigste Voraussetzung seines Funktionierens, die Stetigkeit, verloren gegangen ist und die Kontinuitäts-Kette zerbrochen am Boden liegt. Und die Grenzen, die seiner Wirksamkeit gezogen sind, müssen angesichts einer noch immer unternormalen und zudem unendlich zersplitterten Kapitalbildung notwendig enge sein. Trotzdem muß als feststehend angesehen werden, daß innerhalb dieser Grenzen der Apparat an sich zur Befriedigung aller derjenigen Kreditansprüche genügt, welche die Tradition als berechtigt und unbedenklich erscheinen läßt. Und umgekehrt muß jede Sonder-Institution, die neben diesem alten, im Laufe einer langen Entwicklung organisch entstandenen Apparat neu aus dem Boden schießt, sich bis zum Beweis des Gegenteils den Verdacht gefallen lassen, daß sie sich in den Dienst von Kreditforderungen stellen wolle, die — zum mindesten im Lichte der Tradition — nicht berechtigt oder nicht unbedenklich sind.

Im Kriege ist die innerpolitische Schwäche der Regierungen, bei denen jede weitsichtige Zweckmäßigkeits-Erwägung hinter die Erfordernisse des Tages zurücktreten mußte, wie auf allen Gebieten so auch auf dem des Bankgewerbes weidlich ausgenutzt werden. Es wurden Krediteinrichtungen geschaffen oder ausgebaut, bei denen die fehlende innere Berechtigung durch tönende Schlagworte verdeckt wurde. Auch die innere Gärung der folgenden Jahre wurde zur Errichtung neuer, teils öffentlicher, teils privater Zweckbanken mißbraucht, so daß das deutsche Bankgewerbe heute mit einer Unzahl überflüssiger Kreditinstitute und, was noch schlimmer ist, ungesunder Kreditgattungen überschwemmt ist. Gab es doch jahrelang kaum einen wirklichen oder vermeintlichen Uebelstand, dem frisch-fröhliche Experimentiersucht nicht von der Seite des Kredits her zu steuern versucht hätte. Es ist an der Zeit, daß unter diese Entwickelung endlich der Schlußstrich ge-

Digitized by Google

setzt wird. Auf keinem Gebiete stiftet der Dilettantismus so viel Unheil wie auf dem des Kredits, und es muß daher gefordert werden, daß fortan jedes neue Kreditprinzip, das sich, mit Schlagworten gefällig verbrämt, der Allgemeinheit anbietet, sorgfältig auf seine wirtschaftliche Tragweite geprüft, und falls sein Nutzen auch nur zweifelhaft ist, mit den Mitteln der Aufklärung, der Fernhaltung von den Zentralkreditquellen usw. bekämpft wird. Wobei freilich zugegeben werden muß, daß es nicht immer leicht ist, die absolute Nützlichkeit oder Schädlichkeit eines neuen Prinzips einwandfrei nachzuweisen.

*

Not macht erfinderisch. Die deutschen Gewerbe sind in allen ihren Teilen übersetzt und überkonkurrenziert. Und innerhalb der Gewerbe wehrt sich jedes einzelne Unternehmen aus Leibeskräften dagegen, zu den Unglücklichen hinuntergestoßen zu werden, die als Opfer des Mißverhältnisses zwischen Unternehmerzahl und Konsumstärke aus dem Erzeugungs- oder Vertriebs-Prozeß auszuscheiden haben. Der Industrielle versucht es zu diesem Zwecke mit der „Rationalisierung", der Händler versucht es mit der Aufspürung neuer, zugkräftiger Verkaufsmethoden, durch die er einen größeren Teil der Konsumenten-Kaufkraft zu sich hinüberzuziehen hofft. Eine Neuerung folgt auf die andere, eine Reklame schreit mehr als die andere. Auch der Allerweltshelfer Kredit wird in den Dienst des Kampfes um den Absatz gestellt. In immer mehr Geschäftszweigen, vom Automobil bis zum Kleidungsstück und den Gegenständen des täglichen Bedarfs, nistet sich das Prinzip der Abzahlung ein. Wer das Prinzip aus Mangel an Kapital oder Eigenkredit nicht anwenden kann, bleibt auf der Strecke.

Um in diesem Kampfe, der sich auch zwischen den Warenhäusern sowie zwischen ihnen und den großen Spezialgeschäften mit aller Erbitterung abspielt, nicht zu unterliegen, kommt eines Tages der Warenhaus-Besitzer Hermann Tietz auf den Gedanken, das Abzahlungs-Prinzip, das die großen Bazare bis dahin als zu schwerfällig für sie abgelehnt haben, seinerseits zu adoptieren und zu einem Propaganda-Mittel ersten Ranges auszubauen. Er trifft ein Abkommen mit einer schweizerischen Warenkredit-Gesellschaft, demzufolge diese in Berlin eine Filiale errichtet und allen denen, die ein festes Arbeitseinkommen nachweisen können, sechsmonatliche Scheckkredite bis zu 500 Mark einräumt. Gegen die Schecks können dann beliebige Artikel im Tietzschen Warenhaus entnommen werden.

Dies ist der Anfang eines neuen Kreditsystems, das sich in den letzten Wochen mit Windeseile auszubreiten und die öffentliche Aufmerksamkeit im höchsten Grade zu erregen begonnen hat. Denn wenn auch in mehreren deutschen Städten — z. B. Bremen und Königsberg — Vorläufer dieses organisierten Warenkredits existieren, so haben sie doch nur lokale Bedeutung und keinerlei

Digitized by Google

prinzipielle Tragweite. Das Vorgehen des Berliner Warenhauses dagegen ist sofort vom gesamten Einzelhandel als ein bedeutungsvolles taktisches Mittel im Kampfe um die Kundschaft aufgefaßt worden, als eine ernste Bedrohung, die unverzüglich mit Gegenschachzügen beantwortet werden müsse. Der Verband Berliner Spezialgeschäfte hat sofort ein ähnliches Abkommen mit dem amerikanischen Commercial Investment Trust („Citag") getroffen, der Reichsverband des kreditgebenden Einzelhandels hat sich ein eigenes Institut, die Kundenkreditgesellschaft deutscher Einzelhändler, angegliedert, und 3000 kleinere Firmen haben sich zu einer Genossenschaft, der Zentralkredit-Gemeinschaft für den deutschen Einzelhandel, zusammengeschlossen, die sich ihrerseits auf den Kredit der Dresdner Bank stützt. Die Grundsätze, nach denen die verschiedenen Gruppen bezw. ihre Banken Warenkredit gewähren, und die Methoden der Risiko-Deckung weichen zwar in Einzelheiten von einander ab; gemeinsam ist allen Organisationen aber das Bestreben, den Warenkredit, der bisher nur unsystematisch, mit Auswahl und in kleinerem Rahmen gewährt wurde, den allerweitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Es entspricht nur den Gepflogenheiten unserer Tage, daß das neue System sich nicht als das gibt, was es in Wirklichkeit ist, nämlich als ein Kind der Not und eine Waffe im Verzweiflungskampf der Vielzuvielen um den Absatz, sondern daß es in wirtschaftswissenschaftlicher Verbrämung auftritt, als ein Fortschritt und als ein ökonomisches Programm. „Konsum-Finanzierung" nennt sich das neue Prinzip, und „Förderung der Produktion von der Absatzseite her" lautet seine rational-theoretische Begründung. Es entspricht auch nur den allgemein üblichen Konzessionen an die Zeitströmung, wenn die neue Einrichtung sich ihr Vorbild aus Amerika holt — demselben Amerika, dessen Wirtschaftsprinzipien bei uns vor dem Kriege noch als eine Mischung von Humbug, Cant und Finanzbrutalität angesprochen wurden, — und ihr Ideal im instalment store und ähnlichen, auf der Ratenzahlung aufgebauten Geschäftstypen erblickt. Und vollends im Geiste unserer Zeit liegt es, daß sich sofort eine Unzahl jener Projektenmacher auf die neue „Idee" stürzt, die vom Experimentieren mit anderer Leute Geld leben, und deren Beruf es ist, die Grundlage jeder gesunden Wirtschaft, die organische Fortentwicklung, durch immer neue „Reformen" zu erschüttern.

Die öffentliche Diskussion hat sich an der Konsum-Finanzierung pro und contra außerordentlich erhitzt. So gut ist es gelungen, das alte, ehemals als krämerhaft und unsolide geltende Abzahlungsprinzip mit dem schillernden Mantel einer rationalen Vertriebstechnik zu drapieren, daß keine Wirtschaftsorganisation und keine Interessenvertretung mehr umhin kann, irgendwie Stellung zu der Neuerung zu nehmen. Dabei ist es nur natürlich, daß die Mehrzahl der Kammern, Verbände und Genossenschaften zu einem ablehnenden Votum kommt. Denn die Anwendung des Prinzips

Digitized by Google

setzt die Verfügung über flüssiges Kapital oder größeren Kredit voraus, und beides steht nur den Wenigsten im erforderlichen Umfange zu Gebote. Die Zahl derer, die abseits bleiben müssen und den Ausleseprozeß, den das organisierte Abzahlungsprinzip herbeiführt, nur als Leidende kennen lernen, ist also bei weitem größer als die der Nutznießer. Außerdem müssen die Gelder, die in den Dienst der Ratenzahlung gestellt werden, auf irgendwelchen Wirtschaftsgebieten notwendig fehlen. Der Kredit, der den Abzahlungsgeschäften zugebilligt wird, fehlt, insoweit er Inlandskredit ist, den Barzahlungsgeschäften. Die oppositionelle Haltung der meisten Kammern und Verbände ist also schon vom reinen Interessenten-Standpunkt aus verständlich.

Verständlich ist auch, daß die Organisationen der Kreditinstitute von dem neuen System nichts wissen wollen. Die Sparkassen haben sich gegen die Konsum-Finanzierung ausgesprochen, weil sie nicht mit Unrecht von dem davon ausgehenden Anreiz zum Mehrverbrauch eine Beeinträchtigung des Spargedankens und eine Schmälerung ihres eigenen Wirkungskreises befürchten. Aus ähnlichen Erwägungen heraus, daneben aber wohl auch mit Rücksicht auf die Interessen der Kunden-Mehrzahl, hat die Stempelvereinigung als Vertreterin der Berliner Großbanken es abgelehnt, die Konsum-Finanzierung zu befürworten, obwohl zwei ihrer Mitglieder sie mehr oder weniger aktiv unterstützen. Und hier heißt es: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Auch die Genossenschaften lehnen die Bewegung durch den Mund ihres Anwalts ab, ungeachtet der Tatsache, daß die Genossenschafts-Abteilung der Dresdner Bank sie tatkräftig fördert. In dieser reservierten oder direkt oppositionellen Haltung der großen Verbände des Kreditwesens kommt die Erkenntnis, daß das neue Prinzip eine Kampfmaßnahme und eine Bedrohung darstellt, deutlich zum Ausdruck.

Aber auch sachliche Argumente werden gegen die Konsum-Finanzierung ins Feld geführt: In ethischer Beziehung die Förderung, die Unbedachtsamkeit und Leichtsinn des Einzelnen durch die Gelegenheit erfahren, mehr auszugeben als er verdient hat. In sozialer Hinsicht die Not und die Erbitterung, die notwendig bei allen denen Einkehr halten, die ihrer Abzahlungspflicht nicht nachkommen können und nun von einem strengen Gläubiger bedrängt werden. In wirtschaftlicher Hinsicht die Verteuerung, die alle in das Bereich der Abzahlung fallenden Artikel infolge der mit dem System verbundenen Kosten, Risiken und Verluste erfahren müssen. (Bei dem Warenhaus Tietz hat der erste Schritt der kollaborierenden Warenkredit-Gesellschaft darin bestanden, daß sie 25 Rechercheure anstellte, denen die Kontrolle der Ratenkäufer hinsichtlich ihrer Person und ihrer Verhältnisse obliegt.) Auch in rein geschäftlich-rationaler Hinsicht wird manches bemängelt. Einzelne Kenner der Käufer-Psyche behaupten sogar, daß das ganze Prinzip der Konsum-Finanzierung auf Irrtum und Selbstbetrug beruhe. Nicht ihre Konkurrenz, wie es beabsichtigt ist,

Digitized by Google

sondern sich selbst würden die großen Geschäfte, die eine Kundschaft zu verlieren haben, mit dem Prinzip zu Grunde richten. Denn da die große Mehrzahl der Barkäufer mit Recht oder Unrecht annehme, daß sie die Kosten des Systems mitbezahlen müsse, so werde sie nach Geschäften abwandern, die nach wie vor streng nach dem Barzahlungs-Prinzip verkaufen. So machen sich denn auf allen Seiten Widerstände geltend, wie sie in gleicher Stärke wohl kaum je einem neuen Prinzip im ersten Stadium seiner Verwirklichung entgegengetreten sind.

Wie aber hat sich der Volkswirt, der jede ökonomische Neuerung nicht sowohl unter dem Gesichtspunkt ihres unmittelbaren und sichtbaren Nutzens oder Schadens, sondern unter dem ihrer unsichtbaren Fernwirkungen einschätzen muß, zu dem Prinzip der Konsum-Finanzierung zu stellen? Wie hat er teleologisch den Versuch zu beurteilen, durch eine künstliche Belebung des Konsums, durch eine Vorverlegung der Bedarfsdeckung um eine Reihe von Monaten, Industrie und Handel einen neuen Impuls zu verleihen?

Die erste, äußerlich nicht erkennbare, aber logisch feststellbare Folge der Konsum-Finanzierung — ihre Anwendung im Großen, etwa im amerikanischen Ausmaß, vorausgesetzt — ist unbedingt, daß erhebliche Kapitalmengen von dem natürlichen Wege ihrer bisherigen Nutzbarmachung abgelenkt werden. An und für sich drängt das Kapital, seiner Natur und Zweckbestimmung nach, nicht in den Konsum, sondern in die Produktion. Denn da es den doppelten Anspruch erhebt, einmal substanziell intakt in die Zukunft einzugehen und somit dauernd in der vollen Höhe seines in Geld ausgedrückten Werts zur Verfügung seines Eigentümers zu bleiben, zum andern aber eine feste oder variable Rente (Zins oder Ertrag) zu beziehen, so kann es nur auf solchen Gebieten Verwendung finden, die präservierend mit ihm umgehen, es erhalten und bewahren, und die es außerdem laufend um Bruchteile seines Werts vermehren, die mindestens groß genug sind, um jenen Anspruch auf Rente zu gewährleisten. Beide Forderungen kann aber niemals der Konsum erfüllen, dessen Wesen die Aufzehrung vorhandener Substanz ist, sondern immer nur die Produktion einschließlich ihrer Hilfsorgane (Handel, Verkehr usw.), die auf Erhaltung, Erneuerung und Vermehrung des vorhandenen gerichtet ist. Die Erzeugung kann einen Zins abwerfen, der Verbrauch niemals. Und wenn sich das Kapital trotzdem hie und da dem Verbrauch zuwendet und ein laufendes Entgelt von ihm einkassiert — z. B. beim Pfandleiher —, so ist dieses Entgelt, obwohl der Sprachgebrauch es „Zins" nennt, niemals ein Zins im volkswirtschaftlichen Sinne, sondern entweder ein Teil des Kapitals selbst, das der Darlehnsnehmer dem Darlehnsgeber zurückgibt, oder der Teil eines Einkommens, das der Darlehnsnehmer aus anderweitiger, mit dem zu Konsumzwecken entliehenen Kapital in keiner Weise zusammenhängender Tätigkeit bezieht.

Digitized by Google

Der Konsumtiv-Kredit, wie die Konsum-Finanzierung ihn entstehen läßt, lenkt also Kapital aus der ihm von seiner Eigenart vorgeschriebenen Richtung ab in eine seinem Wesen nach fremde Richtung. Er vergrößert künstlich die zu Verbrauchszwecken verfügbare Kaufkraft, die in einer normal funktionierenden Wirtschaft einen Teil des laufenden Volkseinkommens nicht überschreitet und einen weiteren Teil zur Verstärkung der produktiven Energien übrig läßt, und verkleinert die Kaufkraft-Menge, die nach dem Willen ihrer Eigentümer — die ja eine Rente fordern — der Produktion zufließen soll. Er vergrößert die verbrauchende Kaufkraft unter Umständen in solchem Grade, daß sie über das gleichzeitige Gesamteinkommen der Bevölkerung hinauswächst und somit nicht nur keine erzeugerisch tätige Kaufkraft übrig läßt, sondern sogar die vorhandene Kapitalsubstanz angreift, indem sie Erzeugnisse früherer Perioden, die bis dahin Kapital-Charakter gehabt haben, in Konsumartikel umwandelt.

Und eine solche Umwandlung ist in der Tat der eigentliche, wenn auch unausgesprochene Zweck der Konsum-Finanzierung. Alte Lagerbestände, die einen Teil des Betriebskapitals der Händler darstellen, und die normalerweise bei jedem stattfindenden Verkauf durch neue, von der Fabrik bezogene Waren ersetzt zu werden pflegen — sobald dies nicht geschieht, schmilzt das Warenlager des Händlers und damit sein Betriebskapital zusammen —, sollen mit Hilfe eines künstlich gezüchteten Mehrkonsums abgestoßen werden, weil der Händler sie nicht mehr als reguläres Lager, sondern als Ballast ansieht. Die Wirtschaft zehrt in diesem Falle von ihren alten Vorräten. Das ist unschädlich, ja sogar nützlich, wenn eine zeitweilige Ueberproduktion die Masse dieser Vorräte so hat anwachsen lassen, daß sie andernfalls als unverkäuflicher Bestand dem Verderben oder der Wertlosigkeit anheimfallen würden und als nationaler Verlust „abgeschrieben" werden müßten. Und diese Voraussetzung ist heute in Deutschland gegeben. Dank einer weit über die Konsummöglichkeit hinausgewachsenen Produktion — einer Folge der Inflation mit ihrer „Flucht in die produktiven Sachwerte" — sind heute zahlreiche Läger überfüllt. Es ist also nur gut, wenn jetzt durch Ueberleitung gewisser Kapitalmengen von der Produktionsseite auf die Konsumseite die überanstrengte Kapazität der Erzeugungsstätten etwas herabgemindert wird, und wenn gleichzeitig ein Teil des Warenballasts, der ein nationaler Verlustposten zu werden droht, zur zeitweiligen Aufbesserung der Lebenshaltung minder kaufkräftiger Kreise dient.

In diesem Sinne ist aber das plötzlich auftretende Bestreben, statt der Produktion den Konsum zu finanzieren, nicht nur grundsätzlich gut und nützlich, sondern vor allen Dingen außerordentlich bezeichnend für die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft.

Digitized by Google

Es zeigt, daß das Hauptübel, an dem unsere Wirtschaft krankt, nicht mehr, wie noch vor kurzem, Kapitalmangel, insbesondere Mangel an Betriebskapital ist, sondern ein Mißverhältnis zwischen der mit Hilfe starken Kapitalzuflusses aus dem Auslande erhöhten Produktions-Kapazität und der Absatzmöglichkeit. In früheren Aufsätzen, zuletzt in „Volkseinkommen und Sozialprodukt" (Augustheft), habe ich nachzuweisen gesucht, daß ein solches Mißverhältnis immer etwas Unnatürliches an sich hat und automatisch zur Selbstkorrektur strebt; die Elemente „Preis" und „Lohn" sorgen, wenn man ihnen nur volle Freiheit läßt, immer dafür, daß das nationale Produktions-Volumen sich nach einem beweglichen Schlüssel auf die einzelnen Einkommen verteilt, die in ihrer Gesamtheit grundsätzlich mit diesem Volumen übereinstimmen müssen. Da aber zur Zeit jene Elemente bei uns in den Fesseln der Kartell- und Tarifverträge liegen, die ihnen nur sehr wenig Bewegungsfreiheit lassen, die Selbstkorrektur von dieser Seite her sich also nur sehr langsam auszuwirken vermag, so ist der Versuch, die Korrektur interimistisch auf andere Weise, nämlich durch Ueberführung von Kapital von der Erzeugung zum Verbrauch, mithin durch Stärkung der Konsummöglichkeit unter entsprechender Verringerung der Produktionsstärke, herbeizuführen, ebenso interessant wie in seiner inneren Tendenz berechtigt.

Von höherer Warte gesehen steht auch die Konsum-Finanzierung, obwohl ein Kind der Not und des individuellen Egoismus, und obwohl unter der Flagge falscher Schlagworte segelnd, durchaus im Dienste der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft. Sie fördert auf den Gebieten, die sie praktisch erfaßt, die natürliche Auslese unter den Erzeugern und Zwischenhändlern, also jenen zwar schmerzhaften und sozial unerfreulichen, heute aber leider notwendigen Prozeß, durch den aus den stark übersetzten Gewerben die Vielzuvielen ausgemerzt werden, deren Dasein und Wirken die Schuld daran trägt, daß ein an sich großer Konsum sich auf eine viel zu zersplitterte Produktions- und Vertriebsorganisation verteilt. Und zwar ist die Konsum-Finanzierung, im Großen angewendet, geeignet, diese Auslese von zwei Seiten her zu fördern. Einmal dadurch, daß sie der Produktion das Kapital entzieht, das sie dem Konsum zuleitet, und das nur teilweise und erst in einem späteren Stadium (auf dem Wege über die Liquidierung alter Lagerbestände, die andernfalls der Entwertungs-Gefahr unterliegen), in die Produktion zurücksickert; was zunächst notwendig eine gewisse Rationierung des Produktions-Kredits und ein Ausscheiden finanziell schwächerer Elemente aus dem Produktionsprozeß zur Folge hat. Und zum andern fördert die Konsum-Finanzierung jene Auslese dadurch, daß sie denjenigen Zwischenhändlern, die sich ihrer mit Erfolg zu bedienen wissen und die Nachfrage der Verbraucher auf ihren Warenballast zu lenken verstehen, ein Uebergewicht über alle diejenigen gibt, deren Umsatz und Absatz dadurch eine Schmälerung erfährt. Viele Klein-Kaufleute, die einen Teil ihres

Digitized by Google

ohnehin unzureichenden Geschäftsumfanges an die größeren, Warenkredit gewährenden Firmen abtreten müssen, sehen sich in diesem Falle gezwungen, ihre unfruchtbare Tätigkeit aufzugeben und als weitere Opfer des notwendigen Rationalisierungsprozesses aus der Reihe der selbständigen Zwischenhändler auszuscheiden. Somit trägt das Prinzip der Konsum-Finanzierung dazu bei, die Uebersetzung in Handel und Gewerbe, jene unselige Erbschaft aus der Inflationszeit, zu beseitigen, und es ist ihm daher unter allgemeinwirtschaftlichem Gesichtspunkt eine gewisse Nützlichkeit nicht abzusprechen, so lange es sich darauf beschränkt, den Konsum lebenswichtiger Artikel bei einer verkleinerten Zahl von Produktions- und Vertriebsstellen zu zentralisieren. Insoweit man freilich das Prinzip dazu mißbraucht, unter Ausnutzung der Unerfahrenheit und des Leichtsinns weiter Schichten den Absatz ausgesprochener Luxus-Artikel zu erzwingen und auf diese Weise sonst nicht existenzberechtigte Betriebe künstlich am Leben zu erhalten, fällt der vorgenannte volkswirtschaftliche Nutzen fort und greifen jene Bedenken Platz, die seiner Zeit an dieser Stelle (Märzheft 1926: „Automobilbanken", insbesondere S. 148) geltend gemacht worden sind.

Sogar die ethisch unerfreulichste Seite der Konsum-Finanzierung, nämlich der auf weite Volkskreise ausgeübte Zwang, viele Monate lang aus einem schmalen Einkommen Abzahlungen auf Gegenstände zu leisten, an die bei Zahlung der letzten Raten vielleicht schon jede Erinnerung geschwunden ist, — sogar diese üble Seite hat, volkswirtschaftlich gesehen, ihr Gutes. Der Arbeiter, der Angestellte, der Angehörige eines freien Berufs, der sich an jedem Monatsersten der Fälligkeit größerer Abzahlungsraten gegenübersieht, wird mit allen Kräften danach streben, sein Einkommen wenn irgend möglich soweit zu erhöhen, daß er trotz Zahlung jener Raten seine altgewohnte Lebensweise beibehalten kann und sich und den Seinigen Entbehrungen nicht aufzuerlegen braucht. Daraus ergibt sich für ihn persönlich die Notwendigkeit, mehr zu leisten als bisher, und für die Allgemeinheit eine entsprechende Steigerung des Sozialprodukts. Es geht also von dem mit der Konsum-Finanzierung verbundenen Abzahlungszwange in einer arbeitstüchtigen Volksgemeinschaft wie der deutschen eine gewisse Stählung der nationalen Energien aus, die rein ökonomisch, unter Außerachtlassung aller ethischen und moralischen Erwägungen, zu begrüßen sein würde. Aber es ist nun einmal nicht statthaft, nur in Zahlen, Kalorien und Pferdestärken zu denken. Das Sittliche und Psychische spielen, je schärfer die sozialen Kontraste in einem Lande werden, eine um so größere und beachtenswertere Rolle, und sobald man diesen Momenten Rechnung trägt, verbietet sich die Befürwortung eines Systems, das ökonomische Kräfte aus dem Unzufriedenheit, Sklaven-Bewußtsein, ja Haß erzeugenden Abzahlungszwange zieht und im Grunde das „System der Hetzpeitsche" ist. So erhebt sich denn für den Volkswirt die

Digitized by Google

wichtige Frage: Läßt sich der gute wirtschaftliche Endeffekt, den das Prinzip der Konsum-Finanzierung bei größerer und erfolgreicher Anwendung herbeizuführen geeignet ist, nicht auf anderen, sittlich einwandfreieren Wegen erreichen?

Und es gibt in der Tat solche Wege, und einer von ihnen liegt sogar außerordentlich nahe. Wenn es den Kernpunkt des Problems bildet, den Konsum anzuregen, indem Gelder von der Produktionsseite auf die Verbrauchsseite hinübergelegt werden, und wenn die Mittel zu diesem Zweck tatsächlich vorhanden sind, so ist zur Erreichung des gedachten Zwecks nichts weiter nötig, als Zahlungen, die Produktion und Handel den großen Massen der Verbraucher regelmäßig zu leisten haben, zeitlich vorzuverlegen. Man braucht nur die Löhne und Gehälter statt am Ende einer Woche oder eines Monats, also nach vollbrachter Arbeitsleistung, in der Mitte oder am Beginn der einzelnen Entlohnungsperiode zu zahlen, die Arbeitsleistung also zu bevorschussen. Ich bin diesem naheliegenden Gedanken im Zusammenhang mit dem Problem der Konsum-Finanzierung bisher nur einmal, und zwar im „Hannoverschen Kurier", begegnet, wo ihn Paul Stotten (am 13. November) zum Gegenstande einer ernsthaften Betrachtung gemacht hat. In der Tat erfährt durch eine derartige Vorverlegung der Arbeitsentlohnung die Kaufkraft der Massen dieselbe unmittelbare Verstärkung, nur auf weit breiterer Basis, wie bei Anwendung des jetzt propagierten Systems der Konsum-Finanzierung, das sich von dem Prinzip der generellen Vorschußleistung eigentlich nur dadurch unterscheidet, daß das Arbeitseinkommen hier von Fremden, dem Empfänger Fernstehenden bevorschußt wird statt von seinem eigenen Arbeitgeber, der ihn und den Grad seiner Vertrauenswürdigkeit genau kennt; daß in der Form des Darlehens und als unverdiente Gunst etwas gewährt wird, was bei Anwendung des Vorschuß-Prinzips eine Bezahlung und einen berechtigten Anspruch bildet. Schon diese Gegenüberstellung — Fremder statt Vertrauter, Gunst statt Anspruch — zeigt, auf welcher Seite die sittliche Ueberlegenheit liegt. Es kommt aber noch hinzu, daß die Konsum-Finanzierung im Wege der Bevorschussung geleisteter bezw. noch zu leistender Arbeit ein eminent moralisches und sozial gerechtes Prinzip darstellt. Denn heute liegen die Dinge so, daß zunächst der Arbeitnehmer sein Pensum erfüllt und den Arbeitgeber in den Besitz des Nutzeffekts seiner Leistung gesetzt haben muß, ehe er einen Anspruch auf das Aequivalent hat. Mit anderen Worten: Der Kleine, der Schwache gewährt dem Großen und Starken einen Kredit, der Besitzlose dem Besitzenden. Gewiß hat diese in der ganzen Welt vorherrschende Form der Entlohnung ihre guten Gründe und auch ihre Vorteile. Aber sittlich ist sie nicht. Und wenn es sich zeigt, daß in einem bestimmten Lande und zu einer bestimmten Zeit der Bruch mit der traditionellen Entlohnungsform Vorteile allgemein-wirtschaftlicher Natur hat, so sollte man lieber eine Aenderung dieser Form nach der

Digitized by Google

sittlichen Seite hin vornehmen, als ein Prinzip propagieren, das zwar ebenfalls ökonomische Vorteile bietet, in ethischer und moralischer Beziehung aber überaus anfechtbar ist.

Alfred Lansburgh.

Barren oder Münzen?

(Die drei Goldwährungen II.)

Sobald der Gold Exchange Standard, die Aufrechterhaltung des Währungspari mit Hilfe der Devisenpolitik, als ein minder zweckmäßiges Prinzip aus der Reihe der drei überhaupt möglichen Goldwährungarten ausscheidet, stehen für die Praxis nur noch die beiden Arten des Gold Standard und des Bullion Standard zur engeren Wahl. Jedes Land, das die Goldwährung in ihrer brauchbarsten Form bei sich einzuführen oder wiedereinzuführen wünscht, muß also die Vorteile und Nachteile jeder dieser beiden Untergattungen sorgfältig gegeneinander abwägen. Und da die Goldwährung niemals Selbstzweck, sondern immer Mittel zum Zweck der Aufrechterhaltung einer möglichst festen Tauschbeziehung zwischen dem Landesgelde und den Währungen der wichtigsten Welthandelsländer ist, so läuft die vergleichende Prüfung auf die Ermittelung hinaus, welche der beiden Währungsgattungen diese feste Tauschbeziehung am besten gewährleistet.

Das Mittel, mit dessen Hilfe das in die einzelnen Währungen eingesprengte Gold — in Barren wie in Münzen — die Goldwährungen untereinander wertäquivalent erhält, ist ein rein mechanisch-quantitatives. Sobald die Uebereinstimmung zwischen dem Werte des Landesgeldes und dem Werte der übrigen Goldwährungen im Begriff steht, eine Unterbrechung zu erleiden, erzwingt das Gold diese Uebereinstimmung aufs neue dadurch, daß es sich in bestimmter Menge aus der Verbindung mit demjenigen Landesgelde loslöst, dessen Wert relativ sinkt, und sich mit denjenigen Währungen verbindet, deren Wert relativ steigt. Das Gold erfüllt also seine Aufgabe des Währungsschutzes gegen Wertschwankungen durch Digression und Konjunktion bezw. Assimilation, indem es die umlaufende Geldmenge hier vermindert und dort vermehrt, dadurch den Geldwert hier wieder zur Goldäquivalenz emporhebt und ihn dort wieder auf die Goldäquivalenz herunterdrückt.

Es kommt also darauf an, festzustellen, in welcher Form das Gold diese seine Aufgabe, nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren zwischen den Goldwährungsländern hin und her zu fließen, am besten erfüllt. Das bedeutet eine Untersuchung nach zwei Richtungen hin. Es ist erstens zu ermitteln, ob das Gold zentralisiert (in Barrenform), oder ob es teilweise zirkulierend (in Münzform) geeigneter ist, die erforderliche Elastizität des Geldumlaufs zu gewährleisten. Und es ist zweitens zu ermitteln, in welcher der beiden Formen das Gold diese Elastizität mit den

Digitized by Google

geringeren Störungen für die Gesamtwirtschaft herbeiführt.

Was zunächst die absolute Beweglichkeit des Goldes, also seine Fähigkeit zur Digression und Konjunktion betrifft — unter Außerachtlassung etwaiger Rückwirkungen auf die Wirtschaft —, so ist sie beim Bullion Standard, dem Prinzip der Zentralisierung in Barrenform, dem Auslande gegenüber unbedingt, dem Inlande gegenüber aber nur bedingt gewährleistet. Nach dem Auslande fließt in dem Moment, wo die Aequivalenz der Währungen in dem Grade gestört ist, daß die Wechselkurse den oberen (Export-) Goldpunkt erreichen, unbedingt Gold aus dem Zentralbestande ab, und nichts hindert dieses Gold, nach Ausprägung in den Geldumlauf des Bestimmungslandes einzugehen. Im Inlande aber findet ein entsprechendes Einschrumpfen des Geldumlaufs nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen statt. Nämlich dann, wenn die Zentralkasse oder Zentralbank mit unbeirrbarer Energie an dem Prinzip festhält, bei jedem Goldabfluß eine genau entsprechende Menge Papier- oder sonstigen „token"-Geldes aus dem Verkehr zu ziehen, welches auch die wirtschaftlichen Folgen sein mögen, und daß die Politik der Regierung und der Parteien sich diesem Vorgange gegenüber grundsätzlich neutral verhält. Zwei Voraussetzungen, die selten ganz ohne Einschränkung gegeben sein werden.

Beim Gold-Standard, dem Prinzip des mindestens partiellen Goldmünzenumlaufs und der freien Austauschbarkeit zwischen „token"-Geld und zentralisierten Goldmünzen, ist die Fähigkeit des Goldes, sich mit dem Landesgelde zu verbinden und sich wieder aus der Verbindung zu lösen, nicht nur dem Auslande, sondern auch dem Inlande gegenüber unbedingt vorhanden. Jede Goldmünze, die das Land verläßt, verkleinert automatisch den Geldumlauf, sei es, indem sie direkt aus dem Verkehr abfließt, sei es, indem sie der Zentralstelle abgefordert und hier mit einem genau entsprechenden Betrage „token"-Geldes bezahlt wird, das damit aus dem Umlauf verschwindet.

Es ergibt sich also bereits hier eine Ueberlegenheit des Gold-Standard über den Bullion Standard. Denn da der Zweck der Goldwährung darin besteht, die Zahlungsmittel der durch sie verbundenen Länder wertäquivalent zu erhalten, und da diese Wertäquivalenz nur dann voll erreicht wird, wenn die Freizügigkeit des Goldes die erforderlichen quantitativen Veränderungen im Geldumlauf automatisch herbeiführt, so ist ein Prinzip, das diese Veränderungen zwar im Auslande, nicht aber unbedingt auch im Inlande eintreten läßt, notwendig unvollkommen. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Bullion Standard ein treffliches Prinzip für die Anderen, nicht aber für das Land selbst.

Nun kommt aber hinzu, daß überall da, wo der Gold Standard adoptiert, also ein fluktuierender Goldmünzen-Umlauf vorhanden ist, sich mit der Zeit ein größerer Bestand an Fremdmünzen in den nationalen Münzumlauf einsprengt, eine natürliche Folge der Freizügigkeit des Goldes von Land zu Land. Im täglichen Verkehr

Digitized by Google

sind die Fremdmünzen allerdings nur selten zu sehen, da ihnen im Inlande die gesetzliche liberierende Zahlungskraft fehlt; wohl aber finden sich erhebliche Mengen von ihnen im Bestande der Banken und bedeutenderen Finanzhäuser vor, insbesondere derjenigen, die den Geschäftszweig der internationalen Arbitrage pflegen. Diese Fremdmünzen haben die Eigentümlichkeit, bei eintretender passiver Zahlungsbilanz, d. h. bei steigenden Wechselkursen, schneller in das Ausland abzufließen als die Landesgoldmünzen. Sie haben nämlich in ihrem Ursprungslande neben ihrem effektiven Goldwerte noch einen zweiten, etwas höheren Wert, und zwar deshalb, weil sie sich dort dem Geldumlauf ohne weiteres beimengen und sofort zu Zahlungszwecken verwenden lassen, ohne daß es erst der kostspieligen und zeitraubenden Prüfung, Umschmelzung und Prägung bedarf. Ihre etwaige Abnutzung spielt dabei keine Rolle, solange sie sich nur innerhalb des sog. Passiergewichts halten. Noch bevor der sog. obere Goldpunkt erreicht ist, bei dem eine Versendung von Barrengold theoretisch lohnend wird, wandern also die fremden Münzsorten in ihr Heimatland zurück, auf diese Weise eine fortgesetzte Repatriierung der einzelnen nationalen Goldmünzen herbeiführend. Sie schaffen so unterhalb des theoretischen oberen Goldpunktes und ebenso oberhalb des theoretischen unteren Goldpunktes zwei neue, enger beieinander liegende praktische Goldpunkte und mildern somit die Schwankungen, denen die einzelnen Währungen innerhalb dieser beiden Punkte ausgesetzt sind. Eine Gold Standard-Währung ist also schon aus diesem Grunde noch wertbeständiger als eine Gold Bullion-Währung.

Aber auch ein Teil der eigenen, nationalen Goldmünzen besitzt diesen Vorteil der leichten, die Schwankungen der Landeswährung mildernden Beweglichkeit. Es ist dies derjenige Teil, der die Münzstätte vor noch nicht allzu langer Zeit verlassen hat und infolgedessen noch nicht in wahrnehmbarem Maße abgegriffen ist. Auch diese Münzen besitzen einen zweifachen Wert, nämlich neben ihrem durch die Goldwage feststellbaren inneren Wert noch den etwas höheren Wert, den ihnen die Prägung verliehen hat, durch die sie befähigt werden, sich bei ihrer Rückkehr in das Ursprungsland dort ohne weiteres dem Umlauf beizugesellen und ihre Kaufkraft auszuüben. Mit solcher Rückkehr rechnet aber die Arbitrage in jedem Lande, das den Gold Standard proklamiert hat. Auch diese Münzen wandern daher schon vor Erreichung des theoretischen oberen (Export-) bezw. unteren (Import-) Goldpunktes über die Landesgrenze und verankern so die Währung auf der kleinen Spanne zwischen zwei enger nebeneinander liegenden Polen.

Wenn wir also früher gesehen (vgl. Novemberheft S. 651), daß der Gold Exchange Standard, die Ausgleichung der Zahlungsbilanz-Spitzen durch Goldkredite — Goldwechsel, Goldguthaben —, die beiden Goldpunkte näher aneinanderrückt, als es die effektive Goldversendung tut, so sehen wir jetzt, daß von den beiden ver-

Digitized by Google

bleibenden Goldwährungs-Gattungen der Gold Standard dieselbe Ueberlegenheit gegenüber dem Bullion Standard hat. Er hat die Ueberlegenheit zwar nicht in ganz demselben hohen Grade wie der Exchange Standard; da der letztere aber trotz dieses seines Vorteils aus zahlreichen früher genannten Gründen abgelehnt werden muß, mithin nur noch die Wahl zwischen den beiden anderen Gattungen bleibt, so verdient der Gold Standard, der die Währung immerhin fester verankert als der Bullion Standard, den Vorzug vor diesem. Daß die Ueberlegenheit des Gold Standard auch unter diesem Gesichtspunkte nicht nur in der rechnenden Phantasie, sondern in Wirklichkeit besteht, ergibt sich aus der Münzgeschichte der verschiedenen Goldwährungsländer, die uns lehrt, daß die Schwankungen des Geldwerts in England, dem klassischen Lande des Gold-Standard, vor dem Kriege tatsächlich kleiner gewesen sind, als in irgend einem anderen Goldwährungslande.

Man hat es allerdings oftmals als einen Uebelstand angesehen, daß die Goldarbitrage bei Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe, die Aequivalenz der Währungen aufrechtzuerhalten, vorzugsweise gerade die neuesten und vollwertigsten Goldmünzen ansammelt und expatriiert, so daß der Inlandsumlauf sich hauptsächlich aus älteren, mehr oder weniger abgegriffenen Goldmünzen zusammensetzt. Aber dieser Uebelstand ist, so lange das Inland seinem Gold Standard treu bleibt, nur ein scheinbarer. Denn die ausgewanderten Goldmünzen kehren, sobald der Zweck ihrer Versendung erreicht und die gesetzliche Parität der Währung wieder hergestellt ist, noch vor Erreichung des Import-Goldpunktes in kompakter Masse in das Land ihres Ursprungs zurück, so daß diesem nicht der mindeste Verlust erwächst.

Gerade diese Tendenz der Rückwanderung macht den Gold Standard unter nationalem Gesichtswinkel dem Bullion Standard so außerordentlich überlegen. Denn wenn, wie wir gesehen haben, der Bullion Standard die Interessen des Auslands fördert, indem er diesem das Gold in einer Form zuleitet, die ihm ohne weiteres die Assimilierung des Importgoldes mit dem eigenen Landesgelde ermöglicht, so fördert das Prinzip des Gold Standard umgekehrt die Interessen des Inlands, da die ausgeführten inländischen Goldmünzen wie mit magnetischer Kraft wieder ins Land zurückgezogen werden, sich also im Auslande nicht assimilieren. Für das Ausland wird der Zweck der Goldwährung, die unmittelbare quantitative Ab- und Zunahme des dortigen Geldumlaufs, beim Prinzip des Gold Standard immer nur dann erreicht, wenn die Goldwanderung sich in der Form der Rückkehr seiner eigenen, nationalen Goldmünzen vollzieht. Diese Rückkehr (d. h. Abstoßung ausländischer Gold-Sorten) liegt aber auch im Interesse des Inlands, denn sie schont nicht nur die inländischen Eigengoldbestände, sondern rückt außerdem die beiden Goldpunkte, zwischen denen die Landeswährung pendelt, so eng aneinander, wie es bei Nicht-Anwendung des Exchange Standard überhaupt nur möglich

Digitized by Google

ist. Im Hinblick auf die Elastizität und Wertbeständigkeit der Goldwährung ist also der Gold Standard dem Bullion Standard unbedingt vorzuziehen.

Was nun die zweite der beiden Forderungen betrifft, die man an eine gesunde Goldwährung stellen muß, nämlich, daß die internationale Goldbewegung sich ohne schädliche Rückwirkung auf die wirtschaftliche Wohlfahrt, ohne Reibungen und Störungen vollzieht, so liegt hier die Ueberlegenheit des Gold Standard auf der Hand. Schon in früheren Heften dieser Zeitschrift, insbesondere im August- und Septemberheft 1925 („Das falsche Prinzip") habe ich mit aller Schärfe auf den fundamentalen Konstruktionsfehler im Aufbau unseres modernen Notenbankwesens hingewiesen, der darin besteht, daß sich auf der Grundlage eines veränderlichen, von jeder Schwankung der Zahlungsbilanz abhängigen Metall- und Devisen-Bestandes eine Kredit-Pyramide erhebt, und noch dazu die zentrale, die letzte Reserve des Landes bildende Kredit-Pyramide. So daß jeder zufällige Gold- und Devisenzufluß die Tendenz hat, eine sachlich nicht begründete Kredit-Ausdehnung herbeizuführen, während jeder Abfluß eine ebenso wenig begründete Kreditrestriktion zur Folge hat, mit Wirkungen, die Deutschland nach dem 7. April 1924 nur zu deutlich kennengelernt hat.

Wo der Gold Standard herrscht, der Zufluß und Abfluß des Goldes sich zuerst und noch vor Erreichung der eigentlichen Goldpunkte im Verkehr und bei den Privatbanken vollzieht und nur die äußersten Spitzen der Goldbewegung — erst nach Erreichung der theoretischen Goldpunkte — die Bestände der Zentralbank affizieren, bleibt die Fluktuation des Goldes ohne erhebliche Rückwirkung auf Handel und Gewerbe. Im genauen Ausmaße des aus den Privatbeständen ausfließenden Goldes entstehen den Goldexporteuren Guthaben im Auslande, so daß, insoweit dieses Gold überhaupt die Basis von Krediten gebildet hat (was bei den Beständen der Arbitrage selten der Fall sein wird), jeder notwendigen Beschränkung des Inlandskredits die Möglichkeit einer Ausdehnung des Valutakredits gegenübersteht. Bei dem System des zentralisierten Goldbestandes dagegen, also beim Bullion Standard, legt jeder Goldabfluß der Zentralbank die Verpflichtung auf, entsprechende Mengen „token"-Geldes, meist also Banknoten, aus dem Verkehr zu ziehen und die Kredite zu beschränken, ohne Rücksicht darauf, ob anderwärts die Möglichkeit bezw. der Wille vorhanden ist, Ersatzkredite zu gewähren.

Im allgemeinen werden die Leiter der großen Zentralnotenbanken nicht geneigt sein, diesen Gesichtspunkt zu dem ihrigen zu machen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Denn der Uebergang vom Bullion Standard zum Gold Standard und die Sättigung des Verkehrs mit Goldmünzen bedeutet für sie eine gewisse Entsagung. Sobald der Gold Standard gesetzlich eingeführt ist und sie verpflichtet sind, jedem Noten-Einreicher auf Verlangen Gold-

Digitized by Google

münzen zu verabfolgen, geben nicht mehr sie selbst den Ausschlag, sondern der Verkehr, den sie nur dadurch beeinflussen können, daß sie sich ihm mit ihrer Kredit- und Zinspolitik anpassen. Sie sind dann nicht mehr die Alleinherrscher auf dem Gebiet der Landeswährung und auch nicht mehr im bisherigen Umfange die Diktatoren auf dem Felde des Kredits. Sie bilden dann nicht mehr, wie jetzt, eine Sonder-Instanz im Staate, die auf alle Handlungen und Unterlassungen der Regierungen „im Währungsinteresse" befehlshaberische Ingerenz nimmt, sondern kehren zu der zwar verantwortungsvollen, aber mehr dienenden Rolle zurück, die sie vor dem Kriege gespielt haben. Die Befürwortung des Gold Standard bedeutet für die Notenbank-Leiter also einen Akt der Selbstverleugnung. Um so anerkennenswerter ist es, daß einer dieser Leiter, Vissering von der Niederländischen Bank, nicht nur im letzten Jahresbericht seiner Bank gewisse Vorzüge des Gold Standard hervorhebt — „das in Umlauf gebrachte Gold verbleibt in kritischen Perioden als eine unsichtbare Reserve im Lande", heißt es hier beispielsweise —, sondern daß er tatsächlich gewisse Mengen Münzgold in Verkehr gesetzt und damit einen Beginn mit dem Uebergang vom Bullion Standard zum Gold Standard gemacht hat.

A. L.

Die amerikanischen „bond-tables"

und die Ermittlung der effektiven Verzinsung von Anleihen.

In dem August-Heft dieser Zeitschrift wurde darauf hingewiesen*), daß die amerikanischen Banken und Bankiers bestrebt sind, mit Hilfe der in Amerika in ausreichendem Maße vorhandenen „bond-tables" auch die effektive Verzinsung von Anleihen deutschen Typs, den sogenannten „Annuitäten-Anleihen", zu berechnen.

Es wurde zunächst dargestellt, wie man annäherungsweise aus den „bond-tables" die effektive Verzinsung der Annuitäten-Anleihe zu berechnen gewohnt ist (ursprüngliche Methode). Des weiteren wurde dann ein neuer Weg (verbesserte Methode) gezeigt, wie man die effektive Verzinsung der Annuitäten-Anleihe zwar auch annäherungsweise, aber dennoch zuverlässiger als nach der ursprünglichen Methode berechnet. Dieser neue Weg setzt voraus, daß der Rechner mit der Logarithmentafel umzugehen versteht.

Wenn man aber schon eine Logarithmentafel zu Hilfe nehmen will, um die effektive Verzinsung oder die Kurse von Annuitäten-Anleihen aus den „bond-tables" zu berechnen, so ist es wertvoll, festzustellen, daß man nicht darauf beschränkt ist, die effektive Verzinsung oder die Kurse nur annäherungsweise zu bestimmen, son-

*) K. Ladegast: Deutsche und amerikanische Anleihe-Kalkulation.

Digitized by Google

dern daß man dann ein vollkommen ausreichendes Material zur Hand hat, um die Werte genau zu ermitteln. Die Methode, mittels der dies möglich ist, geht davon aus, daß sich eine gewisse Aehnlichkeit zwischen der „Bond-Anleihe" und der „Annuitäten-Anleihe" feststellen läßt.

Den „bond-tables" liegt ein Anleihe-Typ zugrunde, bei dem während der Laufzeit der Anleihe nur der vereinbarte (nominale) Zins in stets gleich hohen Raten in regelmäßigen Zwischenräumen entrichtet wird, während das Kapital erst nach Ablauf der Laufzeit in einer Summe zurückzuzahlen ist. Bei der deutschen „Annuitäten-Anleihe" werden während der ganzen Laufzeit ebenfalls in regelmäßigen Zwischenräumen gleich hohe Zahlungen (Annuitäten) geleistet, die so bemessen sind, daß der jeweils noch nicht getilgte Teil der Anleihe zu dem nominellen Zinsfuß verzinst wird, außerdem aber Rückzahlungen auf das Kapital geleistet werden, dergestalt, daß mit der Zahlung der letzten Annuität auch das Kapital restlos zurückgezahlt ist.

Aus dem Vorhergesagten ergibt sich die Aehnlichkeit der beiden Anleihen-Typen, die darin besteht, daß der Schuldner während der Laufzeit der Anleihe durchweg in regelmäßigen Zwischenräumen gleich hohe Zahlungen zu leisten hat.

Die am Kopf der „bond-tables" stehenden Prozentsätze geben den nominellen Zinsfuß an, oder wie man ebenso gut sagen kann, die Höhe der von dem Schuldner durchweg zu leistenden Zahlung. Will man die „bond-tables" für die Annuitäten-Anleihe benutzen, so muß man von den Werten des Prozentsatzes ausgehen, welcher der Höhe der Annuität entspricht. Hat man also beispielsweise für eine 25 jährige Annuitäten-Anleihe, die mit nom. 6 Prozent verzinst wird, und für welche die Annuität sich auf 7,822672 Prozent stellt, den Kurs für die effektive Verzinsung von z Prozent zu ermitteln, so muß man in den „bond-tables" für 25 Jahre unter dem nom. Zinsfuß 7,822672 Prozent den Kurs für die effektive Verzinsung von z Prozent ablesen und diesen um einen Betrag verringern, der sich, wenn n = Laufzeit gesetzt wird, durch eine Formel als

$$\text{num.}\left[2 - n \cdot \log\left(1 + \frac{z}{100}\right)\right]$$

ausdrücken läßt, oder in Worte gefaßt, den Numerus des Logarithmus darstellt, der sich aus der Differenz zwischen der Zahl 2 und dem n-fachen Logarithmus des Aufzinsungsfaktors ergibt.

Um also für die 25 jährige sechsprozentige Annuitäten-Anleihe (Annuität = 7,822672 Prozent) die effektive Verzinsung beim Kurse von 80 Prozent zu ermitteln, entnimmt man zunächst den „bond-tables" die Werte für

25 Jahre

eff. Verzinsung	nom. Verzinsung	
	7,5 %	8 %
8,25 %	92 11	97,37
8,75 %	87,39	92.44

Digitized by Google

ermittelt hieraus durch einfache Interpolation für

eff. Verzinsung	nom. Verzinsung
	7,822672 %
8,25 %	95,50
8,75 %	90,61

Diese Kurse sind um den Betrag zu ermäßigen, der sich nach der oben genannten Formel für die

eff. Verzinsung	mit
8,25 %	num. $(2 - 25 \cdot \log 1{,}0825) = 13{,}78$
8,75 %	num. $(2 - 25 \cdot \log 1{,}0875) = 12{,}28$

errechnet.

Man erhält also als die richtigen Kurse für

eff. Verzinsung	Annuität
	7,822672 %
8,25 %	81,72
8,75 %	78,33

Durch einfache Interpolation ergibt sich für den Kurs 80 Prozent die effektive Verzinsung mit 8,503 Prozent. Nach „Spitzer" errechnet sich dieselbe mit 8,509 Prozent.

Zum besseren Vergleich seien noch folgende Werte festgestellt:

Übernahmekurs	effektive Verzinsung			
	nach den „bond-tables"			nach „Spitzer"
	ursprüngliche Methode	verbesserte Methode	richtigste Methode	
%	%	%	%	%
85	7,64	7,75	7,796	7,794
84	7,76	7,88	7,934	7,932
83	7,89	8,01	8,072	8,072
82	8,02	8,14	8,210	8.214
81	8,15	8,28	8,355	8,361
80	8,28	8,42	8,503	8,509

Die zwischen den nach der richtigsten Methode gefundenen Werten und denen des „Spitzer" noch bestehenden geringen Differenzen sind darauf zurückzuführen, daß den Werten der „bond-tables" eine halbjährliche Zinszahlung zugrunde gelegt ist. Würde eine Annuitäten-Anleihe mit halbjährlichen Annuitäten-Zahlungen zu berechnen sein, so würden die für diese nach dem „Spitzer" ermittelten Werte mit denen nach der richtigsten Methode aus den „bond-tables" gefundenen Werten vollkommen übereinstimmen.

Damit dürfte der Beweis erbracht sein, daß man tatsächlich die Werte der „bond-tables" zur Berechnung der effektiven Verzinsung von Annuitäten-Anleihen verwenden kann. Aber es ist viel einfacher, sich die Verzinsung der Annuitäten-Anleihen auf direktem Wege auszurechnen. Das dürfte keinem Rechner schwer fallen, der mit der Logarithmentafel umzugehen versteht. Bei der

Digitized by Google

direkten Berechnung spart man viel Zeit, und — time is money. Wenn man auch in Amerika keinen „Spitzer" hat, so dürfte doch zweifellos ein ähnliches Tabellenwerk vorhanden sein, das die End- und Barwerte eines Kapitals und der Zeitrenten oder, wie man eigentlich sagen sollte, das „Einmaleins der Zinseszins- und Rentenrechnung" enthält, denn dieses „Einmaleins" ist auch für die Anfertigung der „bond-tables" ein unentbehrliches Material gewesen.

Der kürzeste Weg, die effektive Verzinsung der Annuitäten-Anleihe zu berechnen, besteht in der Ausführung der Multiplikation: Uebernahmekurs mal Barwert der n-jährigen Zeitrente auf der Basis des nom. Zinsfußes.

Für eine 25jährige Annuitäten-Anleihe, die mit nom. 6 Prozent zu verzinsen ist, und die zum Kurse von 80 Prozent übernommen werden soll, ergibt sich die effektive Verzinsung aus dem Produkt

$$0{,}80 \cdot a_{25}$$

worin a_{25} den Barwert einer postnumerando zahlbaren 25jährigen 6prozentigen Zeitrente darstellt. Nach „Spitzer" Tabelle IV beträgt dieser Wert 12,78335616. Mithin ergibt sich

$$0{,}80 \text{ mal } 12{,}78335616 = 10{,}22668493.$$

Dieses Resultat stellt den Barwert der postnumerando zahlbaren 25jährigen Zeitrente auf der Basis des effektiven Zinsfußes dar, den man aus dieser Rente durch einfache Interpolation zwischen den nächstliegenden aus dem „Einmaleins der Zinseszins- und Rentenrechnung" zu entnehmenden Werten ermittelt. Man würde also nach „Spitzer" Tabelle IV für den Termin 25

für	den Barwert der Zeitrenten mit
8,50 %	10,23419078
8,75 %	10,02491666

ablesen. Durch einfache Interpolation findet man für den vorher ermittelten Rentenwert 10,22668493 den Zinsfuß 8,509 Prozent, der die gesuchte effektive Verzinsung für die 25jährige 6prozentige Annuitäten-Anleihe bei dem Uebernahmekurse von 80 Prozent angibt. Derselbe Prozentsatz wird nach „Spitzer" Tabelle VI interpoliert und auch nach der richtigsten Methode aus den „bond-tables" errechnet.

Unanwendbar sind die „bond-tables" für alle anderen noch möglichen Anleihe-Typen, insbesondere auch für einen der gebräuchlichsten, nämlich den mit durchweg gleich hohen Amortisationszahlungen und daher fallenden Gesamtzahlungen des Schuldners. In diesen und ähnlichen Fällen ist man stets auf eine individuelle Berechnung durch einen genügend mit der Materie vertrauten, mathematisch gebildeten Rechner angewiesen.

Es läßt sich die Behauptung aufstellen, daß die vermeintlichen Unterschiede zwischen der deutschen und der amerikanischen Anleihe-Kalkulation in Wirklichkeit gar nicht bestehen, und daß tatsächlich vorkommende Abweichungen nur darauf zurückzuführen

Digitized by Google

sind, daß nicht auf beiden Seiten gleich versierte Fachleute mit den Berechnungen betraut werden. Man sollte also einsehen lernen, daß man mit den Berechnungen Mathematiker beschäftigen sollte, genau wie man sich für die Anfertigung der Verträge der Juristen, für die der Uebersetzungen der Dolmetscher, für die Festsetzung des möglichen Uebernahmekurses des Bankiers bedient. Heute wird manches angebahnte Geschäft nur dadurch im Keim erstickt, daß unrichtige oder ungenaue Berechnungen die Parteien auseinander statt zusammen bringen.

Walter Ahlefeld.

Der Oktober 1926.

Der vormonatigen Zusammenkunft der Staatsmänner in Genf ist im Oktober eine Zusammenkunft einer Reihe bekannter Wirtschaftsführer aus Deutschland und England in Romsey gefolgt, die nicht nur deshalb große Beachtung fand, weil sie auf dem Landsitz eines amtenden englischen Ministers stattfand. Man hat sich allerdings in der Besprechung zunächst nur ziemlich allgemein unterhalten, will sich aber im kommenden Frühjahr bei Dr. Duisberg in Leverkusen erneut zusammenfinden; inzwischen werden sich in wenig Wochen Abgesandte des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit denen des entsprechenden britischen Verbandes an einen Tisch setzen, um technische Fragen zu regeln. — Was die deutsch-französischen **politischen** Beziehungen betrifft, so lassen sich die in Thoiry ausgesprochenen programmatischen Gedanken, wie von vielen Seiten allerdings schon frühzeitig angenommen wurde, nur langsam in die Wirklichkeit übersetzen; immerhin scheint das Ende der Militärkontrolle in Deutschland in Sicht zu sein. — Aus der inneren deutschen Politik ist vor allem die Annahme des Hohenzollernvergleichs im Preußischen Landtage zu erwähnen. — In Oesterreich ist tatsächlich das Ministerium Ramek über den Korruptionsskandal (Centralbank, Postsparkasse) und über die Streikdrohung der Beamten gefallen; Seipel ist wiedergekehrt. — In Norwegen hat das Referendum über die Volksabstimmung gegen die Prohibition entschieden; das Land wird also wieder „naß". — In Polen hat es wieder eine Kabinettskrise gegeben, in deren Verfolg Pilsudski selbst das Ministerpräsidium übernahm. — In der Tschechoslowakei sind tatsächlich zwei neue deutsche Minister ernannt worden. — In Rußland haben der 14. Parteikongreß und das Zentralkomitee scharf gegen die Opposition der Unentwegten und Internationalisten (Trotzki, Sinowjew etc.) Stellung genommen. Die Opposition hat sich dem Zentralkomitee unterworfen. — In den Vereinigten Staaten haben die Wahlen die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus etwas verringert; sie

Digitized by Google

haben sich bei recht apathischer Haltung der Bevölkerung abgespielt.

Staatsfinanziell ist für Deutschland wohl am bedeutsamsten, daß die im vorigen Heft erwähnte Mobilisierung deutscher Eisenbahn-Schuldverschreibungen wegen mangelnder Hilfsbereitschaft Amerikas und wegen eines gewissen französischen Widerstandes gegen den „Geist von Thoiry" zunächst zurückgestellt werden mußte. Ein Nachtragshaushalt des Reiches, der unter anderem die Forderungen für das Arbeitsbeschaffungs-Programm „produktive Erwerbslosenfürsorge" enthält, läßt auf nahezu 1 Milliarde Mark neu zu beschaffender Mittel schließen. Davon wird nur ein kleiner Teil aus Ersparnissen im Budget kommen können; aber auch die Anleihefrage ist noch nicht akut, vielmehr hat das Reich bei der Reichspost einen Kredit von 100 Millionen Mark aufgenommen. Zur Zeit ist der „Finanzausgleich" heiß umstritten, weil das Reich einen Teil der Pauschalzusagen an die Länder und Gemeinden zurückziehen will. Im ersten Halbjahr sind insgesamt 3 359,6 Millionen Mark vereinnahmt worden gegenüber 6 465,3 Millionen Voranschlag für das ganze Jahr. — Die Stadt Berlin hat 22½ Millionen Mark 7% Anleihe zu 90¾% gut im Inlande untergebracht. — In England sind von den rund 110 Millionen Pfund Sterling demnächst fälliger Schatzanweisungen (siehe voriges Heft) etwa drei Viertel zum Umtausch eingereicht worden. — Belgien hat insgesamt 20 Millionen Pfund Sterling 7% Stabilisierungsanleihe zu 94% in New York, London und Amsterdam aufgelegt und vielfache Ueberzeichnung erzielt. — Auch die niederländische Umwandlungsanleihe hatte vollen Erfolg. — Frankreich hat die Ende 1918 aufgenommenen, am 1. April 1927 fälligen 30 Millionen Gulden niederländisches Staatsdarlehen bereits am 1. November aus dem Erlös der neuen Eisenbahn-Anleihe zurückgezahlt. Die französische Konsolidierungsanleihe (s. voriges Heft) ist zum erheblichen Teil von den Banken übernommen worden. — Spanien hat sich zur Aufnahme von 225 Millionen Pesetas 5% innerer Anleihe zu 99% ermächtigen lassen. — Dänemark will 10 bis 15 Millionen Gulden 5% Staatswohnungsanleihe zu 93¼% in Holland unterbringen und den Erlös zur Rückzahlung von 25 Mill. Kr. innerer Anleihe verwenden. Die Verhandlungen sind indes noch nicht völlig abgeschlossen. — 42½ Millionen Dollar 6½% chilenische Anleihe zu 93¼% wurden in New York überzeichnet.

In der **Weltwirtschaft** sind im Oktober die Folgen des englischen Ausstandes (Frachtraum-Mangel, Kohlenknappheit auf dem Kontinent usw.) immer deutlicher bemerkbar geworden. In Amerika schien sich eine gewisse Verlangsamung des geschäftlichen Hochgangs anbahnen zu wollen. Der deutsch-amerikanische Ausschuß für die Eisenfrage (Dumping-Zölle) hat seinen Bericht erstattet; er soll für den deutschen Standpunkt eher günstig sein, ist jedoch noch nicht veröffentlicht worden. — Der deutsche

Digitized by Google

Außenhandel zeigte im September im reinen Warenverkehr wieder einen kleinen Ausfuhrüberschuß von 13 Millionen Mark; es sind aber andererseits für über 107 Millionen Mark Edelmetalle (von der Reichsbank in Gold umgewandelte Devisenbestände) ins Land gekommen. Die Einfuhr zeigt scharfe Rückgänge bei Lebensmitteln und Getränken, vor allem Getreide; dagegen sind sowohl Rohstoffe wie Fertigwaren verstärkt eingeführt worden. In der Ausfuhr zeigen Rohstoffe eine kleine Abnahme, Fertigwaren dagegen eine weitere Zunahme, insbesondere bei Maschinen. Im einzelnen betrugen (in Millionen Mark):

	1924	1925	1926
Einfuhr	6 109,9	10 414,0	6 900,8
Ausfuhr	4 554,0	6 386,0	7 259,6

Im amerikanischen Außenhandel zeigt die Ausfuhr Wertrückgänge infolge des Fallens einer Anzahl von Rohstoffpreisen. Die Einfuhr steigt langsam weiter an, so daß sich die beiden Seiten der Handelsbilanz für die ersten neun Monate des Jahres mehr als je seit 1923 die Wage halten. Im einzelnen betrugen (in Millionen Dollar):

	1921	1922	1923	1924	1925	1926
Einfuhr	1 802,1	2 184,6	2 904,1	2 667,9	3 078,5	3 324,3
Ausfuhr	3 747,7	2 740,6	2 940,6	3 124,1	3 504,8	3 411,1
Ausfuhrüberschuß	1 745,6	556,0	36,0	456,2	426,3	86.8

Der englische Außenhandel steht begreiflicherweise völlig unter dem Einfluß des Kohlenarbeiter-Ausstandes, der die Ausfuhr dieses Rohstoffes seit Streikbeginn fast auf Null hat sinken lassen, während die Kohlen-Einfuhr jetzt bereits über 11 Millionen Tonnen beträgt. Der Einfuhr-Ueberschuß für die vergangenen drei Vierteljahre beträgt selbst bei Einbeziehung der Durchfuhr weit über 300 Millionen Pfund Sterling. Im einzelnen beliefen sich (in Millionen Pfund Sterling):

	1921	1922	1923	1924	1925	1926
Einfuhr	827,6	728,2	787,5	909,3	965,5	905,4
Ausfuhr	518,7	534 7	566.1	589,3	579.3	495,9
Durchfuhr	77,6	77,9	86,9	102,8	112,85	92,7

Im französischen Außenhandel hat sich der Ausfuhrüberschuß in den letzten Monaten weiter vergrößert; trotzdem verbleibt für die ersten neun Monate des Jahres noch immer ein nicht unbeträchtlicher Einfuhr-Ueberschuß. Auch hier spielt die Kohlen-Ausfuhr nach England eine gewisse Rolle. Im einzelnen betrugen (in Millionen Francs):

	1921	1922	1923	1924	1925	1926
Einfuhr	15834	16487	22552	29201	29484	44291
Ausfuhr	10863	15304	21563	30447	32217	42707

Die Lage der **Schiffahrt** wurde auch im Oktober durch den Ausstand in England bestimmt, und die Frachten stiegen sprungweise weiter. Trotzdem leidet die Handelsmarine unter den steigenden Feuerungskosten. Die Kohlenknappheit ist so groß, daß

Digitized by Google

man in Norwegen gelegentlich vor der Frage einer Stillegung der gesamten Flotte stand. — Die Cunard- und die White Star-Linien geben ihren Hamburg-Dienst auf, die Royal Mail hat die Platafahrt aufgenommen. — Die Suezkanal-Gesellschaft will ihr Kapital teilweise zurückzahlen und die Aktien erneut spalten. — In Deutschland ist der Werftkredit, mit dem man den Schiffbau subventionierte, erschöpft; man will aber die Zinserträge in der Weise nutzbar machen, daß man sie zur Milderung der Zinslasten der Werften bei privaten Geldgebern benutzt. — Bei der Deutschen Reichsbahn ist Direktor Dorpmüller jetzt unter Bedingungen, die dem Reiche eine gewisse bescheidene Ingerenz auf die Bahnen sichern, bestätigt worden. Im September betrugen die Einnahmen der Reichsbahn-Gesellschaft 17,20 Millionen Mark arbeitstäglich, im Oktober stiegen sie auf arbeitstäglich 17,37 Millionen Mark. — Bei der Reichspost kamen im September 133,7 (August 132,2) Millionen Mark ein. — Zwischen den deutschen, den italienischen und den sonst beteiligten Bahnen ist eine Einigung über die Frachtsätze im Verkehr nach der Adria einerseits, den Nordseehäfen andererseits zustandegekommen.

Am Welt**arbeitsmarkt** ist wiederum lediglich die Fortdauer des englischen Ausstandes festzustellen; mehrere Versuche, ihn beizulegen, schlugen fehl. — In Deutschland begannen wieder Lohnbewegungen größeren Umfangs, so z. B. im Kalibergbau und bei der Berliner Hochbahn, ohne daß es jedoch zu Ausständen oder Ausstandsversuchen gekommen wäre. — Ueber den September sagt das Reichsarbeitsblatt, daß sich die Besserung weiter fortgesetzt habe. Die Anforderungen der Landwirtschaft hätten allerdings bereits nachgelassen, aber Bau- und andere Gewerbe wögen dies durch ihre Anforderungen vorläufig noch mehr als auf. Nach den Angaben der Krankenkassen ist die Zahl der Beschäftigten um 0,7 (August 0,6) Prozent gestiegen. Bei den Fachverbänden waren 15,2 (16,7) Prozent arbeitslos und 12,7 (15,1) Prozent in Kurzarbeit. Der Andrang bei den Arbeitsnachweisen je 100 offene Stellen sank weiter auf 558 (628) Männer und 357 (404) Frauen. An Vollerwerbslosen wurden Mitte Oktober 1,34 (Vormonat 1,48) Millionen gezählt. Ende Oktober 1,309 Millionen. Um diese Zeit betrug die Zahl der männlichen Hauptunterstützungs-Empfänger 1,07 Millionen, die der weiblichen 0,29 Millionen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (Familienangehörige voll Erwerbsloser) betrug 1,35 Millionen.

In der Zahl der **Konkurse** und Geschäftsaufsichten brachte der Oktober weder wesentliche Veränderungen noch Ereignisse besonderer Bedeutung. Immerhin weist die Konkursziffer zum ersten Mal seit dem Januar d. Js. eine kleine Steigerung auf. Es wurden eröffnet:

im	August 1924	792	Konk.	1925	725	Konk.	1926*)	503	(237)	Konk.
„	Septemb. 1924	809	„	1925	896	„	1926*)	473	(150)	„
„	Oktober 1924	732	„	1925	1152	„	1926*)	498	(144)	„

*) In Klammern: Geschäftsaufsichten.

Digitized by Google

In Dänemark (Kopenhagen) ist Klavenes-Bank mit 30 Millionen Kronen nur teilweise gedeckter Einlagen in Liquidation gegangen.

Aus der **Zusammenschluß-Bewegung** ist diesmal vor allem die Aufnahme der Deutsch-Austral-Kosmos-Linien durch die Hapag zu erwähnen, nicht zum wenigsten deshalb, weil sie nicht aus rein betrieblichen Erwägungen akuter Art hervorging, sondern die Folge des befristeten Angebotes eines Mehrheitspaketes durch die Danatbank war, das die Hapag nicht in die Hände einer anderen Reederei fallen lassen wollte. — Die drei Montangesellschaften der Rhein-Elbe-Union gehen nunmehr in die Gelsenkirchen-Gesellschaft auf. — Ebenso fusionieren die Neckarsulmer Fahrradwerke und Schebera. — Die Polyphonwerke (Wahren-Leipzig) haben Beziehungen zu der amerikanischen Brunswick Co. angeknüpft. — In England haben sich vier der größten chemischen Gesellschaften zu einer Art Trust zusammengeschlossen. — In New York hat die Irving Bank Trust Co. die American Exchange Pacific National Bank aufgenommen. — Die Deutsche Zentral-Bodenkreditvereinigung löst sich jetzt auch offiziell auf.

Der deutsche **Kohlen**markt ist im Oktober in solchem Maße für Ausfuhrzwecke in Anspruch genommen worden, daß große Randgebiete, insbesondere Süddeutschland, über schlechte Versorgung klagten, und daß das Ruhrkohlen-Syndikat mit mehreren Millionen Tonnen auf alte Schlüsse, auch nach dem Auslande, in Rückstand gekommen ist. Die Feierschichten haben vollständig aufgehört, aber auch die Zahl der Ueberschichten ist infolge der Neuanlegung von Bergarbeitern nicht besonders groß gewesen. Die Haldenbestände sind minimal, diejenigen an Koks sind verschwunden; auch wird jetzt bereits nicht selten wieder über Wagenmangel geklagt. Vom 1. November ab beträgt die Einschränkung bei Kohle 45 (55) Prozent, bei Koks unverändert 65 Prozent. Man ist mit der weiteren Reduzierung der Einschränkung vorsichtig, weil man bei Beendigung des englischen Kohlenstreiks nicht vor einem neuen Leerlauf stehen will. — Die Gründung der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung ist im vorigen Heft bereits erwähnt worden; es soll jetzt schon eine starke Kapitalerhöhung, d. h. also die Aufnahme praktischer Arbeiten — wahrscheinlich auf dem Gebiete der Ferngasversorgung —, bevorstehen. Das Kohlensyndikat hat mit dem französischen Kohleneinfuhramt ein Abkommen getroffen, das für die Zukunft die Abwicklung des Reparationsverkehrs in Kohlen neu regelt. Praktisch dürften damit die Zwangslieferungen verschwinden. Das Kohlensyndikat hat offiziell mitgeteilt, daß es zu einem großen Teil auf die Ansprüche aus einem Urteil des Reichswirtschaftsgerichtes (fast voller Auslandspreis für Reparationskohle) verzichte; immerhin sind ihm nach einer Anlage im letzten Nachtragshaushalt bereits etwa 14 Millionen Mark gezahlt worden. — Die Kohlenpreise stehen in England auf der dreifachen Junihöhe; es ist für ausländische

Digitized by Google

Kohle bis zu 75 Shilling je Tonne gezahlt worden. Die meisten europäischen Kohlengebiete schränken bereits mittelbar oder unmittelbar die Ausfuhr ein, zuletzt hat es Belgien getan. — Für die deutsche Kohlenförderung in den ersten drei Vierteljahren sind die folgenden Ziffern (in Millionen Tonnen) veröffentlicht worden:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Briketts
Jan.-Sept. 1926	104,58	100,82	18,49	25,11
„ 1925	98,22	102,37	20,34	24,89
„ 1924	84,96	88,55	16,77	20,93

Auch am deutschen Eisenmarkt hat sich das Geschäft im letzten Monat weiter gebessert. Besonders gegen Ende des Monats entwickelte sich eine wahre Schrotthausse, die den Preis für Stahlschrott auf 62 bis 63 Mark (Vormonat 54 bis 55) trieb. Die Rohstahlgemeinschaft hat die Einschränkung von 30% im Oktober auf 20% im November heruntergesetzt. Bei einzelnen Stahlfabrikaten gehen die Lieferfristen bereits wieder bis zu zwei und drei Monaten; die Werke sind größtenteils bis Jahresende voll besetzt. Spekulative Aufträge glaubt man im übrigen noch nicht beobachten zu können. Die Inlandspreise sind unverändert geblieben, am Weltmarkt haben sie weiter angezogen, für Stabeisen z. B. auf etwa 5 Pfund 18 s 6 d fob. Gegen Ende Oktober schien das Geschäft am Weltmarkt indes ruhiger zu werden. Die weiterverarbeitenden Industrien, insbesondere der Waggonbau und einzelne Sparten des Maschinenbaues, klagen noch immer. — Die deutsche Roheisen-, Rohstahl- und Walzwerkserzeugung stellte sich (in Mill. Tonnen) im Abschnitt Januar — September wie folgt:

	Jan.-Sept. 1925	Jan.-Sept. 1926
Roheisenerzeugung	7,96	6,66
Rohstahlerzeugung	9,64	8,61
Walzwerkserzeugung	8,08	7,28

In England sind Ende September nur 5 Hochöfen (mit westfälischem Koks) im Feuer gewesen. — Die Verträge über das Internationale Schienenkartell sind jetzt unterzeichnet worden. — Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat (infolge der gebesserten Lage am Weltmarkt) für das vierte Vierteljahr die Gesamtquote auf 29,2 (bisher 25,2) Millionen Tonnen erhöht. — In Amerika ist das Geschäft etwas ruhiger geworden, weil besonders die Kraftfahrzeugindustrie weniger Bedarf zeigt. Der Auftragsbestand des Stahltrusts ist wieder etwas unter der Vorjahrsziffer, aber sein Ueberschuß im dritten Vierteljahr beläuft sich auf 52,6 Millionen Dollar gegenüber 47,8 Mill. im zweiten dieses Jahres und 42,4 Mill. im dritten des Vorjahres. Die Stammaktien haben wieder einen halben Dollar Ueberdividende erhalten.

Der Gesamtabsatz des deutschen Kalisyndikats in den ersten drei Vierteljahren ist fast ebenso groß gewesen wie der vor-

Digitized by Google

jährige, auch im Oktober war er mit rund 700 000 Tonnen günstig. Die Anträge auf Preiserhöhung sind offiziell noch nicht erneuert worden, sollen aber wiederholt werden, sobald man die Widerstände gelockert haben wird. In Baden ist ein neuer Schacht (Markgräfler) fündig geworden. — Besprechungen zwischen den deutschen und französischen Kaliwerken haben zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten über die beiderseitigen Quoten geführt.

Die **Welternte** bestätigt die gute Zensur, die man ihr schon seit zwei Monaten ausgestellt hat, mindestens mengenmäßig. In qualitativer Hinsicht bleibt Amerika dabei, daß größere Teile der kanadischen Ernte sehr in ihrer Beschaffenheit gelitten haben. Auf der südlichen Halbkugel sind die Aussichten weiter gut. Trotzdem zogen die Weltmarktpreise an, in der Hauptsache wohl infolge der Frachtensteigerung.

Die leise Erholung am **Zucker**markt vermochte sich unter Schwankungen fortzusetzen, solange sie durch Nachrichten über große Sturmschäden in Kuba gestützt wurde; diese stellten sich aber später als übertrieben heraus. In Deutschland wird jetzt scharf für eine Erhöhung des Zuckerzolles Stimmung gemacht. — Das starke brasilianische Kaffeeangebot hat angehalten, und die Preise haben, zum Teil auch infolge der schlechten Haltung des Milreis, die als Exportprämie wirkt, weiter nachgegeben. — Tee lag infolge der geringeren englischen Kaufmöglichkeiten schwächer, ebenso Kakao.

Die Welt**metall**märkte zeigten geteilte Haltung. Den Abschluß des Internationalen Kupferkartells begleitete zunächst eine scharfe Aufwärtsbewegung, aber diese hielt infolge des Widerstandes des englischen Handels nicht lange vor, sondern wurde von einem ziemlich kräftigen Rückschlag abgelöst. Zinn erreichte mit 318 £ den höchsten Stand seit sechs Jahren, erfuhr dann aber ebenfalls einen scharfen Rückschlag. An den anderen Märkten traten bemerkenswerte Einzelheiten nicht hervor. Zu erwähnen sind nur zeitweilige amerikanische Stützungskäufe am Silbermarkt.

Die amerikanische **Baumwoll**ernte wird von Schätzung zu Schätzung größer; die zuletzt angegebenen Ziffern übertreffen alles bisher Dagewesene. Infolgedessen sind die Preise weiter gesunken. Erst gegen Ende des Monats trat eine ganz leichte Erholung ein. Die im vorigen Heft erwähnten amerikanischen Valorisationspläne sind bisher nicht durchgeführt worden. — Wolle hat sich besonders in der zweiten Monatshälfte stärker abgeschwächt, weil die englischen Käufe fehlten. — Jute und Hanf haben sich unter Schwankungen etwa behauptet, dagegen wurde Seide etwas fester.

Der Gummimarkt lag, wie fast stets im letzten Monat eines Einschränkungsquartals, sehr unsicher und wurde schließlich etwas schwächer, obgleich die erwartete Einschränkung von 20% tatsächlich dekretiert wurde. Tierische und pflanzliche Oele neigten zur Schwäche.

Digitized by Google

Der amtliche deutsche Großhandelsindex für Ende Oktober liegt mit 132,4 (gegen 130,9) nicht unbeträchtlich höher als im Vormonat, die Preisbewegung war aber sehr uneinheitlich. Der Lebenshaltungsindex ist mit 142,2 (142,0) kaum verändert. — Die Auslandsindices sind uneinheitlich, der englische etwas höher, die amerikanischen niedriger. Die Warenpreise stellten sich wie folgt:

	30. 10. 25	30. 9. 26	11. 10. 26	21. 10. 26	1. 11. 26		
Weizen (New York) .	170 1/2	150 3/4	148 3/4	153 1/4	150 3/4	cts.	f. bush
Weizen (Berlin) . .	215 1/2	259 1/2	258 1/2	271 1/2	273 1/2	M.	„ 1000 kg
Roggen (Berlin) . .	145 1/2	212 1/2	216 1/2	226 1/2	221 1/2	M.	„ 1000 „
Mais (New York) .	—	88 3/8	86 5/8	34 1/4	86 1/2	cts.	„ bush.
Baumwolle (N. Y.) .	19 3/4	14.90	13.45	12.55	12 85	cts.	„ Pfd.engl.
Baumwolle (Bremen)	21,83	17.13	14.69	14 33	14.26	cts.	„ „ „
Wolle (Bradford) [1] .	—	50	50	49	46	d.	„ „ „
Zucker (New York) [2]	—	—	2 13/16	2 3/4	—	cts.	„ „ „
Zucker (Magdeburg) [3]	—	15.55	15.5	15.4	15.4	M.	„ 50 kg
Kaffee (New York) .	19 3/8	16 5/16	16 1/4	15 15/16	16 5/16	cts.	„ Pfd.engl.
Schmalz (Chicago) .	15.475	14.62 1/2	13.35	13.575	12.8	Doll.	„ 100 lb.
Leinsaat (London) .	17 7/8	15 7/8	15 1/4	15 3/4	11	sh	„ long ton
Gummi (London) [4] .	3.11 1/2	1.8 3/4	1.8 3/4	1.8 5/8	1.8 1/2	sh	„ Pfd.engl.
Silber (London) . .	32 13/16	26 1/8	25 15/16	24 7/8	24 15/16	d.	„ Unze std.
Kupfer (London) . .	62	58 1/4	57 3/4	58 3/8	57 5/8	Pfd.	„ long ton
Kupfer (Berlin [5]) . .	—	—	119.875	121 1/4	120 7/8	M.	„ 100 kg
Zinn (London) . .	286 1/4	308 3/4	315	309 1/4	293 1/2	Pfd.	„ long ton
Zinn (Hamburg) . .	—	—	620	614	596	M.	„ 100 kg
Zink (London) . .	40	34 13/16	34 3/16	34 1/8	34 5/8	Pfd.	„ long ton
Zink (Berlin) [6] . .	79 1/2	69 1/2	69 1/4	—	68 3/4	M.	„ 100 kg
Blei (London) . .	38	31 9/16	30 1/2	30 3/8	29 1/4	Pfd.	„ long ton
Blei (Berlin) [3] . .	—	—	60 7/8	60 3/8	59 5/8	M.	„ 100 kg

[1]) 64er Kammzug; [2]) unverzollt nächste Sicht; [3]) nächste Sicht; [4]) first crepe; [5]) erste Sicht; [6]) frei

Die Stimmung der **Weltbörsen** war auch im Oktober geteilt. In New York zeigen die wöchentlichen Durchschnittskurse der Irving-Bank bei Eisenbahnen und Industriewerten leichte Abschwächungen. Trotzdem verkehrte der Markt gelegentlich in recht fester Haltung. — An der Londoner Börse blieb das Geschäft infolge der immer erneuten Verschleppung des Streikendes sehr klein, aber bei gut behaupteter Stimmung. Die Pariser Börse zeigte infolge gestiegenen Frankenkurses meist scharfe Rückgänge, dagegen brachte der Oktober der Wiener Börse überwiegend Steigerungen.

An den **deutschen Börsen** ist das Effektenferngiro Anfang November eingeführt worden, doch ist die Benutzung der Einrichtung noch schwach. — Jetzt wollen auch Düsseldorf und Essen den Ultimoverkehr aufnehmen. — Am **Berliner** Markt war das Geschäft während des Oktober zum Teil sehr lebhaft und die Kurssteigerungen setzten sich weiter fort. Nur vorübergehend gab es einen Rückschlag infolge der Stellungnahme der Reichsbank gegen die zunehmenden Reports der Banken. Der Durchschnittsstand war Ende Oktober höher als je zuvor; nach der Statistik der Commerz-Bank waren 21,8% der Aktien (Vormonat 13,3) über 150%

Digitized by Google

hinaus gestiegen. Der Ertrag der Börsenumsatzsteuer im September war mit 7 Millionen Mark fast doppelt so groß wie im Vorjahr und 2 Millionen Mark höher als im August.

Kurse der wichtigsten fortlaufend gehandelten Papiere.*)

Oktober	Anfang	Mitte	Ende	Oktober	Anfang	Mitte	Ende
5% Dt. Reichsanl.	0,51	0,6675	0,7475	Dt.-Luxemburg	154,75	167 3/8	178,75
4% „	0,495	0,6475	0,71	Bln. Karlsr. Ind.	120	119	113,50
3½% „	0,4925	0,62	0,71	Harpener	170	180	195 1/8
3% „	0,65	0,85	0,865	Hirsch Kupfer	114 1/8	128,50	129,75
Darmst. u. Natbk.	232,25	239,25	257	Hohenlohe	20,25**	24,87**	29,40**
Deutsche Bank	171	186 3/8	189,75	J. G. Farbenind.	292	324	333,75
Disc.-Komm.	162	173	179,25	Laura	58,5	91 7/8	87 1/8
Dresdner Bank	143	158,75	168,75	Mannesmann	146	157,50	195,75
Hambg.-Amerika	163,75	178,25	186,75	Oberbedarf	72	76	99,50
Hamburg-Süd	144,5	174,50	181	Oberschl. Eisen	85,25	76	—
Hansa	203	229,75	245	Oberst. & Koppel	113,75	124	129
Norddtsch. Lloyd	161,5	171,25	176,50	Phönix	119,25	133	139 7/8
Bergmann	155,25	165	166	Rheinstahl	161	167,25	176 3/8
Bochumer Guß	152 7/8	167	179,25	Rombacher	14	14	17
Daimler	85	91	98	Schuckert	201,25	208 3/8	209
Deutsche Kali	114,5	124	129	A. E. G.	166 5/8	167 5/8	169

*) in Rm %. **) in Billionen %.

Am **Londoner Geldmarkt** nahm die Versteifung im Oktober noch zu, teils infolge der Befürchtung einer Erhöhung der offiziellen Bankrate (die aber ausblieb), teils infolge der fortgesetzten Verknappungs-Taktik der Bank von England und der Regierung, die seit Monaten im Währungsinteresse angewendet wird. Die großen Auslands-Emissionen (z. B. Belgiens) sowie die Saisoneinkäufe überseeischer Rohstoffe hatten weniger Einfluß auf die Geldsätze, da die Finanzierung in der Hauptsache mit amerikanischem Kredit erfolgte, der von einzelnen Londoner merchants und foreign banks in großem Maßstabe beansprucht wurde. Für tägliches Geld wurden meist 4½ bis 5 Prozent gezahlt, und das Schatzamt mußte für neu begebene Schatzwechsel, die teils aus budgetären, teils aus den genannten Verknappungs-Gründen in ungewöhnlicher Höhe angeboten wurden, bis zu 4 7/8 Prozent bewilligen. Nur Wochengeld blieb mit 4 bis 4¼ Prozent relativ billig. Der Privatdiskont würde den Banksatz wiederholt gestreift oder gar erreicht haben, wenn nicht die großen Banken, um eine Erhöhung der Rate zu vermeiden, größere Wechselposten aufgenommen und nach Amerika sowie dem Kontinent (auch Deutschland) weitergeleitet hätten. Die Notizen lauteten:

1. Okt.	6. Okt.	12. Okt.	19. Okt.	25. Okt.	30. Okt.	höchst	niedrigst
4 5/8	4 9/16	4 11/16	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 9/16

Der Londoner Wechselkurs hat sich im Laufe des Oktober erheblich verschlechtert, trotz aller Gegenmaßregeln der Bank von England (siehe weiter unten), und trotz der Dollarkredite, die Banken und Finanzhäuser sich, meist mit vierteljährlicher Laufzeit, verschafften. Eine gewisse Rolle spielte dabei die Besserung einiger lateinischer Währungen (Belgien, Frankreich, Italien), die zu Abgaben von Sterling-Wechseln gegen Francs- und Lire-Käufe führte. Gegenüber mehreren Ländern, namentlich Deutschland und

Digitized by Google

Canada, sank der Sterlingkurs unter den Goldexportpunkt, so daß es zu größeren Goldabflüssen nach diesen Ländern, aber auch nach Indien und selbst nach Frankreich kam. Ende Oktober notierten in London: Kabel New York 4,84$^{11}/_{16}$ Dollar, Montreal 4,84$^{1}/_{8}$ Dollar, Amsterdam 12,122 Fl., Schweiz 25,13 Frs., Bombay 1 s 5$^{15}/_{16}$ d, Yokohama 2 s 0,2 d.

Die **Bank von England** hat im Oktober 3 Mill. £ Gold verloren, obwohl sie sich von der Südafrikanischen Reserve-Bank wiederholt Gold (in sovereigns) zuleiten ließ. Ihre Interventionen auf dem Devisenmarkt hatten nur geringen Erfolg, insbesondere konnte sie die Relation des Pfundes gegenüber der Reichsmark nicht verbessern. Auch ihre Politik gegenüber Belgien, dessen Anleihe die Bank propagierte, um dadurch in den Besitz belgischer Goldguthaben zu kommen, blieb ohne zunächst wahrnehmbaren Effekt. Die Ergebnislosigkeit ihrer Bemühungen wurde der Bank in der City sehr verübelt, zumal die Goldabflüsse nach Deutschland — seit Mitte September etwa 4 Millionen £ — Mißmut erregten. Man warf der Bank sogar antibritische Politik vor, und die Wiederwahl Montagu Normans zum Gouverneur erschien eine Zeitlang sehr zweifelhaft (sie ist inzwischen erfolgt). Auch innerhalb des Direktoriums selbst bestanden Differenzen, da einzelne Direktoren im Interesse des Pfundkurses eine Diskonterhöhung für nötig hielten, die aber aus innerpolitischen Gründen unterblieb. Ob die fortgesetzten Interventionen in New York den Morgan-Kredit oder gar den Kredit des Bundes-Reserve-Amts angegriffen haben, ist nicht bekannt; es ist möglich, daß man auf Basis dieser Kredite anderwärts Facilitäten erhalten oder indirekt Handelskredite nutzbar gemacht hat. Tatsache ist, wie schon im vorigen Abschnitt gesagt, daß die Londoner City erhebliche Dollarkredite aufgenommen hat. Die Inanspruchnahme der Bank war im Oktober normal, der Notenumlauf leicht verringert. — Der Umlauf an currency notes betrug Ende des Monats 287,6 Mill. Pfund gegen 287,8 Mill. Ende September.

Der Londoner Clearingverkehr, umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch, zeigt im Oktober die folgenden Ziffern (in Millionen £):

1924		1925		1926	
26. 9.— 2.10.	804				
3. 10.— 8.10.	719	2. 10.— 8.10.	813	29. 9.— 6 10.	908
9. 10.—16 10.	753	9. 10 —15.10.	784	7. 10.—13.10.	715
17. 10.—23.10.	715	16. 10.—22 10.	768	14. 10.—20 10.	799
24. 10.—30 10.	708	23. 10.—29.10.	809	21. 10.- 27.10.	744
26. 9.—30.10.	3 999	2 10.—29.10.	3 174	29. 9.—27.10.	3 166
1. 1.—25. 9.	28 788	28. 12.— 1.10.	30 608	31. 12.—28. 9.	29 678
1. 1.—30.10.	32 087	28. 12.—29.10.	33 782	31. 12.—27.10.	32 844

Am Pariser Geldmarkt wurden in der zweiten Monatshälfte für Reportgeld (im Parkett) 6 bis 6½% bezahlt, für tägliches

Digitized by Google

Geld 5¼ bis 5½%. Privatdiskonten 6½%, Warenwechsel, je nach Qualität, 8 bis 8½%. Anfang des Monats, vor der Franc-Besserung, waren die Sätze höher, etwa auf dem Stande des Vormonats. — Die Bank von Frankreich hat im Oktober vom Staat 900 Millionen Francs zurückerhalten und konnte ihren Notenumlauf nicht unwesentlich einschränken. Die Bank hat am 11. Oktober den Ankauf von Silbermünzen wegen Sinkens des Silberpreises wieder eingestellt. An Goldmünzen hat sie im Oktober etwa 1 Milliarde (Papier-) Francs angekauft, die aber ebensowenig im Ausweis erscheinen, wie die dagegen ausgegebenen Noten, die als „Scheidemünze" behandelt werden. Am 18. Oktober ist die neue Devisenabteilung der Bank in Tätigkeit getreten, der die Regulierung des Franc-Kurses obliegt. Von den großen Devisenmengen, die im Oktober angekauft worden sind (siehe später), befindet sich jedoch der Hauptteil nicht bei der Bank, sondern in den Händen des Schatzamts. — Der französische Wechselkurs hat auf die angebliche Erklärung der Regierung, sie wolle den Franc bei 150 Frs. je Pfund — dem bereits vor Monaten in diesen Heften genannten „Realwert" des Franc — stabilisieren, tatsächlich eine Steigerung bis dicht an diese Relation erfahren. Die Bewegung ist, solange die Stabilisierung nicht tatsächlich durchgeführt ist, noch spekulativ, hat aber dem Staat und der Bank von Frankreich die Möglichkeit gegeben, sich eine große Devisenreserve zu beschaffen, denn die frühere Neigung des Auslands, Francs in Dollar, Pfund usw. zu konvertieren, hat jetzt der entgegengesetzten Tendenz Platz gemacht. Ende Oktober notierte der Franc in London etwa 153 Frcs., in New York etwa 3,20 Cents.

Belgien hat jetzt kurz entschlossen seine Währung stabilisiert, ohne Frankreichs Parallelaktion abzuwarten, und zwar auf der Basis von 175 Frcs. je Pfund. Eine neue Münzeinheit, der „Belga" (35 Belga gleich 1 engl. Goldpfund) tut auch äußerlich die belgische Loslösung von der Union Latine kund. — Die italienische Lira hat eine weitere starke Besserung erfahren, zeitweilig sogar über den zuerst in Aussicht genommenen Stabilisierungskurs (120 Lire je Pfund) hinaus; doch ist diese Besserung bisher lediglich die Folge starker Devisenkäufe der italienischen Regierung.

Der New Yorker Geldmarkt stand Anfang des Monats noch im Zeichen der Geldknappheit, und man rechnete mit einer Erhöhung der New Yorker Bankrate. Statt dessen wirkte die Bundes-Reserve-Bank auf eine Einschränkung der Börsendarlehen der Banken hin — unter Hinweis auf die Ansprüche des Handels und der Ernte-Bewegung — und erreichte so eine gewisse Erleichterung der Geldsätze. Wall Street erblickte darin einen direkten Freundschaftsdienst Strongs für die Bank von England. Tägliches Geld ging von 5½ bis 6 Prozent auf 4½ bis 5 Prozent zurück, Bankakzepte von $3^{15}/_{16}$ auf $3^{7}/_{8}$, Handelswechsel (erste Wahl) von 4¾ auf 4½ Prozent. — Der amerikanische Wechselkurs hat nicht nur

Digitized by Google

London gegenüber, sondern ganz allgemein etwas angezogen; auch die Mark ist billiger geworden. Ende Oktober notierte in New York: Kabel London 4,84¾ Dollar, Berlin 23,76 Dollar, Amsterdam 40,0 Dollar, Stockholm 26,72 Dollar, Buenos-Ayres 108 Goldpesos, Rio de Janeiro 13,75 Dollar, Montreal 100⅛ Dollar.

Diskontermäßigungen haben im Oktober stattgefunden in Norwegen, in der Tschechoslowakei, Estland (am 1. Oktober) und in Japan.

Deutsche Reichsbank	bis	31.10.	6	Lettland	bis	31.10.	8
England	„	31. „	5	Estland	„	31. „	8
Frankreich	„	31. „	7½	Litauen	„	31. „	7
Oesterreich	„	31. „	7	Danzig	„	31. „	5½
Ungarn	„	31. „	6	Norwegen bis 26.10.: 5;	„	31. „	4½
Banca d'Italia . . .	„	31. „	7	Dänemark	„	31. „	5
Bank von Spanien .	„	31. „	5	Niederld. Bank . . .	„	31. „	3½
Bank von Portugal .	„	31. „	9	Rumän. Nationalbank .	„	31. „	6
Schweiz. Nationalbank	„	31. „	3½	Bank von Finnland .	„	31. „	7½
Schwed. Reichsbank .	„	31. „	4½	Tschech. Natbk. b. 26.10.: 6;	„	31. „	5½
Rußland	„	31. „	10	Bank von Belgien . .	„	31. „	7
Jugoslavien	„	31. „	7	Polen	„	31. „	10
Bulgarien	„	31. „	10	Griech. Nationalbank .	„	31. „	10

New York bis 31. 10.: 4. Tokio bis 3. 10: 7,3; bis 31.10.: 6,57

Ausweise europäischer Notenbanken

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6])	Auslandsguthaben [1])	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Deutsche Reichsbank [Millionen Rm.]:								
7. 10.	1616 3	110.9	510 9	1377 8	11.1	635.7		3139 8
15. 10.	1652 6	114.0	446 1	1293 3	34 9	737.7		2971.7
23. 10.	1679 2	121.3	411 3	1273 1	11 2	872.1		2824 5
30. 10.	1716.0	114.7	412.6	1415 0	42 8	532.6		3325.8
Bank von England [Millionen Pfund Sterling]:								
6. 10.	154.8		—	105.9 [3])		15 8	106.8	140.2
13. 10.	154.2		—	106 6 [3])		19.6	103 9	139.3
20. 10.	154 1		—	108 0 [3])		20.2	105 3	138.7
27. 10.	152.8		—	106.8 [3])		17.7	104 8	139.0
Bank von Frankreich [Millionen Francs]:								
7. 10.	5548 7 [2])	338 9	579 9	4796.8	44726 7	9 8	2886 0	55994 0
14. 10.	5548.7 [2])	338 9	76.5 [18])	5021 1	440 4 5	9 5	2948.5	55431 8
21. 10.	5548.7 [2])	339 0	79 6 [18])	4672 9	43857 2	32 9	3251 5	54988 3
28. 10.	5548.7 [2])	339.0	79.6 [18])	5334.4	43404 3	36.5	3944.5	54578 2
Oesterreichische Nationalbank [Millionen Schilling]:								
7. 10.	46.9 [10])	2,9	477.0 [4])	93 0	0 26 [19])	59.5		840.7
15. 10.	46.9 [10])	3,1	477.3 [4])	86 5	0 28 [19])	82 3		817.9
23. 10.	46.9 [10])	3,7	477.4 [4])	74.5	0.29 [19])	98.2		792 9
30. 10.	48.0 [10])	3,1	491.7 [4])	96.7	0.29 [19])	38.3		889.8

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Ungarische Nationalbank [in Millionen Pengö] [9]								
7. 10.	168.7 [10]	0.8	84.9 [4]	179.8	0.02 [19]	191.3	11.2	423.9
15. 10.	168.7 [10]	0.7	86.6 [4]	171.1	0.02 [19]	198.1	10.8	416.1
23. 10.	168.7 [10]	0.7	102.6 [4]	170.4	0.02 [19]	216.6	24.7	409.3
30. 10.	168.7 [10]	0.7	115.1 [4]	187.3	0.02 [19]	185.6	14.5	482.1
Tschechoslowakische Nationalbank [Millionen tschechoslowakische Kronen]:								
7. 10.	1026.3		1522.2	143.8	61.7	1092.7		7255.9
15. 10.	1026.7		1550.5	135.8	59.5	1329.3		7003.5
23. 10.	1026.7		1570.7	135.1	58.6	1497.3		6866.1
30. 10.	1026.8		1590.5	150.0	62.4	1014.6		7452.6
Bank von Italien [Millionen Lire]:								
31. 8.	1136,1 [16]	103,8	707,4	8728,6 [17]		2091,1		18001,5
Bank von Finnland [Millionen finnische Mark]:								
8. 10.	328.7 [12]	7.5 [12]	1051.9	489.1	50,7	217.1	100.6	1346.1
15. 10.	328.6 [12]	7.4 [12]	993.4	479.8	52,3	223.5	110.1	1325.0
23. 10.	328.5 [12]	7.3 [12]	909.2	496.2	40,7	265,3	94.6	1296.0
30. 10.	328.4 [12]	7.3 [12]	900.9	513.4	40,9	207.7	88.6	1327.4
Niederländische Bank [Millionen Gulden]:								
4. 10.	419.1	26.5	218.6	86.9	130.8	—	45,1	866.9
11. 10.	418.9	26.3	208.6	86.1	135.9	—	53.5	850.8
18. 10.	418.8	26.7	194.2	87.6	128.4	—	37.7	840.8
25. 10.	418.7	27.1	194.4	65.3	127.3	—	33.7	833.6
Schweizerische Nationalbank [Millionen schweiz. Francs]:								
7. 10.	437.2	76.8	19.2	328.6	44.4	98.5		797.9
15. 10.	437.1	77.1	19.3	311.8	41.7	105.6		777.8
23. 10.	437.3	72.8	22.2	314.3	43.1	108.5		767.4
30. 10.	442.4	72.2	21.3	327.3	42.8	73.8		824.3
Schwedische Reichsbank [Millionen schwedische Kronen]:								
4. 10.	226.4	—	137.5	283.7		69.4		553.4
9. 10.	226.3	—	129.9	253.5		79.6		499.1
16. 10.	226.2	—	129.7	243.5		81.8		485.2
23. 10	226.1	—	129.9	227.8		87.9		466.1
30. 10.	226.0	—	125.3	239.2		64.3		516.0
Bank von Norwegen [Millionen norw. Kronen]:								
7. 10.	147.2		68.2	397.9		249.1		327.0
15. 10.	147.2		66.7	422.4		275.3		323.1
22. 10.	147.2		66.7	428.5		281.8		322.3
30. 10.	147.2		66.2	429.9		277.9		327.5
Nationalbank von Dänemark [Millionen dän. Kronen]:								
30. 10.	209.0	15.8	37.2	95.2	22.5	21.0		394.5
Bank von Polen [Millionen Zloty]:								
10. 10.	135.7	28.5	104.9	320.0	43.4	123.8 [13]		573.2
20. 10.	135.7	27.4	103.3	317.8	43.4	141.8 [13]		552.6
30. 10.	135.8	8.4	113.5	323.5	45.2	110.0 [13]		585.2

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber [6]	Auslandsguthaben [1]	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben des Staates	Kurzfrist. Guthaben der Privaten	d) Notenumlauf
Nationalbank von Rumänien [Millionen Lei]:								
18. 9.	570.4	. 20.6	—	9847.2 [5]		7953.9		21034.5
9. 10.	571.0	20.5	—	9986.4 [5]		8017.0		21042.5
23. 10.	571.0	18,9	—	10018.0 [5]		8044.5		21002.3
Bulgarische Nationalbank [Millionen Lewa]:								
7. 9.	60.2	119.0	250.8	371.5	530 3	2547.5		3776.4
14. 9.	60.3	117,1	261,4	376.5	531.3	2558.7		3784.2
22. 9.	60 4	117.8	290.1	386 2	532 9	2610.3		3827.3
30. 9.	60.5	118.7	518.6	403.6	534.0	2841.9		3707.8
Griechische Nationalbank [Millionen Drachmen]:								
31. 8.	47.5 [2])	12.5	1733.8	646 1	2484.1 [8])	—	1729.7	4570.2
15. 9.	47.5 [2])	12.4	1760.3	662.8	2401 4 [8])	—	1642.9	4602.8
Belgische Nationalbank [Millionen Francs]:								
7. 10.	273 8	84.2	30.2	1551.8	399 8	38.7	253.7	9484.4
14. 10.	273.8	84.1	30.2	1639 7	373 2	20.9	344.4	9520.6
21. 10.	273.8	84.2	30.2	1801.4	349.8	31.2	736.3	9405.9
Bank von Danzig [Mill. Danz. Gulden]:								
15. 10.	2,9 [14])		25,0 [15])	15,2	0,3	5,3		33,7
30. 10.	2,7 [14])		35,8 [15])	16,4	0.4	4,1		36,4
Russische Staatsbank, Notenabteilung [in 1000 Tscherwonetz]:								
16. 10.	16151 4 [11])	—	5155.6	66358.0	85 8	—	—	89052.5
1. 11.	16162 4 [11])	—	5446.3	66056.3	85.8	—	—	89305.2

[1]) Einschl. Auslandswechsel, wo angegeben. Bei der Deutschen Reichsbank einschl. Bestand an deckungsfähigen Devisen. — [2]) Einschl. Gold im Ausland. — [3]) Einschl. Regierungssicherheiten. — [4]) Devisen und Valuten. — [5]) Ohne Regierungsschuld (11 Milliarden Lei) — [6]) Meist einschl. unedler Scheidemünzen. — [7]) Einschl. Schuld des Staates. — [8]) Ohne Vorschüsse an den Staat. — [9]) 1 Pengö = 12500 Kronen. — [10]) Die Devisenbestände sind nach der Spalte „Auslandsguthaben" übertragen. — [11]) Ferner Platinbestände (am 1. 11.: 3,06 Mill. Tscherwonetz). — [12]) Effektivwert in Mill. finn. Mark. — [13]) Dazu 9,3 Mill. Zloty bezw. 9,7 Mill. bezw. 10,4 Mill. Devisenschulden. [14]) Danziger Metallgeld einschl. Gold. — [15]) Guthaben bei der Bank von England und Valuten. — [16]) Infolge Übernahme der Noten und Metallbestände der Reichsbank durch anderen Notenbanken. — [17]) Ohne Darlehen an den Staat (ca. 6,7 Milliarden Lire). [18]) Forderung an Russische Staatsbank nicht mit eingerechnet. [19]) Ohne Staatsschuld.

Am **Berliner Geldmarkt** verlief der Oktober, einschließlich des Ultimo, sehr leicht. Insbesondere erfuhr der Privatdiskont in Reaktion auf die starke Zinserhöhung vor dem September-Ende diesmal eine wesentliche Ermäßigung (lange Sicht 4⅝, kurze Sicht 4⅞ Prozent), bei allerdings minimalem Angebot. Erst am Ultimo trat wieder eine kleine Erhöhung ein. Tägliches Geld 3 bis 5 Prozent, je nach Bonität, gelegentlich aber auch unter 3 Prozent, Monatsgeld 6 bis 6½ Prozent, Reportgeld 7 bis 7½ Prozent.

Der Berliner Wechselkurs wurde im Oktober von der Versteifung in New York und London etwas in Mitleidenschaft gezogen. Der Dollarkurs in Berlin stieg langsam an — da er jetzt auch nach oben nicht mehr fest verankert ist —, und zwar bis auf 4,207. Gegen Monatsende setzte die Reichsbank den Kurs,

Digitized by Google

wie in den Vormonaten, etwas herunter, um einem zu starken Angebot um die Zeit der Ultimo-Finanzierung auszuweichen. (Die deutschen Kreditnehmer richten es neuerdings so ein, daß die Dollar-Valuta amerikanischer Kredite gegen Ultimo nach Berlin gelangt.) Andererseits lag das Pfund Sterling schwach, so daß Goldeinfuhren nach Deutschland auch für die private Arbitrage lohnend wurden, die denn auch von der Gelegenheit Gebrauch machte, zumal die Weitergabe an die Goldindustrie einen guten Nutzen ließ.

Devisenkurse (in R.-Mark).*)

	1. Okt.	7. Okt.	13. Okt.	20. Okt	25 Okt.	30. Okt.
Amsterdam [Gulden]	168,13	168,02	168,08	168,05	168.16	169,15
Kopenhagen [Kr.] .	111,49	111 49	111,85	111,80	111,85	111,78
Stockholm [Kronen]	112,23	112,16	112,28	112,35	112,33	112.30
Oslo [Kronen] . .	91,96	91,95	97,90	103,28	103.10	104,75
Helsingfors [F.-M.] .	10,568	10,562	10,572	10 565	10,587	10,575
Schweiz [Francs] .	81,14	81,10	81,18	81,11	81,12	81.07
Madrid [Pesetas] .	63,70	63,10	62,30	63,75	63.40	63 60
Italien [Lire] . . .	15,77	16.16	16 64	18	18,83	18
London [Pfund] . .	20,370	20.369	20,381	20.367	20.381½	20.381½
New York [Dollar] .	4,1985	4.198	4.2	4,201	4,206	4.2045
Paris [francs] . .	11,82	12,115	11,92	12,445	12,86	13 27
Brüssel [francs] . .	11,40	11 64	11,67	11,96	11,70	58,50†)
Wien [Schilling] . .	59,285	59,27	59,28	59,28	59.33	59.36
Prag [Kronen] . .	12,437	12,437	12,44	12.442	12.453	12,452
Buenos Aires [Pesos]	1,718	1,716	1,712	1,712	1,713	1,710
Rio de Janeiro [Milr.]	0,625	0 615	0.584	0,575	0.585	0,576
Japan [Yen] . . .	2,041	2,038	2,031	2,054	2,055	2,060
Bulgarien [Lewa] .	3,030	3,03½	3,050	3,041	3,03½	3,030
Jugoslavien [Dinar]	7,427	7,423	7,422	7,4 8	7,422	7,42
Budapest [Kronen] .	5,877	5,88	5,88	5.888	5 89	5.885
Lissabon [Eskudo] .	21,50	21,50	21,50	21.450	21,450	21,500
Danzig [Danz. Guld.]	81,50	81,45	81,48	81.48	81,60	81,55
Athen [Drachm.]. .	4,95	5,10	5,20	5,25	5,15	5,15
Konstantinop. (tk.Pfd.)	2,15½	2.170	2,17½	2,162	2,150	2,140
Montevideo [Peso] .	4,21½	4,210	4,210	4.20½	4,180	4,182
Canada [Dollar] . .	4 2	4,202	4,204	4,203	4,207	4,206
Kairo [ägypt. Pfund]	20,905	20,900	20,902	20,905	20.913	20,910

*) Die Notiz versteht sich bei Pfund, Dollar, arg. Pap.-Pes., Yen, türk. Pfd., Milreis und urug. Goldpeso für je 1 Einheit, bei ungar. Kronen für 100000 Einheiten, bei allen übrigen Auslandswerten für je 100 Einheiten. †) 100 Belga.

Bei der **Deutschen Reichsbank** spiegelt sich die während des Oktober herrschende Leichtigkeit am Geldmarkt in den Ausweisen wieder. Die Inanspruchnahme war geringer als sonst, die Zuflüsse an Devisen dagegen andauernd stark. Einen Teil der letzteren wandelte die Bank unter Ausnutzung des günstigen Wechselkurses in London in Gold um, zum großen Verdruß der City. Die Vorschrift, daß drei Viertel der Barreserve aus Gold bestehen müssen und nur ein Viertel aus Devisen bestehen darf, gab ihr die äußere Rechtfertigung. Indes hätte nichts im Wege gestanden, daß die Bank einen Teil des Goldes, das sie selbst und die Arbitrage aus London bezogen, der Bank von England zur Verfügung

Digitized by Google

stellte; daß dies unterblieb, hat bestimmte Gründe, die ein interessantes Licht auf das „Persönliche" in der internationalen Währungspolitik werfen. Der Notenumlauf betrug Ende Oktober 4345 Millionen (davon 2803 Mill. Reichsbanknoten und 1542 Mill. Rentenbankscheine).

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank zeigt im Oktober und den Vormonaten das folgende Bild:

	1922 [1]	1923 [1]	1924 [2]	1925 [3]	1926 [3]
August	374 856	817 133 633	801 661 900 [4]	4 712,9	4 766,1
Sept.	473 715	22 627 672 721	886 588 300 [5]	4 382,3	4 643,9
Oktober	789 341	3 150 056 867 651	1 384 658 100 [6]	4 650,3	5 203,8

[1]) in Millionen P.-Mark. [2]) in Billionen P.-Mark. [3]) in Millionen R.-M. [4]) ferner 1490,5 Mill. Rentenmark. [5]) ferner: 1652,5 Mill. Rentenmark. [6]) ferner 1589,4 Mill. Rentenmark.

Zulassungen an den deutschen Börsen im Oktober 1926.

I. Börse zu Berlin.

R.-M.	22	Millionen	Dresdner Bank, jg. Akt.
„	35	„	Disconto-Gesellschaft, jg. Akt.
„	3	„	8% Anl. d. Nationalen Automobil-Ges.
„	8	„	7% Anl. d. Neckarwerke Eßlingen
„	3	„	7% Anl. d. Natronzellstoff-Fabrik
„	21	„	Allg. Deutsche Eisenbahn-Ges., Akt.
„	12	„	Linke-Hofmannn-Lauchhammer-A.-G., jg. Akt.
„	4	„	7% Pfdbfe. d. Hypothekenbank in Hamburg, Reihe D.

II. Börse zu Breslau.

R.-M.	40	Millionen	Deutsche Bank, jg. Akt.
„	11	„	8% Schlesische Landschaftliche Pfandbriefe Reihe 2—5.

III. Börse zu Düsseldorf.

R.-M.	800	Millionen	Ver. Stahlwerke, Akt.

IV. Börse zu Essen-Ruhr.

R.-M.	800	Millionen	Ver. Stahlwerke, Akt.
„	126	„	7% Obl. der do. do.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

R.-M.	800	Millionen	Ver. Stahlwerke, Akt.
„	126	„	7% Obl. der do. do.
„	150	„	Deutsche Reichsbahn, Vorz.-Akt. Reihe 4
„	40	„	Deutsche Bank, jg. Akt.
„	10	„	8% Komm.-Obl. d. Frankf. Pfandbriefbank, Erw. Reihe 4
„	10	„	7% Komm.-Obl. der do. do. Reihe 6
„	10	„	8% Pfandbriefe der do. do. Reihe 3
„	5	„	Bayerische Hyp.- u. Wechselbank, jg. Akt.
„	5	„	8% Inlands-Anl. d. Stadt Nürnberg von 1926
„	1,5	„	8% Obl. d. Hessischen u. Herkules-Bierbrauerei
Litas	15	„	A.-G. für Zellstoff- u. Papierfabrikation, Memel, Akt.

VI. Börse zu Hannover.

R.-M.	2	Millionen	8% Schuldverschr. d. Ritterschaftl. Kreditinstit. Lüneburg
„	5	„	8% Anl. d. Provinzialverbandes von Hannover Reihe 4 B

VII. Börse zu Köln a. Rh.

R.-M.	800	Millionen	Ver. Stahlwerke, Akt.
„	126	„	7% Obl. d. do. do.
„	80	„	6½% Schatzanweisungen d. Deutschen Reichspost Reihe 2

Digitized by Google

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

R.-M.	568 000		Carl Petereit A.-G., jg. Akt.
„	40	Millionen	Deutsche Bank, jg. Akt.

IX. Börse zu Magdeburg.

R.-M.	40	Millionen	6½% Preuß. Staatsschatzanweisungen.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

R.-M.	40	Millionen	Deutsche Bank, jg. Akt.
„	0,9	„	Schloßbrauerei Planegg, jg. Akt.
„	10	„	8% Pfdbfe. d. Pfälzischen Hypothekenbank Reihe 9
„	150	„	Deutsche Reichsbahn, Vorz.-Akt. Reihe 4
„	5	„	8% Pfdbfe. d. Bayerischen Vereinsbank Reihe 78

XII. Börse zu Augsburg.

Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.

R.-M.	40	Millionen	Deutsche Bank, jg. Akt.
„	80	„	6½% Schatzanweisungen d. Deutschen Reichspost Reihe 1
„	80	„	6½% Schatzanweisungen d. do. do. Reihe 2

XIV. Börse zu Leipzig.

R.-M.	5	Millionen	8% Pfandbriefe d. Thür. Landeshypothekenbank Reihe 3
„	5	„	8% Komm.-Obl. der do. do. Reihe 4
„	13,95	„	8% Pfandbriefe der Sächs. Bodencreditanstalt Reihe 8

XV. Börse zu Chemnitz.

R.-M.	40	Millionen	Deutsche Bank, jg. Akt.
„	13,95	„	8% Pfandbriefe der Sächs. Bodencreditanstalt Reihe 8

XVI. Börse zu Zwickau.

R.-M.	13,95	Millionen	8% Pfdbfe. d. Sächs. Bodencreditanstalt Reihe 8.

XVII. Börse zu Stuttgart.

Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Mannheim.

Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Bremen.

R.-M.	40	Millionen	Deutsche Bank, jg. Akt.

XX. Börse zu Hamburg.

R.-M.	21	Millionen	Hamburg-Amerik. Packetfahrt-A.-G., jg. Akt.
„	150	„	Deutsche Reichsbahn, Vorz.-Aktien Reihe 4
„	126	„	7% Obl. d. Ver. Stahlwerke
„	35	„	Disconto-Gesellschaft, jg. Akt.
„	1,5	„	A.-G. für Verkehrswesen, jg. Akt.

XXI. Börse zu Danzig.

Keine Zulassung.

Digitized by Google

Die **Gründungstätigkeit** bezw. Eintragung neuer Aktiengesellschaften in das Handelsregister ist im Oktober auffallend geringfügig geblieben. Dagegen haben die Kapitalserhöhungen zugenommen und rund das Zehnfache des Betrages der Neugründungen beansprucht. Die Statistik zeigt (nach der „Frkft. Ztg.") das folgende Bild:

Industriezweig	Kapitalserhöhungen				Neugründ. v. Akt.-Ges.			
	Zahl der Ges.		Nominal-Betrag[1]) in 1000 G.-M.		Zahl der Ges.		Nominal-Betrag in 1000 G.-M.	
	Sept.	Okt.	Sept.	Okt.	Sept.	Okt.	Sept.	Okt.
Banken	4	8	7000	21930	—	2	—	850
Versicherungsgesellsch.	1	2	500	2930	—	—	—	—
Metall und Maschinen	3	7	6600	5534	2	8	32250	4000
Bergbau und Hütten	1	—	?	—	—	1	—	1500
Chem. Industrie	4	1	4225	175	1	3	100	1560
Elektr. Gaswerke	3	1	13500	15	—	—	—	—
Textilindustrie	1	2	24	1460	—	1	—	750
Nahrungs- u. Genußmittel	6	5	3175	450	2	—	1560	—
Steine und Erden	1	1	70	200	—	—	—	—
Papierindustrie	—	1	—	750	—	—	—	—
Bauindustrie	2	1	5488	55		1	—	1000
Verkehrszw.	—	3	—	69500	—	—	—	—
Leder und Gummi	2	—	26750	—	—	—	—	—
Verschiedene Industrien	3	7	680	2890	4	4	1200	400
Zusammen	31	39	68 012[2])	105859	9	20	35110	10060

[1]) bei Versicherungs-Gesellschaften eingezahlter Betrag.
[2]) darunter 3 Gesellschaften, ohne Angabe des Erhöhungsbetrages.

An **Genossenschaftsgründungen** haben im Oktober laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H
1	12	0	1	13	122
Dagegen im Oktober 1925:					
26	25	0	8	5	104

Insgesamt sind also gegründet worden:

Okt. 1926: 14 Genossenschaften m. unb. H. und 135 Genossenschaften m. b. H.
„ 1925: 31 „ „ „ „ „ 132 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Oktober zehn oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	109	in Düsseldorf	39	in Hof	10
„ Bochum	10	„ Essen-Ruhr	14	„ Kiel	14
„ Braunschweig	11	„ Gladbeck	10	„ Königsberg	12
„ Bremen	15	„ Frankfurt a. M.	17	„ Leipzig	18
„ Breslau	21	„ Freiburg i. Br.	10	„ Mannheim	22
„ Chemnitz	40	„ Halle (Saale)	13	„ München	29
„ Dortmund	12	„ Hamburg	105	„ Nürnberg	11
„ Dresden	20	„ Hannover	28	„ Stuttgart	21

Digitized by Google

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Oktober 1926

1174 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

* * *

Kleine Chronik. Privatnotenbanken. Die Notenkontingente der vier Privatnotenbanken sind für das 4. Vierteljahr unverändert geblieben, da sie ihr Maximum erreicht haben (Bayern und Sachsen je 70 Mill. Rm., Baden und Württemberg je 27 Mill.)

Sparkassen. Ende September betrugen die Spareinlagen im Reich 2712,5 Millionen, in Preußen 1775,8 Mill. Rm. Die Girogelder betrugen gleichzeitig 1145,4 bezw. 770,4 Mill. Rm.

Postscheckverkehr. Ende September betrug die Zahl der Konten 883 160. Im Monatsdurchschnitt betrug das Gesamtguthaben der Teilnehmer 547,6 Millionen Rm.

Der Deutsche Centralgiroverband hat am 26. Oktober sein zehnjähriges Bestehen gefeiert.

Bankbeamten-Tarif. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch vom 28. September zum Vertrag erhoben.

Die deutschen Banken im Oktober 1926.

Reichsbank. Das Institut beteiligt sich an den Stabilisierungs-Maßnahmen für den belgischen Franc und nimmt den Ankauf belgischer Wechsel und Schecks am 27. Oktober wieder auf. Das Verlangen nach Präzisierung der Devisenbestände usw. in den Wochenausweisen (siehe November-Heft S. 674) bleibt unberücksichtigt, eine Detaillierung der Angaben über die Vorschriften des Bankgesetzes hinaus findet nicht statt. Die Bank zieht große Goldmengen erst aus New York, später aus London (auch Amsterdam) an sich, zum Teil, indem sie ihr neu zufließende Devisen zu Goldankäufen benutzt. Das unbelastete Golddepot bei ausländischen Notenbanken bleibt trotz dieser Goldüberweisungen nach Berlin zunächst auf der bisherigen Höhe von etwa 200 Mill. Rm., sinkt aber Ende Oktober auf 126 Mill. Rm. Eine Einreichung von Reichsschatzwechseln bezw. deren Lombardierung hat auch im Oktober nicht stattgefunden; ebensowenig sind bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel vorhanden. Präsident Dr. Schacht erstattet im Enquete-Ausschuß für Geld- und Kreditwesen ein ausführliches Gutachten über die Geld- und Kreditpolitik des Instituts, wobei er über die separate Finanzpolitik einiger öffentlicher Banken Klage führt und einen „Warnruf" gegen die gefährliche Inanspruchnahme von Auslandskredit ausstößt. Durch die mit der letzteren zusammenhängende Ansammlung von Devisen werde u. a. auch eine Transferfähigkeit „vorgetäuscht", die in Wirklichkeit nicht vorhanden sei. Am 8. November soll in Berlin-Pankow eine Reichsbank-Nebenstelle mit Kasseneinrichtung eröffnet werden.

Deutsche Rentenbank. Hat seit Inkrafttreten des Liquidationsgesetzes bis Ende September 583,3 Mill. Rm. dem Tilgungsfonds bei der Reichsbank zugeführt. Auf das in diesem Jahre bis 1. Dezember abzudeckende zweite Drittel der alten („illiquiden") Rentenbankwechsel sind bisher Abdeckungen in Höhe von etwa 50 Mill. Rm. erfolgt (gesamtes zu tilgendes Drittel: 293 Mill. Rm.). Siehe Badische Bank, Bayerische Notenbank, Sächsische Bank und Württembergische Notenbank.

Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Von den verfügbaren 360 Mill. M. Golddiskontbank-Zwischenkrediten für die Landwirtschaft sind bis Ende Oktober nur 240 Mill. M. beansprucht und verteilt worden. Die Unterbringung des Restes fällt schwer, weil die Kredite für landwirtschaftliche Verhältnisse zu kurzfristig sind.

Deutsche Golddiskontbank. Siehe Dt. Rentenbank-Kreditanstalt.

Reichs-Kredit-Ges. A.-G. Siehe Preuß. Staatsbank.

Digitized by Google

Preußische Staatsbank (Seehandlung). Tritt nach längeren Bedenken dem Effekten-Sammeldepot bei. Der mit dem Institut (der Deutschen Bank, der Reichskredit-Ges., der Berliner Handels-Gesellschaft und der Mitteldeutschen Creditbank) arbeitende British and German Trust plant die Bereitstellung neuer Kapitalien für seine Zwecke. Die Seehandlung regelt ihre Einlagen-Zinssätze wie folgt: Tägliche Gelder ohne Kündigung 3½% wie bisher; Beträge über 2 Mill. Rm. 2½%; feste bezw. vierzehntägig kündbare Gelder für einen Monat 5 gegen bisher 4¾%; darüber hinaus bis zu 2 Monaten fest oder bei zweimonatiger Kündigungsfrist 5⅛% gegen bisher 5%; längere Fristen 5¼%. Nach der zwischen dem Reich und den Zentral-Kreditinstituten getroffenen Vereinbarung werden die ersten der im Juni für ein weiteres halbes Jahr verlängerten Mittelstandskredite am 1. Dezember fällig; Sparkassen und Genossenschaftskassen haben ihren Kreditanteil von insgesamt 24 Mill. Rm. in vier Vierteljahrsraten, erste Rate am 1. März 1927, an das Institut zurückzuzahlen. Nur der 10 Mill. Rm.-Kredit für den Mittelstand des besetzten Gebietes wird verlängert. Die Seehandlung legt mit den Berliner Großbanken, S. Bleichröder, der Deutschen Girozentrale, Hardy u. Co., F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft, Komm.-Ges. a. Akt., Mendelssohn u. Co., der Reichs-Kredit-Ges. und Anderen 22,5 Mill. Rm. als zweite Hälfte der 45 Mill. Rm. 7 prozentigen Anleihe der Stadt Berlin zu 90,75% zur Zeichnung auf. Wichtigere Zulassungsanträge zur Berliner Börse: 15 Mill. Rm. 7 proz. Pfandbriefe Reihe 2 des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen (mit der Darmstädter und Nationalbank sowie Mendelssohn u. Co.) und 13 Mill. Rm. junge Aktien des Norddeutschen Lloyd (mit S. Bleichröder, der Deutschen Bank, der Berliner Handels-Gesellschaft, der Darmstädter und Nationalbank, der Disconto-Gesellschaft und der Dresdner Bank).

Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse). Die Getreide-Lombardkredite des Instituts sind bis Mitte Oktober nur in geringfügigem Maße in Anspruch genommen worden; die Genossenschaften haben daher die bezüglichen Gebühren weiter ermäßigt.

Deutsche Bank. Der Abschluß des ersten Halbjahres 1926 weist nach den Mitteilungen in der Aufsichtsratssitzung ein befriedigendes Gewinn-Ergebnis aus. Die jungen Aktien des Instituts werden zur Frankfurter, Dresdner, Münchner, Bremer, Breslauer, Königsberger und Chemnitzer Börse zugelassen. Das Institut tritt mit mehreren großen Berliner Banken in Fühlung betr. event. Fusion. Erwirbt für ein Konsortium, dem die Commerz- und Privatbank angehört, die im Besitz der liquidierenden Berliner Bankfirma Laband, Stiehl u. Co. gewesene Aktien-Minderheit der Akt.-Ges. Sturm, Freiwaldau, anscheinend, um eine Fusion mit einer anderen Gesellschaft herbeizuführen. Der Oktoberbericht der Bank führt die lebhafte Emission festverzinslicher deutscher Werte (September 238 Mill. M.) auf die Nachfrage des Auslands zurück. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Allg. Versicherungs-Ges. für See-, Fluß- und Landtransport, Dresden, sowie umgestellte und neue Aktien der Sächsischen Versicherungs-A.-G. Die Direktoren Oskar Schlitter und Komm.-Rat Dr. Paul Millington-Herrmann treten in den Aufsichtsrat der Zeiß-Ikon A.-G. (Deutscher Photo-Trust) ein. Direktor H. Stein, Köln-Mülheim, wird in den Aufsichtsrat der Eumuco A.-G. für Maschinenbau, Schlebusch-Manfort, berufen, die mit 1,5 Mill. Rm. Kapital gegründet wird; von den Aktien werden 1,17 Mill. Rm. von der Continentalen Handelsbank, Amsterdam, übernommen. Zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern für Berlin werden Dr. Paul Bonn, Dr. Peter Brunswig, Dr. Werner Kehl und Johannes Kiehl ernannt. Siehe Preuß. Staatsbank, Disconto-Gesellschaft und Berliner Handels-Gesellschaft.

Disconto-Gesellschaft. Die jungen Aktien der Bank werden zur Berliner und Hamburger Börse zugelassen. Das Institut beteiligt sich an der Deutschen Wohnstättenbank, Berlin. Wichtigere Zulsasungsanträge in Berlin: Junge Aktien der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-A.-G. (mit der Berliner Handels-Gesellschaft, der Commerz- und Privatbank, der Darmstädter und Nationalbank, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und Delbrück, Schickler u. Co.) sowie junge Aktien der Continental Asphalt-A.-G., Hannover. Geschäfts-Inhaber Gustav Schlieper tritt in den Aufsichtsrat der Zeiß-Ikon A.-G., Dresden, ein. Direktor Kues, Han-

Digitized by Google

nover, wird Vorsitzender des neugegründeten Liquidationsvereins für Zeitgeschäfte an der Hannoverschen Börse. Siehe Preußische Staatsbank.

Dresdner Bank. Dementiert Börsengerüchte, nach denen sie den Barmer Bankverein (s. d.) zu übernehmen beabsichtige. Nimmt durch Erwerb von 7,5 Mill. Francs Vorzugsaktien Einfluß auf die Internationale Bank in Luxemburg, der die Banque de Bruxelles und die Banque de l'Union Parisienne nahestehen; Vertreter des Instituts werden in den Verwaltungsrat des Luxemburger Instituts eintreten. Die Amsterdamsche Kommandite des Instituts, Proehl u. Gutmann, gründet das Amsterdamsche Administrations-Kontor für deutsche Bank- und Industrie-Aktien (Dubina) mit 0,1 Mill. holl. Gulden Aktienkapital. Die Dr. B. selbst will mit internationaler Hilfe einen Investment-Trust (ABC-Trust) in London errichten. Fordert Submissionsangebote auf 38 960 Pesos zu tilgende 3 und 3½% Buenos Aires-Provinz-Anleihe ein. Die jungen Aktien des Instituts werden zur Berliner Börse zugelassen. Wichtigere Zulassungsanträge in Berlin: 1,5 Mill. Rm. 8% Anleihe Reihe 7 des Schleswig-Holsteinischen Elektrizitäts-Verbandes (mit der Commerz- und Privatbank) und der jungen Aktien der Sächsischen Bodencreditanstalt (mit Gebr. Arnhold). Direktor Bollmann tritt in den Vorstand des Liquidationsvereins für Zeitgeschäfte an der Hannoverschen Börse ein. Das frühere stellv. Vorstandsmitglied William Freymuth ist gestorben. Siehe Preuß. Staatsbank und Disconto-Gesellschaft.

Darmstädter und Nationalbank. Uebernimmt mit der Deutschen Länderbank die jungen Aktien der Deutschen Gasolin A.-G., Berlin, sowie eine 5 Mill. Rm. 8% Anleihe der Engelhardt-Brauerei, Berlin, zur Weiterbegebung. Dementiert das Börsengerücht, daß sie die Commerzbank aufnehmen werde. Bietet der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-A.-G. ein größeres Paket Aktien der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und der Kosmos-Linie zum Bezug an; Geschäftsinhaber J. Goldschmidt wird in den Aufsichtsrat der Hapag eintreten. Die Aktien des Instituts übersteigen am 28. Oktober erstmalig den Kurs von 250% und notieren am 30. Oktober 257. Direktor Kurt Nebelung, Dresden, tritt in den Aufsichtsrat der Zeiß-Ikon A.-G., Dresden, ein; Direktor Plate wird in den Vorstand des Liquidationsvereins für Zeitgeschäfte an der Hannoverschen Börse berufen. Siehe Preuß. Staatsbank, Disconto-Gesellschaft und Berliner Handels-Gesellschaft.

Commerz- und Privatbank. Legt die neuen 7½% Komm.-Obligationen der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg zu 94% zur Zeichnung auf. Der Kurs der Aktien des Instituts erfährt gegen Monatsende im Zusammenhang mit sehr günstigen Dividendenschätzungen eine starke Steigerung. Direktor Moritz Schultze tritt in den Aufsichtsrat der Porzellanfabrik Königszelt, Direktor Rosenberger in den der Deutschen Verkehrs-Kreditbank, Berlin, ein. Siehe Preuß. Staatsbank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank und Danatbank (letztere wegen angeblicher Fusionsverhandlungen.

Mitteldeutsche Creditbank. Siehe Preuß. Staatsbank.

Berliner Handels-Gesellschaft. Die Anteile des Instituts erfahren gegen Monatsende eine sprunghafte Kurssteigerung. Das Institut begibt mit der Darmstädter und Nationalbank, der Deutschen Bank, Delbrück Schickler u. Co. sowie Hardy u. Co. junge Aktien der Elektrizitäts-Lieferungs-Ges. Siehe Preuß. Staatsbank und Disconto-Gesellschaft.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (Adca), Leipzig. Ist beteiligt an der Uebernahme von nom. Rm. 10 Millionen neuen Stammaktien der Brown, Boveri A. G. Führt nom. Gm. 5 Millionen 8% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe Serie 3 und nom. Gm. 5 Millionen 8% Gold-Kommunalverschreibungen Serie 4 der Thüringischen Landes-Hypothekenbank A.-G., Weimar, sowie nom. Gm. 13,95 Mill. = 5000 kg Feingold 8% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe (Reihe 8) der Sächsischen Bodencreditanstalt, Dresden, an der Leipziger Börse ein. Schließt per Ende Oktober 1926 ihre Zweigstelle Adorf i. V.

Allgemeiner Bankverein, Düsseldorf. Schüttet für 1925 wieder keine Dividende aus.

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Effektengirobanken. Unter diesem Namen haben sich zu einer losen Vereinigung zusammengeschlossen:

Digitized by Google

die Bank des Berliner Kassenvereins, der Dresdner Kassenverein, die Frankfurter Bank, der Kölner Kassenverein, die Liquidationskasse in Hamburg und der Rheinisch-Westfälische Kassenverein.

Gebr. Arnhold, Dresden - Berlin. Siehe Dresdner Bank, Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg, und Sächs. Bodencreditanstalt.

Badische Bank, Mannheim. Die Darlehen des Instituts bei der Deutschen Rentenbank betragen am 31. Oktober 5,55 Mill. Rm. gegen 3,98 Mill. Rm. am 30. September. Siehe Kleine Chronik.

Bank des Berliner Kassenvereins. Ruft weitere Werte zur Einlieferung in das Sammeldepot auf. Siehe Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken.

Bank elektrischer Werte, Berlin. Schlägt eine Dividende von 9% (i. V. 5%) auf die Stammaktien vor.

Bank für Bauten, Dresden. Die General-Versammlung beschließt die vorgeschlagene Dividende von 5% (i. V. 0%).

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Comp. Der Halbjahrs-Abschluß per 30. Juni 1926 zeigt für alle Geschäftszweige des Instituts steigende Zahlen. Nachdem die Verwaltung früher den Gerüchten über eine Kapitals-Erhöhung widersprochen hat, gibt sie jetzt zu, daß „das kleine Kapital dem Geschäftsumfang nicht mehr entspricht." Dr. Eduard Freiherr von der Heydt und Georg Rogalsky sind als persönlich haftende Gesellschafter ausgeschieden. Siehe Dresdner Bank und Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg.

Bayerische Handelsbank, München. Begibt zur Ablösung ihrer Papiermark-Pfandbriefe 4½ proz. Goldpfandbriefe; die Aufwertungsquote beträgt 20%, ein Satz, der alle bisherigen übersteigt.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Zu der Kurssteigerung der Aktien des Instituts erklärt die Verwaltung, daß eine neue Kap.-Erhöhung zur Zeit nicht beabsichtigt sei; die Bank habe durch die lebhaften Kommissions- und Börsengeschäfte eine Kräftigung erfahren; auch der Pfandbriefabsatz habe sich erfreulich entwickelt. Die jungen Aktien werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Das Institut darf 10 Mill. Rm. neue 8% Pfandbriefe begeben; es kündigt die Ausgabe 4½ proz. Goldpfandbriefe zwecks Ablösung seiner Papiermark-Pfandbriefe an. Siehe Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg.

Bayerische Investment A.-G., München. Wird mit 1 Mill. Rm. Kapital gegründet. Die Mittel des Instituts sollen in Obligationen, Aktien und Krediten „erster Gesellschaften" angelegt werden.

Bayerische Notenbank, München. Das Darlehen bei der Deutschen Rentenbank beziffert sich am 30. Oktober auf unverändert 12,3 Mill. Rm. Kommerzienrat F. Drausnick, der Senior im Direktorium, tritt in den Ruhestand. Siehe Kleine Chronik.

Beamtenbank, Berlin. Im Konkurstermin sind über 100 Kleingläubiger vertreten. Die Quote beträgt bei sofortiger Liquidierung etwa 20%, soll aber bei langsamer Abwicklung event. auf 70% steigen können.

Berliner Hypothekenbank. Will ihr bisher 2 Mill. Rm. betragendes Aktienkapital erhöhen.

S. Bleichröder, Berlin. Direktor Walter Treuenfels tritt in den Aufsichtsrat der Aafa Film A.-G., Berlin, ein. Siehe Preuß. Staatsbank.

Brasilianische Bank für Deutschland. (Banco Brasileiro-Allemao). Verteilt für 1925—26 eine Dividende von 8% (wie i. V.).

Braunschweig - Hannoversche Hypothekenbank. Ein Beschluß über die verschiedentlich angekündigte Ausschüttung von 10% an die Papiermark-Pfandbriefgläubiger ist verwaltungsseitig noch nicht gefaßt. Siehe Deutsche Zentral-Boden-Creditvereinigung.

Commerzbank A.-G., Landau (Pfalz). Ist gemäß § 15 der Verordnung über Goldbilanzen für nichtig erklärt worden.

Cura - Bank, Berlin. Das 1920 gegründete Institut schlägt für 1925 eine Dividende von 6% (i. V. 0%) vor.

Delbrück Schickler u. Co., Berlin. Siehe Preuß. Staatsbank, Disconto-Gesellschaft und Berliner Handels-Gesellschaft.

Digitized by Google

Deutsche Allgemeine Treuhand A.-G., München. Direktor G. B. Schmitt tritt in den Aufsichtsrat der Bayerischen Investment A.-G. (s. d.) ein.

Deutsche Bau- und Bodenbank, Berlin. Ist der neue Name der Deutschen Wohnstätten-Bank (s. d.).

Deutsche Central-Boden-Creditvereinigung, Berlin. Diese Interessengemeinschaft, der die Deutsche Grundkreditbank, Gotha, die Braunschweigisch-Hannoversche Hypothekenbank, die Preuß. Central-Bodenkredit-A.-G. und die Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank angehören, wird per 1. Januar 1927 aufgelöst.

Deutsche Domänenbank, Berlin. Wandelt bis zu 30 Mill. Rm. Pächterkredite in Hypothekarkredite um.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt am Main. Hat die Hauptforderung im Konkurse der Lederfabrik Simon in Kirn.

Deutsche Festmarkbank, Berlin. Die Dividende für das am 30. Juni d. J. beendete Geschäftsjahr beträgt 4% (i. V. 0%).

Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank, Berlin. Siehe Preuß. Staatsbank. Dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband wird die Genehmigung zur Ausgabe von 30 Mill. Mark Obligationen erteilt, die zur Ablösung von Ansprüchen aus alten Kommunalanleihen dienen sollen.

Deutsche Grundcreditbank, Gotha. Beantragt die Zulassung von 20 Mill. Rm. 8% eigenen Pfandbriefen Reihe 5a zur Berliner Börse. Siehe Deutsche Central-Boden-Creditvereinigung.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Beantragt eine Kap.-Erhöhung von 3 auf 5 Mill. Rm. Der Pfandbriefumlauf hat sich seit Anfang Januar dieses Jahres von 7,5 auf fast 22 Mill. Rm. gesteigert.

Deutsche Hypothekenbank Meiningen. Siehe Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank und Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Deutsche Länderbank, Berlin. Siehe Darmstädter und Nat.-Bk.

Deutsche Orientbank, Berlin. Soll bei der Valorisierung der ägyptischen Baumwolle durch Kredite mitwirken.

Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg. Die Gen.-Versammlung beschließt eine Kap.-Erhöhung um 0,93 auf 1 Mill. Rm. Die neuen Aktien übernehmen der Barmer Bankverein, der A. Schaaffhausensche Bankverein, Gebr. Arnhold, die Elsässische Bankgesellschaft, die Süddeutsche Disconto-Ges. und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank, Berlin. Der Reichsbankpräsident spricht sich vor dem Enquete-Ausschuß scharf gegen die Finanzgebarung des Instituts aus. Die Gen.-Versammlung genehmigt die vorgeschlagene Dividende von 12% und wählt Direktor Rosenberg (Commerz- und Privatbank) neu in den Aufsichtsrat.

Deutsche Wohnstätten-Bank, Berlin. Die General-Versammlung beschließt eine Kap.-Erhöhung von bisher 1,5 auf 12,8 Mill. Rm. und ändert die Firma in „Deutsche Bau- und Bodenbank". An dem Unternehmen nimmt die Disconto-Gesellschaft Interesse.

Dresdner Kassenverein. Siehe Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken.

Duisburger Bankverein. Die Geschäftsergebnisse der ersten neun Monate dieses Jahres sind befriedigend, die Umsätze erheblich gestiegen, so daß mit einer Dividende von wieder 10% gerechnet werden kann.

Frankfurter Bank. Siehe Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken.

Frankfurter Pfandbriefbank. Je 10 Mill. Rm. 8% Komm.-Obligationen erweiterte Reihe 4, 7% desgl. Reihe 6 und 8% Pfandbriefe Reihe 3 werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. Die Gruppe, zu der die Deutsche Hypothekenbank Meiningen, die Norddeutsche Grundcreditbank, Weimar, die Leipziger Hypothekenbank, die Preuß. Boden-Credit-Aktienbank, die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank, Breslau, und die Westdeutsche Bodencreditanstalt gehören, zahlt auf je 1 Milliarde Papiermark ihrer alten Pfandbriefe 200 Rm. in bar.

Digitized by Google

Girozentrale - Kommunalbank für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, Magdeburg. Wird am 15. November die Geschäfte der bisherigen Stadtbank Halle übernehmen.

Handels- und Gewerbebank, Heilbronn. Direktor Mück tritt in den Aufsichtsrat der Neckarsulmer Fahrzeugwerke ein.

Hardy u. Co. G. m. b. H., Berlin. Gründet eine „Eisenbahn-Automatic A.-G." mit 0,3 Mill. Rm. Kapital. Siehe Preuß. Staatsbank und Berliner Handels-Gesellschaft.

von der Heydt Bank A.-G., Berlin. Bankier Dr. Eduard Freiherr von der Heydt, Berlin, wird für das behinderte Vorstandsmitglied von Janson aus dem Aufsichtsrat in den Vorstand abgeordnet.

Hypothekenbank in Hamburg. 40 Mill. Rm. 7% Pfandbriefe D werden zur Berliner Börse zugelassen.

Kölner Kassenverein. Siehe Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken.

F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft, Komm.-Ges. auf Aktien, Berlin. Bankier Kurt Frowein, Elberfeld, scheidet als persönlich haftender Gesellschafter aus. Siehe Preuß. Staatsbank.

Landbank, Berlin. Die General-Versammlung genehmigt gegen den Protest einer Opposition die vorgeschlagene Zusammenlegung des Kapitals. (Siehe November-Heft S. 680.)

Landwirtschaftliche Pfandbriefbank (Roggenrentenbank), Berlin. Siehe Preuß. Pfandbriefbank.

Landwirtschaftlicher Kreditverein Sachsen, Dresden. Siehe Preuß. Staatsbank.

Leipziger Hypothekenbank. Siehe Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Liquidationskasse A.-G., Hamburg. Erhöht die Einschüsse für Terminpapiere von 15 auf 20%. Siehe Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken.

Mecklenburg - Strelitzsche Hypothekenbank. Schlägt eine Kap.-Verdoppelung auf 1 Mill. Rm. vor.

Mendelssohn u. Co., Berlin. Siehe Preuß. Staatsbank.

Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt, Greiz. Begibt 2 Mill. Rm. 4½ proz. Mobilisierungspfandbriefe. Das Aufsichtsratsmitglied Freiherr Titz von Titzenhofen ist gestorben.

Norddeutsche Grund-Credit-Bank, Weimar. Das zur Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken (s. d.) gehörige Institut schlägt eine Kap.-Erhöhung um 1,5 auf 4 Mill. Rm. vor.

Ostdeutsche Privatbank, Berlin (Hugenberg-Gruppe). Schließt das Jahr 1925 mit etwa 10 000 Mark Verlust ab (i. V. 56 000 M. Gewinn).

Ostpreußische Verkehrs-Kredit-Bank, Königsberg. Die Firma ist erloschen.

Preußische Boden-Credit-Aktienbank, Berlin. Siehe Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken (s. d.) gehörige Institut schlägt Actien-Bank.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Siehe Deutsche Central-Boden-Credit-Vereinigung.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Das der Landwirtschaftlichen Pfandbriefbank, Berlin, nahestehende Institut beantragt eine Kap.-Erhöhung um 4 auf 7 Mill. Rm.; auf 4 alte sollen 3 neue Aktien zu 125% entfallen.

Rheinische Diskontobank, Coblenz (Comptoir d'Escompte des Pays Rhénans). Die Liquidationsbilanz ist von der Generalversammlung genehmigt worden.

Rheinisch-Westfälische Boden-Creditbank, Köln. Am 30. September laufen 58,4 Mill. Rm. Pfandbriefe und 8,8 Mill. Rm. Komm.-Obligationen um. Siehe Deutsche Central-Boden-Credit-Vereinigung.

Rheinisch-Westfälischer Kassenverein, Köln. Siehe Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken.

Digitized by Google

Sächsische Bank, Dresden. Die Darlehen bei der Deutschen Rentenbank betragen am 31. Oktober dieses Jahres 3,46 gegen 3,95 Mill. Rm. am 30. September. Siehe Kleine Chronik.

Sächsische Bodencreditanstalt, Dresden. Die Dresdner Bank und Gebr. Arnhold beantragen die Zulassung der jungen Aktien des Instituts zur Berliner Börse. 13,95 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 8 des Instituts werden zur Leipziger, Chemnitzer und Zwickauer Börse zugelassen.

A. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln. Siehe Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg.

Schleibank, Kappeln. Die außerordentliche General-Versammlung beschließt die Verdoppelung des Aktienkapitals auf 0,8 Mill. Rm. Der Bezugspreis beträgt 110%.

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank, Breslau. Die Deutsche Hypothekenbank, Meiningen, und die Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank, Berlin, beantragen die Zulassung der jungen Aktien des Instituts zur Berliner Börse. Siehe Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken.

Staatliche Kreditanstalt, Oldenburg. Siehe Commerz- und Privatbank.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Die Bilanz für das 1. Halbjahr 1926 weist nach Mitteilung der Verwaltung ein sehr erfreuliches Ergebnis auf. Direktor Benno Weil scheidet Ende dieses Jahres aus dem Vorstand aus und tritt in den Aufsichtsrat ein; er wird zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Neckarsulmer Fahrzeugwerke gewählt. Siehe Deutsche Schiffskreditbank, Duisburg.

Thüringische Landeshypothekenbank, Weimar. Je 5 Mill. Rm. 8% Pfandbriefe Reihe 3 und Komm.-Obligationen Reihe 4 werden zur Leipziger Börse zugelassen.

Tschechoslowakischer Bankverein A.-G., Berlin. Der Sitz des Unternehmens wird nach Hamburg verlegt.

Verkehrsbank für Industrie und Landwirtschaft A.-G., Stuttgart. Tritt in Liquidation.

M. M. Warburg u. Co., Hamburg. Führen Verhandlungen, welche die Verschmelzung der Berliner Metallgroßhandlungen N. Levy u. Co. A.-G. und Julius Stern u. Co. zum Gegenstande haben. Der Herausgeber der Zeitschrift „Der Hammer", Theodor Fritsch, wird wegen fortgesetzter übler Nachrede gegen den Mitinhaber des Bankhauses Max Warburg zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Westdeutsche Boden-Creditanstalt, Köln. Siehe Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Württembergische Automobilbank A.-G., Stuttgart. Wird mit 0,25 Mill. Rm. voll eingezahltem Kapital gegründet.

Württembergische Notenbank, Stuttgart. Das Darlehen der Deutschen Rentenbank beträgt am 31. Oktober unverändert 6,3 Mill. Rm. Siehe Kleine Chronik.

Württembergische Privatbank A.-G. (vorm. G. Beißwenger), Stuttgart. Der Reingewinn für 1925 (3705 Rm.) wird vorgetragen. Der Geschäftsgang ist befriedigend.

Zwickauer Stadtbank. Schlägt eine Kap.-Erhöhung um 0,6 Mill. Rm. vor; der Bezugspreis beträgt 111½%.

Zahlungseinstellungen usw. Der **Konkurs** wird eröffnet über das Deutsch-Amerikanische Finanzkontor G. m. b. H., Berlin, die Landwirtschaftliche Kreisgenossenschaft, früherer Schlawer Spar- und Darlehnskassenverein e. G. m. b. H., Schlawe (Pommern), sowie über das Bankgeschäft Kleine, Engert u. Co., Hamburg, und seinen Inhaber Friedr. Heinr. Louis Kleine. — Das Konkursverfahren über das Bankgeschäft M. Gaugler u. Co., Komm.-Ges., München, ist durch Zwangsvergleich beendet. — In **Liquidation** tritt die Verkehrsbank für Industrie und Landwirtschaft A.-G., Stuttgart. — Die Westdeutsche Wirtschafts- und Handelsbank, e. G. m. b. H., Elberfeld, stellt ihre Zahlungen ein. — Das Berliner Bankhaus Mertz u. Co., dessen Inhaber in Spritschmuggeleien ver-

Digitized by Google

wickelt sind, schließt nach deren Verhaftung seine Schalter. — Der Bankier August Wünsch, Augsburg, wird wegen Depotunterschlagung usw. zu 26 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Bankier P. A. Pumann, Reppen, ist wegen Konkursvergehen, Unterschlagung usw. in Anklagezustand versetzt worden. — Im Konkurs Louis David, Bonn, erkennt das Amtsgericht rund 1,5 Mill. Rm. Forderungen an. — Siehe Beamtenbank, Berlin, und Commerzbank, Landau.

Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1926.

XI. Holland.

Niederländische Bank. Der Diskontsatz bleibt unverändert 3½%. Nach dem Geschäftsbericht für 1925 erbrachten (alles in Mill. Gulden): Diskontgeschäft 2,31 (i. V. 6,80), Auslandswechsel und Guthaben 9,17 (7,36), Beleihungen 3,81 (5,39), Effekten 0,92 (0.84), Provisionen 1,04 (1,12). Der Rohgewinn beträgt 19,24 (25,35) und zuzüglich Entnahme aus der außerordentlichen Reserve 22,24 (33,59). Dagegen betrugen Unkosten 4,70 (5,05), Abschreibungen auf Diskonten 0,74 (0,86), desgl. auf Reorganisationskonto 7,83 (10,17), auf Immobilien 0,52 (0.30), Pensionsfondsbeitrag 0,60 (wie i. V.); der Reingewinn stellt sich auf 8,05 (16,61); die Dividende wird auf 9% (7%) bemessen; eine Dotierung der außerordentlichen Reserve, aus der etwa 3 Mill. zu Abschreibungen entnommen werden (nachdem 5,37 Millionen zu gleichem Zweck vom Gewinn abgesetzt worden sind), unterbleibt (i. V. 12 Mill.); der Staat empfängt 5,85 (2,95) Mill. Der Metallvorrat betrug Ende 1925 454,82 Mill. Fl. gegen 525,53 Mill. Ende 1924 und bestand aus 94,35 (96,06) Prozent Gold und 5,65 (3,94) Prozent Silber. Der Notenumlauf betrug durchschnittlich 880,47 (955,76) Mill. Fl. mit einem Höchststand von 955,54 und einem Tiefstand von 808,23 (25.3); die Diskontierungen erreichten nur eine Ziffer von 438,93 gegen 772,12 Mill. Fl.; die Beleihungen blieben mit 1193,81 Mill. Fl. auf der Vorjahrshöhe, während der Giro-Umsatz von 28 410,1 auf 31 594,2 Mill. Fl. stieg. Das Institut beschließt grundsätzlich die Zulassung des Akzeptes und Giros der nach 1914 in Holland errichteten ausländischen Banken zum Diskont, wodurch auch Giro und Akzept der holländischen Niederlassungen der deutschen Banken unter bestimmten Bedingungen diskontfähig werden. Siehe auch Währung.

Währung. Der holländische Gulden muß im Frühjahr wiederholt durch starke Devisen-Abgaben der Niederländ. Bank gestützt werden. Er notiert Ende Juni in New York 40,17 Cents gegen 40,12 Cents Ende Dezember (Parität ca. 40,19).

Der Postscheckverkehr, der 1923 infolge Mißwirtschaft beim Postscheckamt vorübergehend eingestellt werden mußte, entwickelt sich befriedigend. Die tägliche Zahl der Buchungen ist von ca. 40 000 Ende 1924 auf ca. 68 000 Ende 1925 gestiegen. Im Sparverkehr betrugen die Einlagen 312 Mill. Fl., die sich auf 1,98 Millionen Sparbücher verteilten. Die Verluste von 1923 sind getilgt.

Deutsche Effekten an der Börse. Da die Vereeniging voor den Effektenhandel nach wie vor die Zulassung deutscher Wertpapiere an der Amsterdamer Börse zu verhindern sucht, entwickelt sich ein lebhafter freier Markt mit besonderen kleinen Kurslisten usw.

Bankgründungen. Siehe Amsterdamsche Mij. tot beheer van Binnenlandschen en Buitenlandschen Fondsen, Bankierskantoor M. van Embden unter E. und Nederlandsche Bank voor Scandinavischen Handel. — In Niederländisch-Indien soll eine neue holländisch-chinesische Bank, wahrscheinlich in Djokja, mit 25 Mill. Fl. Kapital errichtet werden.

Zahlungseinstellungen usw. Die Hollandsche Handelsbank, Haarlem (s. d.), erhält einen sechsmonatigen Zahlungsaufschub. — Die Zaanlandsche Bank (s. d.) stellt die Zahlungen ein. — In Liquidation treten die Algemeene Maatschappij vor Administratie en Belegging, Groningen (s. d.), die Amsterdamsche Discontobank, die Donau-Hypothekenbank, Haag (s. d.), und die Merwedebank (s. d.).

Algemeene Hypothekbank. Verteilt für 1925 eine Dividende von 21% (i. V. 20%).

Digitized by Google

Algemeene Maatschappij vor Administratie en Belegging, Groningen. Diese Markentwertungs-Gesellschaft tritt in Liquidation.

Amstelbank, Amsterdam. Das der Oesterr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe nahestehende Institut schüttet für 1925 aus 1,61 (i. V. 1,54) Mill. Fl. Reingewinn wieder 11% Dividende aus; 0,65 (0,60) Mill. Fl. erhält die Reserve.

Amstordamsche Bank. Der Bruttogewinn des Jahres 1925 beträgt 17,85 (i. V. 17,64) Mill. Fl. Nach Abschreibungen von 1,29 (1,02) Mill. Fl. auf Immobilien und 4 Mill. Fl. Rückstellungen, mit denen die Periode der großen Abschreibungen und Reservierungen als abgeschlossen zu betrachten ist, verbleibt ein Reingewinn von 6,16 (6,20) Mill. Fl., woraus wieder 7½ Prozent Dividende auf 55 Mill. Fl. Kapital ausgekehrt werden. Aus der Bilanz (in Mill. Fl.): Kasse, Taggelder, Barguthaben 18,99 (18,26), Staatspapiere 19,72 (20,51), Wechsel 67,86 (45,52), Bankguthaben 41,91 (44,86), Reportgelder 20,21 (19,34), gesicherte Forderungen 50,12 (48,66), Effekten 3,12 (1,10), Beteiligungen 7,20 (7,52), Konsortialbeteiligungen 2,67 (2,81), Debitoren für auf Termin verkaufte Devisen 69,05 (56,11) und sonstige Debitoren 149,53 (153,62); andererseits: Tratten 40,67 (34,63), Depositen 63,55 (49,36), für Rechnung Dritter weitergegebene Reportgelder 11,29 (9,22), desgl. im Ausland 21,58 (29,19), Kreditoren für auf Termin gekaufte Devisen usw. 60,23 (36,63), Saldo auf Termin schuldiger Devisen 9,43 (19,31) und verschiedene Kreditoren 141,07 (137,62). Das Institut übernimmt zur Begebung in Holland u. a. 0,5 Mill. Dollar der 3 Mill. Dollar Anleihe der Mansfeld A.-G. (7 prozentig), ferner mit der Internationalen Bank, Amsterdam, 3 Mill. Doll. 7 proz. Dollar-Anleihe der Robert Bosch A.-G., Stuttgart, mit derselben und der Stockholms Enskilda-Bank 2,25 Mill. Dollar der 5,25 Mill. Dollaranleihe der Ilseder Hütte. Emittiert 2,5 Mill. Dollar 6% Goldobligationen der Republik Uruguay. Siehe auch Rotterdamsche Bankvereeniging.

Amsterdamsche Discontobank (früher Disconto- en Effektenbank). Wird auf Antrag des Barons von der Heydt bezw. dessen Von der Heydts Bank von der Hugo Kaufmann u. Co.'s Bank, Amsterdam (Kommandite der Commerz- und Privatbank, Berlin), und der Nederlandsch-Indischen Handelsbank liquidiert; die Aktionäre dürften reichlich 80% erhalten; am 1. Juli wird auf die Aktien bereits eine erste Rückzahlung von 50% geleis'et. Liquidatoren sind die Herren Hugo Kaufmann, C. Lebbins (Von der Heydt's Bank) und ein Vertreter der Nederlandsch-Indischen Handelsbank.

Amsterdamsche Liquidatiekas. Verteilt 8% (i. V. 7%) Dividende für 1925 aus 1,57 (1,01) Mill. Fl. Roh- und 0,93 Mill. Fl. Reingewinn.

Amsterdamsche Maatschappij tot beheer van Binnenlandschen en Buitenlandschen Fondsen. Wird von schwedischen Interessenten mit 4 Mill. Fl. Aktienkapital gegründet.

Amsterdamsche Scheepsverband - Bank. Erhöht für 1925 die Dividende von vorjährigen 16 auf 18% und begibt 0,25 Mill. Fl. junge, mit 10% einzuzahlende Aktien. Ausgabepreis 100% für alte und 110% für neue Aktionäre.

Bank Associatie, Amsterdam. Der Reingewinn für 1925 stellt sich auf 0,41 (i. V. 0,31) Mill. Fl., wovon 0,15 (0,10) Mill. Fl. zu Abschreibungen auf Immobilien und 0,2 (0,15) Mill. Fl. zur Dotierung der außerordentlichen Rücklage verwandt werden. Die 4 Mill. Fl.-Vorzugs- und 3,81 Mill. Fl. Stammaktien bleiben wieder dividendenlos.

Bankierskantoor von Embden. Siehe Embden.

Bank voor Handel en Scheepvaart, Rotterdam. Das der Thyssen-Gruppe nahestehende Institut kehrt aus 2,34 (i. V. 2,06) Mill. Fl. Roh- und 2,11 (1,81) Mill. Fl. Reingewinn für 1925 eine Dividende von wieder 10% aus.

Bank voor Indie. Das zum Interessenkreis der Rotterdamschen Bankvereeniging gehörige Institut, das liquidiert, zahlt auf die 0,10 Mill. Fl. Vorzugsaktien 90% und auf die 12,5 Mill. Fl. Stammaktien 71% zurück, wodurch der Nennwert beider Gattungen auf 100 (bisher 1000) Gulden herabgesetzt wird. Die Rotterd. Bankvereeniging besaß 8 995 000 Aktien des Instituts; für diese Beteiligung und hiermit im Zusammenhang stehende Garantien war eine Sonderrücklage von 12 Mill. Fl. gebildet worden, die zuzüglich weiterer 1,65 Mill. Fl. zu Abschreibungen verwandt wird.

Digitized by Google

H.-Mij. H. Albert de Bary u. Co., Amsterdam. Das Institut, dessen Kapital von 6 Mill. Fl. fast völlig in Händen der Disconto-Gesellschaft, Berlin, ist, weist per 30. 9. 1925 bei 2,83 (i. V. 3,38) Mill. Fl. Bruttogewinn und 1,74 (2) Mill. Fl. Handlungsunkosten einen Reingewinn von 1,09 (1,02) Mill. Fl. aus; die Dividende beträgt 7%. Das Kapital wird um 3 auf 9 Mill. Fl. erhöht; die jungen Aktien übernimmt die Disconto-Gesellschaftt zu 133½%. Die Waren-A.-G. vorm v. Bary u. Co., Berlin, bleibt dividendenlos.

Centropamij, Central-Europeesche Crediet- en Handelsmaatschappij, Amsterdam. Das Institut, dessen Mehrheitsbesitzer die Firma Maffei, München, ist, verzeichnet bei 1 Mill. Fl. Kap. (0,4 Mill. eingezahlt) 3466 Fl. Gewinn für das 1. Geschäftsjahr 1925.

Continentale Handelsbank, Amsterdam. Schüttet für 1925 auf 0,58 (i. V. 0,70) Mill. Fl. Reingewinn wieder 6% Dividende aus.

Cooperatieve Centrale Raiffeisenbank, Utrecht. Das Institut, dem 712 Genossenschaftsbanken angeschlossen sind, erzielt 1925 einen Gewinn von 0,7 (i. V. 0,65) Mill. Fl., der zu Abschreibungen und Rückstellungen verwendet wird; das Kapital beträgt 2,28 Mill. Fl., worauf noch 2,05 Mill. einzuzahlen sind.

Crodietbank voor Nederlandsch-Indische Gemeenten en Ressorten. Das Kapital des von der Nederlandsch-Indischen Handels-Mij., der Nederlandsch-Indischen Handelsbank und der Nederlandsch-Indischen Escompte-Mij. gegründeten Instituts beträgt 2,25 Mill. Fl. Von den Aktien ist zunächst die Reihe A mit 0,45 Mill. Fl. begeben worden.

Disconto-Maatschappij, Rotterdam. Schüttet für 1925 aus 0,35 Mill. Fl. (i. V. 0,31) Reingewinn wieder 5½% Dividende aus.

Donau-Hypotheekbank, Haag. Tritt nach Erledigung der von ihr in Oesterreich, Ungarn und Serbien angestrengten Aufwertungsprozesse in Liquidation.

Bankierskantoor M. van Embden. Ist mit 1 Mill. Fl. Kapital errichtet worden.

Engelsch-Hollandsche Bank und Handels-Mij. Legt 0,25 Mill. Fl. einer von ihr den Gerresheimer Glashüttenwerken Heye, Düsseldorf, gewährten 8% Anleihe von 0,75 Mill. Fl. zur Zeichnung auf.

Friesch-Groningsche Hypotheekbank. Zahlt für 1925 eine Dividende von 28% (i. V. 24%).

Geldersche Creditvereeniging. Diese Provinzial-Organisation der Nederlandschen Handels Mij. erzielte 1925 einen Reingewinn von wieder 0,65 Mill. Fl.

Arnold Gilissen's Bank. Verteilt für 1925 eine Dividende von 7% (i. V. 0%). Begibt eine 3 Mill. Rm.-Anleihe der Stadt Bonn.

Groninger Bank. Kehrt für 1925 wieder 5% Dividende aus. Beteiligt ist die Twentsche Bank (s. d.).

Handelsvereeniging, Amsterdam. Verteilt 35 (i. V. 40) Prozent Dividende und gibt 5 Mill. Fl. neue Aktien zu pari aus.

Haarlemsche Bankvereeniging. Das Institut, an der die Twentsche Bank (s. d.) interessiert ist, verteilt eine Dividende von 4½ Prozent (i. V. 4 Prozent).

Handels-Mij. H. Albert de Bary u. Co. Siehe Bary.

Von der Heydt's Bank, Zandvoort. Siehe Amsterdamsche Disconto-Bank.

Holland-American Creditbank. Vor einer Geschäftsverbindung mit dem Unternehmen, das „Kredite in jeder Höhe" anbietet, wird in Deutschland gewarnt.

Hollandsche Handelsbank, Haarlem. Dem mit 0,6 Mill. Fl. Kapital arbeitenden Institut wird ein sechsmonatiger Zahlungsaufschub zugestanden.

Hypotheekbank voor Nederland. Schüttet für 1925 eine Dividende von 30% (i. V. 29%) aus.

Incasso-Bank, Amsterdam. Verteilt aus 6,59 (i. V. 6,64) Mill. Fl. Rohgewinn und 3,28 (i. V. 3,36) Mill. Fl. Reingewinn wieder 6½% Dividende.

Industrieelle Disconto-Maatschappij, Amsterdam. Das das Auto-Finanzierungsgeschäft pflegende Unternehmen erhöht das Kapital

Digitized by Google

von 3 auf 5 Mill. Fl. durch Schaffung von 2 Mill. Fl. 7% kumulativen Vorzugsaktien, nachdem das Kapital kurz vorher um 1 Mill. Fl. (Bezugspreis 117½%) heraufgesetzt worden war. Letzte Dividende 10%.

Internationale Bank, Amsterdam. Das im Mai 1924 von der Darmstädter und Nationalbank, Berlin, der Amsterdamschen Bank (s. d.), der Twentschen Bank u. A. errichtete Institut erzielt für 1925 einen Reingewinn von 1,99 Mill. Fl.; die Dividende beträgt 6% (0%). Beteiligt sich an der Unterbringung einer Anleihe des Staates Sao Paolo.

Internationale Crediet- en Handelsvereeniging, „Rotterdam". Kehrt für 1925 eine Dividende von 17% (i. V. 14%) aus 7,08 (6,13) Mill. Fl. Roh- und 3,12 (2,69) Mill. Fl. Reingewinn aus und begibt 2,5 Mill. Fl. junge Aktien zu 175%.

Javasche Bank, Batavia - Amsterdam. Infolge der aktiven Forderungsbilanz Javas gegen England fließen der Bank Ende 1925 und Anfang 1926 große Goldmengen zu.

Kas - Vereeniging. Verteilt für 1925 aus 1,80 (i. V. 1,90) Mill. Fl. Roh- und 0,81 (0,91) Mill. Fl. Reingewinn 7% (7½%) Dividende.

N. V. Hugo Kaufmann u. Co.'s Bank, Amsterdam. Das der Commerz- und Privatbank, Berlin, nahestehende Institut verteilt wieder 7% Dividende. Die Direktoren Harter und Sobernheim der Commerz- und Privatbank sowie deren Aufsichtsrats-Vorsitzender Witthoefft werden in den Verwaltungsrat berufen. Liquidiert die Amsterdamsche Discontobank (s. d.).

Koloniale Bank. Erzielt 1925 einen Reingewinn von 3,64 (i. V. 5) Mill. Fl. und eine Dividende von 17% (20%).

Maatschappij voor Gemeente - Crediet. Aus 0,53 (i. V. 0,45) Mill. Fl. Reingewinn wird für 1925 eine Dividende von 68 (70) Fl. auf die A- und 100 Fl. (wie i. V.) auf die B-Aktien gezahlt.

Maatschappij voor Hypothecair - Crediet in Nederland. Erhöht ihre Dividende für 1925 von 30 auf 35%.

Maehler u. Co.'s Bank. Schlägt 8% (i. V. 6%) Dividende für 1925 vor.

Mendelssohn u. Co., Amsterdam. Siehe Nederlandsche Handels Mij.

Merwedebank. Dieses kleine Institut beschließt die Liquidation.

Nationale Bankvereeniging. Diese Provinzorganisation der Rotterdamschen Bankvereeniging verteilt für 1925 aus 5,23 (i. V. 5,29) Mill. Fl. Roh- und 0,59 (0,58) Mill. Fl. Reingewinn wieder 4½% Dividende auf 10 Mill. Fl. Kap.

Nederlandsche Bankinstelling voor Waarden belast met Vruchtgebruik. Nimmt mit 8% die Dividenden-Verteilung wieder auf.

Nederlandsche Bank voor Buitenlandschen Handel (früher Reconstruktiebank voor Oostenryk). Kehrt für 1925 unverändert eine Dividende von 5% aus.

Nederlandsche Bank voor Scandinavischen Handel. Wird von schwedischen Kreisen mit 1 Mill. Fl. Kapital, davon 50% eingezahlt, errichtet.

Nederlandsche Bank voor Zuid - Afrika, Amsterdam. Verteilt für 1925 aus 0,56 (i. V. 0,33) Mill. Fl. Reingewinn eine Dividende von 6% (5%).

Nederlandsche Grondbriefbank. Zahlt für 1925 unverändert 70 Fl. Dividende je Aktie.

Nederlandsche Handels Mij., Amsterdam. Für 1925 wird ein Reingewinn von 6,90 (i. V. 6,46) Mill. Fl. und eine Dividende von 7½% (7%) erzielt. Begibt mit M. M. Warburg u. Co., Hamburg, und Mendelssohn u. Co., Amsterdam 5,8 Mill. Fl. 7% Anleihe der Landesbank der Rheinprovinz, ferner mit denselben Firmen 3,5 Mill. Fl. 7% Anleihe der Carl Zeiß-Stiftung, Jena. Emittiert 2,25 Mill. Fl. 6½ proz. Brasilianische Staatsanleihe. Siehe Crediet bank voor Nederlandsch-Indische Gemeenten und Geldersche Credietvereeniging.

Nederlandsche Hypotheekbank. Dieses Institut eines Herrn Dr. Esser bietet 4 Mill. Fl. Pfandbriefe an; es wird zur Vorsicht geraten.

Nederlandsche Scheepshypotheekbank, Amsterdam. Zahlt für 1925 eine Dividende von 45% (i. V. 40%).

Digitized by Google

Nederlandsch-Indische Escompte Mij. Erzielt 1925 einen Gewinn von 4,45 (i. V. 5,25) Mill. Fl., woraus 2,1 (2,9) Mill. Fl. auf Debitoren abgeschrieben und 5% Dividende auf 47 Mill. Fl. Kapital ausgeschüttet werden. Siehe Credietbank voor Nederlandsch-Indische Gemeenten.

Nederlandsch-Indische Handelsbank, Amsterdam. Errichtet Niederlassungen in Tokio und Yokohama. Der Reingewinn für 1925 beträgt 6,23 (i. V. 6,18) Mill. Fl., die Dividende wieder 10% auf 55 Mill. Fl. Kap. In der Bilanz erscheinen (in Mill. Fl.): Kasse und Taggelder 19,45 (28,32), Auslandsbankguthaben 14,20 (20,47), Schatzscheine 30,35 (14,19), Wechsel 79,62 (54,72), Vorschüsse auf Effekten usw. 12,16 (9,21), Konsortia 1,82 (2,52), Effekten 2,40 (2,41), Beteiligungen 9,45 (9,97), Debitoren 92,11 (65,04), langfristige Depositen 79,56 (60,94), desgl. kurzfristige 58,33 (35,40), diverse Kreditoren 34,17 (24,20), und zu zahlende Wechsel 9,90 (9,02). Begibt 350 000 Pfund Sterling 7% Anleihe B des Deutschen Kalisyndikats. Siehe Amsterdamsche Discontobank und Credietbank voor Nederlandsch-Indische Gemeenten.

Reconstructiebank voor Oostenryk. Siehe Nederlandsche Bank voor Buitenlandschen Handel.

Rente Cassa. Beläßt die Dividende für 1925 auf wieder 15%.

Rotterdamsche Bankvereeniging. Im Jahre 1925 betrugen die Einnahmen 11,70 (i. V. 16,04) Mill. Fl. Unkosten erforderten 5,92 (i. V. 6,87), Gebäude-Abschreibungen 0,44 (0,48), Debitoren-Reserve 1,20 (0) und besondere Abschreibungen 3,13 (3,11) Mill. Fl. Die verbleibenden 1,01 (5,57) Mill. Fl. Reingewinn werden mit etwa 0,50% zur Dotierung eines Pensionsfonds benutzt und der Rest vorgetragen, so daß eine Dividendenzahlung wieder unterbleibt. (Im Vorjahre wurde der Gewinn einer unter Kreditoren verbuchten Sonderrücklage zugeführt.) In der Bilanz erscheinen bei 50 Mill. Fl. Kap. und 20 Mill. Fl. Reserven u. a. (in Mill. Fl.): 19,66 (17,05) akzeptierte Wechsel; 8,75 (25,18) Akzepte Dritter; 1,42 (1,88) Prolongationen; 23,56 (21,36) Depositen; 111,73 (94,18) Kreditoren; 15,14 (26,95) Verbindlichkeiten in ausländ. Währung. Ferner Kasse, Bankguthaben und Taggelder 23,76 (6,45); inländische Wechsel 32,35 (50,62); ausländische Wechsel 5,21 (0,86); Bankguthaben im Ausland 7,68 (15,37); Prolongationen und Effektenvorschüsse 24,85 (24,84). Die Aktien der Nationale Bankvereeniging, von deren Kapital die R. B. 73% besitzt, stehen mit 6,56 Mill. und der Anteil an der Bank voor Indie mit 1 Mill. (i. V. zus. 15,49) zu Buch. (Ueber die Abschreibungen hierauf siehe Bank voor Indie.) Syndikatsbeteiligungen sind mit 4,83 (8,51) Mill. bewertet; Saldi von Bankiers betragen 7,62 (11,75), Debitoren 114,35 (105,44) und Debitoren in fremder Währung 15,10 (35,49). Die Comm. Ven. Wm. H. Mueller u. Co., Haag, die dem Institut nahesteht, wird reorganisiert. Dr. A. J. van Hengel wird Aufsichtsrats-Vorsitzender einer neuen Gesellschaft, die das Erz-, Schiffahrts- und Reederei-Geschäft von Mueller u. Co. übernimmt. Die Bank plaziert (mit der Amsterdamschen Bank) 7,8 Mill. Fl. 4½% Anleihe der Stadt Haag. In der Generalversammlung gibt die Verwaltung auf Anfrage zu, daß sie früher eigene Aktien zur Kursstützung gekauft habe, doch besitze sie jetzt keine eigenen Aktien mehr.

Rotterdamsche Hypotheekbank voor Nederland. Erhöht die Dividende für 1925 von vorjährigen 30,5 auf 32%.

Rotterdamsche Liquidatiekas. Schüttet 16⅓% (i. V. 11½%) Dividende für das „besonders günstige" Jahr 1925 aus.

Rotterdamsche Scheepshypotheekbank. Verteilt für 1925 eine von vorjährigen 16 auf 20% erhöhte Dividende.

Twentsche Bank, Amsterdam. Schüttet für 1925 aus 9,86 (i. V. 9,98) Mill. Fl. Rohgewinn eine unveränderte Dividende von 7% aus. Die Beteiligungen bei Banken stehen mit 10,75 (10,25) Mill. Fl. zu Buch. Die wichtigsten sonstigen Bilanzposten lauten (in Mill. Fl.): Kasse 3,08 (2,48), Wechsel und Kupons 49,16 (33,13), Schatzwechsel 3,31 (9,46), Bankguthaben 6,98 (11,00), Debitoren im Wege der Creditvereeniging 53,79 (42,73), Vorschüsse und sonstige Debitoren 51,88 (58,61), Prolongationen und Beleihungen 16,57 (13,46), Aktionär-Effekten, bei befreundeten Instituten oder zu eigenem Gebrauch deponiert 34,95 (34,76), Effekten 1,28 (0,95), Syndikate 4,88 (4,74). Andererseits erscheinen Debitoren mit 52,67 (38,75), Kontokorrent-Saldo mit 62,65 (61,38), Akzepte mit 23,11 (20,02) Mill. Fl. in der Bilanz. Siehe Internationale Bank, Groninger Bank und Haarlemsche Bank.

Digitized by Google

Unic-Hypothek-Bank, Amsterdam. Vor diesem Anfang Januar dieses Jahres mit 1 Mill. Fl. gegründeten Institut, das die Hypothekarkreditgewährung nach Deutschland bezweckt, wird Zurückhaltung empfohlen.

Utrechtsche Hypothekenbank. Schüttet wieder 30% Dividende aus.

Wolbank. Das Finanzierungsinstitut für den internationalen Wollhandel erzielt 1925 auf 6 Mill. Fl. Kapital 0,72 Mill. Fl. Reingewinn, aus dem 0,5 Mill. Fl. der Reserve zugewiesen und 0,17 Mill. Fl. vorgetragen werden.

Zaanlandsche Bank. Das mit 2 Mill. Fl. Kapital arbeitende Institut stellt die Zahlungen ein und beantragt gerichtlichen Zahlungsaufschub. Der Jahresbericht für 1925 hatte Dividendenlosigkeit und Abschreibung des Unterstützungsfonds für das Personal (!) vorgeschlagen.

X. Spanien und Portugal.

Spanien. Bank von Spanien. Der Diskontsatz wird (seit 24. März 1923) unverändert auf 5% belassen. Im Jahre 1925 erzielt das Institut einen Reingewinn von 97,05 Mill. Peseten (1924: 92,34 und 1923: 86,64 Mill.), woraus eine Gesamtdividende von 26% (gegen 25 und 24%) verteilt wird. Der Notenumlauf betrug am Jahresende 4445,1 (1924: 4569,3) Mill. Pes. bei einem Goldbestand von 2566,3 (2569,0) Mill. Pes. einschl. Auslandsguthaben und einem Silberbestand von 651,4 (650,0) Mill. Pes.; die umlaufenden Noten waren somit mit 72,38 (70,44) Prozent metallgedeckt. Das Institut gibt neue Tausender-Noten mit Datum vom 1. Juli 1925 aus. Trotz der Anfang April verbreiteten Gerüchte über einen zum nächstzulässigen Termin beabsichtigte Kap.-Erhöhung wird die Frage in der General-Versammlung nicht berührt. (Nach dem Bankgesetz steht dem Institut vom 1. Juli 1925 aus. Trotz der Anfang April verbreiteten Gerüchte über eine zum höhte Kapital auf einmal oder in Teilbeträgen auf den gesetzlichen Höchstbetrag von 250 Mill. zu bringen, sofern dadurch die staatliche Gewinnbeteiligung nicht beeinträchtigt wird. Der staatliche Gewinnanteil übersteigt neuerdings (einschl. Steuern) die Aktionärbezüge, die diesmal 46,02 (i. V. 44,25) Mill. Pes. erhalten, während dem Staat 48,83 (45,88) Mill. zufließen. Das Institut vermittelt den Umtausch der alten deutschen Markanleihen des Reiches in Ablösungsanleihe.

Währung. Spanien beabsichigt, zum Goldstandard zurückzukehren und nimmt dafür eine Frist von etwa 1½ Jahren in Aussicht. Zunächst soll der Kurs auf ca. 30 Pes. = 1 £ gehalten werden. Im Frühjahr steigt die Peseta unter gleichzeitigen Goldzuflüssen aus England, die mit der Berechnung des Goldzolls zusammenhängen. Ende Juni notiert die Peseta in New York 16,19 gegen 14,47 Ende Dezember (Parität 19.30) und in London 30,09⅓ gegen 34,35.

Bankenkontrolle. Es wird eine allgemeine obligatorische, staatliche Kontrolle eingeführt, und zwar für alle in Spanien tätigen einheimischen und ausländischen Banken, die monatlich einmal Kassen- sowie eigene und fremde Effektenbestände gründlich zu revidieren und dem Bankenkommissariat Bericht zu erstatten haben; außerdem ist eine laufende Statistik über Einnahmen und Ausgaben zu führen. Die Ausübung des Bankgewerbes unterliegt künftig behördlicher Genehmigung.

Sparkassen. Bei den verschiedenen Gattungen von Sparkassen hatten Ende Oktober 1925 rund 2,3 Millionen Einleger 1853,4 Mill. Peseten gut.

Zahlungseinstellungen. Siehe Banco Commercial de Tarragona und Credito de la Union Minera.

Banco Commercial de Tarragona. Stellt seine Zahlungen ein.

Banco di Roma (Espana), S. A. espanola, Barcelona. Der Banco di Roma, Rom, der in Spanien eigene Niederlassungen in Barcelona, Madrid, Tarragona, Montblanch, Valls, Borjas Blancas und Santa Coloma de Queralt unterhält, wandelt die katalanischen Filialen unter obiger Firma in eine selbständige spanische Aktiengesellschaft mit 8 Mill. Pes. Kapital unter spanischer und italienischer Kapitalbeteiligung um. Der Banco di Roma behält aber die ausschließliche Kontrolle. Die Madrider Filiale wird dagegen an den Banco de Cataluna, Barcelona, abgetreten, der am bisherigen Domizil der ersteren eine eigene Niederlassung eröffnet.

Digitized by Google

Banco de Cataluna, Barcelona. Siehe Banco di Roma (Espana).

Banco Hispano-Americano, Madrid. Schüttet für 1925 auf 100 Mill. Pes. Aktienkapital 10% Dividende wie in den beiden Vorjahren aus.

Credito de la Union Minera, Bilbao. Gerät in Zahlungsschwierigkeiten. Das eingezahlte Kapital von 60 Mill. Peseten ist verloren. Die Baskischen Provinzen wollen die Bank zu sanieren versuchen.

Portugal. Bank von Portugal. Der Diskontsatz bleibt unverändert 9%. Der Reingewinn für 1925 beziffert sich auf 11,84 (i. V. 11,57) Mill. Escudos, die Dividende wieder auf 35%; der Anteil des Staates beträgt 4,72 (4,73) Mill. Esc.

Währung. Der Escudo wird Ende Juni in London mit $2^{17}/_{32}$ pence bewertet gegen $2^{13}/_{32}$ pence Ende Dezember. — In Angola soll eine eigene Notenbank errichtet werden. (Siehe Banco de Angola.)

Banco de Angola e Metropole, Lissabon. Die Bank soll in Angola unbefugt Banknoten ausgegeben haben.

Banco Nacional Ultramarino, Lissabon. Die Einlösung der Pfund-Banknoten des Instituts in Mozambique unterbleibt einstweilen auf Regierungsbeschluß, das Notenausgaberecht der Bank wird auf den am 31. März in Umlauf gewesenen Betrag beschränkt; die in Mozambique umlaufenden Pfundnoten sollen binnen drei Jahren eingezogen und durch Escudo-Noten ersetzt werden.

XI. Schweden Norwegen, Dänemark.

Schweden. Schwedische Reichsbank. Der Diskontsatz wird unverändert auf 4½% belassen. In den ersten Monaten des Jahres wird die Verteidigung des Kronen-Pari durch kleine Gold- und Devisen-Abgaben nötig. Das Institut erzielte im Jahre 1925 einen Reingewinn von 19,07 (i. V. 17,91) Mill. schwed. Kronen, woraus 16 (15) Mill. Kr. an den Staat und 2,5 (3) Mill. Kr. an den Amortisationsfonds gehen. 0,98 (0,41) Mill. Kronen werden vorgetragen. Das Ergebnis wurde erzielt bei einem durchschnittlichen Diskontsatz von 5,168 gegen 5% i. V.

Währung. Der Valuta-Kredit von 25 Mill. Dollar bei der National City Bank of New York, der im Frühjahr 1924 aufgenommen wurde, ist am 20. Mai dieses Jahres abgelaufen. Seine Inanspruchnahme ist nur in kleinstem Umfange erfolgt, seine Verlängerung daher unnötig. Das Einfuhrverbot für Gold, dem keine größere praktische Bedeutung zukommt, besteht noch immer. Ende Juni notieren: London 18,13 Kr. gegen 18,09 Ende Dezember (Parität 18,159), New York 3,7275 gegen 3,73 Kr. (Dies ist die Parität.) Ferner notieren Berlin 0,8875 gegen 0,8885, Schweiz 72,20 unverändert, Amsterdam 149,75 gegen 150,10. Siehe auch Schwed. Reichsbank.

Schwedische Reichs-Hypothekenbank, Stockholm. Erzielt 1925 einen Reingewinn von 0,26 Mill. Kr. Zusammen mit 2,47 Mill. Kr. Ueberschüssen aus früheren Jahren stehen 2,73 Mill. Kr. zur Verfügung der Generalversammlung. Ende Dezember betrug der Pfandbriefumlauf 340,35 Mill. Kr. und die Verpflichtungen gegenüber den angeschlossenen 10 Hypothekenvereinen aus bewirkten Amortisationen 64,04 Mill. Kr., andererseits die Forderungen an diese Vereine aus gewährten Hypotheken 401,75 Mill. Kr.

Göteborgs Bank. Verteilt wieder 10% Dividende aus 4,43 Mill. Kr. Reingewinn. Bietet einen Teil der 8% Deutschen Kommunal-Sammelanleihe der Deutschen Girozentrale, Berlin, an.

Mälare-Banken. Verteilt für 1925 eine Dividende von 5%. (Ist inzwischen in die Svenska Handelsbanken aufgegangen.)

Skandinaviska Kredit-Aktiebolaget, Stockholm. Verteilt aus 10,03 Mill. Kr. Reingewinn wieder 15 Kronen Dividende (gleich 10,6%). Beteiligt sich mit deutschen und holländischen Banken und der Stockholms Enskilda Bank an der Uebernahme einer Auslands-Anleihe der Landesbank der Rheinprovinz. Beteiligt sich ferner an der 7% Anleihe der Rhein-Elbe-Union sowie an einer 6½% brasilianischen Staatsanleihe (mit amerikanischen und holländischen Banken).

Digitized by Google

Smalandsbank. Bleibt auch für 1925 dividendenlos.

Stockholms Enskilda-Bank. Verteilt wieder 15% Dividende aus 9,27 Mill. Kr. Reingewinn. Uebernimmt mit der Amsterdamschen Bank und der Internationalen Bank, Amsterdam, sowie amerikanischen Banken eine Auslandsanleihe der Ilseder Hütte. Plaziert auch einen Teil der deutschen 7% Kommunal-Sammelanleihe der Deutschen Girozentrale. Siehe Skandinaviska Kredit-A.-B.

Stockholms Inteckningss Garantie A. B. Verteilt wieder 15% Dividende.

Sundsvalls Bank. Die Dividende für 1925 beträgt wieder 10%.

Svenska Handelsbanken, Stockholm. Verteilt wieder 10% Dividende aus 12,47 Mill. Kr. Reingewinn. Bringt einen Teil der 8½% Auslandsanleihe der Klöcknerwerke, Berlin-Duisburg, in Schweden unter. Siehe Mälare-Banken.

Norwegen. Bank von Norwegen. Der Diskontsatz wird am 12. Januar von 5 auf 6% erhöht und am 20. April auf 5½% herabgesetzt. Der Ueberschuß des Instituts ist im Jahre 1925 (von 21 Mill.) auf 13 Mill. Kr. gesunken. Auf 35 Mill. Kr. Aktienkapital werden 8% Dividende verteilt. Zur Deckung von Verlusten sind 5 Mill. Kr. abgesetzt worden, weitere 15 Mill. Kr. wurden einem besonderen Fonds für die Abschreibungen auf das Devisen-Portefeuille überwiesen, die infolge der Kronensteigerung nötig geworden sind; der Fonds betrug bis dahin 22 Mill. Kr. Seit der Krisis von 1920 sind nach dem Verwaltungsbericht bis Ende 1925 85,2 Mill. Kr. zur Verlustdeckung abgeschrieben worden; 43,5 Mill. Kronen sind als Zuschüsse für notleidende Banken verwandt worden. Die Bank beharrt auf ihrem Standpunkt (und dem der Valuta-Kommission), daß eine Rückkehr Norwegens zur alten Goldparität nicht opportun sei und trifft Maßnahmen gegen ein weiteres künstliches Steigen der norwegischen Krone, darunter der Nichtverzinsung ausländischer Bankguthaben.

Währung. Die norwegische Krone setzt trotz der Hindernisse, die die Bank von Norwegen und die Regierung (Gefängnis für Spekulation) ihrem Steigen in den Weg legen, ihre Aufwärtsbewegung fort, weil die internationale Arbitrage von Norwegens baldiger Rückkehr zur alten Parität überzeugt ist. Ende Juni notiert Oslo auf London 22,15 gegen 23,87 Kr. Ende Dezember (Parität 18,16) und auf New York 4,56 gegen 4,92 Kr.

Bank für Kommunalkredit. Der Staat gründet eine Kommunalbank für Norwegen mit 25 Mill. Kr. Grundfonds und 3 Mill. Kr. Reserven; die Darlehnsmasse darf das Achtfache dieser Summe betragen.

Zahlungseinstellungen. Siehe Mandals og Oplands Privatbank, Nordenfjeldsk Creditbank und Torvestad og Skaarl Bank.

Bergens Privatbank. Verwendet den Ueberschuß für 1925 von 3,76 Mill. Kr. zu Abschreibungen auf alte Engagements. Um die Zahlung einer Dividende von 8% wie i. V. zu ermöglichen, werden dem Delkredere- und Regulierungsfonds wieder 2,4 Mill. Kr. entnommen. Die Einlagen Ende 1925 betrugen 263,5 Mill. Kr., der Effektenbestand 70,3, Wechsel 59,5 und Debitoren 224,1 Mill. Kronen. Die Nettoverschuldung bei ausländischen Banken beläuft sich auf 23,6 (9,9) Mill. Kr. Die Rücklage enthält 20, der Delkr.- und Regelungsfonds noch 5 Mill. Kr.

Christiania Bank og Creditkasse, Oslo. Der Reingewinn für 1925 beziffert sich auf 2,44 (i. V. 2,24) Mill. Kr., die Dividende beträgt wieder 8% bei 24 Mill. Kr. Kapital. Die Einlagen sind von 275,2 auf 258,3 Mill. Kr. zurückgegangen; die Wechsel stiegen von 68,7 auf 78,1 Mill. Kr., während sich Debitoren von 156,3 auf 154,9 Mill. Kr. verminderten.

Kommunalbank von Norwegen. Siehe Bank für Kommunalkredit.

Mandals og Oplands Privatbank. Hat die Zahlungen eingestellt.

Nordenfjeldsk Creditbank, Drontheim. Stellt die Zahlungen ein und beantragt öffentliche Administration. (Kap. 9 Mill., Einlagen 40 Mill. Kr.) Die öffentliche Bankinspektion hatte kurz vorher die Stellung der Bank als nicht ungünstig und die Depoteinlagen für gesichert erklärt (!)

Norske Creditbank, Oslo. Weist für 1925 einen Ueberschuß von 8,3 (i. V. 9) Mill. Kr. aus, wovon 0,6 (0,5) Mill. für Steuern abgehen und 4,01

Digitized by Google

(4,70) Mill. Kr. abgeschrieben werden. Die Dividende auf 44 Mill. Kr. Kapital beträgt wieder 8% aus 4,26 Mill. Kr. Reingewinn. Die Einlagen gingen von 278,7 auf 252,47 Mill. Kr. zurück, die ausgeliehenen Gelder um 14 Mill. auf 283,6 Mill. Kr. Die Nettoverschuldung stieg von 17,7 auf 28,8 Mill. Kr. Uebernimmt mit den Bankhäusern Kuhn, Loeb u. Co., New York, und M. M. Warburg u. Co., Hamburg, 4 Mill. Dollar 5½% Anleihe der Stadt Oslo.

Torvestad og Skaarl Bank, Oslo. Das Institut, das über einen Einleger-Garantiefonds von 3,25 Mill. Kr. verfügt, beantragt die Geschäftsaufsicht.

Dänemark. Nationalbank von Dänemark. Der Diskontsatz wird am 24. Juni von 5½% (seit 7. September 1925) auf 5% ermäßigt. Die Bank nimmt in Amerika 40 Mill. Dollar Anleihe (einjährig) zum Zweck der Revalisierung der Krone auf. Siehe Währung, Dansk Andelsbank, Danske Landmannsbank und Nordslesvigbank.

Währung. Die dänische Krone erreicht am 13. Februar einen Goldwert von 95,03 Oere; die Nationalbank ersucht infolge dieser neuerlichen Steigerung den Valuta-Ausschuß des Parlaments um die Ermächtigung, die Valutakredite zur Stabilisierung und später zur weiteren Aufbesserung des Kronenkurses benutzen zu dürfen. Zum 1. Januar 1927 will man offiziell zum alten Goldpari zurückkehren. Ende Juni 1926 ist der Kronenkurs bereits dicht an der Parität. Es notieren Ende Juni in Kopenhagen: London 18,35 gegen 19,60 Kr. Ende Dezember, Holland 151,90 gegen 163,00 Kr., Schweden 101,35 gegen 118,65 Kr. und New York 3,78 gegen 4,05 (Parität 3,73).

Dänische Landmannsbank. Siehe Danske Landmannsbank.

Dansk Andelsbank in Liqu., Kopenhagen. Die laut Vereinbarung mit der Nationalbank auf die Einlagen ausgezahlten à conto-Beträge betragen 60% = ca. 69,5 Mill. Kr.; die Aktivmasse 97,4 Mill. Kr., die Passiva 124,8 Mill. Kr. Ob die bisher mit ca. 78,07% festgestellte Gesamtquote für die Depotinhaber noch um etwa 11% erhöht werden kann, hängt von dem Ausgang des Prozesses über eine Forderung des Instituts an die dänischen Meiereivereine ab. Mehrere Minister des amtierenden Kabinetts sind kompromittiert und reichen (im Juli) ihre Demission ein.

Danske Landmannsbank, Kopenhagen. Nach dem Abschluß für 1925 betragen die Abschreibungen (einschl. des Ueberschusses von 6 Mill. Kr.) nahezu 159 Mill. Kr. Der ungedeckte Fehlbetrag beziffert sich auf 130 Mill. Kr. Die Staatsgarantie für das Institut wird bis 1932 verlängert; dem Staat erwächst daraus ein Verlust von mehr als 40 Mill. Kr.

Disconto og Revisionsbank in Liqu., Kopenhagen. Infolge des Steigens der dänischen Krone erhöht sich die Unterbilanz von 37,9 auf 42,7 Mill. Kr., wodurch sich die Quote der Einleger auf 73½% verringert. Eine neue à conto-Zahlung an dieselbe wird angestrebt, möglichst noch ehe die Kredite der Nationalbank vereinbarungsgemäß zurückerstattet sind. Gegen die frühere Leitung soll Ersatzanspruch für die 1923 zu Unrecht verteilte Dividende geltend gemacht werden; eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen rechtfertigt sich nach Ansicht des Liquidationskomitees nicht.

Handelsbank, Kopenhagen. Siehe Kopenhagener Handelsbank.

Kopenhagener Disconto og Revisionsbank. Siehe Disc. og Rev.-Bank.

Kopenhagener Handelsbank. Nach Abschreibungen von 5,4 (i. V. 4,8) Mill. Kr. wird für 1925 aus ca. 4,8 (5,07) Mill. Kr. Ueberschuß eine Dividende von 8% ausgekehrt; 8,5 Mill. Kr. (i. V. 8,49) werden vorgetragen; der Reservefonds steigt auf 30,14 Mill. Kr.

Kopenhagener Privatbank. Siehe Privatbank.

Nordslesvigsbank A.-G., Tondern. Das 1926 aus dem Zusammenschluß der an Dänemark gefallenen Filialen der Westholsteinischen Bank gegründete Institut (Kap. 0,8 Mill. Kr.) stellt die Zahlungen ein. Die Verluste stellten sich 1925 auf 0,37 Mill. Kr., wovon 0,17 Mill. aus den Reserven gedeckt und der Rest vorgetragen wurde. Im laufenden Jahr traten weitere wesentliche Verluste

Digitized by Google

ein, deren Höhe noch nicht feststeht. Das Institut, an dem die Westholstein. Bank seit 1921 völlig uninteressiert ist, will versuchen, langsam zu liquidieren.

Privatbank, Kopenhagen. Der Betriebsüberschuß des Jahres 1925 beziffert sich auf 9,18 (i. V. 9) Mill. Kr., inkl. Vortrag aus dem Vorjahr auf 14,63 Mill. Kr. Zur Deckung von Verlusten werden 14,04 Mill. abgeschrieben, 0,59 Mill. Kr. gelangen zum Vortrag auf neue Rechnung. Von dem Reservefonds von 27 Mill. Kr. ist ein Dispositionsfonds von 11,2 Mill. Kr. zum Ausgleich noch entstehender Verluste (siehe August-Heft S. 486) abgezweigt worden. Die Dividende (in den Vorjahren 8%) fällt aus.

Umschau.

KÖNNER UND NICHTKÖNNER.

Freiwillig oder unfreiwillig treibt eine europäische Regierung nach der anderen dem wertbeständigen Gelde zu, an dessen Identität mit der Goldwährung heute keine von ihnen mehr zweifelt. Aber wie verschieden sind die Wege, auf denen man dies Ziel zu erreichen sucht! In den meisten Ländern sind es Irrwege, wenngleich heute schon feststeht, daß auch in diesen Ländern durch späteres Abbiegen auf die so simple und gerade Straße der gesetzlichen Anerkennung und Verankerung des bestehenden inneren Geldwerts das Endziel einmal erreicht werden wird. Ein völlig einwandfreies und korrektes Verfahren hat bisher eigentlich nur Belgien eingeschlagen. Hier hat man, ohne lange zu fackeln und ohne auf Frankreich und sonstige Mitglieder der ehemaligen Lateinischen Münzunion Rücksicht zu nehmen, von heute auf morgen die Währung auf der Basis von 175 Francs je Gold-Pfund stabilisiert, eine neue Geldeinheit, den Belga (gleich 72 Gold-Centimes) geschaffen, grundsätzlich die Goldeinlösung der umlaufenden Noten zur neuen Relation beschlossen — wenn auch zunächst noch suspendiert und durch Devisen-Hergabe ersetzt —, und alles das ohne weitere Vorbereitung als die Aufnahme einer Gold-Anleihe in Amerika und die Sicherung eines Hilfs-Dollarkredits bei den großen europäischen Notenbanken; wobei diese Kredite eigentlich nur die Rolle eines Suggestiv-Mittels spielen, indem sie den Gold- und Devisen-Vorrat der Bank weit über den für die Stabilisierung praktisch notwendigen Umfang steigern. Gegen die Eventualität, daß das Schatzamt die Belgische Nationalbank neuerdings in Anspruch nehmen und so die Aktion stören könnte, hat man geschickt Vorsorge getroffen, indem man die Inhaber von 4,2 Milliarden Francs kurzfristiger Schatzbons durch zwangsartig wirkende Renten-Vergünstigungen bezw. -Strafen veranlaßt hat, ihren fälligen Anspruch in Vorzugsaktien der Belgischen Staatsbahn-Gesellschaft umzuwandeln. Alles klug durchdachte Maßnahmen, die den inflationistischen Fehler vom letzten Frühjahr geheilt und sofort zum Erfolg geführt haben, da man keine Experimente gemacht und keine Revalorisation angestrebt, sondern den Franc auf dem seiner inneren Kaufkraft entsprechenden Stande belassen hat. Nicht so geschickt haben die beiden nordischen Staaten operiert, die vor dem Problem der Währungsstabilisierung standen: Dänemark und Norwegen. In Dänemark hat man vor etwa anderthalb Jahren die Unvorsichtigkeit begangen, ein auf sieben Jahre berechnetes Revalorisations-Programm zu verkünden, — mit der in diesen Heften sofort (Aprilheft 1925) vorausgesagten Wirkung, daß die Wirtschaft die festgelegten Termine nicht innehalten, sondern den Pariwert der Krone binnen erheblich kürzerer Zeit herbeiführen werde. Jetzt steht die Krone tatsächlich, gegen den ausgesprochenen Willen der Nationalbank, ungefähr auf pari, nachdem sie Mitte 1924 noch auf etwa 60 Goldöre gestanden hatte; eine viel zu schnelle Restitution des alten Geldwerts, die naturgemäß schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens und heftige soziale Kämpfe mit sich geführt hat. In Norwegen hat man das Pari noch nicht ganz erreicht, aber auch hier ist man auf dem schnellsten Wege zu ihm, wiederum gegen den Willen der Währungsinstanzen, die zunächst bei 82% Halt machen wollten und nun zusehen müssen, wie das Pferd ihnen durchgeht. Nachdem die Bank von Norwegen die Voraussetzungen für eine Wiedererreichung des Pari durch zielbewußte Deflation geschaffen hat, steht es

Digitized by Google

nicht mehr in ihrer Macht, den Zeitpunkt der endgültigen Sanierung länger hinauszuzögern, es sei denn, daß sie bewußt eine neue Inflation hervorruft. — Am wenigsten zweckentsprechend, man möchte fast sagen dilettantisch, geht man in den beiden lateinischen Ländern Frankreich und Italien zu Werke. Dem naiven Volksempfinden, das sich nach dem äußeren Erfolge richtet, scheinen hier allerdings wahre Finanzkünstler tätig zu sein, denn die beiden Landeswährungen haben sichtbarere Besserungen zu verzeichnen als irgendwo sonst. Daß diese Besserungen ohne vorgefaßten Plan, lediglich unter Ausnutzung der Gunst der Verhältnisse und vor allem der vorher begangenen Fehler der internationalen Spekulation erzielt worden sind, und daß sie, wenn sie nicht nachträglich noch korrigiert und gemildert werden, eine schwere Wirtschaftskrise unfehlbar im Gefolge haben müssen, das kann die breite Masse naturgemäß nicht erkennen. Aber die Volkswirte der beiden Länder sollten sich zum Wort melden, ehe es zu spät ist. In Italien hat man den Weg einer scharfen Kreditrestriktion bezw. Deflation eingeschlagen, der die Lira auf einen zur Zeit noch unbekannten, jedenfalls aber phantastisch hohen Stand heben soll. Hier hat man eine Zwangs-Umwandlung von nicht weniger als 21½ Milliarden Lire Schatzanweisungen in konsolidierte Anleihe angeordnet, um den Staatsschatz in den Stand zu setzen, einen großen Teil seiner Schuld bei der Banca d'Italia zu tilgen. Geschieht letzteres tatsächlich, so ist eine Hebung der Lira auf den doppelten oder dreifachen Wert ihres Tiefstandes vom August d. Js. ein leichtes. Aber die Hebung vollzieht sich auf den Trümmern der italienischen Wirtschaft, die schon heute, wo nur ein kleines Bruchstück des Gesamtweges zurückgelegt ist, auf das Allerschwerste leidet. Der Export sinkt rapide, die Fremdenindustrie steht auf dem Nullpunkt, die Konkurse häufen sich, und die Börse verzeichnet Kursrückgänge um ein Drittel bis zur Hälfte des sommerlichen Standes — obwohl die Valutabewegung bisher noch jedes festen Untergrundes entbehrt und lediglich eine spekulative Vorwegnahme erwarteter künftiger Maßnahmen darstellt. Am schlimmsten aber steht es in Frankreich. Hier ist man sich nicht im geringsten des Charakters der Bewegung bewußt, die der Franc von seinem Tiefstande (ca. 240 Frcs je Pfund) bis zu seinem Gegenwartsstande (26. November ca. 130 Frcs.) durchgemacht hat. Daß die Besserung einmal kommen mußte, wenn die Bank von Frankreich keine weitere Notenvermehrung vornahm, stand von vornherein fest. In der „Bank" (Juliheft S. 385) ist rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden, daß der innere Wert der französischen Währung mit ungefähr 150 Frcs. je Pfund zu veranschlagen sei, und daß eine Stabilisierung des Franc diese Relation zur Grundlage zu nehmen haben werde. In der Tat nahm die Aufwärtsbewegung des Franc ihren Ausgang von der Meldung, Poincaré beabsichtige den Franc auf eben dieser Basis zu befestigen. Aber die prompte Wirkung, welche die Ankündigung einer solchen Absicht im Verein mit einer kräftigen Interventionspolitik der Bank von Frankreich auf die internationale Spekulation ausübte, die jetzt Francs mit derselben Leichtherzigkeit thesaurierte, mit der sie sie bis dahin in blanco verkauft hatte, machte die Regierung übermütig. Ihr Appetit wuchs beim Essen, und ihr Machtbewußtsein schwoll mit dem Erfolge. Mitte November hieß es in Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahestehen, Poincaré rechne mit der Wahrscheinlichkeit, die französischen Banknoten zu ihrem vollen Nominalbetrage in Gold und Golddevisen einlösen zu können, d. h. den Franc auf pari zu steigern. Man braucht sich nur die in Frage kommende Ziffer zu vergegenwärtigen — 50 Milliarden Francs Gold und Devisen! — um das Unsinnige dieser vermeintlichen Hoffnung zu erkennen. Aber auch wenn die Absicht der französischen Regierung nicht auf einem Pfundkurs von 25, sondern von 75 oder 100 gerichtet sein sollte, ist sie von vornherein zum Scheitern verurteilt. Freilich, wenn man Willkürpolitik à la Italien treiben und mit schärfster Deflation vorgehen könnte, ließen sich die genannten Kurse leicht erreichen. Aber Frankreich ist nicht Italien. Schon bei einem längere Zeit auf 120 Frcs. beharrenden Frankenkurse muß hier die Regierung über den Widerstand aller gewerblichen Kreise stürzen, die sich eine ruinöse Währungspolitik einfach nicht gefallen lassen. Der innere Wert des Franc entspricht nun einmal einer Relation von etwa 150, und daher kann die französische Währung ohne gewaltsame Verletzung aller wirtschaftlichen Interessen auf keinem wesentlich höheren Stande stabilisiert werden. Statt aber diese Tatsache einzusehen und sich nach ihr zu richten, hat der französische Senat am 19. November ein — Preistreiberei-Gesetz angenommen, mit dessen Hilfe man hofft, das Preisniveau zu senken und die innere Kaufkraft des Franc entsprechend zu heben!

Digitized by Google

EINLAGEN-STATISTIK.

Die bei den deutschen Banken, Kreditgenossenschaften, Sparkassen, Girozentralen und sonstigen Kredit- und Spar-Instituten zusammenströmenden Gelder weisen seit der Stabilisierung der Mark ein Wachstum auf, das selbst diejenigen Volkswirte, die von vornherein an ein schnelles Erstarken der deutschen Sparkraft geglaubt haben, in Erstaunen setzt. Nach den Zweimonatsbilanzen deutscher Kreditinstitute sind die fremden Gelder der 6 Berliner, regelmäßig Ausweise veröffentlichenden Großbanken von Ende Dezember 1924 bis Ende August 1926 von rd. 3 Milliarden auf weit mehr als 5 Milliarden angewachsen. Die Einlagen und Scheckgelder der deutschen Sparkassen haben sich in derselben Zeit von rund 1,2 Milliarden auf rund 3,7 Milliarden vermehrt; hier hat also binnen ca. 1½ Jahren eine Verdreifachung stattgefunden. Noch krasser ist das Zahlenverhältnis bei den Genossenschaften. Hier ist das zugängliche Material zwar lückenhaft, aber gewisse Zahlen, die der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in seinem Jahresbericht für 1925 veröffentlicht, haben höheren symptomatischen Wert. Nach dem Bericht haben sich die fremden Gelder bei den Zentralkassen, die den Mittelpunkt der rund 17 500 landwirtschaftlichen Genossenschaften bilden, im Jahre 1925 von wenigen 120 Millionen auf 420 Millionen Mark erhöht. Hier hat also in einem einzigen Jahre eine Zunahme auf das Dreieinhalbfache stattgefunden. Recht erheblich ist auch die Steigerung der Einlagen bei den Kreditgenossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) gewesen. Das soeben erschienene Jahrbuch für 1925 verzeichnet eine Zunahme der anvertrauten fremden Gelder von 238 auf 448 Millionen Mark. Alle diese Ziffern sind statistisch einwandfrei. Trotzdem sind sie für die Beurteilung der Entwicklung der deutschen Spartätigkeit unbrauchbar. Schon wenn man sie einzeln als Material zur exakten Feststellung der Verhältnisse in jedem der verschiedenen Zweige des deutschen Kredit- und Sparwesens verwenden wollte, wäre das unstatthaft und irreführend. Ein noch gröberer Fehler aber wäre es, wenn man die von den Kreditzweigen gelieferten Ziffern zusammenwerfen und aus ihrer Addition die Bewegung der deutschen Gesamtsparkraft errechnen wollte. Wie fehlerhaft die so gewonnenen Resultate sein würden, dafür zwei Beispiele. Das eine entstammt der eben genannten Statistik des genossenschaftlichen Reichsverbands. Nach dieser Statistik bestehen von den 420 Millionen Mark fremden Geldern, welche die Zentralkassen Ende 1925 verwaltet haben, nicht weniger als 309 Millionen aus „Schulden bei Banken". Fast drei Viertel der Gelder rühren also aus einem anderen Zweige des Kreditwesens her und sind in der Statistik, die dieser Zweig für die Illustrierung seiner eigenen zahlenmäßigen Entwicklung veröffentlicht, b e r e i t s e i n m a l enthalten. Mit anderen Worten: Drei Viertel der Gelder stellen eine Doppelzählung dar und müssen daher bei einer etwaigen Addition gestrichen werden. Das andere Beispiel bezieht sich auf die Verhältnisse im eigentlichen Bankwesen. Bald nach der Inflation hat sich im Bankgewerbe bekanntlich die — englischen Vorbildern nachgeahmte — Gepflogenheit eingenistet, die der Kundschaft gewährten Kredite nicht erst dann zu belasten, wenn sie in Anspruch genommen werden, sondern bereits in dem Moment, wo sie dem Kunden zugesagt worden sind, und zwar in voller Höhe, gleichviel, ob der Kunde sie ausnutzt oder nicht. Vor dem Enquete-Ausschuß hat der Vertreter der Großbanken ausdrücklich bestätigt, daß dieses Verfahren heute allgemein besteht. Die natürliche Folge ist, daß sowohl die Aktiv- wie die Passivziffern der Bankbilanzen ein starkes Anschwellen zeigen. Denn bis zu dem Tage, an dem der Kunde den ihm eingeräumten Kredit tatsächlich in Anspruch nimmt, wird ihm der belastete Betrag auf einem besonderen, unter den Kreditoren erscheinenden Konto gutgeschrieben. Die Ziffer der Kreditoren steigt also, ohne daß ein wirklicher Sparvorgang der Banken neue Gelder zugeleitet hätte, lediglich infolge eines besonderen buchtechnischen Verfahrens. Nun meinte der erwähnte Bankenvertreter allerdings, in praxi würden die Kredite unmittelbar am Belastungstage von der Bank abgezogen, denn der Kunde, der sie sofort verzinsen müsse, wünsche sie auch sofort zu verwerten. Tatsächlich hat aber kein Industrieller und kein Kaufmann Gelegenheit, die Zwecke, die er mit der Inanspruchnahme eines Kredits verfolgt, an eben demselben Tage, an dem ihm der Kredit bewilligt und belastet wird, auch restlos durchzuführen. Jede Betriebserweiterung und jede Ergänzung eines Warenlagers beansprucht Zeit, und gewisse Teile des Kredits müssen auch als Reserve für Unvorhergeschenes zurückbehalten werden. Hebt also ein Kunde den Gesamtkredit an einem und dem-

Digitized by Google

selben Tage ab, so ist es sicher, daß er nur einen Teil davon seinem eigentlichen Zwecke zuführt, den Rest aber interimistisch liquide erhält, meist in der Form, daß er leicht verwertbare Effekten kauft. Da aber jedem Käufer ein Verkäufer gegenübersteht, so fließt der betreffende Teil des Kredits der Bank des Verkäufers zu, wo er die Ziffer der Kreditoren entsprechend steigert. Wenn also auch die neue Kredit-Gepflogenheit nicht immer die fremden Gelder derjenigen Bank vermehrt, die den Kredit gewährt hat, so erhöht sie doch die fremden Gelder des Bankwesens als Ganzen und läßt als Ausfluß der Sparkraft erscheinen, was in Wirklichkeit die Folge einer besonderen Buchungsmethode ist. Schon diese beiden Beispiele, neben denen noch viele andere angeführt werden könnten, lassen erkennen, mit welcher Vorsicht Schlüsse aus der Bewegungsstatistik über die Einlagen bei den Kredit-Instituten zu ziehen sind.

SCHEIDEMÜNZEN.

Bei Feststellung des zusätzlichen deutschen Finanzbedarfs und des hauptsächlich aus dem Arbeitsbeschaffungs-Programm sich ergebenden Anleihe-Erfordernisses hat der Reichsfinanzminister festgestellt, daß aus dem Ueberschuß der Münzprägungen eine Einnahme von 93 Millionen Mark erwartet wird. Man beabsichtigt also, mit der Vermehrung der Scheidemünzen fortzufahren, obwohl der Verkehr mit Kleinzahlungsmitteln bereits jetzt mehr als hinreichend gesättigt ist. Von Ende Juni 1924 bis Mitte November 1926 hat sich die Menge der ausgeprägten und in Umlauf gesetzten Scheidemünzen annähernd vervierfacht, nämlich — nach „Wirtschaft und Statistik" — von 219 Millionen Rm. auf erheblich mehr als 800 Millionen. Damit ist die Vorkriegshöhe des deutschen Kleingeld-Umlaufs wieder erreicht, ja auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet sogar etwas überschritten. Ein gewisses Gegengewicht gegen eine etwaige Ueberfüllung des Verkehrs ist zwar dadurch geschaffen, daß die Reichsbank sich seit längerer Zeit Zurückhaltung bei der Vermehrung des Zettelumlaufs auferlegt. Immerhin hat sich der deutsche Gesamt-Geldumlauf in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres von rund 5200 Millionen auf rund 5650 Millionen Mark erhöht. Bei Bewertung dieser Zahlen muß aber dem Umstand Rechnung getragen werden, daß der größere Teil der Zunahme aus der Vermehrung der Scheidemünzen herrührt, die seit Jahresbeginn (von damals 578 Millionen) um etwa 45 Prozent zugenommenn haben, und daß eine Vermehrung des umlaufenden Kleingeldes effektiv weit wirksamer ist als die der Banknoten bezw. Rentenbankscheine. Denn die Zirkulationsgeschwindigkeit zum mindesten der Geldzeichen im Betrage von 5 Pfennigen bis 1 Mark ist ungleich größer als die der Geldzeichen von fünf Mark und darüber, und zehn silberne Markstücke bewältigen erheblich mehr Umsätze als ein Zehnmarkschein. Würde der gesamte deutsche Geldumlauf aus kleinen Abschnitten von weniger als je 5 Mark bestehen, so hätten wir infolge der größeren Umlaufsgeschwindigkeit dieses Geldes bereits wieder eine kleine Inflation. Aber auch in ihrem gegenwärtigen Ausmaße geht die Herstellung von Scheidemünze über das Erfordernis des Verkehrs hinaus, wie sich deutlich daraus ergibt, daß ein immer größerer Teil der Münzen aus dem Umlauf abströmt und sich bei der Reichsbank ablagert. Während der Bestand der Reichsbank an Silber- und Bronce-Münzen Mitte 1924 nur 23 Millionen Rm. betrug, ist er bis Ende September d. Js. auf 111 und Mitte November sogar auf 125,5 Millionen angewachsen. Das bedeutet, wie der Reichsbank-Präsident kürzlich ganz richtig gesagt hat, einen Kredit, den die Reichsbank indirekt dem Reiche gewährt. Es ist also an der Zeit, daß die Reichsregierung die Ausprägung von Scheidemünze sistiert, so angenehm ihr die Münzgewinne, die ihr aus der Unterwertigkeit dieses Geldes erwachsen, auch sein mögen. Der Reichsbank-Präsident hat diese Forderung bereits nachdrücklich erhoben, und es freut uns, einmal einer Meinung mit ihm sein zu können.

Literatur

Scheckgesetz vom 11. März 1908. Erläutert von Dr. jur. et phil. Hans Lessing, München, Berlin und Leipzig 1926. J. Schweitzer Verlag. (M. 16,—). — Aus dem Inhalt: Literatur zum Scheckrecht. — Zur Geschichte des Scheckrechts. — Die volks- und privatwirtschaftlichen Vorteile des Scheckverkehrs. — Das Post-

Digitized by Google

scheckwesen. — Weltscheckrecht. — Die Rechtsquellen des heutigen deutschen Scheckrechts. — Rechtsnatur des Schecks. — Schecktheorie. — Der Scheckvertrag. — Zahlungswirkung des Schecks. — Die Klage aus dem Grundgeschäft. — Aus den allgemeinen Bestimmungen über den Geschäftsverkehr mit der Reichsbank. — Bestimmungen für die Abrechnungsstelle zu Berlin. — Bestimmungen für die Berliner Scheckaustauschstelle. — Das Wechselsteuergesetz vom 10. August 1923. — Scheckgesetzgebung des Auslands und Weltscheckrecht. — Das Gesetz über Depot- und Depositengeschäfte vom 26. Juni 1925.

Kaiser Wilhem II. Aus meinem Leben 1859—1888. Verlag von K. F. Koehler. Berlin und Leipzig 1927 (14,— M.). — Aus dem Inhalt: Mein Elternhaus. — Der deutsch-französische Krieg. — Meine Einsegnung. — Kaiser Wilhelm I. — Kaiserin Augusta. — Die Umgebung. — Auf dem Gymnasium zu Kassel. — Student in Bonn. — Ereignisse der Zeit. — Dienst im Heere. — Vermählung. — Erinnerungen an England, an Oesterreich-Ungarn und Rußland. — Meine Beziehungen zur Marine. — Kabalen und Intrigen. — Uebersiedlung nach Potsdam. — Staatspolitische Vorgänge. — Die Beigabe zahlreicher, bisher unbekannter Bilder, die zum Teil aus dem persönlichen Besitz des Kaisers stammen, stellen eine wertvolle Ergänzung des Textes dar.

Die Arbeitsbedingungen des Eisenbahnpersonals in verschiedenen Ländern. Amstordam 1926. Internationale Transportarbeiter-Förderation. (152 Seiten). — Aus dem Inhalt: Rußland. — Estland. — Tschechoslowakei. — Bulgarien. — Am Schlusse des Buchs befindet sich ein erläuternder Artikel nebst Uebersicht über die Löhne, die die russische Eisenbahnerorganisation dem Verfasser zukommen ließ.

Die Hintertüren der Buchhaltung. Von Dr. Ernst G. Jenny, unter Mitarbeit von Georg Niedermeyer, beeidigt. Bücherrevisor. Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 111. Richard Leo. (183 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Buchhaltung und ihre Bedeutung. — Wahrheit und Klarheit. — Der Geist der Buchhaltung. — Grundregeln ordnungsmäßiger Buchhaltung. — Vorbeugung von Buchhaltungssünden. — Wo und wie kommen Buchhaltungssünden zustande? — Die Buchhaltungssünden der Angestellten. — Buchhaltungsvergehen der Inhaber zur günstigeren Darstellung der Vermögenslage. — Buchhaltungsvergehen der Inhaber zur ungünstigeren Darstellung der Vermögenslage.

Das Wesen des Geldes. Von Dr. Friedrich Bendixen. Vierte Auflage. München und Leipzig 1926. Verlag Duncker und Humblot. (M. 3,—). — Aus dem Inhalt: Die herkömmlichen Vorstellungen vom Gelde und dessen staatliche Natur. — Emanzipation des Zahlungsverkehrs vom Goldgebrauch: Giralgeld. — Die wirtschaftliche Natur des Geldes und die Geldschöpfung. — Das klassische Geld. — Das ungedeckte Geld in der Verkehrsauffassung. — Währungskritik und Reichsbankreform. — Kritik der Metallwährungen.

Die Mobiliarhypothek. (Kritik des ungarischen diesbezüglichen Gesetzentwurfes.) Von Dr Ernst Szegö, Budapest 1926. Selbstverlag des Verfassers. (33 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Idee der Mobiliarhypothek. — Die Objekte des Mobiliarhypothekenrechtes. — Die Mobiliarhypothekengläubiger. — Das Problem des Eigentumsvorbehalts.

Deflation oder Devalvation? Eine Untersuchung zur Methode der Währungssanierungen. Von Dr. Hermann Worbs. Greifswald 1926. Verlag Ratsbuchhandlung L. Bamberg. (105 Seiten). — Aus dem Inhalt: Die Währungssanierung nach 1924 als internationales Problem. — Die Ziele und Methoden der Währungssanierung. — Die Währungssanierungen nach dem Kriege. — Die Auswirkungen der Devalvations- und Deflationspolitik auf das Wirtschaftsleben. — Kritik und Ergebnis.

Weltkrisis. Zweiter Band. 1915. Von Winston S. Churchill, ehemaliger englischer Marineminister. Berechtigte deutsche Ausgabe, übersetzt von Hellmut von Schulz, Fregattenkapitän a. D. Berlin und Leipzig 1926. Verlag von K. F. Koehler. (M. 14,—). — Aus dem Inhalt: Der Stillstand im Westen. — Auf der Suche nach einer Angriffsmöglichkeit zur See. — Die Entstehung der Tanks und des Gaskrieges. — Das Gefecht auf der Doggerbank. — Der Kernpunkt des militärischen Angriffs. — Die Gründe, weswegen wir bis zur Entscheidung kämpfen sollten. — Die erste Niederlage der U-Boote. — Die Schlacht in den Buchten. — Die Schlacht in der Suvlabucht. — Der Zerfall des Balkans. — Rückzug von den Dardanellen. — Die Folgen der Ereignisse des Jahres 1915. — An-

Digitized by Google

hang I. Admiralstabsbefehle für den Angriff auf die Dardanellen, Februar 1915. — Anhang II. Denkschrift des Mr. Churchill, Kanzlers der Großherzogtums Lancaster, über den Stand der Flotte im Mai 1915. — Anhang III. Denkschriften des Ersten Lord — Anhang IV. Lord Fishers Rücktritt.

Mieterschutz und Mieteinigungsämter, Kommentar des Mieterschutzgesetzes, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1926 mit Ausführungs- und verwandten Rechtsbestimmungen. Von Rechtsanwalt Brumby, Stadtrat. Zweite, völlig neubearbeitete Auflage. Berlin und Wien 1926. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 5,50). — Aus dem Inhalt: Text des Mieterschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. 6. 26. — Einführung unter besonderer Berücksichtigung der Aenderungen des M. Sch. G. — Erläuterungen. — Anordnung der Reichsregierung für das Verfahren vor dem M. E. A. und der Beschwerdestelle vom 19. 9. 23. — Preußische Ausführungs-Verordnungen. — Reichsmietengesetz vom 24. 3. 22 in der Fassung der Gesetze vom 29. 6. / 10 7. 26. — Gesetz über den Geldentwertungsausgleich in der Fassung vom 1. 6. 26.

Die modernen Geldtheorien und Währungssysteme. Zweite Auflage. Von Dr. phil. Bruno Moll. Stuttgart 1926. Verlag von Ferd. Enke. (M. 5,70). — Aus dem Inhalt: Die Geldreformer und die Wissenschaft. — Das statische und dynamische Geldproblem. — Der Streit um die Anweisungstheorie. — Die modernen Währungssysteme. — Goldkern-, Barren- und Devisenwährung. — Darstellung und Kritik der antimetallistischen Lehre. — Die Undurchführbarkeit reiner Goldwährung infolge der Goldknappheit. — Die Krisenlehre als Quantitätstheorie. — Die Lehre von der Steigerung der Goldproduktion als Ursache von Hochkonjunktur und Teuerung. — Die Kostspieligkeit der Goldwährung. — Die mystische Lehre vom Golde als dem bösen Prinzip. — Der Feldzug der Geldreformer gegen die Goldwährung.

Vom Nationalismus zu den Vereinigten Staaten von Europa. Von Arpád Török. Wien und Leipzig 1926. Verlag von Moritz Perles. (M. 6,). — Aus dem Inhalt: Nationalismus als Freiheitsstreben. — Ist der Nationalismus ein entscheidendes Hindernis? — Das Freibeutertum als Wirtschaftssystem. — Der Motor der kapitalistischen Entwicklung. — Der Aufstieg des Kapitalismus und die Konkurrenzidee. — Die historischen Grundlagen des Protektionismus. — Die weltwirtschaftliche Verankerung des Kapitalismus. — Die Vereinigten Staaten von Europa. — Wie und warum werden die Vereinigten Staaten von Europa zustandekommen?

Die rechtliche Organisation der Konzerne. Von Dr. Richard Rosendorff. Berlin und Wien 1927. Industrieverlag Spaeth u. Linde. (M. 6,20). — Aus dem Inhalt: Die wirtschaftliche Entwicklung des Konzernwesens. — Die rechtliche Organisation der Konzerne. — Einzelwirkungen der Konzernzugehörigkeit auf das Zivil-, Kartell-, Aktien- und Steuerrecht. — Das Zivilrecht. — Das Kartellrecht. — Das Aktienrecht. — Konzernkämpfe und Aktienrecht. — Steuerliche Erleichterungen wirtschaftlich gebotener Zusammenschlüsse. — Die Vorschriften über Gewinnzerlegung im Einkommen- und Körperschaftssteuergesetz. — Wirkung der Konzernbildung auf die Auslegung der Steuergesetze. — Entwicklungstendenzen der Konzentrationsbewegung: Interessengemeinschaft und Fusion. — Tabellarische Zusammenstellung über die im Jahre 1926 vorgenommenen Zusammenschlüsse.

Geschichte des Welthandels der Neuzeit. Von Wilhelm Langenbeck. Leipzig 1926. J. J. Weber. (geb. M. 5.). — Aus dem Inhalt: Das Zeitalter der Kolonialwirtschaft (16. bis 18. Jahrh.). — Wege und Waren des Welthandels. — Das Zeitalter der Handelsvorherrschaft Englands (vom Beginn bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts). — Der Welthandel im Zeitalter der Weltwirtschaft und des Imperialismus. — Weltpolitik und Weltwirtschaft. — Stellung und Organisation des Welthandels im System der Weltwirtschaft. — Welthandel und Weltkrieg.

Durchführungsbestimmungen vom 28. Juni 1926. — Ausführungsbestimmungen vom 13. Juli 1926 zum Erbschaftssteuergesetz. Mit Erläuterungen und Sachregister von Regierungsrat a. D. Dr Hans Berolzheimer. Zugleich Ergänzungsband zu der erläuterten Ausgabe des Erbschaftssteuergesetzes von Dr. Berolzheimer. München 1926. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung. (Leinenband M. 3,20).

Wehrhafte Republik? Von Gerhart Seger, Berlin 1926. Verlag Hensel u. Co. (M. 1,—). — Aus dem Inhalt: Der Militarismus in der Republik. — Die Reichswehr. — Die Vaterländischen Verbände. — Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. — Der Rote Frontkämpferbund.

Digitized by Google

Berliner Wohnungsbauten aus öffentlichen Mitteln. (Die Verwendung der Hauszinssteuerhypotheken). Mit 203 Abbildungen. Von J. Schallenberger und H. Kraffert. Bauwelt-Verlag, Berlin, 1926. (6,50 M.). — Aus dem Inhalt: Grundsätzliches über die Planung von Wohnungsbauten. — Finanzielle Auswirkung. — Wie komme ich zu einer Neubauwohnung? — Wie komme ich zu einem Eigenheim? — Mieten und Baukosten 1924—1926. — Abbildungen ausgeführter Wohnungsbauten (Muthesius, Rossius-Rhyn, Taut, Möhring u. Spitzner, Kraffert u. A.). — Richtlinien für die Verwendung des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen.

Mitglieder-Versammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 3. und 4. September 1926 in Dresden. Berlin 1926. Selbstverlag des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. (79 Seiten). — Aus dem Inhalt: Vortrag des Geheimrat Prof. Dr. Duisberg über die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie. — Vortrag des Präsidialmitgliedes Geheimrat Kastl über die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie. — Vortrag des Reichsministers der Finanzen Dr. Reinhold über Finanz- und Wirtschaftspolitik. — Vortrag von Dr. Silverberg über das deutsche Unternehmertum in der Nachkriegszeit.

Das Staatsbudget der Sowjet-Union und der wirtschaftliche Aufbau des Landes. Von N. P. Brjuchanow, Volkskommissar der Finanzen. Berlin 1926. Buchdruckerei Speer u. Schmidt. (62 Seiten und statist. Anlagen). — Aus dem Inhalt: Gesamtumfang des Staatsbudgets. — Die Einnahmeseite des Budgets. — Die Ausgabenseite des Budgets. — Die wirtschaftlichen Ausgaben des Budgets. — Die Zuschüsse für die örtlichen Budgets. — Die Ausgaben für Verwaltung und Sozialpolitik. — Kredit und Wirtschaft in der U. d. S. S. R.

Statistische Zusammenstellungen über Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Quecksilber, Silber, Zink und Zinn. 27. Jahrgang. Metallgesellschaft, Metallbank und Metallurgische Gesellschaft, Frankfurt a. M. — Aus dem Inhalt: Welttabellen. — Ländertabellen (Einzelberechnungen). — Preistafeln §Jahresdurchschnitte).

Die Verstaatlichung des Kredits (Mutualisierung des Kredits). Von Dr. Robert Deumer. Gekrönte Preisschrift der Travers-Bergstroem-Stiftung in Bern. München 1926. Duncker u. Humblot (M. 14,50). — Aus dem Inhalt: Die Entwicklung des Kreditverstaatlichungs-Problems in Deutschland. — Umfang und Struktur der Kreditverstaatlichung. — Gründe für und Gründe gegen die Kreditverstaatlichung. — Der finanzielle Zustand der Banken im Kreditverstaatlichungsfalle. — Die Organisation der Kreditverstaatlichung. — Die besondere Stellung der Notenbanken, der Kreditgenossenschaften, der Sparkassen und der Realkreditinstitute im Systeme der Kreditverstaatlichung. — Die Verstaatlichung des Kommunalkreditwesens. — Die Verstaatlichung des Realkredits. — Statistik und Voranschlag der für die Einrichtung und den Geschäftsbetrieb des neuen Monopols erforderlichen Kosten.

Die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer. Handbuch für den praktischen Dienst. Von F. Ungethüm. Berlin 1926. Verlag des Verbandes der Preußischen Landgemeinden E. V. (M. 4,—). — Aus dem Inhalt: Die die Verteilung der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer regelnden Gesetze. — Allgemeines über die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer. — Die bisherigen (I. bis IV.) Verteilungsschlüssel und die Regelung in der Uebergangszeit. — Die neuen (V. und VI.) Verteilungsschlüssel. — Beispiele für die Festsetzung der Rechnungsanteile. — Was kann die Gemeinde tun, um die zutreffende Festsetzung ihrer Rechnungsanteile zu sichern?

Das Bankgeschäft (Nachtrag). Von Prof. Dr. Georg Obst. Stuttgart Juli 1926. C. E. Poeschel Verlag (48 Seiten). — Zur 8. Auflage des Buchs ist soeben ein Nachtrag erschienen, der alle Neuerungen auf dem Gebiete des Bank- und Börsenwesens, auch die neuesten Ziffern und Daten, enthält.

Vertragliche Beziehungen zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat im Deutschen Reich. Von Hans G. Ficker. Breslau 1926. Verlag von M. u. H. Marcus. (M 10,—). — Aus dem Inhalt: Bestimmung der die Staatsverträge zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat regelnden Rechtsgruppen. — Die Theorie eines besonderen „Staatenstaatsrechtes". — Bei den Staatsverträgen zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat tätig werdende Staatsorgane. — Die Staatspraxis unter der Reichsverfassung vom 16. 4. 1871. — Das Verhältnis des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reiche. — Ausscheidung der durch die Reichsverfassung vom 16. 4. 1871 rezipierten Verträge.

Digitized by Google

— Die Verträge mit staatsrechtlichem Geltungsgrund. — Die Verträge mit völkerrechtlichem Geltungsgrund. — Die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten seit der Staatsumwälzung des November 1918. — Vertragliche Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und den Einzelstaaten nach dem Rechte der Reichsverfassung vom 11. 8. 1919.

Probleme des Aktienrechts unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Dr Georg Solmssen, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft. Berlin u. Leipzig 1926. Walter de Gruyter u. Co. (M. 2,50). — Die Ausführungen stellen im wesentlichen eine Wiedergabe des Referates dar, das der Verfasser dem 34. Deutschen Juristentage am 13. September 1926 in Köln über die Frage erstattet hat, ob bei einer zukünftigen Reform des Aktienrechts eine Annäherung an das amerikanische Recht in grundlegenden Fragen stattfinden soll.

Diskontpolitik. Von Dr. Karl von Lumm, Geheimer Oberfinanzrat. Berlin 1926. Volkswirtschaftliche Verlagsgesellschaft m. b. H. (M. 3,—). — Aus dem Inhalt: Der Bankdiskont und seine Regelung. — Die Stellung der Zentralnotenbanken auf dem Diskontmarkt. — Die Bedeutung des Bankdiskonts. — Die Regelung des Bankdiskonts. — Willkürliche und automatische Regelung. — Sorge für billigen Kredit und Schutz der Landeswährung. — Weitere Maßnahmen der Diskontpolitik. — Einschränkungen der Kreditgewährung. — Abmachungen zwischen Zentralnotenbanken verschiedener Länder. — Die Diskontpolitik unter dem Einfluß der neuesten Entwicklung.

Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralnotenbanken. Von Dr. Hans Deckert. Berlin 1926. Verlag von Julius Springer. (M. 5,10). — Aus dem Inhalt: Die Notendeckungsvorschriften vor dem Kriege. — Die Notendeckungsvorschriften von 1914 bis 1925. — Die Höhe der Notendeckung. — Die Zusammensetzung der Bardeckung. — Die Zusammensetzung der bankmäßigen Deckung. — Die Notendeckungsvorschriften bei den neugegründeten Zentralnotenbanken. — Der volkswirtschaftliche Wert der Notendeckungsvorschriften. — Die Deckungsvorschriften als Schutz gegen Inflation. — Die Deckungsvorschriften und die Goldreserven. — Die Abhängigkeit der Deckungsvorschriften von dem Zahlungssystem des Landes.

Die Maschinenarbeit in deutschen Bankbetrieben. Von Dr. J. Meuthen. Mit 21 Textabbildungen. Berlin 1926. Verlag von Julius Springer. (M. 7,80). — Aus dem Inhalt: Der Begriff der Maschinenarbeit. — Die Arten und Verwendungsmöglichkeiten der Verrechnungsmaschinen. — Rechnende Schreibmaschinen. — Die kombinierten Schreib- und Rechenmaschinen. — Mechanisch arbeitende Buchungsmaschinen nach dem Hollerith- und Power-Verfahren. — Organisationsprinzipien für den Gesamtbetrieb auf Grundlage der Maschinenverwendung. — Die Einordnung der Maschinen in den Betrieb. — Das zweigängige Arbeitssystem. — Die Kombination der gewöhnlichen Schreibmaschinen mit den Maschinen der Burrough-Fabrikation. — Systematische Darstellung der Mechanisierung in den einzelnen Abteilungen.

Das Einkommen. Eine kritische Untersuchung. Von Ernst Schuster. Tübingen 1926. Verlag von J. C. B. Mohr. (M. 6,60). — Aus dem Inhalt: Die Grundproblematik. — Die herrschende Einkommensvorstellung. — Die moderne Wirtschaftstheorie und der Einkommensbegriff. — Das Wirtschaftliche als formale Identität. — Die Unvorstellbarkeit des Einkommens. — Der „Einkommensbegriff" als Zweckmäßigkeitsbegriff der Besteuerung und das Problem der Stetigkeit und Nachhaltigkeit. — Die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftstheorie. — Das Problem der zeitlichen Stetigkeit. — Das Problem der räumlichen Stetigkeit. — Vom Staatseinkommen. — Vom Volkseinkommen.

Die Aufwertung der Länder-, Provinzial-, Stadt- und anderer Kommunalanleihen unter besonderer Berücksichtigung sämtlicher Barablösungen. Auf Grund des amtlichen Materials des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Bearbeitet von Dr. Heinz Marquardt und H. Schild. Berlin 1926. August Scherl G. m. b. H. (M. 0,60).

Die Rheinschiffahrt nach Basel. Kurz gefaßte Geschichte der Bestrebungen zum Anschluß der Schweiz an das internationale Wasserstraßennetz und zur Schaffung eines Wasserweges von der Schweiz zum Meere. Im Auftrage des „Vereins für die Schiffahrt auf dem Oberrhein" in Basel verfaßt von Jean Richard Frey. Zürich, Leipzig und Berlin 1926. Verlag Orell Füssli (64 S. und 40 S. Illustrationen usw.).

Digitized by Google

Reichsbank und Deutsche Privatnotenbanken im Oktober 1926.

(in Millionen Reichs.-Mk.)

Reichsbk.		Metallbestand (in Klammern: Gold)	Bestand an deckungsfäh. Devisen	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks*)	Lomb.	Effekt.	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Reichs- und Staatsguth.	Privatguthaben	An Kündigungsfrist geb. Verbindl.	Sonstige Passiva
7. 10.		1727,2 (1616,3)	510,9	13,1	1377,8	11,1	91,3	611,7	122,8	237,0	3139,3	635,7		—	208,4
15. 10.		1766,6 (1652,6)	446,1	16,3	1293,3	34,9	91,3	655,8	122,8	237,0	2971,7	737,7		—	235,2
23. 10.		1800,5 (1679,2)	411,3	20,0	1273,1	11,2	91,3	712,7	122,8	237,0	2824,5	872,1		—	263,8
30. 10.		1830,7 (1716,0)	412,6	6,1	1415,0	42,8	91,3	631,3	122,8	237,0	3325,8	532,6		—	211,7
Bayer. Notenbank	7.	28,5	5,8	1,6	52,9	0,9	9,0	14,2	15,0	14,3	67,8	1,8		0,2	1,7
	15.	28,5	5,9	2,4	51,9	0,9	9 0	15,7	15,0	14,3	68,0	1,1		0,2	3,5
	23.	28,5	5,9	0,9	54,2	0,9	9,0	13 4	15,0	14,3	66,9	1,4		0,2	2,9
	30	28,5	5,9	2,5	52,9	0,9	9,0	13,7	15,0	14,3	68.7	1,7		0.2	1,3
Sächs. Bank	7.	21,0	9,1	2,6	47,6	1,2	2,0	9,1	15,0	3,5	53,4	9,1		4,3	4,0
	15.	21,0	8,1	1,3	47,7	1,1	2,0	9,6	15,0	3.5	52,0	8,5		4,3	4,1
	23	21.0	5,5	1,5	50,2	1,1	1,8	8,0	15.0	3,5	50,2	8,8		4,2	4,2
	30	21,0	4,0	6,1	52,2	1.5	1,4	9,5	15,0	3,5	58,5	7,2		4,2	4,2
Württemb. Noten-Bank	7.	8,1	4,5	4,2	29.3	6,8	8,7	33,7	7,0	1,75	25,7	5,8		44,6	4,3
	15.	8,1	4,7	2,2	29,4	6,8	8,7	37,1	7,0	1,75	25,7	6,6		45,4	4,4
	23.	8,1	4,7	3,6	29,6	6.9	8,7	35.5	7,0	1,75	25,9	7,4		44,3	4,6
	30.	8,1	4,7	3,8	29,8	6,9	8,7	32,0	7,0	1,75	27,0	5,4		42,1	4,6
Badische Bank	7.	8,1	3.0	0,1	30,1	0,9	9,4	15,7	8,3	2,1	21.6	9,5		16,3	4,0
	15.	8,1	3,0	0.5	31,4	0,9	9,3	16,1	8,3	2,1	22,3	9,6		17,3	4,1
	23.	8,1	3,9	0,08	31.6	1,4	9,1	18,0	8,3	2,1	22,5	12,2		17,5	4,2
	30.	8,1	2,9	0,2	31.8	1,5	7,3	16,6	8,3	2;1	21,5	9,4		17,6	4,2

*) Reichsschatzwechsel u. von der Reichsbank bei öffentlichen Stellen rediskontierte Wechsel sind nicht vorhanden.

Digitized by Google

Bank von England

Wochenausweise im Oktober 1925-1926 (Mill. Pfd. Sterlg.)

Ausweis-Tag	Metall-Bestand	Regler. Sicherheiten	Andere Sicherheiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bankdisk. %
					staatl.	priv.	absolut	i.° od.tägl. fäll Verb.	
1926 6. 10.	154.8	33.2	72.7	140.2	15 8	106 8	34.4	28 03	5
13. 10.	154.2	35 8	70.8	139 3	19 6	103.9	34.6	27 98	5
20 10.	154 1	35 3	72.7	138.7	20.2	105.3	35.1	27.98	5
27. 10.	152.8	36.7	70.1	139.0	17.7	104.8	33.5	27.32	5
1925 7. 10.	157.9	33 7	69.3	143.9	9.5	109.5	33.7	28.31	4
14. 10.	155 8	28.8	68.2	143.1	8.4	103.4	33.4	29.01	4
21. 10.	152.7	32 4	74.1	142.5	9.6	109 2	29.9	25.21	4
28. 10.	150.3	30.2	74.1	142.9	11.1	102.6	27.0	23.79	4

Bank von Frankreich

Wochenausweise im Oktober 1925-1926 (Mill. Francs.)

Ausweis-Tag	Gold[1])	Silber	Ausl. Guthab.	Unverfallene Wechsel	gestund. Wechsel	Deb.[2])	Umlauf. Noten	Depositen		Bankdisk. %
								staatl.	priv.	
1926 7. 10.	5548,7	338.9	579.9	4796,8	—	44726,7	55994,0	9,8	2886,0	7½
14. 10.	5548,7	338,9	76,5[3])	5024,1	—	44014,5	55431,8	9,5	2948,5	7½
22. 10.	5548,7	339,0	79,6[3])	4672,9	—	43857,2	54988,3	32,9	3251.8	7½
28. 10.	5548,7	339,0	79,6[3])	5334,4	—	43404,3	54578,2	36,5	3944,5	7½
1925 8. 10.	5546,6	309.9	562,4	2844,0	5,9	36686,6	47165,2	35,5	2281,6	6
15. 10.	5547,3	310,0	562,5	2950,3	5,9	38305 8	46913,9	45,2	2260,7	6
22. 10.	5547,4	310,1	564,9	2796.0	5,9	38194.2	46599,1	45,5	2219,5	6
29. 10.	5547,5	310,2	564,9	3586,9	5,9	37694,2	46678,5	37,1	2479,8	6

[1]) Einschl. Gold im Ausland (a. 28. Okt.: 1864.0 Mill. Frcs.). [2]) Enthält die Vorschüsse an den Staat (a. 28. Okt.: 35 750 Mill Frcs. einschl. des ewigen Vorschusses) sowie die Vorschüsse an Verbündete. (a. 28. Okt.: 5 494 Mill. Frcs.) [3]) Forderung auf Russische Staatsbank nicht mehr eingerechnet.

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. schweiz. Francs).

Ausweis-Tag	Metallbestand		Auslandsguthab.	Wechsel	Darlehen	Korrespondent*)	Kurzfäll. Verbindlichkeiten	Notenumlauf	Diskont %
	Gold	Silber							
7. 7.	419,4	88,1	13,5	311.0	48,9	19.8	104.6	770,6	3,5
15. 7.	419.7	88,5	11,1	310.6	43,8	30.8	126,3	752 8	3,5
23. 7.	419,8	88.8	11,1	309,5	42.9	18.2	109,6	753,9	3,5
31. 7.	420,0	88,1	14 6	321,1	42,2	25,1	80,6	803,4	3,5
7. 8.	420,0	88,5	9,1	305,3	42,9	16,3	77,1	776,4	3,5
14 8.	420,1	88,2	10,8	292.7	40,6	21.7	92,0	753,2	3,5
23. 8.	420,3	88,5	15,1	285,7	40,1	14,1	91,3	745.1	3,5
31. 8.	424,5	85,9	24,1	297,1	39,6	19,2	59,2	802,8	3,5
7. 9.	424,5	85,6	20,2	295,1	41,4	15,5	73,8	779.5	3,5
15. 9.	424,7	85,7	17,8	317,8	42,6	21,5	118 6	763,3	3,5
23. 9.	424.7	85,9	18,2	319,6	42,7	15,1	114 0	763,0	3,5
30. 9.	437,1	80,2	18,5	345,0	45,5	21,3	86,0	833,9	3,5

*) Einschl. Devisen.

Digitized by Google

Bank von Finnland

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. finn. Mark).

Ausweis-Tag	Gold*)	Silber*)	Aus änd. Guthaben (Saldo)	Wechsel u. Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Diskont %
8. 7.	330,5	8,2	864,1	517,2	283,4	1283,0	7,5
15. 7.	330,3	8,1	849.1	516,3	279,3	1260,0	7.5
23. 7.	330,3	8,0	870,8	510,8	278,4	1252.1	7,5
31. 7.	330,1	7,9	890,1	484,4	225,3	1289.4	7,5
7. 8.	330,0	8,5	899,5	484,0	217,5	1293,6	7,5
14. 8.	329.9	8,4	928,6	450,4	232,6	1273,4	7,5
23. 8.	329,6	8,4	965,2	445,9	291,8	1259,8	7,5
31. 8.	329,5	8,2	972,2	442,9	275.8	1295,9	7,5
7. 9.	329,3	8,0	985,9	445,1	268,7	1302,8	7,5
15. 9.	329,1	7,9	981.0	460,2	287,1	1299,8	7.5
23. 9.	329,0	7,8	982,7	468.7	299,5	1281.8	7,5
30. 9.	328,8	7,8	956,1	469,6	242,9	1334,5	7,5

*) Effektivwert in Mill. finn. Mark.

Russische Staatsbank, Notenabteilung.

Halbmonatsausweise von Juli bis September 1926. (in 1000 Tscherwonetz)

Ausweis-Tag	Metallbestand*)	Auslandsguthaben	Wechsel	Darlehen	Notenumlauf	Diskont %
1. 7.	14 682,9	5 025,4	52 972,9	85,8	72 663,1	10
16. 7.	14 728,4	5 025,0	52 911,6	85,8	74 662,5	10
1. 8.	14 768,6	5 027,2	56 869.2	85,8	75 161,9	10
16. 8.	14 787,4	5 042,5	56 835,1	85,8	78 580,0	10
1. 9.	14 827,0	5 052,4	59 785,6	85,8	80 042,4	10
16. 9.	14 836,6	5 117,9	60 710,5	85,8	82 183,3	10

*) Dazu Platinbestände von ca. 3,06 Mill. Tscherwonetz.

Bank von Polen

Dekadenausweise von Juli bis September 1926 (Millionen Zloty).

Ausweis-Tag	Metall	Guthaben b. ausländ. Banken	Wechsel	Lombard-Darlehen	Giroguthaben	Devisenschulden	Umlaufende Noten	Diskont %
10. 7.	135,1	94,8	301,8	29,8	99,3	51,3	456,0	12
20. 7.	135,7	94,8	296,7	26,9	97,1	51,8	455,1	10
31. 7.	135,4	91,3	304,2	33,4	86,2	31,3	511,1	10
10. 8.	137,7	75.5	301,7	29,8	97,2	11,7	499.5	10
20. 8.	143,2	82,7	304,0	27,0	117,9	9,2	511.7	10
31. 8.	136,6	107,6	306,7	27,1	98,0	9,3	560,2	10
10. 9.	140,5	113.9	311,4	40,1	137,0	9,2	542,9	10
20. 9.	162,9	115.2	305,9	40,7	151,7	11,6	544.7	10
30. 9.	164,3	109,1	315,7	27,9	117,5	9,4	581,4	10

Digitized by Google

Belgische Nationalbank

Wochenausweise von Juli bis September 1926 (Mill. belg. Francs).

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechsel	Darlehen	Staats-guthaben	Privat-guthaben	Noten-umlauf	Diskont %
1. 7.	273,8	89,0	1 361,8	570,3	37,0	392,0	8 513,9	7
8. 7.	273,8	88,3	1 390,7	621,4	43,0	432,8	8 631,4	7
15. 6.	273,8	88,0	1 635,8	688,7	5,0	492,4	8 946,9	7
22. 7.	273,8	87,2	1 709,3	607,5	14,4	599,2	8 896,2	7
29. 7.	273,8	87,3	1 919,4	545,1	321.1	359.9	8 975,3	7
5. 8.	273,8	86,5	1 518,1	480,2	291,3	250,9	8 993,1	7
12 8.	273,8	85,9	1 587,2	438,0	298 3	215,0	9 107,9	7
19. 8.	273,8	85,7	1 560,9	416,9	314,2	208,4	9 070,8	7
26. 8.	273,8	85,5	1 506,7	394,8	295.7	144,2	9 147,5	7
2. 9.	273,8	85,3	1 481 6	570,0	322,8	225,1	9 237,1	7
9. 9.	273,8	84,8	1 499,9	420,4	300.2	278,6	9 274,2	7
16. 9.	273,8	84,7	1 500,5	389,4	332.2	241,7	9 253,1	7
23. 9.	273,8	84,6	1 489,3	370,7	319,0	246,6	9 234,3	7
30. 9.	273,8	84,2	1 633,0	477,4	37,3	216,1	9 507,4	7

Bank von Danzig

Halbmonatsausweise von Juli bis September 1926. (Mill. Danziger Gulden.)

Ausweis-Tag-	Guthaben bei Bk. v. Engld.	Gold u. Danziger Metallgeld	Valuten	Wechsel	Lombard	tägl. fällige Verbindlichk.	Notenumlauf	Bank-diskont %
15. 7.	20.1	3,1	17,2	12,1	0,5	4,5	31,8	6,5
31. 7.	18.8	2,7	17,4	15,0	0,4	3,0	34,5	5,5
15. 8.	16.4	2,9	17,1	15,3	0,4	3,3	32,4	5,5
31. 8.	14.6	2,6	14,3	14,6	0,3	4,5	35,9	5,5
15. 9.	20.2	2,9	16,8	14,4	0,3	5,2	34,4	5,5
30. 9.	21.0	2,8	14,2	16.0	0,4	3,9	36,0	5,5

Bank von Japan

Wochenausweise von Juli bis September 1926. (Mill. Yen).

Ausweis-Tag	Kasse	Wechsel	Darlehn *)	Darl. auf Devisen	Staats-anleihen	Staats-guthaben	Privat-guthaben	Noten-umlauf	Bank-disk. %
3. 7.	1136 1	305 5	37.3	45 2	302 5	602 1	88.6	1279 0	7.3
10. 7.	1135 9	223 0	37 5	34 5	290 8	624 9	83.5	1176 0	7.3
17. 7.	1136 5	178 8	37 3	37.8	290.8	603.6	83.0	1153.3	7.3
24. 7.	1135.9	155 1	37.4	34.7	290.8	586 3	76.5	1162 1	7.3
31. 7.	1135.8	265.7	37.8	41 5	285.9	582.8	70.7	1264.5	7.3
7. 8.	1135 2	195.4	37 3	42.7	287 0	650 1	79.4	1117.0	7.3
14. 8.	1133 9	204.9	37.4	41 3	287.0	656 3	71 9	1134.1	7.3
21. 8.	1133 1	237 4	37 9	41 9	286.9	650.5	76 8	1172.1	7.3
28. 8.	1132 7	239 1	38.4	42 6	288.7	648 4	84 6	1164 3	7.3
4. 9	1132.3	242 2	38.3	44 3	290.1	646 0	95.3	1158.9	7.3
11. 9.	1132.0	177.6	37.5	42 5	289.9	652.3	99.1	1079.9	7.3
18 9.	1132.2	153 3	37.5	37.9	289.3	658.3	79.3	1072.4	7.3
25. 9.	1132 2	164.7	37.7	44 4	288.8	649.2	67.5	1124.6	7.3

*) Dazu 22 Mill. Yen Darlehen an den Staat.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Lansburgh, Berlin.
Verlag: Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paul Gaumert, Berlin SO 33
Verantwortlich für den Inseratenteil: Otto Gerstmann, Lichterfelde.

Digitized by Google

BAA

12. Heft **Dezember** 1926

Die Bank

Monatshefte für Finanz- und Bankwesen

THE LIBRARY OF THE
DEC 23 1926
UNIVERSITY OF ILLINOIS

Herausgeber: **Alfred Lansburgh**

BANK VERLAG
Berlin W, Mansteinstraße 9

Die Hefte erscheinen Anfang jeden Monats

Inlands-Preis: { Einzelheft 1,50 Reichsmark
Vierteljahr 4,00 „
auf Postscheckkonto (Berlin 13587) erbeten

Auslands-Preis: { Einzelheft 1,75 Reichsmark
Vierteljahr 4,50 „

Digitized by Google

Deutscher Sparkassen- u. Giro-Verband

Oeffentlich-rechtliche Spitzenorganisation von 16 Girozentralen und Landesbanken, 3000 Sparkassen, Girokassen, Kommunalbanken

Kommunaler Giroverkehr

Durch das über ganz Deutschland verbreitete Gironetz werden Ueberweisungen an jedermann und nach allen Orten kostenlos ausgeführt Giroguthaben werden verzinst.

Kommunaler Zahlschein, Eilüberweisungsverkehr, Scheck- u. Wechsel-Inkasso, Reisekreditbrief

Nähere Auskünfte erteilen die örtlichen Sparkassen und Girozentralen

Diesem Heft liegt ein Prospekt des **Kern-Verlag**, G. m. b. H., Frankfurt (Oder), sowie ein Prospekt der Firma **Richard Leo**, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 111, bei.

Inhalt:

Konsum-Finanzierung. Von Alfred Lansburgh 707
Barren oder Münzen. (Die drei Goldwährungen II.) Von A. L. 716
Die amerikanischen „bond-tables". Von Walter Ahlefeld 721
Der Oktober 1926 725
Zulassungen an den deutschen Börsen 740
Gründungen und Kapitalserhöhungen von Akt.-Ges. 742
Kleine Chronik 743
Die deutschen Banken im Oktober 1926 743
Die ausländischen Banken im I. Halbjahr 1926 (IX. Holland, X. Spanien und Portugal, XI. Schweden, Norwegen, Dänemark.) 750
Umschau 759
Literatur 762
Reichsbank und deutsche Privatnotenbanken im Oktober 1926 767
Bank von England 768
Bank von Frankreich 768
Schweizerische Nationalbank 768
Bank von Finnland 769
Russische Staatsbank 769
Bank von Polen 769
Belgische Nationalbank 770
Bank von Danzig 770
Bank von Japan 770

HYPOTHEKENBANK IN HAMBURG

empfiehlt ihre

7% igen Goldhypotheken-Pfandbriefe

zu dauernder Kapitalanlage

Nähere Auskunft und Prospekte bei allen Banken u. Bankfirmen, sowie an unseren Kassen in HAMBURG 36, Hohe Bleichen 18, und BERLIN W, Französische Straße 7

Digitized by Google

Argentarius
(A. Lansburgh)

Die Kreditbank

II. Teil

8. Band aus der Schriftfolge:

Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn.

Preis: brosch. 1,50 GM., gebund. 2,40 GM.

Die Kreditbank I. u. II. Teil bildet ein Kompendium des Bankwesens mit besonderer Berücksichtigung der **Anlage- und Reserve-Politik der Banken.**

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom **Bank Verlag,** Berlin W 57

Der Versicherungspraktiker

Zeitschrift für die Interessen der Versicherungsnehmer.

Verkündungsblatt des Deutschen Versicherten-Vereins E. V. Berlin.

Schriftleiter: **Dr. phil. (cam.) Otto Prange, Berlin,** Beratender Volkswirt R. D. V.
Geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen Versicherten-Vereins E. V.

Ständige Beilage zum „Wirtschaftlichen Aufbau" Berlin u. Prenzlau.

Der „Wirtschaftliche Aufbau" erscheint wöchentlich,
„Der Versicherungspraktiker" im allgemeinen wöchentlich zweimal.

Deutscher Versicherten-Verein E. V.

Fernspr.: Kurfürst 486 **Berlin W 30, Motzstr. 62** Drahtanschr.: Feuerprange, Berlin.

Ueber 100 000 mittelbare, unmittelbare und fördernde Mitglieder.

Man verlange die Drucksachen des Vereins, aus denen die mannigfaltigen Rechte der Mitglieder und fördernden Mitglieder in bezug auf Auskünfte, Beratung, Begutachtung der Versicherungsscheine aller Versicherungszweige, Beratung bezw. kostenfreie Unterstützung in Brandfällen sowie Durchführung von ganzen Schadenregulierungen, Nachweis von Sachverständigen, Beratung bei Lieferung von Gegenständen des Feuerschutzes und Feuerlöschwesens, örtliche Besichtigungen, Prüfung der Prämienfrage, Uebernahme der Verhandlungen mit den Versicherungs-Gesellschaften usw. hervorgehen.

Das Abonnement auf den **„Wirtschaftlichen Aufbau"** kostet mit Einschluß der Beilage **„Der Versicherungspraktiker"** für die mittelbaren, unmittelbaren und fördernden Mitglieder des Deutschen Versicherten-Vereins **jährlich nur Mk. 7.20** für andere Bezieher **Mk. 12.—.**

Argentarius: **Das Wesen des Geldes**

(Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn)

Sammelband. enthaltend die Einzelbände: **Vom Gelde / Valuta / Die Notenbank**

Das Buch gibt eine geschlossene **Lehre vom Gelde** und ist, obwohl erst im vorigen Jahre geschlossen, bereits in eine **Reihe fremder Sprachen** übersetzt worden

Ausgabe A (Original-Pappband) 12 GM. / Ausgabe B (Ganzleinen) 16 GM. / Ausgabe C (Halbleder 22 GM.

Berliner Tageblatt: „In diesen immer mit der Sprache der Klarheit und manchmal mit der Sprache der Weisheit redenden Briefen wird eine Lehre vom Gelde bis in ihre tiefsten Wurzeln entwickelt."

Kölnische Zeitung: „Eine der seltenen Erscheinungen in der wissenschaftlichen Literatur, die mit tiefgründiger theoretischer Untersuchung ein helles Licht auf die praktischen Fragen der Gegenwart werfen".

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

BANK VERLAG ◦ BERLIN W 57

Digitized by Google

DUNCKER & HUMBLOT
MÜNCHEN / THERESIENHÖHE 3c

November 1926 neu:

Dr. Joseph Schumpeter
o. Professor der Nationalökonomie
a. d. Universität Bonn

Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung

Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus

Zweite, neubearbeitete Auflage

8°, XIV, 369 Seiten
M 14,50, geb. M 17,—

◆

I. Der Kreislauf der Wirtschaft in seiner Bedingtheit durch gegebene Verhältnisse. II. Das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung. III. Kredit und Kapital. IV. Der Unternehmergewinn oder Mehrwert. V. Der Kapitalzins. VI. Der Zyklus der Konjunktur

◆

In gekürzter, vereinfachter und neuformulierter Form legt hier der Verfasser sein bekanntes im Jahre 1911 erschienenes Werk, das seit fast 10 Jahren im Buchhandel völlig fehlt, wieder vor. Die Probleme trockener, ökonomischer Theorien, das Didkticht der theoretischen und statistischen Einzelfragen werden hier in einer fesselnden, ja spannenden Form systematisch und streng geklärt. Vor allem im 5. Kapitel ist die Frage der Grenzen der bankmäßigen Kaufkraftschaffung neu erörtert und eine eigenartige Kredittheorie geschaffen. Das 2. Kapitel, das die Grundkonstruktion gibt, aus der alles Weitere folgt, ist bis auf wenige Sätze völlig neu geschrieben

Dr. Robert Deumer
Referent bei der Reichsbank
Berlin

Die Verstaatlichung des Kredits

(Mutualisierung des Kredits)

Gekrönte Preisschrift
der Travers-Borgstroem-Stiftung
in Bern

8°, XIV, 375 Seiten
M 14,50, geb. M 17,—

◆

Hervorgegangen aus einem internationalen Preisausschreiben, dem Preisrichter von Weltruf (v. Deutschland Geheimrat Diehl, Freiburg i. B., Dr. Somary, Zürich) angehörten, wird diese Arbeit eines Mitgliedes des Direktoriums der Reichsbank dem aufmerksamen Studium von Wissenschaft und Praxis empfohlen

◆

Aus dem Inhalt: Die Stellung des Sozialismus zum Bankwesen — Die Entwicklung des Staatskreditsystems in Deutschland — Die Verstaatlichungsreife in Deutschland — Grenzen und Beschränkungen der Verstaatlichung — Gründe dafür und Gründe dagegen — Ersparnisse durch das Staatskreditmonopol — Vorteile der Kreditverst. auf banktechnischem Gebiet und im Scheck- und Wertpapierverkehr — Einfluß auf Depositengelder und Liquidität — Organisation der Kreditverst. (Leitung der Kreditbanken — Bankenbeirat — Kreditversicherung) — Die besondere Stellung der Notenbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Realkreditinstitute im System der Kreditverst. — Die Entschädigung der Interessenten — Die gesetzliche Regelung — Statistik und Voranschlag für die Einrichtung und den Geschäftsbetrieb des neuen Monopols erforderlichen Kosten

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 061850522